Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Historische Schlüsselereignisse von 1870 bis 1945 in zwei Bänden Band 8/1

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselereignisse von 1870 bis 1939
Band 8/1

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Inhaltsverzeichnis Band 8/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	6
Anstatt eines Vorwortes	7-8
Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1870 bis 1945	9-140
Der französisch-deutsche Krieg 1870/71 Zusammenfassung des französisch-deutschen Krieges 1870/71	141-171
Deutsches Reich Gründung des Deutschen Reiches Bismarcks Außenpolitik Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches Bismarcks Innenpolitik Das Dreikaiserjahr Bismarcks Rücktritt Kaiser Wilhelm II. Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches Zusammenfassung des Deutschen Reiches	172-221
Kampf um die Weltmacht Die Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte (1870-1899) Die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches und der damaligen gegnerischen Großmächte Panslawismus (1871-1914) Die Weltmachtpolitik der Großmächte Zusammenfassung des Kampfes um die Weltmacht	222-258
Der Erste Weltkrieg Das Attentat von Sarajevo Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges Die Kriegsbegeisterung im August 1914 Der "totale Krieg" Die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges Zusammenfassung des Ersten Weltkrieges	258-327
Der "Frieden" von Versailles "Friedensverhandlungen" Bekanntgabe der "Friedensbedingungen" Der Inhalt des Versailler Friedensvertrages Die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges Der Völkerbund Die Folgen des Versailler Vertrages Die Sieger des Ersten Weltkrieges Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg	258-327

Polens Expansionspolitik (1918-1933) Die tschechische Übernahme der deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen und Mähren Zusammenfassung des "Friedens" von Versailles	
Die Weimarer Republik Gründung der "Weimarer Republik" Die ersten Jahre der Weimarer Republik Die Besetzung des Ruhrgebietes Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg Deutsche Ostpolitik (1919-1933) Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg Die Weltwirtschaftskrise Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise Zusammenfassung der Weimarer Republik	327-387
Das NS-Regime (1933-1939) Reichskanzler Hitler Der NS-Staatsstreich vom 23. März 1933 "Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern (KZ) NS-Polizei- und Terrorstaat NS-Gleichschaltung "Röhm-Putsch" Emigration oder Widerstand Der "allmächtige Führer" Verfolgung und Auswanderung der Juden Polens Expansionspolitik (1934-1938) Stalins Gewaltherrschaft (1935-1939) Zusammenfassung des NS-Regimes (1933-1939)	287-459
Inhaltsverzeichnis Band 8/2	**Seite**
Der Zweite Weltkrieg (1939-1941) Kriegsvorbereitungen für den deutsch-polnischen Krieg Beginn des Zweiten Weltkrieges Der Bromberger Blutsonntag SD- und SS-Greuel sowie sowjetische "Säuberungsaktionen" in Polen (1939-1941) NS-Euthanasie Roosevelts Außenpolitik und US-Hilfslieferungen Zusammenfassung des Zweiten Weltkrieges (1939-1941)	4-64
Der Ostkrieg (1941) Kriegsvorbereitungen für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg Angriff gegen die Sowjetunion Hitlers Kriegsziele in Osteuropa Stalins Kriegsziele und Kriegsführung Sowjetische Kriegspropaganda, Politkommissare, Politleiter und Komsomolzen Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen Hungertod von sowjetischen Kriegsgefangenen Sowjetischer Partisanenkrieg und Taktik der "verbrannten Erde" SS- und SD-Einsatzgruppen: "Einsatz hinter der Front" Deutsche Wehrmachtsjustiz im Zweiten Weltkrieg	64-116

Unternehmen: "Taifun" Zusammenfassung des Ostkrieges (1941)	
Die Endlösung: Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges Das Ende der "NS-Auswanderungspolitik" Geheimhaltung der "Endlösung" NS-Vernichtungslager: "Fabriken des Todes" Opfer der Endlösung Kollektivschuld oder historische Mitverantwortung? Ausländische Berichte über die Verfolgung der europäischen Juden und unterlassene Hilfeleistungen der Anti-Hitler-Koalition Zusammenfassung der Endlösung: Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges	116-161
Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten Gebietsforderungen, "Bevölkerungsumsiedlungen" und Aufteilungspläne Deutschlands Antideutsche Berichte, Kriegskonferenzen der Alliierten und Ziele der Besatzungspolitik Konferenz von Jalta Zusammenfassung der Kriegskonferenzen und Besatzungspolitik der Alliierten	161-203
Der Luftkrieg (1940-1945) Beginn des Luftkrieges Luftkrieg gegen England Der britisch-nordamerikanische Luftkrieg (1941-1943) Kinderlandverschickungen Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete Anglo-amerikanischer Luftkrieg 1944/45 Zusammenfassung des Luftkrieges (1940-1945)	204-233
Der fluchtartige Rückzug des deutschen Ostheeres Militärische Lage östlich der Oder-Neiße-Linie (Anfang 1944 bis Dezember 1944) Das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 Keine Unterstützung für die demokratische Widerstandsbewegung Hitlers Vernichtungsstrategie Zusammenfassung des fluchtartigen Rückzuges des deutschen Ostheeres	233-246
Einmarsch der Roten Armee in Ost-Mitteleuropa (1944/1945) Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Polen Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Rumänien Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien Der sowjetische Einmarsch und das Schicksal der Deutschen in Ungarn Die sowjetische Winteroffensive im Januar 1945 Die Flucht vor der Roten Armee Sowjetische Kriegspropaganda Einmarsch der sowjetischen Truppen östlich der Oder-Neiße-Linie Sexualverbrechen der Roten Armee Tötung von deutschen Zivilisten und Selbstmorde Systematische Plünderungen und Zerstörungsaktionen Die Zwangsverschleppung der Volks- und Ostdeutschen Stalins Liquidationspolitik	246-281

Zusammenfassung des Einmarsches der Roten Armee in Ost-Mitteleuropa (1944/1945)	
Der Zusammenbruch des NS-Regimes Befreiung der KZ-Häftlinge Hitlers Ende Der Prager Aufstand Kapitulation der Deutschen Wehrmacht Sieger und Verlierer des Zweiten Weltkrieges Die Berliner Deklaration Die Nachkriegsziele der Siegermächte Zusammenfassung des Zusammenbruches des NS-Regimes	281-301
Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (1945-1955) Zusammenfassung des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (1945-1955)	301-365
Das Schicksal der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch Rückkehr und Rückkehrbewegungen der deutschen Bevölkerung bis Mai/Juni 1945 in Ost-Mitteleuropa Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges "Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien Zerstörung der Lebensgrundlagen der deutschen Bevölkerung in Ost-Mitteleuropa nach Beendigung der sowjetischen Militärverwaltung Massenverhaftungen, Zwangsarbeit und Internierungslager in Ost-Mitteleuropa Zusammenfassung des Schicksals der Ost- und Volksdeutschen in Ost-Mitteleuropa nach dem militärischen Zusammenbruch	365-392
Felix Austria (glückliches Österreich): Die "Befreiung" Österreichs Zusammenfassung der "Befreiung" Österreichs	392-400
Das Potsdamer Abkommen Zusammenfassung des Potsdamer Abkommens	400-419
Schlußfolgerungen für den Zeitraum von 1870 bis 1945	419-442
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	443-452

Danksagung und Widmung

> Ich fühle mich nicht verpflichtet zu glauben, daß der gleiche Gott, der uns mit Verstand ausgestattet hat und Vernunft will, das wir verzichten, sie zu nutzen.
> *Galileo Galilei (1564-1642, italienischer Mathematiker, Philosoph und Physiker)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Hans von Ahlfen, Margaret Lavinia Anderson, Hugo Andreae, Christian Aschoff, James Bacque, Bruno Bandulet, André Barmettler, Friedemann Bedürftig, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Immanuel Birnbaum, Georg Bluhm, Günter Böddeker, Karl Dietrich Bracher, Paul Carell, Christopher Clark, Robert Conquest, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Hans Dollinger, Willy Dreßen, Christopher Duffy, Jost Dülffer, Hans Ebeling, Wolfgang Effenberger, Willi Eilers, Jürgen Elsässer, Frank Fabian, Jan von Flocken, Jörg Friedrich, Lothar Fritze, Martha Gellhorn, Friedrich Georg, Hermann Glaser, Hermann Graml, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Gerhard Hellwig, Hans Heumann, Werner Hilgemann, Andreas Hillgruber, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Wolfgang Hug, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Karl Jering, Thomas Jung, Eugen Kaiser, Wanda Kampmann, Alfred Keil, Paul Kennedy, Hermann Kinder, Michael Klonovsky, Ekkehard Kuhn, J. Kuhr, Bernd Längin, Rolf Lasius, Bruno Leder, Bernd Legath, Gerhard Linne, Jochen Löser, Domenico Losurdo, Wilfried Loth, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Jim Macgregor, Golo Mann, Paul C. Martin, Peter März, Werner Maser, Wolfgang W. Mickel, Horst Möller, Walter Müller-Bringmann, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Niekisch, Herbert Obenhaus, Manfred Overesch, Geoffrey Parker, Wolfgang Petter, Hermann Pfister, Karl Ploetz, Walter Post, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Werner Ripper, Wilhelm Rißmann, Klaus-Jörg Ruhl, Friedrich Wilhelm Saal, Michael Salewski, Philipp Scheidemann, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Heinz Dieter Schmid, Harald Scholtz, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Gerd Schultze-Rhonhof, Klaus Schwabe, Eva Schweitzer, Harald Steffahn, Werner Stein, Gabor Steingart, Günther Stökl, Alfred Streim, Robert H. Tenbrock, Studs Terkel, Jürgen Thorwald, Hugh Trevor-Roper, Dietrich Wellershoff, Bernd-Jürgen Wendt, Nicolas Werth, Robert Wistrich, Birgit Wulff, David S. Wyman, Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Alles, was nötig ist, damit das Schlechte in der Welt gewinnt, sind genügend gute Menschen, die nichts tun.
> *Edmund Burke (1729-1797, englischer Schriftsteller)*

Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der sogenannten "Reeducation" ("Umerziehung") zwangsweise die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die Geschichte der deutschen Verlierer wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die einseitige politische Geschichtsschreibung (x306/16-18): >>... Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" (Golo Mann) einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.

Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie (im negativen Sinne) mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...

Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.

Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.

Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

> In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.
> *Kurt Tucholsky (1890-1935, deutscher Schriftsteller)*

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.

Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet dieses Buch auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.
Diese Dokumentation beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen geschichtlichen Fakten und Problemen des Zeitraumes von 1870 bis 1945.
Die Dokumentation beginnt mit einer Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse. Danach folgen Erläuterungen der historischen Schlüsselereignisse und zusammengefaßte Schlußfolgerungen für den Zeitabschnitt von 1870 bis 1945.

Zeittafel der wichtigen historischen Ereignisse von 1870 bis 1945

> Einer, der Gott leugnet, gleicht einem, der die Sonne leugnet; es nutzt ihm nichts, sie scheint doch.
> *Julius Langbehn (1851-1907, deutscher Kulturkritiker und Schriftsteller)*

1870

Spanien, Frankreich, Preußen: Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annimmt, reagiert der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").
Angesichts der öffentlichen preußischen Ablehnung ("Emser Depesche" vom 13. Juli 1870) fühlen sich die französische Regierung und Kaiser Napoleon III. angeblich dermaßen beleidigt und gedemütigt, daß der französische Botschafter dem preußischen König am 19. Juli 1870 die Kriegserklärung übergibt.
Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 ziehen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral bleiben.
Die deutschen Truppen gehen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entscheiden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg. Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen werden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan und im Oktober 1870 bei Metz entscheidend geschlagen und ergeben sich.
Amadeus I. von Savoyen, Herzog von Aosta, wird am 16. November 1870 von den Cortes zum König von Spanien gewählt.

1871

Deutsches Reich: Am 18. Januar 1871 wird der preußische König Wilhelm I. von Hohenzollern im Spiegelsaal des Königsschlosses von Versailles in Anwesenheit der meisten deutschen Fürsten zum Kaiser des Deutschen Reiches gekrönt und das Deutsche Reich offiziell erneuert.
Der Krieg gegen Frankreich wird am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet.
Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 muß Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen. Die letzten deutschen Besatzungstruppen ziehen am 16. September 1873 aus Frankreich ab.
Frankreich: Nach der bitteren Kriegsniederlage (1870/71) und der Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" gründen die Franzosen am 31.08.1871 ihre "III. Republik". Nach diesen schweren Erschütterungen halten die Regierungen meistens nicht lange durch. Von 1871 bis 1914 werden in Frankreich etwa 50 Regierungen gebildet (x069/75).

1872

Deutsches Reich: Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versucht Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schließt gleichzeitig zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigen sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbricht (x089/121).

Asien: Französische Truppen besetzen ab 1873 Tongking (Vietnam).

1875

Herzegowina: Ab 1875 lehnen sich die Slawen und andere türkische Vasallen (mit russischer Unterstützung) in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

Osmanisches Reich: Ab 1875 führen die Türken jahrelang ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, um den westeuropäischen Wirtschaftsstandard zu erreichen.

Die kostspielige Modernisierung endet später schließlich mit dem Staatsbankrott des Landes (Verpfändung der türkischen Staatseinnahmen, ab 1881 internationale Schuldenverwaltung).

1876

Bulgarien: Im Jahre 1876 erfolgt ein Aufstand der Bulgaren gegen die türkisch-islamische Unterdrückung, den die Türken jedoch blutig niederschlagen. Der bulgarische Freiheitskampf kostet über 30.000 Todesopfer.

Osmanisches Reich: Abdul Hamid II. (1842-1918) wird im Jahre 1876 Sultan und beendet den türkischen Reformkurs.

Der Sultan zerstört damit die letzte Hoffnung, das brüchige Osmanische Großreich zu retten. Als Abdul "der Verdammte" die Reformer systematisch inhaftieren läßt, fliehen Tausende ins Exil (vorwiegend nach Paris).

Im Osmanischen Reich wird zwar im Jahre 1876 die Sklaverei abgeschafft, aber im selben Jahr werden Zehntausende von Armeniern (je nach Schätzung zwischen 40.000 bis 300.000 Armenier) in der Türkei massakriert (x075/61).

USA: Bei der Schlacht am Little Bighorn River in Südmontana erringen die nordamerikanischen Prärieстämme, unter Führung der Häuptlinge Crazy Horse (um 1839-1877) und Sitting Bull (um 1831-1890), im Jahre 1876 ihren letzten großen Sieg.

Die 7. US-Kavallerie (260 Soldaten) wird von ca. 2.000 Kriegern der Sioux, Arapaho und Cheyenne umzingelt und bis zum letzten Mann niedergemetzelt. Bei diesem Kampf fällt auch der karrieresüchtige Oberst Georg A. Custer (1839-1876, ein berüchtigter "Indianerschlächter"). Nach dieser vernichtenden Niederlage erklärt die US-Regierung den Vertrag von Fort Laramie (1868) für ungültig und läßt die siegreichen Ureinwohner gnadenlos verfolgen.

1877

Rußland: Infolge der äußerst brutalen türkischen Unterdrückungsmaßnahmen in der Herzegowina (1875) und in Bulgarien (1876) greift Rußland direkt ein (angeblich um die Balkan-Christen zu befreien) und beginnt im Jahre 1877 den russisch-türkischen Krieg.

Die wichtigsten russischen Expansionsziele sind: Beherrschung des Mittleren Ostens, des Balkans und der Meerengen, Eroberung von eisfreien Häfen und Zugang zu den Weltmeeren (einschließlich Mittelmeer) sowie Befreiung der griechisch-orthodoxen Christen.

Ab 1877 beginnt in Rußland die Industrialisierung.

1878

Deutsches Reich: Der Berliner Kongreß vom 13. Juni bis zum 13. Juli 1878 wendet einen drohenden Krieg zwischen den westeuropäischen Großmächten und Rußland ab.

Nach harten Auseinandersetzungen bricht Bismarck im Jahre 1878 den "Kulturkampf" ab. Zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) bleiben aber unverändert bestehen (x089/294).

Österreich-Ungarn: Angesichts der gefährlichen Entwicklung, die sich überall in Ost-Mitteleuropa ausbreitet, fordert der radikale österreichische Führer der Altdeutschen Partei, Georg von Schönerer (1842-1921, antisemitischer Politiker, der später auch den jungen Hitler entscheidend beeinflußt) im Jahre 1878 einen engeren Anschluß zum Deutschen Reich ("Los-von-Rom-Bewegung").

Asien: Großbritannien führt von 1878-1880 Krieg gegen Afghanistan und erobert Kandahar und Kabul.

1879

Deutsches Reich: Bayern stellt im Jahre 1879 erstmalig verbindliche Rechtschreibregeln für das Deutsche Reich auf. Die neuen preußisch-bayerischen Regeln werden 1880 durch Konrad Duden (1829-1911) veröffentlicht.

Afrika: Großbritannien führt im Jahre 1879 Krieg gegen das südafrikanische Bantuvolk der Zulus.

1880

Deutsches Reich: In Anwesenheit Kaiser Wilhelms I. wird am 15. Oktober 1880 der Kölner Dom fertiggestellt (632 Jahre nach der Grundsteinlegung).

Ost- und Ostmitteleuropa: Von 1880-1914 fliehen über 2,0 Millionen Juden aus Osteuropa in die USA und 0,2 Millionen Juden emigrieren nach England.

USA: Alle Apachen-Stämme, die als Nomaden, Jäger und Sammler in New Mexico und Arizona leben, werden im Jahre 1880 endgültig niedergekämpft. Die Apachen, die vielerorts länger als 40 Jahre ausdauernd und mutig um ihre Heimat und Unabhängigkeit kämpfen, müssen sich schließlich der übermächtigen US-Armee beugen.

Tahiti: Französische Truppen besetzen im Jahre 1880 die Insel Tahiti.

1882

Deutsches Reich: Am 20. Mai 1882 schließen das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund (Erweiterung des deutsch-österreichischen Zweibundes), dem 1883 auch Rumänien indirekt beitritt.

Der deutsche Arzt und Bakterienforscher Robert Koch (1843-1910, Mitbegründer der Bakteriologie, erhält 1905 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin) entdeckt im Jahre 1882 den Tuberkel-Bazillus (Erreger der Tuberkulose).

Serbien: Serbien (seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches) proklamiert im Jahre 1882 ein Königreich.

USA: Ab 1882 verbietet die US-Regierung die Einwanderung von Chinesen. Später setzen die US-Einwanderungsbehörden Höchstzahlen für jedes Herkunftsland fest.

1883

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1883 die Krankenversicherung für Arbeiter (Beitragszahlung zu gleichen Teilen durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber) eingeführt.

Europa, Amerika: In den Jahren 1804-1883 wird der Sklavenhandel verboten und abgeschafft.

Südwestafrika: Der deutsche Kaufmann Adolf Lüderitz (1834-1886) erwirbt im Jahre 1883 Kolonien in Südwestafrika (heute Namibia).

1884

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1884 die Unfallversicherung eingeführt.

China: Frankreich führt 1884/85 Krieg gegen China.

Afrika: Die deutschen Afrikaforscher und Kolonisten Carl Peters (1856-1918) sowie Gustav Nachtigal (1834-1885) erwerben im Jahre 1884 Kolonien in Ostafrika, Togo und in Kamerun für das Deutsche Reich.

1885

Deutsches Reich: In der sogenannten "Kongo-Akte" verbieten 13 europäische Staaten und die USA am 26. Februar 1885 in Berlin die Sklaverei.

Bulgarien: Aufgrund der Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien kommt es 1885/86 zum serbisch-bulgarischen Krieg, der mit einem Sieg Bulgariens endet.

Birma: Großbritannien führt im Jahre 1885 den dritten Krieg gegen Birma und erobert das Land. Der König von Birma wird anschließend nach Indien deportiert.

China: Der französisch-chinesische Krieg 1884/85 endet für China mit dem Verlust Annams (Kernland des heutigen Vietnam).

Afrika: Italienische Truppen besetzen im Jahre 1885 Massaua (im heutigen Eritrea) am Roten Meer.
Madagaskar: Französische Truppen besetzen im Jahre 1885 die Insel Madagaskar.

1886

Deutsches Reich: Der bayerische König Ludwig II. (1845-1886, seit 1864 König, läßt zahlreiche Schlösser errichten, 1886 für geisteskrank erklärt) ertrinkt im Juni 1886 im Starnberger See.
Von 1886-1913 erwirbt der preußische Staat zielstrebig polnischen Grundbesitz ("Preußisches Ansiedlungsgesetz zur Stärkung des Deutschtums von 1886") und siedelt östlich der Oder verstärkt Siedler an. Infolge der aggressiven Germanisierungspolitik müssen ab 1886 rd. 26.000 polnische "Unruhestifter" die Provinzen Posen und Westpreußen verlassen. In den deutschen Ostprovinzen arbeiten in jener Zeit ständig mehr als 800.000 osteuropäische Saisonarbeiter in der Landwirtschaft.
Während der deutschen Industrialisierung wandern über 300.000 polnische Arbeiter in das Ruhrgebiet und nach Oberschlesien, um sich dort niederzulassen.
Frankreich: Kriegsminister Georges Boulanger (1837-91, Selbstmord) propagiert 1886/87 den französischen Revanchekrieg gegen das Deutsche Reich und bekämpft die parlamentarische Republik Frankreichs (x142/344).

1887

Deutsches Reich: Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbaren das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wird.
Großbritannien: Ab 1887 zwingt Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen.
USA: Im Jahre 1887 werden die letzten "dauernden Wohnsitze" der nordamerikanischen Ureinwohner (in den heutigen Staaten Oklahoma, Kansas, Nebraska und Dakota) durch ein neues Gesetz ("Dawn- oder Allotment-Act") aufgelöst und der Landeshoheit der einzelnen US-Bundesstaaten unterstellt.

1888

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm I. stirbt am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.
Friedrich III. (1831-1888) wird Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.
Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) stirbt, übernimmt Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron.
Afrika: Deutsche Truppen schlagen im Jahre 1888 einen Araberaufstand in Deutsch-Ostafrika nieder.

1889

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich wird im Jahre 1889 die Invaliditäts- und Rentenversicherung eingeführt.
Frankreich: Ab 1889 finanziert Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).
Kriegsminister Boulanger wird im Jahre 1889 gestürzt und muß ins Ausland fliehen.
Japan: Im Jahre 1889 erhält Japan eine neue Verfassung und wird von einem mittelalterlichen Lehnsstaat in einen modernen Beamtenstaat (nach dem preußischen Vorbild) umgewandelt. Das Heer wird nach deutschem System aufgestellt und die Flotte nach dem britischen Muster errichtet. Damals werden in Japan zahlreiche europäische Wissenschaftler, Handwerker und Offiziere beschäftigt, um das Land zu modernisieren.

1890

Deutsches Reich: Der erfahrene Reichskanzler Bismarck erklärt am 18. März 1890 seinen

Rücktritt und wird Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.
Osmanisches Reich: Die Aufstände der Armenier und Syrer werden von 1890 bis 1897 durch die Türken niedergeschlagen.
Großbritannien: Die englische Regierung schließt am 1. Juli 1890 mit dem Deutschen Reich einen sehr günstigen Tausch-Vertrag: Helgoland (von 1714-1814 dänisch, seit 1815 britisch) geht im August 1890 an Deutschland zurück, während England als Gegenleistung die Insel Sansibar und strategisch wichtige Gebiete Ostafrikas erhält.
USA: Der Sioux-Häuptling Sitting Bull (einer der großen Führer des Freiheitskampfes der nordamerikanischen Ureinwohner) wird während seiner Gefangennahme am 15. Dezember 1890 getötet.
Bei Wounded Knee, in Süd-Dakota, findet am 29. Dezember 1890 das letzte große "Indianer-Massaker" der US-Armee statt. Etwa 350 halbverhungerte Dakota (überwiegend alte Menschen, Frauen und Kinder) sollen in der Indianerreservation Pine Ridge von US-Truppen (Führung: Oberst James W. Forsyth) entwaffnet werden. Als sich bei dieser Aktion versehentlich ein Schuß löst, metzeln die US-Soldaten die Dakota (angeblich militante Mitglieder der "Geistertanzbewegung") rücksichtslos nieder (x181/2.36, x252/809).
Im Jahre 1890 leben nur noch 0,2 Millionen Ureinwohner in Nordamerika (x056/126). Die letzten Ureinwohner Nordamerikas sind heimatlos und besitzen kein eigenes Land mehr. Alle nordamerikanischen Ureinwohner vegetieren nur noch in trostlosen und ärmlichen Reservationen, die ab 1934 unter der Aufsicht des US-Innenministeriums stehen.

1891

Frankreich: Im Jahre 1892 verhandeln Frankreich und Rußland über ein antideutsches Militärbündnis ("brüderliche Einigung der befreundeten und verbündeten Nationen"). Dieses Bündnis wird Ende 1893 ratifiziert.

1893

Frankreich: Frankreich und Rußland schließen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis soll in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) bilden.

1894

Deutsches Reich: Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst wird im Jahre 1894 von Kaiser Wilhelm II. zum deutschen Reichskanzler ernannt.
Im Verlauf einer Frauenkonferenz vom 28. bis zum 29. März 1894 gründen die deutschen Frauenvereine in Berlin den "Bund Deutscher Frauenvereine" (BDF), um die gemeinsamen Interessen der Frauenbewegung zu koordinieren und durchzusetzen.
China: Nach einem Bauernaufstand in Südkorea kommt es im Jahre 1894 zum japanisch-chinesischen Krieg, den Japan im Jahre 1895 siegreich beendet.
Afrika: Italienische Truppen greifen im Jahre 1894 Äthiopien an.
Französische Truppen besetzen im Jahre 1894 Timbuktu im westafrikanischen Mali.

1895

Osmanisches Reich: Im Herbst 1895 berichtet der französische Konsul in Diyarbakir per Telegramm über die systematische Verfolgung von Armeniern (x075/61-62).
Kuba, Philippinen: In den spanischen Kolonien Kuba und Philippinen brechen im Jahre 1895 wieder Aufstände gegen die spanischen Besatzungstruppen aus. Die Aufstände werden von den USA unterstützt (x142/353).
China: Nach der Niederlage gegen Japan verliert China im Jahre 1895 die Oberhoheit über Korea. China muß außerdem Formosa an Japan abtreten, 4 chinesische Häfen für Japan öffnen und eine Kriegsentschädigung zahlen (Frieden von Schimonoseki).
Afrika: Französische Truppen besetzen im Jahre 1895 Djibuti in Nordostafrika.

1896

Osmanisches Reich: Der britische Konsul berichtet im Jahre 1896 über 8.000 ermordete Armenier in Urfa (Anatolien), von denen allein 3.000 in einer Kathedrale verbrannt wurden (x075/62).

Großbritannien: Im Jahre 1896 ruft ein Leitartikel der englischen Zeitschrift "Saturday Review" zum Kampf gegen Deutschlands Wirtschaft auf (x065/338).

China: Das nach dem japanisch-chinesischen Krieg von 1894/95 geschwächte China schließt im Jahre 1896 einen Geheimvertrag mit Rußland. Port Arthur und Dalny (Dairen) werden für 25 Jahre an Rußland verpachtet. Ferner erhält Rußland Bergbaurechte in der Mandschurei (x056/299).

Afrika: Italien verliert im Jahre 1896 den italienisch-äthiopischen Krieg (1894-96) und muß seine Pläne vom großen nordafrikanischen Kolonialreich aufgeben.

1897

Griechenland: Der griechisch-türkische Krieg um Kreta endet 1897 mit einer Niederlage der Griechen. Die europäischen Großmächte verhindern danach die Abtretung Kretas an das Osmanische Reich und setzen 1898 eine autonome Verwaltung Kretas unter türkischer Oberhoheit durch. Kreta wird schließlich 1908 mit Griechenland vereinigt.

USA: William McKinley (1843-1901, ermordet) wird im Jahre 1897 zum 25. Präsidenten der USA gewählt. US-Präsident McKinley begründet danach die imperialistische Weltmachtpolitik Nordamerikas.

China: Nach der Ermordung von 2 Missionaren besetzen deutsche Truppen im Jahre 1897 die Bucht von Kiautschou in China.

Afrika: Deutsche Truppen schlagen im Jahre 1897 einen Aufstand der Hottentotten in Südwestafrika nieder.

1898

USA: Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna treten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.

China: Das geschwächte China schließt im Jahre 1898 Verträge
mit dem Deutschen Reich (Verpachtung der Bucht von Kiautschou mit Tsingtau für 99 Jahre, Konzessionen für den Eisenbahnbau und die Erzgewinnung auf der Halbinsel Schantung),
mit Frankreich (Verpachtung von Kuangtschou für 99 Jahre),
mit England (Verpachtung von Kowloon auf dem Festland gegenüber Hongkong sowie Weihai-wei in Schantung für 99 Jahre) und
mit Rußland (Verpachtung der Südhälfte der Halbinsel Liaotung mit Dairen und Port Arthur für 25 Jahre).

1899

Österreich-Ungarn: Der Österreicher Josef Lanz (1874-1954, ein ehemaliger Zisterzienser-Mönch) hält schon im Jahre 1899 antijüdische Hetzreden unter Hakenkreuzfahnen. Lanz "predigt" damals von einer "blondblauen Edelrasse" und nennt die Juden abfällig "Sodoms Äfflinge". Für alle "minderwertigen Rassen" soll es nur Versklavung geben.
In jener Zeit breitet sich in allen österreichischen Provinzen ein radikaler Nationalismus aus, der sich in erster Linie gegen die Serben und Tschechen, später auch verstärkt gegen die Juden richtet.

Spanien: Spanien verkauft im Jahre 1899 seine letzten überseeischen Kolonien (die Karolinen, Marianen und Palau-Inseln) an das Deutsche Reich.
Spaniens Kolonien beschränkten sich danach nur noch auf Enklaven in Marokko, der Westsahara und Äquatorialguinea.

Niederlande: In Den Haag findet im Jahre 1899 die 1. Internationale Friedenskonferenz statt.

An dieser Konferenz nehmen 26 Staaten teil. Mehrere Staaten (auch das Deutsche Reich) wehren sich vor allem gegen die vorgeschlagenen Rüstungsbeschränkungen.
Während dieser Friedenskonferenz wird der Haager Schiedsgerichtshof gegründet und am 19. Juli 1899 die sog. "Haager Landkriegsordnung" abgeschlossen, um eine weitere "Humanisierung" der Kriegsführung zu erreichen. Wesentliche Abmachungen der "Haager Landkriegsordnung" betreffen die Schonung und Schutz der Zivilbevölkerung, der Kriegsgefangenen, der Verwundeten und Kranken, die Beschränkung der Herstellung und Verwendung von Waffen, die unnötige Leiden verursachen sowie den Schutz des Privateigentums.
Südafrika: Während des "Burenkrieges" (1899-1902) setzen sich die Buren erbittert zur Wehr.

1900

Frankreich: Während der Weltausstellung in Paris im Jahre 1900 wird allgemein die hohe Qualität deutschen Industrieprodukte gelobt (x233/104).

1901

USA: US-Präsident McKinley (seit 1897 Präsident, begründet die imperialistische Weltmachtpolitik Nordamerikas) wird im Jahre 1901 durch einen Anarchisten ermordet.
McKinleys Nachfolger, Vize-Präsident Theodore Roosevelt (1858-1919, US-Präsident von 1901-1909), setzt die US-Weltmachtpolitik konsequent fort.
Persien: In Persien beginnen im Jahre 1901 die ersten Erdölbohrungen.

1902

Frankreich: Frankreich und Italien einigen sich im Jahre 1902 darauf, daß Frankreich freie Hand in Marokko und Italien in Libyen erhalten soll (x142/359).
Großbritannien: England und Japan schließen wegen der russischen Expansionsversuche in Ostasien (China und Korea) im Jahre 1902 ein Bündnis gegen Rußland.
Afrika: Nach äußerst brutaler Kriegsführung brechen überlegene britische Truppen den erbitterten Widerstand der Buren und beenden im Jahre 1902 den "Burenkrieg" (1899-1902). Die Burenstaaten werden danach aufgelöst und der britischen Kolonie Südafrika zugeordnet.

1903

Deutsches Reich: Deutsche Firmen leiten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn" (Eisenbahnkonzession von 1888).
Rußland: Der russische Innenminister Wjatscheslaw. K. Plewe (1846-1904) erklärt im Jahre 1903 (x056/301): >>Rußland ist durch Bajonette, nicht durch Diplomatie entstanden, und wir müssen die mit China und Japan strittigen Fragen mit Bajonetten entscheiden und nicht mit der Feder der Diplomatie. ...<<
Serbien: Serbische Offiziere unter Führung des Nationalisten Dragutin Dimitrijevic ermorden im Jahre 1903 in Belgrad König Alexander I. (1876-1903, seit 1889 König von Serbien), seine Ehefrau, den serbischen Ministerpräsidenten und weitere Regierungsmitglieder (x175/35). Nachfolger des ermordeten Königs wird Peter I. von Serbien.
USA: Im Jahre 1903 wird die Landenge von Panama (bis 1903 eine Provinz Kolumbiens) zum Bau des Panamakanals annektiert.
Panama bleibt danach bis zur Eröffnung des Panamakanals im Jahre 1914 ein Protektorat der USA.

1904

Großbritannien: Die Briten drohen dem Deutschen Reich am 24. August 1904 mit Krieg, falls die deutschen Waffen- und Kohlenlieferungen an Rußland nicht eingestellt werden (x092/697).
England und Frankreich einigen sich über strittige Kolonialfragen (in Ägypten und in Marokko) sowie Fischereirechte und schließen ein Bündnis. England erkennt die französischen Einflußgebiete in Marokko an, während Frankreich die englische Übernahme Ägyptens bestätigt.

Dieses britisch-französische Bündnis ändert das europäische Kräfteverhältnis zum Nachteil des Deutschen Reiches.

1905

Deutsches Reich: Die 1. "Marokkokrise" bringt Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entscheidet aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen.

Rußland: Der russisch-japanische Krieg (1904-05) endet im Jahre 1905 nach großen Nachschubschwierigkeiten mit einer katastrophalen russischen Niederlage (erster asiatischer Sieg über eine europäische Großmacht).

Nach der völlig unerwarteten Niederlage im russisch-japanischen Krieg 1904/05 ("Kleiner Krieg gegen den japanischen Zwerg") gerät das Zarenreich durch die erste russische Revolution (1905) erstmalig an den Rand des Zusammenbruches. Als eine russische Arbeiterdelegation (etwa 150.000 Teilnehmer) am 22. Januar 1905 zum Petersburger Winterpalais des Zaren zieht, um eine Bittschrift zu überreichen, eröffnet die Palastwache das Feuer auf die große Menschenmenge.

Kanada: Im Jahre 1905 verlassen die letzten britischen Truppen Kanada.

1906

Österreich-Ungarn: Um Serbien in die Schranken zu weisen, verhängt Österreich-Ungarn eine Viehimportsperre. Serbien übersteht diesen sogenannten "Schweinekrieg" (1906-1908) jedoch mit französischer Kapitalhilfe (x061/359).

Großbritannien: England und Frankreich schließen im Jahre 1906 ein Heeres- und Flottenabkommen gegen das Deutsche Reich.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Sir Charles Hardinge (1858-1944) schreibt in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906 (x320/10): >>… Man muß allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.<<

1907

Niederlande: An der 2. internationalen Friedenskonferenz in Den Haag (1907), die Nordamerika organisiert, nehmen bereits über 40 Staaten teil. Bei dieser Konferenz einigt man sich endgültig auf die Einrichtung des Haager Schiedsgerichtshofes und dehnt die Anerkennung des Roten Kreuzes (Genfer Konvention von 1864/1906) auf die Seekriegsführung aus.

Die erweiterten Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung (HLKO) werden am 18. Oktober 1907 unterzeichnet und enthalten z.B. folgende verbindliche Vereinbarungen über die Humanisierung der Kriegsregeln, über den Schutz der Zivilisten und über allgemeines Völkerrecht:

Die Tötung oder Verwundung von wehrlosen Feinden ist untersagt. Zivilpersonen sind im Rahmen des "öffentlichen Gewissens" zu schützen. Nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte bleibt die bisherige Rechtspersönlichkeit weiterhin erhalten. Ungeachtet der Auflösung bzw. dem Rücktritt der Staatsführung sind alle Bürger des Volkes zu schützen. Kein Staat kann sich einseitig von den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung lossagen.

Großbritannien: Ein englisch-russisches Bündnis soll im Jahre 1907 zur Entspannung in Afghanistan, Tibet und Persien führen und ist gleichzeitig gegen das Deutsche Reich gerichtet ("Stabilisierung des europäisches Gleichgewichtes").

USA: Im Oktober 1907 wird die Börse in New York durch den Zusammenbruch der Kupferkurse erschüttert. Zahlreiche US-Banken geraten in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Vereinigten Staaten sind damals noch finanziell von Europa abhängig, denn sie haben hohe Auslandsschulden. Die französischen Banken, die in jener Zeit über sehr viel Kapital verfügen, leihen den US-Banken sofort 16 Millionen Dollar (x069/76).

1908

Österreich-Ungarn: Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtet bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen will, annektiert Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina.

Rußland: In Sibirien richtet im Jahre 1908 ein Riesenmeteor im Umkreis von 40 km gewaltige Verwüstungen an (x074/992).

Osmanisches Reich: Das Osmanische Reich wird im Jahre 1908 durch die Revolution der "Jungtürken" (Führung: Enver Pascha, 1881-1922, türkischer Politiker und Armeeführer) und durch Volksaufstände in Albanien und Arabien erschüttert.

1909

Österreich-Ungarn: Das arbeitsunfähige österreichisch-ungarische Parlament wird im Jahre 1909 nur noch mit dem Verordnungsrecht regiert.

Persien: Britische und russische Truppen marschieren im Jahre 1909 in Persien ein und teilen das Land vereinbarungsgemäß (Vertrag von 1907) in eine russische (im Nordwesten), eine britische (im Südosten) und eine neutrale Zone auf.

1910

Deutsches Reich: Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schließen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).

Rußland, Japan: Rußland und Japan verbünden sich im Jahre 1910 gegen den nordamerikanischen Einfluß in der Mandschurei.

1911

Deutsches Reich: Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlagen und als "Herren des Landes" auftreten, entsendet das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir (2. "Marokkokrise").

Rußland: Rußland und Frankreich schließen im Jahre 1911 ein Militär- und Flottenabkommen.

Italien: Als italienische Truppen im Jahre 1911 Tripolis und Cyrenaika besetzen und annektieren, kommt es zum italienisch-türkischen Krieg (1911-12).

Spanien, Frankreich: Spanien und Frankreich beschließen im Jahre 1911 die Aufteilung Marokkos.

Spanische Truppen besetzen das Rifgebirge und werden schon bald von den Rifkabylen (Berberstämme) angegriffen.

Mexiko: Der mexikanische Staatspräsident Porfirio Diaz (1830-1915, seit 1884 Staatspräsident) wird im Jahre 1911 gestürzt.

Nach dem Sturz des Diktators Diaz wird der im Jahre 1910 ausgebrochene Bürgerkrieg fortgesetzt. Die mexikanischen Revolutionäre Pancho Villa (1877-1923, ermordet) und Emiliano Zapata (1873-1919, ermordet) kämpfen vor allem für die Interessen des Agrarproletariats. Die revolutionären Unruhen in Mexiko dauern bis etwa 1920.

1912

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich fühlt sich zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängert am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erkämpft im Jahre 1912 schon 110 von 398 Mandaten und wird erstmalig stärkste Partei des deutschen Kaiserreiches (x063/428).

Rußland: Lenin und sein späterer Mitarbeiter Stalin unterstützen die erstmals im Jahre 1912 in Sankt Petersburg erscheinende bolschewistische Tageszeitung "Prawda" ("Wahrheit").

Balkanstaaten: Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führt (1911/12),

nutzt der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und greift das Osmanische Reich an.
Die angeschlagenen Türken werden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und müssen Mazedonien räumen. Italien verhindert aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.
Großbritannien: Die englische Flotte verfügt im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).

1913

Balkanstaaten: Als sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen können, greift Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligen sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913).
Bulgarien wird bis August 1913 entscheidend besiegt und muß z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten.
Osmanisches Reich: Nach den verlustreichen Balkankriegen (1912-13) behält das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete.

17.06.1914

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. eröffnet am 17. Juni 1914 feierlich den Hohenzollern-Kanal (Länge: 56 km), der Havel und Oder verbindet. Dieser Kanal zwischen Berlin und Stettin ist für Schiffe bis 750 t Traglast befahrbar (x092/737).

28.06.1914

Österreich-Ungarn: Am 28. Juni 1914 fällt der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau werden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

28.07.1914

Österreich-Ungarn: Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärt Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

01.08.1914

Deutsches Reich: Da der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhält, erfolgt um 17.00 Uhr die deutsche Mobilmachung.
Gegen 19.00 Uhr wird die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg beginnt als deutsch-russischer Krieg.
Frankreich: Die französische Regierung beantwortet am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482). Um 16.55 Uhr ordnet Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).
Großbritannien: Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) läßt am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts (nur mit Billigung des Premierministers) die britische Flotte mobilisieren (x307/691).

02.08.1914

Deutsches Reich: Um den gefürchteten Zweifrontenkrieg zu verhindern, soll der Westkrieg so schnell wie möglich entschieden werden, deshalb muß das Deutsche Reich einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen. Belgien lehnt jedoch am 2. August 1914 die ultimative Forderung ab, den deutschen Truppendurchmarsch zu gestatten.

03.08.1914

Deutsches Reich: Das Deutsche Reich kommt der französischen Kriegserklärung zuvor und erklärt Frankreich am 3. August 1914 den Krieg.
Belgien: Als deutsche Truppen am 3. August 1914 in Belgien einmarschieren, bittet Belgien die unschlüssigen Briten um Hilfe.
Aufgrund des Einmarsches in Belgien gelten die Deutschen später als Kriegsverursacher, obgleich Rußland und Frankreich die Mobilmachung nachweislich vor dem Deutschen Reich

anordnen.
Großbritannien: Der britische Außenminister Sir Edward Grey sagt am 3. August 1914 zu einem Freund (x191/7): >>Die Lampen gehen in ganz Europa aus, wir werden sie in unserm Leben nie wieder leuchten sehen. ...<<
04.08.1914
Großbritannien: Die britische Regierung beendet am 4. August 1914 die diplomatischen Beziehungen mit dem Deutschen Reich (gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung).
06.08.1914
Deutsches Reich: Serbien erklärt dem Deutschen Reich am 6. August 1914 den Krieg.
Später gehen z.B. noch folgende Kriegserklärungen an das Deutsche Reich:
Japan (23.08.1914), Italien (28.05.1915), USA (06.04.1917 = Beginn des Ersten Weltkrieges).
In Europa bleiben nur die Niederlande, die Schweiz, Spanien und die skandinavischen Länder bis zum Kriegsende neutral.
Ostkrieg: Polnische Truppen (Führung: Pilsudski) marschieren am 6. August 1914 aus Galizien in ehemalige polnische Gebiete ein.
19.08.1914
Ostkrieg: Zahlenmäßig überlegene russische Truppen greifen das Deutsche Reich unerwartet früh an und dringen am 19. August 1914 in Ostpreußen ein. Obgleich sich die deutschen Einheiten erbittert zur Wehr setzen, ist die russische "Dampfwalze" nicht aufzuhalten. Die deutschen Truppen müssen den Rückzug antreten.
20.08.1914
Rußland: Der französische Botschafter in Sankt Petersburg schreibt am 20. August 1914 (x261/205): >>Der jetzige Krieg gehört nicht zu denjenigen, die durch einen politischen Vertrag beendet werden; ... es ist ein Krieg auf Leben und Tod, in welchem jeder Kämpfende seine nationale Existenz aufs Spiel setzt. ...<<
August 1914
Rußland: Der russische Zar kündigt im August 1914 die Autonomie Polens an (x061/433).
03.09.1914
Ostkrieg: In Ostgalizien verbluten die oftmals nur mangelhaft ausgerüsteten österreichisch-ungarischen Truppen bereits während der ersten russischen Angriffsschlachten. Sie können die "russische Dampfwalze" nicht lange aufhalten, müssen am 3. September 1914 Lemberg aufgeben und den Rückzug antreten.
Die Kämpfe in Ostgalizien (August bis September 1914) fordern auf österreichisch-ungarischer Seite etwa 300.000 Tote und Verwundete (x065/356).
Nach dieser Katastrophe geraten die österreichisch-ungarischen Truppen ständig an allen Fronten in große Schwierigkeiten, die sie oftmals nur mit deutscher Waffenhilfe überstehen. Die österreichisch-ungarischen Truppen können während des Ersten Weltkrieges eigentlich nur die Kampffront gegen Italien mit eigenen Kräften halten.
10.09.1914
Westkrieg: Während der großen Marne-Schlacht (5.-12.09.1914) verliert die deutsche Heeresleitung, die sich weit hinter der Kampffront befindet, völlig die Übersicht, so daß der von der deutschen Heeresleitung entsandte Oberstleutnant Richard Hentsch in der Nacht vom 10. zum 11. September 1914 trotz deutscher Überlegenheit den Rückzug hinter die Aisne erteilt (x054/178).
Nach dem sogenannten "Wunder an der Marne" erstarren allmählich alle Fronten von Basel bis zur Nordsee. Durch den frühzeitigen Schützengraben- und Stellungskrieg scheitern letzten Endes alle deutschen Operationspläne. Der Krieg ist bereits zu diesem Zeitpunkt verloren (x099/37).

13.10.1914

Frankreich: Der russische Botschafter berichtet am 13. Oktober 1914 über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Delcassé in Paris (x239/204): >>Mit dem Vorbehalt, daß es jetzt noch zu früh sei, "das Fell des Bären zu verkaufen", ... gab Delcassé zu, daß es nicht sinnlos wäre, unter Verbündeten die gegenseitigen Ansichten und Wünsche beizeiten klarzustellen.

Er sei überzeugt, daß dabei zwischen Rußland, Frankreich und England keine Unstimmigkeiten entstehen könnten. ... Für sich suche Frankreich in Europa keine Gebieteserwerbungen, natürliche mit Ausnahme der Rückgabe Elsaß-Lothringens. In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Erwerbungen und werde sich mit der Berichtigung einiger kolonialer Grenzen begnügen.

Sodann sei das Hauptziel Frankreichs – und darin seien alle drei verbündeten Mächte völlig solidarisch – die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Man müsse es so machen, daß die einzelnen deutschen Staaten selbst daran interessiert seien.

Von den Einzelheiten der künftigen Organisation Deutschlands zu sprechen, sei noch verfrüht. England werde wahrscheinlich die Wiederherstellung eines selbständigen Hannovers verlangen, und dem würden sich natürlich weder Rußland noch Frankreich widersetzen. Schleswig und Holstein müßten an Dänemark fallen. ...

England suche ebenfalls keine Erwerbungen in Europa, werde aber kolonialen Zuwachs auf Kosten Deutschlands verlangen. ...

Was Rußland betreffe, so ... werde Rußland natürlich die Freiheit der Meerengen ... fordern und hier werde Rußland volle Unterstützung bei Frankreich finden. ...<<

Oktober 1914

Osmanisches Reich: Das Osmanische Reich tritt im Oktober 1914 an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ein.

02.11.1914

Osmanisches Reich: Nach türkisch-russischen Seegefechten am 2. November 1914 erhält das Osmanische Reich bis zum 5. November 1914 die russische, französische und britische Kriegserklärung.

15.11.1914

Deutsches Reich: Der deutsche Schriftsteller Otto von Traube (1879-1973) schreibt am 15. November 1914 über die voraussichtlichen Folgen des Ersten Weltkrieges (x267/66): >>Pessimistisch bin ich des Krieges wegen nicht. Die Fortschritte sind langsame, aber sichere; pessimistisch bin ich nur darüber, was hernach sein wird.

Das alte Europa wird nicht mehr sein: "der Europäer" ein Wort sein aus der Vorzeit; ähnlich wie "Ichthyosaurier" (Meerestiere des Erdmittelalters).

Haß gegen Haß werden es weiter scheiden und teilen ...<<

Dezember 1914

Ententemächte: Die Alliierten beherrschen Ende Dezember 1914 alle Weltmeere und verstärken die Fernblockade gegen das Deutsche Reich. Nur in der Ostsee wird der deutsche Handelsverkehr aufrechterhalten.

1914

Rußland: Thomas G. Masaryk (1850-1937, ab 1918 tschechoslowakischer Staatspräsident) und der russische Außenminister Sasonow diskutieren im Jahre 1914 über die "Wiedergewinnung" des Sudeten- und Burgenlandes (slawischer Korridor der künftigen Tschechoslowakei nach Jugoslawien - x025/93).

Spanien: Spanien bleibt im Ersten Weltkrieg neutral. Spaniens Wirtschaft zählt zunächst zu den Gewinnern des Krieges und steigert ab 1914 seine Rohstofflieferungen an die Kriegs-

mächte.

Februar 1915

Ostkrieg: Nach dem 2. Russeneinfall (November 1914) siegen die deutschen Truppen im Februar 1915 bei der Winterschlacht in Masuren (über 100.000 russische Gefangene). Die Russen werden danach endgültig aus Ostpreußen vertrieben.

22.04.1915

Westkrieg: Die Deutschen setzen am 22. April 1915 an der Kampffront in Westflandern zum ersten Mal giftiges Chlorgas ein. Bei diesem Gasangriff in der Nähe von Ypern (Belgien) sterben etwa 5.000 alliierte Soldaten und 10.000 erleiden schwere Vergiftungen. Dieser Gasangriff wird später damit begründet, daß die Franzosen bereits vorher ähnliche Kampfstoffe eingesetzt hätten (x175/120).

26.04.1915

Ententemächte: Die Ententemächte versprechen den Italienern am 26. April 1915 in London für einen "Frontwechsel" nach Kriegsende folgende Gebietsgewinne (x092/746): >>Tirol bis zum Brenner, Istrien mit der Stadt Triest sowie Görz, Teile der dalmatischen Küste; die Inseln Rhodos und den Dodekanes, Verwaltung von Kolonialgebieten der Mittelmächte ...<<

03.05.1915

Italien: Da Österreich alle italienischen Gebietsforderungen starsinnig ablehnt (deutsche Vermittlungsversuche bleiben erfolglos), entscheidet sich Italien für das "gute Angebot" der vermeintlich stärkeren Ententemächte und kündigt am 3. Mai 1915 den mit dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn geschlossenen "Dreibund".

07.05.1915

Großbritannien, USA: Ein deutsches U-Boot versenkt am 7. Mai 1915 vor der Südküste Irlands den britischen Passagierdampfer Lusitania (Waffentransporter). 1.198 Menschen finden den Tod (darunter sind auch 139 US-Bürger).

Obgleich die deutsche Botschaft in einigen nordamerikanischen Zeitungen rechtzeitig vor einer Fahrt mit dem bewaffneten Waffentransporter gewarnt hatte, droht Nordamerika den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen an (x041/66).

23.05.1915

Italien: Die italienische Regierung erklärt dem ehemaligen Bündnispartner Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 den Krieg.

27.05.1915

Osmanisches Reich: Die moslemischen Jungtürken ordnen am 27. Mai 1915 die Deportation der Armenier aus Anatolien in die Wüste von Mesopotamien an.

Die Jungtürken führen ihre Ausrottungspläne zielstrebig durch. Sie setzen überwiegend christenfeindliche Freischaren (Tschetas) und sonstige "Helfer" (Strafgefangene etc.) in Ostanatolien ein, um das armenische Problem endgültig zu erledigen. Auch die rebellischen Kurden, die regelmäßig die armenischen Siedlungen heimsuchen und Raubzüge durchführen, werden von den Türken informiert, daß die "Ungläubigen" (Armenier) ausgerottet werden sollen. Im Verlauf dieser systematischen Aktionen kommt wahrscheinlich die Hälfte der etwa 2 Millionen deportierten Armenier um (x175/121).

05.08.1915

USA: Die US-Publikation "The Archives of Reason" wendet sich am 5. August 1915 an die nordamerikanischen Kriegshetzer (x267/127): >>Mache einen schulterhohen Graben in deinem Garten, lasse ihn halb voll Wasser laufen und krieche hinein. Alsdann verharre darin zwei bis drei Tage ohne Nahrung. Dazu bestelle dir einen Geisteskranken, der aus geeigneter Entfernung mit Revolvern und Maschinengewehren auf dich schießt.

So hast du eine Veranstaltung, die dem Kriege völlig gleichkommt und deinem Lande sehr viel weniger kostet als die Wirklichkeit. ...<<

28.08.1915

Italien: Die italienische Regierung erklärt dem ehemaligen Bündnispartner (Deutsches Reich) am 28. August 1915 den Krieg.

06.10.1915

Ostkrieg: Nach dem vorzeitigen "Rückzug" im Jahre 1914 greifen am 6. Oktober 1915 österreichisch-ungarische Truppen Serbien erneut an und besetzen Belgrad (9.10.1915).

Die kampfstarken Serben kann man aber erst bis Dezember 1915 mit deutscher Waffenhilfe vollständig niederwerfen.

Oktober 1915

Westkrieg: Die große Herbstschlacht in der Champagne endet für die Alliierten erfolglos. Von September bis Oktober 1915 fallen etwa 300.000 Soldaten der Alliierten (x054/181).

18.12.1915

Osmanisches Reich: Die türkische Regierung erteilt offiziell den Befehl, alle im Osmanischen Reich wohnenden Armenier zu vernichten (x081/92).

1915

Frankreich: Masaryk, Benesch und andere tschechische Politiker planen im Jahre 1915 in Paris die Beseitigung der Habsburger und die Gründung eines tschechoslowakischen Staates (x206/25).

Masaryk schreibt im Jahre 1915 in einer vertraulichen Denkschrift für französisch-britische Politiker, daß Rußlands Wünsche und Pläne für die tschechischen Politiker entscheidend wären (x120/34).

21.02.1916

Westkrieg: Die deutschen Truppen führen massive Angriffe gegen die französische Festung Verdun durch, denn hier will man die französische Armee entscheidend besiegen. Trotz massiver Truppeneinsätze (50 Divisionen) scheitern jedoch alle deutschen Durchbruchversuche in der "Hölle von Verdun".

Im Verlauf der erbitterten, grauenvollen Materialschlachten erleiden beide Seiten schwerste Verluste. Während dieser strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun (vom 21.02.-16.12.1916) fallen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen (x041/63).

31.05.1916

Westkrieg: Vor dem Skagerrak (Meeresarm der Nordsee zwischen Jütland und Norwegen) kommt es zur ersten und gleichzeitig letzten großen Seeschlacht (31.05.-1.06.1916) zwischen der deutschen Kriegsmarine und der englischen Grand Fleet.

Die Schlacht (21 deutsche Großkampfschiffe und Schlachtkreuzer gegen 37 britische Großkampfschiffe) endet zwar ohne Sieger, aber die Verluste der Briten (115.000 BRT) sind fast doppelt so groß wie die deutschen Schiffsverluste (61.000 BRT, x041/65).

24.06.1916

Westkrieg: An dem Fluß Somme beginnt, unter Führung der Briten, die 1. Großoffensive (24.06.-26.11.1916) der Ententemächte mit einem gewaltigen Trommelfeuer. Der Artilleriebeschuß gegen die deutschen Stellungen dauert 8 Tage und 8 Nächte.

Obwohl die Angreifer zahlenmäßig weit überlegen sind und über wesentlich mehr Kriegsmaterial verfügen, können die deutschen Truppen ihre Stellungen am nordfranzösischen Fluß Somme fast vollständig behaupten und jeden Durchbruchversuch verhindern. Die 1. große Materialschlacht an der Somme scheitert unter riesigen Verlusten. Für eine äußerst geringfügige Einbuchtung der deutschen Somme-Front (deutscher Rückzug = nur ca. 12 km), müssen mehr als 1,0 Millionen Soldaten (über 0,4 Millionen Deutsche, 0,4 Millionen Briten und 0,2 Millionen Franzosen) im wochenlangen Trommelfeuer, durch Gelbkreuz-Gaseinsatz (Senfgas bzw. Lost) und Panzerangriffe sterben (x041/62).

27.08.1916

Rumänien: Als der rumänischen Regierung große ungarische Gebiete als Kriegsbeute zugesagt werden (Banat, Bukowina und Siebenbürgen), tritt Rumänien am 27. August 1916 in den Krieg gegen Österreich-Ungarn ein.

Oktober 1916

Deutsches Reich: Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg erklärt im Oktober 1916 vor den Abgeordneten des Reichstages (x256/29): >>Seit Anfang des Krieges sind wir dem Fehler nicht entgangen, die Kraft unserer Feinde zu unterschätzen. Wir haben diesen Fehler aus der Friedenszeit übernommen. Bei der staunenswerten Entwicklung unseres Volkes in den letzten 20 Jahren erlagen weite Schichten der Versuchung, unsere gewiß gewaltigen Kräfte im Verhältnis zu den Kräften der übrigen Welt zu überschätzen. ...<<

05.11.1916

Mittelmächte: Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn geben am 5. November 1916 die Gründung eines unabhängigen polnischen Königreiches (ohne Posen und Galizien) bekannt. Pilsudski übernimmt die Führung des polnischen Staatsrates.

21.11.1916

Österreich-Ungarn: Der österreichische Kaiser Franz Josef I. (1830-1916) stirbt am 21. November 1916. Sein Nachfolger Karl I. (1887-1922) strebt schon bald eigenmächtig einen "Sonderfrieden" an (x054/184).

12.12.1916

Mittelmächte: Nach der Eroberung Rumäniens gibt die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab. Gleichzeitig bittet die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752).

21.12.1916

USA: US-Präsident Thomas W. Wilson fordert die kriegsführenden Staaten am 21. Dezember 1916 auf, ihre konkreten Friedensbedingungen zu nennen.

26.12.1916

Mittelmächte: Das Deutsche Reich verzichtet am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar sind.

30.12.1916

Ententemächte: Die Entente lehnt am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt werden.

Dezember 1916

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich verstärkt sich ab Dezember 1916 allmählich die Hungersnot ("Kohlrübenwinter").

1916

Ententemächte: Der tschechische Nationalrat wird im Jahre 1916 von England und Frankreich als völkerrechtliche Vertretung der Tschechen anerkannt.

10.01.1917

Ententemächte: Die Ententemächte geben am 10. Januar 1917 erstmalig ihre offiziellen Kriegsziele bekannt und verlangen z.B.: Die Abtretung Elsaß-Lothringens, "Befreiung" der slawischen Bevölkerung, Wiederherstellung Polens, Beendigung der türkischen Besatzungspolitik, Räumung der besetzten Gebiete und Zahlung von "angemessenen" Reparationen (x041/69).

17.01.1917

Deutsches Reich: Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Arthur Zimmermann, sendet

am 17. Januar 1917 ein geheimes Telegramm (falls die Vereinigten Staaten den Kriegseintritt erklären, sollen Bündnisverhandlungen mit Mexiko geführt werden) an den deutschen Botschafter in Washington.
Dieses geheime Telegramm wird durch den britischen Geheimdienst abgefangen, dechiffriert und später an den US-Botschafter in London übergeben.

22.01.1917

USA: Präsident Wilson konkretisiert am 22. Januar 1917 vor dem US-Senat die Grundsätze seiner Friedensordnung. Der US-Präsident fordert einen Frieden ohne Sieg, Gleichberechtigung aller Nationen, ob groß oder klein, das Recht auf äußere Selbstbestimmung für alle Völker und die Bildung eines universellen Völkerbundes als Friedensgarantie, anstelle der bisherigen Bündnisse (x041/180).

31.01.1917

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung informiert die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917).

14.02.1917

Rußland: In einer Note des russischen Außenministers vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg heißt es (x243/10): >>Euer Exzellenz (waren) so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige ...
1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. ... Das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers (werden) einverleibt. ...
3. Die übrigen linkrheinischen Gebiete ... sollen von Deutschland ganz abgetrennt (werden). ...
4. Die linksrheinischen Gebiete, die ... nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen (des Friedensvertrages) erfüllt haben werden. ...<<

05.03.1917

Großbritannien: US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphiert am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x243/10, x340/61): >>... Vielleicht ist unser Eingreifen in den Krieg der einzige Weg, auf dem unsere hervorragende geschäftliche Lage erhalten und eine Panik (US-Rezession bzw. US-Depression) abgewendet werden kann. Das Unterseeboot hat den letzten Ausschlag gegeben für die Gefahr eines Weltfinanzkrachs. ...<<
>>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. … Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<

08.03.1917

Rußland: Die zahlreichen militärischen und sozialen Katastrophen sowie die allgemeine russische Kriegsmüdigkeit führen schließlich vom 8. bis zum 15. März 1917 zur russischen Revolution und zum Sturz des Zaren.

11.03.1917

Ententemächte: Frankreich und Rußland vereinbaren während ihrer Geheimverhandlungen am 11. März 1917 die Aufteilung des Deutschen Reiches: Frankreich soll demnach Elsaß-Lothringen und das Saargebiet erhalten, während Rußland seine westlichen Grenzen "selbst bestimmen" kann. Der Rest des Deutschen Reiches soll als "Pufferstaat" dienen (x041/69).

Persien: Nach dem Abzug der russischen Truppen besetzen die Briten ab 11. März 1917 sämtliche persischen Gebiete.

15.03.1917

Rußland: Die französisch-russischen Aufteilungspläne des Deutschen Reiches können nicht mehr realisiert werden, weil der russische Zar während der "März-Revolution" durch den rus-

sischen Justizminister Alexander Kerenski (1881-1970, letzter kaiserlicher Ministerpräsident und erster Staatspräsident der demokratischen Republik Rußland) gestürzt wird und am 15. März 1917 abdanken muß.
Während der "Februarrevolution" in Petrograd sterben 602 Soldaten, 587 Zivilisten, 73 Polizisten und 53 Offiziere (x191/14). Der Sozialist Alexander Kerenski gründet danach eine demokratische Republik.

24.03.1917

Österreich-Ungarn: Ungeachtet der bisherigen Nibelungentreue des Deutschen Reiches bittet Kaiser Karl I. am 24. März 1917 seinen Schwager (Prinz Sixtus von Parma-Bourbon) per Brief, geheime Friedensverhandlungen mit Frankreich und England zu führen (x267/228-230).

06.04.1917

USA: Die Vereinigten Staaten von Amerika treten am 6. April 1917 in den Ersten Weltkrieg ein.

07.04.1917

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. beauftragt am 7. April 1917 den deutschen Reichskanzler, die Abschaffung des preußischen Klassenwahlrechts vorzubereiten (x245/77).

09.04.1917

Schweiz: Am 9. April 1917 werden Lenin und andere Führer der Bolschewisten in einem plombierten Eisenbahnwaggon nach Schweden (12.04.1917) und von dort nach Sankt Petersburg (16.04.1917) transportiert (x080/99, x041/70).
Vor allem General Ludendorff (Generalstabschef der 8. deutschen Armee) unterstützt den vermeintlich "glänzenden Plan", Lenin aus dem Schweizer Exil nach Rußland zu bringen, um den innenpolitischen und militärischen Zusammenbruch Rußlands zu beschleunigen. Die deutsche Reichsregierung finanzierte bereits vorher zeitweise Lenins Parteiblatt "Prawda" (x063/544).
Dieser "geniale Schachzug", Lenins Umsturzpläne zu unterstützen, hat letzten Endes verhängnisvolle Folgen, denn er beendet nicht nur die russische Zarenherrschaft, sondern leitet außerdem langfristig den Untergang der Deutschen Ostsiedlung und die vollständige Zertrümmerung des Deutschen Reiches ein.

Mai 1917

Österreich-Ungarn: Der österreichische Außenminister Graf Czernin führt vom Februar bis Mai 1917 geheime Friedensverhandlungen. Obwohl er eigenmächtig die Abtretung Elsaß-Lothringens anerkennen will, scheitert Czernins diplomatischer Friedensversuch bzw. der österreichische Verrat im Mai 1917 (x041/69).

19.07.1917

Deutsches Reich: Die Mehrheit der deutschen Reichsregierung (Sozialdemokraten und Zentrum) wendet sich am 19. Juli 1917 gegen den sogenannten "Siegfrieden" der deutschen Heeresleitung (x059/24): >>... Der deutsche Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.
Mit einem solchen Frieden sind Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen nicht vereinbar.<<
Ostkrieg: Nach dem Zusammenbruch der russischen Offensive beginnt die deutsch-österreichische Großoffensive. Bei Tarnopol gelingt am 19. Juli 1917 der deutsche Durchbruch. Danach bricht die gesamte russische Südfront zusammen. Bis zum Oktober besetzen deutsche Truppen die Ukraine und Livland.

22.07.1917

Polen: Pilsudski wird am 22. Juli 1917 nach Unruhen von den Deutschen festgenommen und inhaftiert. Die Polenpolitik der Mittelmächte ist damit endgültig gescheitert.

Frankreich: Einige französische Politiker fordern am 22. Juli 1917 die vollständige Auflösung des Deutschen Reiches.
Ententemächte: Die Alliierten sprechen am 22. Juli 1917 erstmals von der Tschechoslowakei.

August 1917

Rußland: Der russische Politiker Felix Dserschinski (1877-1926, stammt aus polnischem Adel, seit 1906 Bolschewik, leitet nach der Oktober-Revolution 1917 die Tscheka und von 1922-26 die GPU) schlägt im August 1917 vor, alle Feinde radikal zu bekämpfen (x087/125): >>Könnte man nicht das soziale und politische Kräfteverhältnis in einem Staate radikal ändern? Zum Beispiel durch - die Ausrottung bestimmter Klassen der Gesellschaft? ...<<

08.10.1917

Deutsches Reich: Die "Kölnische Volkszeitung" berichtet am 8. Oktober 1917 über die Geheimorganisation der Freimaurer (x345/9): >>… Das Freimaurertum bezweckt, die öffentliche Meinung zu bilden und zu leiten. Es will auf die Regierung des Landes jenen Einfluß haben, welchen guten und mächtigen Institutionen gebührt. Deshalb arbeitet es darauf hin, in die öffentliche Verwaltung, in die legislativen Körperschaften und in die höchsten Stellen der Macht seine eigenen Leute zu bringen.<<

02.11.1917

Großbritannien: Am 2. November 1917 erteilt der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chaijim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

06.11.1917

Rußland: Am 6. November 1917 wird die russische Kerenski-Regierung durch die Bolschewisten (Kommunisten) gewaltsam gestürzt. An der russischen "Oktober-Revolution" von 1917 (der westliche gregorianische Kalender wird erst im Februar 1918 in Rußland eingeführt) sind zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzen entscheidende Positionen. Zu ihnen gehören z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).
Die Bolschewisten werden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere) finanziell unterstützt.

November 1917

Rußland: Während und nach der "Oktoberrevolution" beginnt die größte Christenverfolgung der russischen Geschichte. Von 1917 bis 1940 werden ungezählte Priester, Mönche, Nonnen und andere Geistliche verhaftet, verschleppt oder ermordet.

01.12.1917

Rußland: Der Volkskommissar für das Kriegswesen, Leo Trotzki, verkündet am 1. Dezember 1917 vor den Delegierten des zentralen Exekutivkomitees der Sowjets (x046/189): >>In weniger als einem Monat wird der Terror extrem gewaltsame Formen annehmen, so wie es auch bei der Großen Französischen Revolution gekommen ist. ...<<

03.12.1917

Deutsches Reich: Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes schlägt dem Kaiser am 3. Dezember 1917 vor, Friedensverhandlungen mit Rußland einzuleiten (x191/19-20): >>Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt; wie lange sie sich an der Macht werden halten können, ist noch nicht zu übersehen. Sie brauchen zur Befestigung ihrer eigenen Stellung den Frieden; auf der anderen Seite haben wir alles Interesse daran, ihre vielleicht nur kurze Regierungszeit auszunutzen, um zunächst zu einem Waffenstillstand, und dann, wenn möglich,

auch zum Frieden zu gelangen.
Der Abschluß eines Separatfriedens würde die Verwirklichung des erstrebten Kriegszieles, den Bruch Rußlands mit seinen Verbündeten, bedeuten. ...<<

04.12.1917

Finnland: Nach der bolschewistischen Machtübernahme in Rußland erklärt sich Finnland am 4. Dezember 1917 von Rußland unabhängig.

11.12.1917

Litauen: Am 11. Dezember 1917 gelingt es den Litauern, die Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Republik Litauen (Hauptstadt = Kowno) zu gründen.

15.12.1917

Deutsches Reich: Der spätere deutsche Außenminister Walther Rathenau schreibt am 15. Dezember 1917 an einen Freund (x267/274): >>... An eine baldige Kriegsbeendigung glaube ich nicht ... Man tut sehr unrecht, Amerika zu unterschätzen, und irrt sich, wenn man jede neue Kriegserklärung aus Südamerika oder Übersee lächerlich findet. Es gibt im Drama Spieler, die im ersten Akt auftreten, dann unsichtbar bleiben und schließlich im fünften Akt als bedeutende Figuren hervortreten.<<

Ostkrieg: Nach der erfolgreichen "Oktober-Revolution" schließen die Bolschewisten und das Deutsche Reich am 15. Dezember 1917 einen Waffenstillstand.

1917

Österreich-Ungarn: Der tschechische Panslawist Hanus Kuffner (1861-1929) verlangt im Jahre 1917 bereits die Elbe-Linie als zukünftige Westgrenze der "Slawenzone" (x025/177).
H. Kuffner fordert in seiner Publikation "Unser Staat und der Weltfriede" für den tschechischen Staat folgende Gebiete: Teile von Österreich, Bayern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien bis zur Oder (x206/25).

08.01.1918

USA: US-Präsident Wilson gibt am 8. Januar 1918 in einer Rede vor dem US-Kongreß vierzehn Punkte bekannt, die als zukünftige Richtlinien für die Erhaltung des Weltfriedens dienen sollen.
Später wirft man mehrere Millionen Druckschriften des "14 Punkte-Friedens-Programms" mit Flugzeugen über dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn ab, um den Widerstandswillen der Bevölkerung und der Truppen zu schwächen (x177/85).

10.01.1918

USA: Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtet später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.
Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.
Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

13.01.1918

Deutsches Reich: Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schreibt am 13. Januar 1918 über die geplante Frühjahrsoffensive, die endlich die Entscheidung im Westen bringen soll (x267/282-283): >>Die große Offensive im Westen ist beschlossen; die Verluste für uns sind auf 600.000 Tote allein (!) kalkuliert. ...
Politisch ist das hier ein Irrenhaus, und die verständigen Leute sind machtlos. ...
Was im Osten zustande kommt (Brest-Litowsk), weiß niemand ... Ludendorff ist in allem Nichtmilitärischen völlig blind. ...<<

15.01.1918

Großbritannien: Der britische Premierminister Lloyd George unterstützt am 15. Januar 1918 die polnischen Gebietsforderungen und definiert Polen wie folgt (x064/125): >>... umfassend all jene wahrhaft polnischen Elemente, die wünschen, Teil Polens zu werden ...<<

20.01.1918

Rußland: Lenin rechtfertigt am 20. Januar 1918 die deutsch-russischen Friedensverhandlungen (x191/20): >>Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns ... für den gegebenen Augenblick ... von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg ... aus, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen.<<

Januar 1918

Ententemächte: In England und Frankreich übernehmen Anfang 1918 Lloyd George und Georges Clemenceau die Leitung des Krieges (Oberbefehl: Frankreich).

Der britische Premierminister David Lloyd George (Mitglied des Obersten Kriegsrates der Entente) vertritt die bedingungslose "Knock-out-Methode" (x041/68).

Britische und französische Befürworter eines Verständigungsfriedens werden damals kurzerhand verhaftet (x054/184).

09.02.1918

Ostkrieg: Das Deutsche Reich schließt mit der Ukraine am 9. Februar 1918 einen Friedensvertrag (sogenannter "Brotfrieden"). Die Ukraine erhält äußerst günstige Westgrenzen und Autonomie-Zusagen für Ostgalizien. Die Mittelmächte sollen dafür Getreidelieferungen bekommen (x092/760).

18.02.1918

Ostkrieg: Nach dem Scheitern der deutsch-russischen Friedensverhandlungen greifen die deutschen Truppen am 18. Februar 1918 erneut an.

24.02.1918

Estland: Nach erfolgreichen Freiheitskämpfen gegen die Bolschewisten entsteht am 24. Februar 1918 die Republik Estland (Hauptstadt = Reval). Estland wird aus den russischen Provinzen Estland und Nordlivland gegründet.

03.03.1918

Ostkrieg: Die sowjetisch-russische Regierung kapituliert am 3. März 1918 und erkennt das "deutsche Friedensdiktat" von Brest-Litowsk an.

Infolge der Kriegsmüdigkeit der russischen Soldaten und der bevorstehenden Kämpfe gegen die "Weiße Armee" (russische Gegenrevolution bzw. Bürgerkrieg) schließen die Kommunisten schließlich nach schwierigen Friedensverhandlungen notgedrungen den "russisch-deutschen Frieden um jeden Preis". Sowjet-Rußland verzichtet auch auf seine bisherigen Hoheitsrechte in Polen, Litauen und in Kurland. Die Ukraine und Finnland werden als selbständige Staaten anerkannt, während Estland und Lettland zunächst deutsche Besatzungsgebiete bleiben.

Rußland wird danach durch einen verheerenden Bürgerkrieg verwüstet. Der russische Bürgerkrieg von 1918-20 und während des Krieges auftretende Epidemien fordert mindestens 6,0 Millionen Todesopfer (x076/287).

21.03.1918

Westkrieg: Die Oberste Heeresleitung (OHL) ordnet am 21. März 1918 an der Westfront eine Reihe von Offensiven an, um den "Siegfrieden" durchzusetzen.

Juni 1918

Westkrieg: Im Verlauf der letzten großen deutschen Westoffensive (März bis Juni 1918) können die deutschen Truppen (200-220 Divisionen mit 3,5-4,0 Millionen Soldaten) bei Amiens und an der Aisne erstmalig im März 1918 durch die feindlichen Fronten brechen (x041/-

71, x065/366). Aufgrund fehlender "Beweglichkeit", Treibstoff- und Munitionsmangel sowie totaler Erschöpfung müssen die deutschen Truppen im Juni 1918 jedoch alle eroberten Stellungen wieder aufgegeben und den Rückzug hinter die bisherigen Frontlinien antreten.

Rußland: Im Juni 1918 landen die ersten US-Marinetruppen in Murmansk, um die Gegner der Bolschewisten zu unterstützen.

Der Chef der Tscheka (Lenins geheime Staatspolizei, die nach der "Oktoberrevolution" von 1917-22 unter diesem Namen operiert) berichtet im Juni 1918 (x243/126): >>... Wir treten für den organisierten Terror ein. ... Terror ist in Zeiten der Revolution eine absolute Notwendigkeit. ... Die Tscheka ist verpflichtet, die Revolution zu verteidigen und den Gegner zu vernichten, auch wenn das Schwert manchmal die Köpfe von Unschuldigen trifft. ...<<

04.07.1918

USA: US-Präsident Wilson erklärt am 4. Juli 1918, daß die neuen Grenzen auch die Interessen von ethnischen Gruppen und die Volkszugehörigkeit berücksichtigen müssen (x028/41).

10.07.1918

Sowjet-Rußland: Am 10. Juli 1918 wird die erste Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) angenommen.

17.07.1918

Sowjet-Rußland: Lenin läßt am 17. Juli 1918 den letzten russischen Zaren Nikolaus II. Alexandrowitsch Romanow (1868-1918) mit seiner gesamten Familie in Jekaterinburg erschießen (x080/178).

Lenin erklärt später, daß der Terror für das kommunistische System in manchen Situationen dringend erforderlich ist (x099/58): >>... Es ist unsere Pflicht als Kommunisten alle Kampfformen zu beherrschen ... und unsere Taktik jeweils der Lage anzupassen. ...

Die eigenen Hände im voraus zu binden, dem gegenwärtig besser bewaffneten Feind offen zu verkünden, ob und wann wir beginnen, ist Dummheit, aber keine Revolution. ...

Der Terror ist eine nützliche, ja in manchen Augenblicken eine lebenswichtige militärische Operation. ...<<

18.07.1918

Westkrieg: Mit ausgeruhten, frischen Truppen (unterstützt von 9 nordamerikanischen Divisionen) und unerschöpflichen Kriegsmaterialvorräten beginnen die Ententetruppen am 18. Juli 1918 eine großangelegte Gegenoffensive, aber die abgekämpften deutschen Kampfverbände wehren sich erbittert.

08.08.1918

Westkrieg: Nach harten Kämpfen brechen am 8. August 1918 etwa 450 britische und nordamerikanische Panzer bei Amiens durch die deutsche Front (x041/71). Die deutschen Truppen ziehen sich danach in schweren Abwehrschlachten auf die Antwerpen-Maas-Stellungen zurück, die man bis zum Kriegsende halten kann.

Ludendorff bezeichnet den 8. August 1918 später als den "Schwarzen Tag des deutschen Heeres".

14.08.1918

Westkrieg: Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos ist, drängt die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).

Österreich-Ungarn: Gemäß alter Habsburger Tradition versucht der österreichische Kaiser Karl I. noch rechtzeitig, das "sinkende Schiff" zu verlassen. Er bittet US-Präsident Wilson am 14. August 1918 um separate Friedensverhandlungen, aber alle österreichischen Versprechungen und Geheimverhandlungen sind letzten Endes vergeblich (x041/72).

05.09.1918

Sowjet-Rußland: Lenin fordert am 5. September 1918 die Einrichtung von "Konzentrations-

lagern" und "summarische Erschießungen".
Die Tscheka (von 1917-1922 staatliche Geheimpolizei der Bolschewisten) richtet danach innerhalb von 2 Monaten etwa 10.000-15.000 Menschewiken, Adelige, Offiziere, Polizisten, Verwaltungsbeamte und sonstige "Staatsfeinde" hin (x087/125).

14.09.1918

USA: US-Präsident Wilson lehnt separate Friedensverhandlungen mit Österreich-Ungarn am 14. September 1918 ab (x041/72).

19.09.1918

Sowjet-Rußland: Der bolschewistische Parteiführer Grigorij Sinowjew (1883-1936, eigentlicher Name: Hirsch Apfelbaum, hingerichtet) fordert am 19. September 1918 in der Zeitung "Servernaja Kommuna", daß von den 100 Millionen Einwohnern Rußlands etwa 10 Millionen durch den eigenen sozialistischen Terror vernichtet werden müssen (x046/189, x087/125).

26.09.1918

Frankreich: Masaryk (Staatspräsident) und Benesch (Außenminister) bilden am 26. September 1918 in Paris eine provisorische tschechoslowakische Regierung.

Ententemächte: Frankreich, England, Italien und die USA erkennen am 26. September 1918 in Pittsburg die Selbständigkeit der Tschechoslowakei an.

September 1918

Sowjet-Rußland: Im September 1918 kämpfen etwa 900.000 Europäer, Japaner und Nordamerikaner sowie weißrussische und mongolische Truppen gegen die Bolschewisten (x068/-190).

03.10.1918

Westkrieg: Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) teilt der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22).

Deutsches Reich: Prinz Max von Baden (1867-1929) wird am 3. Oktober 1918 zum Reichskanzler ernannt. Er bildet danach eine Regierung der Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Links- und Nationalliberale, Zentrum).
Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitet US-Präsident Wilson in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms (x243/12).

04.10.1918

Österreich-Ungarn: Österreich-Ungarn tritt dem deutschen Waffenstillstandsangebot am 4. Oktober 1918 bei.

08.10.1918

USA: US-Präsident Wilson lehnt am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<

13.10.1918

Österreich-Ungarn: Der Bund der Deutschen in Böhmen protestiert am 13. Oktober 1918 (x206/25): >>Die deutschen Gebiete in Böhmen dürfen nie und nimmer einem tschechoslowakischen Staat einverleibt werden ...<<

14.10.1918

Westkrieg: Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigert sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.

17.10.1918

Österreich-Ungarn: Als Ungarn nachträglich über die österreichischen Geheimverhandlungen vom 14. September 1918 informiert wird, kommt es am 17. Oktober 1918 zum endgültigen Bruch mit Österreich.

Ungarn proklamiert am 17. Oktober 1918 die Unabhängigkeit und am 16.11.1918 die Gründung der Republik Ungarn (x041/72).

23.10.1918

USA: US-Präsident Wilson fordert in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12).

24.10.1918

Deutsches Reich: Am 24. Oktober 1918 wird in Preußen das seit 1849 gültige Dreiklassenwahlrecht aufgehoben und durch ein "gleiches Wahlrecht" ersetzt.

Westkrieg: Nach dem Abzug der ungarischen Truppen brechen am 24. Oktober 1918 die italienischen Truppen an der unteren Piave (Fluß in Norditalien) durch die österreichische Front.

28.10.1918

CSR: Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republica (CSR) wird am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

30.10.1918

Osmanisches Reich: Nach Zerschlagung der türkischen Palästinafront gibt das Osmanische Reich den erbitterten Widerstand auf und schließt am 30. Oktober 1918 einen Waffenstillstand.

03.11.1918

Deutsches Reich: Matrosen der Kriegsmarine rufen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergreift.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. …<<

Österreich: Österreich und die Ententemächte schließen am 3. November 1918 einen Waffenstillstand (x041/77). Damit beendet Österreich den Ersten Weltkrieg genauso eigenmächtig wie es den Krieg eröffnet hatte.

05.11.1918

Frankreich: Die deutsche Waffenstillstandskommission wird am 5. November 1918 durch Marschall Foch empfangen.

07.11.1918

Deutsches Reich: In Berlin verlangt die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

In München bricht am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wird, flieht der König von Bayern.

08.11.1918

Deutsches Reich: Der radikale USPD-Politiker Kurt Eisner (1867-1919) proklamiert am 8. November 1918 in München die Räterepublik Bayern.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin fordert am 8. November 1918 die Einführung eines Rätestaates (x243/19): >>Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern (die) Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. ...

Heraus aus den Betrieben, heraus aus den Kasernen! ...<<

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schreibt am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrich-

ten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser, abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen lassen. …
Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis z bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. …<<
Frankreich: Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wird später als "Novemberverbrecher" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelt vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.

09.11.1918

Deutsches Reich: In Berlin bricht eine Revolution aus. Am Morgen ruft der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhält das Militär um 13 Uhr Schießverbot.
Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den doppelten Thronverzicht des Kaisers bekannt und tritt danach zurück. Reichskanzler Prinz Max von Baden verhindert mit seiner eigenmächtigen Verkündung nicht nur den Plan des Kaisers, wenigstens die preußische Königswürde zu retten, sondern er fördert außerdem die schnelle Ausbreitung der gewaltsamen Novemberrevolution in Berlin und im gesamten Reich.
Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, emigriert 1933) verkündet am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und überträgt die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).
Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangen am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, fordern die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

10.11.1918

Deutsches Reich: Kaiser Wilhelm II. flieht am 10. November 1918 nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten treten anschließend widerstandslos zurück.
Die Spartakisten rufen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101).
General Wilhelm Groener (1867-1939, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitet nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres) führt am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

11.11.1918

Westkrieg: Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichnen die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthält. Danach schweigen an den europäischen Fronten die Waffen.
Deutsches Reich: Die provisorische Reichsregierung veröffentlicht am 11. November 1918 folgenden Erlaß (x243/20): >>Die Staatsbehörden und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden.
Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. ...<<

Österreich: Kaiser Karl I. geht am 11. November 1918 in die Schweiz ins Exil.
Der provisorische österreichische Staatsrat erklärt die Republik Österreich am 11. November 1918 zum Bestandteil der Deutschen Republik (x034/10).
Polen: Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgt am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).

12.11.1918

Österreich: Die provisorische österreichische Nationalversammlung nimmt am 12. November 1918 ein neues Verfassungsgesetz an.
Artikel I der vorläufigen österreichischen Verfassung lautet (x063/525): >>Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. ...<<
Spätere Volksabstimmungen ergeben überwältigende Mehrheiten für den Anschluß an das Deutsche Reich.

14.11.1918

Afrika: In Deutsch-Ostafrika schließen die letzten deutschen Truppen (Kommandeur: Generalmajor Paul von Lettow-Vorbeck, 1870-1964) am 14. November 1918 eine Waffenstillstandsvereinbarung.
Während der Kämpfe um die deutschen Kolonien (vom 7.11.1914 bis zum 14.11.1918) setzten die Briten und Japaner über 120.000 Soldaten gegen das zahlenmäßig schwache deutsche Ostafrika-Korps ein (nur 155 deutsche Soldaten und rund 4.200 ostafrikanische Soldaten). Die deutschen Truppen verteidigten sich jedoch äußerst geschickt. Bis zum Kriegsende konnten die überlegenen Angreifer das deutsche Ostafrika-Korps, daß von tapferen und treuen afrikanischen Hilfstruppen unterstützt wurde, nicht entscheidend besiegen (x041/67).

16.11.1918

Ungarn: Am 16. November 1918 erfolgt die Gründung der Ungarischen Republik.

18.11.1918

Lettland: Nach dem Sieg der deutsch-lettischen Landwehren gegen die Bolschewisten gründet man am 18. November 1918 die Republik Lettland (Hauptstadt = Riga).

28.11.1918

Niederlande: Kaiser Wilhelm II. dankt im holländischen Exil am 28. November 1918 ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.
Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautet wie folgt (x979/…): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.
Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.
Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

01.12.1918

Jugoslawien: Am 1. Dezember 1918 entsteht aus dem Königreich Serbien, Montenegro und verschiedenen österreichisch-ungarischen Gebietsteilen das neue "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen".

06.12.1918

Deutsches Reich: Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt haben, verstärken die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

19.12.1918

Deutsches Reich: Am 19. Dezember 1918 stimmt der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?"
Der Kongreß entscheidet sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

20.12.1918

Frankreich: Die französische Regierung lehnt am 20. Dezember 1918 die geforderte Volksabstimmung im Sudetenland ab. England schließt sich im Januar 1919 an.

30.12.1918

Deutsches Reich: Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschließen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Den KPD-Vorsitz übernimmt Wilhelm Pieck (1876-1960, später Präsident der DDR).

Dezember 1918

Deutsches Reich: Polnische Truppen besetzen im Dezember 1918 die preußische Provinz Posen. Die polnischen Aufstände in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien scheitern zunächst (x064/126).
Der spätere Außenminister Walther Rathenau kündigt bereits im Dezember 1918 in einem offenen Brief den Zweiten Weltkrieg an (x337/150): >>Wer Deutschland in 20 Jahren besuchen wird, das Deutschland, das er als eines der schönsten Länder der Erde gekannt hatte, wird fühlen, wie sein Herz in Trauer und Scham versinkt. …
Die deutschen Städte werden nicht gerade Ruinen sein; sie werden halbtote Steinblöcke sein, die zum Teil noch von verelendeten, verhärmten Wesen bewohnt werden. … Das Land wird unter Füßen zertrampelt, die Wälder umgehauen sein, die wenigen Felder werden eine miserable Ernte aufweisen, Häfen, Eisenbahnen, Kanäle werden ruiniert und verfallen sein, und überall werden noch mächtige Bauten aus der Vergangenheit stehen, zerbröckelnde Erinnerungen an das Zeitalter der Größe. …
Der deutsche Geist, der einst für die Welt gesungen und gedacht hatte, wird der Vergangenheit angehören, und das Volk, das heute immer noch jung und stark und von Gott für das Leben geschaffen ist, wird nur noch im Zustand lebender Toter existieren. …<<
Österreich: Tschechische Truppen marschieren 1918/1919 in die sudetendeutschen Gebiete ein und vertreiben die deutsch-böhmisch-mährische Regierung (x184/19).

05.01.1919

Deutsches Reich: Am 5. Januar 1919 entschließen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1870-1919), die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angreifen, läßt Gustav Noske (1868-1946, SPD-Politiker, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps) Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

15.01.1919

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte (Ausnahme: Ermordung Wallensteins), ereignen sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg werden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet.
Im Verlauf des Spartakusaufstandes kommen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).

18.01.1919

Frankreich: Am 18. Januar 1919 werden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt werden,

nehmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällt schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando, 1860-1952) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando). Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schließt man von allen Verhandlungen aus.

19.01.1919

Deutsches Reich: Am 19. Januar 1919 findet die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen dürfen, erhalten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

29.01.1919

Deutsches Reich: In Wilhelmshaven wird am 29. Januar 1919 ein kommunistischer Aufstand nach harten Kämpfen niedergeschlagen.

Januar 1919

Deutsches Reich: Die Inflation, die bereits während des Ersten Weltkrieges beginnt, führt zur Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1919 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 52,08 % (x149/42).

11.02.1919

Deutsches Reich: Die republikanischen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei) wählen Friedrich Ebert am 11. Februar 1919 in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagt damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschen.

13.02.1919

Deutsches Reich: SPD, Zentrum und DDP bilden am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählt danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsident.

21.02.1919

Deutsches Reich: Kurt Eisner (1867-1919, ein radikaler USPD-Politiker, seit 1918 bayerischer Ministerpräsident) wird am 21. Februar 1919 durch den rechtsradikalen Graf Anton von Arco (1897-1945, österreichischer Staatsbürger) ermordet.

03.03.1919

Großbritannien: Die Siegermächte verstärken am 3. März 1919 ihre Seeblockade im Ostsee-Raum, um das Deutsche Reich systematisch auszuhungern.

06.03.1919

Sowjet-Rußland: Die Komintern (Kommunistische Internationale) faßt während des Gründungskongresses der III. Internationale vom 2. bis zum 6. März 1919 in Moskau alle kommunistischen Parteien Europas straff zusammen und erteilt ihnen verbindliche Anweisungen (x069/141).

In diesen Anweisungen heißt es (x256/59): >>Die Kommunistische Internationale stellt sich zum Ziel: auch mit den Waffen in der Hand, für den Sturz der internationalen Bourgeoisie und für die Schaffung einer internationalen Sowjetrepublik ... zu kämpfen. Die Kommunistische Internationale stellt sich die Befreiung der Werktätigen der ganzen Welt zur Aufgabe. In den Reihen der Kommunistischen Internationale vereinigen sich brüderliche Menschen weißer, gelber, schwarzer Hautfarbe – die Werktätigen der ganzen Erde.<<

Lenin bezeichnet die Gründung der III. Internationale (Komintern) als die "Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus" (x041/80).

08.03.1919

Deutsches Reich: Der Generalstreik in Berlin und in Thüringen wird am 8. März 1919 nach

erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die Kämpfe fordern etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

14.03.1919

Österreich: Die österreichische Nationalversammlung spricht sich am 14. März 1919 für den Anschluß an das Deutsche Reich aus.

März 1919

USA: Erst nachdem sich der US-Politiker Herbert Hoover (1874-1964, von 1929-33 nordamerikanischer Präsident) verstärkt für Deutschland einsetzt, dürfen Ende März 1919 wenigstens einige Schiffe der deutschen Fischfangflotte auslaufen.

06.04.1919

Deutsches Reich: In München verjagen Kommunisten am 6./7. April 1919 die bayerische Landesregierung und bilden eine Rätediktatur.

28.04.1919

Frankreich: Die Satzung des Völkerbundes wird am 28. April 1919 durch die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz angenommen und schließlich am 28. Juni 1919 von den Gründerstaaten unterzeichnet. Sie wird damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.

07.05.1919

Frankreich: Am 7. Mai 1919 übergibt Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x069/119).

11.05.1919

Deutsches Reich: Der evangelische Theologe Otto Dibelius (1880-1967, seit 1945 Bischof) erklärt am 11. Mai 1919 während einer Predigt in Berlin (x340/188): >>Ein Volk, das seinem eigenen Heere den Dolch in den Rücken gestoßen hat, das seine Brüder und Schwestern preisgegeben hat, um den Feinden im leichtsinnigen Vertrauen die Friedenshand hinzustrecken, ein Volk, das seine furchtbare Niederlage mit Streiks und Tanzvergnügen feiert … ein solches Volk hat ein hartes Gericht verdient von den Händen eines gerechten Gottes. …<<

12.05.1919

Deutsches Reich: Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnt die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

26.05.1919

Frankreich: Nach Bekanntgabe der französisch-britischen Friedensbedingungen treten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.

Mai 1919

Deutsches Reich: Nach monatelangen schweren Kämpfen (mit über 3.000 Toten) setzen sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlagen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

07.06.1919

Österreich: Die österreichische Nationalversammlung protestiert am 7. Juni 1919 gegen die Friedensbedingungen von Saint-Germain-en-Laye bzw. gegen das "Todesurteil für Deutsch-Österreich" (x034/52): >>... Wir werden uns wieder erheben zu neuem Leben und uns eingliedern als freier Staat in die große Deutsche Republik.<<

14.06.1919

Deutsches Reich: Die Delegierten des 8. Pazifistenkongresses lehnen am 14. Juni 1919 die harten Friedensbedingungen gegen Deutschland ab, obwohl sie die deutsche Kriegsschuld anerkennen.

16.06.1919

Deutsches Reich: Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert, fordern die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohen mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

17.06.1919

Deutsches Reich: Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" (1896 in München gegründet) schreibt am 17. Juni 1919: >>... Als US-Präsident Wilson in den Himmel kommt, fragt ihn Gott: Thomas Woodrow Wilson, wo sind deine 14 Punkte? - Keine Aufregung, oh Lord, deine 10 Gebote haben wir auch nicht gehalten!<<

20.06.1919

Deutsches Reich: Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Friedensbedingungen entschieden ablehnen, tritt die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert bleibt trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt.

Die SPD-Fraktion beschließt danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

21.06.1919

Deutsches Reich: Am 21. Juni 1919 läßt der deutsche Konteradmiral Ludwig von Reuter (1869-1943) bei Scapa Flow (Bucht in den Orkneyinseln) die von den Briten internierte deutsche Kriegsflotte (6 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 Zerstörer) von den deutschen Besatzungsmitgliedern versenken, obgleich die deutschen Kriegsschiffe an die Siegermächte ausgeliefert werden sollen.

22.06.1919

Deutsches Reich: Die Mehrheit der Nationalversammlung ist am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten (Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte) bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnen den Friedensvertrag ab (x149/38). Das Abstimmungsergebnis lautet schließlich am 22. Juni 1919: 237 Ja-, 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (x034/55).

28.06.1919

Frankreich: Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichnen die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".

03.07.1919

Deutsches Reich: Am 3. Juli 1919 stimmen die Abgeordneten der 1. Deutschen Republik mit großer Mehrheit für die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold (x063/535).

09.07.1919

Deutsches Reich: Die Nationalversammlung bestätigt am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wird danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

12.07.1919

Deutsches Reich: Am 12. Juli 1919 heben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf.

Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungern mehr als 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Der deutsche Schriftsteller Erich Mühsam (1878-1934, ein Anführer der Münchner Räterepublik) wird am 12. Juli 1919 in München zu 15 Jahren Haft verurteilt.

31.07.1919

Deutsches Reich: Am 31. Juli 1919 beschließt die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten und die Zentrumspartei) nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

11.08.1919

Deutsches Reich: Die Nationalversammlung verkündet nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wird danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

14.08.1919

Deutsches Reich: Die Weimarer Verfassung wird am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches tritt damit in Kraft.

Ukraine, Weißrußland: Im September 1919 besetzen polnische Einheiten die Ukraine und Ostgalizien (mit Vollmacht der Alliierten) sowie Minsk in Weißrußland.

25.10.1919

Deutsches Reich: Die Alliierten heben am 25. Oktober 1919 die Ostseeblockade für deutsche Schiffe auf.

18.11.1919

USA: Der US-Senat weigert sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

14.12.1919

Deutsches Reich: Der östlich Teil Westpreußens (Regierungsbezirk Grenzmark Posen-Westpreußen) und Teile der Regierungsbezirke Allenstein und Marienwerder werden am 14. Dezember 1919 den preußischen Provinzen Pommern und Ostpreußen zugeordnet.

1919

Deutsches Reich: Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt im Jahre 1919 in seinem Buch "Der Kaiser" über den Ausbruch der Revolution im Deutschen Reich (x340/114): >>Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. …

Diese Epoche war nicht nur eine deutsche, sondern eine allokzidentale. In Deutschland aber war sie Verrat an Geist und Vergangenheit, und in Deutschland stieg sie zum Gipfel. In Deutschland mußte sie gebrochen werden. … Um aber diese deutsche Epoche ins Herz zu treffen, mußte im Namen der Geschichte das Sichtbarste, das Zweifelfreieste, das Größte und Vorbildliche geschehen. …<<

General Erich Ludendorff (1865-1937, von 1916-18 Generalstabschef des Heeres) erklärt im Jahre 1919 vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages zu Rathenaus Buch (x340/116): >>… Es waren also Strömungen im Volk vorhanden, die nicht die Ansicht der Obersten Heeresleitung vertraten, daß wir auf Sieg kämpfen mußten, und diesen Störungen mußten wir Rechnung tragen.<<

CSR: Der tschechische Jurist Josef Stehule (1875-1946) schreibt im Jahre 1919 über die Sudetendeutschen (x320/32): >>Der Deutsche als Feind der Menschheit kann das Recht auf Selbstbestimmung nicht nach seinen egoistischen Bedürfnissen wahrnehmen … Es sind die Slawen, auf deren Kosten sich der Deutsche ausgebreitet hat und dieses Unrecht muß nach Meinung der Menschheit wiedergutgemacht werden, das heißt das deutsche Volk muß dieses Territorium seinen rechtmäßigen Eigentümern herausgeben. … Die in unserem Staat lebenden Deutschen bilden keine historisch-politische Individualität, welche allein die Träger des Rechtes auf Selbstbestimmung sein kann. Es sind dies ursprünglich Kolonisten. …<<

10.01.1920

Frankreich: Der Vertrag von Versailles tritt am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigert, den Vertrag zu unterzeichnen. Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld muß das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen (x061/411).

14.01.1920

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verhängt am 14. Januar 1920 den Belagerungszustand im gesamten Reich und verbietet die KPD- und USPD-Zeitungen.

Januar 1920

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1920 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

24.02.1920

Deutsches Reich: Die DAP wird am 24. Februar 1920 in München in NSDAP umbenannt. Hitler zählt bereits zu den unentbehrlichen Organisatoren und führenden Propagandarednern der DAP bzw. NSDAP. In Österreich gibt es schon seit Mai 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Parteisymbol = Hakenkreuz).

Februar 1920

Großbritannien: Winston S. Churchill schreibt im Februar 1920 in der britischen Tageszeitung "Illustrated Daily Herald" (x337/125): >>**Zionismus versus Bolschewismus**

… Die Pläne der internationalen Juden. … Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartakus-Weishaupts an bis zu denen von Karl Marx und Trotzki (Rußland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA) hat diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation … stetig zugenommen. …

Sie war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung im 19. Jahrhundert. Und nun hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas endlich das russische Volk bei seinen Haaren ergriffen, und sie sind praktisch die unumstrittenen Herren dieses riesigen Reiches geworden. …<<

13.03.1920

Deutsches Reich: Am 13. März 1920 unternimmt der Führer der rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei, Wilhelm Kapp, unterstützt von General von Lüttwitz, Freikorpsführer Marinekapitän Ehrhardt und Großindustrieellen, in Berlin einen Umsturzversuch.

Der sogenannte "Kapp-Putsch" scheitert zwar schon nach 4 Tagen durch den Generalstreik der Gewerkschaften und der Beamtenschaft, löst aber in München, im Ruhrgebiet (rd. 50.000 Kommunisten) und in Mitteldeutschland ("Rote Republik") kommunistische Gegenbewegungen aus. Diese Putschversuche der Kommunisten kann die deutsche Reichswehr erst Mitte Mai nach erbitterten Straßenkämpfen niederschlagen. Nach dem "verbotenen" Einsatz der deutschen Reichswehr rücken französische Truppen wegen angeblicher "Verletzung des Versailler Vertrages" in den Main-Gau ein und besetzen Frankfurt.

18.04.1920

Deutsches Reich: Generaloberst Hans von Seeckt (1866-1936, von 1920-26 Chef der Heeresleitung) verbietet am 18. April 1920 per Erlaß jegliche politische Betätigung innerhalb der Reichswehr (x243/26): >>Mit allen Kräften soll die politische Betätigung jeder Art von dem Heere ferngehalten werden. Politische Kämpfe innerhalb der Reichswehr vertragen sich weder mit dem Geist der Kameradschaft noch mit der Disziplin. ...<<

19.04.1920

Italien: Während der Konferenz des Obersten Rates der Alliierten in San Remo wird am 19. April 1920 der Nahe Osten in britische und französische Mandatsgebiete aufgeteilt, die formell dem Völkerbund unterstehen sollen (x175/163).

06.05.1920

Deutsches Reich: Dänische Truppen besetzen am 6. Mai 1920 Nordschleswig (Abstimmungsgebiete).

04.06.1920

Ungarn: Nach der Unterzeichnung des "Friedensvertrages" von Trianon (4. Juni 1920) verliert Ungarn als Kriegsanstifter des Ersten Weltkrieges rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (ein-

schließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn muß die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

10.08.1920

Osmanisches Reich: Infolge des Friedensvertrages von Sèvres wird das Osmanische Reich am 10. August 1920 fast aus Europa verdrängt (Ausnahme: Konstantinopel mit dem Hinterland). Das Osmanische Reich verliert u.a. folgende Teile ihrer ehemaligen Gebiete: Mazedonien an Griechenland, Dodekanes und Rhodos an Italien (bis 1947), Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England.

01.12.1920

Deutsches Reich: Carl von Ossietzky schreibt am 1. Dezember 1920 in der "Berliner Volkszeitung" über die schwierige Lage der Deutschen (x034/123): >>... Man macht nicht gern Geschäfte mit einer besiegten Republik, von der man glaubt, sie könnte über Nacht aufhören, es zu sein. ...
Wir Deutschen haben wie jedes andere Volk, ein Recht auf nationales Eigenleben und nationale Freiheit. ...<<

1920

USA: Bei den nordamerikanischen Präsidentenwahlen des Jahres 1920 wird der Demokrat Thomas W. Wilson deutlich geschlagen. Danach regieren bis 1933 nur noch Präsidenten der Republikanischen Partei.

China: Ein Erdbeben in Kansu fordert im Jahre 1920 etwa 80.000 Todesopfer (x175/60).

24.01.1921

Frankreich, Deutsches Reich: Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) fordern die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Nebensumme von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangt man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).
Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagiert das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Januar 1921

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1921 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

08.03.1921

Deutsches Reich: Als die deutsche Regierung fällige Reparationszahlungen verweigert, besetzen französische Truppen am 8. März 1921 die Häfen der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

18.03.1921

Sowjet-Rußland: General Tuchatschewski und Trotzki lassen den Kronstädter Aufstand gegen die bolschewistische Einparteienherrschaft am 18. März 1921 durch die Rote Armee niedergeschlagen. Von den 15.000 Kronstädter Matrosen kommen nur etwa 150 mit dem Leben davon (x243/126).
General Tuchatschewski berichtet später über die Niederschlagung des Aufstandes (x243/-126): >>Ich bin 5 Jahre im Krieg gewesen, aber ich kann mich an ein derartiges Gemetzel nicht erinnern. Es war keine Schlacht mehr, es war die Hölle. ...<<

23.03.1921

Deutsches Reich: Am 23. März 1921 wird die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft. Die Reichswehr verfügt danach lediglich über 100.000 Berufssoldaten des Heeres und 15.000 Berufssoldaten der Marine (x034/138-139).

20.04.1921

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung bittet die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen kann.

21.04.1921

USA: Die US-Regierung schlägt am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

24.04.1921

Österreich: Die Tiroler Bevölkerung stimmt am 24. April 1921 mit 132.000 zu 1.700 Stimmen für den Anschluß an Deutschland (x034/141).

05.05.1921

Großbritannien: Nach zähen Verhandlungen senkt die Konferenz der Alliierten in London am 5. Mai 1921 die Reparationen auf 132 Milliarden Goldmark (zahlbar in 37 Jahren).

Diese Forderung übersteigt jedoch weiterhin die deutsche Zahlungskraft, so daß die deutsche Regierung trotz des Londoner Ultimatums (Besetzung des gesamten Ruhrgebietes, falls die Forderungen nicht anerkannt werden) zunächst ihre Zustimmung verweigert.

11.05.1921

Deutsches Reich: Um die angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden, stimmt die deutsche Regierung am 11. Mai 1921 dem Londoner Ultimatum zu.

Die Politiker der deutschen Regierung werden danach von den radikalen Parteien als "Erfüllungspolitiker" diffamiert.

Juni 1921

Frankreich: Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärt im Juni 1921 (x340/202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. … Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<

25.08.1921

USA: Am 25. August 1921 schließt die US-Regierung einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.

26.08.1921

Deutsches Reich: Der gemäßigte Zentrumspolitiker Matthias Erzberger (1875-1921, 1919-20 Reichsfinanzminister) wird am 26. August 1921 in Baden von 2 Angehörigen des rechtsradikalen Geheimbundes "Consul" ermordet.

Dezember 1921

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau berichtet im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu beenden, die sie für unvernünftig halten. …<<

1921

Großbritannien: Premierminister David Lloyd George berichtet im Jahre 1921 über die britische Haltung gegenüber Osteuropa (x256/53): >>Das britische Volk glaube, die Menschen in diesem Teil Europas seien unbeständig und leicht erregbar. Jeden Augenblick könnten sie zu kämpfen beginnen, und es werde vielleicht sehr schwer sein, Recht und Unrecht in diesem Streit zu entwirren.

Er glaube daher nicht, daß sein Land bereit sei, Garantien zu geben, die es in irgendeinem möglichen Falle in diesem Teil der Welt in militärische Operationen verwickeln könnten. ...<<

Der englische Nationalökonom John M. Keynes schreibt im Jahre 1921 über den polnischen Antisemitismus, daß Polen eigentlich kein Gewerbe außer Judenhetze besitzen würde (x025/174).

USA: Im Jahre 1921 wird der Council on Foreign Relations von der "Round Table-Gruppe" gegründet. Den innersten Kreis des CFR bilden Mitglieder der Geheimgesellschaft "Skull & Bones". Diese halbgeheime Organisation spezialisiert sich zunächst auf die US-Außenpolitik und später auf internationale Angelegenheiten (Ziel: Erreichung eines Weltstaates mit einer Weltregierung") und zählt heute zu den einflußreichsten US-Organisationen.
Persien: Mit sowjetrussischer Hilfe gelingt es den Persern nach einem Staatsstreich im Jahre 1921, die britischen Besatzungstruppen aus dem Land zu drängen.

Januar 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 97,8 % (x149/42).

16.04.1922

Italien: Außenminister Walther Rathenau (1867-1922, herausragender deutscher Unternehmer und Politiker der Weimarer Republik) schließt am 16. April 1922 in Rapallo einen deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Wirtschaftsvertrag (Rapallo-Vertrag) ab. Beide Regierungen nehmen wieder diplomatische Beziehungen auf und vereinbaren, die Wirtschaftsziehungen auszubauen.
Aufgrund der deutschen Rüstungsbeschränkungen finden ferner deutsch-sowjetische Geheimverhandlungen über militärische Beziehungen statt (Gestellung von Truppenübungsplätzen in Sowjet-Rußland für deutsche Hilfe bei der sowjetischen Rüstungsproduktion und Ausbildung von sowjetischen Offizieren).
Der "Vertrag von Rapallo" enthält außerdem den sowjetischen Verzicht auf jegliche Kriegsentschädigungen, so daß Frankreich die russischen Vorkriegsschulden nicht wie geplant auf das Deutsche Reich abwälzen kann (x041/86). Das Deutsche Reich verzichtet im Gegenzug auf das in Sowjet-Rußland verstaatlichte deutsche Vermögen (x092/797).

02.05.1922

Frankreich: Staatspräsident Raymond Poincaré informiert den französischen Botschafter in London am 2. Mai 1922 über den deutsch-sowjetischen Vertrag von Rapallo (x243/31): >>... Es liegt auf der Hand, daß ganz Deutschland ... darin den ersten Schritt zu einer engen Annäherung an Rußland sieht, die ihm helfen soll, die Westmächte in Schach zu halten und seine Revanche vorzubereiten.<<

24.06.1922

Deutsches Reich: Außenminister Walther Rathenau (ein fähiger, unermüdlicher Staatsmann und begabter Wissenschaftler, der seit längerer Zeit von den Rechtradikalen als "Bolschewikenknecht" verunglimpft wird) fällt am 24. Juni 1922 einem Mordanschlag der rechtsradikalen "Organisation Consul" zum Opfer.

08.07.1922

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung ersucht die Reparationskommission am 8. Juli 1922 um einen Zahlungsaufschub.

27.07.1922

Großbritannien: In London befürwortet der Internationale Friedenskongreß (25.-27.07.1922) die Revision des Versailler Vertrages, wie z.B. die nochmalige Prüfung der Räumung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, Annullierung der Schulden und des allgemeinen Abrüstungsabkommens (x034/175).

Juli 1922

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Juli 1922 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 99,1 % (x149/42).

11.08.1922

Deutsches Reich: Reichspräsident Friedrich Ebert erklärt das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" am 11. August 1922 offiziell zur Nationalhymne der Deutschen Republik.

28.10.1922

Italien: Benito Mussolini marschiert am 28. Oktober 1922 mit rund 40.000 bewaffneten "Schwarzhemden" in Rom ein und stürzt kampflos die italienische Regierung. Die faschistischen Parteimitglieder (PNF = Partito Nazionale Fascista) tragen gewöhnlich schwarze Hemden mit Schulterriemen und grüßen sich nach altrömischer Sitte mit erhobenem Arm.

Mussolini erklärt nach seiner gewaltsamen Machtübernahme (x059/39): >>Die Italiener müssen das Empfinden haben, wirklich regiert zu werden. Vor allem tut äußerste Disziplin not. Italien muß eine gewisse Zeit wie eine große Kaserne sein ...<<

Mussolini strebt nach dem Vorbild des "Römischen Imperiums" die italienische Vorherrschaft im Mittelmeer und in Nordafrika an. Der Faschist Mussolini (ein mitreißender Redner) zählt schon bald zu den angesehenen europäischen Staatsmännern und nimmt an allen wichtigen internationalen Konferenzen teil.

29.10.1922

Italien: Der deutsche Diplomat Harry Graf Kessler (1868-1937) berichtet am 29. Oktober 1922 in seinem Tagebuch (x073/85): >>Die Faschisten haben durch einen Staatsstreich die Gewalt an sich gerissen in Italien. Wenn sie sie behalten, so ist das ein geschichtliches Ereignis, daß nicht bloß für Italien, sondern auch für ganz Europa unabsehbare Folgen haben kann. Der erste Zug im Vormarsch der Gegenrevolution.

Hier kommt ganz offen eine antidemokratische, imperialistische Regierungsform wieder zur Macht. In einem gewissen Sinne kann man Mussolinis Staatsstreich mit dem Lenins im Oktober 1917 vergleichen, natürlich als Gegenbild. Vielleicht leitet er eine Periode europäischer Wirren und Kriege ein.<<

30.12.1922

UdSSR: Am 30. Dezember 1922 gründet Lenin die Sowjetunion und errichtet eine Militärdiktatur. Stalin wird Generalsekretär des ZK.

1922

Deutsches Reich: Da die geforderten Reparationen die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft erheblich überfordern, ist das Deutsche Reich am Ende des Jahres 1922 nicht in der Lage, alle fälligen Reparationen zu zahlen.

09.01.1923

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung protestiert am 9. Januar 1923 gegen die rücksichtslose französische Reparationspolitik und beantragt einen kurzfristigen Lieferungs- und Zahlungsaufschub, weil man die geforderten Reparationen nicht termingerecht leisten kann.

Da die alliierte Reparationskommission behauptet, daß die Deutschen "absichtlich" zu geringe Kohlenlieferungen leisten würden, lehnt die französische Regierung die Fristverlängerung schließlich ab.

10.01.1923

Deutsches Reich: Litauische Truppen dringen am 10. Januar 1923 in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzen gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete.

Der deutsche Außenminister weist die geforderten französischen und belgischen Sicherstellungsansprüche am 10. Januar 1923 zurück.

Die US-Truppen verlassen am 10. Januar 1923 das Rheinland.

Bei einer der "modernen" Antikriegs- und Friedensdemonstrationen fordern die deutschen Linksparteien, Gewerkschaften, Kirchen, der Reichsbund für Kriegsbeschädigte und mehrere Friedensbewegungen am 10. Januar 1923 eine vollständige deutsch-europäische Abrüstung und Kriegsächtung: "Nie wieder Krieg!"

11.01.1923

Deutsches Reich: Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen liefert

(Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschieren am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später halten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).
Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagiert vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich bricht danach ein Sturm der Entrüstung los.

13.01.1923

Deutsches Reich: Nach der Besetzung des gesamten Ruhrgebietes verkündet Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876-1933) am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verlassen Paris und Brüssel.
Großbritannien: Britische Juristen kritisieren am 27. Januar 1923 die französisch-belgische Ruhrbesetzung (Verletzung des Versailler Friedensvertrages).

29.01.1923

Deutsches Reich: Der französische General Jean-Marie Degoutte (1866-1938) ordnet am 29. Januar 1923 im besetzten Ruhrgebiet den "verschärften Belagerungszustand" an.

30.01.1923

Schweiz: Im sogenannten "Frieden von Lausanne" wird am 30. Januar 1923 die türkisch-russische Annexion Armeniens durch den Völkerbund anerkannt und damit die Liquidation des Staates Armenien offiziell bestätigt.
Das Osmanische Reich behält die besetzten Gebiete Westarmeniens (Kars und Ardahan), während die restlichen Gebiete Armeniens von der Sowjetunion übernommen werden. (x061/-445). Das zu 75 % von Armeniern bewohnte Nagorny-Karabach wird der Sowjetrepublik Aserbaidschan zugeordnet.
Ungeachtet der bisherigen Vorkommnisse verzichtet der Völkerbund auf türkische Reparationen und fördert bzw. genehmigt die "Umsiedlung" von etwa 1.350.000 Griechen und 430.000 Türken (x061/445).

31.01.1923

Deutsches Reich: Ein belgisches Kriegsgericht verurteilt am 31. Januar 1923 in Aachen vier deutsche Polizisten zum Tod.

Januar 1923

Deutsches Reich: Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich fast 100,0 % (x149/42).

13.02.1923

Deutsches Reich: Reichspräsident Ebert ruft am 13. Februar 1923 zum passiven Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auf.
In den höheren Schulen Bayerns wird am 13. Februar 1923 das bisherige Pflichtfach "Französisch" durch "Englisch" ersetzt.

04.05.1923

Deutsches Reich: Im preußischen Landtag ereignet sich am 4. Mai 1923 eine Prügelei zwischen SPD- und KPD-Abgeordneten, so daß die Sitzung geschlossen werden muß.

26.05.1923

Deutsches Reich: Albert Leo Schlageter (1894-1923, deutscher Offizier im 1. Weltkrieg und Freikorpskämpfer im Baltikum) wird am 26. Mai 1923 wegen Sabotage von den französischen Besatzungstruppen in der Golzheimer Heide (bei Düsseldorf) erschossen.

02.08.1923

Deutsches Reich: Die englischen Vermittlungsvorschläge zur Beendigung des Ruhrkampfes werden von Frankreich am 2. August 1923 abgelehnt.

26.09.1923

Deutsches Reich: Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen

deutsch-französischen Verhandlungen bricht die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnen diese Entscheidung ab.
Als der neue deutsche Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, von August bis November 1923 Reichskanzler, von 1923-29 Außenminister) den Widerstand abbrechen läßt, protestiert die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Gustav Ritter von Kahr (1862-1934, bayerischer Ministerpräsident) fordert, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

September 1923

Deutsches Reich: Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursacht, bricht im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkt die dramatische Inflation. Die Inflation führt schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

Oktober 1923

Deutsches Reich: Da das Geld buchstäblich über Nacht seinen Wert verliert, zahlt man ab Oktober 1923 den Lohn nur noch täglich aus.

09.11.1923

Deutsches Reich: Hitler, General Ludendorff und rund 3.000 Anhänger marschieren am 9. November 1923 zur Münchener Feldherrnhalle.
Die bayerische Polizei beendet den "Hitler-Putsch" gewaltsam. Bei den kurzen, heftigen Feuergefechten sterben 16 Putschisten und 3 Polizisten. Hitler flüchtet und wird erst 2 Tage später im Kleiderschrank eines Freundes (Ernst Hanfstaengl) verhaftet.
Die NSDAP (57.000 Mitglieder) wird danach auch in Bayern verboten.

November 1923

Deutsches Reich: Die Preise erreichen im November 1923 unfaßbare Summen und steigen immer rasanter (1 Brot kostet z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark.
Im November 1923 kostet 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).

15.12.1923

Deutsches Reich: Die Arbeitslosigkeit erreicht einen neuen Höchststand. Am 15. Dezember 1923 werden 3,5 Millionen Arbeitslose und 2,3 Millionen Kurzarbeiter gemeldet (x034/213).

09.01.1924

Deutsches Reich: Heinz Orbis (1884-1924, eigentlich Franz-Josef Heinz), ein Führer der von Frankreich unterstützten "Pfälzischen Republik", wird am 9. Januar 1924 mit seinen engsten Kampfgefährten als "Volksverräter" in Speyer erschossen (x063/547).
Als England die Anerkennung der deutsch-französischen "Rheinischen Republik" ablehnt, stellt Frankreich Anfang 1924 allmählich die Unterstützung der deutschen Überläufer ein (x063/548).

21.01.1924

UdSSR: Lenin stirbt am 21. Januar 1924 an den Folgen eines schweren Schlaganfalls.
Stalin kann sich nach Lenins Tod erfolgreich behaupten und übernimmt völlig überraschend die Führung der KPdSU. In den folgenden erbarmungslosen Machtkämpfen beseitigt der verschlagene Georgier allmählich sämtliche Gegner.

01.04.1924

Deutsches Reich: Der Volksgerichtshof München I beendet am 1. April 1924 den Strafprozeß (vom 24. Februar bis zum 1. April 1924) gegen Hitler. Der Hochverräter Hitler wird lediglich zu 5 Jahren Festungshaft (damalige Mindeststrafe für Hochverrat) verurteilt.
Da Hitler noch österreichischer Staatsbürger ist, hätte der Ausländer Hitler gemäß Republik-

schutzgesetz § 9 Abs. 2 sofort ausgewiesen werden müssen. Die bayerischen Richter verzichten jedoch wegen der "ehrenhaften, patriotischen Einstellung" auf Hitlers Ausweisung.

29.08.1924

Deutsches Reich: Reichskanzler Wilhelm Marx (1863-1946) kritisiert am 29. August 1924 während einer offiziellen Kundgebung die deutsche Kriegsschuld gemäß § 231 des Versailler Vertrages (x034/232): >>... Die Reichsregierung erklärt, ... daß sie diese Feststellung nicht anerkennt. ... (Das deutsche Volk müsse befreit werden) von der Bürde dieser falschen Anklage.<<

Der Reichsrat nimmt gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung am 29. August 1924 die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Das Deutsche Reich soll bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88).

1924

Deutsches Reich: Nach dem "wahnsinnigen Billionenrausch" der Jahre 1922-1923 rafft sich Deutschland im Jahre 1924 zwar wieder mühsam auf, aber die astronomischen Reparationsforderungen führen langfristig zum wirtschaftlichen Ruin des Deutschen Reiches.

Bis 1924 erarbeitet die Reichswehrführung die erforderlichen Grundlagen für eine geheime Erweiterung der deutschen Reichswehr (x098/52).

UdSSR: Nach einer statistischen Ermittlung eines britischen Historikers fallen der kommunistischen Revolution von 1917 bis 1924 folgende Personen zum Opfer (x046/169): >28 Bischöfe, 1.219 Geistliche, 6.000 Professoren und Lehrer. 9.000 Doktoren, 12.950 Grundbesitzer. 54.000 Offiziere, 70.000 Polizisten, 193.290 Arbeiter, 260.000 Soldaten, 355.250 Intellektuelle und Gewerbetreibende, 815.000 Bauern.<<

Schweiz: Der Völkerbund erkennt im Jahre 1924 die gewaltsame völkerrechtswidrige Annexion des ostpreußischen Memelgebietes durch Litauen an (eindeutiger Vertragsbruch der Versailler Abmachungen).

10.01.1925

Frankreich: Am 10. Januar 1925 weigert sich Frankreich, die "Kölner Zone" fristgerecht zu räumen.

27.02.1925

Deutsches Reich: Im Münchener Bürgerbräukeller erfolgt am 27. Februar 1925 die Neugründung der NSDAP.

28.02.1925

Deutsches Reich: Friedrich Ebert (1871-1925, 1. deutscher Reichspräsident der Nachkriegszeit, ein pflichtbewußter sozialdemokratischer Politiker) stirbt am 28. Februar 1925 überraschend an den Folgen einer nicht rechtzeitig behandelten Blinddarmentzündung.

Mit Friedrich Ebert (ein "einfacher Sattlergeselle", der wegen seiner Herkunft oftmals verspottet wurde) verliert das Reich einen gütigen, maßvollen Staatsmann und treuen Hüter der Verfassung.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann schreibt damals über seinen ehemaligen parteipolitischen Gegner Friedrich Ebert (x059/52): >>Der Tod des ersten deutschen Reichspräsidenten reißt eine Lücke, von der bis heute niemand weiß, wer sie ausfüllen soll. In schwerster Zeit hat der Reichspräsident sein Amt mit Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet. ...<<

09.03.1925

Deutsches Reich: Während der Reichsratssitzung am 9. März 1925 beschimpfen Abgeordnete der KPD den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert als "Helfershelfer des Großkapitals". Auch die Nationalsozialisten lehnen ein Staatsbegräbnis für das tote Staatsoberhaupt ab.

11.03.1925

Deutsches Reich: Nach der NSDAP-Neugründung (rd. 27.000 Mitglieder) hält sich Hitler bewußt zurück. Er schickt Gregor Strasser am 11. März 1925 nach Norddeutschland, um dort eine NSDAP-Parteiorganisation zu errichten.

26.04.1925

Deutsches Reich: Der bereits 78jährige, parteilose Generalfeldmarschall a.D., Paul von Hindenburg (Kandidat der konservativen und rechten Parteien) wird am 26. April 1925 Nachfolger Friedrich Eberts.

Der neue Reichspräsident von Hindenburg, der bis zu diesem Zeitpunkt ein völlig unerfahrener Politiker ist, erhält im 2. Wahlgang 14,65 Millionen Stimmen, während die Gegenkandidaten Marx (13,75 Millionen Stimmen) und Thälmann (1,93 Millionen Stimmen) erhalten (x034/252).

01.09.1925

UdSSR: Die Komintern setzt durch, daß Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald ermordet) am 1. September 1925 die KPD-Führung übernimmt (x092/813).

Thälmann befolgt loyal die Moskauer Direktiven und unterstützt bis 1933 bedingungslos Stalins Kurs (x030/352).

07.09.1925

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann schreibt am 7. September 1925 einen Brief an den ehemaligen deutschen Kronprinzen, um einige politische Ziele zu erläutern (x149/45): >>... Einmal die Lösung der Reparationsfrage in einem für Deutschland erträglichen Sinne und die Sicherung des Friedens, die die Voraussetzung für eine Wiedererstarkung Deutschlands ist.

Zweitens ... Schutz der Auslandsdeutschen, jener 10 bis 12 Millionen Stammesgenossen, die jetzt unter fremdem Joch in fremden Ländern leben.

Die dritte große Aufgabe ist die Korrektur der Ostgrenzen: Die Wiedergewinnung Danzigs, des polnischen Korridors und eine Korrektur der Grenzen in Oberschlesien. Im Hintergrund steht der Anschluß von Deutsch-Österreich. ...

... Daher der (Locarno-) Sicherheitspakt, der uns einmal den Frieden garantieren und England sowie ... Italien als Garanten der deutschen Westgrenze festlegen soll. ...

Die Sorge für die Auslandsdeutschen spricht für den Eintritt in den Völkerbund.

... Frankreich ist von dem Gedanken des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund durchaus nicht entzückt, während England ihn herbeiwünscht, um Frankreichs bisher überragenden Einfluß in dem Völkerbund entgegentreten zu können. ...

Die Frage des Optierens der Entscheidung zwischen Osten und Westen erfolgt durch unseren Eintritt in den Völkerbund nicht. ... Wir können weder zum Kontinentaldegen für England werden, ... noch können wir uns auf ein deutsch-russisches Bündnis einlassen.<<

16.10.1925

Schweiz, Deutsches Reich: Die Ententemächte signalisieren erstmalig während der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925) eine gewisse Verständigungsbereitschaft gegenüber den Vorschlägen des deutschen Außenministers Stresemann. Am 16. Oktober 1925 werden im Vertrag von Locarno z.B. folgende Festlegungen getroffen:

Endgültiger Verzicht auf Elsaß-Lothringen, Teilräumung des Ruhrgebietes (Frankreich räumt zwar Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, aber die erhoffte Räumung des gesamten Rheinlandes erfolgt nicht), Aufnahme in den Völkerbund, Verzicht auf gewaltsame Änderungen der deutschen Ostgrenzen (aber ausdrücklich keine Anerkennung der deutschen Ostgrenzen).

Der Erste Weltkrieg wird eigentlich erst mit den "Verträgen von Locarno" beendet, aber für das Deutsche Reich kommt diese längst überfällige Friedenspolitik nachweislich zu spät.

Joseph A. Chamberlain (1863-1937, 1924-1929 britischer Außenminister, Friedensnobelpreis

1925) erklärt nach der Vertragsunterzeichnung feierlich (x059/60): >>... Von jetzt ab gibt es weder Sieger noch Besiegte...<<
Die deutsche Historikerin Anneliese Thimme (1918-2005) schreibt später über Stresemanns Außenpolitik (x245/271): >>Stresemann sah in der Europapolitik die große Möglichkeit, die Revision des Versailler Vertrages zu beschleunigen, um Deutschland machtpolitisch wieder das werden zu lassen, was es einstmals war.
Briand im Gegensatz wollte durch den Locarno-Vertrag seine Europa-Politik stabilisieren; Deutschlands Ziel war Gleichberechtigung, Frankreichs Ziel war Sicherheit.
Das eine war also durch die gegebene Situation in sich dynamisch, das andere stagnierend. Hieß es nicht Feuer und Wasser zusammenbringen, um beide Ziele gleichzeitig zu befriedigen? ...<<

27.11.1925

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt am 27. November 1925 der Annahme der Verträge von Locarno mit 292 gegen 174 Stimmen zu (x243/29)

29.11.1925

UdSSR: Große US-Firmen (Ford, Austin-Companie, Arthur McKee und andere) unterstützen die Industrialisierung der Sowjetunion. Die nordamerikanischen Unternehmen stellen im Jahre 1925 erhebliche Kredite und Experten zur Verfügung, um Stahlwerke, Ölraffinerien, Staudämme und Industriebetriebe zu errichten (x068/210-211).

30.01.1926

Deutsches Reich: Nach der verspäteten Räumung der Kölner Zone (vereinbarter Termin: 10.01.1925) finden im Deutschen Reich am 30. Januar 1926 große Befreiungsfeiern statt.

04.03.1926

Deutsches Reich: Reichskanzler Hans Luther (1879-1962, 1925/26 Reichskanzler) erklärt am 4. März 1926 vor ausländischen Journalisten in Berlin (x034/281: >>Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, den ich auf das dringendste erhoffe, ist der Schlußtermin eines bedeutungsvollen Abschnitts der bisherigen Politik und soll gleichzeitig der Grundstein sein für die Fortsetzung der deutschen Wiederaufbaupolitik mit den Mitteln der internationalen Verständigung.<<

24.04.1926

Deutsches Reich: Angesichts der polnischen Aggressivität schließt Außenminister Stresemann mit der Sowjetunion am 24. April 1926 ein Freundschafts- und Neutralitätsabkommen (für den Fall, daß eine Partei von einem Dritten angegriffen wird) ab (x243/31): >>Art. 1. Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR bleibt der Vertrag von Rapallo. ...
Art. 2. Sollte einer der vertragsschließenden Teile ... von einer dritten Macht ... angegriffen werden, so wird der andere vertragsschließende Teil ... Neutralität beachten.
Art. 3. Sollte ... zwischen dritten Mächten eine Koalition geschlossen werden, um gegen einen der vertragsschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragsschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen. ...<<

18.05.1926

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann lehnt Konrad Adenauer am 18. Mai 1926 als Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers ab (x034/293): >>... Adenauer ist eine schwer zu behandelnde Persönlichkeit ... ein Mann der einseitigen Orientierung ...<<

10.09.1926

Schweiz: Am 10. September 1926 wird das bis dahin völlig isolierte Deutsche Reich in den Völkerbund aufgenommen und kehrt damit in die Völkergemeinschaft der Welt zurück.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schreibt später über die

"Locarnopolitik" des Jahres 1926 (x063/552): >>... Zum erstenmal seit dem Waffenstillstand hatte sich Deutschland mit den anderen Mächten in Gleichheit zusammengefunden, wenn auch noch viele Fragen unerledigt blieben. Die Last der Reparationen war hart, und Deutschlands einseitige Entwaffnung war mit dem neuen Abkommen unvereinbar. Trotz starken französischen Druckes hat Stresemann es abgelehnt, ein "Ostlocarno" mit Polen zu schließen. Die Republik dachte nicht an Krieg, aber keine deutsche Regierung konnte die ungerechte Grenzziehung von Versailles freiwillig anerkennen. Der Weg für einen friedlichen Ausgleich durfte nicht versperrt werden. ...
Mit der Locarnopolitik und der europäischen Befriedung kehrte ein gewisses Maß von Wohlstand in Deutschland zurück. Die Republik erlangte sowohl durch fortschrittliche Gesetzgebung wie durch geistige, wissenschaftliche und künstlerische Leistungen einen neuen Rang in der Welt. Die deutschen Schulen und Universitäten zogen ausländische Schüler und Studenten an. Unablässig war die Republik bemüht, die Volksbildung zu heben.<<

18.06.1927

Schweiz: Der deutsche Außenminister Stresemann und der britische Außenminister Chamberlain verhandeln am 18. Juni 1927 in Genf über eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes.

Juli 1927

Großbritannien: Die britische Regierung bricht im Juli 1927 alle diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion ab, als sowjetische Spionage- und Zersetzungstätigkeiten in Londoner Handelsvertretungen aufgedeckt werden (x125/171).

18.09.1927

Deutsches Reich: Während der sogenannten "Tannenbergfeier" erklärt Reichspräsident von Hindenburg am 18. September 1927 zur Kriegsschuld der Deutschen (x034/348): >>... Die Anklage, daß Deutschland schuld sei, an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk ... in allen seinen Schichten einmütig zurück. ... Der Krieg war für uns vielmehr das äußerste ... Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber.<<

14.11.1927

UdSSR: Stalin läßt am 14. November 1927 seine größten Widersacher Leo Trotzki, Grigori J. Sinowjew und Lew B. Kamenew aus der Partei ausschließen und nach Kasachstan verbannen oder nach Sibirien deportieren (x175/241-242).

1927

Frankreich: In Elsaß-Lothringen fordert der deutsche Heimatbund im Jahre 1927 einen eigenen Landtag, Selbstverwaltung und größere Unabhängigkeit. Die französische Regierung reagiert danach mit radikalen, gewaltsamen Unterdrückungsmaßnahmen.

24.02.1928

USA: Am 24. Februar 1928 macht Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfiehlt eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

18.04.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann erklärt am 18. April 1928 auf der 48. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages (x034/368): >>... Wir leiden unter den Reparationslasten, die Verkehr und Industrie hemmen.<<

20.05.1928

Deutsches Reich: 17 Monate vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise ist die NSDAP noch eine völlig bedeutungslose Partei. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erreicht die NSDAP lediglich 12 Mandate und erhält nur 2,4 % aller abgegebenen Stimmen (KPD = 54 Mandate und 11,0 %). Die radikalen Parteien lassen sich jedoch trotz aller Rückschläge nicht beirren und führen weiterhin publikumswirksame Aufmärsche, Massenkundgebungen

und Parteitage durch.

27.08.1928

Deutsches Reich: Außenminister Gustav Stresemann kritisiert am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. (Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht), suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

30.10.1928

Deutsches Reich: Die deutsche Reichsregierung verlangt am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.

17.11.1928

Deutsches Reich: General Werner von Blomberg (1878-1946, Chef des Truppenamtes, später Oberbefehlshaber der Wehrmacht) berichtet am 17. November 1928 nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion (x034/388): >>... Unsere Unternehmungen in Rußland (Fliegerschule, Tankschule, Gasversuche) stehen auf durchaus gesunder Grundlage. Die Möglichkeit, diese für unsere Rüstung lebenswichtigen Einrichtungen weiter zu betreiben, muß erhalten bleiben. ... Die Zusammenarbeit der beiden Armeen ist daher auch weiterhin notwendig.<<

1928

Deutsches Reich: Im Deutschen Reich geht es im Jahre 1928 ständig weiter aufwärts. Die deutschen Industriebetriebe orientieren sich konsequent nach nordamerikanischen Produktionsmethoden (Arbeitsteilung, Fließbandfertigung etc.) und werden zielstrebig modernisiert. Die deutsche Handelsflotte belegt nach England, Nordamerika und Norwegen schon wieder den 4. Platz (1914 = 5,5 Millionen BRT, 1918 = 0,67 Millionen BRT und 1930 = 4,2 Millionen BRT).

Die deutsche Wirtschaft erkämpft sich mit harter, unermüdlicher Arbeit und großem Fleiß viele verlorene deutsche Absatzmärkte zurück. Aufgrund ihrer hervorragenden Qualität erobert besonders die deutsche Exportindustrie (Maschinen, Werkzeuge, Elektrogeräte und Chemieerzeugnisse) schon bald wieder alle Erdteile.

Trotz alledem erhöht sich die Verschuldung des deutschen Staates von Jahr zu Jahr. Die Kredite sind schließlich doppelt so hoch wie die gezahlten Reparationen (x069/149).

Angesichts der bereits geleisteten gewaltigen Reparationszahlungen sind die Leistungen der bisherigen Nachkriegsregierungen wahrhaftig erstaunlich. Ungeachtet der finanziellen Probleme und der großen sozialen Spannungen der zurückliegenden Jahre verfügt das Deutsche Reich wieder über ein erstaunlich gefestigtes und geordnetes Staatswesen.

Der Arbeitsfrieden ist gesichert. Die Wohlfahrtsämter und Sozialbehörden versorgen und unterstützen Millionen von Kriegsopfern sowie mehr als 3,0 Millionen verarmte deutsche Staatsbürger (x059/60). Der Staat fördert den Wohnungsbau (in 10 Jahren werden rund 3,0 Millionen neue Wohnungen erstellt). Das Erziehungswesen und die deutschen Schulen gelten, auch nach internationalen Maßstäben, wieder als vorbildlich und richtungsweisend.

Berlin entwickelt sich in jener Zeit zum europäischen Mittelpunkt der Künste (Theater, Film,

Rundfunk) und wird zum Treffpunkt für Künstler aus aller Welt.

30.03.1929

Deutsches Reich: Außenminister Stresemann (der im Ausland hochgeachtet, aber im Deutschen Reich vielfach gehaßt wird) schreibt am 30. März 1929 an den britischen Botschafter Lord Edgar d'Abernon in Berlin (x063/556): >>Heute muß ich Ihnen sagen, daß diejenigen, die für die Locarno-Politik eingetreten sind, nur die Trümmer ihrer Hoffnungen sehen. Die blödsinnige Politik der weiteren Besetzung des Rheinlandes treibt alle Leute wieder zu den Deutschnationalen zurück. Diejenigen, die am stärksten für diesen Gedanken eingetreten waren, fühlen sich am stärksten deprimiert.<<

07.06.1929

Frankreich: Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) werden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich soll danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

30.06.1929

Deutsches Reich: Der "Vorwärts" berichtet am 30. Juni 1929 (x034/413): >>Wir Sozialdemokraten sind bewußte und konsequente Antifaschisten, denn nur der Faschismus ist eine wirkliche Gefahr für die Republik, der Kommunismus ist es nur in übertragenem Sinne, weil er dem Faschismus bewußt und unbewußt Vorschub leistet.<<

In Berlin legen Studenten am 30. Juni 1929 im Vorgarten der Universität einen Treueschwur ab (x034/413): >>... Im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge nicht zu erlahmen!<<

03.07.1929

Deutsches Reich: Die preußische Regierung verbietet am 3. Juli 1929 allen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes, an NSDAP- und KPD-Veranstaltungen teilzunehmen.

11.08.1929

Deutsches Reich: Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlicht am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418).

16.08.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 16. August 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Am 16.8. bezeichnete der Kommunist Rogalla in einer öffentlichen Versammlung ... die Republik als einen "Sau- und Schweinestall" ...<<

31.08.1929

Niederlande: Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kommt es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach soll die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

Das Rheinland soll bis zum 30. März 1930 von allen ausländischen Besatzungstruppen geräumt werden. Stresemanns Versuche, den polnischen Korridor zu beseitigen und eine Revision der oberschlesischen Grenzen zu erreichen, scheitern jedoch (x063/556).

02.09.1929

Deutsches Reich: Goebbels schreibt am 2. September 1929 in der NS-Zeitung "Angriff" über das Volksbegehren gegen den Young-Plan (x034/420): >>... Weg mit diesem Verrat an der deutschen Freiheit! Pflanzt die Fahnen des Widerstands und des Aufruhrs auf! Die Straße frei!<<

08.09.1929

Deutsches Reich: Reichsinnenminister Carl Severing notiert am 8. September 1929 in seinen persönlichen Aufzeichnungen (x149/66): >>Bei der Stahlhelmtagung am 8.9. durchzog ein Trupp Stahlhelmleute die Stadt und sang ein Lied mit dem Refrain: "Wir scheißen auf die Republik!" ...<<

09.09.1929

Schweiz: Obwohl der deutsche Außenminister Stresemann bereits unübersehbar vom Tod gezeichnet ist, spricht er am 9. September 1929 zum letzten Mal vor dem Völkerbund in Genf. Der verbitterte Entspannungspolitiker kämpft praktisch bis "zum letzten Atemzug" leidenschaftlich, aber letzten Endes vergeblich, für die vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlandes, die Rückgabe des Saarlandes, die Minderheiten-Schutzrechte und für sein Lebensziel, ein "vereintes Europa".

Stresemann, ein Vorkämpfer des Europagedankens und der Völkerversöhnung, der die unsäglichen Folgen des Ersten Weltkrieges auf friedlichem Wege beseitigen will, berichtet kurz vor seinem Tod (x069/151): >>... Ich habe aufrichtig für den Frieden gearbeitet. Ich habe mich für eine englisch-französisch-deutsche Verständigung eingesetzt. Achtzig Prozent der deutschen Bevölkerung habe ich für meine Politik gewonnen. Ich habe mein Land in den Völkerbund gebracht. Ich habe den Locarnopakt unterzeichnet. Ich habe gegeben, gegeben und nochmals gegeben, bis meine Landsleute sich gegen mich wandten.

Es ist jetzt 5 Jahre her, daß wir Locarno unterzeichneten. Wenn sie mir nur ein Zugeständnis gemacht hätten, so hätte ich mein Volk gewonnen. Auch heute könnte ich es noch. Aber Sie haben nichts gegeben, und die winzigen Zugeständnisse, die sie machten, kamen immer zu spät. Und die Jugend Deutschlands, die wir für den Frieden und für ein neues Europa hätten gewinnen können, haben wir für beides verloren. Das ist meine Tragik und ihr Verbrechen.<<

03.10.1929

Deutsches Reich: Gustav Stresemann (1878 in Berlin geboren, der sich ab 1919 vom autoritären Monarchisten zum Befürworter und herausragenden Entspannungspolitiker der Weimarer Republik entwickelt) stirbt am 3. Oktober 1929 an den Folgen eines Schlaganfalls. Stresemann, der zu den fähigsten Persönlichkeiten der Weimarer Republik gehört, stirbt leider viel zu früh, denn er hätte Hitlers "Machtergreifung" vielleicht verhindern können.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtet am 3. Oktober 1929 über Stresemanns Tod (x034/425): >>... Ich befürchte von Stresemanns Tod in erster Linie sehr ernste innerpolitische Folgen, das Abrücken der Volkspartei nach rechts, einen Bruch der Koalition, Erleichterung der Diktaturbestrebungen.<<

25.10.1929

USA: Am 25. Oktober 1929 leitet der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verlieren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).

Am folgenden Tag müssen viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig sind. Danach beginnt die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.

30.10.1929

Deutsches Reich: Ungeachtet der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werben die deutschen Sparkassen und Banken am Weltspartag 1929 wie immer um ihre Sparer (x034/430): >>Sparen das Gebot der Stunde.<<

02.11.1929

Deutsches Reich: Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhält (notwendig sind 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), muß der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

30.11.1929

Deutsches Reich: Der Reichstag lehnt am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

1929

UdSSR: Trotzki flieht im Jahre 1929 zunächst nach Frankreich und später nach Mexiko, wo

ihn nach mehreren gescheiterten Anschlägen ein sowjetischer NKWD-Agent am 20. August 1940 mit einem Eispickel ermordet (x128/48).
Frankreich: Frankreich errichtet von 1929-36 an der französischen Ostgrenze ein tiefgestaffeltes Befestigungssystem (die "Maginot-Linie", benannt nach dem französischen Kriegsminister A. Maginot), um sich gegen einen erwarteten Angriff Deutschlands zu schützen.

12.03.1930

Deutsches Reich: Der Reichstag stimmt mit 270 gegen 192 Stimmen am 12. März 1930 für die Annahme Young-Plans.

27.03.1930

Deutsches Reich: Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig ist, weigern sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454).
Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) tritt daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück.

30.03.1930

Deutsches Reich: Heinrich Brüning wird am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügt, regiert man mit Hilfe von Notverordnungen (wie z.B. Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht des Reichspräsidenten).

15.04.1930

Deutsches Reich: Am 15. April 1930 sind im Deutschen Reich 2.937.000 Menschen arbeitslos. Die Unterstützung für Arbeitslose beträgt im Durchschnitt 81 RM pro Monat.
Die Biersteuer wird um 46 % erhöht.

17.05.1930

Frankreich: Der französische Außenminister Aristide Briand sendet am 17. Mai 1930 ein Memorandum an die übrigen 26 europäischen Mitgliedstaaten des Völkerbundes. In dieser Denkschrift fordert Briand die Einigung Europas (einen gemeinsamen Wirtschaftsraum, gegenseitige Unterstützung in Krisenzeiten, zwischenstaatliche Regelungen etc.). Viele europäische Staaten lehnen eine europäische Union jedoch ab, weil sie befürchten, auf nationale Interessen verzichten zu müssen (x175/267).

30.06.1930

Deutsches Reich: Als die französischen Besatzungstruppen am 30. Juni/1. Juli 1930 endgültig das Rheinland räumen (5 Jahre vor dem vereinbarten Termin), findet im Reichstag eine Gedenkfeier statt.
Reichspräsident Hindenburg bezeichnet den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland zwar als "Tag der Befreiung", aber die unübersehbaren Folgen der großen Wirtschaftskrise bestimmen weiterhin das Leben der ratlosen Deutschen.

18.07.1930

Deutsches Reich: Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmt, kündigt Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügt (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besitzen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), muß die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063/562).

14.09.1930

Deutsches Reich: Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitver-

breiteten Existenzangst erreicht die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).

27.11.1930

Polen: Da sich in Oberschlesien ständig polnische Gewalttaten ereignen, protestiert die deutsche Reichsregierung am 27. November 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/502).

15.12.1930

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1930 sind im Deutschen Reich 3.977.000 Menschen arbeitslos.

1930

UdSSR: Im Jahre 1930 wird in der Sowjetunion die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt (x261/163).

Fast alle reichen Bürger der UdSSR (Kaufleute, Juweliere, Ärzte und andere Personen), bei denen die Kommunisten Gold oder Devisen vermuten, werden 1930/31 inhaftiert und gefoltert, denn der sowjetische "Arbeiter- und Bauernstaat" benötigt unentwegt Geld, um die ehrgeizigen Rüstungspläne zu verwirklichen (x091/26).

31.01.1931

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1931 sind im Deutschen Reich 4.886.925 Menschen arbeitslos.

15.03.1931

Deutsches Reich: Am 15. März 1931 sind im Deutschen Reich 4.980.000 Menschen arbeitslos.

20.06.1931

Deutsches Reich: Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bittet, läßt US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.

21.06.1931

Deutsches Reich: Die Reichsregierung stimmt am 21. Juni 1931 dem Stundungsvorschlag (Aufschub der Kriegsschuldzahlungen für 1 Jahr) des US-Präsidenten Hoover zu.

15.11.1931

Deutsches Reich: Am 15. November 1931 sind im Deutschen Reich 4.840.000 Menschen arbeitslos.

Frankreich: Professoren der Pariser Sorbonne (älteste französische Universität) stellen am 15. November 1931 fest, "daß der Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages Deutschland nicht mit der moralischen Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges belaste" (x034/561).

15.12.1931

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1931 sind im Deutschen Reich 5.349.000 Menschen arbeitslos.

31.12.1931

Deutsches Reich: Im Dezember 1931 verschärft sich die deutsche Wirtschaftskrise und am 31. Dezember 1931 beträgt die Massenarbeitslosigkeit 5.666.000 Menschen (x034/568).

Das Deutsche Reich besitzt am 31. Dezember 1931 nur noch Gold- und Devisenbestände in Höhe von 1,156 Mrd. Reichsmark.

1931

Deutsches Reich: In Deutschland sind 1931 im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60).

15.01.1932

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

18.01.1932

Deutsches Reich: Die Reichsregierung veröffentlicht am 18. Januar 1932 die bisher gezahlten Reparationsleistungen.

Danach hat das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte erbracht (x034/573).

31.01.1932

Deutsches Reich: Am 31. Januar 1932 sind im Deutschen Reich 6.041.000 Menschen arbeitslos.

02.02.1932

Großbritannien: Der Erzbischof von York kritisiert am 2. Februar 1932 während einer Predigt den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrages.

25.02.1932

Deutsches Reich: Im Reichstag wird am 25. Februar 1932 die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahlen bekanntgegeben.

29.02.1932

Deutsches Reich: Am 29. Februar 1932 sind im Deutschen Reich 6.128.000 Menschen arbeitslos.

10.04.1932

Deutsches Reich: Der 84jährige Reichspräsident Hindenburg wird am 10. April 1932 mit 19,3 Millionen Stimmen (überwiegend von "Sozis und Katholen") wiedergewählt. Der alte Mann schlägt Hitler (13,4 Millionen) und Thälmann (3,7 Millionen Stimmen) eindeutig (x034/588).

15.04.1932

Deutsches Reich: Am 15. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.934.000 Menschen arbeitslos.

30 % der deutschen Handelsflotte werden vorübergehend stillgelegt.

30.04.1932

Deutsches Reich: Am 30. April 1932 sind im Deutschen Reich 5.737.000 Menschen arbeitslos.

08.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Brüning lehnt am 8. Mai 1932 während einer Rede vor ausländischen Reportern weitere Reparationszahlungen ab.

30.05.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Heinrich Brüning muß am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützt.

01.06.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969) zum neuen deutschen Reichskanzler.

15.06.1932

Deutsches Reich: Am 15. Juni 1932 sind im Deutschen Reich 5.569.000 Menschen arbeitslos.

09.07.1932

Schweiz: Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erlassen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).

20.07.1932

Deutsches Reich: Reichskanzler Franz von Papen führt am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen läßt.

31.07.1932

Deutsches Reich: Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wird die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD erringt 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

31.08.1932

Deutsches Reich: Am 31. August 1932 sind im Deutschen Reich 5.225.000 Menschen arbeitslos.

30.09.1932

Deutsches Reich: Am 30. September 1932 sind im Deutschen Reich 5.101.000 Menschen arbeitslos.

Die deutsche Wirtschaft erzielt in den ersten 9 Monaten des Jahres 1932 wieder einen Außenhandelsüberschuß von 846,9 Mill. RM (x034/615).

31.10.1932

Deutsches Reich: Am 31. Oktober 1932 sind im Deutschen Reich 5.109.000 Menschen arbeitslos.

06.11.1932

Deutsches Reich: Die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 endet mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verliert über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhält nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.

02.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg spricht sich gegen Franz von Papen aus und beauftragt am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

03.12.1932

Deutsches Reich: Reichspräsident Hindenburg ernennt Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934) am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

15.12.1932

Deutsches Reich: Am 15. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.604.000 Menschen arbeitslos.

31.12.1932

Deutsches Reich: Am 31. Dezember 1932 sind im Deutschen Reich 5.773.000 Menschen arbeitslos.

1932

UdSSR: Um den erbitterten Widerstand der widerspenstigen Ukrainer zu brechen, die hartnäckig eine gewisse nationale Unabhängigkeit fordern, befiehlt Stalin im Jahre 1932 "geeignete Strafmaßnahmen". Die zwangsläufige Folge dieser gnadenlosen Strafmaßnahmen und Bauernverfolgungen sind landesweite Hungerkatastrophen.

Die UdSSR ist im Jahre 1932 außenpolitisch fast vollständig vom übrigen Europa isoliert.

Großbritannien: Der "Daily Telegraph" empfiehlt den Deutschen im Jahre 1932, eine "Rechtskoalition" zu bilden (x025/129).

Palästina: Obwohl in Palästina vielerorts Judenverfolgungen stattfinden, wandern von 1919-32 rund 84.100 Juden in ihre uralte Heimat (x055/507).

15.01.1933

Deutsches Reich: Am 15. Januar 1933 sind im Deutschen Reich 5.966.000 Menschen arbeitslos.

28.01.1933

Deutsches Reich: Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheitern, tritt Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

30.01.1933

Deutsches Reich: Trotz aller Warnungen ernennt der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

07.02.1933

Deutsches Reich: Der SPD-Parteivorsitzende Otto Wels erklärt am 7. Februar 1933 während einer Massenversammlung der Eisernen Front in Berlin (x032/14): >>... Ein Stacheldraht von Verboten, Strafandrohungen umgibt uns, wohin wir blicken. Die verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte, Freiheit des Wortes und der Schrift, sind in einer nie dagewesenen Weise eingeengt. Wir erinnern an das alte Wort: Gestrenge Herren regieren nicht lange!<<

27.02.1933

Deutsches Reich: Der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe setzt am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand.

Hitler nutzt den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag werden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.

28.02.1933

Deutsches Reich: Am 28. Februar 1933 genehmigt Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat).

Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzt wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" wird am 28. Februar 1933 durch das NS-Regime verboten.

05.03.1933

Deutsches Reich: Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhält die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreicht.

Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun flieht bereits am 5. März 1933 ins Exil in die Schweiz.

17.03.1933

Deutsches Reich: Hitler läßt am 17. März 1933 zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen.

20.03.1933

Deutsches Reich: Am 20. März 1933 läßt Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.

21.03.1933

Deutsches Reich: Am 21. März 1933, 62 Jahre nach der Eröffnung des ersten Reichtages des "Zweiten Deutschen Reiches" im Jahre 1871, eröffnet das NS-Regime mit einem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche den ersten Reichstag des "Dritten Deutschen Reiches".

Am 21. März 1933 sind 1,5 Millionen Deutsche Mitglieder der NSDAP (x032/34).

23.03.1933

Deutsches Reich: Während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages legt Reichskanzler Hitler am 23. März das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.

Am 23. März 1933 stimmen die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt ist und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchtert und massiv bedroht.

31.03.1933

NS-Regime: Das erste "Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (1. Gleichschaltungsgesetz) wird am 31. März 1933 erlassen. Alle Landtage und kommunalen Selbstverwaltungsorgane sind danach aufzulösen und nach dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933 neu aufzustellen.

01.04.1933

NS-Regime: Am 1. April 1933 findet bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdische Bevölkerung (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden beginnt.

Goebbels berichtet am 1. April 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Die Presse arbeitet jetzt schon in vollster Einheitlichkeit.<<

07.04.1933

NS-Regime: Am 7. April 1933 werden das zweite Gleichschaltungsgesetz und ein Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig sind, können sofort entlassen werden.

10.04.1933

NS-Regime: Die NSDAP übernimmt am 10. April 1933 sämtliche Beamtenverbände und ernennt den 1. Mai per Gesetz zum "Feiertag der nationalen Arbeit".

20.04.1933

NS-Regime: Hitlers Geburtstag wird am 20. April 1933 erstmalig als nationaler Feiertag begangen.

30.04.1933

Deutsches Reich: Willy Brandt (1913-1992, eigentlich Herbert Frahm, seit 1930 SPD-Mitglied) emigriert im April 1933 nach Dänemark, später nach Norwegen, um im vermeintlich sicheren Ausland den Widerstand fortzusetzen.

01.05.1933

NS-Regime: Der 1. Mai wird im Jahre 1933 gesetzlicher Feiertag ("Tag der Nationalen Arbeit").

02.05.1933

NS-Regime: Am 2. Mai 1933 läßt Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser werden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen.

09.05.1933

Deutsches Reich: Evangelische Theologen und Pfarrer schalten sich am 9. Mai 1933 in die Diskussion um eine evangelische Reichskirche und um die Wahl eines NS-Reichsbischofs ein.

Hanns Lilje, Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung, und Berliner Geistliche, die sich als Jungreformatoren bezeichnen, fordern, daß kirchliche Entscheidungen allein aus dem Wesen der Kirche heraus, d.h. vom Bekenntnis her getroffen werden können. Die Einführung des Arierparagraphen wird im kirchlichen Raum strikt abgelehnt.

10.05.1933

NS-Regime: Am 10. Mai 1933 läßt Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen.

Der NS-Staat ordnet am 10. Mai 1933 im gesamten Land öffentliche Bücherverbrennungen an.

17.06.1933

NS-Regime: Der ungarische Ministerpräsident Gyula Gömbös von Jàkfa (1886-1936, ein rechtsradikaler Politiker und fanatischer Antisemit) ist der erste ausländische Regierungschef, der Hitler am 17. Juni 1933 offiziell besucht (x051/221).

29.06.1933

NS-Regime: Am 29. Juni 1933 wird der ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944, 1912-28 SPD-Reichstagsabgeordneter, 1919/20 erster Reichskanzler der Weimarer Republik) verhaftet.

In den folgenden Tagen werden etwa 3.000 sozialdemokratische Politiker interniert (x032/68).

Juni 1933

NS-Regime: Bis Ende Juni 1933 läßt Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).

14.07.1933

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 14. Juli 1933 ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.

31.07.1933

NS-Regime: Am 31. Juli 1933 befinden sich bereits 26.789 NS-Regimegegner (politische Gefangene, Schriftsteller und Pastoren) in der NS-Schutzhaft (x032/76).

Gegen die willkürliche Verhängung der Schutzhaft und Einweisung in Konzentrationslager gibt es gemäß "Reichstagsbrandverordnung" keine Einspruchsmöglichkeit.

03.09.1933

NS-Regime: Hitler erklärt am 3. September 1933 auf dem NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>... Die Nation aber fühlt allmählich die Entstehung einer neuen politischen Führung, der sie sich steigernd mehr und mehr ergibt. ...

Zu ihrer Gedankenwelt aber bekennt sich als Anhänger heute die überwältigende Mehrheit aller Deutschen. ...<<

Der französische Botschafter in Berlin, Andre Francois-Poncet, berichtet später über diesen NS-Reichsparteitag in Nürnberg (x149/74): >>Der Reichsparteitag in Nürnberg, der "Reichsparteitag des Sieges" vom Anfang September; zeigt Deutschland fertig, vollkommen, triumphierend.

Bei der Partei gehen Beitrittsanträge in Massen ein, sie muß den Eintritt sperren, um nicht überflutet zu werden. Das erstaunliche an dieser Revolution ist die Schnelligkeit, mit der sie vor sich ging, aber auch die Leichtigkeit, mit der sie sich überall vollzog, der geringe Widerstand, dem sie begegnete. ...<<

21.09.1933

Deutsches Reich: Die Berliner Pfarrer Niemöller, Jacobi und von Rabenau gründen am 21. September 1933 den Pfarrernotbund, um gegen die "neue kirchliche NS-Ordnung" und vor allem gegen das Eindringen von NS-Gedankengut zu kämpfen. Jeder evangelische Pfarrer, der Mitglied des Pfarrernotbundes wird, muß eine Erklärung unterschreiben.

14.10.1933

NS-Regime: Als Hitlers Wunsch nach Rüstungsgleichheit abgelehnt wird und das Deutsche Reich weitere 4 Jahre warten soll, gibt Hitler am 14. Oktober 1933 seinen Beschluß bekannt, die Genfer Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten.

Hitler fordert damals eigentlich nichts, was man dem Deutschen Reich im Rahmen der internationalen Gleichberechtigung gerechterweise längst hätte zugestehen müssen, denn die Deutschen werden seit dem Ersten Weltkrieg militärisch wehrlos gehalten und sind fast unbewaffnet. Das Deutsche Reich ist seit Jahren von hochgerüsteten Staaten "eingekreist" und hat keine Verbündeten.

15.10.1933

USA: Die "New York Times" berichtet am 15. Oktober 1933 über Hitlers "legale Machtübernahme" und würdigen die "Leistungen" des NS-Regimes (x025/130): >>Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staates, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums - all dieses ist gut. ...<<

Oktober 1933

NS-Regime: Walter Ulbricht (1893-1973) emigriert im Oktober 1933 nach Paris und 1938 nach Moskau). Ulbricht ist wie viele andere Emigranten nicht bereit, Gesundheit oder Leben für den deutschen Freiheitskampf zu gefährden bzw. zu opfern.

12.11.1933

NS-Regime: Bei den Wahlen zum Reichstag und der Volksabstimmung am 12. November 1933 stimmen 92,1 % der wahlberechtigten Deutschen für die NSDAP und 95,1 % bestätigen die Ziele der NS-Außenpolitik (x032/99).

16.11.1933

USA: Nordamerika nimmt am 16. November 1933 wegen der japanischen Expansion im Fernen Osten diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf (x041/93).

19.12.1933

NS-Regime: Die evangelischen Jugendverbände werden am 19. Dezember 1933 durch den evangelischen NS-Reichsbischof Müller aufgelöst und in die HJ-Organisation eingegliedert.

22.12.1933

NS-Regime: Im "Reichstagsbrand-Prozeß" wird der Holländer van der Lubbe am 22. Dezember 1933 zum Tod verurteilt.

CSR: Der nach Karlsbad emigrierte Wilhelm Hoegner schreibt am 22. Dezember 1933 über die NS-Justiz (x032/106): >>Die Justiz ist zur Hure der Politik herabgesunken. ...<<

28.12.1933

UdSSR: Der sowjetische Politiker Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow (1890-1986, eigentlich W. M. Skrjabin, 1930-41 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare, 1939-49 und 1953-56 Außenminister) berichtet am 28. Dezember 1933 in Moskau vor dem Zentralexekutivkomitee der KPdSU über die geplanten militärischen Expansionsbestrebungen des Nationalsozialismus.

31.12.1933

CSR: Die Exilzeitschrift "Neuer Vorwärts" berichtet am 31. Dezember 1933 (x032/107-108): >>Heute erscheint uns jene Zeit der Verfolgung durch Otto von Bismarck als geradezu noch liberal. Denn nicht nur keine Morde, keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager, sondern es blieben auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Schutze der Immunität ... Es war infolgedessen innerhalb der gesetzlichen Grenzen auch eine gewisse Opposition und eine oppositionelle Presse möglich.<<

1933

NS-Regime: Nach Hitlers Machtübernahme im Jahre 1933 errichtet das NS-Regime im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellt.

UdSSR: Im Winter 1932/33 verhungern durch Stalins Zwangskollektivierung in der fruchtba-

ren Ukraine ("osteuropäische Kornkammer") etwa 6 bis 7 Millionen Ukrainer und sterben vielfach unter grauenvollen Umständen (x046/190, x075/93, x087/71).
Alfred Grosser (französischer Politologe und Publizist) schreibt später über die Hungerkatastrophen 1932/33 in der Ukraine (x075/92): >>... Das Verbrechen, das am ehesten die Bezeichnung Genozid verdient, war sicher das an den Ukrainern zwischen 1930 und 1932.
Die Behandlung, der die Ukraine ausgesetzt war – "verschleierter Holocaust", "Holocaust durch Hunger" -, war grundsätzlich anderer Art als diejenige, die die sowjetische Gesamtbevölkerung unter der Bezeichnung "Kulakenvertreibung" erfuhr.
Dieses Verbrechen wurde aber so geschickt verschleiert, so erfolgreich totgeschwiegen, daß es erst nach mehreren Jahrzehnten wirklich in die Geschichte aufgenommen wurde: Selbst die besten Bücher über den Genozid im 20. Jahrhundert schweigen sich darüber aus. ...<<
Großbritannien: Die Tageszeitung "Morning Post" kritisiert im Jahre 1933 das "Braunbuch vom Hitler-Terror", in dem der britische Schriftsteller Victor Gollancz über den NS-Polizeistaat und die ersten NS-Konzentrationslager informiert (x268/62): >>Alles, was nicht bis ins letzte durch Nachrichten aus anderen Quellen bestätigt wird, muß selbstverständlich Zweifel erwecken und der vernünftige Leser wird geneigt sein, seine Sympathien eher Herrn Hitler zuzuwenden als seinen Anklägern. ...<<
Palästina: Infolge der NS-Judenverfolgungen drängen die deutschen Juden ab 1933 verstärkt nach Palästina, obwohl die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunehmen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, rufen die Araber auch zum Generalstreik auf.

01.01.1934

NS-Regime: Am 1. Januar 1934 tritt das "Sterilisierungsgesetz" in Kraft.
Dieses "NS-Sterilisierungsgesetz" fordert die Sterilisierung von 400.000 Männern und Frauen. Unter diesen Personen sind etwa 200.000 Schwachsinnige, 60.000 Epileptiker und 80.000 Schizophrene (x032/109).
Schweiz: Der deutsche Staatssekretär Ernst Freiherr von Weizsäcker (1882-1951, 1949 zu 7 Jahren Haft verurteilt) schreibt am 1. Januar 1934 in Bern (x032/109): >>Über das letzte Jahr kann man nur still den Vorhang ziehen. ...<<

24.04.1934

NS-Regime: Am 24. April 1934 wird der NS-Volksgerichtshof errichtet.

29.05.1934

Deutsches Reich: Am 29. Mai 1934 tritt in Barmen die sogenannte Barmer Bekenntnissynode (29.-31.05.1934) zusammen.
Die Barmer Synode erklärt die Bekennende Kirche damals zur rechtmäßigen Vertretung der gesamten evangelischen Kirche (x199/242): >>Im Namen der deutschen Evangelischen Kirche rechtmäßig zu sprechen und zu handeln sind nur die berufen, welche an der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Kirche als ihrer unantastbaren Grundlage festhalten und beidem die maßgebende Geltung in der deutschen evangelischen Kirche wiederverschaffen wollen. Die in solchem Bekenntnis einigen Gemeinden und Kirchen sind die rechtmäßige deutsche Evangelische Kirche; sie treten zur Bekenntnis-Synode der deutschen Evangelischen Kirche zusammen.<<

27.06.1934

NS-Regime: Am 27. Juni 1934 wird das deutsch-polnische Nichtangriffsabkommen vom 26.01.1934 ratifiziert.

30.06.1934

NS-Regime: Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 (sogenannte "Nacht der langen Messer"), die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wird, liquidieren Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene po-

litische Gegner und unbequeme Regimekritiker.

20.07.1934

NS-Regime: Am 20. Juli 1934 stellt man die ersten bewaffneten SS-Verbände auf (später Waffen SS).

Die SS-Freiwilligenverbände und die SS-Führerschulen ("Junkerschulen") werden danach der Kontrolle durch die Wehrmacht entzogen und unterstehen der Befehlsgewalt der SS-Hauptämter (Hitler-Erlaß vom 17.08.1938).

17.09.1934

Großbritannien: Der spätere britische Premierminister Winston Churchill erklärt am 17. September 1934 nach einem Gespräch mit Heinrich Brüning in London (x032/162): >>... Deutschland muß wieder besiegt werden, und diesmal endgültig. Sonst werden Frankreich und England keinen Frieden haben.<<

18.09.1934

UdSSR: Die UdSSR wird am 18. September 1934 in den Völkerbund aufgenommen.

Stalin versucht danach, die westeuropäischen Beziehungen zu verbessern.

18.12.1934

NS-Regime: Am 18. Dezember 1934 wird für alle uniformierten Polizeiverbände der Hitler-Gruß angeordnet.

20.12.1934

NS-Regime: Das politische NS-Strafrecht wird am 20. Dezember 1934 um das "Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei ..." ergänzt.

1934

UdSSR: Stalin leitet allmählich die Wiedergewinnung der früheren russischen Großmachtstellung ein. Die sowjetische Rote Arme besitzt im Jahre 1934 das größte Landheer der Welt (x059/37).

Stalin schlägt dem Zentralkomitee der KPdSU während des XVII. Parteitages im Jahre 1934 vor, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erweitern (x080/278): >>... Gewiß, wir sind weit davon entfernt, von dem faschistischen Regime in Deutschland entzückt zu sein. Doch handelt es sich hier nicht um den Faschismus, wie allein die Tatsache zeigt, daß der Faschismus zum Beispiel in Italien für die UdSSR kein Hindernis war, die besten Beziehungen zu diesem Lande herzustellen.<<

Frankreich: Außenminister Jean Louis Barthou lobt Hitler im Jahre 1934 als einen "wahren Friedensfreund" (x025/129).

Großbritannien: Ab 1934 zeichnet sich bereits die Isolierung des NS-Reiches ab.

Stanley Baldwin (1867-1947, britischer konservativer Staatsmann) erklärt damals (x054/211): >>Englands Grenze liegt am Rhein. ...<<

13.01.1935

NS-Regime: Am 13. Januar 1935 stimmen 90,8 % der Saarländer für den Anschluß des Saargebietes an das Deutsche Reich. Nur 0,4 % sind für den Anschluß an Frankreich und 8,8 % sind für eine internationale Verwaltung (x032/183).

17.01.1935

Schweiz: Der Völkerbundsrat beschließt am 17. Januar 1935 in Genf die Wiedervereinigung des Saargebietes mit Deutschland (Rückgliederungstermin: 1. März 1935).

01.03.1935

NS-Regime: Am 1. März 1935, um 9.30 Uhr, erfolgt in Saarbrücken die offizielle Rückkehr des Saargebietes. Das Saarland wird nach 15 Jahren französischer Besatzung "heim ins Reich geholt" (x051/510).

10.03.1935

USA: US-Präsident Roosevelt genehmigt am 14. März 1935 den Bau von Landebahnen und

Flughäfen auf Wake Island, dem Midway-Atoll und Guam.
Die japanischen Militärexperten fühlen sich durch diese neuen US-Flughäfen bedroht (x172/-64): >>Die Inseln sind natürliche Flugzeugträger, ideale Stützpunkte für feindliche Geschwader. ... Wenn sie von einem Feind besetzt werden, würden sie für uns zum unmittelbaren Sicherheitsrisiko.<<

16.03.1935

NS-Regime: Die Reichswehr wird am 16. März 1935 in "Wehrmacht" umbenannt.

02.05.1935

Frankreich, UdSSR: Frankreich und die UdSSR vereinbaren am 2. Mai 1935 einen Beistandspakt (Laufzeit: 5 Jahre).
Die sowjetisch-französische Annäherung bereitet den Polen erhebliche Sorgen.

16.05.1935

UdSSR, CSR: Die UdSSR und die Tschechoslowakei schließen am 16. Mai 1935 einen Beistandsvertrag über gegenseitige militärische Hilfe.
Der Beistandspakt mit der UdSSR soll allerdings nur wirksam werden, wenn Frankreich die vereinbarten Bündnisverpflichtungen erfüllt (x120/37).

17.06.1935

UdSSR: Nach sowjetischen Angaben ist das Deutsche Reich am 17. Juni 1935 der größte Handelspartner der Sowjetunion. Danach folgen Großbritannien, Iran und USA.

28.06.1935

NS-Regime: Die Nationalsozialisten ahnden ab 28. Juni 1935 jegliches Handeln, das "nach dem gesunden Volksempfinden" zu bestrafen ist und verschärfen auch den § 175 Reichsstrafgesetzbuch ("widernatürliche Unzucht"). Danach wird jegliche Unzucht zwischen Männern als Verbrechen bestraft.

Juni 1935

NS-Regime: Im Juni 1935 sind schon rd. 2,5 Millionen Deutsche NSDAP-Parteimitglieder. Bis zum Kriegsende steigt die Zahl der NS-Parteigenossen schließlich auf rd. 8,5 Millionen NSDAP-Mitglieder (x051/406).

20.08.1935

UdSSR: Obgleich das NS-Reich damals der größte Handelspartner der UdSSR ist, beschließt die Kommunistische Internationale (Komintern) am 20. August 1935 beim Moskauer Weltkongreß, den Faschismus mit Hilfe der "Kapitalisten" zu bekämpfen (x074/1.120).

15.09.1935

NS-Regime: Der NS-Reichstag beschließt in Nürnberg am 15. September 1935 ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz".

20.09.1935

NS-Regime: NS-Reichsinnenminister Frick läßt am 20. September 1935 das Beflaggen öffentlicher Gebäude mit der schwarz-rot-goldenen Fahne verbieten.

03.10.1935

UdSSR: Der ehemalige deutsche KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck erklärt am 3. Oktober 1935 während einer Konferenz der kommunistischen Partei in Moskau (x032/235): >>... Die Partei hat verkannt, daß sie von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen; wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen.<<
Afrika: Italienische Truppen marschieren am 3. Oktober 1935 ohne offizielle Kriegserklärung in das afrikanische Kaiserreich Äthiopien (früher Abessinien) ein.
Äthiopien wird danach im Jahre 1936 durch Italien annektiert.

Hitler nutzt die "Gunst der Stunde" und stellt sich sofort auf Mussolinis Seite. Obgleich Mussolini keine Völkerbundsproteste beachtet und außerdem frühzeitig bekannt wird, daß die Italiener sogar Giftgas gegen die Afrikaner einsetzen, liefert das NS-Regime kriegswichtige Rohstoffen an Italien.

07.03.1936

NS-Regime: Am 7. März 1936 läßt Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und bricht damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).

16.03.1936

USA: Die "New York Times" berichtet am 16. März 1936 über italienische Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/73): >>... Seit 7.30 Uhr warf ein Geschwader von 7 Bombenflugzeugen Stahlbehälter ab, die teils Phosgen und teils Senfgas enthielten. ... Manche gingen zwischen den Hütten armer Bauern nieder.<<

29.04.1936

NS-Regime: In einem Massenprozeß gegen 54 sozialdemokratische Gewerkschaftler werden die Angeklagten am 29. April 1936 in Dortmund mehrheitlich zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt.

05.05.1936

Afrika: Italienische Truppen besetzen am 5. Mai 1936 Addis Abeba (Hauptstadt von Äthiopien).

09.05.1936

Afrika: Das von italienischen Truppen besetzte Äthiopien (Abessinien) wird am 9. Mai 1936 durch Italien annektiert.

17.06.1936

NS-Regime: Am 17. Juni 1936 läßt Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wird SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei.

30.06.1936

Schweiz: Haile Selassie I. (1892-1975, seit 1930 Kaiser von Äthiopien) berichtet am 30. Juni 1936 vor dem Völkerbund in Genf über die italienischen Luftangriffe gegen Äthiopien (x172/-74-75): >>... Der flüssige Inhalt verteilte sich in der Form eines tödlichen Sprühregens über eine beträchtliche Fläche. ... Gruppen von 9, 15 und 18 Flugzeugen folgten einander, so daß die Flüssigkeit, die sie abgaben, eine ununterbrochene Wolke bildete. ... Und so wurden ab Ende Januar 1936 Soldaten, Frauen, Kinder, Vieh, Flüsse, Seen und Weiden unaufhörlich von diesem tödlichen Regen getränkt.

Alle, die von dem tödlichen Regen aus dem Flugzeug getroffen wurden schrien vor Schmerzen und rannten davon. Alle, die vergiftetes Wasser tranken oder verseuchte Nahrung aßen, starben unter gräßlichen Qualen. Die Opfer des italienischen Senfgases fielen zu Zehntausenden.<<

11.07.1936

Österreich: Der österreichische Bundeskanzler schließt am 11. Juli 1936 mit dem NS-Regime in Wien das sogenannte Juliabkommen (geheime deutsch-österreichische Vereinbarungen).

Nach dem Abbruch der österreichisch-italienischen Bündnisverhandlungen wegen der Abmachungen zwischen Deutschland und Italien ("Achse Berlin-Rom") sucht der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg (1897-1977) einen Ausgleich mit Hitler.

19.07.1936

Spanien: Am 19. Juli 1936 tritt die Regierung der linken Volksfront in Madrid zurück. Der Linksrepublikaner Pereira bildet danach eine neue Regierung.

20.07.1936

Spanien: Als die neue spanische Regierung am 20. Juli 1936 die Auflösung der Armee, die allgemeine Mobilmachung und die Ausgabe von Waffen an die Arbeitermilizen beschließt, beginnt in Spanien ein erbitterter Bürgerkrieg.

Der Spanische Bürgerkrieg (Juli 1936 bis März 1939) wird mit großer Grausamkeit geführt. Folterungen und Hinrichtungen von Gefangenen sind vor allem in den ersten Wochen und Monaten des Bürgerkrieges an der Tagesordnung. Diese Verbrechen begehen beide Kriegsparteien (Nationalisten und Republikaner). Infolge der direkten Beteiligung der rechtsradikalen Staaten Italien und Deutschland sowie der linksradikalen Sowjetunion entwickelt sich der Spanische Bürgerkrieg schnell zu einem ideologischen Krieg (Nationalismus und Faschismus gegen Kommunismus bzw. Bolschewismus).

Im Ausland wird der Spanische Bürgerkrieg mit Hochspannung verfolgt. Die Mehrheit spricht sich allmählich entschieden gegen die rechtsradikalen Aufständischen aus und die Kommunisten (Komintern) fordern ihre Anhänger in aller Welt auf, die spanischen Faschisten zu bekämpfen. Schon bald melden sich Tausende von Freiwilligen zu den Internationalen Brigaden, um die "sozialistische Demokratie" Spaniens zu retten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den Spanischen Bürgerkrieg (x192/438): >>Im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939 standen die politisch Rechten, Militärs und katholische Kirche (mit Unterstützung durch "Freiwillige" und Militärhilfe aus Deutschland und Italien) gegen die Volksfrontregierung, Republikaner, Antiklerikale, Anarchisten, Sozialisten und Kommunisten aus verschiedenen Ländern.

Die Linken kämpften verzweifelt gegen die zahlenmäßige und waffentechnische Überlegenheit ihrer Gegner und prangerte deren Greueltaten an – darunter die Bombardierung ziviler Gebiete. Doch auch die Republikaner machten sich im Verlauf des Krieges schrecklicher Verbrechen schuldig. ...<<

26.07.1936

USA: Der US-Diplomat Joseph Kennedy (1888-1969) berichtet am 26. Juli 1936 in der "New York Times" (x335/9): >>50 Leute regieren Amerika, und das ist eine großzügige Schätzung. …<<

24.10.1936

NS-Regime: Hitler erkennt am 24. Oktober 1936 das italienische Kaiserreich Äthiopien offiziell an. Später folgen weitere Abmachungen mit Italien ("Achse Berlin-Rom").

25.11.1936

NS-Regime: Das NS-Regime und Japan schließen am 25. November 1936 in Berlin den "Antikominternpakt", der sich vor allem gegen den Bolschewismus bzw. die Kommunistische Internationale (Komintern) richtet (x041/94).

1936

CSR: In der CSR gibt es Ende 1936 etwa 846.000 Arbeitslose, davon sind 525.000 Sudetendeutsche (x020/35). Der innenpolitische Kampf zwischen Tschechen und Sudetendeutschen verschärft sich, da Henlein (SDP) ein gewisses Maß an Autonomie sowie politische und soziale Gleichberechtigung fordert.

Die jahrlange systematische Unterdrückung treibt die verzweifelten Sudetendeutschen regelrecht in "Hitlers offene Arme". Infolge der großen wirtschaftlichen Probleme und wegen fehlender Kompromißbereitschaft der CSR nimmt Henlein die ersten Kontakte zum NS-Reich auf ("Phase der nationalen Radikalisierung").

18.01.1937

NS-Regime: Im Verlauf eines Hamburger NS-Schauprozesses werden am 13. Januar 1937 25 Widerstandskämpfer zu 160 Jahren Haft verurteilt. 3 Angeklagte erhalten die Todesstrafe (x121/222).

Bis zum Kriegsbeginn finden noch 86 Massenschauprozesse statt.

30.01.1937

NS-Regime: Die NS-Regierung zieht am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.

23.02.1937

NS-Regime: Adolf Hitler verspricht am 23. Februar 1937, die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz zu respektieren (x032/338): >>... Zu jeder Zeit, komme was da wolle.<<

26.04.1937

Spanien: Guernica (eine nordspanische Stadt im Baskenland, 20 km östlich von Bilbao entfernt, mit etwa 10.000 Einwohnern) wird während des spanischen Bürgerkrieges am 26. April 1937 durch Kampfflugzeuge der Legion Condor zerstört. Die Zahl der Todesopfer beträgt vermutlich 100 bis 1.600 Personen.

07.07.1937

Japan, China: Nach dem japanischen Einmarsch in die Mandschurei (September 1931) eröffnet Japan am 7. Juli 1937 den Angriffskrieg (ohne Kriegserklärung) gegen China und bedroht die bisherige Vormachtstellung der Russen und Briten im Fernen Osten.

Die japanische Regierung, die nach dem Ersten Weltkrieg die Schwächen des Deutschen Reiches sowie der Sowjetunion konsequent ausgenutzt und Nordamerika aus zahlreichen Absatzmärkten verdrängt hatte, strebte infolge der großen Überbevölkerung gewaltsame Expansionen an.

10.07.1937

Großbritannien: Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) schreibt am 10. Juli 1937 in der Wochenzeitung "The Economist" (x028/50): >>Spricht man mit einem Tschechen über die Minderheitenfrage in der Tschechoslowakei, so fängt er gewöhnlich mit der allgemeinen Behauptung an, daß die Tschechoslowakei eine Demokratie sei. Und spricht man dann mit einem Angehörigen der deutschen Minderheit, so wird man gewahr, daß gerade diese Behauptung wie das rote Tuch auf einen Stier wirkt.

In Wahrheit ist selbst ein traditionsreiches und in sich völlig gefestigtes demokratisches Verfassungsleben nur sehr schwer auf eine Minderheit anzuwenden, die unter der gegebenen Herrschaft eben einfach nicht leben mag. Wir wissen selber am besten, daß wir (es) nie fertig bekommen haben, unsere britische Spielart von Demokratie auf unsere Herrschaft über Irland anzuwenden. Und was die Methoden betrifft, mit denen die Tschechen heute ihre Vorherrschaft über die Sudetendeutschen ausüben, so sind sie einfach undemokratisch.

Auf Grund ihrer Nachkriegsbeziehungen zu den westlichen Nationen, die sie so rührend bewundern, haben sich die Tschechen von den Briten weniger die "selbstverständliche Überlegenheit", sondern weit eher die britische Heuchelei angeeignet und zwar in sehr starkem Maß! Von allen Belastungen, mit denen die Tschechen heute zu kämpfen haben, ist jene Verständnislosigkeit vermutlich die schlimmste.<<

21.08.1937

UdSSR: Stalin schließt am 21. August 1937 einen Nichtangriffspakt mit China.

05.11.1937

NS-Regime: Während einer Geheimrede vor dem Außen- und Kriegsminister sowie den Oberbefehlshabern der deutschen Wehrmacht erläutert Hitler am 5. November 1937 erstmalig seine Kriegspläne.

26.11.1937

Deutsches Reich: Evangelische Pastoren halten am 26. November 1937 Bittgottesdienste, um gegen die Verhaftung von Gemeindemitgliedern zu protestieren.

07.12.1937

China: Japanische Flugzeuge werfen am 7. Dezember 1937 Flugblätter über der chinesischen

Stadt Nanking ab (x172/90): >>... Wir haben die Stadt Nanking eingeschlossen. Wenn eure Truppen die Kämpfe fortsetzen, kommt der Krieg unweigerlich nach Nanking. Die jahrtausendealte Kultur wird zu Asche zerfallen und die Regierung, die ein Jahrzehnt überdauert hat, wird sich in Luft auflösen.<<
Da die chinesischen Truppen nicht kapitulieren, besetzen japanische Truppen im Dezember 1937 gewaltsam die chinesische Stadt Nanking. In den ersten 6 Wochen der japanischen Besetzung ereignen sich in Nanking schwere Massenverbrechen, die von der japanischen Armeeführung nicht verhindert werden. Bei diesen furchtbaren Massenverbrechen werden nahezu 80.000 Frauen vergewaltigt und etwa 300.000 Menschen ermordet (x087/141).
Spanien: Im Verlauf des Spanischen Bürgerkrieges gewinnen die anfangs schwachen Kommunisten 1937 immer mehr Einfluß in Spanien, da die Komintern (Kommunistische Internationale) überall ihre Truppenkommandeure und Politiker durchsetzen kann.
Ab 1937 beginnt in Spanien der Kampf der stalinistisch-kommunistischen Gruppen gegen Anarchisten, Trotzkisten und andere politische Gegner um die ideologische Vorherrschaft im republikanischen Lager (stalinistische Säuberungen: Verhaftungen und Hinrichtungen nach dem Vorbild der gleichzeitig in Moskau stattfindenden Schauprozesse).
Stalin setzt ein Heer von politischen Agitatoren, Geheimagenten und sowjetischen Militärberatern in Spanien ein, um die republikanische Regierung und ihre militärischen Verbände zu kontrollieren. Eine spezielle spanische Sektion der NKWD (sowjetische Geheimpolizei von 1934-1946) führt während des spanischen Bürgerkrieges (1936-1939) systematische Fahndungsaktionen nach Trotzkisten und sonstigen Regimefeinden durch (x128/50-51).

11.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Schuschnigg muß am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten.
Nach Schuschniggs Rücktritt wird der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildet ein nationalsozialistisches Übergangskabinett.

12.03.1938

Österreich: Bundeskanzler Seyß-Inquart fordert am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen.

13.03.1938

Österreich: Das österreichische Parlament löst am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschließt ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich ist danach ein Teil des Deutschen Reiches.

10.04.1938

NS-Regime, Österreich: Der Anschluß Österreichs wird am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen sind für den Anschluß und stimmen mit "Ja" (x032/438).

29.04.1938

USA: US-Präsident Franklin D. Roosevelt erklärt am 29. April 1938 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x342/10): >>… Die erste Wahrheit ist, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk das Wachstum privater Macht toleriert, bis sie stärker wird als ihr demokratischer Staat selbst. In seiner Essenz ist das Faschismus - der Besitz der Regierung durch eine Person, eine Gruppe oder durch irgendeine andere kontrollierende private Macht.<<

06.05.1938

Großbritannien: Die Londoner Zeitung "Daily Mail" berichtet am 6. Mai 1938 über die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen (x320/31): >>Die Deutschen sind ein sehr geduldiges Volk. Ich kann mir auch nicht einen Augenblick lang vorstellen, daß Großbritannien 20 Jahre

lang ruhig zugesehen hätte, wie drei und eine halbe Million Briten unter der Knute eines durch und durch verabscheuten Volkes lebten, das eine fremde Sprache spricht und eine völlig verschiedene nationale Weltanschauung hat. Soweit ich meine Landsleute kenne, wären sie nach wenigen Jahren gegen eine solche Vergewaltigung eingeschritten.<<

09.06. 1938

Großbritannien: Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schreibt am 9. Juni 1938 in seiner 14-tägigen Zeitungskolumne über die Luftangriffe gegen britische Städte im "nächsten Krieg" (x172/102): >>... Die Männer unseres Landes werden einen brennenden Kampfgeist verspüren, wenn sie erleben müssen, daß ringsum auf so feige Art Frauen und Kinder getötet werden. Jeder Mann, der sich mit Recht so nennen darf, wird darauf pochen, am Kampf teilzunehmen.<<

21.06.1938

Großbritannien: Premierminister Chamberlain erklärt am 21. Juni 1938 während einer Rede im britischen Unterhaus (x338/74-75): >>... 1. Es verstößt gegen das Völkerrecht, Zivilisten als solche zu bombardieren und absichtlich Angriffe gegen die Zivilbevölkerung durchzuführen.

2. Ziele, die aus der Luft anvisiert werden, müssen rechtmäßige militärische Ziele und identifizierbar sein.

3. Bei einem Angriff auf diese Ziele muß mit angemessener Sorgfalt vorgegangen werden, damit es nicht durch Nachlässigkeit zu einer Bombardierung der in der Nähe befindlichen Zivilbevölkerung kommt. …<<

02.07.1938

USA: Der US-Journalist Oswald G. Villard (1872-1949) schreibt am 2. Juli 1938 in der Wochenzeitschrift "The Nation" über die Folgen der massiven Aufrüstung in Europa (x172/103): >>... Sie bringt einen zunehmenden Staatskult mit sich, mehr Nationalismus, mehr Militärdienst. Und spielt daher Leuten wie Hitler und Mussolini in die Hände, die behaupten, der Bürger sei für den Staat da und nicht der Staat für den Bürger.<<

20.08.1938

Schweiz: Der schweizerische Geschichtsprofessor und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemüht, schreibt am 20. August 1938 über die Stimmung in Deutschland (x025/141): >>Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellungen machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden. ... Nie habe ich so deutlich gespürt, daß die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.<<

22.08.1938

NS-Regime: Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reist vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen.

19.09.1938

CSR: Die tschechische Regierung wird am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeitig keinen Krieg führen könnten (x041/96).

23.09.1938

CSR: Staatspräsident Benesch ordnet am 23. September 1938 die Generalmobilmachung der tschechoslowakischen Armee an.

29.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Die westeuropäischen Diplomaten arbeiten am 29. September 1938 in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.

30.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmen ("Münchener Abkommen"), atmet ganz Europa auf. Der Frieden ist scheinbar gerettet, denn Hitler beteuert, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen wird.

CSR: Die tschechoslowakische Regierung erkennt am 30. September 1938 das Münchener Abkommen an. Nach dem "Münchener Abkommen" (die Grenzen entsprechen fast den nordamerikanischen Vorschlägen von 1919) verlassen mehrere Tausend Deutsche die CSR. Gleichzeitig kehren Tausende von Tschechen, mit ihrem gesamten Hab und Gut, in die CSR zurück.

Ungarn: Die ungarische Regierung fordert am 30. September 1938 die Prager Regierung auf, Verhandlungen wegen der noch abzutretenden Gebiete zu führen.

01.10.1938

NS-Regime, CSR: Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschieren am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.

02.10.1938

CSR: Polnische Truppen besetzen am 2. Oktober 1938 das Olsa-Gebiet bzw. Teschen und jagen die einheimische tschechisch-deutsche Bevölkerung über die "neuen Grenzen" der Tschechoslowakei. Etwa 45.000 Deutsche und Tschechen werden kurzfristig nach Böhmen und Mähren vertrieben.

05.10.1938

CSR: Präsident Benesch tritt am 5. Oktober 1938 zurück und emigriert in die USA.

21.10.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 21. Oktober 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen zu treffen, um die restliche Tschechoslowakei wegen ihrer profranzösischen Außenpolitik zu "erledigen" (x041/96).

07.11.1938

Frankreich: Der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan schießt am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen.

Das NS-Regime nutzt diesen Mordanschlag (Rath stirbt 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.

09.11.1938

NS-Regime: Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 läßt das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führen die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligt sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.

21.11.1938

CSR: Am 21. November 1938 stimmen die Sudetendeutschen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich. Die sudetendeutschen Gebiete werden danach per Gesetz Bestandteile des Deutschen Reiches.

NS-Regime: Nach dem Anschluß Österreichs verlassen bis Ende 1938 rund 45.000 reiche österreichische Juden das Land.

24.01.1939

NS-Regime: Das NS-Regime und Italien schließen am 24. Januar 1939 einen Vertrag über den Arbeitseinsatz von 37.000 italienischen Landarbeitern in der deutschen Landwirtschaft

(x032/500).

30.01.1939

NS-Regime: Das verfassungswidrige NS-Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 wird am 30. Januar 1939 nochmals bis zum 10. Mai 1943 verlängert.

01.02.1939

CSR: Die Regierung der CSR ordnet am 1. Februar 1939 die Ausweisung aller jüdischen Emigranten an. Innerhalb von 6 Monaten sollen alle jüdischen Emigranten die CSR verlassen (x138/207).

20.02.1939

UdSSR: Der britische Botschafter in Moskau schreibt am 20. Februar 1939 an das britische Außenministerium (x243/69): >>Die Sowjetpolitik (wird nicht) durch ideologische oder moralische ... Erwägungen beeinflußt, sondern ausschließlich durch die unmittelbaren Interessen des Sowjetstaates und seiner gegenwärtigen Herrscher. ...

Die Sowjetregierung möchte jegliches Vorgehen ... vermeiden, das sie in Gegensatz zu Deutschland bringen könnte. ...

Das erfreuliche Ergebnis eines ... Konflikts (zwischen Deutschland und den Westmächten wäre für sie) der ... Zusammenbruch beider Seiten. ...

Der Zusammenbruch Deutschlands ... würde ... zur Sowjetvorherrschaft in Osteuropa führen. ...<<

24.02.1939

Ungarn: Ungarn schließt sich am 24. Februar 1939 dem Antikominternpakt (Deutschland, Italien und Japan) an.

14.03.1939

Slowakei, CSR: Dr. Tiso (Führer der Slowaken) wird am 14. März 1939 durch Hitler vor die Wahl gestellt, entweder einen "unabhängigen" slowakischen Staat zu gründen oder von Ungarn besetzt zu werden.

Ministerpräsident Josef Tiso (1887-1947, ein überzeugter Hitler-Anhänger, wegen Hochverrat hingerichtet) trennt sich von den Tschechen und proklamiert am 14. März 1939 die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.

Ungarn: Die Karpaten-Ukraine wird seit dem 14. März 1939 durch ungarische Truppen besetzt (x041/97).

15.03.1939

CSR: Die Tschechoslowakei wird nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.

Großbritannien, Frankreich: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge".

16.03.1939

CSR: Das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren (Restgebiet der CSR = 48.901 qkm) wird am 16. März 1939 direkt dem NS-Regime unterstellt (x004/6). Das Reichsprotektorat behält beschränkte Unabhängigkeit mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur.

21.03.1939

NS-Regime: Hitler bietet den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und fordert nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).

22.03.1939

Litauen: Litauen stimmt am 22. März 1939 der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu.

31.03.1939

Frankreich, Großbritannien: England und Frankreich beenden nach der Nichtbeachtung des Münchner Abkommens am 31. März 1939 ihre Appeasement-Politik gegenüber Hitler und geben Garantieerklärungen ("Blankoschecks") für die Unabhängigkeit Polens ab (x041/97).

01.04.1939

Spanien: General Franco siegt nach fast 3 Jahren und beendet am 1. April 1939 offiziell den Bürgerkrieg.

Während des mit großer Grausamkeit geführten Spanischen Bürgerkrieges kommen etwa 500.000 bis 1.000.000 Menschen um (x051/552, x054/213). Nach dem Kriegsende fliehen ungefähr 150.000 Spanier nach Mittel- oder Südamerika und 150.000 nach Frankreich (x191/-79). Hunderttausende von republikanischen Soldaten geraten in Gefangenschaft. Franco läßt damals fast alle gefangenen Offiziere der Republikaner erschießen (x191/79). Die kriegsversehrten Soldaten der Regierungstruppen bekommen jahrelang keine Rentenzahlungen.

Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges schafft Franco sofort die parlamentarische Demokratie ab und regiert bis zu seinem Tod (1975) diktatorisch. Er wird in Spanien Caudillo (Bezeichnung bzw. Titel des ersten spanischen Anführers gegen die Mauren) genannt, weil er angeblich die Rückeroberung Spaniens (Reconquista) durchgeführt hatte.

Francos Regime geht ab April 1939 mit äußerster Härte gegen die politischen Gegner vor und unterdrückt alle demokratischen oder regionalistischen Bestrebungen in den spanischen Provinzen. Von 1939-1942 interniert man etwa 2.000.000 politische Gegner in spanischen Konzentrationslagern. In den Jahren 1939-1945 werden etwa 100.000 Regimegegner hingerichtet (x191/79).

Während des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) bleibt Franco neutral, obgleich Spanien seit 1939 Mitglied des deutsch-japanischen Antikomintern-Paktes und später auch Mitglied des Stahlpaktes wird. Bis 1944 liefert Spanien kriegswichtige Rohstoffe (Wolfram etc.) an das NS-Regime. Militärisch beteiligt sich nur die "Blaue Division" ("Division Azul", ein Verband von spanischen Freiwilligen) bis 1943 am Ostkrieg gegen die Sowjetunion.

06.04.1939

Großbritannien: Der polnische Außenminister Beck schließt am 6. April 1939 mit der englischen Regierung einen Beistandspakt.

07.04.1939

Italien: Mussolini läßt am 7. April 1939 Albanien durch italienische Truppen besetzen, um sich seinen Wunsch nach einem "eigenen Meer" (die Adria) zu erfüllen.

Frankreich: Aufgrund der italienischen Mittelmeerpolitik verstärkt die französische Regierung am 7. April 1939 die politischen Verhandlungen mit der Sowjetunion.

10.04.1939

NS-Regime: Am 10. April 1939 sind etwa 300.000 politische Häftlinge in den Konzentrationslagern oder Zuchthäusern inhaftiert (x050/167).

Das NS-Regime verstärkt damals die Terrormaßnahmen gegen die vermeintlichen "Staatsfeinde". Überall treiben NS-Spitzel und sogenannte "NS-Vertrauensmänner" ihr Unwesen, die Tag und Nacht verdächtige Personen kontrollieren und überwachen.

27.04.1939

Großbritannien: Das britische Parlament ordnet am 27. April 1939 die Einführung der Wehrpflicht und die Erhöhung der britischen Streitkräfte an.

28.04.1939

NS-Regime: Hitler kündigt am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

13.05.1939

Polen: Das "Deutschenpogrom" in Tomaschow bei Lodz verursacht am 13./14. Mai 1939 eine

Massenflucht von Volksdeutschen in die deutschen Reichsgebiete (x104/272).

22.05.1939

NS-Regime: Der NS-Staat und Italien schließen am 22. Mai 1939 in Berlin den "Stahlpakt".

Im Artikel III des "Stahlpaktes" heißt es (x256/155): >>... Wenn es entgegen den Wünschen und Hoffnungen der Vertragsschließenden Teile dazu kommen sollte, daß einer von ihnen in kriegerische Verwicklungen mit einer anderen Macht oder mit anderen Mächten gerät, wird ihm der andere Vertragsschließende Teil sofort als Bundesgenosse zur Seite treten und ihn mit allen seine militärischen Kräften zu Lande, zur See und in der Luft unterstützen.<<

Mai 1939

Polen: Der polnische Kriegsminister General Tadeusz Kasprzycki erklärt im Mai 1939 in Frankreich (x352/59): >>… Wir haben keine (Befestigungen), denn wir gedenken, einen Bewegungskrieg zu führen und gleich zu Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen.<<

Juni 1939

Polen: Der polnische Armee-Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły erklärt im Sommer 1939 vor polnischen Offizieren (x352/60): >>Polen will den Krieg mit Deutschland, und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte.<<

19.08.1939

Polen: Außenminister Beck lehnt am 19. August 1939 die sowjetischen Forderungen nach einem Durchmarschrecht ab (x032/559).

UdSSR: Die Sowjetunion und das NS-Regime schließen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag.

Frankreich: Die französische Regierung gewährt Polen am 19. August 1939 einen Rüstungskredit.

23.08.1939

UdSSR: Reichsaußenminister von Ribbentrop unterzeichnet am 23. August 1939 in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt.

25.08.1939

Großbritannien: Die britische Regierung schließt am 25. August 1939 mit Polen einen 5jährigen militärischen Beistandspakt.

Nach Abschluß des britisch-polnischen Beistandsvertrages zieht Hitler den deutschen Angriffsbefehl (26.08.1939) zurück, um weitere deutsch-britische Verhandlungen zu führen (x041/98).

26.08.1939

NS-Regime: Die NS-Justiz veröffentlicht am 26. August 1939 das sogenannte "Kriegssonderstrafrecht", das drakonische Strafen vorsieht (x149/100): >>... Wegen Zersetzung der Wehrkraft wird mit dem Tode bestraft: 1. wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Dienstpflicht in der deutschen oder einer verbündeten Wehrmacht zu verweigern, oder sonst öffentlich den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung zu lähmen oder zu zersetzen sucht.<<

28.08.1939

Großbritannien: Der britische Botschafter Henderson versucht den deutsch-polnischen Krieg zu verhindern und bietet vom 28. bis zum 29. August 1939 Vermittlungsgespräche an.

Hitler stimmt direkten Verhandlungen zu und bittet Henderson, daß am 30. August 1939 ein polnischer Vertreter in Berlin erscheinen soll (Ultimatum).

30.08.1939

NS-Regime: Am späten Nachmittag (30. August 1939) steht der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.

Bis Mitternacht (30. August 1939) trifft kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.

Polen: In Polen erfolgt am 30. August 1939 die Mobilmachung (x041/98).

31.08.1939

Polen: Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnt am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.

01.09.1939

NS-Regime: Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wird (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), beginnt am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

Am 1. September 1939 ordnet Hitler außerdem das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an.

Von Dezember 1939-1941 läßt das NS-Regime mehr als 70.000-100.000 deutsche Geisteskranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" werden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen werden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399). Die "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) setzt man später mehrheitlich in den NS-Vernichtungslagern ein.

03.09.1939

Polen: Am 3. September 1939 eröffnen polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden auf volksdeutsche Zivilisten.

Großbritannien: Der britischen Premierminister Winston Churchill erklärt am 3. September 1939 zur britischen Kriegserklärung (x353/63): >>… Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.<<

04.09.1939

Westkrieg: Belgien, Norwegen, Finnland, Spanien, Japan, Argentinien und Brasilien erklären am 4. September 1939 ihre Neutralität.

05.09.1939

NS-Regime: Das NS-Regime führt am 5. September 1939 vielerorts Massenverhaftungen von politischen Staatsfeinden durch.

Die NS-Justiz erläßt im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 5. September 1939 die "Verordnung gegen Volksschädlinge", um die Möglichkeiten der Strafverfolgung und der Bestrafung drastisch auszuweiten (x149/100): >>... Straftaten, die unter Ausnutzung kriegsbedingter Verhältnisse begangen werden (z.B. während der Verdunkelung bei nächtlichen Bombenangriffen) werden mit dem Tode bestraft.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges werden unentwegt neue Strafvorschriften erlassen, die vielfach Todesstrafen vorsehen. Die Zahl der "todeswürdigen Delikte" erhöht sich von 3 (1933) auf 46 (1942).

17.09.1939

UdSSR, Polen: Die Sowjetunion greift am 17. September 1939 in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden ist, greifen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an.

Großbritannien: Die englische Sonntagszeitung "Sunday Correspondent" berichtet (später) am 17. September 1989 (x352/57): >>Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ... oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.<<

27.09.1939

NS-Regime: Am 27. September 1939 werden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt.

September 1939

NS-Regime: Nach dem Kriegsbeginn im September 1939 gibt es im NS-Staat 19 Konzentrationslager mit durchschnittlich 88.000 Häftlingen (x090/289).

In den NS-Konzentrationslagern werden von 1933-1945 vermutlich etwa 750.000 bis 1,2 Millionen Deutsche interniert, davon sind ca. 500.000-600.000 politische Gefangene (x025/151). Ungefähr 100.000 bis 150.000 deutsche KZ-Häftlinge werden umgebracht (x025/151).

Anti-Hitler-Koalition: Australien, Indien, Neuseeland, Südafrika und Kanada treten im September 1939 in den Krieg gegen das NS-Regime ein.

Die Kriegsgegner vereinbaren gemäß Genfer Protokoll von 1925, keinen Bakterien- und Gaskrieg zu führen.

06.10.1939

Polen: Die letzten polnischen Kampfeinheiten werden am 6. Oktober 1939 durch überlegene deutsche Truppen zerschlagen und kapitulieren.

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtet Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94).

07.10.1939

NS-Regime: Hitler beauftragt am 7. Oktober 1939 Himmler (Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei) mit der Umsiedlung der Volksdeutschen ("Erlaß zur Festigung des deutschen Volkstums").

10.10.1939

Frankreich: Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 wird durch Frankreich am 10. Oktober 1939 abgelehnt (x040/16).

12.10.1939

Großbritannien: Der britische Premierminister Chamberlain lehnt am 12. Oktober 1939 Hitler Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 ab (x040/16).

25.10.1939

Polen: Die deutsche Militärverwaltung wird bereits am 25. Oktober 1939 aufgehoben und durch die "Zivilverwaltung" der NSDAP sowie durch SS-Sonderorganisationen abgelöst (x064/146).

Polen: Nach "freien Wahlen" werden die ostpolnischen Gebiete am 27. Oktober 1939 in die Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland eingegliedert.

01.11.1939

NS-Regime: Am 1. November 1939 entsteht aus der Verschmelzung von Verfügungstruppen (VT = kasernierte bewaffnete SS-Verbände), Totenkopfverbänden (bis 29.03.1936 als "SS-Wachverband" für die Bewachung der Konzentrationslager zuständig, danach von allgemeinen SS-Einheiten abgelöst, ab 1.11.1939 = militärischer Verband SS-Division "Totenkopf"), Junkerschulen und aus Kräften der Ordnungspolizei die Waffen-SS.

27.11.1939

UdSSR, Finnland: Als Finnland die Abtretung der Halbinsel Hangö und die Überlassung von Stützpunkten verweigert, kündigt Stalin am 27. November 1939 den sowjetisch-finnischen Nichtangriffspakt (x125/61).

29.11.1939

UdSSR: Stalin erklärt am 29. November 1939 in der "Prawda" (x046/146): >>1. Nicht Deutschland hat Frankreich und England angegriffen, sondern Frankreich und England haben Deutschland angegriffen und damit die Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auf sich genommen;

2. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten hat Deutschland Frankreich und England Friedensvorschläge gemacht, und die Sowjetunion hat die Friedensvorschläge Deutschlands öffentlich unterstützt, weil sie dachte und immer noch denkt, ein rasches Ende des Krieges würde die Lage aller Völker radikal erleichtern;
3. Die herrschenden Kreise Frankreichs und Englands haben Deutschlands Friedensvorschläge und die Bemühungen der Sowjetunion nach rascher Beendigung des Krieges in verletzender Weise zurückgewiesen. Das sind Tatsachen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über Stalins Unterstützung des NS-Regimes (x046/147-148): >>... Die Partnerschaft und Komplizenschaft Stalins und Hitlers zeigte sich nicht nur darin, daß die Sowjetunion aktiver Mithandelnder war bei der gewaltsamen Umgestaltung der staatlichen Verhältnisse in Osteuropa, sondern daß sie das Deutsche Reich auch in seinem Kampf gegen die Westmächte politisch, wirtschaftlich und militärisch aktiv unterstützte.

Die maritime Hilfeleistung für die deutsche Seekriegführung gegen England, die auf Geheiß Moskaus von der Kommunistischen Partei Frankreichs unternommene Sabotierung der französischen Kriegsanstrengungen, das durch keinerlei Rücksichten gehemmte Bestreben der Sowjetregierung, die durch die Waffenerfolge Deutschlands in Europa geschaffene Lage völkerrechtlich zu sanktionieren, und schließlich die gigantischen strategischen Wirtschaftslieferungen an das Reich alle diese Vorgänge sind bereits hinreichend bekannt und brauchen an dieser Stelle nicht mehr wiederholt zu werden. Nur einige markante Äußerungen seien angeführt, um die Haltung des Sowjetstaates zu charakterisieren.

Da es in sowjetischer Sicht allein die Westmächte waren, die eine Fortsetzung des Krieges wünschten, wurde die Besetzung Dänemarks und Norwegens durch die deutschen Truppen im Frühjahr 1940 als ein berechtigter Gegenzug gegen die von Großbritannien und Frankreich betriebene Ausweitung des Krieges auf Nordeuropa gewertet. Molotow hatte der Reichsregierung am 9. April 1940 in aller Form das Verständnis der Sowjetunion für die, wie er sich ausdrückte, Deutschland "aufgezwungenen ... Verteidigungsmaßnahmen" ausgesprochen und ihr hierbei "vollen Erfolg" gewünscht.

Die auflagenstärksten Zeitungen der UdSSR, das Parteiorgan PRAVDA, das Regierungsorgan IZVESTIJA und das Gewerkschaftsorgan TRUD, kommentierten die Vorgänge in Skandinavien in der Weise, daß sie schrieben, England und Frankreich seien in die neutralen Gewässer der skandinavischen Länder 'eingefallen', um Deutschlands militärische Lage zu unterminieren.

Angesichts der Tatsache, daß die Westmächte "die Souveränität der skandinavischen Staaten verletzt", die "Kriegshandlungen auf Skandinavien ausgedehnt" hätten, sei eine Diskussion der Rechtmäßigkeit des Deutschland aufgezwungenen Vorgehens eine 'Lächerlichkeit'. England und Frankreich hätten die "ganze Schwere der Verantwortung für die Ausdehnung der Kriegshandlungen nach Skandinavien auf sich genommen".

In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 31. Juli 1940 erklärte Molotow in aller Offenheit, ohne indirekte Unterstützung durch die UdSSR hätte Deutschland seinen Machtbereich nicht auf Skandinavien und Westeuropa ausdehnen können.

Auch für die deutschen Angriffe auf die neutralen Länder Holland und Belgien fand die Sowjetregierung nur verstehende und verteidigende Worte. PRAVDA und IZVESTIJA, von Stalin persönlich instruiert, verwiesen darauf, es hätte schon lange zu den Plänen des anglo-französischen Blockes gehört, auch Holland und Belgien "in den imperialistischen Krieg hineinzuziehen".

Deutschland habe infolgedessen vor der Notwendigkeit gestanden, einen Gegenschlag gegen den von den Westmächten geplanten Einmarsch in das Reichsgebiet zu führen. Nicht Deutschland, sondern England und Frankreich hätten somit "zwei weitere kleine Länder in die

Flammen des imperialistischen Krieges" gestoßen.
Ebenso wurde die deutsche Westoffensive gegen Frankreich in Moskau 1940 durchaus nicht als 'Einfall faschistischer Truppen', sondern als eine meisterhaft angelegte und durchgeführte strategische Operation gefeiert. Als Frankreich niedergeworfen war, sprach Molotow dem deutschen Botschafter Graf von der Schulenburg "die wärmsten Glückwünsche der Sowjetregierung zu diesem glänzenden Erfolg der deutschen Wehrmacht" aus.
Die Sowjetunion hatte sich in der Rolle eines 'wertvollen Sekundanten' Deutschlands begriffen, und Botschafter Graf von der Schulenburg berichtete nach Berlin, die Verlautbarungen des sowjetischen Presse- und Propagandaapparates während der Operationen in Frankreich hätten den "besten Erwartungen" der Deutschen entsprochen. Molotow sollte mehrfach, so in seiner Rede vom 31. Juli 1940 und in seinen Unterredungen mit Hitler im November 1940, daran erinnern, daß die deutsch-sowjetischen Abkommen von 1939 "nicht ohne Einfluß auf die großen deutschen Siege gewesen seien".
Die Komplizenschaft Stalins und Hitlers auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg und in der ersten Kriegsphase war mit dem 22. Juni 1941 abrupt beendet. Ohne eigenes Zutun fand sich die Sowjetunion unversehens im Kreise der Staaten wieder, die sich Deutschlands zu erwehren hatten und sich im Kriege mit dem Reich befanden, eine, wie Stalin schon in seiner Rede vom 3. Juli 1941 aussprach, überaus günstige Situation, "ein ernster Faktor von langer Dauer, auf dessen Grundlage sich die militärischen Erfolge der Roten Armee im Kriege gegen das faschistische Deutschland entwickeln müssen".
Deutschland hatte sich, so Stalin, "in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt", aus welchem Grunde nach Stalin "die besten Menschen Europas, Amerikas und Asiens ... der Sowjetregierung ihre Sympathien entgegenbringen, die Handlungsweise der Sowjetregierung billigen und erkennen, daß unsere Sache gerecht ist ... "
Von nun an gab es nur noch zwei klar voneinander geschiedene Kriegsparteien, die Angreifer, mit Deutschland an der Spitze, und die Angegriffenen, deren sichtbarstes Opfer jetzt ironischerweise die Sowjetunion geworden war. Diese günstige politische Lage wußte die Sowjetführung vom ersten Kriegstage an in einer noch nicht dagewesenen Hemmungslosigkeit auszunutzen, indem sie nun auch die Propaganda als Waffe voll in den Dienst der Kriegsanstrengungen stellte.<<

30.11.1939

UdSSR, Finnland: Der sowjetisch-finnische Winterkrieg beginnt.
30 sowjetische Divisionen dringen am 30. November 1939 ohne Kriegserklärung auf breiter Front in Finnland ein, aber die finnischen Soldaten (ca. 215.000 Mann) wehren sich erbittert.

November 1939

Polen: Bis November 1939 werden bereits rund 135.000 Polen mit brutaler Rücksichtslosigkeit und gnadenloser Härte "umgesiedelt" (x020/40).

14.12.1939

Schweiz: Der Völkerbund verurteilt am 14. Dezember 1939 die Sowjetunion als Aggressor (sowjetisch-finnischer Krieg), schließt die UdSSR aus dem Verband der Liga aus und fordert zur Unterstützung Finnlands auf (x125/173).

Dezember 1939

Polen: Generaloberst Johannes Blaskowitz (1883-1948, Selbstmord, preußischer Berufsoffizier der "alten Schule") verfaßt Ende 1939 eine Denkschrift für Hitler und protestiert als "Oberbefehlshaber Ost" gegen die SD- und SS-Greuel in Polen (x025/170).

1939

NS-Regime: Im Jahre 1939 werden 926 Deutsche durch NS-Gerichte zum Tod verurteilt und hingerichtet (x090/289)
Im Jahre 1939 verlassen weitere 80.000 Juden das Deutsche Reich.

Spätestens ab 1939 treibt das NS-Regime die Juden planmäßig aus dem Land, aber fast niemand ist bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagt ihnen, wo sie leben sollen.

09.01.1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Chamberlain erklärt am 9. Januar 1940 während einer Rede, daß er das deutsche Volk nicht vernichten will (x103/150): >>Wir lassen uns unsererseits nicht von ... Rachsucht leiten. (Beifall)
Die Behauptung, die Alliierten wünschten das deutsche Volk auszurotten, stellt eine phantastische und bösartige Erfindung dar, die allein auf innenpolitische Beweggründe zurückzuführen sein kann.<<

11.01.1940

NS-Regime: Der Führer verschärft am 11. Januar 1940 die Geheimhaltungspflicht der NS-Organisationen.
Hitler, der fast allen höheren Wehrmachtsoffizieren mißtraut, erläßt am 11. Januar 1940 den "Grundsätzlichen Befehl Nr. 1" (x033/51): >>... § 1 Niemand: keine Dienststelle, kein Offizier, dürfen von einer geheim zu haltenden Sache erfahren, wenn sie nicht aus dienstlichen Gründen unbedingt davon Kenntnis erhalten müssen. ... (Sie dürfen nicht mehr erfahren), als für die Durchführung ihrer Aufgabe unbedingt nötig ist.<<

12.03.1940

UdSSR: Die sowjetisch-finnischen Kämpfe enden am 12. März 1940 mit dem "vorläufigen Frieden von Moskau".
Finnland muß die gesamte Karelische Landenge mit der Stadt Wiborg, das westliche und das nördliche Ufer des Ladoga-Sees, einige Inseln im Finnischen Meerbusen, die Stadt Kuolojärvi sowie einen Teil der Fischer-Halbinsel an die UdSSR abtreten und die Hafenstadt Hangö für 30 Jahre an die Sowjetunion verpachten.
Verluste des sowjetisch-finnischen Krieges: Finnland = 24.923 Tote, UdSSR = 48.745 Tote (x040/24).

09.04.1940

Westkrieg: Um eine britische Invasion an der norwegischen Küste zu verhindern und um die für die deutsche Rüstungsindustrie wichtigen Erzlieferungen aus Schweden zu sichern, marschieren am 9. April 1940 deutsche Truppen in Dänemark und in Norwegen ein ("Weserübung").
Hitler fürchtet, daß sich die Alliierten in Skandinavien festsetzen und die Erzlieferungen aus dem eisfreien Hafen von Narvik verhindern könnten. Dänemark wird damals fast kampflos besetzt und behält seine eigene Regierung.

25.04.1940

Westkrieg: Nach einem britischen Luftangriff gegen Heide in Holstein gibt das Oberkommando der Wehrmacht am 25. April 1940 bekannt (x172/195): >>... Der Feind hat einen Luftkrieg gegen unverteidigte Ziele eröffnet.<<

10.05.1940

Westkrieg: In Westeuropa beginnt am 10. Mai 1940 die erwartete deutsche Großoffensive.
Von der Nordsee bis nach Luxemburg greifen 2 deutsche Heeresgruppen nach dem "Manstein-Plan" an. Die massierten deutschen Panzereinheiten und motorisierten Infanteriedivisionen, die von starken Luftwaffenverbänden unterstützt werden, überrennen die neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg ohne Kriegserklärung.

11.05.1940

Großbritannien: Die britische Regierung beschließt am 11. Mai 1940 die "Eröffnung der strategischen Luftoffensive" gegen das Deutsche Reich (x040/29).

13.05.1940

Großbritannien: Winston Churchill erläutert am 13. Mai 1940 während einer Unterhausrede

das britische Regierungsprogramm (x105/250): >>Ich möchte diesem Hohen Hause das Gleiche sagen wie denen, die meiner Regierung beigetreten sind. "Ich habe nichts zu bieten außer Blut, Mühsal, Tränen und Schweiß."
Vor uns liegt eine der schwersten Prüfungen. Vor uns liegen viele, viele Monate des Kämpfens und Leidens.
Sie fragen, was unsere Politik sei?
Ich sage darauf: Krieg zu führen, Krieg zur See, zu Lande und zur Luft, mit aller Macht und aller Kraft, die uns Gott schenken kann: Krieg zu führen gegen eine ungeheuerliche Tyrannei, die auf der schwarzen, traurigen Liste menschlicher Verbrechen unübertroffen ist. Das ist unsere Politik.
Sie fragen, was unser Ziel sei?
Ich kann darauf mit einem einzigen Wort erwidern: Sieg - Sieg um jeden Preis, Sieg trotz allem Terror, Sieg, wie weit und beschwerlich der Weg auch sein mag; denn ohne Sieg gibt es kein Fortbestehen.
Lassen Sie uns klar erkennen; kein Fortbestehen des Britischen Empire, kein Fortbestehen dessen, wofür das Britische Empire steht, kein Fortbestehen des Antriebs und Impulses der Jahrhunderte, der die Menschheit zu ihrem Ziel vorantreibt. Aber ich übernehme meine Aufgabe mit Tatkraft und Hoffnung. Ich bin sicher, daß unsere Sache nicht dem Untergang preisgegeben wird, hier auf Erden. In diesem Augenblick glaube ich, die Mithilfe aller verlangen zu dürfen, und ich sage: "Kommt also, laßt uns mit vereinten Kräften vorwärtsgehen."<<

14.05.1940

Westkrieg: Infolge ungünstiger Nachrichtenverbindungen wird Rotterdam am 14. Mai 1940 trotz Friedensverhandlungen irrtümlich von 57 deutschen Bombern bombardiert (43 Flugzeuge brechen den Luftangriff noch rechtzeitig ab).
Der deutsche Luftangriff gegen die militärisch verteidigte Stadt Rotterdam, der über 900 Tote fordert, wird während der deutsch-niederländischen Kapitulationsverhandlungen zwar gestoppt, kann jedoch infolge unglücklicher Umstände nicht mehr verhindert werden (x040/29).

15.05.1940

Westkrieg: Der niederländische Oberbefehlshaber General Winkelmann unterzeichnet am 15. Mai 1940, um 11.45 Uhr, die Kapitulationsurkunde für die niederländischen Streitkräfte.
Königin Wilhelmina (1880-1962) flieht nach London und bildet dort eine Exilregierung.
Die holländischen Verluste betragen 2.890 Tote, 6.899 Verwundete und 29 Vermißte (x040/-29).

16.05.1940

Westkrieg: Am 16. Mai 1940 greifen erstmalig 99 britische Bomber Öllager und Bahnstrekken im Ruhrgebiet an.

24.05.1940

Westkrieg: Obgleich die schnellen deutschen Panzertruppen (Generalfeldmarschall von Kleist) unaufhaltsam in Richtung französische Kanalküste vorstoßen, befiehlt Hitler am 24. Mai 1940 den überlegenen deutschen Panzertruppen, die erfolgreiche Offensive zu unterbrechen.
Generaloberst Guderian schreibt später über Hitlers Fehlentscheidung (x138/54): >>Wir waren sprachlos! ...<<
Angesichts der schweren Niederlagen erteilt der britische Kriegsminister Eden den sofortigen Evakuierungsbefehl für das britische Expeditionskorps. Hitler, der sich nach dem "Blitzkrieg" gegen Polen bereits für den "größten Feldherrn aller Zeiten" hält, läßt das vollständig geschlagene britisch-französische Heer (mehr als 300.000 Soldaten) bei Dünkirchen entkommen, weil er die "germanischen Vettern" wahrscheinlich nicht unnötig demütigen will und irrtümlich auf Englands Verständnis und Einsicht hofft (x023/427).

Hitlers "Halt-Befehl" ermöglicht jedenfalls nachweislich die Evakuierung der feindlichen Truppen ("Wunder von Dünkirchen").

27.05.1940

Westkrieg: Vom 27. Mai bis zum 4. Juni 1940 können über 215.000 Briten und 123.000 Franzosen mit Schiffen aus Dünkirchen abtransportiert werden, weil es der deutschen Luftwaffe ohne Unterstützung der Panzertruppen nicht gelingt, die Einschiffung der britischen Expeditionsarmee und der französischen Einheiten zu verhindern (x040/31-32).

Die Briten erweisen sich später trotz der deutschen Zurückhaltung bei Dünkirchen als äußerst "undankbare Vetter". Sie lehnen weiterhin alle Friedensverhandlungen ab und beginnen bereits einige Monate später einen gnadenlosen Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung.

28.05.1940

Westkrieg: Die belgische Armee kapituliert am 28. Mai 1940 und geht in deutsche Kriegsgefangenschaft.

Verluste der Belgier: 7.500 Tote, 15.850 Verwundete (x040/31).

29.05.1940

Rumänien: Aufgrund der akuten sowjetischen Bedrohung und der großen militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht knüpft Rumänien am 29. Mai 1940 weitere Kontakte zum NS-Regime ("Öl-Waffen-Pakt").

30.05.1940

Italien: Als Frankreich bereits fast geschlagen ist, teilt Mussolini am 30. Mai 1940 seinen Entschluß mit, in den Krieg einzutreten (x040/31).

10.06.1940

Westkrieg: In Nordnorwegen kapitulieren am 10. Juni 1940 die norwegischen Truppen nach harten Kämpfen.

Die deutschen Verluste der "Weserübung" betragen 1.317 Tote, 2.375 Vermißte und 1.604 Verwundete (x040/33).

14.06.1940

UdSSR: Die sowjetische Regierung telegrafiert am 14. Juni 1940 an ihre Botschafter in Japan und China (x046/25): >>Wir würden allen Verträgen zustimmen, die einen Zusammenstoß zwischen Japan und den Vereinigten Staaten heraufbeschwören. ...<<

15.06.1940

UdSSR: Litauen, Estland und Lettland werden vom 15. bis zum 17. Juni 1940 von sowjetischen Truppen besetzt.

18.06.1940

Anti-Hitler-Koalition: Der französische Staatsmann und General Charles de Gaulle (1890-1970, organisiert im Zweiten Weltkrieg von London aus den Widerstand) ruft die französische Bevölkerung am 18. Juni 1940 zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung auf.

22.06.1940

Westkrieg: Die deutsche Westoffensive wird am 22. Juni 1940 erfolgreich beendet.

In Elsaß-Lothringen kapitulieren die Reste der 3., 5. und 8. französischen Armee mit etwa 500.000 Soldaten. An der Atlantikküste wird die Hafenstadt Saint-Nazaire genommen. Deutsche Panzertruppen stoßen bis nach La Rochelle vor.

In Compiègne wird danach am 22. Juni 1940, um 18.50 Uhr, der deutsch-französische Waffenstillstandsvertrag von Generaloberst Keitel und General Huntziger unterzeichnet.

Die deutschen Verluste des Frankreichfeldzuges betragen: 27.074 Tote, 111.034 Verwundete und 18.384 Vermißte. Die französischen Verluste betragen: 92.000 Tote, 200.000 Verwundete und rund 1,9 Millionen Kriegsgefangene. Die britischen Verluste betragen: 69.637 Tote (x040/37).

Nach dem erfolgreichen Frankreichfeldzug besetzen die deutschen Truppen rund 60 % der französischen Gebiete (einschließlich der gesamten Atlantikküste). Südfrankreich wird zunächst nicht besetzt. Auf eine Auslieferung der französischen Kriegsflotte wird noch verzichtet.
Infolge der relativ maßvollen Friedensbedingungen der deutschen Besatzer entsteht in den besetzten westeuropäischen Ländern schon bald eine ausgeprägte Kollaborationsbereitschaft.

26.06.1940

Rumänien: Die Sowjetunion stellt Rumänien am 26. Juni 1940 ein kurzfristiges Ultimatum und fordert die Abtretung von Bessarabien und der Nordbukowina.
Diese Gebiete werden am 1. Juli 1940 von sowjetischen Truppen besetzt.

01.07.1940

UdSSR: Stalin wird am 1. Juli 1940 durch den britischen Botschafter Stafford Cripps aufgefordert, gegen die Deutschen in den Krieg einzutreten (x041/105).
Stalin lehnt Churchills Forderungen jedoch kommentarlos ab.

02.07.1940

Rumänien: Da sich Rumänien durch Ungarn und die Sowjetunion bedroht fühlt, bittet König Carol II. am 2. Juli 1940 Hitler um Hilfe (x040/37-38).

03.07.1940

Westkrieg: Bevor deutsche Truppen die französische Kriegsflotte in Afrika übernehmen können, vernichten britische Bombergeschwader und Kriegsschiffe am 3. Juli 1940 Frankreichs Kriegsflotte im Hafen von Mers-el-Kebir (bei Oran in Algerien).
Bei den britischen Angriffen sterben 1.147 französische Soldaten (x040/38).
Als Winston Churchill damals im britischen Unterhaus über die Zerstörung der französischen Flotte berichtet, reagieren die Parlamentarier mit großer Begeisterung (x172/232): >>... Als er endete, geriet das sonst gesittete Parlament völlig außer Rand und Band. Alles sprang auf, schrie, jubelte und wedelte wie wild mit Papieren und Taschentüchern.<<

07.07.1940

Westkrieg: Der italienische Außenminister Graf Ciano informiert Hitler am 7. Juli 1940 in Berlin über die Gebiete, die Italien nach dem Krieg annektieren will. Es handelt sich dabei um Tunesien, Korsika, Nizza, Malta und Gebiete im Nahen Osten.

10.07.1940

Westkrieg: Der 1. deutsche Luftangriff gegen Großbritannien erfolgt am 10. Juli 1940.
Stärkere Luftflotten (General Albert Kesselring und General Hugo Sperrle) bombardieren militärische Ziele in Süd-England (x040/38-39).

21.07.1940

Baltikum: Estland, Lettland und Litauen werden am 21. Juli 1940 zwangsweise in Sowjetrepubliken umgewandelt.
In allen "befreiten Gebieten" gehören danach Todesurteile und Massenverschleppungen zur allgemeinen Tagesordnung. Allein im "kleinen Lettland" (1935 = rund 1,95 Millionen Einwohner) liquidieren die sowjetischen NKWD-Einheiten später vermutlich 24.250 vermeintliche Staatsfeinde (x026/19). Die sowjetischen Befreier verschleppen außerdem ca. 100.000 Litauer nach Sibirien.

22.07.1940

Westkrieg: Hitlers "letzter Friedensappell" (vom 19. Juli 1940) wird von Großbritannien am 22. Juli 1940 abgelehnt (x040/39).
Churchill erwartet, daß Nordamerika und die UdSSR früher oder später Verbündete der Briten werden.

01.08.1940

Westkrieg: Hitler befiehlt am 1. August 1940 mit der "Weisung Nr. 17" den verschärften

See- und Luftkrieg gegen England (x040/40).

03.08.1940

UdSSR: Estland, Lettland und Litauen werden vom 3. bis zum 6. August 1940 in die Sowjetunion eingegliedert.

13.08.1940

Westkrieg: Am 13. August 1940 wird der "verschärfte See- und Luftkrieg" gegen England mit dem sogenannten "Adlertag" eröffnet. An diesem Tag werden rund 1.485 Einsätze geflogen. Die deutsche Luftwaffe verliert 34 Maschinen (x040/41).

25.08.1940

Westkrieg: Britische Bomber greifen am 25. August 1940 Berlin und Stuttgart an.

30.08.1940

NS-Regime: NS-Außenminister Ribbentrop und der ungarische Außenminister Czaky schließen in Wien am 30. August 1940 das "Wiener Abkommen".

Rumänien: Nach dem "Wiener Schiedsspruch" vom 30. August 1940 muß Rumänien Nord-Siebenbürgen und den "Szekler-Zipfel" an Ungarn abtreten.

Die Volksdeutschen in Rumänien erhalten Sonderrechte. Nach deutsch-rumänischen Verhandlungen garantiert die rumänische Regierung der deutschen Volksgruppe eine allgemeine "Gleichstellung".

31.08.1940

Westkrieg: Bis zum 31. August 1940 gehen während der "Luftschlacht um England" 359 britische Flugzeuge sowie 252 deutsche Jäger und 215 Bomber verloren (x040/43).

06.09.1940

Großbritannien: Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, lehnt in einer Stellungnahme vom 6. September 1940 jegliche Friedensverhandlungen mit der deutschen Widerstandsbewegung entschieden ab (x338/162): >>... Das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir sie diesmal nicht erledigen, werden wir es nie tun, und sie werden uns erledigen.

Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht nur der Nazismus, und diejenigen, die das noch nicht begriffen haben, haben gar nichts begriffen. … Jede Möglichkeit zu einem Kompromiß ist jetzt vorbei, und es muß ein Kampf ums Ende, und zwar um ein wirkliches Ende sein.<<

07.09.1940

Westkrieg: Die deutsche Luftwaffe fliegt am 7. September 1940 mit etwa 300 Bombern einen schweren "Vergeltungsangriff" gegen London und britische Flugplätze. London wird danach in den folgenden 65 Nächten bombardiert (x040/44).

27.09.1940

NS-Regime: Das NS-Regime, Italien und Japan schließen am 27. September 1940 den Dreimächtepakt.

Die drei Vertragspartner verpflichten sich zu gegenseitiger militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung, falls ein Partner "von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen Krieg oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist" (Art. III des Dreimächtepaktes).

28.09.1940

Großbritannien: Der britische Premierminister Winston Churchill benachrichtigt am 28. September 1940 General Hastings Ismay (1887-1965) über den möglichen Einsatz von "Kampfgas" (x172/264): >>... Wir sollten Vergeltungsschläge gegen die deutsche Bevölkerung erwägen und zwar im größtmöglichen Maßstab. Auch wenn wir niemals zuerst Gebrauch davon machen würden, müssen wir in der Lage sein zu reagieren.<<

28.10.1940

Italien: Gegen Hitlers Willen dringen am 28. Oktober 1940 rund 155.000 italienische Solda-

ten in Griechenland ein.
Da Hitler seinen italienischen Bundesgenossen meistens nicht in seine Pläne einweiht, rächt sich Mussolini durch entsprechende Alleingänge (x069/183): >>Hitler stellt mich immer vor vollendete Tatsachen. Diesmal werde ich ihm in der gleichen Weise heimzahlen: er wird aus den Zeitungen erfahren, daß ich in Griechenland einmarschiert bin. So wird das Gleichgewicht wieder hergestellt sein.<<
Mussolinis eigenwillige Kriegspolitik erweist sich später für Hitlers Kriegsführung gegen die Sowjetunion als äußerst verhängnisvoll.

12.11.1940

Rumänien: Der sowjetische Außenkommissar Molotow verhandelt vom 12. bis zum 13. November 1940 mit Hitler in Berlin über den sowjetischen Beitritt zum "Dreimächtepakt".
Molotow fordert z.B. die Aufhebung der deutschen Garantien für Rumänien (x041/107). Die sowjetisch-deutschen Verhandlungen scheitern.

14.11.1940

Westkrieg: (Am 14./15. November 1940 greifen 449 deutsche Flugzeuge die britische Industriestadt Coventry (Zentrum der britischen Flugzeugmotorenindustrie) an und werfen 500 t Sprengbomben sowie 30 t Brandbomben ab.
Dieser Luftangriff, der 554 Tote und 865 Schwerverletzte fordert, ist kein Flächenbombardement gegen zivile Objekte (Wohnviertel etc.), denn man beabsichtigt vor allem, die britische Rüstungsindustrie empfindlich zu treffen (x040/50).

20.11.1940

Ungarn: Ungarn tritt am 20. November 1940 dem Dreimächtepakt (Deutsches Reich, Italien und Japan) bei.

23.11.1940

Rumänien: Rumänien wird am 23. November 1940 Mitglied des Dreimächtepaktes.

24.11.1940

Slowakei: Die Slowakei tritt am 24. November 1940 dem Dreimächtepakt bei.
Bis 1942 werden außerdem noch Dänemark, Finnland, Nanking-China, Bulgarien und Kroatien Mitglieder des Dreimächtepaktes.

25.11.1940

NS-Regime: Die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Dreimächtepakt-Beitritt der UdSSR und die Aufteilung der zukünftigen Weltherrschaft scheitern am 25. November 1940.

18.12.1940

NS-Regime: Hitler unterzeichnet am 18. Dezember 1940 die Weisung Nr. 21 "Fall Barbarossa" (x106/79).

Dezember 1940

NS-Regime: Ende 1940 ist Hitler noch fest entschlossen, England zu besetzen (x113/114): >>London wird ein Trümmerhaufen sein und zwar in drei Monaten. ...<<

1940

NS-Regime: Da sich die SD- und SS-Einsatzgruppen wegen massiver Proteste der deutschen Wehrmacht zunächst in Polen zurückhalten müssen, ordnet Hitler ab 1940 die Inhaftierung der westpolnischen Juden an ("Zwangsgettoisierung").

Polen: Im Frühjahr 1940 werden mindestens 4.143 polnische Offiziere von sowjetischen NKWD-Einheiten liquidiert und in Massengräbern verscharrt (x029/355).

UdSSR: Ab 1940 deportieren bzw. verbannen die Stalinisten "unzuverlässige" Bevölkerungsteile und kleinere sowjetische Volksstämme zur "Aufbauarbeit" nach Sibirien oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR, wo sie größtenteils umkommen. Etwa 0,4-1,0 Millionen Ukrainer, 0,6-1,0 Millionen Esten, Letten und Litauer, mindestens 0,9 Millionen Rußland-Deutsche, 0,8 Millionen Kaukasier und Kalmücken, 0,2 Millionen Krim-Tataren, Tschetsche-

nen und Inguschen werden verschleppt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges werden diese Deportationen fortgesetzt und erst um 1950 abgeschlossen.
Im Rahmen der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen liefert Stalin im Jahre 1940 zahlreiche deutsche Kommunisten an Hitler aus (x074/1.141). Viele kommunistische Delegierte der polnischen und jugoslawischen Partei, die sich in Moskau aufhalten, verschwinden ebenfalls spurlos (x075/93).

09.01.1941

Westkrieg: Hitler erteilt am 9. Januar 1941 den Befehl, einen deutschen Panzer-Sperrverband nach Libyen zu entsenden, um den "Afrikafeldzug" der bedrängten Italiener zu unterstützen.

20.03.1941

Westkrieg: Der bereits am 8. März 1941 gefallene Kapitänleutnant Günther Prien (1908-1941) wird am 20. März 1941 "in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste" von Hitler zum Korvettenkapitän befördert.
Der Tod des legendären U-Boot-Kommandanten wird danach weiterhin verschwiegen.

25.03.1941

Jugoslawien: Nach deutschen Zugeständnissen tritt am 25. März 1941 die jugoslawische Regierung (Cvetkovic) dem Dreimächtepakt bei.

06.04.1941

Jugoslawien: Da der italienische Griechenland-Feldzug kläglich gescheitert ist und die griechischen Truppen bereits nach Albanien vorstoßen, beginnt am 6. April 1941, um 5.15 Uhr, der Balkanfeldzug ("Marita") gegen Jugoslawien und Griechenland.
Jugoslawien schließt nach dem deutschen Angriff einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR ab, der auf den 5.04.1941 vordatiert wird (x040/66). Bei diesen Verhandlungen schlägt Stalin vor, in den jugoslawischen Bergen und Wäldern einen Guerilla-Krieg zu organisieren, um die deutschen Truppen möglichst lange aufzuhalten.

13.04.1941

Japan: Um Handlungsfreiheit gegenüber Nordamerika und für den Krieg gegen China zu erhalten, schließt Japan trotz der deutsch-japanischen Bündnisvereinbarungen am 13. April 1941 einen Neutralitätspakt mit der UdSSR (x040/68).
Dieser geheime sowjetisch-japanische Nichtangriffspakt gibt Stalin die nötige Rückendeckung und entscheidet wahrscheinlich den deutsch-sowjetischen Ostkrieg im Winter 1941/42.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die japanischen Bündnisvereinbarungen von 1936 bis 1941 (x068/239-240): >>… Japan hatte 1936 den Antikominternpakt mit Deutschland unterzeichnet und am 27. September 1940 den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien. Andererseits schloß es aber auch am 13. April 1941 einen vierjährigen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion und erstrebte ernsthaft, wenn auch erfolglos, eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA. Diese reizten jedoch die Japaner immer mehr.
Am 26. September 1940 verhängt Roosevelt ein Embargo über die Ausfuhr von hochwertigem Schrott und Stahl. Davon ist Großbritannien ausgenommen, Japan aber besonders schwer getroffen. Am 5. November 1940 wird Roosevelt zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt - was ohne Krieg kaum der Fall gewesen wäre. Und schon in seiner ersten Amtswoche spricht man im Kabinett über die Möglichkeiten eines Krieges mit Japan.
Natürlich wollte Roosevelt, ohnedies als "Internationalist" und "Wilsonianer" bekannt, in den isolationistisch gestimmten Staaten nicht als Kriegstreiber erscheinen. So geht er zunächst mit einer "Politik der Nadelstiche" vor, stellt er kaum annehmbare Bedingungen. Er fordert nicht nur eine Anerkennung der Politik der "Offenen Tür", sondern verlangt auch Japans völligen Verzicht auf China.
Derart verschärfen sich die Spannungen. Und als Japan am 24. Juli 1941 Indochina besetzt,

werden in den USA zwei Tage darauf - es ist das Ende des japanisch-amerikanischen Handels - alle japanischen Vermögenswerte eingefroren, werden am selben Tag die bewaffneten Streitkräfte der Philippinen den USA unterstellt. Auch errichtet man unter dem reaktivierten General Douglas Mac Arthur ein Oberkommando für den Fernen Osten.
Die japanische Regierung möchte einlenken, ja, Fürst Konoye bietet Roosevelt eine Preisgabe des Dreimächtepaktes an - vergeblich. Ebenso enden Verhandlungen, die der Kronrat unter der neuen Regierung des Generals Hideki Tojo am 5. November beschließt, ergebnislos. Die USA stellen am 26. November zehn so radikale Gegenforderungen, daß Japan all seine bisherigen Erfolge aufgeben müßte. …<<

17.04.1941

Jugoslawien: Die jugoslawischen Truppen kapitulieren am 17. April 1941.
Etwa 344.000 jugoslawische Soldaten geraten in deutsche Kriegsgefangenschaft (x040/69). König Peter II., Simovic und andere jugoslawische Regierungsmitglieder flüchten damals rechtzeitig nach London.
Nach der Niederlage muß Jugoslawien die Süd-Batschka und das Donau-Drau-Dreieck an die "Siegermacht" Ungarn abtreten. Kroatien überläßt Italien die dalmatischen Küstengebiete. In Serbien errichten die Deutschen ein Protektorat, während Montenegro italienisches Besatzungsgebiet wird, so daß 3 "jugoslawische Teilstaaten" entstehen.

30.04.1941

Griechenland: Der Balkanfeldzug wird nach Besetzung des griechischen Festlandes am 30. April 1941 beendet (Kriegsgefangene: 223.000 Griechen und 21.900 Briten).
Die Verluste der deutschen Wehrmacht während des gesamten Balkanfeldzuges betragen 2.559 Tote, 3.169 Vermißte und 5.820 Verwundete (x040/70).
Der griechische König flieht nach Kreta und später nach Ägypten.
Die britischen Hilfsverbände flüchten unter großen Verlusten mit Schiffen. Die britische Flotte im Mittelmeer muß ebenfalls schwere Verluste hinnehmen.

02.05.1941

Irak: Die britische Luftwaffe greift am 2. Mai 1941 die irakischen Truppen an. Die irakische Luftwaffe bombardiert daraufhin den britischen Stützpunkt im Westirak.

05.05.1941

UdSSR: Der deutsche Journalist und Geheimagent Richard Sorge (1895-1944, in Japan hingerichtet) informiert die Sowjets Anfang Mai 1941 über die deutschen Angriffsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.
Josef Stalin erklärt am 5. Mai 1941 (x353/20): >>… Bei meinen jährlichen Besuchen stellte ich erstaunt und amüsiert fest, wie die Feindschaft gegen Deutschland wuchs. Meine englischen Freunde zögerten nicht, mir ... zu erklären, daß es nötig sei, Deutschland zu zerstören oder Großbritannien würde seine wirtschaftliche Vormachtstellung auf den Weltmärkten verlieren. … jetzt muß man von der Verteidigung zum Angriff übergehen.<<

06.05.1941

UdSSR: Stalin teilt den führenden sowjetischen Generälen am 6. Mai 1941 mit, daß ein Krieg mit Deutschland im Bereich des Möglichen liegen würde (x080/299).

10.05.1941

Westkrieg: Beim letzten schweren Luftangriff auf London am 10./11. Mai 1941 (mehr als 500 deutsche Kampfflugzeuge und Bomber) sterben über 1.200 Briten (x041/110).

Jugoslawien: Die serbisch-nationale, königstreue Tschetnik-Gruppe (unter Führung von Oberst Mihajlovic) erkennt am 10. Mai 1941 die jugoslawische Kapitulation nicht an.
Danach beginnt in Südwestserbien schon bald ein gnadenloser Partisanenkrieg gegen die deutsche Wehrmacht.

11.06.1941

NS-Regime: Generalfeldmarschall Keitel (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht) warnt am 11. Juni 1941 das NS-Regime vor einem baldigen Angriff der Roten Armee.

14.06.1941

Baltikum: In den baltischen Ländern liquidieren oder deportieren die abrückenden sowjetischen NKWD-Einheiten zahllose politische Häftlinge. Innerhalb von nur 2 Tagen (vom 14.-15.06.1941) werden 11.000 Esten, 15.000 Letten und 21.000 Litauer inhaftiert und in sowjetische Straflager verschleppt.

Von 1940-41 betragen die Bevölkerungsverluste in Estland ca. 60.000 Personen, Lettland ca. 36.000 Personen und in Litauen ca. 75.000 Personen (x048/153).

15.06.1941

Jugoslawien: Kroatien wird am 15. Juni 1941 Mitglied im Dreimächtepakt.

Pavelic (Führer der nationalen, halbfaschistischen Ustascha-Bewegung) leitet danach in Kroatien die systematische Verfolgung von Serben und anderen slawischen Minderheiten ein.

22.06.1941

Ostkrieg: Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, beginnt der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 (Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet).

23.06.1941

Slowakei: Die Slowakei erklärt der UdSSR am 23. Juni 1941 den Krieg und beteiligt sich mit 2 Divisionen am Rußlandfeldzug.

Ungarn: Die ungarische Regierung bricht am 23. Juni 1941 die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab.

Türkei: Die Türkei erklärt am 23. Juni 1941 ihre Neutralität.

24.06.1941

Ukraine: Im ukrainischen Staatsgefängnis von Dubno werden am 24. Juni 1941 etwa 500 Inhaftierte durch sowjetische NKWD-Einheiten erschossen (x029/328).

26.06.1941

Finnland: Finnland (deutscher "Waffengefährte", aber kein Verbündeter) erklärt der Sowjetunion am 26. Juni 1941 den Krieg.

Finnisch-deutsche Kampftruppen greifen danach gemeinsam an der finnisch-sowjetischen Grenze an.

27.06.1941

Ungarn: Die ungarische Regierung erklärt der Sowjetunion am 27. Juni 1941 den Krieg.

Nach der Kriegserklärung greifen ungarische Truppen die UdSSR an und dringen anschließend zügig bis an den Dnjepr vor.

29.06.1941

UdSSR: Das Zentralkomitee der KPdSU ruft 29. Juni 1941 zum "Großen Vaterländischen Krieg" der Sowjetunion auf (x040/82).

Juni 1941

Ostkrieg: Im Juni 1941 werden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht auf breiter Front zurückgedrängt.

NS-Regime: Bis Juni 1941 werden etwa 565.000 Polen und 500.000 polnische Juden aus ihren Häusern und Wohnungen in das Generalgouvernement vertrieben oder als Zwangsarbeiter (ca. 265.000 Polen) in das Deutsche Reich verschleppt.

Danach stellen die NS-Organisationen sämtliche Zwangsumsiedlungen ein. Vom Dezember 1939 bis Juni 1941 optieren rund 1,7 Millionen polnische Staatsbürger für das Deutsche Reich und erhalten die deutsche Staatsangehörigkeit (x020/40).

02.07.1941

Japan: Der japanische Kronrat beschließt am 2. Juli 1941, den Krieg gegen die UdSSR endgültig zurückzustellen.

Der japanische Angriff soll erst kurz vor dem sowjetischen Zusammenbruch in der Mandschurei erfolgen. Japan entscheidet sich für den weiteren Vormarsch nach Indochina. Ein möglicher Zusammenstoß mit den Nordamerikanern und Briten wird in jener Zeit von den Japanern erwartet bzw. berücksichtigt (x040/83).

Der deutsch-russische Geheimagent Sorge teilt den Sowjets noch am selben Tag mit, daß Japan nicht die Sowjetunion, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit die USA angreifen wird. Richard Sorge wird im Oktober 1941 von der japanischen Polizei verhaftet und 1944 in Tokio hingerichtet. Im Jahre 1964 wird Sorge für "seine Verdienste" nachträglich zum "Held der Sowjetunion" ernannt.

03.07.1941

Ostkrieg: Am 3. Juli 1941 proklamiert Stalin in einer Rundfunkrede den "Großen Vaterländischen Krieg" und ruft nach altbewährter russischer Tradition und Kriegstaktik zum Partisanenkrieg bzw. zur "Aktion der verbrannten Erde" auf (x106/112, x222/105).

04.07.1941

Jugoslawien: Josip Broz (1892-1980, Generalsekretär der jugoslawischen Kommunistischen Partei, genannt "Tito") ruft am 4. Juli 1941 die "Proletarischen Brigaden" der Serben zum Partisanenkampf gegen die Faschisten auf.

In Serbien kämpfen danach 2 unterschiedliche jugoslawische Widerstandsgruppen gegen die Kroaten und die ausländischen Besatzungstruppen. Die verfeindeten jugoslawischen Partisanenbewegungen liefern sich später ebenfalls erbitterte Kämpfe.

07.07.1941

Jugoslawien: Als jugoslawische Partisanen am 7. Juli 1941 mehrere Polizisten aus dem Hinterhalt erschießen, beginnt im gesamten Land ein gnadenloser Partisanen- bzw. Bürgerkrieg.

In Jugoslawien toben danach überall blutige Partisanenunruhen. Im Rahmen von "Sühnemaßnahmen" erschießen deutsche SD-Einheiten in den folgenden Monaten bei Kragujewatz und Kraljewo etwa 9.300 jugoslawische Zivilisten bzw. Geiseln (x040/101).

10.07.1941

Ostkrieg: Die finnische Armee tritt am 10. Juli 1941 nördlich und westlich des Ladoga-Sees zum Angriff gegen die Sowjetunion an.

Am 10. Juli 1941 wird das erste spanische Freiwilligen-Kontingent ("Blaue Division") an der Ostfront gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt.

12.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: Die Sowjets und Briten beschließen am 12. Juli 1941 militärische Vereinbarungen. Dieses britisch-sowjetische Militärabkommen verbietet jeglichen Separatfrieden oder Waffenstillstand mit dem NS-Regime (x040/85). Zur Entlastung der Ostfront verlangt Stalin auch Luftangriffe gegen deutsche Städte.

Dieser Militärpakt (Dauer: 20 Jahre) wird am 26.5.1942 erweitert (x054/223).

UdSSR: Stalin läßt per Dekret vom 12. Juli 1941 mehr als 577.000 Häftlinge der Gulag-Strafarbeitslager, die wegen "unbedeutender Delikte" verurteilt worden waren, frei und in die Rote Armee einziehen (x265/252).

14.07.1941

Ostkrieg: Der sowjetische Armeekommissar Mechlis (Chef der Verwaltung für Politische Propaganda der Roten Armee) erteilt am 14. Juli 1941 die Weisung Nr. 20 (x046/106-107):

>>... Du hast den Eid geleistet, bis zum letzten Atemzuge treu zu sein Deinem Volk, der Sowjetheimat und der Regierung. Erfülle heilig Deinen Eid in den Kämpfen mit den Faschisten.

Der Kämpfer der Roten Armee gibt sich nicht gefangen. Die faschistischen Barbaren peinigen,

foltern und töten die Gefangenen viehisch. Lieber den Tod als faschistische Gefangenschaft. Das Sichergeben in die Gefangenschaft ist Verrat an der Heimat.<<

16.07.1941

Ostkrieg: Seit dem 16. Juli 1941 werden in allen sowjetischen Truppenverbänden Polit- bzw. Kriegskommissare eingesetzt.

18.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: Stalin fordert am 18. Juli 1941 erstmalig die Aufstellung einer alliierten Westfront, um die Rote Armee zu entlasten (x040/86).

27.07.1941

NS-Regime: Am 27. Juli 1941 unterschreibt Generalfeldmarschall Keitel (auf Weisung Hitlers) einen Befehl, der Reichsführer SS Himmler die Vollmacht gibt, völlig unabhängig von der deutschen Wehrmacht, in eigener Verantwortung zu handeln (x030/198).

30.07.1941

Anti-Hitler-Koalition: In Moskau verhandelt Stalin am 30. Juli 1941 mit dem US-Sonderbeauftragten Hopkins über Kriegsmateriallieferungen für die Sowjetunion.

In einem sowjetisch-polnischen Abkommen vom 30. Juli 1941 erklärt die Sowjetunion in London die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 für hinfällig, lehnt die Anerkennung der sowjetisch-polnischen Grenzen von 1921 jedoch ab (x039/226).

07.08.1941

Ostkrieg: Stalin wird am 7. August 1941 Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte.

Japan: Die Zeitung "Japan Times Advertiser" berichtet am 7. August 1941 über die anglo-amerikanische Einkreisungspolitik (x172/418): >>... Zuerst wurde ein riesiger Stützpunkt in Singapur eingerichtet und durch Truppen der Briten und ihres Weltreichs erheblich verstärkt. Um dieses Zentrum herum entstand ein Ring, bestehend aus amerikanischen Stützpunkten, der sich über ein riesiges Gebiet nach Süden und Westen von den Philippinen über Malaya und Birma hinzieht und nur auf der Halbinsel Thailand unterbrochen wird. Jetzt soll er auch die Meerenge mit einschließen, die sich nach Rangun erstreckt.<<

14.08.1941

Anti-Hitler-Koalition: Die westlichen Alliierten (Roosevelt und Churchill) legen am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichen die "Atlantik-Charta" (x058/376).

24.08.1941

NS-Regime: Aufgrund der kirchlichen Proteste läßt Hitler am 24. August 1941 das Euthanasie-Programm einstellen.

Anti-Hitler-Koalition: Premierminister Churchill informiert die britische Bevölkerung am 24. August 1941 in einer Radiorede über den deutsch-sowjetischen Ostkrieg (x136/136): >>Eine gigantische Schlacht findet gegenwärtig statt. 7 Millionen Soldaten sind daran beteiligt. Die Schlacht tobt auf einer Front von ca. 3.500 km, eine tödliche Konfrontation, die vom arktischen Ozean bis zum Schwarzen Meer reicht. ...

Hitler begeht die schrecklichsten Verbrechen. ... Ganze Distrikte werden ausgelöscht. Zehntausende, wörtlich: Zehntausende von Exekutionen werden vorgenommen, kaltblütig, von der Militärpolizei der Nazis. ... Wir sind mit einem namenlosen Verbrechen konfrontiert.<<

25.08.1941

Anti-Hitler-Koalition: Britische und sowjetische Truppen marschieren am 25. August 1941 gleichzeitig in das neutrale Persien (Iran) ein (x041/112).

Die iranischen Truppen stellen bereits 3 Tage später den Kampf ein.

28.08.1941

UdSSR: Das Präsidium des Obersten Sowjets beschließt am 28. August 1941 die Auflösung der "Autonomen sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen" und die "Umsiedlung" aller Rußland-Deutschen (x265/241).

Während des Zweiten Weltkrieges deportieren die Sowjets mindestens 900.000 Rußland-Deutsche (darunter sind ca. 400.000 Wolgadeutsche) nach Sibirien, Kasachstan oder in andere asiatische Landesteile der UdSSR (x026/31, x252/806). Infolge der katastrophalen Unterbringung, der menschenunwürdigen Behandlung und der langjährigen Zwangsarbeit kommen bei diesen "internen sowjetischen Zwangsverschleppungen" ca. 289.000 Rußland-Deutsche um.

31.08.1941

Ostkrieg: Gemäß Wehrmachtsbericht betragen die deutschen Verluste vom 22.06.1941-31.08.1944 an der Ostfront (x139/674): >>84.354 Tote, 292.690 Verwundete und 18.921 Vermißte beim Heer (einschließlich Waffen-SS) und 1.542 Tote, 3.980 Verwundete und 1.378 Vermißte bei der Luftwaffe.<<

04.09.1941

Ostkrieg: Das erste Regiment der "Französischen Freiwilligen-Legion" wird am 4. September 1941 an die Ostfront transportiert.

08.09.1941

Ungarn: Reichsverweser von Horthy beantragt am 8. September 1941 den Rückzug der ungarischen Ostfront-Truppen (x033/204).

Hitler erteilt später die Erlaubnis. Bis Anfang 1942 verlassen alle Ungarn die deutsch-sowjetische Ostfront.

14.09.1941

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 14. September 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über die deutschen Soldaten (x046/225): >>Man schämt sich für die Erde, auf der diese Leute gingen. Wie niederträchtig sie lebten! Wie niederträchtig sie starben! ...

Verglichen mit ihnen sind Kaffern und Zulus noch kultiviert.<<

20.09.1941

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 20. September 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über die deutschen Soldaten (x046/229): >>... Unser Geschäft besteht darin, Deutsche zu töten – es kommt nicht darauf an wie.<<

24.09.1941

Anti-Hitler-Koalition: Die Sowjetunion, Polen und 14 weitere Regierungen unterzeichnen am 24. September 1941 nachträglich die Atlantik-Charta (x125/62).

26.09.1941

Ostkrieg: Östlich von Kiew werden am 26. September 1941 mehrere Armeen der Roten Armee vernichtend geschlagen.

Im Verlauf dieser gewaltigen Kesselschlachten werden 665.000 Gefangene "gemacht". Die Sowjets verlieren ferner 884 Panzer und 3.718 Geschütze (x040/98).

27.09.1941

Protektorat Böhmen und Mähren: SS-Obergruppenführer Heydrich (seit 1936 Chef der deutschen Sicherheitspolizei "SIPO" und des SD) wird am 27. September 1941 stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren (CSR). Heydrich löst Reichsprotektor Freiherr von Neurath ab, den Hitler wegen nicht ausreichender Härte "beurlaubt" hatte.

Heydrich läßt später Alois Elias (1890-1942, Ministerpräsident der Autonomen Protektoratsregierung) wegen Hoch- und Landesverrat verhaften und errichtet im Protektorat Böhmen und Mähren einen fast perfekten Polizei- und Spitzelstaat ("Zuckerbrot- und Peitschenpolitik").

02.10.1941

Ostkrieg: Die deutsche Heeresgruppe Mitte beginnt am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau.

10.10.1941

Ostkrieg: Bei der Schlacht am Asowschen Meer geraten am 10. Oktober 1941 ca. 100.000 sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft. 212 sowjetische Panzer und 672 Ge-

schütze gehen verloren (x040/99).

12.10.1941

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 12. Oktober 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über die deutschen Soldaten (x046/225): >>... Sie sind Perverse, Sodomiten und Süchtige in allen Formen der Bestialität. Sie ergreifen russische Mädchen und verschleppen sie in ihre Bordelle. ... Sie hängen Geistliche. ... Sie haben Abzeichen mit dem Motto "Gott mit uns", aber mit solchen Gürteln schlagen sie ihren sterbenden Gefangenen ins Gesicht. ...
Kultur heißt für sie Füllfederhalter und Sicherheitsrasiermesser. Mit ihren Füllfederhaltern schreiben sie die Zahl der Mädchen nieder, die sie vergewaltigt haben. Sie rasieren sich mit ihren Sicherheitsrasiermessern und benutzen das Halsschneidemodell, um die Nasen, Ohren und Brüste ihrer Opfer abzuschneiden.<<

20.10.1941

Ostkrieg: Die deutsche Heeresgruppe Mitte vernichtet bei der Doppelschlacht von Wjasma und Brjansk vom 2. bis zum 20. Oktober 1941 mehrere sowjetische Armeen.
Verluste der Sowjets: 673.000 Gefangene, 1.242 Panzer und 5.412 Geschütze (x040/99).

06.11.1941

Ostkrieg: In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution fordert Stalin am 6. November 1941 in Moskau, alle Deutschen, die auf russischem Boden angetroffen werden, zu vernichten (x046/260).

28.11.1941

NS-Regime: Außenminister Ribbentrop, der über die bisherigen japanisch-sowjetischen Geheimverhandlungen nicht informiert ist, bestätigt am 28. November 1941 gegenüber Japan die deutschen Bündnisvereinbarungen (ggf. deutsche Kriegsbeteiligung gegen Nordamerika).

30.11.1941

Ostkrieg: Ende November 1941 betragen die bisherigen Verluste der deutschen Ostfront-Truppen 162.314 Tote, 571.767 Verwundete und 33.334 Vermißte (x040/107).
Ilja Ehrenburg schreibt am 30. November 1941 in seiner Chronik "Russia at War" (x046/225): >>... Wenn es irgendwo ein Haus gibt, in dem sich die Deutschen aufwärmen, so räuchert es aus!<<
Die sowjetische Armeezeitung "Leninskij Put" berichtet am 30. November 1941 (x046/261): >>... Jeder von uns muß den Befehl des Genossen Stalin in Ehren erfüllen und alle deutschen Okkupanten bis zum letzten Mann vernichten. Zehn, zwanzig, hundert faschistische Schurken zu töten – das wird von jedem Kämpfer, Offizier und Politarbeiter jetzt gefordert.<<
NS-Regime: Bis zum 30. November 1941 geraten bereits 3.806.865 sowjetische Soldaten, die überwiegend aus der Ukraine und anderen europäischen Gebieten der Sowjetunion stammen, in deutsche Kriegsgefangenschaft (x023/258).

02.12.1941

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 2. Dezember 1941 in seiner Chronik "Russia at War" über die deutschen Soldaten (x046/260): >>... Es werden 5 Millionen ... Leichen sein, die wir in unserer Erde verscharren<<

04.12.1941

UdSSR: Die polnische Exilregierung (General Sikorski) schließt am 4. Dezember 1941 in Moskau einen polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Beistandspakt ab (x040/108).

05.12.1941

Ostkrieg: Die sowjetische "Kalininfront" beginnt mit ihren ausgeruhten und gutausgerüsteten Reserve-Armeen am 5. Dezember 1941 eine großangelegte Gegenoffensive.

06.12.1941

Ostkrieg: Die sowjetische "Westfront" beginnt am 6. Dezember 1941 ihre großangelegte Gegenoffensive.

07.12.1941

USA: Die japanische Luftwaffe fliegt am 7. Dezember 1941 zwei Überraschungsangriffe gegen den US-Pazifik-Flottenstützpunkt Pearl Harbor.

Pearl Harbor wird zum Auslöser des amerikanisch-japanischen Krieges und der deutschen Kriegserklärung an die USA (11.12.41).

11.12.1941

NS-Regime: Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemüht, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnet am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Italien: Die italienische Regierung erklärt den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 11. Dezember 1941 den Krieg.

Großbritannien: Churchill erklärt am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<

USA: US-Präsident Roosevelt, der bereits frühzeitig eine aktive Kriegsteilnahme in Asien und Europa angestrebt hatte, begrüßt am 11. Dezember 1941 Hitlers verhängnisvollen Fehler.

14.12.1941

Ostkrieg: Armeegeneral Shukow (sowjetischer Oberbefehlshaber der Westfront) erteilt am 14. Dezember 1941 folgenden Befehl (x046/261): >>... Nicht ein hitlerischer Bandit, der in unser Land eingedrungen ist, darf lebend davonkommen. ...

Unsere heilige Verpflichtung besteht darin, grausame Rache zu üben ... und die deutschen Okkupanten alle bis zum letzten zu vernichten.<<

16.12.1941

NS-Regime: Hitler fordert die Soldaten der Ostfront am 16. Dezember 1941 zum fanatischen Widerstand auf und erteilt den sogenannten "Halt-Befehl".

19.12.1941

Ostkrieg: Die 4. deutsche Panzer-Armee (Oberbefehlshaber: Generaloberst Hoepner) zerschlägt am 19. Dezember 1941 an der Rusa das II. sowjetische Garde-Kavallerie-Korps.

Hitler entläßt Generalfeldmarschall von Brauchitsch (Oberbefehlshaber des Heeres) wegen eines angeblich schweren Herzleidens, übernimmt am 19. Dezember 1941 selbst den Oberbefehl über das deutsche Heer und entmachtet dadurch die gesamte militärische Führung.

Hitler bemerkt am 19. Dezember 1941 gegenüber Generaloberst Halder (x033/232): >>... Das bißchen Operationsführung kann jeder machen. Die Aufgabe des Oberbefehlshabers des Heeres ist es, das Heer nationalsozialistisch zu erziehen. Ich kenne keinen General des Heeres, der diese Aufgabe in meinem Sinn erfüllen könnte. Darum habe ich mich entschlossen, den Oberbefehl über das Heer selbst zu übernehmen.<<

20.12.1941

Großbritannien: Der Premierminister Winston Churchill schreibt am 20. Dezember 1941 an die britischen Stabschefs (x172/508): >>... Das Niederbrennen japanischer Städte durch Brandbomben wird dem japanischen Volk eindringlich vor Augen führen, auf welchen gefährlichen Kurs es sich eingelassen hat.<<

30.12.1941

Ostkrieg: Generaloberst Eremenko (sowjetischer Oberbefehlshaber der 4. Stoßarmee) erteilt am 30. Dezember 1941 folgenden Tagesbefehl (x046/261-262): >>... Ich rufe alle Angehörigen der Armee auf, die Befehle des großen Führers und Heerführers, Genossen Stalin, in Ehren auszuführen und alle Okkupanten bis zum letzten zu vernichten und auszurotten.<<

1941

UdSSR: Der französische Historiker Nicolas Werth berichtet über die hohe Sterblichkeit in

den sowjetischen Gulag-Lagern in den Jahren 1941 bis 1943 (x265/250): >>... Berücksichtigt man noch die Sterbefälle in den Gefängnissen und Arbeitskolonien so wie die Hinrichtungen, so kommt man für die Jahre 1941 bis 1943 im Gulag auf 600.000 Tote. Was die Überlebenden betrifft, so war ihr Zustand erbärmlich. Nach den Zahlen der Verwaltung waren Ende 1942 lediglich 19 % zu "schwerer" Körperarbeit fähig, 17 % zu "mittelschwerer" Körperarbeit, und 64 % konnten entweder nur "leichte" Körperarbeiten ausführen oder waren arbeitsunfähig.<<

01.01.1942

Anti-Hitler-Koalition: In Washington unterzeichnen 26 Nationen (einschließlich UdSSR) am 1. Januar 1942 den Pakt der "Vereinten Nationen" und verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit dem NS-Regime oder Japan abzuschließen (x041/123).

06.01.1942

USA: Während einer Pressekonferenz teilt US-Präsident Roosevelt am 6. Januar 1942 das wesentliche Kriegsziel der USA mit (x040/114): >>... Zerschmetterung des deutschen Militarismus.<<

20.01.1942

NS-Regime: Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfindet, kündigt Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.

20.02.1942

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 20. Februar 1942 in seiner Chronik "Russia at War" (x046/218,230,260): >>Die Deutschen waren Räuber und Räuber sind sie geblieben. Früher waren sie Banditen mit Speeren und Schwertern. Jetzt sind sie Banditen mit Maschinenpistolen. ...<<

>>... Sie wurden in Magdeburg, Swinemünde, Schweinfurt, Kaiserslautern, Lüdenscheid geboren. Ihr Land ist dort. Aber sie werden in Kiew, Charkow, Minsk, Smolensk, Nowgorod sterben. Ihre Gräber sind hier. ...<<

>>... Du bist beauftragt sie zu töten – schaffe sie unter die Erde.<<

23.02.1942

UdSSR: Stalin schreibt im Tagesbefehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 (x028/86, x106/153): >>Manchmal wird darüber geschwätzt, daß die "Rote Armee" das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich eine dumme und törichte Verleumdung der Roten Armee ...

Es wäre lächerlich, die Hitlerclique dem deutschen Volk, dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt. ...<<

>>... Es ist eine Stärke der Roten Armee, daß sie den Rassenhaß nicht kennt. Der Rassenwahn ist eine Schwäche der Deutschen und erklärt, ... daß alle freiheitsliebenden Völker Feinde des nationalsozialistischen Deutschlands sind. ... Wir bekämpfen den deutschen Soldaten nicht, weil er Deutscher ist, sondern weil er den Auftrag hat, unser Volk zu versklaven. ...<<

28.02.1942

Ostkrieg: Die Verluste des deutschen Ostheeres betragen am 28. Februar 1942 bereits 210.572 Gefallene, 747.761 Verwundete und Gefangene sowie 47.303 Vermißte (x040/121).

25.03.1942

Ostkrieg: In einem sowjetischen Flugblatt vom 25. März 1942 heißt es (x029/285): >>... Offiziere und Soldaten in den grünen Mänteln sind keine Menschen, sondern wilde Tiere ... Vernichtet deutsche Offiziere und Soldaten, wie man tolle Hunde erschlägt.<<

28.03.1942

Westkrieg: Am 28. März 1942 beginnt die "Strategische Luftoffensive" der Royal Air Force gegen das Deutsche Reich (x175/380).

234 britische Flugzeuge werfen am 28./29. März 1942 hauptsächlich 304 t Brandbomben über der Lübecker Innenstadt ab. Die erstmalig im Flächenbombardement eingesetzten Flüssigkeits-Brandbomben erzeugen verheerende Wirkungen. Dieser Luftangriff fordert 320 Tote und 785 Verletzte unter der Zivilbevölkerung. 1.425 Gebäude werden völlig zerstört. Die britischen Angreifer verlieren 12 Bomber (x040/123).

01.04.1942

Westpreußen: In Bromberg wird am 1. April 1942 ein Prozeß wegen der Verbrechen an Volksdeutschen im Jahre 1939 beendet. 21 Angehörige von polnischen Wachmannschaften werden zum Tod verurteilt.

05.05.1942

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 5. Mai 1942 in seiner Chronik "Russia at War" über die deutschen Soldaten (x046/229): >>... Wir betrachten sie nicht als menschliche Wesen, sondern als Mörder, Henker, moralisch Entartete und grausame Fanatiker, und das ist der Grund, warum wir sie hassen.<<

27.05.1942

Protektorat Böhmen und Mähren: Der stellvertretende Reichsprotektor Heydrich wird am 27. Mai 1942 Opfer eines Attentats.

Als Heydrich wie gewöhnlich ohne Begleitschutz durch Prag fährt, beschießen 2 Exil-Tschechen (Agentenausbildung in England) Heydrichs offenen Personenkraftwagen und werfen eine Handgranate in das Fahrzeug. Reinhard Heydrich (1904 in Halle/Sachsen geboren, führender Organisator der "Endlösung") wird bei dem Attentat lebensgefährlich verletzt. Er stirbt am 4. Juni 1942. Heydrich-Nachfolger wird SS-Obergruppenführer Kurt Daluege.

30.05.1942

Westkrieg: 1.047 britische RAF-Bomber greifen am 30. Mai 1942 und in der Nacht zum 31. Mai 1942 Köln an.

Bei diesem ersten "1.000-Bomber-Schlag" gegen eine deutsche Großstadt erreichen 868 Bomber Köln (x040/130). Die Briten werfen am 30./31. Mai 1942 rund 1.459 t Bomben über der Kölner Innenstadt ab (Verluste: 474 Tote, über 5.000 Verletzte, 3.330 zerstörte Gebäude). 40 britische Bomber werden abgeschossen.

Mai 1942

Schweden: Pastor Bonhoeffer und Pastor Schonfeld treffen im Mai 1942 in Schweden den britischen Bischof Bell von Chichester, um über Friedensverhandlungen nach der Beseitigung Hitlers zu diskutieren.

09.06.1942

Protektorat Böhmen und Mähren: Wegen angeblicher Unterstützung und Hilfeleistung der Heydrich-Attentäter erschießen SS-Einheiten am 9. Juni 1942 im tschechischen Dorf Lidice (bei Kladno in Böhmen) 198 Männer (größtenteils Einwohner aus Lidice).

18.06.1942

Protektorat Böhmen und Mähren: Die "Heydrich-Attentäter" werden am 18. Juni 1942 in einer Prager Kirche gestellt und erschossen.

21.06.1942

Protektorat Böhmen und Mähren: Im Verlauf der "Heydrich-Vergeltungsmaßnahmen" wird Alois Elias (ehemaliger Ministerpräsident des Protektorats Böhmen und Mähren), den man bereits am 1.10.1941 wegen Kontakte zur tschechischen Exilregierung zum Tod verurteilt hatte, am 21. Juni 1942 hingerichtet.

24.06.1942

Protektorat Böhmen und Mähren: Im tschechischen Dorf Lezaky (etwa 60 km von Prag entfernt) werden am 24. Juni 1942 33 tschechische Einwohner als angebliche Partisanen erschossen. Die übrige Dorfbevölkerung wird in Konzentrationslagern inhaftiert (x004/41).

28.07.1942

Ostkrieg: Hitler erteilt dem Oberkommando der Stalingrad-Front am 28. Juli 1942 die Weisung, daß Stalingrad um jeden Preis fallen muß (x040/137): >>... Keinen Schritt zurück! ...<<
Stalin erteilt am 28. Juli 1940 den Befehl Nr. 227, um alle Feiglinge und Deserteure der Roten Armee zu verfolgen und zu bestrafen.

16.08.1942

Anti-Hitler-Koalition: Bei einem Gespräch mit dem britischen Premierminister Churchill erwähnt Stalin am 16. August 1942, daß nur die Zwangskollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft mehr als 10 Millionen Todesopfer gefordert habe (x025/113).

19.08.1942

Ostkrieg: General Friedrich Paulus (Oberbefehlshaber der 6. deutschen Armee) erteilt am 19. August 1942 den Befehl zum Angriff auf Stalingrad (x041/116).

02.09.1942

Japan: Japan lehnt es weiterhin strikt ab, die UdSSR anzugreifen und schlägt am 2. September 1942 die Vermittlung eines deutsch-sowjetischen Separatfriedens vor.
Hitler lehnt deutsch-sowjetische Verhandlungen jedoch später grundsätzlich ab.

01.10.1942

NS-Regime: Das NS-Regime hat bis zum 1. Oktober 1942 bereits rund 669.000 Grundstücke und Betriebe (ca. 65 % der besetzten polnischen Gebiete) beschlagnahmt (x007/49E).

25.10.1942

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 25. Oktober 1942 seinen berüchtigten Aufruf "Ubej!" ("Töte!"), der später in verschiedenen sowjetischen Zeitungen und auf Flugblättern veröffentlicht wird (x046/230-231): >>... Die Deutschen sind keine Menschen.
Von nun an ist das Wort "Deutscher" für uns der allerschlimmste Fluch. Von nun an bringt das Wort "Deutscher" ein Gewehr zur Entladung. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht aufregen. Wir werden töten!
Wenn Du nicht im Laufe eines Tages wenigstens einen Deutschen getötet hast, so ist es für Dich ein verlorener Tag gewesen. Wenn Du glaubst, daß statt von Dir der Deutsche von Deinem Nachbar getötet wird, so hast du die Gefahr nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet der Deutsche dich.
Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern. Wenn Du den Deutschen nicht mit einer Kugel töten kannst, so töte ihn mit dem Seitengewehr. Wenn in Deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn Du den Deutschen am Leben läßt, wird der Deutsche den russischen Mann aufhängen und die russische Frau schänden. Wenn Du einen Deutschen getötet hast, töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres, als deutsche Leichen.
Zähle nicht die Tage. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: Die von Dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen! - dieses bittet Dich Deine greise Mutter. Töte den Deutschen! – dieses bitten Dich Deine Kinder! Töte den Deutschen!, – so ruft die Heimaterde.
Versäume nichts! Versieh Dich nicht! Töte!<<

02.11.1942

Westkrieg: In Nordafrika tritt die 8. britische Armee am 2. November 1942 erneut zum Großangriff gegen die El-Alamein-Front der deutsch-italienischen "Panzerarmee Afrika" an.
Generalfeldmarschall Rommel ordnet schließlich in der Nacht den Rückzug an. Die hoffnungslos unterlegenen deutsch-italienischen Panzertruppen ziehen sich danach bis zum Februar 1943 mehr als 2.000 km bis nach Tunesien zurück.

10.11.1942

Großbritannien: Premierminister Churchill berichtet am 10. November 1942 über die Landung der alliierten Streitkräfte in Afrika (x106/195): >>In diesem Krieg haben wir bisher noch

nicht so viele Gefangene gemacht wie die Deutschen. Aber die Deutschen werden am Ende in großen Scharen hereinströmen wie das letzte Mal.
Ich habe bisher nichts anderes als Schweiß, Blut und Tränen versprochen, aber jetzt kommen wir zu einem neuen Kapitel. ... England gewinnt in allen seinen Kriegen immer nur eine Schlacht, nämlich die letzte. Diesmal scheinen wir etwas früher begonnen zu haben ...
Wie ich bereits sagte, suchen wir in diesem Krieg keine Gebietsgewinne oder Handelsvergünstigungen. Wir wollen keine Grenze zu unseren Gunsten ändern. Wir sind nach Nordafrika mit unseren nordamerikanischen Freunden zu einem einzigen Zweck gegangen: um eine Absprungstelle zu erhalten, wo wir eine neue Front gegen Hitler eröffnen können, um die Küsten Afrikas von nationalsozialistischer und faschistischer Tyrannei zu säubern, um das Mittelmeer für die See- und Luftmacht der Verbündeten zu öffnen. ...<<

22.11.1942

Ostkrieg: 3 Tage nach dem Beginn einer sowjetischen Großoffensive, zwischen Don und Wolga, treffen sich die sowjetischen Truppen der sogenannten "Stalingradfront" am 22. November 1942 bei Kalatsch, so daß die 6. deutsche Armee in Stalingrad vollständig eingekesselt wird.
Über 2.000 km von den deutschen Reichsgrenzen und mehr als 300 km von der eigentlichen deutschen Kampffront entfernt, werden die 6. deutsche Armee, Teile der Panzergruppe 4 und mehrere rumänische Divisionen mit etwa 250.000 Soldaten, ca. 100 Panzern, 1.800 Geschützen und über 10.000 Kraftfahrzeugen vor Stalingrad eingeschlossen (x040/151).
Als Hitler die Nachricht über die militärische Entwicklung in Stalingrad erhält, erklärt er am 22. November 1942 per Funkspruch (x085/24): >>Die 6. Armee ist vorübergehend von russischen Kräften eingeschlossen. Ich kenne die 6. Armee und ihren Oberbefehlshaber und weiß, daß sie sich in dieser schweren Lage tapfer halten wird.
Die 6. Armee muß wissen, daß ich alles tue, um ihr zu helfen und sie zu entsetzen. Ich werde ihr rechtzeitig meine Befehle geben.<<
Danach befiehlt Hitler am Abend des 22. November 1942 (x040/151): >>Die 6. Armee igelt sich ein und erwartet Entsatz von außen ab!<<
Dieser wahnwitzige Befehl besiegelt schließlich den Untergang der gesamten 6. deutschen Armee im Kessel von Stalingrad.

26.11.1942

Deutsches Reich: Der Diplomat und Widerstandskämpfer Ulrich von Hassell notiert am 26. November 1942 in seinem Tagebuch (x023/333-334): >>... Wir sind die sonderbarste Mischung von Helden und Sklaven. Das letztere bezieht sich vor allem auf die Generäle, die es in geradezu fabelhafter Weise fertiggebracht haben, ihre Autorität vor allem Hitler gegenüber auf Null zu reduzieren ...<<

02.12.1942

USA: Prof. Dr. Werner Stein berichtet in seinem Buch "Fahrplan der Weltgeschichte" über den "Beginn des Atomzeitalters" am 2. Dezember 1942 (x074/1.147): >>Enrico Fermi (1901-1954, italienischer Physiker, in den USA maßgeblich am Bau des ersten Kernreaktors beteiligt) gelingt erste fortlaufende Erzeugung von Atomenergie durch Kettenreaktion der Uranspaltung. Gilt als "Beginn des Atomzeitalters" am 2.12.1942, 15.30 Uhr Chicagoer Zeit.
"Manhattan-Projekt" in den USA zur Entwicklung der Atombombe (führt mit 150.000 Menschen, davon 14.000 Wissenschaftler und Ingenieure, und Kosten von etwa 2 Milliarden Dollar 1945 zum Erfolg).<<

1942

Anti-Hitler-Koalition: Zu Beginn des Jahres 1942 erteilt der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Hauptangriffsziel (habe von) nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft (zu

sein) ...<<

NS-Regime: Ab 1942 werden alle Häftlinge, die länger als 6 Jahre in Gefängnissen oder Zuchthäusern interniert sind, in die Konzentrationslager "verlagert".

Schweden: Die schwedische Zeitung "DAGPOSTEN" berichtet im Jahre 1942 über den sowjetischen Chefhetzer Ilja Ehrenburg (x046/154-155): >>Ehrenburg hält alle Rekorde in intellektuellem Sadismus. Wozu diese schweinische Lüge noch widerlegen und nachweisen, daß Ehrenburg den Deutschen Dinge nachsagt, die bei den Rotarmisten gang und gäbe sind. ...<<

UdSSR: Bis 1942 werden etwa 10,0-12,0 Millionen Menschen in den Arbeits- und Straflagern Nordrußlands und Sibiriens inhaftiert (x061/467), die trotz des verlustreichen deutsch-sowjetischen Ostkrieges weiterhin von rund 1,0 Millionen Aufsehern bewacht werden (x026/-20).

01.01.1943

Polen: Die polnische Untergrundzeitschrift "Gwardzista" berichtet am 1. Januar 1943 (x067/-145): >>Der Besatzer siedelt in der Umgebung von Lublin systematisch ganze Dörfer und Kreise aus. Ein Teil wird zur Arbeit abtransportiert, ein Teil bleibt als Knecht für die deutschen Kolonisten, die hierher kommen sollen. Ein erheblicher Teil ist zur "vollständigen Beseitigung" bestimmt – anders gesagt für den Tod.

Die unglückliche Bevölkerung leistet nicht selten verzweifelten Widerstand, verbrennt ihre Hütten, vernichtet ihr Hab und Gut, es gab Fälle der Vernichtung der Begleitmannschaft und der Flucht aus dem Zug. Diese heldenhaften Formen der Selbstverteidigung halten die Verbrecher nicht auf. Die Nazihenker liquidieren die Juden, und jetzt haben sie schließlich im ganzen Land damit begonnen, die Polen mit derselben Methode zu liquidieren.

... Die einzige Form der Verteidigung ist, den Feind anzugreifen und das Leben sowie die Verwaltung in den bedrohten Gebieten zu desorganisieren. Die Zerstörung des Nachrichten- und Verkehrswesens, der Ämter, die erbarmungslose Bekämpfung der Besatzer - das ist die einzige Möglichkeit, die entsetzliche Aktion zur Vernichtung der Polen zu beenden.<<

14.01.1943

Anti-Hitler-Koalition: In Casablanca treffen sich am 14. Januar 1943 US-Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill zu einer Konferenz. Im Verlauf dieser Konferenz (14.01.-25.01.1943) fordert Roosevelt die bedingungslose Kapitulation (Unconditional surrender) der Deutschen.

25.01.1943

Polen: NS-Generalgouverneur Frank berichtet am 25. Januar 1943 über die polnische Widerstandsbewegung (x064/156): >>Der Pole, vor allem die Widerstandskräfte der Polen stehen, daß dürfte Ihnen völlig bekannt sein, in enger Beziehung und Verbindung mit dem Ausland. Alle Widerstandskräfte, soweit sie wirklich ernst zu nehmen sind, erhalten ihre Weisungen vom Ausland. ...

Man redet davon, daß sehr starke innere Unruhen, unter Umständen Aufstandsbewegungen in Vorbereitung sind. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: wenn es darauf ankäme, würde der Pole das letzte wagen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß er doch wohl merkt, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. ...<<

01.02.1943

Ostkrieg: Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 1. Februar 1943 bekannt (x140/434): >>... In Stalingrad ist die Südgruppe der 6. Armee unter Führung des Generalfeldmarschalls Paulus nach mehr als zwei Monaten heldenhafter Verteidigung von der Übermacht des Feindes im Kampf überwältigt worden. Die Nordgruppe unter Führung des Generals der Infanterie Strecker behauptet sich noch immer. Sie wehrte starke feindliche Angriffe zum Teil im Gegenstoß ab. ...<<

02.02.1943

Ostkrieg: Der Nordkessel der 6. deutschen Armee (Generaloberst Strecker) kapituliert am 2. Februar 1943 und beendet damit endgültig den Kampf um Stalingrad.

Von den ursprünglich rund 250.000 deutschen und verbündeten Soldaten im Kessel von Stalingrad können nur ca. 24.000 Verwundete und ca. 10.000 "Spezialisten" ausgeflogen werden, Etwa 91.000 Soldaten geraten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Bei den Versorgungs- bzw. Evakuierungsflügen verliert die deutsche Luftwaffe 488 Flugzeuge mit rund 1.000 Luftwaffen-Soldaten (x040/160).

Von den etwa 91.000 Kriegsgefangenen kehren bis zum Jahr 1955 nur ca. 6.000 ehemalige Stalingrad-Kämpfer in die Heimat zurück (x041/129).

USA: US-Präsident Roosevelt beglückwünscht Stalin nach der Kapitulation der 6. deutschen Armee (x106/223): >>Als oberster Befehlshaber der bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika beglückwünsche ich Sie aufs herzlichste zum glänzenden Sieg von Stalingrad, den die russischen Armeen unter ihrem Oberkommando davongetragen haben.

Die 162 Tage des heldenhaften Kampfes um die Stadt haben Ihren Namen auf immer mit einem ... Ereignis verflochten, das ... stets eines der glorreichen Geschehnisse dieses Krieges bleiben wird.<<

11.02.1943

NS-Regime: Die Schüler der höheren Schulen, die mindestens 15 Jahre alt sind, werden am 11. Februar 1943 als Luftwaffenhelfer einberufen (x033/341): >>... Durch eine gemeinsame Anordnung des Reichsministers der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe, des Leiters der Parteikanzlei, des Reichsministers des Innern, des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und des Jugendführers des Deutschen Reiches wird festgelegt, daß die höheren Schüler Gelegenheit zum Einsatz als Luftwaffenhelfer erhalten sollen.<<

16.02.1943

Deutsches Reich: Hans und Sophie Scholl (katholische Studenten, Mitglieder der studentischen Widerstandsvereinigung "Weiße Rose") verteilen vom 16. bis zum 18. Februar 1943 in München etwa 3.000 Flugblätter, um zum Widerstand gegen die NS-Diktatur aufzufordern.

18.02.1943

NS-Regime: Im Berliner Sportpalast verkündet Reichspropagandaminister Goebbels am 18. Februar 1943 unter dem tosenden Jubel von etwa 10.000 "ausgewählten" NS-Parteigenossen den "totalen Krieg" (x033/343): >>... Stalingrad war und ist der große Alarmruf des Schicksals an die deutsche Nation. Ein Volk, daß die Stärke besitzt, ein solches Unglück zu überwinden, ja daraus noch zusätzliche Kraft zu schöpfen, ist unbesiegbar. ...

Wir müssen uns also zu dem Entschluß durchringen, nun ganze Sache zu machen, d.h. den Krieg um das Leben unseres Volkes auch mit dem Leben des ganzen Volkes zu bestreiten. Der totale Krieg ist also das Gebot der Stunde.

Wenn wir treu und unverbrüchlich an den Sieg geglaubt haben, dann in dieser Stunde der nationalen Besinnung und der inneren Aufrichtung. Wir sehen ihn greifbar nahe vor uns liegen; wir müssen nur zufassen. Wir müssen nur die Entschlußkraft aufbringen, alles andere seinem Dienst unterzuordnen. Das ist das Gebot der Stunde. ...<<

Während dieser Veranstaltung weist Goebbels auch die "bedingungslosen Kapitulationsforderungen" der Alliierten zurück (x028/203).

Deutsches Reich: Die Geschwister Scholl werden am 18. Februar 1943 vom München Universitätsdiener Schmied an die Gestapo verraten und verhaftet.

22.02.1943

NS-Regime: Die Studenten Hans Scholl und Sophie Scholl (1918 und 1921 in Württemberg geboren) sowie Christoph Probst (1919 geboren) werden nach einem Volksgerichts-Schnellverfahren am 22. Februar 1943 zum Tod verurteilt und bereits einige Stunden später hinge-

richtet (Enthauptung durch das Fallbeil).

Februar 1943

Jugoslawien: Nach kroatischen Angaben tötet die Ustascha-Bewegung bis Februar 1943 angeblich ca. 400.000 Serben. Diese Angaben sind wahrscheinlich erheblich übertrieben und müssen angezweifelt werden (x006/77E).

09.03.1943

Großbritannien: Die britische Tageszeitung "News Chronicle" zitiert am 9. März 1943 einen Kommentar Ilja Ehrenburgs (x029/285-286): >>... Wir können die Deutschen nicht als ehrenvolle Kämpfer ansehen. In unseren Augen sind sie abstoßende, plündernde Bestien. Mit solchen Bestien verhandelt man nicht lange: man vernichtet sie!<<

12.03.1943

Westkrieg: 384 Britische RAF-Bomber fliegen am 12./13. März 1943 einen Nachtangriff gegen Essen. 23 Bomber werden von der deutschen Luftabwehr abgeschossen (x040/164).

März 1943

Ostkrieg: An der Ostfront wird die sowjetische Überlegenheit von Tag zu Tag deutlicher. Im Süden der Ostfront beträgt das sowjetisch-deutsche Kräfteverhältnis im März 1943 schon 7 zu 1 (x179/33).

13.04.1943

UdSSR: Deutsche Wehrmachtsverbände finden am 13. April 1943 im Wald von Katyn (in der Nähe von Smolensk) Massengräber mit den Leichen von über 4.100 polnischen Offizieren, die bereits im Frühjahr 1940 von sowjetischen NKWD-Einheiten ermordet wurden (x040/-167).

Die Sowjets streiten damals jede Beteiligung energisch ab und machen die deutschen Wehrmachtseinheiten für dieses Massaker verantwortlich.

18.04.1943

Ostkrieg: Hitler erteilt am 18. April 1943 den Befehl, den Rücktransport des II. italienischen Armeekorps (Heeresgruppe Mitte) nach Italien einzuleiten.

Damit verlassen die letzten italienischen Truppen die Ostfront.

19.04.1943

Anti-Hitler-Koalition: Ab 19. April 1943 verhandeln nordamerikanische und britische Delegationsmitglieder auf den Bermudainseln über die Rettung der europäischen Juden ("Bermuda-Konferenz" vom 19.04.-30.04.1943).

26.04.1943

Anti-Hitler-Koalition: Als die polnische Exilregierung (General Sikorski) eine internationale Untersuchung des Massenmordes von Katyn verlangt, läßt Stalin am 26. April 1943 sämtliche diplomatischen Beziehungen abbrechen (x041/124).

General Sikorski ist damals immer noch davon überzeugt, daß viele vermißte polnische Offiziere noch leben (x080/327): >>... Wir werden sie finden ...

Meine Herren, Sie glauben doch nicht im Ernst, daß die sowjetische Regierung sie einfach umgebracht hat? Das ist absoluter Unsinn!<<

Das Katyn-Massaker wird erst im Jahre 1990 von der letzten sowjetischen Regierung offiziell zugegeben. Die übrigen vermißten Polen (rd. 10.800 polnische Offiziere, Angehörige der Polizei- und Grenzschutzeinheiten) bleiben weiterhin verschollen.

30.04.1943

Anti-Hitler-Koalition: Die "Bermuda-Konferenz" (vom 19.04.-30.04.1943, Verhandlung von nordamerikanischen und britischen Delegationsmitgliedern über die Rettung der europäischen Juden) wird am 30. April 1943 ergebnislos beendet.

12.05.1943

Westkrieg: Nach verlustreichen Kesselschlachten müssen die zerschlagenen Reste der deut-

schen Heeresgruppe Afrika (Führung: Generaloberst von Arnim, der Generalfeldmarschall Rommel am 9. März 1943 abgelöst hatte) am 12./13.05.1943 gegenüber den britischen und nordamerikanischen Truppen in Tunesien kapitulieren.
Etwa 130.000 deutsche Soldaten der 5. Panzer-Armee und rund 120.000 italienische Soldaten der 1. Armee geraten in Kriegsgefangenschaft, weil Hitler Generalfeldmarschall Rommels Rückzugsforderung und eine mögliche Evakuierung starrsinnig abgelehnt und ausdrücklich verboten hatte (x023/294).
Generalfeldmarschall Rommel befindet sich während der Kapitulation seiner ehemaligen Heeresgruppe in Österreich.

14.05.1943

NS-Regime: Der NS-Sicherheitsdienst (SD) berichtet am 14. Mai 1943 aus Galizien (x025/-166): >>... (Das besetzte Polen ist) für unsere Parteihyänen und für verschiedene Sorten Drükkeberger, die den Frontdienst wie den Teufel fürchten, ein Eldorado für goldene Geschäfte und ein Zufluchtsort für die Zeit des Krieges. Kein Wunder, daß sich dort der Abschaum des Volkes zusammensucht und findet. Wir haben Tausende von Beispielen.<<

16.05.1943

Westkrieg: 18 britische Bomber greifen am 16./17. Mai 1943 mehrere deutsche Talsperren an und zerstören die Staudämme der Eder- und Möhne-Talsperre.
Allein im Möhne-Ruhr-Tal ertrinken 1.217 Menschen. Unter den Toten sind 718 Fremdarbeiter. Die Briten verlieren 8 Bomber (x040/171).

22.05.1943

Großbritannien: In Großbritannien werden am 22. Mai 1943 die ersten Direktiven für die Besetzung Deutschlands ("Operation Franklin") erstellt (x114/1.217).

24.05.1943

Westkrieg: Als nach der Entschlüsselung des deutschen Funkverkehrs ("Ultra") innerhalb von 4 Wochen mindestens 43 U-Boote im Nordatlantik versenkt werden, läßt Großadmiral Karl Dönitz am 24. Mai 1943 alle U-Bootangriffe gegen die Geleitzüge im Nordatlantik einstellen.

31.05.1943

Jugoslawien: Churchill und Tito vereinbaren am 31. Mai 1943 militärische Hilfslieferungen. Die Briten entscheiden sich damit endgültig gegen die königstreuen, antikommunistischen Tschetniks.

Mai 1943

NS-Regime: Ende Mai 1943 befinden sich rund 6,3 Millionen zwangsrekrutierte und verschleppte Fremdarbeiter im Deutschen Reich (x106/327).
In einer NS-Verordnung für "Ostarbeiter" heißt es damals (x106/327): >>"Ostarbeiter" dürfen im Deutschen Reich ihren Aufenthaltsort nicht wechseln, ihre Unterkunft nachts nicht verlassen, keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, keine Gaststätten und kulturellen bzw. gesellschaftlichen Veranstaltungen besuchen, keine Radios oder Zeitungen besitzen und keinen Kontakt zu deutschen Frauen aufnehmen. Polen und Sowjetbürger müssen das Zeichen "P4" bzw. "OST" gut sichtbar an der Kleidung tragen. ...<<

10.06.1943

Westkrieg: Die westlichen Alliierten beginnen am 10. Juni 1943 ihre sogenannte "Combined Bomber Offensive" gegen das Deutsche Reich.
Nach den Vereinbarungen von Casablanca fliegt die US-Luftflotte Tagesangriffe (Präzisionsbombardierungen), während die britische RAF nur Nachtangriffe (Flächenbombardierungen) durchführt.

28.06.1943

Westkrieg: Am 28./29. Juni 1943 werfen 540 britische Flugzeuge 1.614 t Bomben über der

Stadt Köln ab. 25 britische Bomber werden abgeschossen.

30.06.1943

Polen: General Rowecki (Oberbefehlshaber der polnischen AK-Heimatarmee, loyaler Anhänger der antikommunistischen Londoner Exilregierung) wird am 30. Juni 1943 nach fast 4jähriger Verfolgung durch die Gestapo verhaftet (Rowecki wird wahrscheinlich von sowjetischen Agenten verraten).

Danach übernimmt General Graf T. Komorowski (Deckname "Bor" = Wald) die polnische AK-Heimatarmee.

04.07.1943

Anti-Hitler-Koalition: Ministerpräsident Sikorski (1881-1943, seit 1939 polnischer Exil-Ministerpräsident, ein tatkräftiger polnischer Patriot und entschiedener Antikommunist) kommt am 4. Juli 1943 bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz ums Leben.

Die Absturzursachen bleiben ungeklärt.

10.07.1943

Westkrieg: Am 10. Juli 1943 beginnt die Landung alliierter Verbände auf Sizilien (Kennwort: "Husky").

Die Landung der 8. britischen Armee (General Montgomery) erfolgt zwischen Syrakus und Kap Passero, während die 7. US-Armee (General Patton) bei Gela und Licata angreift. Die alliierten Seestreitkräfte (Admiral Cunningham) verfügen über 280 Kriegsschiffe, 320 Transporter, 900 große und 1.225 kleine Landungsboote. Die alliierten Luftwaffen setzen insgesamt 3.680 Flugzeuge ein (x040/176). Die nordamerikanischen und britischen Truppen landen mit etwa 160.000 Soldaten und 600 Panzern.

Da die meisten kriegsmüden italienischen Truppen sofort kapitulieren, ziehen sich die deutschen Truppen kämpfend zurück. Bis zum 17.08.1943 räumen alle deutschen und italienischen Kampfeinheiten (39.569 Deutsche und 62.000 Italiener) mit ihrer Ausrüstung die Insel (x040/180).

12.07.1943

UdSSR: In Krasnograd bei Moskau gründen Exilvertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands und deutsche Kriegsgefangene vom 12. bis zum 13. Juli 1943 das kommunistisch beherrschte "Nationalkomitee Freies Deutschland".

Dem kommunistischen "Nationalkomitee Freies Deutschland" schließen sich damals zahlreiche deutsche Soldaten und Offiziere an, die in Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten sind (wie z.B. 15 Stalingrad-Generäle). Die meisten deutschen Soldaten laufen damals nicht zum Feind über, weil sie Antifaschisten sind, sondern sie werden mehrheitlich zu "Verrätern", weil man sie in Stalingrad vorsätzlich "verheizt" hatte oder weil sie ihre geringen Überlebenschancen erhöhen wollen.

Generalmajor Korfes, der im Stalingrader Kessel in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerät, erklärt später (x085/40): >>... Die Bewegung "Freies Deutschland" ist aus dem Grauen von Stalingrad entstanden ...<<

24.07.1943

Westkrieg: Am 24./25. Juli 1943 beginnt eine Reihe von anglo-amerikanischen Luftangriffen gegen Hamburg (Kennwort: "Gomorrha").

Zunächst werfen 740 britische Flugzeuge 2.300 t Bomben über der Stadt ab. 12 britische Bomber werden abgeschossen (x040/177).

25.07.1943

Westkrieg: Am 25. Juli 1943 fliegen 122 nordamerikanische "B 17-Bomber" einen Tagesangriff gegen die brennende Stadt Hamburg.

Italien: In Italien bricht das faschistische System zusammen. Mussolini wird am 25. Juli 1943 gestürzt und verhaftet.

Der neue Regierungschef Marschall Badoglio bleibt zunächst Verbündeter des NS-Reiches.
Großbritannien: Premierminister Churchill erklärt am 25. Juli 1943 vor dem britischen Unterhaus (x033/389): >>... Wir müssen die Italiener, um uns der volkstümlichen Phrase zu bedienen, eine Weile im eigenen Saft kochen lassen.<<

26.07.1943

Westkrieg: Am 26. Juli 1943 fliegen 54 nordamerikanische "B 17-Bomber" einen Tagesangriff gegen den Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg.

27.07.1943

Westkrieg: Am 27./28. Juli 1943 werfen 739 britische Flugzeuge 2.312 t Bomben über Hamburg ab. 17 britische Bomber werden abgeschossen (x040/177).

29.07.1943

Westkrieg: Am 29./30. Juli 1943 werfen 726 britische Flugzeuge 2.277 t Bomben über Hamburg ab. 28 britische Bomber werden abgeschossen (x040/177).

US-General Eisenhower (Leiter der alliierten Operationen im Mittelmeer) begrüßt am 29. Juli 1943 die Entmachtung und Verhaftung Mussolinis (x106/267): >>Wir beglückwünschen das italienische Volk und das Haus Savoyen dazu, daß sie sich Mussolini entledigten, des Mannes, der sie als Werkzeug Hitlers in den Krieg verwickelte. ...
Das größte Hindernis, das das italienische Volk von den Vereinten Nationen trennte, ist somit von den Italienern selbst beseitigt worden.
Das einzige Hindernis, das jetzt noch übrig bleibt, bildet der deutsche Angreifer, der sich immer noch auf italienischem Boden befindet.
Ihr wollt Frieden. Ihr könnt diesen Frieden sofort haben. ... Wir kommen als Befreier zu euch. Eure Aufgabe ist es nun, jede Hilfeleistung an die deutschen Streitkräfte, die sich noch in eurem Lande befinden, sofort einzustellen. Wenn ihr dies tut, werdet ihr den Schrecken des Krieges entgehen.
Wie ihr bereits in Sizilien gesehen habt, wird unsere Besetzung mild und wohlwollend sein. ... Die alten Freiheiten und Traditionen eures Landes sollen wiederhergestellt werden.<<

30.07.1943

Westkrieg: Die britischen Nachtangriffe und die Tagesangriffe der Nordamerikaner vom 24. bis zum 30. Juli 1943 gegen Hamburg (Operation "Gomorrha") richten gewaltige Zerstörungen an.
Bilanz der anglo-amerikanischen Luftangriffe: 30.482 Tote, außerdem werden 277.330 Wohnungen, 2.632 gewerbliche Betriebe, 580 Industriebetriebe, 80 Wehrmachtsanlagen, 24 Krankenhäuser, 277 Schulen und 58 Kirchen zerstört. Im Hafen versenken die britischen und nordamerikanischen Bomber insgesamt 180.000 BRT Schiffsraum (x040/177).

17.08.1943

Westkrieg: 597 britische Flugzeuge bombardieren am 17./18. August 1943 die Versuchsanstalten des Heeres für Gleitbomben und Raketenwaffen in Peenemünde.
Bei diesem Nachtangriff kommen 735 Menschen um. Es handelt sich überwiegend um Zwangsarbeiter. 40 britische Bomber werden durch deutsche Jäger abgeschossen (x040/181).

24.08.1943

Anti-Hitler-Koalition: Roosevelt und Churchill beschließen bei der Konferenz von Quebec (14.-24.08.1943), die "Frankreich-Invasion" im Mai 1944 durchzuführen.
Stalin wird am 26.08.1943 informiert (x041/124).

August 1943

Ostkrieg: Bis zum Juli 1943 werden vor allem die deutschen Panzereinheiten der Ostfront in harten Rückzugsgefechten aufgerieben. Bei einer sowjetischen Panzer- und Artillerieüberlegenheit von etwa 6:1 bleibt den deutschen Truppen im August 1943 nur noch der Rückzug.

09.09.1943

Ungarn: Ungarn plant die endgültige Trennung von den "deutschen Verlierern" und führt am 9. September 1943 erste geheime Waffenstillstandsverhandlungen mit den Briten (x040/184).

Jugoslawien: Nach der Kapitulation der 2. italienischen Armee erbeuten Titos Partisanen am 9. September 1943 in Dalmatien große Waffen- und Munitionsbestände.

Britische Militärberater treffen am 9. September 1943 erstmalig im Hauptquartier der serbischen Partisanen ein.

10.09.1943

Westkrieg: Da Italien nach dem Sonderwaffenstillstand als Verbündeter der Alliierten gilt, besetzen deutsche Truppen am 10. September 1943 Rom und entwaffnen, inhaftieren oder entlassen die italienischen Truppen in Italien, Südfrankreich, Jugoslawien, Albanien und Griechenland (x040/184). Triest wird nach kurzem Kampf besetzt, während die um Rom versammelten italienischen Divisionen kampflos kapitulieren.

11.09.1943

UdSSR: Im sowjetischen Kriegsgefangenenlager Lunjowo wird am 11. September 1943 der "Bund Deutscher Offiziere" gegründet.

12.09.1943

Westkrieg: Eine Fallschirmjäger-Kompanie landet am 12. September 1943 mit Lastenseglern auf dem Gran Sasso-Massiv (Abruzzen) und befreit den in einem Berghotel internierten Mussolini. Mussolini wird danach sofort nach Wien geflogen.

21.09.1943

Ostkrieg: Starke sowjetische Kräfte brechen am 21. September 1943 durch den "Ostwall" bzw. die noch kaum ausgebauten deutschen "Panther-Stellungen" und erzwingen beiderseits der Dnjepr-Mündung, in einer Ausdehnung von 80 km Breite, den Dnjepr-Übergang.

30.09.1943

NS-Regime: Der Sicherheitsdienst (SD) berichtet am 30. September 1943 über die allgemeine Stimmung im Land (x033/412): >>... Angesichts der deutschen Rückzüge im Osten ist die Stimmung der Bevölkerung noch weiter zurückgegangen.<<

Die Gesamtzahl der aus Osteuropa deportierten Arbeitskräfte beträgt am 30. September 1943 etwa 2,2 Millionen "Fremdarbeiter" (x033/412).

08.10.1943

Ostkrieg: Spanien verlangt am 8. Oktober 1943 den Abzug der spanischen Soldaten.

Hitler genehmigt später den Abzug der "Blauen Division". An der Ostfront bleiben schließlich nur noch spanische Freiwillige der Waffen-SS.

13.10.1943

Westkrieg: In Italien erklärt die Badoglio-Regierung dem Deutschen Reich am 13. Oktober 1943 den Krieg.

14.10.1943

Westkrieg: 291 viermotorige Bomber der USAAF fliegen am 14. Oktober 1943 einen schweren Tagesangriff gegen Schweinfurt. Bei diesem Luftsangriff werden 60 US-Bomber über Deutschland abgeschossen, 17 US-Bomber stürzen über See oder über England ab und 121 US-Bomber werden beschädigt. Die deutsche Luftwaffe verliert 50 Jagdflugzeuge (x040/188).

19.10.1943

Anti-Hitler-Koalition: Die Außenminister Eden (Großbritannien), Hull (USA) und Molotow (UdSSR) führen in Moskau vom 19. bis zum 30. Oktober 1943 sogenannte "Nachkriegsplanungen" durch (x040/189).

Oktober 1943

Ostkrieg: An der deutsch-sowjetischen Ostfront kämpfen im Oktober bereits rund 13,2 Millionen Soldaten der Roten Armee (x023/309).

Täglich treffen weitere sowjetische Truppen an der Ostfront ein.

02.11.1943

NS-Regime: Der Sicherheitsdienst (SD) berichtet am 2. November 1943 über die Stimmung der deutschen Bevölkerung (x149/101): >>Die Mehrzahl der Menschen quält sich heute mit den Folgen eines verlorenen Krieges. Daß dann der Bolschewismus hereinbrechen würde und die Greueltaten an der Zivilbevölkerung vollbringen würde, wie sie in Presse und Rundfunk usw. immer geschildert zu werden pflegen, erscheint den Leuten als das Schrecklichste.<<

03.11.1943

Ostkrieg: Bei Kiew überrennen überlegene sowjetische Truppen vom 3. bis zum 7. November 1943 auf breiter Front die deutschen Stellungen der 4. Panzerarmee (Generaloberst Hoth). Obgleich Generalfeldmarschall von Manstein eine sofortige Frontverkürzung fordert, befiehlt Hitler weitere Offensiven der deutschen Truppen.

General Svoboda ruft die Soldaten der Ersten Tschechoslowakischen Brigade am 3. November 1943 zum gnadenlosen Kampf gegen die Deutschen auf (x264/73): >>... Kämpft um Kiew, als ob ihr um Prag oder Bratislava kämpfen würdet!

Vernichtet jeden deutschen Faschisten, (der euch) ... im Kampf mit der Waffe in der Hand begegnet. Schenkt keinem neuen Hitler das Leben.

Im Namen unserer Völker, im Namen der Tausenden von Hingemordeten und Gefolterten: Laßt keinen am Leben!<<

09.11.1943

Anti-Hitler-Koalition: Die Alliierten gründen am 9. November 1943 in Washington die UNRRA.

Die UNRRA ist eine Unterstützungs- und Hilfsorganisation für die "befreiten Gebiete" (x040/191). Nach dem Kriegsende betreut die UNRRA "Displaced Persons" (ausländische Fremdarbeiter, internationale Flüchtlinge und Verschleppte). Die vertriebenen Ost-, Reichs- und Volksdeutsche erhalten in den ersten Nachkriegsmonaten jedoch keine Betreuung und Hilfe, da sie angeblich keine "Displaced Persons" sind und nicht zu den befreiten Völkern gehören.

18.11.1943

Westkrieg: Die britische Luftwaffe beginnt in der Nacht vom 18./19. November 1943 eine Reihe von 5 Großangriffen gegen Berlin.

Vom 18.11.1943 bis zum 3.12.1943 werfen 2.212 britische Bomberpiloten während ihrer Nachtangriffe 8.656 t Bomben über der Reichshauptstadt ab. Die Luftangriffe fordern etwa 2.700 Todesopfer. 250.000 Einwohner werden obdachlos (x040/192).

Polen: Die polnische Heimatarmee ruft am 20. November 1943 zum Partisanenkrieg gegen die deutschen Truppen auf (x040/193).

General Bor-Komorowski (Oberbefehlshaber der polnischen Heimatarmee) befiehlt auf Grund einer Weisung der polnischen Exilregierung, alle deutschen Truppen, die auf polnische Gebiete zurückweichen, mit allen Mitteln zu bekämpfen (Aktion "Burza").

22.11.1943

Anti-Hitler-Koalition: Während der 1. Konferenz von Kairo (22.-26.11.1943) verhandeln Nordamerika, England und China über die "Nachkriegsordnung" in Ostasien und im Pazifikraum.

28.11.1943

Anti-Hitler-Koalition: Am 28. November 1943 beginnt die Konferenz der "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) in Teheran.

01.12.1943

Anti-Hitler-Koalition: Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigen sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungs-

chef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches. Es werden außerdem verbindliche Vereinbarungen über die Invasion der westlichen Alliierten getroffen.

09.12.1943

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 9. Dezember 1943 in seiner Chronik "Russia at War" über die deutschen Soldaten (x046/227): >>Blut klebt an den Händen eines jeden Deutschen. Millionen wurden Verbrecher. ...<<

12.12.1943

Ostkrieg: Obgleich die sowjetischen Truppen unentwegt auf breiter Front angreifen, lehnt Hitler am 12. Dezember 1943 eine Räumung des Dnjeprbogens weiterhin ab.

16.12.1943

Polen: Ein SS-Obergruppenführer berichtet am 16. Dezember 1943 über die Anschläge der polnischen Partisanen (x064/156): >>... Ein Fronturlauberzug sei in der Nähe Warschaus auf Minen gelaufen, wobei die Lokomotive entgleist sei und der Zug dann aus 8 m Entfernung mit Maschinengewehren beschossen worden sei. Es habe 15 Tote und 30 mehr oder minder Verletzte gegeben.
Vor wenigen Tagen seien ein Oberregierungsrat und ein Regierungsdirektor erschossen worden.
Die Widerstandsorganisationen und die Banden zielten darauf ab, das frühere Polen wieder zu errichten. Für das Eisenbahnattentat habe man 150 und für die beiden deutschen Beamten 50 polnische Terroristen am Tatort oder in unmittelbarer Nähe hingerichtet ...<<

18.12.1943

UdSSR: In Charkow verurteilt ein sowjetisches Militärgericht am 18. Dezember 1943 drei deutsche Kriegsgefangene (einen Wehrmachtsoffizier, einen Beamten der Heeresverwaltung und einen Offizier der Waffen-SS) wegen angeblicher Kriegsverbrechen zum Tod (x106/302).
Der sowjetische Schriftsteller Tolstoj (Mitglied der "Außerordentlichen Staatlichen Kommission") erklärt am Schlußtag des Kriegsverbrecherprozesses in Charkow (x046/208): >>... Die deutschen Armeen drangen in unser Land ein wie Monster von einem anderen Planeten. Wir sind genötigt, von diesen deutschen Menschen als von Monstern zu sprechen, selbst wenn wir nur die Tatsachen nennen, die von der Außerordentlichen Staatlichen Kommission erforscht worden sind. Im gegenwärtigen Fall betreffen die Tatsachen den Fall Charkow. ...
Wir mußten Millionen Deutsche töten. ...
Die Nazis täuschten Deutschland nicht, sie sagten ganz offen: Erziehe deine Söhne zu skrupellosen Mördern und Dieben und deine Töchter zu erbarmungslosen Aufsehern über diejenigen, die deine Sklaven sein werden. Bereite dich vor auf die Welteroberung! Deutschland stimmte dem Handel zu. ...
Für die Verbrechen, die sie begangen hat, ist die ganze deutsche Nation verantwortlich ...
Ich klage die deutsche Nation, die deutsche Zivilisation beispielloser Verbrechen an, die von Deutschen kalten Blutes, im Vollbesitz ihrer Fähigkeiten, begangen worden sind.
Ich verlange Rache!<<
Die drei deutschen Todeskandidaten werden bereits am nächsten Tag auf einem öffentlichen Platz in Charkow vor etwa 40.000 Zuschauern gehängt (x029/189).

19.12.1943

Schweiz: Die Schweiz verpflichtet sich am 19. Dezember 1943 gegenüber den westlichen Alliierten, die bisherigen Kriegsmateriallieferungen und Kredite für das NS-Regime drastisch zu reduzieren.
Die schweizerischen Lieferungen von Waffen, Munition, optischen Instrumenten und Präzisionsmaterial werden danach gegenüber 1942 um 45 % bis 60 % vermindert (x136/167).

24.12.1943

Westkrieg: US-General Dwight D. Eisenhower wird am 24. Dezember 1943 zum Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte für die Invasion in Frankreich ernannt.

1943

NS-Regime: Im Jahre 1943 werden 3.006 deutsche Zivilisten durch das NS-Regime zum Tod verurteilt und hingerichtet (x090/289).

USA: Im Jahre 1943 produziert Nordamerika bereits mehr Kriegsmaterial als alle anderen kriegsführenden Mächte. Ein nordamerikanisches Antistreikgesetz stellt Streiks unter schwere Strafe.

01.01.1944

Polen: Boleslaw Bierut (1892-1956, von 1947-52 polnischer Staatspräsident) wird am 1. Januar 1944 heimlich aus Moskau eingeflogen und gründet in Polen den kommunistischen Landesnationalrat. Bierut soll in erster Linie die antikommunistische AK-Heimatarmee ausschalten.

Die antikommunistische Londoner Exilregierung erteilt der polnischen AK-Heimatarmee später den Befehl, mit Bieruts "Volksgarde" gegen die deutschen Faschisten zu kämpfen.

04.01.1944

Ostkrieg: Überlegene Truppen der Roten Armee, die seit Mitte 1943 auf einer Breite von ca. 1.000 km unaufhaltsam nach Westen stürmen, erreichen bereits am 4. Januar 1944 die ehemaligen polnischen Grenzen in Wolhynien.

28.01.1944

Ostkrieg: Nach 900 Tagen Belagerung gelingt es sowjetischen Truppen, Leningrad am 28. Januar 1944 zu befreien. Im Verlauf der Blockade kommen nach sowjetischen Angaben etwa 900.000 Menschen um (x106/311).

18.02.1944

Polen: Die antikommunistische polnische Exilregierung fordert am 18. Februar 1944 Polens Zivilbevölkerung zum verstärkten Partisanenkrieg gegen die deutsche Wehrmacht auf (x040/-202).

20.02.1944

Ostkrieg: Die letzten spanischen Soldaten der "Blauen Division" (Freiwilligenlegion) verlassen am 20. Februar 1944 die Ostfront.

23.02.1944

Jugoslawien: In Bosnien trifft am 23. Februar 1944 erstmalig eine sowjetische Militärmission (Führung: General Kornejew) ein, um Titos Partisanen zu unterstützen (x040/202).

08.03.1944

Ostkrieg: Hitler erläßt am 8. März 1944 den Befehl "Kommandant des festen Platzes".

11.03.1944

Irischer Freistaat: Irland weigert sich am 11. März 1944 energisch, Diplomaten der "feindlichen Nationen" (Achsenmächte) auszuweisen.

Die Briten unterbrechen anschließend alle Verkehrsverbindungen nach Irland.

16.03.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 16. März 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/227): >>Dieser Schurke, groß oder gedrungen, glotzäugig, stupide und seelenlos, ist 1.000 Werst marschiert, um das Leben aus einem unserer Kinder zu trampeln. ...

Die Deutschen stopften unsere Münder mit gefrorener Erde. Die Deutschen schlachteten uns ab. Die Deutschen, groß oder klein, die Grausamen, die Fahläugigen, mit leeren Herzen. ...<<

23.03.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 23. März 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/227-228): >>... Hitlers Soldaten schlachteten Millionen von Unschuldigen ab. ...

Sie foltern unsere Kinder. Sie haben Millionen guter Menschen abgeschlachtet für nichts und wieder nichts, allein aus Habgier, Stupidität und angeborener Wildheit. ...
Und so begann der miserable Idiot, der Ignorant, der Ausbeuter, der "Übermensch" systematisch zu hängen, zu strangulieren, lebendig zu begraben und zu verbrennen. ...
Unter Millionen Deutschen ist nicht eine Handvoll von gewissenhaften Männern zu finden, die "Halt!" rufen. ...
Die Deutschen morden kühl und überlegt. Sie strangulieren, hängen und vergiften, und sie handeln so ohne Scham und Gewissensbisse.<<

14.04.1944

Westkrieg: Der Generalstab der deutschen Luftwaffe verfaßt am 14. April 1944 eine Denkschrift über die ausbleibenden anglo-amerikanischen Bombenangriffe gegen die besonders kriegswichtigen Anlagen der mitteldeutschen Mineralölwirtschaft (x338/100): >>... Hier erhebt sich die bis jetzt noch völlig ungeklärte und undurchsichtige Frage, warum der Anglo-Amerikaner diese Anlagen noch nicht zerschlagen hat, wozu er bei seiner in letzter Zeit so hochentwickelten Angriffstechnik ohne weiteres in der Lage wäre. Mit der Vernichtung unserer wenigen großen Raffinerien und Hydrierwerke könnte er einen Erfolg erringen, der tatsächlich die Möglichkeit einer Fortsetzung des Krieges durchaus in Frage stellen würde. …<<

01.05.1944

NS-Regime: Am 1. Mai 1944 meldet das deutsche Amt für Kriegsgefangene 5.165.381 sowjetische Gefangene.
Die NS-Statistiker registrieren damals bereits rund 2,0 Millionen "Todesfälle" und 1.030.157 Gefangene, die man "auf der Flucht" erschossen oder dem SD übergeben hat (x033/480).
Von den etwa 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen fallen während des Zweiten Weltkrieges insgesamt ca. 3,3 Millionen Kriegsgefangene der organisatorischen Unzulänglichkeit, aber mehrheitlich den rassenideologischen NS-Vernichtungsplänen zum Opfer (x041/112).
Den überlebenden Rotarmisten geht es mehrheitlich nicht besser. Fast alle sowjetischen Kriegsgefangenen, die später von der Roten Armee befreit werden, kommen zunächst in sowjetische Untersuchungslager und werden dann bestenfalls in die Verbannung nach Sibirien verschickt (x091/29).

05.05.1944

NS-Regime: Die "Verordnung zur Ergänzung der Kriegssonderstrafrechtsverordnung" vom 5. Mai 1944 ermöglicht es schließlich, für fast jede Straftat die Todesstrafe zu verhängen.

08.05.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die tschechische Exilregierung und die Sowjetunion schließen am 8. Mai 1944 in London ein weiteres Abkommen über die "Befreiung der CSR" durch die Rote Armee. Gleichzeitig trifft man Vereinbarungen über die Art und Dauer der sowjetischen Besatzungszeit (x041/129). Die befreiten Gebiete der CSR sollen danach vorübergehend unter sowjetischer Verwaltung bleiben.

24.05.1944

Anti-Hitler-Koalition: Jan Masaryk, Außenminister der tschechischen Exilregierung, versichert den Teilnehmern einer jüdischen Veranstaltung in New York, daß es in der wiedererrichteten Republik (CSR) keine Diskriminierung der Juden geben wird (x004/99).

31.05.1944

NS-Regime: Rd. 10.700.000 Männer (in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937) und rd. 500.000 Sudetendeutsche haben bisher ihre Einberufung zum Wehrdienst erhalten (x001/-1E, x004/18).
Das Deutsche Reich verfügt damals noch über rd. 6,0 Millionen Männer und Jugendliche (Jahrgang 1884-1928), davon sind etwa 5,0 Millionen wegen ihrer beruflichen oder "politi-

schen" Tätigkeit als unabkömmlich (uk) eingestuft.
Die NS-Presse ermahnt am 31. Mai 1944 die Bevölkerung (x033/488): >>... Jede tote Ratte ist gewonnenes Volksvermögen! ... Darum Ratten vernichten – mit allen Mitteln!<<

Mai 1944

Italien: Im Monte-Cassino-Gebiet verüben marokkanische Söldnertruppen der französischen Armee im Mai 1944 vielerorts Massenvergewaltigungen, denn sie erhalten vorübergehend "umfangreiche Rechte" (Plünderungsfreiheit im Feindgebiet usw.).
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über das Schreckensregiment der französisch-marokkanische Truppen im Monte-Cassino-Gebiet (x026/109): >>Der französische General Juin hatte seinen Truppen im Mai 1944 im Gebiet südlich von Cassino und Frosinone für 50 Stunden freie Hand für Vergewaltigung und Plünderung gegeben, was zu einer blutigen Orgie der Gewalt führte; vgl. das Magazin "Stern" Nr. 52/1965. Dem Schicksal der 60.000 Opfer von Vergewaltigungen war 1960 der italienische Film "La Ciociaria" mit Sophia Loren gewidmet.<<

01.07.1944

Anti-Hitler-Koalition: Konferenz von Bretton Woods (1.-22.07.1944): 44 Staaten der "Vereinten Nationen" gründen einen internationalen Währungsfonds, um nach dem Kriegsende ein Weltwährungssystem zu errichten.

08.07.1944

Ostkrieg: Die Vernichtung der Heeresgruppe Mitte wird am 8. Juli 1944 abgeschlossen.
Innerhalb von 16 Tagen werden in Weißrußland 28 Divisionen fast vollständig zertrümmert. 350.000 deutsche Soldaten fallen oder gelten als vermißt (x040/221).
Nach dieser vernichtenden Niederlage in Weißrußland ist die militärische Lage des deutschen Ostheeres vollkommen hoffnungslos. Eine reale Chance, die Rote Armee vor den deutschen Reichsgrenzen aufzuhalten, besteht nicht mehr. Spätestens jetzt hätte man die deutsche Zivilbevölkerung sofort aus den Ostgebieten und Polen evakuieren müssen.

13.07.1944

Polen: Nach Abschluß der Kampfhandlungen und dem Abzug der deutschen Truppen wird die polnische Heimatarmee am 13. Juli 1944 im Wilna-Gebiet durch die Rote Armee entwaffnet und inhaftiert (x040/221).
Die Soldaten der polnischen AK-Heimatarmee, die sich tatkräftig an der Befreiung Ostpolens beteiligt haben, werden danach größtenteils nach Sibirien verschleppt.

20.07.1944

NS-Regime: Im Führerhauptquartier "Wolfsschanze", bei Rastenburg in Ostpreußen, scheitert am 20. Juli 1944, um 12.42 Uhr, ein Bombenattentat auf Hitler.

28.07.1944

Anti-Hitler-Koalition: Im Moskauer Rundfunk ruft am 28. Juli 1944 der Verband polnischer Patrioten alle Polen zum Aufstand gegen die Deutschen auf.

29.07.1944

Westkrieg: Die britische Luftwaffe fliegt in der Nacht zum 29. Juli 1944 ihren dritten schweren Angriff gegen Stuttgart, der vor allem die Innenstadt verwüstet. Die Bombardierungen fordern insgesamt 898 Tote und 1.916 Verletzte (x033/515).

01.08.1944

Polen: In Warschau beginnt am 1. August 1944 ein überhasteter Aufstand der nationalen polnischen AK-Heimatarmee (General Bor-Komorowski) gegen die deutschen Besatzer.
Hitler befiehlt, den polnischen Aufstand mit allen Mitteln niederzuwerfen und Warschau dem Erdboden gleichzumachen.

02.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die Türkei bricht am 2. August 1944 alle diplomatischen Beziehun-

gen zum NS-Regime ab.

08.08.1944

NS-Regime: Roland Freisler (Präsident des NS-Volksgerichtshofes) verurteilt am 8. August 1944 die angeklagten Wehrmachtsoffiziere Erwin von Witzleben, Erich Hoeppner, Hellmuth Stieff, Albrecht von Hagen, Paul von Hase, Robert Bernardis, Friedrich-Karl Klausing und Peter Graf Yorck von Wartenburg wegen Hoch- und Landesverrat zum Tod.

Die Todesurteile werden noch am selben Tage in der Richtstätte Berlin-Plötzensee durch Erhängen vollstreckt.

20.08.1944

Ostkrieg: Die sowjetischen Truppen der 2. und 3. Ukrainischen Front greifen am 20. August 1944 bei Jassy und Tiraspol in Rumänien die 6. deutsche Armee sowie die 3. und 4. rumänische Armee an.

Da die äußerst kampfstarken rumänischen Verbündeten plötzlich überall die Flucht ergreifen oder ihre Waffen wegwerfen und zu den Sowjets überlaufen, können die überlegenen sowjetischen Truppen an mehreren Stellen bis an den Pruth durchbrechen. Der unerwartete Frontwechsel der rumänischen Armee trifft die deutschen Truppen vollkommen unvorbereitet und beschleunigt die Zerschlagung der Front. Der Zusammenbruch des gesamten Ostfrontsüdflügels ist danach nicht mehr zu verhindern und endet für die 6. deutsche Armee mit einer militärischen Katastrophe.

21.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Konferenz von Dumbarton Oaks (21.08. bis zum 7.10.1944): Nordamerika, England, die UdSSR und China empfehlen während dieser Konferenz die Auflösung des "Völkerbundes" und die Gründung der "Vereinten Nationen".

23.08.1944

Rumänien: Marschall Antonescu wird am 23. August 1944 gestürzt und verhaftet. Der neue Ministerpräsident (General Sanatescu) proklamiert den rumänischen Frontwechsel, gewährt den deutschen Truppen jedoch einen befristeten Abzug.

Hitler erteilt am 23. August 1945 der 6. Armee die Rückzugserlaubnis, doch jetzt ist es längst zu spät.

27.08.1944

Ostkrieg: Die 2. Ukrainische Front dringt am 27. August 1945 in Zentralrumänien ein.

29.08.1944

Ostpreußen: Ein weiterer britischer Bombenangriff vernichtet am 29. August 1944 große Teile der Königsberger Innenstadt.

Protektorat Böhmen und Mähren: US-Bomberverbände fliegen am 29. August 1944 schwere Tagesangriffe gegen Oderberg und Mährisch Ostrau.

Slowakei: Slowakische Partisanen eröffnen am 29. August 1944 den Aufstand (ohne Abstimmung mit den slowakischen Streitkräften) und besetzen wichtige Städte der Mittelslowakei (Kremnitz, Turz Sankt Martin, Rosenberg, Neusohl, Hochwies und Paulisch). Die Slowaken werden per Rundfunkdurchsage zum Aufstand gegen die deutschen "Besatzer" aufgefordert.

Staatspräsident Dr. Tiso fordert damals deutsche Waffenhilfe, um den Militärputsch niederzuschlagen. Obgleich die slowakische Armee sofort die Mobilmachung anordnet, reagieren die deutschen Truppen schneller. Sie rücken in die Ostslowakei ein und entwaffnen das 1. slowakische Armeekorps (Generalmajor Malar mit ca. 22.000 Soldaten - x040/232).

31.08.1944

Slowakei: Slowakische Partisanenverbände riegeln am 31. August 1945 die Mittelslowakei von allen Seiten ab. Die slowakische Armee kontrolliert außerdem schon große Teile der Ostslowakei.

Im Hauerland halten sich noch mehrere tausend bombenevakuierte Schüler und Lehrer in KLV-Lagern auf. Deutsche Truppen starten aus Preßburg, um die gefährdeten Reichs- und Volksdeutschen mit Omnibussen und Lastkraftwagen zu evakuieren. Bei Kremnitz gerät der "Hilfskonvoi" in einen Hinterhalt und wird fast völlig vernichtet. Nur wenige Soldaten können sich nach Preßburg durchschlagen.
In Bad Lubochna (bei Rosenberg) verteidigen einige Wehrmachtssoldaten und ca. 100 Jugendliche ein KLV-Lager gegen überlegene slowakische Partisanenverbände. Alle Deutschen werden schließlich niedergemacht (x005/716).

02.09.1944

Ostkrieg: Die finnische Regierung nimmt die sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen an, kündigt am 2. September 1944 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime an und fordert den Abzug der deutschen Truppen aus Finnland (x040/233).
Anti-Hitler-Koalition: Die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) veröffentlicht am 2. September 1944 den sog. "Morgenthau-Plan".
Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" soll das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches sind vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören. Die nordamerikanische "Dreierkommission" ist fest entschlossen, das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

05.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Finnland bricht am 5. September 1944 die diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime ab und fordert den sofortigen Abzug aller deutschen Truppen (x040/-233).

08.09.1944

Westkrieg: Erstmaliger Abschuß einer V 2-Fernrakete (x040/235).
Bis zur Einstellung der V 2-Angriffe am 27.03.1945 schlagen in Großbritannien 1.115 V 2-Raketen ein (Verluste der britischen Zivilbevölkerung: 2.724 Tote und 6.467 Schwerverletzte).
Anti-Hitler-Koalition: Nach dem Staatsstreich der Kommunisten in Bulgarien folgt am 8. September 1944 die bulgarische Kriegserklärung an das NS-Regime.

11.09.1944

Westkrieg: 234 britische Bomber richten am 11. September 1944 in Darmstadt schwere Verwüstungen an. Im Stadtgebiet sterben 12.000 Menschen. Mindestens 70.000 Einwohner werden obdachlos (x040/236).
US-Truppen erreichen am 11. September 1944 nördlich von Trier die westdeutschen Reichsgrenzen.

12.09.1944

Westkrieg: Das alliierte Oberkommando verbietet den nordamerikanischen Soldaten am 12. September 1944 das "Fraternisieren" (sich verbrüdern bzw. vertraut werden) mit der deutschen Bevölkerung.
Anti-Hitler-Koalition: In Moskau schließen die Alliierten am 12. September 1944 ein Waffenstillstandsabkommen mit Rumänien. Die rumänische Armee beteiligt sich danach mit 12 Divisionen an den Kämpfen gegen die deutsch-ungarischen Truppen (x040/236).

13.09.1944

Ostkrieg: Sowjetische Kampfverbände besetzen am 13. September 1944 die Warschauer Vorstadt Praga.
Danach unternimmt die Rote Armee jedoch nichts mehr, um den polnischen Aufständischen zu helfen. Stalin läßt später sogar alle sowjetischen Flugplätze (östlich von Warschau) für Flugzeuge der westlichen Alliierten sperren (x043/328).

15.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Roosevelt und Churchill unterzeichnen am 15. September 1944 in Quebec den modifizierten (abgewandelten) Morgenthau-Plan.
Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnen den radikalen Morgenthau-Plan jedoch weiterhin massiv ab (x114/1.55).

17.09.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. September 1944 in der sowjetischen Frontzeitung "Unitschtoshim Wraga" (x028/85): >>... Die Deutschen werden die Stunde verfluchen, da sie unseren Boden betraten. Die deutschen Frauen werden die Stunde verfluchen, in der sie ihre Söhne - Wüteriche - geboren haben. Wir werden nicht schänden. Wir werden nicht verfluchen. Wir werden nicht hören. Wir werden totschlagen!<<

19.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Finnland schließt mit der UdSSR am 19. September 1944 einen Waffenstillstandsvertrag.

22.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" ziehen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.
US-Präsident Roosevelt verhält sich danach distanzierter.

23.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die Republik San Marino (1934 = 13.948 Einwohner) erklärt Deutschland am 23. September 1944 den Krieg.

25.09.1944

NS-Regime: Hitler befiehlt am 25. September 1944 per Erlaß die Bildung des Deutschen Volkssturms. Danach werden alle waffenfähigen Männer im Alter von 16-60 Jahren erfaßt und zum Waffendienst aufgerufen.

02.10.1944

Polen: Nach 4 Wochen schlagen die deutschen Truppen am 2. Oktober 1944 den polnischen Aufstand (1.08.-2.10.1944) mit gnadenloser Härte nieder.
Die antikommunistische "AK-Heimatarmee" (Führung: General Graf Bor-Komorowski) kapituliert und gerät in deutsche Kriegsgefangenschaft. Im Verlauf der wochenlangen Straßen- und Häuserkämpfe fallen 16.000 polnische AK-Angehörige. 6.000 AK-Angehörige werden verwundet. Etwa 166.000 polnische Zivilisten kommen vermutlich durch Kriegseinwirkungen, Hunger, Seuchen und Massenerschießungen um.
Die deutschen Verluste betragen etwa 2.000 Gefallene und 9.000 Verwundete.

05.10.1944

Ostkrieg: Südlich von Schaulen eröffnet die sowjetische Artillerie am 5. Oktober 1944 ein stundenlanges Trommelfeuer gegen die deutschen Stellungen in Ostpreußen. Nachdem man die Front "sturmreif" geschossen hat, brechen sowjetische Panzer- und Infanterietruppen durch die Abwehrlinien und stoßen in Richtung Memel und Tilsit vor.

09.10.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die USA, Großbritannien, UdSSR und China beschließen während der Konferenz von Dumbarton Oaks (in der Nähe von Washington) am 9. Oktober 1944 die Gründung der "Vereinten Nationen" (Ersatz für den gescheiterten Völkerbund).

15.10.1944

Ungarn: Reichsverweser von Horthy verkündet am 15. Oktober 1944 in einer Rundfunksendung den Waffenstillstand mit der UdSSR und den westlichen Alliierten. Die rechtsradikale Pfeilkreuzler-Partei führt danach einen Staatsstreich durch, der von SS-Spezialeinheiten gelenkt wird. Von Horthy wird zur Abdankung gezwungen und in Oberbayern interniert.

Obgleich einige ungarische Einheiten zur Roten Armee überlaufen, kämpft die Mehrheit der ungarischen Armee bis zum Schluß gegen die Sowjets.

19.10.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 19. Oktober 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/236-237): >>Sie (die Fremdarbeiter) machen sich keine Kopfschmerzen darüber, was mit den Deutschen geschehen muß, ob man ihnen die Reste von Moral beibringen oder sie mit Haferbrei füttern sollte.

Nein. Dieses junge Europa weiß seit langem, daß die besten Deutschen die toten Deutschen sind. ...

Das Problem, das die Russen und Polen vermutlich zu lösen suchen, ist die Entscheidung, ob es besser ist, die Deutschen mit Äxten oder Knüppeln zu erschlagen. Sie sind nicht interessiert an einer Reform der Einwohner. ...

Sie sind interessiert daran, ihre Zahlen zu vermindern. ... Und es ist meine bescheidene Meinung, daß die Russen und Polen recht haben.<<

20.10.1944

Ostkrieg: Die sowjetische Frontzeitung "BOEVAJA TREVOGA" fordert am 20. Oktober 1944 zur Rache auf (x046/282): >>Erzittere Deutschland! ... Erzittere verfluchtes Deutschland! Wir werden Dich mit Feuer und Schwert durchziehen und in Deinem Herzen den letzten Deutschen, der russischen Boden betreten hatte, erstechen. ...<<

Bei Großwaltersdorf an der Rominte und in Nemmersdorf (Kreis Angerapp) schießen sowjetische Panzertruppen am 20. Oktober 1944 mehrere ostpreußische Flüchtlingstrecks zusammen und überrollen sie anschließend.

Nemmersdorf wird am 20. Oktober 1944 von sowjetischen Einheiten der 11. Gardearmee (Generaloberst Galizki) besetzt. Die Sowjets verüben in Nemmersdorf unfaßbare Greueltaten. Dem ersten sowjetischen Massaker im Deutschen Reich fallen 73 wehrlose Zivilisten zum Opfer. Es handelt sich bei den Mordopfern um 72 Frauen und Kinder sowie um einen 74jährigen Mann. Alle sind Ostpreußen und stammen aus Nemmersdorf. Die Ermordeten werden nach der Rückeroberung von deutschen Truppen entdeckt (x001/8).

In Nemmersdorf ermorden die sowjetischen "Befreier" außerdem 50 französische Kriegsgefangene (x021/27).

Jugoslawien: In der jugoslawischen Hauptstadt Belgrad werden die deutschen Truppen (General Schneckenburger) am 20. Oktober 1944 trotz verzweifelter Gegenwehr von sowjetischen und jugoslawischen Korps überrannt.

Rd. 30.000 deutsche Soldaten geraten in die Gewalt der Tito-Partisanen und werden größtenteils in den folgenden Tagen massakriert (x130/208).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte berichtet später über die Exekutionen in Belgrad (x130/208-209): >>Über das Schicksal der Kriegsgefangenen von Belgrad liegt eine Ungewißheit, die sich nicht völlig beseitigen läßt, weil die Augenzeugen für die Erschießung meist selbst dieser Tragödie zum Opfer gefallen sind. ...

Wie groß auch immer die Zahl der in Belgrad (Beograd) im Oktober 1944 erschossenen deutschen Kriegsgefangenen gewesen sein mag, entscheidend ist im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen, daß auch hier wiederum ein eklatanter Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung bzw. das Genfer Kriegsgefangenenabkommen vorliegt, wonach es vor allem verboten ist, Vergeltungsmaßnahmen an Kriegsgefangenen auszuüben.

Als Vergeltungsmaßnahme muß jedoch die willkürliche Liquidierung der Belgrader Gefangenen erscheinen, da kein Gerichtsverfahren angestrengt wurde, um potentielle Kriegsverbrecher zu überführen. Nach Artikel 2 der Genfer Konvention unterstehen die Kriegsgefangenen der Gewalt der feindlichen Macht, aber nicht der Gewalt der Personen oder Truppenteile, die sie

gefangengenommen haben. Die Erschießung von Kriegsgefangenen an Ort und Stelle durch die Truppe, die sie gefangengenommen hatte, ist demnach eine nach geltendem Völkerrecht verbotswidrige Handlungsweise. ...<<

31.10.1944

Anti-Hitler-Koalition: Im Oktober 1944 beschuldigt US-Senator Claude Pepper den späteren nordamerikanischen Außenminister John F. Dulles (x068/226): >>... Denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten.<<

07.11.1944

USA: Roosevelt gewinnt am 7. November 1944 zum 4. Mal die nordamerikanische Präsidentenwahl. Truman übernimmt den Posten des Vizepräsidenten.

Schweiz: Ein Schweizer Kriegsberichterstatter schreibt am 7. November 1944 im Genfer "Courrier" über die sowjetischen Verbrechen in Nemmersdorf/Ostpreußen (x039/133): >>... Die Lage wird nicht nur durch die erbitterten Kämpfe der regulären Truppen gekennzeichnet, sondern leider auch durch Verstümmelung und Hinrichtung der Gefangenen und die fast vollständige Ausrottung der bäuerlichen Bevölkerung. ...<<

10.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: In Paris fordert de Gaulle am 10. November 1944 die britischen Verbündeten auf, Frankreich an der Besetzung des Deutschen Reiches zu beteiligen.

11.11.1944

Ostkrieg: Generaloberst Guderian verlangt am 11. November 1944 erneut die Zurücknahme der Heeresgruppe Nord.

Der Führer lehnt den Durchbruch der Heeresgruppe Nord nach Ostpreußen jedoch weiterhin ab (x027/17): >>Nein!<<

Weitere Anträge Guderians vom 18.11., 20.11., 23.11., 26.11., 28.11. und 5.12.1944 lehnt Hitler ebenfalls ab (x027/17): >>Nein! Kommt nicht in Frage, der deutsche Soldat gibt freiwillig keinen Meter Boden auf, nein kommt nicht in Frage! ...<<

USA: Nach dem Pressebericht im Januar 1933 erinnert die "New York Times" am 11. November 1944 nochmals an den Dulles-Besuch in Köln und das brisante Geheimtreffen im Kölner Bankhaus Schroeder im Januar 1933.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/226): >>Schon im Oktober 1944 hatte US-Senator Claude Pepper, Florida, geäußert, zu jenen, die Hitler zur Macht verhalfen, habe auch John Foster Dulles gehört, "denn es waren Dulles' Firma und die Schroeder-Bank, die Hitler das Geld beschafften, das er benötigte, um seine Laufbahn als internationaler Bandit anzutreten".

Erstaunt es, daß ausgerechnet John Foster Dulles sich derart engagierte, der nachmalige US-Außenminister und Adenauer-Freund?

Doch war damals, 1932/33, nicht auch Adenauer selbst dafür eingetreten, daß die Hitlerpartei "unbedingt führend an der Regierung vertreten" sein müsse?

Er war.

Und agitierte dafür nicht mit aller Kraft auch Adenauers Glaubens- und Parteigenosse Franz von Papen, der baldige Stellvertreter Hitlers und Päpstliche Kammerherr?

Er agitierte. ...<<

14.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: Die Alliierten beschließen am 14. November 1944 in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248).

16.11.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 16. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet

War News" (x046/235-236): >>Wir werden ein Ende mit Deutschland machen. ... Es ist nicht damit getan, Deutschland zu besiegen. Es muß ausgelöscht werden. ...<<

21.11.1944

Jugoslawien: Der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens ("AVNOJ") faßt am 21. November 1944 einen Beschluß über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates und die staatliche Verwaltung des Vermögens abwesender Personen (x006/180E-182E).

In den befreiten jugoslawischen Gebieten werden die Volksdeutschen aufgrund dieses Beschlusses allmählich in Lagern inhaftiert, um das deutsche Eigentum zu beschlagnahmen (x039/227).

24.11.1944

Anti-Hitler-Koalition: Der britische Premierminister Churchill teilt dem US-Präsidenten Roosevelt am 24. November 1944 schriftlich mit, daß er mit der Verschickung von "2 oder 3 Millionen Nazis" als Zwangsarbeiter einverstanden sei (x025/262).

27.11.1944

Ostkrieg: Die 3. Ukrainische Front bricht am 27. November 1944 in Ungarn durch die schwachen deutsch-ungarischen Verteidigungsstellungen und kann erst später am Plattensee aufgehalten werden.

30.11.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 30. November 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162,236): >>Die Welt blickt auf die Rote Armee als einen Befreier ... (die Sowjetunion) bürdet ihre Ideen niemandem auf. ...<<

>>... Wir predigen niemals Rassenhaß. Wir haben nicht die Absicht, alle Deutschen physisch auszurotten ...<<

04.12.1944

Westkrieg: Britische RAF-Bomber fliegen am 4./5. Dezember 1944 vernichtende Nachtangriffe gegen Karlsruhe und Heilbronn.

Allein in Heilbronn sterben 7.147 Zivilisten (x040/252).

05.12.1944

Anti-Hitler-Koalition: In Moskau setzen die Sowjets am 5. Dezember 1944 eine ungarische Gegenregierung unter Führung des Generals Béla Miklós von Dálnok (1890-1948) ein, die sich am 7.12.1944 in Ungarn (Debrecen) niederläßt.

07.12.1944

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 7. Dezember 1944 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/233): >>... Was die deutschen Frauen angeht, so rufen sie in uns nur ein Gefühl des Abscheues hervor.

Wir verachten sie, weil sie die Mütter, Frauen und Schwestern von Henkern sind. Wir verachten sie, weil sie ihren Söhnen, Männern und Brüdern schrieben: "Schicke uns einen schönen Pelzmantel!" Wir verachten sie, weil sie Diebe und Lockvögel sind. Wir brauchen keine dieser flachshaarigen Hyänen.

Wir kommen nach Deutschland für etwas anderes – für Deutschland. Und diese spezielle flachshaarige Hexe wird uns nicht so leicht entgehen.<<

16.12.1944

Westkrieg: Im Westen führen deutsche Truppen am 16. Dezember 1944 den letzten großen Gegenangriff durch. Die Ardennenoffensive (Unternehmen: "Wacht am Rhein") beginnt mit kurzfristigen Erfolgen. In Luxemburg werden bereits am ersten Tag 2 US-Armeekorps überrollt.

Anti-Hitler-Koalition: Stalin unterschreibt am 16. Dezember 1944 die völkerrechtswidrige Weisung 7161 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnet damit die Deportation von

arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und aus der Tschechoslowakei zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

19.12.1944

Danziger Bucht: Britische Bombergeschwader fliegen am 19. Dezember 1944 Luftangriffe gegen den Flottenstützpunkt Gotenhafen und werfen 824 t Bomben ab. 9 große Kriegs- und Handelsschiffe werden im Hafen versenkt. Mehrere Schiffe brennen nach Bombentreffern völlig aus.

22.12.1944

Jugoslawien: Die jugoslawische Regierung beschließt am 22. Dezember 1944 die Beschlagnahmung des deutschen und volksdeutschen Vermögens ("Überführung in Staatseigentum"), nachträgliche Legalisierung der bereits vollzogenen Enteignungen (x039/227).

31.12.1944

Ost- und Westkrieg: Kriegsverluste der deutschen Wehrmacht vom 1.09.1939 bis zum 31.12.1944 (x016/78): Heer (einschließlich Waffen-SS) = 1.750.000 gefallene Soldaten, Kriegsmarine = 60.000 Tote, Luftwaffe = 155.000 Tote. 1.858.000 Kriegsgefangene und Vermißte, 5.240.000 Verwundete. 455.000 Kriegsteilnehmer hat man bisher wegen dauernder Wehruntauglichkeit entlassen.

Anti-Hitler-Koalition: Die ungarische Gegenregierung übergibt dem NS-Regime am 31. Dezember 1944 die Kriegserklärung.

Dezember 1944

Anti-Hitler-Koalition: In Jugoslawien, Rumänien und Ungarn beginnen Ende Dezember 1944 die ersten Zwangsverschleppungen nach Sibirien.

NS-Regime: Josef Kramer (1906 in München geboren, seit 1940 Stellvertreter des Lagerkommandanten Hoeß in Auschwitz-Birkenau) übernimmt ab Dezember 1944 die Leitung des KZ Bergen-Belsen (bis dahin ein "Privilegierten-Lager").

Infolge rücksichtsloser Führung, totaler Überbelegung und ungenügender Verpflegung bricht im KZ Bergen-Belsen im Dezember 1944 eine bedrohliche Ruhrepidemie aus. Ungeachtet dieser Epidemie kommen täglich neue Transporte aus dem Osten in Bergen-Belsen an (unter ihnen ist auch Anne Frank (1929-45), die im März 1945 an den Folgen dieser Epidemie stirbt).

1944

Anti-Hitler-Koalition: Als der jugoslawische General der Volksbefreiungsarmee Milovan Djilas (1911-1995), der Stalin erstmalig im Frühjahr 1944 besucht und danach an zahlreichen Trinkgelagen teilnimmt, die sowjetischen Massenvergewaltigungen und Plünderungen im Norden Jugoslawiens kritisiert, erwidert Stalin angeblich (x037/33,34): >>... Kennt denn Djilas ... nicht das menschliche Herz und sein Leid? Kann er nicht verstehen, wenn ein Soldat, der Tausende von Kilometern durch Blut, Feuer und Tod marschiert ist, mal seinen Spaß mit einer Frau haben möchte oder irgendeine Kleinigkeit mitgehen läßt?<<

12.01.1945

Ostkrieg: Die gigantische sowjetische Winteroffensive beginnt.

Die "Rote Armee" greift am 12. Januar 1945 mit 4 Armeen (etwa 4.400.000 Soldaten, nur Kampftruppen) die deutsche Ostfront an (x047/277, x040/259). Die sowjetischen Armeeführer sind: General Tschernjachowski (3. Weißrussische Front), Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front), Marschall Shukow (1. Weißrussische Front) und Marschall Konjew (1. Ukrainische Front).

16.01.1945

Anti-Hitler-Koalition: Churchill versichert am 16. Januar 1945 vor dem britischen Unterhaus, daß der Krieg gegen Deutschland und Japan bis zur bedingungslosen Kapitulation geführt wird.

20.01.1945

UdSSR: Die ungarische Gegenregierung unterzeichnet am 20. Januar 1945 in Moskau den sowjetisch-ungarischen Waffenstillstandsvertrag (x040/261).

Während dieser sowjetisch-ungarischen Waffenstillstandsvereinbarung verpflichten sich die Ungarn zur "Säuberung" des Landes (Verfolgung von NS-Mitgliedern und Faschisten etc.).

23.01.1945

Ostkrieg: Die 2. Weißrussische Front erreicht Elbing und versperrt am 23. Januar 1945 die letzte ostpreußische Landverbindung nach Westen (Ausnahme: Frisches Haff bei Tolkemit).

Marschall Rokossowski (2. Weißrussische Front) erteilt am 23. Januar 1945 folgende Anordnung an die Militärstaatsanwälte (x046/302): >>... daß alle Sachwerte in Ostpreußen mit dem Augenblick der Inbesitznahme durch die Truppen der Roten Armee in das Eigentum des Sowjetstaates übergehen und der Sicherstellung und dem Abtransport in die UdSSR unterliegen.<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Plünderungen (x046/302): >>... Eine Unterscheidung zwischen Privateigentum und öffentlichem- oder Reichseigentum wurde nicht getroffen. Wenn die Militärbehörden ... den riesigen "materiellen Schaden" beklagen, der "aus Mutwillen und Flegelei" in den Städten und Dörfern angerichtet worden war, so geschah diese einzig und allein aus der Sorge heraus, die bei den Deutschen gemachte Beute möchte geschmälert werden.<<

25.01.1945

Ostkrieg: Die sowjetische Frontzeitung "Krassnoarmejskaja Prawda" berichtet am 25. Januar 1945 (x028/86): >>... Es gibt kaum ein erziehenderes Schauspiel als eine brennende feindliche Stadt. Man sucht in seiner Seele nach einem Gefühl, das dem Mitleid ähnlich wäre, doch man findet es nicht. ...

Brenne, Deutschland, du hast es nicht besser verdient!

Ich will und werde dir nichts von dem verzeihen, was uns angetan wurde durch dich. ...

Brenne, verfluchtes Deutschland!<<

Ilja Ehrenburg schreibt am 25. Januar 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/235): >>Wir haben die Hexe bei ihren Haaren gepackt, und sie wird uns nicht mehr entkommen. ... Jetzt sind wir in preußischen und schlesischen Städten. ...<<

Anti-Hitler-Koalition: Premierminister Churchill führt am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.

Sinclair erhält den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>**... um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.**<<

27.01.1945

Ostkrieg: Ein sowjetischer Offizier, der später im Samland fällt, notiert am 27. Januar 1945 in seinem Tagebuch (x046/291): >>Wir hassen Deutschland und die Deutschen sehr. In einem Hause haben unsere Jungs eine ermordete Frau mit 2 Kindern gesehen. Auch auf der Straße sieht man oft ermordete Zivilisten. ...

Gewiß, es ist unwahrscheinlich grausam, die Kinder zu töten ... Aber die Deutschen haben diese Greueltaten verdient. ...<<

Anti-Hitler-Koalition: Sir Norman Bottomley (stellvertretender britischer Stabschef der Royal Air Force "RAF") erteilt Arthur Harris (Chef des strategischen RAF-Bomberkommandos) am 27. Januar 1945 folgenden Befehl (x021/184): >>... Sobald es Mond- und Wetterverhältnisse erlauben, werden Sie solche Angriffe unternehmen mit dem besonderen Zweck, die Verwirrung zu vergrößern, die vermutlich in den erwähnten Städten (Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig) während des erfolgreichen russischen Vordringens besteht.<<

30.01.1945

Ostkrieg: Beim Untergang der "Wilhelm Gustloff" verlieren am 30. Januar 1945 wahrscheinlich 5.348 Flüchtlinge, überwiegend Frauen und Kinder **(allein 3.000 Kinder!!!)** ihr Leben. Im Verlauf der dramatischen Rettungsaktion (von ca. 22.00 Uhr bis 23.15 Uhr) kann man 1.252 Flüchtlinge, Besatzungsmitglieder und Begleitmannschaften aus der eisigen Ostsee retten (x051/645).

Nach anderen Berichten überleben nur 838 Menschen die Versenkung der "Wilhelm Gustloff" (x039/109).

31.01.1945

Ostkrieg: Die sowjetische Frontzeitung "Krasnaja Swesda" berichtet am 31. Januar 1945 (x028/86): >>Wir vergessen nichts. Wir marschieren durch Pommern, vor unseren Augen aber liegt das zerstörte blutende Weißrußland. ... Vor Königsberg, vor Breslau und vor Schneidemühl denken wir an die Ruinen von Woronesch und von Stalingrad. Rotarmisten, die zur Zeit deutsche Städte stürmen, vergessen nicht, wie in Leningrad Mütter ihre toten Kinder auf kleinen Handschlitten fortschafften. Für die Qualen in Leningrad hat Berlin noch nichts bezahlt ...<<

03.02.1945

Anti-Hitler-Koalition: Stalin unterschreibt am 3. Februar 1945 die völkerrechtswidrige Weisung 7467 des Staatlichen Verteidigungskomitees und ordnet damit die Deportation von arbeitsfähigen Volksdeutschen aus Polen und von Reichsdeutschen aus den deutschen Ostprovinzen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion an (x046/279).

04.02.1945

Anti-Hitler-Koalition: Churchill, Roosevelt und Stalin treffen sich auf der Halbinsel Krim zur "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945).

NS-Regime: Hitler unterzeichnet am 4. Februar 1945 eine Anforderung der Kriegsmarine, ostdeutsche Flüchtlinge nach Dänemark zu evakuieren (x039/107).

08.02.1945

Ostkrieg: Die Sowjetpropaganda behauptet am 8. Februar 1945 in der Zeitung "Soviet War News" (x046/220): >>... (Ostpreußen), die Höhle des reaktionären Preußentums, Vorposten des viehischen deutschen Chauvinismus, sei ebensowenig deutsches Land wie das gesamte sogenannte deutsche Land östlich der Elbe.<<

Westkrieg: Das britische Innenministerium gibt am 8. Februar 1945 die Höhe der zivilen Kriegsopfer bekannt: Von September 1939 bis September 1944 sind demnach rd. 57.000 Briten umgekommen (x106/392).

10.02.1945

Ostkrieg: In Höhe von Stolpmünde wird das frühere Luxuspassagierschiff "General von Steuben" (14.660 BRT) am 10. Februar 1945 durch das sowjetische U-Boot "S 13" (Kapitänleutnant Marinesko) angegriffen.

Um 0.50 Uhr treffen 2 Torpedos das Verwundeten- bzw. Flüchtlingsschiff. Gegen 1.00 Uhr versinkt das große Schiff bereits in der Ostsee. Nur 659 Schiffbrüchige werden gerettet. Mindestens 3.608 Menschen sterben (x031/127).

11.02.1945

Anti-Hitler-Koalition: Churchill, Roosevelt und Stalin beenden am 11. Februar 1945 auf der Halbinsel Krim die "Jalta-Konferenz".

13.02.1945

Westkrieg: In den frühen Morgenstunden des 13. Februar 1945 ist die Dresdener Innenstadt wieder hoffnungslos überfüllt. Die Zahl der Treckfuhrwerke, die sich Achse an Achse durch Dresden schieben, nimmt beängstigende Formen an. Alle Straßen werden durch endlose Treckkolonnen und Tausende von Fußgängern blockiert. Ständig treffen weitere abgehetzte

Flüchtlingstrecks in der sächsischen Hauptstadt ein. Im Dresdener Hauptbahnhof herrscht ebenfalls ein unvorstellbares Chaos, denn unentwegt kommen total überfüllte Flüchtlingszüge an. Auf allen Bahnsteigen drängen sich unübersehbare Flüchtlingsmassen.
Sämtliche Häuser und Notunterkünfte sind längst besetzt. In Dresden befinden sich rd. 550.000 Einheimische und ca. 600.000 schlesische Flüchtlinge (x025/36). Die obdachlosen Flüchtlingsmassen halten sich vor allem im Hauptbahnhof oder in den Gassen und engen Straßen der Dresdener Altstadt auf. Zehntausende kampieren trotz der winterlichen Kälte auf den langgezogenen Elbwiesen. Viele Flüchtlinge hoffen, daß sie bis zur Rückkehr in Dresden bleiben können. Niemand denkt natürlich daran, daß man "für immer" in Dresden bleiben muß, aber der angeblich sichere Fluchtort wird sich schon in wenigen Stunden in eine riesige Flammenhölle verwandeln.
22.09 Uhr Der eigentliche Bombenangriff gegen Dresden beginnt. Dieser britische Luftangriff, der einige Minuten vor dem geplanten Angriffstermin stattfindet, leitet die verlustreichsten konventionellen Bombenangriffe der europäischen Kriegsgeschichte ein.
Nach den üblichen "Christbäumen" (Zielmarkierungen für Bombenziele) führen die 244 britischen Langstreckenbomber ihre "verspätete Bescherung" durch. Die RAF-Bomberschützen werfen zuerst große 2.000-4.000 kg Sprengbomben und Luftminen fächerförmig über der Stadt ab.
22.35 Uhr Nachdem die britischen Bomber ihre tödliche Fracht (etwa 3.000 Sprengbomben und 400.000 Brandbomben) abgeworfen haben, tritt die RAF-Bomberflotte den Rückflug an (x027/93).
NS-Regime: Hitler bestätigt am 13. Februar 1945 indirekt den "Vollzug der Endlösung" (x036/194): >>Ich habe gegen die Juden mit offenem Visier gekämpft. Ich habe ihnen bei Kriegsausbruch eine letzte Warnung zukommen lassen. Ich habe sie nicht im ungewissen darüber gelassen, daß sie, sollten sie die Welt von neuem in den Krieg stürzen, diesmal nicht verschont bleiben würden - daß das Ungeziefer in Europa endgültig ausgerottet wird. ...<<
14.02.1945
Westkrieg: **1.22 Uhr** Der britische Hauptangriff gegen Dresden beginnt. Dieser 2. Luftangriff der britischen Bomberflotte versetzt Dresden endgültig den Todesstoß. Jetzt wird die sächsische Hauptstadt zum Massengrab für Tausende.
Die 529 britischen Bombenflugzeuge haben sich etwas verspätet, deshalb beginnt der "gefährliche Kampfeinsatz" erst 7 Minuten später als geplant. Bei diesem Angriff benötigen die RAF-Bomberpiloten keine Markierungen, denn die Bombenziele sind hauptsächlich die letzten dunklen Stellen im riesigen Flammenmeer, wie der Hauptbahnhof, der ca. 2 km lange "Große Garten" und die Elbwiesen. Dorthin sind die Überlebenden des 1. Luftangriffs geflohen.
Der RAF-Luftflottenführer erteilt per Sprechfunk den Befehl zum Angriff: >>**BOMBARDIEREN SIE ALLE STADTTEILE, DIE NOCH NICHT BRENNEN**.<<
1.55 Uhr Die RAF-Bomberschützen werfen ihre letzten Bomben auf die restlichen dunklen Stellen des Flammenmeeres und beenden den 2. Vernichtungsangriff gegen Dresden. Im Verlauf der 2. Bombardierung werden 5.000 schwere Sprengbomben und 200.000 Brandbomben über Dresden "abgeladen" (x027/93).
12.00 Uhr Das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 14. Februar 1945 bekannt (x013/-445): >>... Die Briten richteten in der vergangenen Nacht Terrorangriffe gegen das Stadtgebiet von Dresden.<<
Fast gleichzeitig beginnt der 3. und damit letzte Teil der anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen Dresden. Pünktlich zur Mittagszeit vollenden 311 US-Langstreckenbomber der 8. US-Luftflotte das Vernichtungswerk der Briten. Sie werfen insgesamt 771 t ab (x040/266).
12.13 Uhr Die US-Bomber laden ihre letzten Spreng- und Phosphorbrandbomben ab und beenden die britisch-nordamerikanische **"Operation Donnerschlag"**. Danach dreht die US-

Luftflotte in aller Ruhe nach Westen ab.
Von Fritsch-Seehausen, der damals die Bergung und Registrierung der Dresdener Todesopfer leitet, gibt die Verluste mit mindestens 300.000 an (x025/239). Die "Joint Relief Commission" des IKRK geht von etwa 275.000 Todesopfern aus (x028/219). Andere Schätzungen reichen damals von 60.000-200.000 Tote (x049/126, x023/347), 60.000-245.000 Tote (x092/-923), 90.000-135.000 (x062/573), 250.000 Tote (x122/450, x129/106) oder sogar bis 400.000 Todesopfer (x028/219).
Der deutsche Historiker und Autor Jörg Friedrich berichtet später (im Jahre 2002) in seinem Buch "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" über den anglo-amerikanischen Luftkrieg während der letzten Kriegsmonate (338/246,247): >>Als die Flugzeugindustrie, ein strikt militärisches Ziel, in Trümmern lag, war die Bodenlage in Deutschland zur Luft hin ein Zustand vollendeter Ohnmacht. … Eine von militärischen Zwecken fast entbundene, von jedem Gefechtsrisiko befreite Vernichtungswalze bearbeitete von Januar bis Mai 1945 noch einmal das Land. …<<
>>… Im Bombenkrieg fielen im Jahr 1944 im Tagesdurchschnitt 127 Personen. Von Januar 1945 bis zur Kapitulation tötete er täglich 1.023 Personen, insgesamt 130.000. Die vier letzten Monate sind der Gipfel der Kampagne. Beide Luftflotten werfen 370.000 Tonnen Munition ab
16.02.1945
Anti-Hitler-Koalition: Der Schweizerische Bundesrat beschließt am 16. Februar 1945, alle deutschen Bankguthaben (Geld, Schmuck und andere Wertgegenstände) zu beschlagnahmen (x136/168).
23.02.1945
Ostkrieg: Die Agitationslosung zum 27. Jahrestag der Roten Armee vom 23. Februar 1945 lautet (x046/305): >>... Zahlen wir den deutsch-faschistischen Unmenschen heim für die Ausplünderung und Zerstörung unserer Städte und Dörfer, für die Vergewaltigung unserer Frauen und Kinder, für die Hinmordung und Verschleppung der Sowjetmenschen in die deutsche Knechtschaft! Rache und Tod den faschistischen Unholden!<<
Anti-Hitler-Koalition: Die Türkei übergibt dem NS-Regime am 23. Februar 1945 die Kriegserklärung (Kriegszustand ab 1.03.1945).
27.02.1945
Ostkrieg: Ein sowjetischer Unterleutnant, der am 27. Februar 1945 in deutsche Kriegsgefangenschaft gerät, berichtet, daß man in Ostdeutschland Plakate mit folgenden Haßparolen aufgestellt hat (x046/305): >>Schlagt die faschistischen Bestien tot! Nehmt Rache an den Faschisten! Denkt an die von den Faschisten gemordeten Frauen und Kinder und rächt Euch dafür.<<
28.02.1945
Anti-Hitler-Koalition: US-Präsident Roosevelt verkündet am 28. Februar 1945 in Washington, daß Deutschland und Japan vor Ablauf von 50 Jahren keine UN-Mitglieder werden können.
01.03.1945
Anti-Hitler-Koalition: Eine "Außerordentliche Staatliche Kommission" der Sowjetunion behauptet am 1. März 1945, daß mindestens fünf Millionen Menschen in Auschwitz vernichtet worden seien (x046/181).
03.03.1945
Anti-Hitler-Koalition: Finnland wechselt am 3. März 1945 offiziell die Seiten und übergibt dem NS-Regime die Kriegserklärung (rückwirkend ab 19.09.1944).
06.03.1945
Westkrieg: 191 britische Bomber greifen am 6. März 1945 die Hafenstadt Saßnitz an und "laden" über 5.000 t Spreng- und Brandbomben sowie Luft- und Magnetminen ab. Im Saßnit-

zer Hafen sinken mehrere Kriegs-, Lazarett- und Flüchtlingsschiffe. Die Stadt Saßnitz brennt lichterloh (x031/142).

07.03.1945

Westkrieg: US-Truppen brechen am 7. März 1945 den letzten deutschen Widerstand in Köln.

08.03.1945

Ostkrieg: Die sowjetischen Agitatoren Gorbatov und Kurganov schreiben am 8. März 1945 in der Zeitung "Soviet War News" über die Deutschen (x046/235): >>Sie sind eingefangene Raubtiere. Ihre Zähne sind ihnen ausgebrochen, aber ihre Bosheit ist geblieben. ...<<

Ilja Ehrenburg schreibt am 8. März 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/236): >>Die einzige historische Mission, wie ich sie sehe, besteht bescheiden und ehrenwert darin, die Bevölkerung von Deutschland zu vermindern. ...<<

Anti-Hitler-Koalition: Der Schweizerische Bundesrat und die westlichen Alliierten schließen am 8. März 1945 einen Vertrag über die Beschlagnahmung und Überprüfung (Identität, Ursprung, etc.) der deutschen Bankguthaben (x136/168).

09.03.1945

Japan: 279 US-Fernbomber bombardieren am 9./10. März 1945 Tokio und zerstören 25 % aller Gebäude. In Tokio sterben 83.793 Zivilisten, 40.918 Japaner werden verletzt (x040/270).

Der britische Historiker Paul Kennedy schreibt später über den US-Luftangriff gegen Tokio (x166/348): >>... Von der Jahreswende (1945) an wurden die Luftangriffe verstärkt. Nach kurzer Zeit entschied der bärbeißige Kommandeur der B-29-Geschwader, Leutnant-General Curtis LeMay, daß die Bombardierungen aus großer Höhe nicht genug Schaden anrichteten und das Fliegen in solchen Höhen wahrscheinlich unnötig sei, denn die japanische Luftabwehr war viel schwächer als die, die er in Europa erlebt hatte.

Ohne Rücksprache mit Washington ließ er die Maschinen von großen Teilen ihrer schweren Panzerung und ihrer ferngesteuerten Zielausrüstung befreien, um größere Kapazitäten für Treibstoff und eine neuartige Bombe zu schaffen – eine mit Napalm gefüllte Brandbombe, die dazu entworfen wurde, Japans verwundbare hölzerne Städte niederzubrennen.

Am 9./10. März 1945 hoben 333 Bomber von den Marianen ab, flogen über die Kämpfe auf Iwojima (japanische Vulkaninsel) und verwüsteten Tokio im größten Feuersturm des gesamten Krieges. In den Tagen darauf erlitten Nagoya, Osaka und Kobe das gleiche Schicksal.

LeMay zerstörte die japanische Industrie gründlich, nach Tolands Berechnungen "waren fast 120 Quadratkilometer äußerst wichtiger Industrieanlagen verbrannt". Insgesamt waren 2 Millionen Gebäude zerstört, und 13 Millionen Zivilisten hatten ihre Häuser verloren. Strategische Bombardements funktionieren.

Das große moralische Problem bestand genau wie bei der gleichzeitigen alliierten Bombardierung darin, daß die Zerstörung der feindlichen Kriegsindustrien auch das Leben Hunderttausender Zivilisten forderte, die meisten von ihnen Frauen, Kinder und Alte.

An diesem Punkt des Krieges stellten allerdings nicht viele auf der Siegerseite die zeitlose Frage der Lehre des "gerechten Krieges" nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki waren weitgehend das Epitaph (Grabinschrift bzw. Gedenktafel) für die früheren größeren Zerstörungen aus der Luft. ...<<

12.03.1945

Jugoslawien: In den Dörfern Gakovo und Krusevlje (nahe der jugoslawisch-ungarischen Grenze) werden ab 12. März 1945 große Konzentrationslager für die deutsche Bevölkerung der westlichen Batschka errichtet (x006/442).

15.03.1945

Ungarn: Die provisorische ungarische Nationalregierung erläßt am 15. März 1945 eine Verordnung über die Liquidierung des Großgrundbesitzes (x008/76E-77E).

17.03.1945

Westkrieg: General Eisenhower erklärt am 17. März 1945 die Gebiete um Frankfurt/Main und Mannheim zu Vernichtungszonen und fordert die Bevölkerung auf, diese Städte zu verlassen.

Anti-Hitler-Koalition: Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldet am 17. März 1945, daß rund 60.000 Franzosen wegen Kollaboration mit den Deutschen verhaftet worden sind.

22.03.1945

Ostkrieg: Ilja Ehrenburg schreibt am 22. März 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" über das Schicksal der deutschen Frauen (x046/235): >>... Lassen wir sie denn heulen in den dunklen, mondlosen Nächten vor dem Ende. Deutschland wird so viele Tränen vergießen, daß sich die scheußliche Spree zu einem breiten Strom ausweitet. ... Wir sind nach Deutschland gekommen, um ihm den Garaus zu machen.<<

Westkrieg: Am 22. März 1945 greifen britische und kanadische Bomber die niedersächsische Stadt Hildesheim an.

27.03.1945

Westkrieg: Die anglo-amerikanischen Truppen werden in Westdeutschland fast überall als Befreier begrüßt und gefeiert.

Ein Stuttgarter SD-Bericht erläutert am 27. März 1945 die fehlende Kampfbereitschaft der Westfront (x114/2.13): >>Teils sind die Volksgenossen über das rasche Vordringen der Anglo-Amerikaner an der Westfront bestürzt, zum großen Teil aber ist die hiesige Bevölkerung "beinahe froh", daß dieser Krieg endlich für sie ein Ende nimmt. Angst vor den Amerikanern und Engländern - man ist der festen Überzeugung, unser Gebiet werde von Amerikanern besetzt - besteht nirgends. So kommt es auch, daß die Volksgenossen fest entschlossen sind, hier zu bleiben. Es komme ja nicht der Russe, sondern ein kultiviertes Volk, und man wisse aus den bereits besetzten Gebieten, daß es den dortigen Bewohnern unter der alliierten Besetzung gut gehe.<<

Anti-Hitler-Koalition: Argentinien übergibt am 27. März 1945 die letzte Kriegserklärung an das NS-Regime.

Während des Zweiten Weltkrieges geben 53 Staaten offizielle Kriegserklärungen ab. Am Kriegsende befinden sich 67 Staaten mit dem NS-Staat im Kriegszustand (x038/1917). In Europa bleiben nur Irland, Portugal, Spanien, Schweden und die Schweiz neutral.

Polen: Im Verlauf einer "Besprechung" läßt Marschall Shukow am 27. März 1945 16 führende Persönlichkeiten der polnischen Untergrundbewegung inhaftieren. Zu den Verhafteten gehören auch der letzte Befehlshaber der polnischen AK-Heimatarmee (General Leopold Okulicki), Führer der polnischen Partisanenorganisation und der stellvertretende Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung (Jan St. Jankowski). Diese "unbequemen" Polen werden am 21.06.1945 wegen angeblicher Sabotageakte zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt (x040/274).

28.03.1945

Anti-Hitler-Koalition: General Eisenhower teilt Stalin am 28. März 1945 telegrafisch mit, daß man die sowjetischen Truppen auf der Linie Erfurt - Leipzig - obere Elbe erwarten wird (x040/274). Stalin, der sämtliche verfügbaren Truppen gegen Berlin einsetzen läßt, antwortet verharmlosend, daß die Rote Armee nur mit unbedeutenden Kräften gegen Berlin vorgehen wird.

30.03.1945

Ostkrieg: In den frühen Morgenstunden besetzen Truppen der 2. sowjetischen Stoßarmee (Generaloberst Fedjuniski) am 30. März 1945 die Festung Danzig. Etwa 200.000 Zivilisten können nicht mehr entkommen (x001/49E). Sie werden schon bald durch die unfaßbare Bruta-

lität der "Befreier" schockiert, denn nach dem Einmarsch gleicht Danzig einem "Hexenkessel".

31.03.1945

Westkrieg: Generalfeldmarschall Montgomery muß am 31. März 1945 auf die geplante britische Offensive gegen Berlin verzichten, weil General Eisenhower jegliche Angriffe verbietet (x040/275).

01.04.1945

NS-Regime: Der Rundfunk gibt am 1. April 1945 das Bestehen der "Werwolf-Organisation" bekannt (x033/599).

Die "Werwölfe" sollen den Widerstand bzw. Partisanenkampf hinter den feindlichen Linien der Besatzungsarmeen aufnehmen.

03.04.1945

Westkrieg: 700 US-Bomber werfen 2.200 t Bomben auf Kiel (x040/276).

Im Kieler Hafen sinken am 3. April 1945 u.a. der schwere Kreuzer "Admiral Hipper", 3 U-Boote und die Flüchtlingsschiffe "Olivia" und "New York".

05.04.1945

Protektorat Böhmen und Mähren (Tschechoslowakei): Am 5. April 1945 nimmt die neue tschechoslowakische Regierung der Nationalen Front das "Kaschauer Programm" an (x004/-184-202).

Die tschechischen Partisanen und Widerstandskämpfer sollen außerdem größere Beteiligungen am beschlagnahmten deutschen Vermögen und zusätzliche Privilegien erhalten (x004/69).

Schweiz: Der letzte NS-Raubgoldtransport aus Berlin trifft am 6. April 1945 in Bern ein (x136/169).

07.04.1945

Westkrieg: Alliierte Bomber greifen am 7. April 1945 den Lüneburger Güterbahnhof an und bombardieren auch einen Güterzug mit rd. 400 Häftlingen, der aus dem KZ-Außenlager Wilhelmshaven kommt.

09.04.1945

Ostkrieg: Nachdem fast sämtliche Königsberger Munitions- und Verpflegungslager in sowjetische Gewalt geraten sind, entschließt sich General Lasch am 9. April 1945 zur Kapitulation. Im Verlauf der kurzen Übergabeverhandlungen garantiert Marschall Wassilewski den deutschen Soldaten zwar ehrenhafte Übergabebedingungen und der Zivilbevölkerung normale Lebensbedingungen, aber nach der Kapitulation hält man leider keine Zusage ein. Am Abend marschiert die Rote Armee in Königsberg ein und verbreitet sofort Angst und Schrecken in der eroberten Stadt, die zur Plünderung freigegeben wird.

Bei den Kämpfen um Königsberg und in den ersten Tagen der Besetzung kommen nach sowjetischen Schätzungen etwa 30.000 Zivilisten um (x002/107). General Otto Lasch überlebt zwar die Kriegsgefangenschaft, kehrt aber erst im Jahre 1955 nach Deutschland zurück.

Von den etwa 120.000 deutschen Zivilisten, die nach dem Ende der Kämpfe in sowjetische Gewalt geraten, werden in den folgenden Monaten und Jahren der "sowjetischen Verwaltung" rund 90.000 Königsberger, meistens Frauen, Kinder und alte Menschen, überwiegend verhungern oder an Seuchen sterben (x046/199).

10.04.1945

Westkrieg: Hannover ist nach 88 Bombenangriffen vielerorts fast restlos zerstört (x115/109).

Britische RAF-Bomber laden 2.634 t Bomben über dem Kieler "Flüchtlingshafen" ab (x040/-277). Der schwere Kreuzer "Admiral Scheer" und weitere Schiffe werden am 10. April 1945 versenkt.

11.04.1945

Westkrieg: Nordamerikanische Truppen marschieren am 11. April 1945 in Thüringen ein. Sie

befreien im KZ Buchenwald (bei Weimar) rund 21.000 Häftlinge (x114/2.22).
Anti-Hitler-Koalition: Stalin und der serbische Partisanenführer Tito schließen am 11. April 1945 einen Bündnis- und Freundschaftsvertrag.

12.04.1945

Ostkrieg: In Schlesien erhält Gauleiter Hanke für die "tapfere Verteidigung" der Festung Breslau am 12. April 1945 den höchsten Verdienstorden des Dritten Reiches (das "Goldene Kreuz des Deutschen Ordens").
In Jugoslawien gehen die serbischen Partisanen in Syrmien (Ostkroatien) am 12. April 1945 zum Großangriff über, so daß die Wehrmacht größere Gebiete räumen muß.
Ilja Ehrenburg schreibt am 12. April 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162,232): >>... Es ist Zeit festzustellen, daß die Siege der Roten Armee Siege des Sowjetsystems sind. Wir lenken die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß es unser Volk war, welches Europa und die Welt vor dem Faschismus errettete. ...<<
>>... Wir verachten die Deutschen, weil sie moralisch und physisch schamlos sind. ... Wir verachten die Deutschen wegen ihrer Stupidität. Wir verachten die Deutschen wegen ihrer Habgier, "Wir verachten die Deutschen wegen ... ihres Blutdurstes, der mit sexueller Perversion verbunden ist. Wir verachten die Deutschen wegen ihrer Grausamkeit - der Grausamkeit des Wiesels, das den Wehrlosen erwürgt. ... Wir verachten sie, weil wir Menschen sind und Sowjetmenschen dazu. Der Anblick deutscher Männer und Frauen, dreht einem den Magen um.<<
Westkrieg: Einheiten der 2. US-Panzerdivision (General William H. Simpson) überqueren am 12. April 1945 bei Magdeburg die Elbe, um nach Berlin vorzustoßen. Eisenhower verbietet jedoch weitere Angriffe, obgleich auch Churchill die Einnahme Berlins fordert.
Lüneburg wird am 12. April 1945 fast kampflos besetzt und entgeht der Zerstörung.
Anti-Hitler-Koalition: US-Präsident Roosevelt stirbt am 12. April 1945 nach einem Gehirnschlag.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident Roosevelt (x068/228): >>Im selben Jahr, in dem der deutsche "Führer" sein Terrorregiment antrat, begann jenseits des Ozeans, nur wenige Wochen darauf, F. D. Roosevelt sein Amt anzutreten; beide regierten 12 Jahre, und im selben Jahr, im selben Monat starben sie. ...<<
Vizepräsident Harry S. Truman (1884-1972) wird Roosevelts Nachfolger. Hitlers und Goebbels' Euphorie ist jedoch unbegründet, denn Truman (ein unerfahrener Außenpolitiker) bemüht sich fast krampfhaft, die nordamerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen korrekt und loyal einzuhalten.

13.04.1945

Ostkrieg: Die österreichische Hauptstadt Wien wird am 13. April 1945 durch sowjetische Truppen erobert.
Nach der Eroberung Wiens besetzt die Rote Armee (3. Ukrainische Front, Oberbefehlshaber Marschall Tolbuchin) bis zur allgemeinen Kapitulation das Burgenland und die Steiermark.
Westkrieg: Am 13./14. April 1945 werfen britische RAF-Bomber 1.905 t Bomben über dem Kieler "Flüchtlingshafen" ab (x040/278).

14.04.1945

UdSSR: Am 14. April 1945 wird der sowjetische Chefhetzer Ehrenburg offiziell kritisiert ("Genosse Ehrenburg vereinfacht zu sehr").
Die Prawda und andere sowjetische Tageszeitungen weisen gleichzeitig darauf hin, daß Ehrenburg nicht die öffentliche Meinung der Sowjetunion vertreten würde (x010/26): >>Die Rote Armee kämpfe für die Liquidierung der hitlerischen Armee des Hitlerstaates, der Hitlerregierung, aber niemals sei ihr die Aufgabe gestellt oder würde ihr gestellt, das deutsche Volk

zu vernichten.<<
Die "glänzende Ära" des sowjetischen Chefhetzers ist damit zwar vorübergehend beendet, aber Ehrenburg genießt weiterhin Stalins Vertrauen. Er wird nach dem Kriegsende als politischer Agitator in den befreundeten Ländern Ost-Mitteleuropas eingesetzt, um die kommunistische Machtübernahme durchzusetzen (x046/155).
Da die Mitteldeutschen zukünftig wichtige politische Aufgaben übernehmen sollen und deshalb unbedingt geschont werden müssen, läßt Stalin die bisherige Kriegspropaganda einstellen. Stalin erklärt später vor der sowjetischen Großoffensive gegen die Reichshauptstadt Berlin, daß Verbrecher wie Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleiben wird (x028/86).

15.04.1945

Westkrieg: Der britische Luftangriff gegen Potsdam (1.751 t Bomben) fordert am 14./15. April 1945 rund 5.000 Todesopfer (x040/278).
Nürnberg wird am 15. April 1945 nach 4tägigen Kämpfen durch US-Truppen besetzt.
Britische Truppen befreien am 15. April 1945 das völlig überfüllte Konzentrationslager Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide.

16.04.1945

Ostkrieg: Vor Libau versenken sowjetische Bomber am 16. April 1945 den Dampfer "Cap Guir". 774 Menschen kommen um (x031/164).
Am 16. April 1945, um 23.50 Uhr, wird das Passagierschiff "Goya" (5.230 BRT) vor Stolpmünde/Ostpommern durch das sowjetische U-Boot "L 3" (Kapitänleutnant Konovalow) torpediert. Die "Goya" erhält kurz hintereinander 2 Torpedotreffer (mittschiffs und achtern) und geht schon nach wenigen Minuten unter. Die Schiffsbesatzungen des Geleitzuges können nur 165 Menschen retten. Für 6.666 Flüchtlinge, Schwerverwundete, Besatzungsmitglieder und Begleitmannschaften kommt jede Hilfe zu spät (x031/164).

17.04.1945

Westkrieg: Freudenstadt und Pforzheim werden am 17. April 1945 durch französische Truppen besetzt.
Barbara Johr berichtet später über den Einmarsch der französischen Truppen (x037/62): >>Nach der Übergabe der Stadt (Freudenstadt) kam es zu Plünderungen, Brandstiftungen und Vergewaltigungen. ... Dr. Renate Lutz meint dazu, sie allein habe ... etwa 600 vergewaltigte Frauen behandelt und ergänzt: "Man muß bedenken, viele Frauen sind gar nicht ins Krankenhaus gekommen. Sie sind zu ihren Ärzten gegangen. Und sehr viele haben sich geschämt und sich gar nicht behandeln lassen." ...
Pforzheim wurde zur gleichen Zeit wie Freudenstadt eingenommen. Im städtischen Verwaltungsbericht für die Jahre 1939-1945 heißt es: "Die Bevölkerung ... hatte unter den Übergriffen der französischen Truppen - insbesondere der Marokkaner, die Tunesier verhielten sich durchweg anständig - aufs schwerste zu leiden. ...<<
Obgleich französische Truppen aus den afrikanischen Kolonien im Jahre 1945 in einigen Orten Südwestdeutschlands (wie z.B. in Freudenstadt) sexuelle Exzesse verüben, halten sich die Notzuchtverbrechen im Westen des Deutschen Reiches insgesamt "in Grenzen" (x026/53).

18.04.1945

Westkrieg: Der "Ruhrkessel" (Generalfeldmarschall Model) stellt am 18. April 1945 den Widerstand ein. Rd. 325.000 Soldaten geraten in nordamerikanische Gefangenschaft (x040/278).
Generalfeldmarschall Walter Model begeht 3 Tage später Selbstmord.

22.04.1945

Westkrieg: Stuttgart wird am 22. April 1945 durch französische Truppen besetzt.
Ingrid Schmidt-Harzbach und Barbara Johr berichten später über die Sexualverbrechen der westlichen Alliierten in Stuttgart (x037/34-35): >>... Vergewaltigung war kein Privileg der

Roten Armee. Beim Einmarsch französischer Truppen im April 1945 in Stuttgart und Umgebung konnte die Polizei später 1.198 Vergewaltigungsfälle ermitteln. Die betroffenen Frauen waren im Alter von 14 bis 74 Jahren. Laut Polizeibericht seien die meisten Frauen durch turbantragende Marokkaner in ihren Wohnungen überwältigt worden. Vier Frauen seien umgebracht worden und vier andere hätten nach ihrer Vergewaltigung Selbstmord begangen. ...<<

25.04.1945

Ost- und Westkrieg: In Leckwitz findet am 25. April 1945 das erste inoffizielle Treffen zwischen Nordamerikanern und Sowjets statt. Soldaten der 69. US-Division entdecken am Ostufer der Elbe ein Massaker der Roten Armee. Die Elbufer sind vielerorts mit ausgeplünderten, zertrümmerten Treckfahrzeugen und toten Flüchtlingen bedeckt (x044/40).

Die ersten größeren nordamerikanischen und sowjetischen Truppenverbände treffen sich erst 3 Stunden später in der Nähe von Torgau an der Elbe. Die offizielle sowjetisch-nordamerikanische Verbrüderungsfeier verläuft ausgesprochen freundschaftlich (mit Schulterklopfen, herzlichen Umarmungen und Verbrüderungen).

27.04.1945

Ostkrieg: In Berlin finden trotz der sowjetischen Überlegenheit erbitterte Abwehrkämpfe statt. Pioniere sprengen am 27. April 1945 mehrere Schleusen des Landwehrkanals, um die sowjetischen Truppen aus den U-Bahnschächten zu vertreiben. Ungezählte Berliner, die in die "sichere" U-Bahn geflüchtet sind, ertrinken.

Österreich: Der ehemalige Staatskanzler Karl Renner (1870-1950) bildet am 27. April 1945 in Wien eine provisorische österreichische Regierung und erklärt die Unabhängigkeit Österreichs.

28.04.1945

Ostkrieg: Sowjetische Truppen besetzen am 28. April 1945 Neubrandenburg.

Die Rote Armee nähert sich am 28. April 1945 unaufhaltsam der Berliner Reichskanzlei.

Italien: Benito Mussolini, der mit seiner Freundin Clara Petacci in die Schweiz fliehen will, wird bei Dongo (Oberitalien) von kommunistischen Partisanen abgefangen und am 28. April 1945 erschossen.

Die Ermordeten werden anschließend nach Mailand transportiert und dort öffentlich aufgehängt (x040/281).

Mussolini sagt angeblich vor seiner Hinrichtung (x063/545): >>Und Euch habe ich ein Imperium gegeben! ...<<

Die "New York Times" berichtet am nächsten Tag (x063/545): >>Die Menge trampelte, spie und schlug auf die Leichen ein, den ganzen Tag hindurch. Nun, in der Nacht, hängen sie mit dem Kopf nach unten zur allgemeinen Schaustellung in Mailand.<<

29.04.1945

Westkrieg: Nordamerikanische Truppen befreien am 29. April 1945 das KZ Dachau (bei München).

Kapitulationsverhandlungen: Am 29. April 1945 kapituliert Generaloberst Heinrich von Vietinghoff-Scheel (Heeresgruppe C) in Caserta (Italien). Kapitulationsbeginn ist der 2. Mai 1945, 14.00 Uhr.

NS-Regime: Hitler diktiert am 29. April 1945 sein privates und ein politisches Testament. In seinem politischen Testament bestimmt der Führer Großadmiral Dönitz zum Nachfolger. Danach heiratet Hitler seine langjährige Lebensgefährtin Eva Braun.

30.04.1945

Westkrieg: München wird am 30. April 1945 durch die 7. US-Armee besetzt.

Der US-Propagandaoffizier Ernest Langendorf berichtet damals über die Befreiung Münchens (x114/2.48): >>Den Empfang, der uns durch die großen Massen bereitet wurde, die sich schon wenige Minuten nach unserer Ankunft um unseren Jeep versammelt hatten, kann man fast als

enthusiastisch bezeichnen. Wir hatten es nicht leicht, uns an die Vorschriften der "Nichtverbrüderungspolitik" zu halten, da der Wagen von Leuten beiderlei Geschlechts völlig gestürmt wurde, die uns Küsse und Blumen und alle möglichen Andenken anboten.
Die Worte: "Endlich, endlich erlöst!" dürften das vorherrschende Gefühl der Massen gewesen sein. Ich habe den Eindruck, daß diese Freude nicht gekünstelt war, denn unser Auftauchen im Herzen der Stadt bedeutete für sie das Ende der Bombennächte, der Alarme und des tatsächlichen Kampfes. ...<<

Anti-Hitler-Koalition: Der spätere SED-Mitbegründer Walter Ulbricht (1893-1973), der sich seit 1937 im Moskauer Exil aufhält, trifft am 30. April 1945 per Flugzeug in Berlin ein. Die kommunistische "Gruppe Ulbricht" beginnt danach in der späteren sowjetischen Besatzungszone unverzüglich mit sozialistischen Umgestaltungsmaßnahmen.

NS-Regime: Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlicht, entzieht sich am 30. April 1945 erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler schießt sich einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbeißt vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

01.05.1945

NS-Regime: Am Abend vergiftet Magda Goebbels ihre ahnungslosen Kinder (Helga, Hilde, Helmut, Holde, Hedda und Heide, Alter: 4 bis 12 Jahre). Nach dem Tod ihrer Kinder läßt sich das Ehepaar Goebbels am 1. Mai 1945, um 21.00 Uhr, im Garten der Reichskanzlei durch SS-Posten erschießen.
Die letzten Selbstmörder sind Wilhelm Burgdorf und Hans Krebs. Die beiden Generäle erschießen sich nach einer feuchtfröhlichen Abschiedsfeier im Führerbunker.
Die Leichen der NS-Führer (Hitler und Goebbels) werden im Garten der Reichskanzlei befehlsgemäß mit Benzin übergossen und von Angehörigen der SS-Garde in Brand gesetzt. Die Leichenverbrennung gelingt jedoch trotz mehrmaliger Versuche nur unvollständig.
Hitlers Nachfolger, Großadmiral Karl Dönitz, wird durch Bormann (ein gefürchteter Intrigant und Chef aller Gauleiter) am 1. Mai 1945, um 15.18 Uhr, über den Tod des Führers informiert.

02.05.1945

Ostkrieg Weibliche Sanitätssoldaten der Roten Armee dringen morgens kampflos in den Führerbunker ein.
Festungskommandant General Weidling kapituliert am 2. Mai 1945, um 15.00 Uhr. Der Kampf um Berlin ist zu Ende.

Kapitulationsverhandlungen: Großadmiral Dönitz (nach Hitlers Selbstmord amtierender "Reichspräsident") bevollmächtigt am 2. Mai 1945 erfahrene Wehrmachtsbefehlshaber, unverzüglich Teilkapitulations- und Übernahmeverhandlungen aufzunehmen.

03.05.1945

Westkrieg: Britische Truppen rücken am 3. Mai 1945 in die "offene Stadt" Hamburg ein.
Britische Bombergeschwader fliegen am 3. Mai 1945 Tagesangriffe gegen die "Flüchtlingshäfen" in der Kieler, Lübecker und Neustädter Bucht. Sie vernichten 2 schwere Kreuzer und 23 große Handels- bzw. Flüchtlingsschiffe.
Nach diesen völlig überflüssigen Terrorangriffen stellt das britische RAF-Bomberkommando die Luftangriffe gegen West- und Mitteldeutschland ein.

04.05.1945

Kapitulationsverhandlungen: Feldmarschall Montgomery (britischer Oberbefehlshaber) akzeptiert am 4. Mai 1945 die deutsche Teilkapitulation, weil er weitere deutsch-britische Kämpfe vermeiden will (x023/353).

05.05.1945

Ostkrieg: Am Morgen des 5. Mai 1945 bricht urplötzlich der tschechische Aufstand gegen

die deutsche Besatzungsmacht los. Gegen Mittag massakrieren kommunistische Kampfgruppen die SS-Wachen des Rundfunksenders Prag II. Die Aufständischen besetzen danach den Sender und rufen die tschechische Bevölkerung zum bedingungslosen Aufstand auf (x004/-55).

06.05.1945

Ostkrieg: Nach der Flucht des Gauleiters Karl Hanke leitet General Niehoff in Breslau unverzüglich Kapitulationsverhandlungen ein. Im Verlauf der zähen Verhandlungen erklären sich die Sowjets schließlich bereit, den Wehrmachtssoldaten (einschl. Waffen-SS) und den Volkssturmangehörigen sowie der Zivilbevölkerung normale Lebensbedingungen zu garantieren.

Festungskommandant General Niehoff kapituliert offiziell am 6. Mai 1945 um 13.00 Uhr (14.00 Uhr Moskauer Zeit).

Vor dem sowjetischen Einmarsch herrscht in Breslau unheimliche Stille. Am späten Nachmittag wird diese beängstigende Friedhofsruhe allmählich durch laute russische Musik unterbrochen, die aus riesigen Propaganda-Lautsprechern dröhnt. Als die siegreichen "Befreier" am Abend in die Festung einziehen, spielen die Sowjets Melodien von Strauß usw.

Für die Breslauer Zivilbevölkerung beginnt danach eine endlose Zeit der Angst und des Schreckens, denn man hält die Kapitulationsvereinbarungen und ehrenvollen Übergabebedingungen leider nicht ein. General Niehoff verbringt später 5 Jahre im Gefängnis und kehrt erst nach 10 1/2 Jahren aus der sowjetischen Gefangenschaft zurück.

Bei den langen Kämpfen um Breslau kommen etwa 40.000 Zivilisten um (x001/54E). Mindestens 6.000 deutsche Soldaten und Volkssturmangehörige fallen. 38.000 Soldaten (davon 17.000 Verwundete) gehen in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x045/118). Bis Ende März 1945 hatte man noch rund 6.000 verwundete Soldaten ausfliegen können.

Die Verluste der Roten Armee, die während der Breslauer Belagerung etwa 150.000-200.000 Soldaten einsetzt, betragen nach sowjetischen Angaben 5.000 Offiziere und 55.000 Soldaten (x045/118).

Die beiden letzten Stadtkommandanten Breslaus, General Hans von Ahlfen (1897-1966) und General Hermann Niehoff (1897-1980), berichten später in ihrem Buch "So kämpfte Breslau. 1945: Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt" (x045/119): >>... Wer je eine Straße gesehen hat, an der deutsche Trecks von sowjetischen Panzern niedergewalzt und zusammengeschossen – ein Anblick des Grauens – zerfetzt und durchsiebt in den Straßengräben lagen, wird am Ende dieses Buches vielleicht doch zu dem Urteil kommen können, das Breslaus Opfer, so groß und schmerzlich sie waren, gering erscheinen gegenüber jenem Ausmaß an Tod und Verderben, vor dem der Kampf Breslaus die nach Westen in die Freiheit ziehenden Schlesier bewahrt hat.<<

Im Sudetenland, Protektorat Böhmen und in Mähren beginn am 6. Mai 1945 die "Prager Operation" gegen die Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Schörner) und die Heeresgruppe Ostmark (Generaloberst Rendulic). An dieser letzten sowjetischen Großoffensive beteiligen sich u.a. die 1. Ukrainische Front (Marschall Konjew), die 4. Ukrainische Front (Marschall Jeremenko) und die 2. Ukrainische Front (Marschall Malinowski).

US-General Patton fordert am 6. Mai 1945 hartnäckig den Vormarsch nach Prag. General Eisenhower (Oberbefehlshaber der Westalliierten) lehnt die Besetzung der Tschechoslowakei jedoch weiterhin strikt ab (x040/284).

07.05.1945

Kapitulationsverhandlungen: Generaloberst Alfred Jodl (Chef des OKW), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (Luftwaffe) unterzeichnen am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation (in Kraft ab 9.05.1945, 0.01 Uhr).

Anti-Hitler-Koalition: Das sowjetische Parteiorgan "PRAVDA" veröffentlicht am 7. Mai 1945 einen Bericht der "Außerordentliche Staatlichen Kommission". Aufgrund dieser "Ermittlungen" bzw. Schätzung erklärt die sowjetische Untersuchungskommission, daß über vier Millionen Menschen in Auschwitz vernichtet wurden (x046/181).
Spanien bricht am 7. Mai 1945 die diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime ab.
Deutsches Reich: Konrad Adenauer wird am 7. Mai 1945 von den Briten zum Oberbürgermeister von Köln ernannt.

08.05.1945

Deutsches Reich: Die deutsche Wehrmacht führt am 8. Mai 1945 wieder den militärischen Gruß ein.
Österreich: Hermann Göring (ehemaliger Oberbefehlshaber der Luftwaffe) wird am 8. Mai 1945 in Kitzbühel von nordamerikanischen Soldaten festgenommen.

09.05.1945

Kapitulationsverhandlungen: Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangt, unterzeichnen Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

10.05.1945

Ostkrieg: Im Baltikum kapituliert am 10. Mai 1945 die eingeschlossene Heeresgruppe Kurland ("Kurlandarmee").
Prag wird am 10. Mai 1945 vollständig durch sowjetische Truppen besetzt.
Deutsches Reich: Nach der Kapitulation werden die Übergriffe gegen Zivilisten in Berlin mit aller Schärfe geahndet. In Berlin setzt man vielerorts Moskauer Elitedivisionen ein, um disziplinlose Truppenteile der Roten Armee zu inhaftieren oder auszutauschen. Sexualverbrecher werden kurzerhand ohne Verfahren durch sowjetische Offiziere erschossen (x037/32).

11.05.1945

Jugoslawien: Die Heeresgruppe E (Generaloberst Alexander Löhr mit ca. 175.000 Mann) gerät am 11. Mai 1945 in jugoslawische Kriegsgefangenschaft.

14.05.1945

Ostkrieg: General von Saucken kapituliert am 14. Mai 1945 gegenüber der 2. Weißrussischen Front und geht mit der "Armee Ostpreußen" (rd. 150.000 Soldaten) in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/286).

15.05.1945

Deutsches Reich: NKWD-Einheiten richten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" und in Berlin-Hohenschönhausen das "Speziallager Nr. 4" ein.
Österreich: Die jugoslawische Armee besetzt am 15. Mai 1945 das Klagenfurter Becken in Kärnten (britische Besatzungszone). Jugoslawien fordert anschließend Südkärnten und Grenzkorrekturen in der Steiermark (x006/577).
Die Briten liefern am 15. Mai 1945 sämtliche kroatischen Kriegsgefangenen und Zivilisten, die sich nach Kriegsende der 8. britischen Armee widerstandslos ergeben haben, an Titos Partisaneneinheiten aus. Etwa 80.000 kroatische Kriegsgefangene und ca. 30.000 Frauen, Kinder und Greise werden schon zwischen Bleiburg und Marburg umgebracht (x044/45).

16.05.1945

CSR: Der tschechische Exilpolitiker Dr. Benesch (Staatspräsident) kehrt am 16. Mai 1945 nach Prag zurück. Der Sozialist Fierlinger wird Ministerpräsident (KP-Führer Gottwald wird stellvertretender Ministerpräsident).

17.05.1945

UdSSR: Ilja Ehrenburg schreibt am 17. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" (x046/162): >>... Wir erretteten die menschliche Kultur, die aus alter Zeit stammenden Steine Europas, seine Museen und Bücher. ... Wenn der Traum eines goldenen Zeitalters jemals Wirklichkeit werden sollte, dann wird dies deshalb geschehen, weil die Soldaten der Freiheit Tausende von Werst marschierten, um das Banner der Freiheit, der Brüderlichkeit und des Lichtes aufzupflanzen. ...

Das ist der Grund dafür, warum nicht nur in unserem Land, sondern überall in der Welt Stalins Name mit dem Ende der Nacht und dem ersten Morgen des Glücks verbunden ist.<<

Prof. Tarle berichtet am 17. Mai 1945 in der sowjetischen Zeitung "Soviet War News" über Berlin bzw. Brandenburg-Preußen (x046/219): >>Seit über 2 Jahrhunderten sei durch Preußen ein mächtiges Gangsterlager im Herzen Europas geschaffen und in Berlin sei der Plan gefaßt worden, Europa, Rußland, 2 Kontinente, die ganze Welt zu erobern. (Raub und Plünderung, das sei) das Hauptziel der politischen Existenz Deutschlands gewesen. ...<<

19.05.1945

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 19. Mai 1945 ein Dekret über die Ungültigkeit von vermögensrechtlichen Rechtsgeschäften aus der Zeit der Unfreiheit und über die nationale Verwaltung der Vermögenswerte der Deutschen und Madjaren, der Verräter und Kollaboranten und verschiedener Organisationen und Anstalten (x004/204-205).

20.05.1945

Deutsches Reich: Die Sowjets führen am 20. Mai 1945 in Berlin die Moskauer Zeit (OEC) ein.

21.05.1945

Deutsches Reich: Im KZ Bergen-Belsen wird am 21. Mai 1945 die letzte Baracke niedergebrannt. Von den ca. 60.000 befreiten KZ-Häftlingen sterben später noch rund 13.000 (x111/-25).

Heinrich Himmler (ehemaliger Reichsführer SS, Chef der deutschen Polizei und "oberster Herrscher aller Konzentrationslager und Vernichtungslager") gerät am 21. Mai 1945 zunächst unerkannt in britische Gefangenschaft.

22.05.1945

Deutsches Reich: In Halle vereinbaren die Siegermächte am 22. Mai 1945, daß sämtliche befreiten west- und osteuropäischen Staatsbürger in ihre Heimatstaaten zurückkehren sollen (x133/427): >>Alle früheren Kriegsgefangenen und Staatsbürger der UdSSR, die von den alliierten Streitkräften befreit worden sind, sowie die Staatsbürger der alliierten Nationen, die von der Roten Armee befreit worden sind, (sind) über die jeweiligen Linien der Armeen hinweg an die zuständigen Armeebehörden beider Seiten auszuliefern. ...

Mit der Auslieferung und dem Empfang wird 24 Stunden nach Unterzeichnung dieses Planes begonnen werden.<<

Ein ehemaliger NKWD-Beamter berichtet später über das Schicksal der "befreiten und heimgeführten Sowjetbürger" (x133/572-573): >>Im ganzen wurden von 1943-1947 über 5,5 Millionen Russen aus den ehemals besetzten Gebieten repatriiert. 20 % wurden zum Tode oder zu 25 Jahren in den Lagern verurteilt (im Grunde ein verlängertes Todesurteil);

15-20 % erhielten Strafen von 5-10 Jahren;

10 % wurden für mindestens 6 Jahre in die Grenzgegenden Sibiriens verbannt;

15 % wurden als Zwangsarbeiter in den Donbas, Kusbas und andere verwüstete Gebiete geschickt. Ihnen wurde nach Ablauf der Strafzeit nicht erlaubt, in die Heimat zurückzukehren;

15-20 % durften heimkehren, fanden jedoch als nichtregistrierte Arbeitskräfte nur selten Arbeit.

... Die fehlenden 15-20 % sind vermutlich "Schwund", Menschen, die in Rußland "untertauch-

ten", während der Reise umkamen oder flüchteten. ...<<

23.05.1945

Deutsches Reich: Die Mitglieder der "Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches" werden am 23. Mai 1945 durch die Siegermächte abgesetzt und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg begeht noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

Himmler bringt sich am 23. Mai 1945 nach seinem ersten Verhör in Lüneburg um (Giftkapsel).

Ostdeutschland: Die Sowjets übergeben am 23. Mai 1945 den südlichen Teil Ostpreußens ("Bezirk Masuren") an Polen (x111/26).

Japan: 520 US-Fernbomber werfen am 23./24. Mai 1945 rd. 750.000 Phosphorbrandbomben über Tokio ab (x040/287).

25.05.1945

Jugoslawien: Tito fordert am 25. Mai 1945 die Abtretung der besetzten Gebiete Südkärntens (x040/287).

Die westlichen Alliierten lehnen diese Forderung jedoch ab. Sämtliche jugoslawischen Truppen müssen diese Gebiete später räumen.

26.05.1945

Japan: 500 US-Fernbomber bombardieren am 26. Mai 1945 Tokio und verwüsten über 50 % der bebauten Fläche Tokios (x040/287).

30.05.1945

Deutsches Reich: In der zerstörten Reichshauptstadt beseitigen am 30. Mai 1945 "zentralgeleitete Arbeitskräfte" zwangsweise die ersten Trümmerberge (x111/28): >>Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! ...<<

Österreich: Im Gefangenenlager Peggetz wird am 30. Mai 1945 die Auslieferung von weiteren Kosaken vorbereitet.

Verzweifelte Kosaken-Offiziere übergeben dem britischen Oberst Malcolm am 30. Mai 1945 mehrere Bittschriften, die an König Georg VI., den Erzbischof von Canterbury und an Winston Churchill gerichtet sind (x133/279): >>Wir ziehen den Tod der Rückkehr nach Sowjetrußland vor, wo wir zu langwieriger und systematischer Ausrottung verdammt sind. Wir, Ehemänner, Frauen, Mütter, Brüder, Schwestern und Kinder beten für unsere Rettung!!! ...<<

31.05.1945

Ostdeutschland: Die polnischen Behörden ordnen am 31. Mai 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen "wilde Ausweisungen" an. In den folgenden Wochen und Monaten treibt die Miliz mehrere hunderttausend Deutsche gewaltsam über die Oder und Neiße nach Westen. Zur gleichen Zeit staut sich am westlichen Ufer der Neiße, im Raum Görlitz, ein großer Rückwanderungsstrom.

Deutsches Reich: NKWD-Einheiten richten Ende Mai 1945 in der ehemaligen Landesstrafanstalt Bautzen das "Speziallager Nr. 3" ein.

Österreich: SS-Gruppenführer Globocnik wird am 31. Mai 1945 in Kärnten verhaftet und begeht in britischer Gefangenschaft Selbstmord (Zyankali). Globocnik (Spitzname: "Globus") war u.a. auch für die Errichtung der Vernichtungslager Belzec, Sobibór, Majdanek und Treblinka verantwortlich.

Österreich: Die Briten liefern 3.161 Kosaken (Kriegsgefangene, Frauen und Kinder) an die Sowjets aus. Die Ausgelieferten werden am 31. Mai und 1. Juni 1945 in Güterwagen nach Judenburg in ein Stahlwerk transportiert. Dort wird wahrscheinlich ein großer Teil der ausgelieferten Kosaken sofort durch sowjetische Hinrichtungskommandos erschossen (x133/259,282).

Britische Offiziere berichten später über das Schicksal der ausgelieferten Kosaken (x130/267): >>... Ich fürchte einige von Ihnen gingen nicht allzuweit. Einige Minuten später hörten wir

Schußsalven, und ich bin sicher, eine ganze Menge von ihnen wurde an Ort und Stelle erschossen – nicht gleich auf dem Bahnsteig selbst, aber um die Ecke hinter dem Wald. Zwar bin ich nicht absolut sicher, daß die von uns gehörten Salven den Gefangenen galten, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß zu diesem Zeitpunkt aus irgendeinem anderen Grunde geschossen wurde. ...
Man brauchte nicht viel Phantasie, um zu wissen, was mit diesen Leuten geschehen sollte.<<
Lord Nicholas W. Bethell (1938-2007) schreibt später in seinem Buch "Das letzte Geheimnis" (x130/267-268): >>... Viele britische Soldaten, die dort waren, bezeugten, daß sie kurz nach der Abführung der Gefangenen in der Nähe das Rattern von Maschinengewehren hörten.
Kein Soldat hat tatsächlich gesehen, wie ein Gefangener erschossen wurde. Man kann also nicht mit Sicherheit schließen, das dies geschah; aber - wie einer der Fahrer ... sagte: "Wir meinten, die MG-Salven, mußten ihr Ende sein. Wir dachten, sie wurden einfach nach hinten gebracht und abgeschlachtet. Das war unsere allgemeine Ansicht."<<
Die Londoner Tageszeitung "The Times" berichtet später (am 20.02.1978) über "die Verratenen von Jalta" (x133/605): >>... Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten ... dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln. ...
Mr. Harold Macmillan sollte, als Staatsminister für den Mittelmeerbereich in den Jahren 1944-45 angesichts dieser Enthüllungen sein großes Ansehen in die Arena bringen und alles berichten, was er darüber weiß. ...
Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus.<<

Mai 1945

Deutsches Reich: NKWD-Einheiten errichten im Mai 1945 im Dorf Weesow (nordöstlich von Berlin) ein sowjetisches Internierungslager.
Im Mai 1945 kehren immer mehr ostdeutsche Flüchtlinge in ihre Heimat zurück.

01.06.1945

Deutsches Reich: Die Sowjets gründen am 1. Juni 1945 eine deutsche Grenz- und Schutzpolizei ("Volkspolizei").

02.06.1945

UdSSR: Stalin fordert die schwedische Regierung am 2. Juni 1945 auf, alle baltischen und deutschen Soldaten an die Sowjetunion auszuliefern, die an der Ostfront gekämpft hatten und anschließend nach Schweden geflohen waren (x130/193).
Jugoslawien: In den Wäldern der Gottschee liquidieren Titos Partisaneneinheiten am 2. Juni 1945 ca. 11.000 ausgelieferte Gefangene der slowenischen Hilfsverbände und 3 Regimenter der serbischen Staatswache (x040/286).

05.06.1945

Berlin: Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wird die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte (Eisenhower, Montgomery, Shukow und de Lattre de Tassigny) übertragen.
Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgt nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wird in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übt ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber (Sitz in Berlin) aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernimmt (Übernahme der "absoluten Autorität").

07.06.1945

WBZ: Oskar Dirlewanger (1895 in Würzburg geboren, SS-Oberführer eines SS-Sonderbataillons, später SS-Sturmbrigade D) stirbt am 7. Juni 1945 angeblich nach schweren Mißhandlungen in französischer Gefangenschaft (x030/68).

08.06.1945

Berlin: Wilhelm Pieck und weitere kommunistische Emigranten treffen am 8. Juni 1945 aus Moskau ein, um Stalins Pläne zu realisieren.

Großbritannien: Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtet am 8. Juni 1945 über das besetzte Deutschland (x043/75): >>Von einem Gebiet innerhalb der Grenzen von 1937 mit 471.000 qkm werden die Russen 221.000 qkm oder 47 % besetzen. ...

In der russischen Zone befinden sich 9 von 27 deutschen Städten mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200.000. Bemerkenswert ist, daß die Russen in ihrer Zone die intakt gebliebene Großindustrie des Reiches haben werden und daß Bombenschäden in den von den Russen besetzten Provinzen am geringsten sind. Neben einer wesentlich höheren Industriekapazität liegt auch die Nahrungsmittelerzeugung in der russischen Zone wesentlich günstiger.<<

09.06.1945

SBZ: Die sowjetische Besatzungsmacht übernimmt am 9. Juni 1945 in der SBZ sämtliche Verwaltungsaufgaben. Marschall Shukow, Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, läßt am 9. Juni 1945 die "Sowjetische Administration für Deutschland" (SMAD) errichten. Dieser Apparat stellt eine zentrale sowjetische Regierung dar (x009/358).

Die SMAD setzt danach lokale und regionale deutsche Verwaltungen ein und befiehlt die Errichtung von "Deutschen Zentralverwaltungen".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Sowjetische Besatzungszone" (x051/544-545): >>Sowjetische Besatzungszone (SBZ, Sowjetzone), eine der vier Besatzungszonen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, 107.862 qkm mit 18,3 Millionen Einwohnern (1946).

Die Sowjetische Besatzungszone umfaßte das Gebiet des Deutschen Reiches zwischen Oder-Neiße-Linie im Osten und der Linie Lübeck-Helmstedt-Hof im Westen (ausgenommen West-Berlin). Die zunächst von amerikanischen und britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs, Sachsens und Thüringens wurden am 1.7.45 von diesen geräumt und ebenfalls sowjetisch besetzt.

Die oberste militärische und politische Gewalt übernahm in der Sowjetischen Besatzungszone am 9.6.45 die Sowjetische Militäradministration (SMAD). Unter ihrer Regie wurde die Sowjetische Besatzungszone systematisch wirtschaftlich ausgebeutet und eine kommunistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung aufgebaut: Schul- und Justizreform; Enteignung des Großgrundbesitzes sowie des Besitzes von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" und dessen Verteilung an Bauern, Landarbeiter und Vertriebene; Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie; Vereinigung von SPD und KPD zur SED u.a. Aus der Sowjetischen Besatzungszone entstand 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR).<<

10.06.1945

SBZ: Durch SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 erfolgt die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften (x111/33): >>1. Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird die Bildung und Betätigung aller antifaschistischen Parteien gestattet, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste der faschistischen Elemente, die Festigung der demokratischen Grundlagen und die Entwicklung der Initiative der breiten Bevölkerung zum Ziele setzen.

2. Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wird das Recht zur Bildung von Gewerkschaftsorganisationen gegeben.<<

Die kommunistische Partei (KPD) schaltet danach bis April 1946 jegliche Opposition konsequent aus.

11.06.1945

Berlin: Walter Ulbricht tritt in Ost-Berlin mit einem völlig neuen Parteiprogramm vor die Öffentlichkeit und gründet am 11. Juni 1945 die KPD.

14.06.1945

CSR: Die tschechoslowakische Regierung fordert von Polen am 14. Juni 1945 die Abtretung der Gebiete um Glatz, Ratibor und das Hultschiner Ländchen (x111/36).

Tschechische Militärkommandanten ordnen am 14. Juni 1945 "wilde Ausweisungen" von Sudetendeutschen an.

16.06.1945

Berlin: Die alliierten Militärbehörden veröffentlichen am 16. Juni 1945 eine Vielzahl von Bestimmungen (x111/38): >>Die Flaggen der Alliierten sind von deutschen Männern mit Abnehmen der Kopfbedeckung zu grüßen.

Englisch ist Amtssprache. Sämtliche amtlichen Bekanntmachungen und alle Dokumente der alliierten Behörden müssen auf Englisch abgefaßt sein, bei der Übersetzung ins Deutsche hat der englische Text Gesetzeskraft; alle an die Militärregierung gerichteten Briefe und Schriftstücke müssen auf Englisch abgefaßt sein. ...<<

WBZ: Die US-Militärregierung entläßt am 16. Juni 1945 alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der öffentlichen Verwaltung, die vor dem 30. Januar 1933 der NSDAP beigetreten sind (x111/38).

UdSSR: Stalin telegrafiert am 16. Juni 1945 an US-Präsident Truman und fordert, die US-Truppen ab 1. Juli 1945 aus den westlichen Gebieten der sowjetischen Besatzungszone (Mitteldeutschland) abzuziehen (x116/58).

USA: Das Statut der Vereinten Nationen wird am 16. Juni 1945 veröffentlicht (x058/377): >>Kapitel I: Ziele und Grundsätze.

Artikel 1: Die Ziele der Vereinten Nationen sind:

1. Internationalen Frieden und internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke: wirksame gemeinsame Maßnahmen zur Verhütung und Beseitigung von Bedrohungen des Friedens und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen oder anderen Friedensbrüchen zu treffen und auf friedlichem Wege und gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts für die Schlichtung oder Entscheidung zwischenstaatlicher Streitfragen oder Regelung möglicherweise zu einem Friedensbruch führender Situationen zu sorgen;

2. freundschaftliches, auf Achtung für den Grundsatz gleicher Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen Nationen herbeizuführen und zu pflegen und andere geeignete Maßnahmen zur Stärkung allgemeinen Friedens zu treffen ...<<

19.06.1945

CSR: Der Präsident der Republik erläßt am 19. Juni 1945 ein Dekret über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, der Verräter und ihrer Helfershelfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte.

22.06.1945

Berlin: Am 4. Jahrestag des deutschen Überfalls enthüllen die Sowjets am 22. Juni 1945 in Frohnau ein Ehrenmal für Gefallene der Roten Armee.

USA: Das US-Kriegsministerium berichtet am 22. Juni 1945, daß man rund 11.094.000 Soldaten und sonstige Angehörige der deutschen Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern der Siegermächte interniert hat (x106/440).

26.06.1945

Berlin: In Berlin erfolgt am 26. Juni 1945 die Gründung der Ost-CDU.

Polen: Die polnische Regierung (Minister Ochab) erklärt am 26. Juni 1945, daß sich östlich der Oder-Neiße-Linie nur noch rund 2,5 Millionen Deutsche aufhalten, die ausgewiesen werden sollen (x111/40).

USA: In San Francisco unterzeichnen 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen.

28.06.1945

Polen: In Warschau wird am 28. Juni 1945 die kommunistische Regierung der Nationalen Einheit gebildet.

Die Anerkennung der alleinigen polnischen Regierung durch die UdSSR und Frankreich erfolgt am 29.06.1945. Die USA und Großbritannien erkennen diese Regierung erst am 5. Juli 1945 an (x040/289).

UdSSR: Marschall Stalin ernennt sich am 28. Juni 1945 selbst zum Generalissimus.

29.06.1945

Berlin: Die 3 Siegermächte (USA, Großbritannien und UdSSR) beschließen am 29. Juni 1945 den Rückzug aller Truppen der westlichen Alliierten aus Mitteldeutschland (x040/289). Im Gegenzug erhalten die Nordamerikaner und Briten freien Zugang nach Berlin (mündliche Zusage) und marschieren vom 1. bis 4. Juli 1945 in die sog. "Berliner-Westsektoren" ein.

UdSSR: Nach schwierigen sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen übernimmt die Sowjetunion am 29. Juni 1945 die Karpato-Ukraine.

Juni 1945

Ostdeutschland: Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt leben, werden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wilden Ausweisungen" nach Westen getrieben (x039/228).

01.07.1945

SBZ: Aufgrund der endgültigen Festlegung der Besatzungszonen räumen die nordamerikanischen und britischen Truppen vom 1. Juli bis zum 4. Juli 1945 sämtliche eroberten Gebiete in Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und das gesamte Land Thüringen (x111/41).

Der Weimarer Oberbürgermeister Fritz Behr begrüßt am 1. Juli 1945 die sowjetischen Truppen der Roten Armee (111/42): >>Wir empfangen die Soldaten der Roten Armee in Weimar, der Stadt Goethes und Schillers, voll Vertrauen und Hoffnung. ...<<

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008) kritisiert später den völlig unerwarteten Rückzug der Nordamerikaner und Briten (x111/42): >>Wie konnten sie wegen des lächerlichen Kinderspiels um das vierzonale Berlin (ihre künftige Achillesferse zudem) die riesigen Gebiete von Sachsen und Thüringen hergeben? ...<<

Diese Aufteilung in Besatzungszonen und Abmachungen der Besatzungsmächte verhindern zunächst weitere größere Wanderungsbewegungen in den Westen.

Großbritannien: Churchill kritisiert am 1. Juli 1945 den Rückzug der Nordamerikaner und Briten aus Mitteldeutschland (x111/42): >>... Sowjetrußland setzte sich im Herzen Europas fest. Es war für die Menschheit ein verhängnisvoller Tag.<<

03.07.1945

Berlin: Die Nordamerikaner und Briten besetzen am 3. Juli 1945 die Westsektoren Berlins.

04.07.1945

Österreich: Die Alliierten kündigen am 4. Juli 1945 an, daß Österreich in den Grenzen von 1937 bestehen bleiben soll und in 4 Besatzungszonen sowie Wien (Sonderstatus) eingeteilt wird (x040/290).

07.07.1945

Berlin: Die Alliierten unterzeichnen am 7. Juli 1945 ein Abkommen über die Viermächteverwaltung Berlins.

Die Vertreter der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion vereinbaren am 7. Juli 1945 freie Verkehrsverbindungen zwischen allen vier Berliner Sektoren (x111/45).

09.07.1945

Ostdeutschland: Die SMAD stellt Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).

10.07.1945

Polen: Polens Ministerpräsident Osobka-Morawski kündigt am 10. Juli 1945 öffentlich an, daß man alle Deutschen, die sich noch in Polen und in den "polnisch verwalteten Gebieten" aufhalten, ausweisen wird (x040/290).

11.07.1945

Berlin: Die 4 Siegermächte übernehmen am 11. Juli 1945 die Berliner Verwaltung.

12.07.1945

Berlin: Shukow fordert die Westmächte am 12. Juli 1945 auf, die drei Berliner Westsektoren selbst zu versorgen (x111/47).

14.07.1945

WBZ: Montgomery lockert am 14. Juli 1945 das Fraternisierungsverbot für die britischen Truppen in Westdeutschland (x111/49): >>... Ihr könnte Euch jetzt mit den Deutschen in den Straßen und in öffentlichen Lokalen in Gespräche einlassen; dagegen dürft Ihr sie nicht in ihren Häusern besuchen und auch nicht zulassen, daß sie die von Euch benutzten Räume betreten, ausgenommen in dienstlichen Angelegenheiten.<<

15.07.1945

WBZ: Das südliche Rheinland wird von der US-Militärregierung am 15. Juli 1945 unter französische Verwaltung gestellt.

16.07.1945

Berlin: Die nordamerikanische "Information Control Division" berichtet am 16. Juli 1945 (x116/10): >>... Die Russen gingen viel schneller als wir an die Wiedererrichtung der Informationsmedien, und versuchten es viel schneller als wir, eine Politik zu praktizieren, die den Wünschen und Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trug.<<

USA: In Los Alamos (New Mexico) gelingt den Nordamerikanern am 16. Juli 1945 der 1. "erfolgreiche Atombombenversuch".

17.07.1945

SBZ: Am 17. Juli 1945 beginnt die Konferenz von Potsdam.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfindet, verhandeln Stalin, Truman, Churchill (bis zur Wahlniederlage im Juli 1945) und Attlee (ab 28.07.1945) angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.

Um 17 Uhr beginnt die erste Plenarsitzung der "Großen Drei": Josef Stalin (UdSSR, 1878-1953), Harry Truman (USA, 1884-1972) und Winston Churchill (Großbritannien, 1874-1965).

21.07.1945

CSR: Handelsminister Ripka erklärt am 21. Juli 1945 während einer Pressekonferenz (x111/-52): >>... Ich möchte feststellen, daß wir viel zu nachsichtig gewesen sind und daß die Fälle, in denen wir vielleicht etwas zu streng umgingen, Ausnahmeerscheinungen waren. Bisher haben nur wenige Deutsche unsere Heimat verlassen.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß eine Umsiedlung eine brutale Maßnahme ist, doch kann nur auf diese Weise unser Problem gelöst werden. Jedenfalls ist es eine Unmöglichkeit, Tschechen und Deutsche in einem Staat gemeinsam leben zu lassen. Maximal werden wir 800.000 Mitglieder einer Minderheit bei uns lassen.<<

23.07.1945

WBZ: Mehr als 500.000 US-Soldaten führen am 23. Juli 1945 eine Waffenrazzia durch, die 48 Stunden dauert. Bei dieser Aktion werden rund 80.000 Personen verhaftet (x111/52).

Der Tübinger Historiker Johannes Haller berichtet am 23. Juli 1945 in seinem Tagebuch über einen französischen Befehl, "ungewollte Schwangerschaften durch marokkanische und algerische Soldaten" nicht abzubrechen (x111/52-53): >>... Den Ärzten ist Abtreibung in Fällen von Vergewaltigung bei strenger Strafe verboten. Rassenpolitik mit umgekehrtem Vorzeichen –

Entarisierung der deutschen Nation! ... Kein Zweifel, daß die Tübinger Bevölkerung u.ä. wohl überall in 20 bis 30 Jahren anders aussehen wird.
Mir ist "das Blut" nicht die Hauptsache; wie wird sich der Charakter gestalten? Das scheint mir wichtiger. Vorläufig hat er durch die 13 Jahre nationalsozialistischer Herrschaft erheblich, empfindlich gelitten.<<

25.07.1945

SBZ: Die SMAD ordnet am 25. Juli 1945 in Mitteldeutschland die Einrichtung von 11 Zentralverwaltungen an, die von Anfang an Weisungsrechte gegenüber den 5 Landesverwaltungen besitzen und sich bald zu zentralen Regierungsstellen in der SBZ entwickeln (x009/506).

29.07.1945

SBZ: Der sowjetische Außenminister Molotow fordert am 29. Juli 1945 mit allem Nachdruck die Oder und westliche Neiße als Polens Westgrenze (x039/229).

30.07.1945

Berlin: Die erste Sitzung des Alliierten Kontrollrats (AKR) findet am 30. Juli 1945 statt.

31.07.1945

SBZ: Die SMAD fordert am 31. Juli 1945 in ihrer Zone die "Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees" (x111/55): >>... Alle anderen Jugendorganisationen: gewerkschaftliche und Sport-Vereine, sozialistische und ähnliche gemeinschaftliche Organisationen außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees sind verboten.<<

Berlin: Der Tageskaloriensatz in Berlin beträgt am 31. Juli 1945 nur 1.345. Das sind 205 Kalorien weniger als im Mai 1945 (x111/55).

CSR: In dem Aussiger Vorort Schönpriesen ereignen sich am 31. Juli 1945 nach einer Explosion (in einem Lager für deutsche Beutemunition) unfaßbare Ausschreitungen. Mit weißen Armbinden gekennzeichnete Deutsche werden auf den Straßen verfolgt und niedergeschlagen. Als die deutschen Arbeiter nach Arbeitsschluß über die Elbebrücke zu ihren Wohnungen eilen, werden sie von der aufgehetzten Menge auf der Brücke angegriffen, teils erschlagen oder in die Elbe geworfen. Viele Frauen und Kinder erleiden dasselbe Schicksal.
Bei diesen Massenausschreitungen kommen etwa 700 bis 2.700 deutsche Zivilisten um (x004/72). Das Explosionsunglück wird später von den Tschechen als deutsche Sabotageaktion der "Werwölfe" ausgelegt.
Die den Deutschen zur Last gelegte Explosion in Aussig-Schönpriesen wird von den Tschechen umgehend genutzt, um die Weltöffentlichkeit von der andauernden Bedrohung durch die Sudetendeutschen und von der Notwendigkeit ihres baldigen Abschubs zu überzeugen (x004/-72).

Juli 1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen im Juli 1945 das ehemalige Kriegsgefangenenlager Fünfeichen bei Neubrandenburg. Im "Speziallager Nr. 9" werden zunächst 6.000 und später durchschnittlich 12.500 Deutsche interniert (x126/152).

01.08.1945

Ostdeutschland: Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse tritt am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

SBZ: Die SMAD ordnet am 1. August 1945 die Gründung einer antifaschistischen Jugendbewegung (FDJ) an. Alle anderen Jugendorganisationen und Sportvereine werden verboten (x111/55).

02.08.1945

SBZ: US-Präsident Truman erklärt am 2. August 1945 die Dreimächtekonferenz von Berlin für geschlossen.
Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfindet) wird am 22.08.1945 veröffentlicht

(x101/188-197).

06.08.1945

Japan: Die US-Luftwaffe (Oberst Paul W. Tibbets) wirft am 6. August 1945 über Hiroshima erstmalig eine Atombombe ab. Etwa 80.000 bis 90.000 Japaner werden innerhalb von nur einer Minute getötet. Hiroshima wird zu 80 % zerstört.

Der Atombombenabwurf über Hiroshima (nach heutigen Begriffen handelt es sich um eine sehr kleine Atombombe, etwa 12.500 t TNT) fordert mindestens 92.167 Tote und 37.425 Verletzte, die in den folgenden Tagen und Jahren an den Folgen der tödlichen Strahlenschäden sterben (x040/292).

Der deutsche Historiker Klaus A. Maier berichtet später über die Gründe für den erstmaligen Einsatz der Atombombe gegen Japan (x041/262): >>... Im Frühjahr 1947 legten die amerikanischen Experten die Ergebnisse ihrer Erhebungen vor, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: ... Japan hätte mit Sicherheit vor dem 31. Dezember und aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem 1. November 1945 kapituliert, selbst wenn die Atombomben gegen Hiroshima und Nagasaki nicht eingesetzt worden wären, die Sowjetunion nicht in den Krieg gegen Japan eingetreten und eine Invasion des Mutterlandes außer Betracht geblieben wäre.

Die letzte Feststellung provoziert die Frage nach dem politischen Beweggrund des Atomwaffeneinsatzes gegen Japan. US-Kriegsminister Stimson erhoffte sich von der Atomwaffe die Möglichkeit, "die Welt so zu ordnen, daß der Frieden und unsere Zivilisation gerettet werden können".

Anstelle einer "Pax Americana" (amerikanischer Friede) auf der Basis des amerikanischen Atomwaffenmonopols kam es jedoch zu einem neuen, gigantischen Rüstungswettlauf, der schließlich zu einer nuklearen Pattsituation der beiden Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges führte, in der sich die Kontrahenten fortan gegenseitig mit dem eigenen Selbstmord drohen. ...<<

07.08.1945

USA: US-Präsident Truman informiert die Weltöffentlichkeit am 7. August 1945 über den Atombombenangriff gegen Hiroshima (x149/109): >>Vor 16 Stunden warf ein amerikanisches Flugzeug eine Bombe auf Hiroshima, ein wichtiges japanisches Militärzentrum, ab. Diese Bombe hatte stärkere Kraft als 20.000 Tonnen TNT. Sie hatte die mehr als 2.000fache Sprengkraft des britischen "Grand Slam", der die größte bisher in der Kriegsgeschichte verwendete Bombe ist.

Die Japaner begannen den Krieg in Pearl Habor aus der Luft. Es ist ihnen vielfach heimgezahlt. Und noch hat es kein Ende. Mit dieser Bombe haben wir jetzt eine neue und revolutionäre Steigerung der Zerstörung erreicht, um die wachsende Macht unserer Streitkräfte zu ergänzen. ... Es ist eine Atombombe. Es ist eine Nutzung der Urkraft des Weltalls. Die Gewalt, aus der die Sonne ihre Kraft schöpft, ist gegen jene losgelassen, die den Fernen Osten in den Krieg gestürzt haben.<<

US-Präsident Truman schreibt später über den "militärischen Einsatz" der Atombombe gegen Japan (x243/90): >>... Mir war natürlich klar, daß die Explosion einer Atombombe unvorstellbare Schäden und Menschenverluste zur Folge haben würde. ...

Die endgültige Entscheidung, wo und wann die Atombombe eingesetzt werden sollte, lag bei mir. Eines möchte ich klarstellen. Ich betrachtete die Bombe als militärische Waffe und hatte nie den geringsten Zweifel, daß sie eingesetzt werden sollte. ...<<

08.08.1945

UdSSR: Stalin erklärt Japan am 8. August 1945 den Krieg (ab 9.08.1945).

Die Sowjetunion setzt im Fernen Osten anschließend rund 1,6 Millionen Soldaten ein. Für einige unbedeutende Kriegshandlungen wird die UdSSR reich belohnt. Die Rote Armee erbeutet in den folgenden Tagen riesige Waffenbestände und sonstiges Kriegsmaterial. Die

UdSSR besetzt außerdem den südlichen Teil von Sachalin (28.08.1945) und die Kurilen (1.09.1945). Im sowjetisch-japanischen Krieg fallen rund 84.000 Japaner. Über 600.000 Japaner geraten in sowjetische Gefangenschaft (x040/293-295).

Großbritannien: Die 4 Siegermächte beschließen am 8. August 1945 in London ein Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der deutschen "Hauptkriegsverbrecher", das als Grundlage für die "Nürnberger Prozesse" (Internationaler Militärgerichtshof in Nürnberg) dient.

09.08.1945

Japan: In Nagasaki fordert die 2. Atombombenexplosion (Abwurf durch US-Major Sweeney) am 9. August 1945 über 40.000 Todesopfer und 60.000 Verletzte, die größtenteils tödlich verstrahlt werden (x040/293).

Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith (1908-2006) schreibt später über den Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (x165/172-173): >>...
Die Bombe hat den Krieg mit Japan nicht beendet. Das wurde von unseren Gutachtern sorgfältig untersucht. Der verantwortliche Leiter in Japan war Paul Nitze, dem man gewiß keine Voreingenommenheit unterstellen konnte. ...
Die Schlußfolgerung der Monographie "Japans Struggle to End the War" lautet, daß der Krieg durch die Bomben höchstens zwei, drei Wochen früher zu Ende ging. Die Entscheidung aus dem Krieg auszusteigen, war längst gefallen.
Die japanische Bürokratie war außerordentlich schwerfällig, es dauerte einige Zeit, bis die Entscheidung in die Tat umgesetzt wurde. ... Die Entscheidung war in Washington nicht bekannt. Die Bombe hat wie gesagt, den Krieg nicht beendet, aber als der Befehl zum Abwurf aus Washington kam, wußte man dort nicht, daß der Krieg bereits dem Ende zuging. ...<<

10.08.1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen am 10. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg. Im "Speziallager Nr. 7" werden 6 Tage später 2.000 deutsche Häftlinge aus Berlin-Hohenschönhausen und Weesow interniert (x126/91).

WBZ: Da in München die Geschlechtskrankheiten dramatisch steigen, stellt die US-Militärbehörde am 10. August 1945 erstmals das neue Heilmittel Penicillin zur Verfügung (x111/62).

Japan: Die japanische Regierung bietet am 10. August 1945 die bedingungslose Kapitulation an.

12.08.1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen am 12. August 1945 das ehemalige NS-Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar.

13.08.1945

WBZ: In Bayern löst die US-Militärregierung am 13. August 1945 die Versorgungsämter auf. Sämtliche Rentenzahlungen an Kriegsopfer und Hinterbliebene werden daraufhin eingestellt (x111/63).

15.08.1945

Frankreich: Henri Petain (1856-1951, französischer Marschall und Politiker, Regierungschef der "Vichy-Regierung") wird am 15. August 1945 mit 14 zu 13 Richterstimmen als Kollaborateur zum Tod verurteilt. Aufgrund seines hohen Alters wird Petain jedoch später begnadigt (Festungshaft auf der Insel Yeu).

USA: Die japanische Kapitulation wird am 15. August 1945 angenommen. Der Zweite Weltkrieg ist damit beendet (Siegestag der Alliierten VJ-Day = Sieg über Japan).
Das erschütternde Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sind Millionenverluste an Toten, Vermißten und Verletzten. Von 1939-45 fordert der Zweite Weltkrieg mehr als 51 Millionen Todesopfer und mehr als 35 Millionen verwundete Soldaten und verletzte Zivilisten. Von den ca. 110 Millionen Soldaten, die während des Zweiten Weltkrieges kämpfen, sterben über 28 Mil-

lionen im Kampf oder kommen in der Kriegsgefangenschaft um.
Die Kriegsverluste der deutschen Wehrmacht (einschließlich der in Gefangenschaft Gestorbenen) betragen (x016/78-79, x041/152): rund 4.580.000 Tote (Deutsches Reich = 3.492.000, deutsche Ostgebiete = 656.000 und deutsche Siedlungsgebiete im Ausland = 432.000 tote Soldaten). Im Deutschen Reich zählt man 1,2 Millionen Kriegerwitwen (x053/135). 2.010.000 deutsche Soldaten und Zivilisten, die durch die "moderne Kriegsführung" verwundet oder dauernd kriegsbeschädigt werden, können mehrheitlich nicht mehr arbeiten (x129/106).

16.08.1945

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Weesow wird am 16. August 1945 aufgelöst.

UdSSR, Polen: Die UdSSR und Polen schließen am 16. August 1945 ein Grenzabkommen über die gemeinsame "ostpreußische Grenze".
Die endgültige Grenzziehung wird jedoch ausdrücklich bis zum Friedensvertrag aufgeschoben (x028/178). Im Artikel 1 des Grenzvertrages stellt man fest, daß die sowjetisch-polnische Staatsgrenze entlang der "Curzon-Linie" verläuft (x111/65).

Großbritannien: Die "United Press" berichtet am 16. August 1945 über die britischen Siegesfeiern anläßlich des Endes des Zweiten Weltkrieges (x043/76): >>London feiert ohne Unterbruch das Kriegsende. Viele Leute fielen in dem gewaltigen Gedränge in Ohnmacht. Den meisten Wirtshäusern ging das Bier aus.
Der gestrige Siegestag war unzweifelhaft der Ehrentag Churchills. Er war der Mann, der überall gefeiert wurde, während Attlee eher im Hintergrund blieb. "Der Mann, der England und Europa rettete" - wie man Churchill allgemein nennt - war Gegenstand begeisterter Ovationen. ...<<

20.08.1945

Vietnam: Der vietnamesische Politiker Ho Chi Minh (1890-1969, seit 1941 Führer der kommunistischen Partisanenbewegung "Vietminh" in Indochina) übernimmt am 20. August 1945 in Hanoi die Macht.

21.08.1945

China: General Yamada kapituliert am 21. August 1945 in der Mandschurei vor der Roten Armee. 609.176 japanische Soldaten (einschließlich 148 Generale und Admirale) geraten in sowjetische Kriegsgefangenschaft (x040/294-295).

22.08.1945

Berlin: Das sogenannte Potsdamer Protokoll (Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand) wird am 22. August 1945 veröffentlicht.

27.08.1945

SBZ: Die SMAD erläßt am 27. August 1945 einen Befehl über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung. Wehrmachtsoffiziere, ehemalige SS-, SA-, Gestapo- und NSDAP-Mitglieder müssen sich gemäß SMAD-Befehl Nr. 42 einer "Registrierung" unterziehen.

02.09.1945

Japan: **A**m 2. September 1945, um 10.30 Uhr, unterzeichnen Außenminister Mamoru Shigemitsu und Generalstabschef Yoshijiro Umezu auf dem US-Schlachtschiff Missouri die bedingungslose Kapitulationserklärung Japans.

WBZ: Die US-Behörden schaffen am 4. September 1945 die Vorzensur zugunsten der Nachzensur ab.

08.09.1945

SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen am 8. September 1945 das ehemalige Militärgefängnis Fort Zinna bei Torgau. Die Häftlinge des Lagers Fort Zinna werden später in die frühere Seydlitz-Kaserne nach Torgau verlagert (x126/146).

10.09.1945
WBZ: Radio München beginnt am 10. September 1945 einen Englischkurs ("Englisch macht Spaß").
15.09.1945
SBZ: In Mitteldeutschland werden am 15. September 1945 private Versicherungsunternehmen verboten und durch "Anstalten öffentlichen Rechts" ersetzt.
17.09.1945
SBZ: Das Deutsche Beamtengesetz wird durch den SMAD-Befehl Nr. 66 vom 17. September 1945 aufgehoben. Berufsbeamte im herkömmlichen Sinne gibt es danach nicht mehr.
WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 17. September bis zum 14. Oktober 1945 täglich nur 1.542 bzw. 846 Kalorien zugeteilt (x117/31).
19.09.1945
WBZ: General Eisenhower proklamiert am 19. September 1945 in der US-Zone die Gründung der Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern (x114/2.101).
20.09.1945
Berlin: Durch die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats werden am 20. September 1945 die NSDAP, alle militärischen und halbmilitärischen Verbände aufgelöst (x116/15-16).
21.09.1945
UdSSR: Die Sowjetunion und Polen schließen am 21. September 1945 ein Grenzabkommen über die Grenze zwischen Polen und der späteren DDR (x028/176).
September 1945
SBZ: NKWD-Einheiten übernehmen im September 1945 das ehemalige "Juden-KZ" Jamlitz bei Lieberose.
NKWD-Einheiten übernehmen im September 1945 das ehemalige NS-Kriegsgefangenenlager "Stalag IV B" auf der Mühlberger Flur (nördlich von Riesa).
01.10.1945
SBZ: In allen Schulen der sowjetischen Besatzungszone wird ab 1. Oktober 1945 wieder unterrichtet. Russisch wird Pflichtfach, um die deutsche Jugend "mit dem Geist und der Kultur des großen sowjetischen Nachbarvolkes" vertraut zu machen.
Berlin: Während der AKR-Sitzung vom 1. Oktober 1945 lehnt die französische Militärregierung eine deutsche Zentralverwaltung ab (x111/85).
02.10.1945
Großbritannien: Bei der "Londoner Konferenz" (vom 10.09. bis 2.10.1945) verlangt der französische Außenminister die Abtrennung des Rhein-Ruhr-Gebietes (x101/11).
05.10.1945
SBZ: Marschall Shukow erteilt Polen, der CSR und Ungarn am 5. Oktober 1945 die offizielle Erlaubnis, Ost- und Volksdeutsche in die sowjetische Zone "umzusiedeln" (x111/87).
WBZ: Die US-Militärregierung überträgt am 5. Oktober 1945 den deutschen Behörden die Aufnahme, Vertretung, Unterbringung und Ernährung der Flüchtlinge.
06.10.1945
WBZ: General John A. Barraclough, britischer Militärbefehlshaber der Nord-Rheinprovinz, entläßt am 6. Oktober 1945 den Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer.
08.10.1945
SBZ: Die SMAD ordnet am 8. Oktober 1945 an, die ausgewiesenen Deutschen nur noch als "Umsiedler" zu bezeichnen (x039/229).
12.10.1945
Berlin: Der Alliierte Kontrollrat ordnet am 12. Oktober 1945 für alle Männer (von 14 bis 65 Jahren) und Frauen (von 15 bis 50 Jahren) die Einführung der Arbeitspflicht an (x111/90).
Großbritannien: Der französische Staatspräsident de Gaulle erklärt am 12. Oktober 1945 in

London (x111/89): >>Frankreich wünscht nie wieder ein Deutsches Reich. ...<<

19.10.1945

WBZ: Der Rat der evangelischen Kirche (EKD) verkündet am 19. Oktober 1945 das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" (x092/932): >>... Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. ...

Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. ...<<

24.10.1945

USA: Die UN-Charta tritt am 24. Oktober 1945 in Kraft.

Die UN-Satzung formuliert z.B. Grundsätze für die Sicherung des internationalen Friedens, Herstellung und Erhaltung von freundschaftlichen Beziehungen der Völker, Förderung und Achtung der Menschenrechte, Selbstbestimmungsrechte der Völker sowie die Verpflichtung der UN-Mitgliedstaaten, die UN-Grundsätze unbedingt einzuhalten und die Einmischung der UN in innere Angelegenheiten eines Staates zu vermeiden (x128/296-302).

Für die Deutschen ist die UN-Charta wegen der sog. "Feindstaatenklauseln" (gemäß Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) bedeutungslos. Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen werden damals komplett von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen (x024/344).

11.11.1945

Berlin: Paradeformationen der alliierten Truppen feiern am 11. November 1945 im Berliner Tiergarten die Einweihung eines Ehrenmals der Roten Armee (x116/90).

WBZ: In Frankfurt wird am 11. November 1945 zum ersten Mal der US-Dokumentarfilm "Die Todesmühlen" gezeigt.

Luxemburg erhält am 11. November 1945 eine eigene Besatzungszone in Deutschland und übernimmt die deutschen Städte Bitburg und Merzig (x111/103).

18.11.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat (AKR) ordnet am 18. November 1945 die Einführung der Einheitszeit an ("Zeit A" = Greenwicher-Zeit plus 1 Stunde).

19.11.1945

Ostdeutschland: Nach polnisch-sowjetischen Sonderverhandlungen besetzen polnische Truppen am 19. November 1945 die westlichen Oder-Gebiete um Stettin, Pölitz und Swinemünde (x039/229).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Kaum hatte die polnische Regierung 1945 die Oder-Neiße-Linie erreicht, da verlangte ihr Beauftragter F. Stojanowski 1946 konsequenterweise die Elbelinie einschließlich Schleswig-Holstein sowie Hamburg, Magdeburg und Dresden als Brückenköpfe links der Elbe; die Gebiete zwischen Oder und Elbe sollten als Elbestaat bzw. Lausitzstaat integrierende Teile Großpolens werden.

Wenig bekannt sind die Versuche der Jahre 1945-1947, das ganze westliche Ufergebiet der Oder unter polnische Kontrolle zu bringen. Als Teilerfolg dieser eigenmächtigen Aktionen konnten die polnischen Expansionisten die sowjetische Duldung der Annexion von Stettin und Umgebung verbuchen – immerhin 800 qkm mit einer Vorkriegsbevölkerung von 440.000 Einwohnern, ein Gebiet von dem in den Potsdamer Beschlüssen nicht die Rede war. ...<<

20.11.1945

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat (AKR) stimmt am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737).

Der AKR setzt ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest,

die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollen (x111/106):
Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.
US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.
Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.
Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.
WBZ: In Nürnberg beginnt am 20. November 1945 der Prozeß gegen die deutschen Hauptkriegsverbrecher. Das Gerichtsverfahren wird in vier Sprachen (Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch) geführt.

November 1945

USA: Das amerikanische Magazin "TIME" berichtet im November 1945 über die Nürnberger Prozesse (x353/37): >>… Was immer für Gesetze die Alliierten für die Zwecke des Nürnberger Prozesses aufzustellen versuchten, die meisten dieser Gesetze haben zur Zeit, als die Taten begangen wurden, noch nicht existiert. Seit den Tagen Ciceros ist eine Bestrafung ex post facto von den Juristen verdammt worden.<<

16.12.1945

SBZ: Die SMAD läßt am 16. Dezember 1945 die Universität Jena vorübergehend schließen, weil die Studentenschaft nicht auf eine eigene wissenschaftliche Betrachtung der politischen Themen verzichten will.

17.12.1945

Berlin: Die AKR-Direktive Nr. 23 befiehlt am 17. Dezember 1945 die Auflösung aller deutschen Turn- und Sportvereine, um eine vormilitärische Körperertüchtigung zu verhindern (x111/114).

21.12.1945

USA: Das State Department meldet am 21. Dezember 1945, daß man schon über 2.034.000 sowjetische Staatsangehörige aus Westdeutschland abgeschoben hat. Die letzten 20.000 Russen sollen ungeachtet ihrer Wünsche und falls nötig mit Gewalt an die UdSSR ausgeliefert werden (x133/492).

30.12.1945

Frankreich: Die AFP-Nachrichtenagentur veröffentlicht am 30. Dezember 1945 erstmalig amtliche Zahlen über die französischen Menschenverluste des Zweiten Weltkrieges (x043/-119): >>... Danach beträgt die Zahl der Kriegsopfer 500.000, und zwar 200.000 Soldaten, von denen 150.000 im Kampfe gefallen sind, und 50.000 in den deutschen Kriegsgefangenenlagern gestorbene Militärpersonen.
160.000 Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder, von denen 30.000 zwischen dem 10. Mai und 25. Juni 1940 getötet wurden, 40.000 Füsilierte (standrechtlich Erschossene) und 90.000 Zivilopfer bei den (militärischen) Operationen, die nach dem 25. Juni 1940 stattfanden.
Von den 90.000 zivilen Opfern haben 80.000 während der 6 ersten Monate des Jahres 1944 in der Normandie den Tod gefunden.
Dazu kommen noch 97.000 französische Juden und 43.000 andere Franzosen, die nach Deutschland deportiert und in den Gaskammern getötet wurden.<<

Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

> Wir Deutsche fürchten Gott - und sonst nichts auf der Welt.
> *Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)*

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").
Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestigegründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.
Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").
Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.
Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung.
Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.
Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet.
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 (x804/793-797: >>(Deutsch-französischer Krieg von 1870/71) ... Am 19. Juli, 1½ Uhr nachmittags, erfolgte die offizielle Kriegserklärung Frankreichs.
Am gleichen Tag eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede ... Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet.
Um die fremden Mächte günstig für Deutschland zu stimmen, ließ Bismarck am 25. Juli in der "Times" den Entwurf eines Offensiv- und Defensivtraktates veröffentlichen, welchen Frankreich im Frühjahr 1867 Preußen wiederholt angetragen, dieses aber abgelehnt hatte. Nach diesem Traktat sollten Frankreich und Preußen sich verbinden, um für Frankreich die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, für Preußen die Anerkennung seiner Herrschaft über Deutschland zu bewirken.
Die Folge war eine große Entrüstung, namentlich in England; doch verhielt sich dessen Regierung gänzlich neutral in dem bevorstehenden Kampf. In Österreich und Italien waren allerdings maßgebende Persönlichkeiten nicht abgeneigt, Frankreich zu Hilfe zu kommen; doch waren beide Staaten noch nicht gerüstet und Österreich genötigt, auf Rußland Rücksicht zu

nehmen.
Während man allgemein erwartete, daß eine Invasion in deutsches Gebiet der französischen Kriegserklärung unmittelbar folgen würde, kamen die ersten Tage des August heran, ohne daß ein französisches Korps jenseits der Grenze sich blicken ließ.
Die Ursachen dieser Zögerung waren aber sehr triftig: die Enttäuschung hinsichtlich der Haltung Süddeutschlands, die höchst umständliche und zeitraubende Einziehung der Reserven, der bedenkliche Mangel an Material, Proviant, Munition etc., die, in Paris konzentriert, nicht rasch genug verteilt werden konnten, endlich die unzureichende, den Angaben auf dem Papier nicht entsprechende Zahl der Mannschaften.
Die gesamte Streitmacht, welche Anfang August schlagfertig stand, die sog. Rheinarmee, zählte nicht mehr als 250.000 Mann. ... Den Oberbefehl übernahm der Kaiser Napoleon III. selbst, der die Kaiserin in Paris zur Regentin einsetzte und am 28. Juli in Metz eintraf; der bisherige Kriegsminister Leboeuf wurde Generalstabschef. ...
In Deutschland, wo die Mobilmachung in nicht viel mehr als einer Woche vollendet wurde, wurde beschlossen, drei Armeen aufzustellen, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem Moltke als Chef des Generalstabs zur Seite trat, und diese am Mittelrhein auf der Operationsbasis Koblenz-Mainz-Mannheim zu konzentrieren.
Die erste Armee unter dem Kommando des Generals von Steinmetz bildete den rechten Flügel; sie bestand aus dem 7. und 8. Armeekorps, der 1. und 3. Kavalleriedivision und war 60.000 Mann stark mit 180 Geschützen. Das Hauptquartier war in Koblenz.
Die zweite Armee unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen bildete das Zentrum; sie bestand aus dem Gardekorps, dem 3., 4., 9., 10. und 12. Armeekorps, der 5. und 6. Kavalleriedivision und war 194.000 Mann stark mit 534 Geschützen. Das Hauptquartier war in Mainz.
Die dritte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen von Preußen bildete den linken Flügel; sie bestand aus dem 5. und 11. norddeutschen Armeekorps, dem 1. und 2. bayerischen Korps und dem kombinierten württembergisch-badischen Korps. Sie zählte 130.000 Mann mit 480 Geschützen; das Hauptquartier war in Mannheim.
Die Gesamtzahl der in erster Linie aufgestellten Macht betrug demnach 384.000 Mann mit 1.194 Geschützen. In Reserve blieben das 1. und 2. Armeekorps bei Berlin, das 6. in Schlesien. Den Küstenschutz übernahmen die 17. Division und 3 Landwehrdivisionen unter General Vogel von Falckenstein.
Da die Franzosen, welche überdies von der Zahl und den Bewegungen der deutschen Truppen keine genügende Kenntnis hatten, nicht zur Offensive schritten, so setzten sich am 30. Juli die deutschen Heere gegen die französische Grenze in Bewegung.
Am 2. August wurde von dem 2. französischen Korps, Frossard, in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen ein Angriff auf Saarbrücken ausgeführt, wo nur etwa 1.000 Mann preußische Truppen lagen, die sich nach längerem Gefecht zurückzogen, worauf die Franzosen die Stadt kurze Zeit besetzten, ohne indes weiter vorzudringen.
Trotzdem schon 14 Tage seit der Vereinigung der Rheinarmee an der Westgrenze verstrichen waren, befand sich dieselbe noch immer nicht in der Lage, einen allgemeinen Angriff zu unternehmen. Das Korps Douay bei Belfort war noch nicht vollzählig, das 6. und Gardekorps erst auf dem Marsch nach Metz.
Daher fiel die Offensive der deutschen Armee zu, welche sich durch Heranziehung des 1., 2. und 6. Korps um 100.000 Mann verstärkt hatte.
Die erste Armee marschierte gegen die Saar, die zweite Armee zog mitten durch die Rheinpfalz, die dritte Armee, bei Landau und Germersheim konzentriert, marschierte nach der Lauter. Die letztere Armee kam zuerst mit der 2. Division des Korps von Mac-Mahon, welche unter General Douay in Weißenburg stand, in Berührung.

Nach heftigem, erbittertem Kampf wurde am 4. August von dem 5. und 11. preußischen und dem 2. bayerischen Armeekorps Weißenburg und der dahinterliegende Geisberg erstürmt, wobei Douay selber fiel. Der Kronprinz setzte alsbald seinen Marsch über Weißenburg hinaus fort und traf bei Wörth auf Mac-Mahon, welcher mit etwa 50.000 Mann auf den Höhen von Fröschweiler eine starke Position eingenommen hatte.
Die Schlacht, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, schon am 6. August mit einem Angriff der Bayern und des 5. Korps begann, endigte nach tapferem Widerstand der Franzosen am Nachmittag mit der gänzlichen Niederlage Mac-Mahons.
Am selben Tag wurde von Truppen der ersten und zweiten Armee nach heldenmütiger Erstürmung der Spicherner Höhen das Korps Frossard geschlagen, worauf die ganze Rheinarmee sich auf Metz zurückzog. Allerdings wurde hierdurch die erste Idee der deutschen Heeresleitung, den Feind durch Umfassung seiner rechten Flanke auf dem rechten Moselufer zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, vereitelt. Auch verlor die dritte Armee die Fühlung mit dem besiegten Feind, so daß Mac-Mahon und Douay sich mit Hilfe der Eisenbahn unbehelligt ins Lager von Chalons zurückziehen konnten.
Dennoch waren diese ersten Siege der Deutschen von der größten Bedeutung. Sie erfüllten das deutsche Volk mit freudiger Siegeszuversicht, Österreich gab seine Absicht, in den Kampf zu Gunsten Frankreichs einzugreifen, auf, in Frankreich rief die Kunde von den unerwarteten Niederlagen die größte Bestürzung hervor. ...
Der Plan, eine Landung in Norddeutschland zu unternehmen, wurde aufgegeben und die Aushebung aller waffenfähigen Männer beschlossen. Die Wut gegen das siegreiche Deutschland äußerte sich darin, daß sämtliche ansässigen Deutschen aus Frankreich vertrieben wurden. Der Kaiser legte am 12. August den Oberbefehl der Rheinarmee nieder und übergab ihn Bazaine, blieb aber bei der Armee. ...
Am 17. August nahm Bazaine westlich von Metz auf den Höhen von St.-Privat im Norden bis Rozérieulles im Süden mit 140.000 Mann eine starke Defensivstellung ein, in welcher er den Angriff der Deutschen erwartete. Derselbe erfolgte am 18. August, indem die erste Armee (7. und 8. Korps) gegen den linken französischen Flügel bei St.-Hubert vorging, die zweite Armee (9., 12. und Gardekorps mit dem 3. und 10. Korps in Reserve) den rechten feindlichen Flügel bei Amanvillers und St.-Privat angriff.
Der König von Preußen leitete persönlich die Schlacht von Gravelotte aus. Bazaine richtete seine Hauptkraft auf die Behauptung von St.-Hubert, und hier konnte erst am Abend durch das Eingreifen des 2. Korps ein Erfolg erzielt werden. Dagegen gelang es dem 12. Korps und der Garde, den rechten Flügel der Franzosen in der Flanke zu fassen und gänzlich zu zerschmettern, so daß Bazaine sich in der Nacht hinter die Forts zurückziehen mußte.
Das Ergebnis der drei Schlachttage von Metz, 14., 16. und 18. August, das allerdings mit dem ungeheuren Verlust von 1.832 Offizieren und 39.000 Mann erkauft wurde, war, daß der Abmarsch der französischen Rheinarmee nach Chalons verhindert und dieselbe in Metz eingeschlossen wurde. ...
Der Kriegsminister Palikao erteilte ... Mac-Mahon den Befehl, durch einen Marsch in der rechten Flanke der vorrückenden deutschen Armeen etwa bei Diedenhofen eine Vereinigung mit Bazaine, der gleichzeitig aus Metz herausbrechen werde, zu bewerkstelligen. ...
Am 21. August brach die Armee (mit etwa 130.000 Mann) aus dem Lager auf, um über Reims, Rethel und Montmédy nach Diedenhofen zu marschieren. ... Bereits am 27. August wurden die Franzosen von der Kavallerie des Kronprinzen bei Buzancy erreicht.
König Wilhelm befahl nun, daß die Maasarmee und zwei von Metz herangezogene Korps dem Feinde den Weg nach Metz verlegen, die dritte Armee aber ihn im Westen umfassen und nach der belgischen Grenze drängen sollte.
Diese Operationen wurden pünktlich und sicher ausgeführt, am 30. August wurde das 5.

Korps der Franzosen bei Beaumont eingeholt und zersprengt und Mac-Mahon, ehe er sich nach Méziéres retten oder über die belgische Grenze gehen konnte, am 1. September bei Sedan zur Schlacht gezwungen.
Nachdem die französische Armee im Norden der Festung völlig umzingelt wurde, war weiterer Widerstand nutzlos; am 2. September mußte General Wimpffen, des verwundeten Mac-Mahon Nachfolger, die Kapitulation von Sedan unterzeichnen, durch welche, außer den 21.000 in der Schlacht gefangengenommenen, 83.000 Franzosen, darunter 2.866 Offiziere, in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Nur das 13. Korps entkam den Deutschen und rettete sich nach Paris.
Der Versuch, den Bazaine am 31. August machte, die deutsche Frontlinie vor Metz auf dem rechten Moselufer zu durchbrechen, wurde in der zweitägigen Schlacht von Noisseville zurückgewiesen. Die eine französische Armee war also in Metz eingeschlossen, die andere kriegsgefangen, das stolze Heer des Kaiserreiches vernichtet.
Kaiser Napoleon hatte sich schon am 1. September dem König Wilhelm als Kriegsgefangener ergeben. In persönlichen Unterredungen mit Bismarck und dem König machte er nur den Versuch, das Schicksal der Armee von Sedan zu mildern, lehnte aber Friedensverhandlungen ab. ...
Die deutschen Korps setzten sich ... von Sedan sofort gegen die Hauptstadt in Bewegung, in welcher allerdings an Liniengruppen, Mobil- und Nationalgarden gegen 400.000 Mann versammelt waren, indes noch ein solches Chaos herrschte, daß am 19. September die deutsche Armee ohne alle Schwierigkeiten die Einschließung von Paris vollenden konnte. ...
Da zu einer Beschießung kein schweres Geschütz zur Stelle, zu einem gewaltsamen Angriff die (deutsche) Armee (ca. 130.000 Mann) viel zu schwach war, so war man ... genötigt, sich auf Einschließung und Aushungerung der Stadt zu beschränken, die aber über Erwarten spät zum Ziel führte, da es den Franzosen gelungen war, die Hauptstadt noch rechtzeitig in wirklich großartiger Weise zu verproviantieren.
Daneben wurde durch energische Belagerung der Festungen im östlichen Frankreich der Rükken gedeckt und die Verbindung mit Deutschland gesichert.
Am 23. September fiel Toul, wodurch die Armee vor Paris eine Bahnverbindung mit dem Rhein erhielt, am 27. wurde Straßburg nach regelrechter Beschießung zur Kapitulation gezwungen ...
(Nach) ... der Kapitulation von Metz am 27. Oktober fielen 173.000 Mann mit 6.000 Offizieren in deutsche Gefangenschaft, und die erste und zweite deutsche Armee wurden für den Schutz der Armee vor Paris und für den Krieg in der Provinz verwendbar, der nun mit Tatkraft und Erfolg geführt wurde.
General von Manteuffel rückte mit dem 1. und 8. Korps nach dem Norden, warf die Franzosen am 27. November bei Amiens zurück, besetzte am 18. November diese Stadt, am 5. Dezember Rouen und am 9. Dezember Dieppe. ...
Im Januar 1871 sollte sodann der Hauptangriff auf die Deutschen auf verschiedenen Punkten zugleich erfolgen: die Pariser Armee sollte einen großen Ausfall machen, Faidherbe von Norden und Chanzy von Westen demselben entgegenkommen; der entscheidende Schlag sollte aber im Osten geführt werden, indem Bourbaki durch einen kühnen Zug auf Belfort dieses zu entsetzen, Werders Korps zu zersprengen und durch rasches Vordringen in das Moselgebiet die Deutschen vor Paris und in Orléans von ihrer Verbindung mit dem Rhein und ihrer Verpflegung abzuschneiden beauftragt wurde.
Obwohl Trochu einen neuen Ausfall für aussichtslos hielt, so ließ er ihn doch zu: am 19. Januar versuchten 100.000 Mann vom Fuß des Mont Valérien aus nach Westen durchzubrechen, wurden aber vom preußischen Korps unter empfindlichen Verlusten zurückgewiesen.
An demselben Tag erlitt Faidherbe durch Goeben bei Saint-Quentin eine völlige Niederlage

und mußte ... in die nördlichen Festungen flüchten.
Der Chanzyschen Armee kam Friedrich Karl mit dem Angriff zuvor: in den siebentägigen Gefechten von Le Mans (6.-12. Januar) wurde dieselbe bis Laval zurückgeschlagen und für längere Zeit kampfunfähig gemacht.
Der Vormarsch Bourbakis gegen Belfort zwang zwar Werder, Dijon zu räumen und westlich der Festung zum Schutz der Belagerung an der Lisaine eine feste Stellung zu nehmen. Der Versuch der Franzosen, dieselbe zu erstürmen, wurde vom 15.-17. Januar von den deutschen Truppen abgeschlagen ...
Da nun in Paris die Lebensmittel trotz größter Vorsicht gänzlich auszugehen drohten, mußte sich die Regierung zu Verhandlungen entschließen. Nach mehrtägigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles wurde am 28. Januar eine Konvention abgeschlossen, in welcher ein Waffenstillstand auf 21 Tage und zugleich die Übergabe sämtlicher Forts um Paris von Favre zugestanden wurden. ...
Die am 12. Februar zu Bordeaux eröffnete Nationalversammlung ernannte am 17. Februar Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik und beauftragte ihn mit Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Dieser begab sich am 21. Februar nebst den Ministern Favre und Picard und einer von der Nationalversammlung gewählten diplomatischen Kommission von 15 Mitgliedern in das deutsche Hauptquartier zu Versailles, um die Unterhandlungen anzuknüpfen.
Von der deutschen Regierung wurde die Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Straßburg, Metz und Belfort und eine Kriegskontribution von 6 Milliarden Franc verlangt. Die französischen Unterhändler brachten die Geldforderung auf 5 Milliarden herab, bis zu deren Abzahlung französisches Territorium besetzt bleiben sollte, und setzten durch, daß die Festung Belfort bei Frankreich verblieb.
Die auswärtigen Mächte, besonders England, hätten sich gern in die Verhandlungen zu Gunsten Frankreichs eingemischt; indes der Reichskanzler bestand darauf, daß Deutschland, das den Krieg allein ausgefochten, auch allein den Frieden schließe.
... Da aber dort die französischen Diplomaten unerwartete Schwierigkeiten machten, stockten die Unterhandlungen längere Zeit, bis die deutsche Regierung entschieden den Abschluß forderte.
Darauf wurde am 6. Mai der Kongreß nach Frankfurt verlegt, und hier kam am 10. Mai im Gasthof zum Schwan der Frankfurter Friede zustande, den von deutscher Seite Bismarck und Graf Arnim, von französischer Jules Favre, Pouyer-Quertier und Goulard unterzeichneten. ...
So endigte nach einer Dauer von 180 Tagen dieser Krieg, in welchem 15 größere Schlachten und weit über 100 Gefechte, fast alle für die Deutschen siegreich, geschlagen, 370.000 Franzosen nebst 12.000 Offizieren gefangen nach Deutschland abgeführt, gegen 7.400 Geschütze und 107 Fahnen von den Deutschen erbeutet wurden; im ganzen hatten 26.000 Offiziere und 702.000 Mann des französischen Heeres die Waffen strecken müssen.
Die französischen Verluste beliefen sich auf 80.000 Tote und 14 Milliarden an Kriegskosten. Der deutsche Gesamtverlust betrug 6.247 Offiziere und Ärzte und 123.453 Mann, darunter ca. 40.080 Tote. Insgesamt wurden von deutscher Seite 44.420 Offiziere und 1.451.944 Mann unter Waffen gestellt, davon 33.101 Offiziere und 1.113.254 Mann zum Krieg verwendet.
Der Gewinn des Krieges war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welch letzteres schon während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles errichtet wurde.<<

Deutsch-französischer Frieden

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden

Franc Kriegsentschädigung zahlen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.
Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.
Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach. Bis 1918 verließen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die Geschichte Elsaß-Lothringens (x805/580-582): >>(Elsaß-Lothringen) ... Der erste ernstliche Versuch, Straßburg dem französischen Reich einzuverleiben, wurde vom König Heinrich II. von Frankreich gemacht, als er (im Jahre 1552) Metz, Toul und Verdun dem Deutschen Reich entriß. Die Verlockungen und Drohungen des französischen Hofes vermochten jedoch die Straßburger nicht einzuschüchtern.
Eine der entscheidendsten Wendungen im gesamten Schicksal des Elsaß in der neueren Zeit trat durch den Vertrag der österreichischen Erzherzöge mit der Krone von Spanien (20. März 1617) ein, wonach alle Rechte des habsburgischen Hauses im Elsaß an die spanische Linie desselben abgetreten wurden. Man muß diesen Umstand im Auge behalten, wenn man die zunehmenden Sympathien für Frankreich während des Dreißigjährigen Krieges unter den Elsässern richtig beurteilen will.
Seit dem 20. März 1617 war ihnen die Wahl nur zwischen der Abhängigkeit von Spanien und der von Frankreich gelassen. Das letztere erhielt im Westfälischen Frieden genau diejenigen Rechte und Besitzungen, welche Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Krieges den Spaniern abgetreten hatte. Der günstigste Fall für die Entwicklung des Elsaß wäre eingetreten, wenn sich Herzog Bernhard von Weimar, wie er beabsichtigte, in dem Grenzland eine selbständige fürstliche Gewalt zu schaffen vermocht hätte. Aber was mit französischem Geld und französischer Unterstützung gewonnen war, sollte auch den Franzosen zu gute kommen. Bernhards Tod lieferte das Elsaß in die militärische Gewalt der Franzosen.
Elsaß unter französischer Herrschaft.
Die Rechte der Reichsstände im Elsaß waren durch den Westfälischen Frieden allerdings besonders anerkannt und wahrgenommen worden. Allein die Art und Weise, wie von seiten Frankreichs der Westfälische Friede ausgelegt wurde, gestattete eine Ausdehnung der Oberhoheit der französischen Krone selbst über die Reichsstädte, in welchen Frankreich durch jenen Frieden eigentlich nur die bis dahin von den Habsburgern geübten Vogteirechte erhielt. Die Eroberungen, welche die Franzosen seit dem Westfälischen Frieden im Elsaß machten, waren vorherrschend administrativer Natur. Hierbei wurden sie von einheimischen Elsässern bestens unterstützt.
Auch das Beginnen der Reunionskammern Ludwigs XIV. machte im Elsaß nicht jenen abstoßenden und empörenden Eindruck, den man sonst und bis auf den heutigen Tag davon empfand. Das Hereinziehen der verschiedenen kleinen Herrschaften unter das herrschende Gesetz von Frankreich erschien den minder begünstigten Ständen des alten zerrissenen Reichslandes als ein wesentlicher Fortschritt.
Auch in Straßburg machten sich seit dem Abschluß des Westfälischen Friedens viele hervorragende Personen mit dem Gedanken vertraut, daß die Stadt früher oder später unter die

Schutzhoheit der französischen Krone kommen werde. Der einzige Mann, welcher im Elsaß, durch Jahresgehalt und regelmäßige Dotationen gewonnen, offen für das Interesse Frankreichs wirkte, war der Bischof Franz Egon von Fürstenberg, welcher jedoch in dem protestantischen Straßburg gar keinen Einfluß besaß.

Mehr als 100 Jahre hindurch änderte die französische Herrschaft im Elsaß an den nationalen Verhältnissen des Landes nichts. In gewisser Art kam der deutsche Charakter des Volkes gerade im 17. und 18. Jahrhundert literarisch und wissenschaftlich erst recht zur Geltung. Innige Beziehungen zwischen Deutschland und der entrissenen Mark blieben auf dem geistigen Gebiet bis zur französischen Revolution bestehen. Von Straßburg war Philipp Jakob Spener ausgegangen, dessen Richtung auf das praktische Christentum im Elsaß immer einheimisch gewesen und schon in Tauler, in Kaisersberg und in den Straßburger Reformatoren hervorgetreten war.

Die Universität in Straßburg gelangte unter der französischen Regierung ebenfalls zur vollen Blüte und zu großem Ansehen. Besonders waren es Juristen, Historiker und Philologen, welche eine große Anziehungskraft ausübten: Johannes Schilter, Jeremias Oberlin und Johann Scherz, Johann Daniel Schöpflin, Schweighäuser. Goethes Aufenthalt in Straßburg fällt gleichzeitig mit demjenigen Herders in die Jahre 1770 und 1771. Inzwischen waren die Franzosen auf dem politischen und ökonomischen Gebiet desto tätiger, die Einheit der Interessen der deutschen Provinz mit denen des französischen Reiches herzustellen.

Industrie und Handel wurden gehoben. Der Tabakanbau, wohl schon seit 1620 im Elsaß begonnen, wurde durch die französische Regierung eine Quelle des Landeswohlstandes. Auch die Weinproduktion, welche am Beginn der französischen Herrschaft unter dem Druck der neuen Staatsgrenzen litt, hob sich im Lauf des 18. Jahrhunderts bedeutend.

In den Städten waren zwar die alten Verfassungen unangetastet geblieben, doch gewöhnte man allmählich die Bevölkerung an den Einfluß der französischen Administration. Die Regierung ernannte die sogenannten Prätoren, welche mit den konservativen Stadträten zwar meist im Streit lagen, aber doch energisch für Verbesserung der Zustände wirkten.

Gewaltig waren aber die Änderungen in den konfessionellen Verhältnissen des Landes. Schon unter Ludwig XIV. wurden die abscheulichsten Gewaltmaßregeln zur Katholisierung der Bevölkerung in Anwendung gebracht, daher überwog seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in Straßburg das katholische Element. Beim Ausbruch der Revolution in Paris war das Land konservativ und partikularistisch gesinnt.

Erst nachdem durch die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung vom 4. August 1789 die alten städtischen Einrichtungen beseitigt worden waren, gelangten in Straßburg die Franzosenfreunde zur Regierung. Die Elsässer traten damals mit Begeisterung für die Ideen der konstitutionellen Monarchie ein und bewahrten auch ihren konstitutionellen Patriotismus gegenüber den einrückenden Heeren Österreichs und Preußens 1792.

Seit dem Februar 1793 stand das Elsaß unter der Diktatur von Konventskommissaren, denen sich deutsche Jakobiner, wie Eulogius Schneider, zur Verfügung gestellt hatten. Allein das deutsche Jakobinertum war den Franzosen verdächtig. Der Straßburger Maire Monet aus Savoyen machte den Vorschlag, alle deutsch sprechenden Elsässer zu deportieren und das Land an französische Sansculotten zu verteilen.

Der Sturz Robespierres und seiner Parteigenossen in Paris brachte indessen dem Elsaß ruhigere Tage, und in den folgenden Jahren wuchsen die Sympathien für Frankreich in einer erstaunlichen Weise. Teils die Errungenschaften der Revolution, teils die militärische Schule unter Napoleon I. brachten den Bruch des Elsaß mit seiner deutschen Vergangenheit zum Abschluß. Wichtig für die Territorialverhältnisse des Elsaß war die Annexion der Stadt Mülhausen (1798), die, obwohl sie die französische Oberherrschaft anerkannte, doch eine selbständige Republik im Bund mit den Schweizern geblieben war. In der großen Armee Napoleons spiel-

ten viele Elsässer eine hervorragende Rolle. Kellermann, Kléber und Rapp waren Elsässer.
Als nach der Schlacht bei Leipzig die verbündeten Armeen den Rhein überschritten und österreichische Truppen in den letzten Tagen des Dezembers 1813 das obere Elsaß besetzten, während Wittgensteins russisches Korps durch Niederelsaß zog, war die Gesinnung der Städte und der Landbevölkerung eine sehr feindselige.
Der in den siegreichen deutschen Armeen aufgekommene Gedanke, das Elsaß dem Deutschen Reich zurückzugewinnen, wurde von der Diplomatie vereitelt. Die französischen Departements des Ober- und Niederrheins, von Präfekten regiert, entsprachen ziemlich genau den Grenzen des alten Sundgaues und Nordgaues. Nur Landau kam durch den zweiten Pariser Frieden an Bayern. ...
Seit der Restauration machten alle französischen Regierungen gleichmäßig den Versuch, die französische Sprache im Elsaß zur ausschließlichen Herrschaft zu bringen und die deutsche auszumerzen. Unter der Regierung des zweiten Kaiserreiches gelang dieser Versuch zum Teil durch die Unterstützung, die der katholische Klerus dabei leistete.
Dennoch hielten die Elsässer in der Wissenschaft und in der Dichtung die deutsche Muttersprache mit wahrhaft erstaunenswerter Zähigkeit fest, und selbst die literarischen Vereine bedienten sich bis auf die neueste Zeit häufig des Deutschen bei ihren Publikationen.
Nachmals konnte freilich zuweilen die Bemerkung gemacht werden, daß diese Eigentümlichkeit der Deutsch-Franzosen im Elsaß wenig Bedeutung für politische und nationale Gesinnung habe. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 bezeugten die Elsässer bei jeder Gelegenheit ihre Sympathien für Frankreich. Die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland war durch die eigentümliche Stellung, in die es zu dem neuen Deutschen Reiche gebracht wurde, nicht wenig erschwert.
Der Bundesrat beschloß nämlich, Elsaß-Lothringen für ein Reichsland zu erklären, über welches das Reich selbst der Träger der Souveränität war, und dessen Landesgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zufiel. Doch verlangte der Bundesrat für einige Jahre die Diktatur, welche ihm auch am 3. Juni 1871 vom Reichstag bis zum 1. Januar 1874 bewilligt wurde.
Hierauf wurde das Reichsland nach Abberufung des Generalgouverneurs Graf Bismarck-Bohlen und des Zivilkommissars Kühlwetter nach dem Muster einer preußischen Provinz organisiert. ...
Die drei alten Departements wurden in Regierungsbezirke verwandelt, diese wieder in 22 Kreise eingeteilt und am 24. Januar 1873 die Bildung von Kreis- und Bezirkstagen angeordnet.
Die Bevölkerung verhielt sich der deutschen Verwaltung gegenüber teils gleichgültig, teils feindlich. ...<<
Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896) schrieb später über die Annexion Elsaß-Lothringens (x239/144-145): >>Der Gedanke, ... welcher, zuerst leise anklopfend wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen! ...
Wir schulden dem Weltteil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutscher Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebene der Champagne herabsteigen können, wenn ... das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen. ...
Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zuschanden.
Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen

Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. ...<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):
>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. …
1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. …
1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.
Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.
Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.
… In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. …<<

Zusammenfassung des französisch-deutschen Krieges 1870/71

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").
Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestigegründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.
Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtete später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfing Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautete nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/-145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113-114): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte.

Der französische Botschafter Benedetti mußte am 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems

dem preußischen König Wilhelm I. das Ansinnen stellen, er solle die bestimmte Versicherung geben, daß die hohenzollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden dürfe; auch eine schriftliche Entschuldigung wegen dieser Sache, in Form eines Briefes des Königs an Napoleon III., wurde beansprucht.
Als Wilhelm I. diese Zumutungen kurzweg abwies, dem französischen Botschafter weitere Audienzen in dieser Sache verweigerte und Bismarck den Sachverhalt in der von ihm in scharfer Form redigierten "Emser Depesche" amtlich bekannt machen ließ, erklärte man die Ehre Frankreichs verletzt.
In der Sitzung vom 15. Juli erhob Thiers vergebens seine warnende Stimme. Ollivier versicherte, daß das Ministerium "mit leichtem Herzen" die Verantwortlichkeit übernehme. Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin überreicht, und Napoleon III. übernahm in Metz am 28. Juli das Oberkommando der Rheinarmee, nachdem er der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen hatte. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte ernstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...
Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausgerüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.
Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.
Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.
Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen. Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<
Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<
Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.
Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gingen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entschieden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg

(x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen wurden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergaben sich (x215/335,336). Als Bismarck nach den glänzenden Siegen die Abtretung der alten deutschen Reichsstädte Straßburg und Metz forderte, brach in Frankreich ein allgemeiner Volksaufstand los.

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärte am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konnten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Sybel schrieb damals über den französisch-preußischen Krieg (x056/249): >>Das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwert gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldete fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf. ...<<

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Schlußbemerkungen: Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen.

Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach.

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Deutsches Reich

> Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.
> *Wilhelm I. (1797-1888, deutscher Kaiser)*

Gründung des Deutschen Reiches

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck am 18. Januar 1871 seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die Geschichte Deutschlands im Jahre 1871 (x804/904-905): >>(Deutschland) ... Am 18. Januar 1871, 170 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, geschah im Spiegelsaal des französischen Königsschlosses zu Versailles die feierliche Verkündung der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches in Gegenwart einer glänzenden Versammlung von Fürsten, Prinzen und Kriegshelden, und am 19. Januar gab der Donner der Kanonen in der siegreichen Schlacht am Mont Valérien dazu die Weihe.

Der Kaiserproklamation folgte unmittelbar die Kapitulation von Paris und damit das Ende des unvergleichlichen Krieges. Die Versailler Friedenspräliminarien (26. Februar) gaben Deutschland Elsaß mit Straßburg und Deutsch-Lothringen mit Metz zurück und verschafften ihm eine Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Franc.

Wohl erregte dieser glänzende Erfolg den Neid der anderen Mächte, und namentlich England hatte wiederholt zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren gesucht. Indes ... (durch Englands) schwächliche Neutralität bei Ausbruch des Krieges und die illoyale Unterstützung der französischen Republik durch Zuführung von englischen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial hatten es alle Ansprüche ... (verloren), und seine Intervention wurde zurückgewiesen.

Dem Kaiser von Österreich zeigte Bismarck am 14. Dezember 1870 die Neugestaltung der Dinge in Deutschland an und betonte den Wunsch des neuen Reiches, zu dem durch gemeinschaftliche wichtige Interessen verbundenen Nachbarreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, welchen Wunsch Beust am 26. Dezember ebenso verbindlich erwiderte.

Das treue Wohlwollen des russischen Kaisers, welches Deutschland manche Verwickelungen, besonders im ersten Teil des Krieges, erspart hatte, vergalt die deutsche Regierung durch Unterstützung des russischen Verlangens, von einigen drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 befreit zu werden, was die Pontuskonferenz in London am 13. März 1871 zugestand.

Auch Italien hatte Nutzen von den deutschen Siegen gezogen, indem es, von Frankreich nicht

mehr gehindert, sich im September 1870 den Rest des Kirchenstaates einverleiben und darauf (im Januar 1871) Rom zur Hauptstadt erheben durfte.
Der definitive Friede zwischen Deutschland und Frankreich wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main abgeschlossen.
Am 21. März 1871 wurde in Berlin der erste deutsche Reichstag eröffnet. Die Wahlen (3. März) waren gut national ausgefallen; doch zählte man unter den 382 Abgeordneten 60 Ultramontane, welche den Kern aller Oppositionselemente bildeten.
Die Thronrede des Kaisers Wilhelm I., der am 17. März nach Berlin zurückgekehrt war, konnte mit Stolz und Genugtuung verkünden:
"Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung, und der Geist, welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft.
Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.
Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."
Bei der Adreßdebatte machte sich schon die Opposition der neuen katholischen Zentrumspartei geltend, welche ihre Hoffnung, den Einfluß der siegreichen neuen Macht für den Papst und die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft geltend zu machen, getäuscht sah. Ebenso wurde ihr Versuch, gewisse kirchliche Grundrechte in die Reichsverfassung einzuschieben, vereitelt.
Diese Verfassung, eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung, wurde ohne lange Debatten am 14. April 1871 mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Sie erhöhte die Zahl der Mitglieder und Stimmen des Bundesrates, der nun aus den Bevollmächtigten von 25 Staaten bestand, von 43 auf 58.
Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrates erforderlich, außer im Fall (eines) erfolgten Angriffes auf Bundesgebiet, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Elsaß-Lothringen wurde Reichsland, d.h. gemeinsamer Besitz des Reiches. So war das neue Deutsche Reich begründet.
Wohl kam es dem alten, 1806 zu Grunde gegangenen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an Umfang und Machtansprüchen nicht gleich: der neue Kaiser trug nicht die älteste und erhabenste Krone der Christenheit, er war nicht Oberlehnsherr der deutschen Reichsfürsten und beanspruchte nicht die Oberhoheit über große Nachbarlande. Die politische Verbindung mit den österreichischen Landen war gelöst, Luxemburg aufgegeben. Dafür aber waren Schleswig und Elsaß-Lothringen neu gewonnen, und was das Reich an äußerem Glanz und Ausdehnung verlor, das ersetzte es durch innere Einheit und Kraft.
Unter der gesetzlich geordneten, von einem Staat wie Preußen getragenen Reichsgewalt, unter einer erblichen Dynastie, welche eine große, aber rein deutsche Hausmacht besaß, konnte das deutsche Volk nun eine einheitliche Kulturarbeit beginnen. Nach außen war es durch seine Militärmacht gesichert, im Inneren konnten die Territorialgewalten der Reichseinheit und dem

Wohl des Ganzen nicht mehr gefährlich werden und in dem ihnen überlassenen Bereich durch fruchtbaren Wetteifer Gutes und Edles stiften.
Nach mehr als 200jährigen Mühen und Kämpfen war Deutschland wieder Herr seiner selbst und seiner Geschicke und auf einer Stufe geistiger und materieller Entwicklung, welche es in die Reihe der führenden Kulturstaaten stellte. ...<<

Bismarcks Außenpolitik

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.
Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen.
Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).
Bismarck plante langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren).
Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.
Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<
Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.
Obgleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.
Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosporus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.
Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu

befreien.
Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.
Großbritannien erhielt Zypern.
Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro wurden selbständig und erhielten ihre Unabhängigkeit.
Bulgarien mußte Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verlor Ostrumelien (innere Autonomie).
Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhielt nichts (außer der russischen Feindschaft).
Nach dem Abschluß des Bündnisses (sog. "Zweibund" gegen Rußland) von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).
Die englische Zeitung "Morning Advertiser" berichtete im Jahre 1882 über Bismarck (x239/-159, x237/187): >>Deutschland nimmt jetzt eine gebietende Stelle in Europa ein, welche Frankreich zu erlangen stets bemüht war und auch eine kurze Zeit innehatte.
Mit jedem Jahr ist unter Bismarcks wachsamer Führung die Stellung Deutschlands fester und sicherer geworden, und sein definitives Übergewicht darf jetzt als gesichert betrachtet werden.
Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ... legt ... gegenwärtig in die Hände des Fürsten Bismarck eine Macht, die so groß ist, daß keine denkbare Kombination anderer europäischer Staaten dieselbe erschüttern kann.
Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Einfluß des Fürsten Bismarck und das Ansehen Deutschlands gegenwärtig die großen Faktoren in der Bestimmung der Politik Europas sind und daß dieser Einfluß und dieses Ansehen für die Aufrechterhaltung des Friedens ausgeübt worden sind und ferner ausgeübt werden. ...<<
>>... Es ist merkwürdig, ... wie, wenn immer irgendeine Schwierigkeit in Europa entsteht, die Augen aller Leute auf Bismarck gerichtet sind.
Wie denkt er über die Sache? Was wird er tun? Für wen wird er Partei ergreifen?
Das sind die allgemeinen Fragen. Und in sehr kurzer Zeit folgen diesen Fragen des Publikums Fragen ähnlicher Art seitens der auswärtigen Minister Europas, welche ihre Vertreter in Berlin anweisen, wenn möglich, Fürst Bismarcks Ansichten über die Sache zu ermitteln.
Berlin ist somit der Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs geworden. ...<<
Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbarten das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wurde.
Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...
Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder

im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<
>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.
Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.
Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.
Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.
Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über die Außenpolitik des Deutschen Reiches (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**
... **Die deutschen Interessen in der europäischen Machtbalance**
Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? Bismarck, dem die Probleme durchaus bewußt waren, hat sie auf seine Weise durch ein kompliziertes Bündnissystem zu lösen versucht. Seine Nachfolger waren weniger problembewußt und vertrauten mit zeitlichem Abstand zur Reichsgründung offenbar auf die Kraft des Faktischen.
Das Deutsche Reich war eine Tatsache: es existierte, es würde sich schon behaupten, notfalls mit militärischen Mitteln. Den zeitlichen Rückstand zu den anderen Mächten bei der Aufteilung der Welt suchte man aufzuholen. Den eigenen "Platz an der Sonne" werde man schon erringen, wenn man die eigenen Ansprüche nur nachdrücklich genug vertreten würde. Der Aufbau der Kriegsmarine diente diesem Zweck.
Hinzu kam eine optimistische Grundstimmung, eine innere Selbstgewißheit, die mit der dynamischen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung einherging. Wohl bemerkte die deutsche Regierung, daß Deutschland zunehmend diplomatisch isoliert war. Man fühlte

sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.
Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte u.a. mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.
Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in die Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.
Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.
Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosporus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.
Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. Ein Ausgleich mit Großbritannien über die Flottenrüstung, der in Reichweite schien, wurde in den Wind geschlagen. Auch ungeschickte Äußerungen des deutschen Kaisers Wilhelm II waren wenig hilfreich, wobei letzteres nicht überbewertet werden sollte. Verbale Kraftsprüche gehörten in jener Zeit des europäischen Imperialismus ganz generell zum Repertoire der Politiker und Staatsmänner.
Mit anderen Worten: das Deutsche Reich besaß kein durchdachtes und erprobtes diplomatisches Gerüst, keine außenpolitischen Leitlinien, mit deren Hilfe es wie Großbritannien, Frankreich oder Rußland einen Weg durch die Fährnisse der kollidierenden Interessen in Europa hätte finden können.
Preußen, aus dem die Diplomatie des Deutschen Reiches hervorging, war bis 1870 in Europa zwar nominell Großmacht, war jedoch im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Rußland und wohl auch Österreich-Ungarn von geringerem Gewicht. Viel Erfahrung im Umgang mit den Interessen anderer Großmächte gab es in Berlin nicht. Preußen hatte sich seit Napoleon I diplomatisch ganz im Fahrwasser Rußlands bewegt. Es hatte nicht gelernt, mit der Macht behutsam umzugehen, weil es das nicht brauchte.
Preußen-Deutschland hätte diese Erfahrung dann allerdings dringend benötigt, denn der Machtzuwachs Berlins war nach 1870/1871 enorm. Berlins Diplomatie entwickelte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kein Konzept, wie es die eigenen und die Interessen der anderen Großmächte dauerhaft zu einem Ausgleich bringen konnte. Berlin lernte nicht, die Interessen der anderen Beteiligten bei der Entwicklung der eigenen Politik mitzudenken und zu berücksichtigen.

Letztlich verließ man sich auf die Kraft der Waffen, um den Knoten zu durchschlagen und deutsche Interessen durchzusetzen. Mythisch überhöhtes Vorbild wurde das Preußen Friedrichs II, der sich dank seiner Armee im Siebenjährigen Krieg 1756-1763 gegen eine Welt von Feinden, gegen Frankreich, Rußland und Österreich, drei europäische Großmächte gleichzeitig, behauptet hatte. ...
Daß der militärisch begründete Aufstieg Preußens - vom Großen Kurfürsten, über Friedrich II bis zu Bismarck - einmal abbrechen und ein Ende haben könnte, war nicht Bestandteil des preußisch-deutschen Mythos. Der Mythos versperrte den Zugang zur Realität. ...<<

Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurden u.a. die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.
In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und die Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.
Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrierevieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.
Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.
Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.
Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftssichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Im Jahre 1871 begann in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.
Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.
In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen wer-

den.<<

Bismarcks Innenpolitik

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der Zentrumspartei (politische Vertretung der Katholiken, 1870 gegründet) sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903, ein bedeutender katholischer Kirchenführer, der für die soziale Gerechtigkeit kämpfte und für ungeklärte Arbeiterfragen eintrat), den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Als im Mai und im Juni 1878 Mordanschläge auf den deutschen Kaiser verübt wurden, die der Monarch nur durch glückliche Umstände schwerverletzt überlebte, vermutete Bismarck die Täter sofort unter den Kommunisten bzw. Sozialisten.

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schrieb im Jahre 1878 in seinem Buch "Der Sozialismus und der Meuchelmord" (x239/96): >>... Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate. Es wird höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung ausweist.

Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. ...<<

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes (Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc.) zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen angenommen hatte (Marxismus bzw. Sozialismus) und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen ("Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen").

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 15.10.2011) über die Sozialpolitik des Deutschen Reiches (x887/...): >>**Eine Errungenschaft des Konservatismus**

Sozialstaat und die Sozialpolitik sind keine Erfindung des "Sozialismus" - Sie gingen vom kaiserlichen Berlin aus

Die Bundesrepublik Deutschland steckt in einer sehr tiefen Identitätskrise. Dies betrifft insbesondere auch den Sozialstaat und seine Errungenschaften, die von Berlin als Hauptstadt Preu-

ßens ausgingen und ganz von preußischem Geist geprägt sind. Dies zu betonen ist wichtig, denn gemeinhin wird angenommen, daß die Sozialpolitik eine Erfindung und Errungenschaft des "Sozialismus" sei. Im Gegenteil, sie ist ein genuin (unverfälschtes) konservatives Projekt, dessen Wurzeln in Preußen zu finden sind. ...
1889: Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung für Arbeiter.
1890: Gründung von 31 Versicherungsanstalten, den späteren Landesversicherungsanstalten (LVA); Aufhebung des "Sozialistengesetzes".
1891: Erste Rentenauszahlung an dauernd Erwerbsunfähige und Arbeiter über 70 Jahre; Arbeiterschutzgesetz (Frauenarbeit, eingeschränkte Nachtarbeit, Kinderschutz); Einführung der staatlichen Gewerbeaufsicht; Zulassung freiwilliger Arbeiterausschüsse in Betrieben; Verbot der Sonntagsarbeit in Industrie und Handwerk.
1892: Ausweitung der Krankenversicherungspflicht auf Familienangehörige.
1895: Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe.
1899: Invalidenversicherungsgesetz.
1901: Förderung des Arbeiterwohnungsbaus.
1905: Arbeiterausschüsse in Bergbaubetrieben werden Pflicht.
1908: Einführung von Höchstarbeitszeit, Verbot von Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.
1911: Die weltweit vorbildliche Reichsversicherungsordnung (RVO) tritt in Kraft, das Versicherungsgesetz für Angestellte und das Gesetz zur Regelung der Heimarbeit und Einführung der Hinterbliebenenrente werden eingeführt.
1916: Herabsetzung des Renteneintrittsalters für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre und für Frauen auf 60 Jahre.
Die Sozialgesetze sind in einem "Klima des Optimismus" mit dem Glauben an den technischen und wirtschaftlichen Aufstieg bei einem optimalen Bildungssystem formuliert worden. ...<<

Das Dreikaiserjahr

Kaiser Wilhelm I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.
Bismarck berichtete später über die Fieberphantasien des sterbenden Monarchen (x063/449): >>... Mit dem russischen Kaiser mußt du (gemeint ist sein Sohn Friedrich III.) immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig ...<<
Im Testament des deutschen Kaisers Wilhelm I. hieß es zum Schluß (x092/611): >>... Die Menschen haben meine Fehler und Schwächen übersehen wollen, aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters mißachtete.
Herr, dein Wille geschehe, im Himmel, also auch auf Erden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 2.03.2013) über den deutschen Kaiser "Wilhelm I." (x887/...): >>**"Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held"**
Vor 125 Jahren starb der erste Deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Er ließ Bismarck, Moltke und Roon gewähren
Sein Enkel und späterer Nachfolger Wilhelm II. hat versucht, für ihn die Bezeichnung "Wilhelm der Große" durchzusetzen, zu Recht vergebens. Eher ist seinem Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto von Bismarck zuzustimmen, der über ihn meinte: "Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held".
Die Rede ist vom Deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm I.
Im Gegensatz zu dem wirklich großen Staatsmann Otto von Bismarck, der ein Revolutionär war, wenn auch ein weißer, war der Legalist Wilhelm I. eher anachronistisch. Ähnlich wie sein Vater Friedrich Wilhelm III. war Wilhelm ein Monarch, der zum Jagen getragen werden mußte. Aber während sich Friedrich Wilhelm durch die Ereignisse und Entwicklungen treiben

ließ, übernahm diese Aufgabe bei Wilhelm Bismarck.
... Trocken konstatierte er, daß Bismarck für das Reich wichtiger sei als er, und stöhnte, daß es nicht einfach sei, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.
Überhaupt scheint Wilhelm manche sympathischen Charakterzüge gehabt zu haben, darunter Bescheidenheit, Sparsamkeit, Mut, Pflichtbewußtsein und Treue. Nicht umsonst zählte Wilhelm bei seinem Tode zu den weltweit beliebtesten Monarchen; und ein so Großer wie Bismarck hat sich in seiner Grabinschrift "einen treuen deutschen Diener Kaiser Wilhelms I." nennen lassen.
Wenn wir auch aus Wilhelms eigenem Munde wissen, daß es für ihn nicht leicht war, unter Bismarck Monarch zu sein, so war es doch auch für Letzteren nicht leicht, unter ihm Regierungschef zu sein. Zur ganzen Wahrheit gehört nämlich, daß Wilhelm Bismarck häufig Widerstand entgegengesetzt hat ...<<
Friedrich III. (1831-1888, nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil, bereitete sich danach gründlich auf die Regierungsübernahme vor) wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.
Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) starb, übernahm Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron. Kaiser Wilhelm II. war ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser war damals noch ein unerfahrener Herrscher.
Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/…): >>Geehrte Herren!
Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.
Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.
Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.
Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. …
Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Bismarcks Rücktritt

Im Januar 1890 lehnte der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes (zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung) ab. Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzte, wurde Kaiser Wilhelm II. von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil ("Vormundschaft des Alten") nicht länger zu akzeptieren.

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.

Otto von Bismarck schrieb später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeigungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh (im Sachsenwald bei Hamburg) zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.

Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Max Weber (1864-1920, Nationalökonom und Soziologe, galt als Begründer der Religions- und Wissenschaftssoziologie) schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204): >>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt

(x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.
Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<
Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.
Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1998) über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>**Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns**
... Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. ... Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."
1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht.<<

Kaiser Wilhelm II.
Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich ("in dem die Sonne nicht unterging").
Der ehrgeizige deutsche Kaiser war nicht bereit, sich weiterhin von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte zu stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen ("Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser").
Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899) verschärften zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.
Kaiser Wilhelm II. erklärte am 24. Februar 1892 während einer Rede vor dem Brandenburgischen Provinzlandtag (x056/276): >>Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, ... herumzumäkeln. Unter den nichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Leben und Gedeihen unseres gesamten großen deutschen Vaterlandes vergällt. ...
Den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Manöver erwidere ich ruhig und bestimmt: "Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert!" ...<<
Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig

unüberlegte Reden ("markiges Säbelrasseln") und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt (Serbien) verstrickten.
Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1819-1901, von 1885-94 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894-1900 Reichskanzler) wurde im Jahre 1894 von Kaiser Wilhelm II. zum deutschen Reichskanzler ernannt.
Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee berichtete damals über diese Personalentscheidung des Kaisers (x237/203): >>Über die Wahl Hohenlohes herrscht, man kann sagen, allgemeines Erstaunen. Nach meiner Meinung ist er überhaupt nur möglich, wenn man ihm einen Vizekanzler für die eigentliche Arbeit zur Seite stellt.
Natürlich wird er dem Kaiser zunächst durch seine Schwäche und Nachgiebigkeit sehr angenehm sein. ...<<
Kaiser Wilhelm II. ließ am 3. Januar 1896 eine Depesche an Paul Krüger (1825-1924, Präsident des Burenstaates Transvaal) senden und gratulierte zur erfolgreichen Vertreibung der britischen Eindringlinge. Die sog. "Krüger-Depesche" wurde von den meisten Briten als schwere Provokation gegen Großbritannien eingestuft.
Friedrich A. von Holstein, inoffizieller Leiter der deutschen Außenpolitik, erklärte 1897 während einer Unterhaltung mit dem britischen Botschafter (x063/458): >>... daß Seine Majestät (Wilhelm II.) als das Kind oder der Narr behandelt werden muß, der er ist ...<<
Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich (die sog. "verspätete Nation") sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen ("Griff nach der Weltmacht").
Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166): >>... Bis heute ist es eine Streifrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.
Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.
Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.
Während sein Großvater noch preußischer König gewesen war und mit seiner Skepsis gegenüber dem Kaisertum schließlich recht behalten sollte, wandte sich der Enkel der imperialen Kaiseridee zu; er, der weder ein Friedenskaisertum durchzuhalten vermochte noch ein parlamentarisches Volkskaisertum ernsthaft zu begründen versuchte, trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die

Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbstzerstörung der Monarchie bei. ...<<
Wilhelm II. geriet später unter den Einfluß der konservativen preußischen Kräfte und bekämpfte in erster Linie den Deutschen Reichstag, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ("gegen Demokraten helfen nur Soldaten").
Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches
Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (von 1849 bis 1918) und in anderen Bundesstaaten war vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.
Der deutsche Historiker Heinz Dollinger (1929-2011) berichtete später über das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (x056/263): >>Das Haus der Abgeordneten besteht aus 443 Mitgliedern, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Die Wahl ist mittelbar (indirekt) und zerfällt in 2 Handlungen: die Wahl der Wahlmänner, deren einer auf je 250 Seelen zu wählen ist (Urwahl), und die der Abgeordneten durch die Wahlmänner.
Zum Zwecke der Wahl werden die ... Wahlbezirke (Urwahlbezirke) von 750 bis 1.749 Seelen zerlegt. Die Urwahl erfolgt nach der Dreiklassenordnung, die ein Gleichgewicht der 3 Stände, der wohlhabenden, des Mittelstandes und der Unbemittelten herstellen soll. Die Urwähler werden innerhalb des Urwahlbezirkes nach ihren direkten ... Steuern in 3 Abteilungen so eingeteilt, daß jede Abteilung 1/3 der Gesamtsumme dieser Steuern ... umfaßt.
Die zu wählenden Wahlmänner werden auf die Abteilungen gleichmäßig verteilt. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt nach absoluter Mehrheit durch Stimmabgabe zu Protokoll. Als Wahlmann kann jeder Urwähler in seinem Urwahlbezirk gewählt werden. In gleicher Weise erfolgt die Wahl der Abgeordneten.<<
Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer. Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter.
Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 28.11.2009) über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >>**US-Autorin klärt Deutsche auf**
Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas
"Der lange Weg nach Westen" (Heinrich August Winkler) und "Der deutsche Sonderweg" (Hans-Ulrich Wehler) bezüglich Demokratie sind Schimären, wie dem Werk der Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, zu entnehmen ist. In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer (Frauenwahlrecht gab es noch nirgends) seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.
Nur die Griechen und Franzosen (1844/1852) durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965. Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.
Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine

höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.
Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. Ergriff der bejubelte letzte Kaiser Partei, gewann die Opposition. So wurden Zentrum und Sozialisten während des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze immer stärker.
Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. Auch ein Mitglied der bis 1890 praktisch verbotenen Sozialistischen Arbeiterpartei konnte sich zur Wahl stellen. Er konnte in der vierwöchigen Wahl(kampf)zeit, oft verlängert durch Stich- und Nachwahlen, alle sonst verbotenen Schriften im Wahlkampf verbreiten und Wahlveranstaltungen durchführen. Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert.
Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.
In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihren sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.
Andersons Buch gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. So sah es auch die "Historische Zeitschrift" ("ein Muß") und forderte eine Übersetzung. Diese gibt die lebensnahe, anekdotenreiche Schilderung der unterschiedlichen politischen Gegebenheiten in den Bundesstaaten originalgetreu wieder.
Die "Lehrjahre der Demokratie" bieten gute Lehren für die heutige politische Praxis und unser Geschichtsbild.
Margaret Lavinia Anderson: "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", ... Stuttgart 2009 ...<<

Zusammenfassung des Deutschen Reiches

Die deutsche Kaiserproklamation, die am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch in erster Linie gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.
Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<
Wilhelm I. verkündete am 18. Januar 1871 während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):
>>An das deutsche Volk!
Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen,
nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die ent-

sprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.
Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.
Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.
Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.
Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<
Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<
Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die Deutschen, die nach dem Dreißigjährigen Krieg seit 1648 unentwegt durch die europäischen Großmächte gegängelt und bevormundet wurden, waren nach der Reichsgründung im Jahre 1871 endlich wieder unabhängig und handlungsfähig. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen endlich wieder souverän.
Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte damals 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.
Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.
Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.
Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben

der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß.
Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein Obrigkeitsstaat, sondern eine konstitutionelle (halbparlamentarische) Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.
Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich. Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post).
Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.
Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.
Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<
Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das damalige Nationalbewußtsein der Deutschen (x024/16-17): >>... Während sich bereits im Mittelalter Nationalstaaten ausbildeten, hat das nationale Element in der deutschen Politik bis 1871 nur eine untergeordnete Rolle gespielt.
Die dem "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" (häufig auch "deutscher und welscher Nation") zugrunde liegende Staatsidee war universal, nicht national. Es gab kein nationales politisches Zentrum, das Eigenbewußtsein der deutschen Stämme dominierte gegenüber dem Nationalgefühl. Auch das 1871 geschaffene Bismarck-Reich bildete strenggenommen keinen echten Nationalstaat, da es mit Österreich und der deutschen Schweiz wesentliche Gruppen der deutschen Nation ausschloß. Die nationale Vereinigung der Deutschen vollzog sich also mit jahrhundertelanger Verspätung gegenüber den Nachbarvölkern, und sie gelang nur unvollständig.
Daß die deutschen eine eigene nationalstaatliche Tradition haben, ist jedoch unbestritten, auch wenn sie später beginnt als bei Franzosen, Briten und Spaniern. Sie entstand als Folge der Aufklärung im späten 18. und 19. Jahrhundert – zugleich mit dem Aufkeimen etwa des italienischen und slawischen Nationalismus – und verband sich mit den politischen Idealen des Bürgertums, mit Liberalismus und Demokratie.
Gerade die so achtenswerten demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte sind den Bürgern viel zu wenig bekannt und bewußt, von möglichem Stolz darüber ganz zu schweigen.<<
Für die europäischen Großmächte bedeutete die Gründung des deutschen Reiches eine grundlegende Änderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.
Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere

Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpolitik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.
Das Deutschen Reich wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, sollte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.
Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.
Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228). Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.
Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.
Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. ...<<
Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.
Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.
Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser Wilhelm II schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde.
Der Diplomat Friedrich von Holstein (1837-1909, von 1878-1906 Vortragender Rat im Aus-

wärtigen Amt, sog. "graue Eminenz" und einflußreicher Intrigant) wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem als Vortragender Rat im Auswärtigen die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflußte (x069/89).
Bismarck schrieb später in seinen Erinnerungen über die "Personalpolitik" des deutschen Kaisers (x237/200): >>Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Ratgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit schwieriger war wie heute. ...<<
Ein Journalist schrieb später über die von Kaiser Wilhelm II. ernannten Minister (x237/203): >>Deutschland war, als der Weltkrieg begann, das wirtschaftlich stärkste, das best verwaltete, und am schlechtesten regierte Land Europas. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166): >>... Bis heute ist es eine Streifrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.
Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.
Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.
... Er ... trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbstzerstörung der Monarchie bei. ...<<
Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwikkelte damals vorbildliche Gesetzeswerke (wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900) und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.
Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident) lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<
Schlußbemerkungen: Kaiser Wilhelm I. hatte nach der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches erklärt, daß er versuchen würde, die deutsche Nation einer segensreichen, friedlichen Zukunft entgegenzuführen, aber die europäischen Nachbarn Großbritannien, Frankreich und Rußland waren damals nicht bereit, ihre außenpolitischen Interessen zu ändern oder ihre imperialistische Großmachtstellung zu Gunsten der Deutschen zu reduzieren und das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Kampf um die Weltmacht

> Wir glauben an Gott, an England und an die Menschheit. Die englischsprechende Rasse ist eines von Gottes erwählten Werkzeugen, die kommenden Verbesserungen im Schicksal der Menschheit auszuführen.
> *Cecil Rhodes (1853-1902, 1890-96 Ministerpräsident der britischen Kapkolonie)*

Die Kolonialpolitik der imperialistischen Großmächte (1870-1899)

Das 19. Jahrhundert wurde besonders von den Kämpfen um Kolonien in Afrika und Asien geprägt.

Im Jahre 1881 lehnte Bismarck eine expansive deutsche Kolonialpolitik noch grundsätzlich ab (x056/306): >>So lange das Reich finanziell nicht (gefestigt) ist, dürfen wir an so teure Unternehmungen nicht denken. ... Direkte Kolonien können wir nicht verwalten, nur Kompanien unterstützen. Kolonialverwaltung wäre eine Vergrößerung des parlamentarischen Exerzierplatzes.<<

In den Jahren 1804-1883 wurde der Sklavenhandel verboten und abgeschafft: Dänemark = 1804, England = 1807, Nordamerika = 1807/08 (danach herrschte bis 1865 ein reger Schmuggelhandel), Schweden = 1813, Frankreich und Spanien = 1817, Niederlande = 1818, Portugal = 1826, britische Kolonien = 1833-38, französische Kolonien = 1848, Brasilien = 1851, niederländische Kolonien = 1861-63, portugiesische Kolonien = 1878 und spanische Kolonien = 1883.

Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppten in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104). Internationale Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkamen, schwanken jedoch zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).

Der britische Historiker Roger Anstey berichtete später über das Ausmaß des atlantischen Sklavenhandels (x190/6): >>Bis vor kurzem gab es über den Umfang dieser Aktivitäten allenfalls Schätzungen. Doch eine Studie von Professor Philip D. Curtins läßt unter Berücksichtigung der Ansicht anderer Historiker den Schluß zu, daß innerhalb von 350 Jahren zwischen 8 und 11,5 Millionen Sklaven nach Amerika verschleppt wurden. Zudem muß man berücksichtigen, daß zwischen 10 und 20 % der Schwarzen die Überfahrt nicht überlebten oder während der Eingewöhnungsphase starben, also im ersten Jahr nach ihrer Ankunft. Nicht bekannt ist dagegen, die Anzahl von Opfern der innerafrikanischen Kriege, eine der primären Quellen für den Nachschub im Sklavenhandel.

Die Spuren des Sklavenhandels schlugen sich sowohl in Afrika als auch in Amerika nieder (und in geringerem Maße auch in Europa). In Afrika hatte es Sklaverei und Sklavenhandel schon vor dem Eintreffen der Europäer gegeben, aber das Ausmaß und die Verschleppung über den Atlantik waren neue Phänomene. Das persönliche Leid, das dadurch verursacht wurde, läßt sich nicht bemessen ...<<

Angesichts der gewaltigen Auswanderungswelle (1810-69 = 2,75 Millionen und 1870-89 = 1,90 Millionen deutsche Auswanderer) mußte Bismarck seine zurückhaltende Kolonialpolitik schließlich allmählich aufgeben (x056/201).

Bismarck erklärte am 26. Juni 1884 während einer Rede im deutschen Reichstag (x239/181): >>... Ich wiederhole, daß ich gegen ... Kolonien (bin), die als Unterlage ein Stück Land schaffen und dann Auswanderer herbeizuziehen suchen, Beamte anstellen und Garnisonen errichten, daß ich meine frühe Abneigung gegen diese Art Kolonisation, die für andere Länder nützlich sein mag, für uns aber nicht ausführbar ist, heute noch nicht aufgegeben habe. ...

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob es zweckmäßig und zweitens ob es die Pflicht des Deutschen Reiches ist, denjenigen seiner Untertanen, die solchen Unternehmungen im Vertrauen

auf des Reiches Schutz sich hingeben, diesen Reichsschutz zu gewähren und ihnen gewisse Beihilfen in ihren Kolonialbestrebungen zu leisten, um denjenigen Gebilden, die aus den überschüssigen Säften des gesamten deutschen Körpers naturgemäß herauswachsen, in fremden Ländern Pflege und Schutz angedeihen zu lassen. Und das bejahe ich ... vom Standpunkte der staatlichen Pflicht. ...
Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen ... zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft als auch gegen die Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. ...<<
In der sogenannten "Kongo-Akte" verboten 13 europäische Staaten und die USA am 26. Februar 1885 in Berlin die Sklaverei.
In dieser "Kongo-Akte" erkannten die 14 Teilnehmerstaaten auch den neugebildeten Staat Kongo als persönlichen Besitz des belgischen Königs Leopold II. an.
Die "Kongo-Akte" enthielt u.a. folgende Bestimmungen (x239/180): >>Art. 1: Der Handel aller Nationen soll vollständige Freiheit genießen. ...
Art. 6: Alle Mächte, welche in den gedachten Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben, verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sklaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Kultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohltätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zweck geschaffen und organisiert sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vorteile der Zivilisation verständlich und wert zu machen. …
Art. 13: Die Schiffahrt auf dem Kongo ... soll für die Kauffahrteischiffe aller Nationen ... vollkommen frei sein. ...
Art. 35: Die Signatarmächte der gegenwärtigen Akte anerkennen die Verpflichtung, in den von ihnen an den Küsten des afrikanischen Kontinents besetzten Gebieten das Vorhandensein einer Obrigkeit zu sichern, welche hinreicht, um erworbene Rechte und, gegebenenfalls, die Handel- und Durchgangsfreiheit unter den Bedingungen, welche für letztere vereinbart wurden, zu schützen. ...<<
Bismarck beklagte sich während einer Reichstagsrede am 28. November 1885 über den mangelhaften Nationalstolz der deutschen Auswanderer (x025/204): >>... Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Überschuß: ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einigermaßen blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen sich von seiner Nationalität lossagt.<<
Im Jahre 1888 erläuterte Bismarck dem Afrikaforscher Wolf die Schwerpunkte der deutschen Außenpolitik (x056/306): >>... Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland, und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte; das ist meine Karte von Afrika.<<
Jules Ferry (1832-1893, 1880-81 und 1883-85 französischer Ministerpräsident) schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking (Französisch-Indochina) eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.
Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei, welche ein sicherer Instinkt dem alten Europa als Brückenköpfe der Zivilisation und als Wege in die Zukunft anweist.

Die Bedürfnisse einer ständig wachsenden industriellen Produktion, die zur Vergrößerung gezwungen ist, will sie nicht zum Tode verurteilt sein; die Suche nach unerschlossenen Märkten; ... die Wissenschaft, welche die äußersten Enden der Erde in wenige Stunden Entfernung von London, Berlin oder Paris rückt; die sichtbaren Fortschritte der europäischen Gesellschaft und der Friedensidee; all dies drängt die zivilisierten Nationen dazu, ihre alten Rivalitäten auf das ausgedehntere und fruchtbare Feld weit entfernter Unternehmungen zu verlagern.
Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?
Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<
Der britische Kolonialpolitiker Cecil Rhodes erläuterte im Jahre 1878 die Bedeutung des Imperialismus (x073/3-4): >>... Wenn wir die Blicke auf unser bei weitem größeres Reich in Übersee und seine Bewohner richten, ... erweitern sich die Grenzen und die Maßstäbe. Es entsteht ein weiteres und edles Bild; der Geist verliert sich im Nachsinnen über das, was unter der wohltätigen Herrschaft Großbritanniens steht. ...
Da sehen wir Völker; die um die Erreichung einer höheren Kulturstufe ringen, für die die Überwindung von Sklaverei nur der Vorgeschmack auf die weit höheren Werte von Freiheit und Fortschritt ist, die sie vielleicht einmal gewinnen werden. Wir sehen große Völkerschaften wie diejenigen Indiens, die wie Kinder im Schatten von Unwissen, Armut und Leiden sitzen und von uns Führung und Hilfe erwarten.
Uns ist die Aufgabe zugefallen, ihnen weise Gesetze, gute Regierung und ein geordnetes Finanzwesen zu geben, die erst das Fundament eines gedeihlichen Zusammenlebens schaffen. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein politisches System zu geben, in dem der Geringste wie der Höchste auf der gesellschaftlichen Stufenleiter frei von Unterdrückung und Benachteiligung leben kann, in dem religiöse und moralische Erleuchtung bis in die dunkelsten Hütten dringen kann. Das ist die wahrhaftige Erfüllung unserer Pflichten; das – und ich wiederhole es – ist die wahre Stärke und Bedeutung des Imperialismus.<<
August Bebel warnte im Januar 1889 im deutschen Reichstag vor den Folgen der deutschen Kolonialpolitik in Deutsch-Ostafrika (x239/199): >>... Sitzen wir aber erst an den Fieberküsten Ostafrikas fest, dann werden auch noch ganz andere Forderungen an uns herangetreten; dann wird es vor allen Dingen heißen: Nachdem wir einmal soundso viel Gut und Blut für jene Lande geopfert und aufgewendet haben, ist es ein Gebot der nationalen Ehre, dieselben zu halten; was immer es kosten mag, wir müssen dafür eintreten.
Dann wird in erster Linie notwendig, eine bedeutende Verstärkung der Flotte vorzunehmen; es wird ferner notwendig, eine bedeutende Anzahl von Kolonialtruppen aus deutschen Reichsmitteln zu unterhalten.
Es wird dann heißen: Wir müssen uns derartig in unserer Marine rüsten, daß wir im Falle einer europäischen Krisis nicht nur unsere heimatlichen Küsten, sondern auch unsere Kolonien in fremden Ländern ausreichend schützen und verteidigen können. ...<<
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die Sklaverei in Afrika im Jahre 1889 (x814/1.019-1.020): >>(Sklavenstaaten) ... Was die gegenwärtige völkerrechtliche Beurteilung der Sklaverei seitens der zivilisierten Staaten anbetrifft, so ist dieselbe als schlechthin völkerrechtswidrig noch nicht aufzufassen. Wohl aber gilt dies von den Sklavenjagden und von dem Sklavenhandel. Die Abschaffung der Sklaverei in Afrika selbst ist von dem Fürsten Bismarck am 26. Januar 1889 im Reichstag als zur Zeit untunlich bezeichnet worden.
Auf die Beseitigung des afrikanischen Sklavenhandels aber wird nach dem Vorgang Englands auch von Deutschland hingewirkt. Dem sogenannten Quintupelvertrag vom 20. Dezember 1841 war Preußen bereits beigetreten. Dieser von Großbritannien, Österreich, Preußen und

Rußland, nicht aber von Frankreich ratifizierte Vertrag statuierte ein wechselseitiges Anhalt- und Durchsuchungsrecht gegenüber den unter den Flaggen der kontrahierenden Staaten fahrenden Schiffen zum Zweck der Unterdrückung des Sklavenhandels und eine Beschlagnahme von Sklavenschiffen in einem bestimmten Meeresgebiet um Afrika herum.
An Stelle Preußens trat am 29. März 1879 das Deutsche Reich in jenen Vertrag ein, und der Reichstag erteilte am 19. Mai 1879 hierzu die Genehmigung.
Die Kongoakte vom 26. Februar 1885 erklärt aber im Art. 9 folgendes: "Da nach den Grundsätzen des Völkerrechts, wie solche von den Signatarmächten anerkannt werden, der Sklavenhandel verboten ist und die Operationen, welche zu Land oder zur See diesem Handel Sklaven zuführen, ebenfalls als verboten anzusehen sind, so erklären die Mächte, welche in den das konventionelle Kongobecken bildenden Gebieten Souveränitätsrechte oder einen Einfluß ausüben oder ausüben werden, daß diese Gebiete weder als Markt noch als Durchgangsstraße für den Handel mit Sklaven, gleichviel welcher Rasse, benutzt werden sollen.
Jede dieser Mächte verpflichtet sich zur Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel, um diesem Handel ein Ende zu machen und diejenigen, welche ihm obliegen, zu bestrafen."
Diese Verpflichtung erstreckt sich auf die 14 Staaten, welche die Berliner Generalakte unterzeichnet haben, sowie auf den Kongostaat.
Um aber der Sklavenausfuhr in Ostafrika wirksam zu begegnen, welche namentlich von Sansibar aus auf arabischen Dhaus (Segelschiffe) unter französischer Flagge schwunghaft betrieben wurde, erklärten Deutschland und England am 2. Dezember 1888 für die Küstenlinie des Sultanats von Sansibar den Blockadezustand; doch wurde diese Blockade nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und die Ausfuhr von Sklaven gerichtet. Im Anschluß hieran erklärte auch Portugal für den nördlichen Teil des portugiesischen Gebietes an der Ostküste von Afrika den Blockadezustand. Demnächst schloß sich auch Italien der ostafrikanischen Blockade an. ...<<
Cecil Rhodes rechtfertigte im Jahre 1891 die britische Kolonialpolitik (x058/266-267): >>... Unter all den Kräften, die, an der Gestaltung der menschlichen Rasse mitwirken, scheint keine so mächtig zu sein, jetzt und noch mehr künftig, als der englisch sprechende Mensch. Schon beginnt er die Welt zu beherrschen. Das Empire und die Republik (USA) ...
Ihre Bürger, mit all ihren Fehlern, sind die Vorhut der Zivilisation, und wenn irgendwelche große Verbesserungen in den Lebensbedingungen gemacht werden sollen, dann werden sie notwendigerweise die führenden Instrumente bei diesem Werk sein. ... Um Miltons berühmtes Wort zu gebrauchen, der Glaube an "Gottes Engländer" wird unser leitendes Prinzip sein. ...
Wir glauben an Gott, an England und an die Menschheit. Die englischsprechende Rasse ist eines von Gottes erwählten Werkzeugen, die kommenden Verbesserungen im Schicksal der Menschheit auszuführen. Wenn alle diejenigen, die das erkennen, zu einer innigen Verbindung gebracht werden könnten, um mitzuhelfen, diese Rasse zur Erfüllung ihrer von der Vorsehung bestimmten Mission fähiger zu machen und alles zu bekämpfen, was dieses Werk hindert oder schmälert, dann würde eine solche Vereinigung oder weltlicher Orden Kern oder Kristallisationspunkt bilden für alles, was in der englische Welt lebenswichtig ist und dessen Einfluß man nur schwer überschätzen kann.
Dies ist die höchste der Wirksamkeiten, nach denen wir streben. Unsere oberste Pflicht ist es, durch einen Prozeß natürlicher Auswahl alle diejenigen auszulesen, die in ihrem Herzen das heilige Feuer der patriotischen Hingabe an ihr Land hegen und sie für den aufrichtigen Dienst am Gemeinwohl zu werben. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den britischen Kolonialpolitiker Cecil Rhodes (x281/16): >>... Der Mann ging als der rücksichtsloseste Kolonialisierer in die afrikanische Geschichte ein. Sein Schlachtruf überdauerte die Jahrhunderte: "Ausdehnung ist alles."

Die Hymne seiner Soldaten war befeuert vom Überlegenheitsgefühl, das sich zur Unterstützung gern auch der gerade erfundenen Maschinengewehre vom Typ "Maxim" bediente:
Vorwärts Ihr königlichen Soldaten, auf ins heidnische Land.
Die Gebetsbücher in Euren Taschen, die Gewehre in der Hand.
Tragt die ruhmreiche Botschaft dorthin, wo gehandelt werden kann, es ist nicht schwer
verbreitet die Botschaft – mit einem Maxim-Gewehr.

Die Herzen der erbärmlichen Eingeborenen sind voller Sünde.
Verwandelt ihre heidnischen Tempel in spirituelle Gründe.
Und gehen sie mit Euren Lehren nicht einher,
haltet ihnen eine weitere Predigt – mit dem Maxim-Gewehr.

Wenn sie die zehn Gebote ungefähr erkennen,
müßt Ihr ihren Häuptling täuschen und ihr Land umbenennen;
Und wenn sie fehlgeleitet Euch zur Rechenschaft zieh'n
Haltet ihnen noch eine Predigt – mit der Maxim.<<
Die englische Zeitung "The Times" berichtete am 2. März 1893 über die Rede des liberalen Politikers Lord Rosebery (x239/173): >>Wir sind im Augenblick damit beschäftigt, "Schürfrechte für die Zukunft abzustecken", wie es in der Sprache der Bergleute heißt.
Was wir ins Auge zu fassen haben, ist nicht, was wir im gegenwärtigen Augenblick nötig haben, sondern was wir in Zukunft einmal nötig haben werden.
Wir haben in Erwägung zu ziehen, welche Länder entweder von uns oder gegebenenfalls von einer anderen Nation entwickelt werden müssen, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es ein Teil unserer Verantwortlichkeit und der uns überkommenen Verpflichtung ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält. ...
Wir müssen die Blicke ... auf die Zukunft des Volkes richten, ... und meiner Meinung nach würden wir ... völlig versagen, wenn wir vor der Verantwortung zurückschrecken und den Anteil nicht annehmen sollten, der uns im Zuge der Aufteilung der Welt zufällt. ...<<
Als man in den Burenstaaten Transvaal (heute Südafrikanische Republik) und Oranje-Freistaat riesige Gold- und Diamantenfelder entdeckte, strömten Tausende von Engländern in das Land. Cecil Rhodes (von 1890 bis 1896 Ministerpräsident der englischen Kapkolonie, "einer der größten Imperialisten seiner Zeit") organisierte daraufhin 1895/96 einen Aufstand in der Südafrikanischen Republik, der jedoch von den Buren niedergeschlagen wurde.
Während des "Burenkrieges" (1899-1902) setzten sich die Buren (holländische, deutsche und französische Kolonisten, die seit 1652 in Südafrika eingewandert waren) erbittert zur Wehr.
Der britische Oberbefehlshaber Lord Horatio H. Kitchener (1850-1916, ab 1914 englischer Kriegsminister) ließ damals in Südafrika erstmalig Konzentrationslager für Frauen, Kinder und Greise einrichten, um den Widerstand der kämpfenden Männer zu brechen (x069/75).
Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete damals über die Kolonien Großbritanniens (x807/785): >>(Großbritannien) ... Die Kolonien und auswärtigen Besitzungen stellen das britische Reich hinsichtlich der Größe und Volkszahl über alle Staaten alter und neuer Zeit. Selbst das römische Weltreich ist mit dem Umfang und der Wichtigkeit des britischen Kolonialwesens nicht zu vergleichen.
Dem System ihrer Verwaltung nach kann man die Kolonien (abgesehen von Indien) in drei Klassen einteilen. Die erste Klasse umfaßt diejenigen, welche eine dem Mutterland nachgebildete Verfassung mit verantwortlichen Ministern haben. In ihnen wird die Krone durch einen von der Zentralregierung ernannten Gouverneur vertreten. Es sind dies: Kanada, Neufundland, Kapkolonie, Neusüdwales, Neuseeland, Queensland, Südaustralien, Tasmania und Vic-

toria.
Ihnen schließen sich diejenigen Kolonien an, welche zwar eine repräsentative Verfassung haben, in welchen aber sämtliche Beamte von der Krone ernannt werden, welcher gleichfalls ein unbeschränktes Veto zusteht. Diese sind: Malta, die Bahamainseln, Bermudas, die Leeward und Windward Islands, Guayana, Natal, Ceylon, Cypern und Westaustralien.
Die übrigen Kolonien werden als Crown Colonies durch Gouverneure ohne Teilnahme der Bevölkerung verwaltet. Ausnahmen machen Nordborneo und das Niger-Binuegebiet, welche Handelsgesellschaften untertan sind. Die größeren Kolonien sind in England durch Agenten vertreten. Einer Vertretung im britischen Parlament erfreuen sie sich nicht, anderseits aber steuern sie auch nicht zu den Ausgaben des Reiches bei.
An Vorschlägen zur Umwandlung des britischen Reiches in einen Bundesstaat mit Bundesparlament hat es in jüngster Zeit nicht gefehlt.
Die Kolonien werden vom Mutterland nicht nur nicht besteuert, sondern letzteres zahlt auch den größten Teil der für die Verteidigung nötigen Truppen (mit Ausnahme Ostindiens) und teilweise die Gehälter der Gouverneure und anderer Beamten. Die Ausgaben für die Kolonien beliefen sich 1884/85 auf 2.013.406 Pfund Sterling Es stehen in ihnen 93.000 Mann europäische Truppen, davon 61.600 in Indien. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über den britischen Imperialismus und die Kolonialpolitik (x057/173-174): >>Alle Teile des Weltreiches sollten zusammengefaßt werden zu einem Reichsverein, der durch eine Kriegsflotte zu schützen sei, die mindestens so stark sein sollte, wie die Flotten der beiden nächstfolgenden Mächte zusammen (two power standard). ...
Der wichtigste Kolonalbesitz Englands war nach wie vor Indien. Im Jahr 1877 hatte die Königin Victoria den Titel einer Kaiserin von Indien angenommen. In den folgenden Jahren wurde der Besitz erheblich erweitert, so daß England schließlich ein indisches Reich von rund 5 Millionen Quadratkilometern beherrschte. Um seinen indischen Besitz zu sichern, faßte England den kühnen Plan, möglichst die gesamten Randländer des Indischen Ozeans in seine Hand zu bringen.
Der Bau des Suez-Kanals (1869) hatte den Weg nach Indien beträchtlich abgekürzt. England kaufte den ägyptischen Teil der Aktien und besetzte ganz Ägypten (1882). Zur weiteren Sicherung des Weges nach Indien wurde (nach Gibraltar, Malta und Aden) auch Zypern in Besitz genommen (1878).
Nun galt es, ein großes Nord-Südreich in Afrika ("Vom Kap bis zum Nil") zu errichten. An diesem Plan arbeitete unermüdlich Cecil Rhodes, der durch die Entdeckung reicher Diamantenfelder großen Reichtum erwarb und diesen in den Dienst der englischen Machtausdehnung stellte. Er eroberte große Teile Südafrikas, die zur Kolonie Rhodesia zusammengefaßt wurden.
Die Engländer vervollständigten die Arbeit Rhodes, der Premierminister in Kapland geworden war, durch den Burenkrieg (1899-1902). Schließlich wurde ganz Südafrika englisch und zur südafrikanischen Union zusammengeschlossen. Das eigentliche Ziel eines britischen Afrikas und seiner Verbindung mit Indien zu einem gewaltigen afrikanisch-asiatischen Reich blieb eine Aufgabe der Zukunft. Der weiteren Ausdehnung in Afrika standen Frankreich und Deutschland im Wege.
Die australischen Kolonien hatten sich zu einem Commonwealth vereinigt (1900). In Amerika besaß England Kanada und Neufundland. Außerdem hatte es zahlreiche Stützpunkte im Atlantischen und Stillen Ozean.
Das englische Kolonialreich umfaßte bei einem Gesamtflächeninhalt von etwa 30 Millionen Quadratkilometern mit rund 375 Millionen Einwohnern ein Fünftel der gesamten Erdoberfläche.

Es war wichtig für Englands Ernährung (Fleisch aus Australien, Getreide aus Kanada, Tee von Ceylon), für den Rohstoffbedarf (Wolle aus Australien und Afrika, Baumwolle aus Asien und Afrika), als Absatzgebiet seines Handels, ferner für die Anlagen seiner Kapitalien und als Sicherung seiner Seeherrschaft (Flottenstützpunkte, Kohlenstationen, Kabelstationen).
Die Grundlage der Weltmachtpolitik des Britischen Weltreiches beruhte auf seiner Stellung als erste See- und Kolonialmacht, auf seiner Vorherrschaft in Industrie und Handel und auf der Missionsidee des Angelsachsentums.<<
Der US-Publizist Henry D. Lloyd kritisierte im Jahre 1894 das nordamerikanische Wirtschaftssystem (x149/54-55): >>Wirtschaftliche Tätigkeit, die von der Selbstsucht des einzelnen bestimmt wird, führt überall zum Monopol, wo sie das soziale Leben berührt – zum Landmonopol, Transportmonopol, Handelsmonopol, zum politischen Monopol in allen seinen Formen ... bis zur Bestechung im Amt. ...
Wir müssen (einen) Feldzug planen gegen die Grundsätze und gegen die Menschen, die sie vertreten und bis ins Extrem steigern – die die Regierungsbefugnisse, die von allen für alle verliehen wurden, als Privilegien für ihre persönliche Machterweiterung benutzen; die, ganz auf derselben Linie, die gemeinsame Arbeit aller und die allen gehörenden Geschenke der Natur, das Land, die Energiequellen, die Bergwerke, die Ortschaften statt dem allgemeinen Nutzen nur dem eigenen Interesse dienstbar machen, so daß einige wenige im Überfluß und die vielen in Armut leben. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Yankeegeist und Raubbarone" (x068/139-144): >>... Bis zum Bürgerkrieg waren die USA vor allem ein Bauernland. Sie bebauten und schröpften den von ihnen geraubten Boden. Größere Mengen aber von Kohle etwa, Kupfer, Manufakturwaren importierten sie.
Und hatte auch das Eisenbahnzeitalter, das Fabriksystem, schon vor dem Bürgerkrieg begonnen, hatte auch gerade der Krieg der Industrie des Nordens einen mächtigen Auftrieb gegeben, so setzte doch die eigentliche Entwicklung der USA von einer bäuerlichen zu einer städtischen und industriellen Gesellschaft erst mit der "reconstruction", der Neuordnung der politischen Verhältnisse in den Südstaaten ein.
Der Verkehr wuchs nun rapid, das ganze Land überzog ein dichtes Schienennetz. Seit 1870 fahren die Züge regelmäßig auf der ersten transkontinentalen Linie zwischen Boston und Oakland/Kalifornien. 1881 ist auch die Southern Pacific Railroad zwischen New Orleans und dem Pazifik fertig. Im Bahnbau beginnt auf Jahre ein wahrer Boom. Das Gleisnetz steigt in der Nachbürgerkriegsära bis 1900 auf über 300.000 km.
Im gleichen Zeitraum verdoppelt der Import, verdreifacht der Export sich. Auch das Telegrafennetz wird ständig größer. 1877 gibt es die ersten Telefonverbindungen in Massachusetts, zwischen Chicago und Milwaukee. 1874 verkehrt in New York City die erste elektrische Straßenbahn. In Chicago steigt zehn Jahre später der erste Wolkenkratzer (zehnstöckig) in den Himmel. Und weithin werden Bodenschätze, die unerschöpflich scheinen, abgebaut.
Kurz, die Technik, die industrielle Revolution nimmt kontinentale Ausmaße an, die Erfindungen überstürzen sich. Und einige ihrer schönsten verdankt man der sprichwörtlichen "Yankee ingenuity", vom Hinterlader-Karabiner (1819), dem Colt, dem Revolver mit Trommelmagazin und der Winchester über Maschinengewehr, Unterwasserboot, Fließband bis zum Transistor, Computer, dem Kernreaktor, der Atom-, der Wasserstoff-, schließlich der Neutronenbombe, Maser und Laser, SDI etc.
Gott, welch ein Segen auch durch die Automatisierung der Kriegsindustrie. Nach dem Konflikt von 1812 produzierten die Staaten Handfeuerwaffen am Fließband. Und nach dem Krimkrieg wurde die Massenproduktion von Europa übernommen, kauften zuerst Großbritannien, dann Rußland - nach den Napoleonischen Kriegen stärkste Landmacht Europas (mit der drittstärksten Flotte der Welt) -, Spanien, Schweden, Dänemark, die Türkei und Ägypten amerika-

nische Fräsmaschinen für die Gewehrherstellung. Ganze Armeen konnten nun in Kürze umgerüstet werden. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges fabrizierte man auch Kraftfahrzeuge und Flugzeugmotoren buchstäblich am laufenden Band, besonders in den USA und Frankreich.
Mit der rasant zunehmenden Mechanisierung wächst der Hunger der Unternehmer nach mehr, mehr Geld, mehr Macht, mehr Einfluß, bis zur ausschließlichen Marktbeherrschung. So bilden sich seit den siebziger Jahren kartellartige Pools, entstehen durch Konzentration und Verflechtung von Industrie- und Bankkapital zu monopolistischem Finanzkapital die Trusts, die beherrschende Form des Monopolkapitals.
Herausragende Figuren in dieser Entwicklung: die "robber barons", die "Raubbarone", die gigantische Gewinne horten. John D. Rockefeller, der "Erdölkönig", gründet 1879 die Standard Oil Company of Ohio, die in einem Jahrzehnt 95 % der US-Ölraffinerien beherrscht, während Cornelius Vanderbilt, der "Eisenbahnkönig", bereits über wichtige Eisenbahnlinien des Ostens gebietet, sein Sohn William den Eisenbahnbesitz noch ausdehnt und zugleich ins Bergwerksgeschäft einsteigt.
1879 ersteht das erste Warenhaus von F. W. Woolworth, der bei seinem Tod 1919 mehr als tausend Warenhäuser besitzt. Noch 1873 hatte Andrew Carnegie bei Pittsburgh das größte Stahlwerk der Welt errichtet. Und 1901 gründet der New Yorker Bankier J. P. Morgan mit einem Kapital von 1,4 Milliarden Dollar die U. S. Steel Corporation (auf die später der Vatikan Einfluß ausübt).
Bereits 1890 übertraf die Industrieproduktion der USA den Wert ihrer Landwirtschaft um das Doppelte. Die Produktion auf dem Roheisensektor stieg zwischen 1860 und 1890 auf das Elffache, die von Erdöl und Derivaten auf das Neunzigfache. Und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kontrollieren 445 Trusts mit einem Gesamtkapital von 20,4 Milliarden Dollar rund drei Viertel der US-Industrieproduktion; führend der Erdölsektor, die Stahl- und Chemie-, die Automobil-Industrie, die Elektrotechnik und der Eisenbahnbau.
Außerdem werden die USA ein großer Getreideexporteur. Und alles, dieser ganze gewaltige ökonomische Wirbel, ist nichts anderem verpflichtet als der Maximierung des Kapitalprofits. Das sogenannte Volksvermögen schnellt von geschätzten sieben Milliarden Dollar 1850 auf 88 Milliarden Dollar 1900, auf 186 Milliarden Dollar 1912.

Wie machten sie ihr Geld?

Schon Graf von Tocqueville, der große "Analytiker der politischen Welt" (Dilthey), erkennt: "Allem, was die Amerikaner tun, liegt ihre Liebe zum Reichtum zugrunde." Was moderner (und dümmlich) der von den Yankees selbst mit so viel Stolz zitierte Coolidge-Slogan so ausdrückt: "Das große Geschäft Amerikas sind die Geschäfte."
Die US-Gesellschaft, bloß nach Einkommensklassen gegliedert, war und ist eine reine Erwerbsgesellschaft. Dabei zählt nur eines: der Erfolg. Ein Erfolg, der da - vielleicht mehr als irgendwo auf der Welt, - ausschließlich am Geld gemessen wird, das er einbringt. Denn seit es die Vereinigten Staaten von Amerika gibt, ja, noch bevor sie entstanden, war dort die oberste Idee: Geld.
Selbstverständlich breiten sich darüber andere und, wie viele meinen, noch höhere, noch schönere Ideen aus: Freiheit, Demokratie, vor allem aber und immer wieder Gott. Doch all dies und mehr hat nur den Geldrausch zu vertuschen, den Tanz ums goldene Kalb, der natürlich schon ganz "unten" beginnt. Denn jeder möchte möglichst viel haben, wenigstens aber so viel wie der andere, jeder möchte mit dem Nachbarn Schritt halten, es ihm gleichtun, "to keep up with the Johnsons". Die Parolen "to make money" oder "another day - another dollar" signalisieren in nuce die Wertvorstellungen: wobei allerdings das Prestige oft mehr vom Alter des Reichtums abhängt als von seiner Menge.
Wie aber kamen die Reichen zum Reichtum? Wie machten sie ihr Geld?
Der deutsche Metzger Johann Jakob Ashdour aus Walldorf bei Heidelberg "wirkte" auch, als

er zwanzigjährig 1782 nach New York gelangte, wo er sich John Jacob Astor nannte, in einer Metzgerei. (Selbst als er schon "Mr. Manhattan" war, sprach man in gewissen Kreisen noch immer von dem "deutschen Schlachter".) Dann hatte er 1808 die American Fur Company (die erste von vielen) gegründet und sein Geld im Pelzhandel gemacht, wobei er bis nach Rußland und China exportiert und oft ein einziges Geschäft riesige Gewinne erbringt.
So erlöst man einmal für Otternfelle, die Astors Trapper für zwei Dollar Flitter von Indianern erwerben, 20.000 Dollar. Und nachdem Astor (ein Liebhaber, sagt man, von Mozart und Haydn) rechtzeitig auf das Grundstücksgeschäft umgestiegen war und ihm zeitweilig fast die Hälfte Manhattans gehörte, hatten seine Besitzungen bei seinem Tod 1848 einen Wert von 20 Millionen Dollar.
Was heißt es da schon, wenn er, der reichste Mann der Staaten, 400.000 Dollar für kulturelle Zwecke hinterläßt? Wenn er in New York eine Bibliothek, die "Astor Library", stiftet und in seinem Geburtsort Walldorf das "Astor-Haus" für notleidende Kinder und andere arme Schlucker? Das nützte seinem Ansehen. Und es schadete nicht seinem Geld. Sohn und Enkel wurden noch reicher.
Nicht immer freilich ruht auf dem Reichtum der Segen des Himmels (und der Vereinigten Staaten). Manchmal begann es mit Bankrott und endete auch damit.
Der Schweizer Bankrotteur Johann August Sutter (ursprünglich Suter) floh 1834 nach Kalifornien und wurde dort "Kolonisator". Er erwarb in Kürze riesige Landstrecken ("Neu-Helvetien"), und bereits 13 Jahre nach seiner Flucht aus der verfluchten Schweiz besitzt der Bankrotteur eine Farmkolonie im Wert von 200 Millionen Dollar. Doch noch rascher ist er wieder ein armer Mann - und ausgerechnet durch das Gold, das man auf seinem Besitz entdeckt. Viele Tausende von Goldsuchern ruinierten seine Felder ...
So endete Sutter wieder sozusagen in Armut und damit in Schande. Denn Armut ist eine Schande im nun bald reichsten Land der Welt, wo das Geld, wie jeder weiß, auf der Straße liegt und die Armen nur zu faul sind, es aufzuheben.
Dagegen gilt es da gar nicht als schändlich, geschäftlich zu bescheißen. Im Gegenteil. Es gilt als klug, als völlig selbstverständlich, vorausgesetzt natürlich, man bescheißt erfolgreich. Als wäre das Vorbild aller Yankees William Marcy Tweed, der Mitte des 19. Jahrhunderts Präsident der New Yorker Aufsichtsbehörde wird und mit Bürgermeister Oakey Hall ("Elegant Oakey") unter einer Decke steckt. (Viermal ließ er sich seine Unentbehrlichkeit in dem hohen Amt durch Wahlen bestätigen, wobei es mitunter 8 % mehr Stimmen gab als Wahlberechtigte in New York.
Kein Wunder in einem Land, in dem noch 1987 Frank Fahrenkopf, Vorsitzender der Republikanischen Partei, erklärt, daß selbst "Bewohner eines leeren Grundstückes oder leerer Häuser", ja, "Leichen bei Wahlen ihre Stimme abgeben". Man nennt dies "freie Wahlen" in der westlichen Welt.)
Mr. Tweed hätte man auch "Mr. 15 Prozent" nennen können, denn jeder, der in New York City Geschäfte machen wollte, mußte 15 % der in Frage stehenden Summe an Mr. Tweed zahlen. Wohl angemessen der harten Arbeit des Aufsichtshabenden, der bei seiner späteren Verhaftung als Beruf stolz "Staatsmann" angab, wobei er doch einer noch ganz kleinen Kalibers gewesen war - auch wenn Mr. Tweed über die notorischen 15 % hinaus selbstverständlich weitere Geschäfte tätigte.
So kaufte er beispielsweise für eine Kirche 300 Sitzbänke für fünf Dollar das Stück, macht 1.500 Dollar. Diese 300 Bänke verkaufte er für 600 Dollar das Stück, macht 180.000 Dollar - ein winziges Detail nur aus dem "american dream" ... Mr. Tweed verkaufte jede Kirchenbank 120 mal teurer als er sie selbst gekauft. Und vermutlich hat er mit größter Innigkeit auf diesen Bänken gebetet. Schließlich belief sich sein Vermögen auf 220 Millionen Dollar bei seinem Sturz.

Doch was soll's! Geschäftsmann ist, sagt Dos Passos, der vom Staat Überwachte, wenn einer den anderen bescheißt. Und Kirchenhistoriker Martin Marty glaubt nicht, "daß es, was die Moral angeht, in den Vereinigten Staaten je gute Zeiten gegeben hat." Ja, Steffen Lincoln, der berühmteste amerikanische Journalist der zwanziger Jahre, sah die Wurzeln des korrupten politischen Systems "nicht in der Korruption der Beamten, sondern in der Unehrlichkeit der amerikanischen Nation."
Freilich, ein Teil derselben kommt erst gar nicht dazu, unehrlich zu sein, jedenfalls nicht in relevantem Maße, geschweige in dem der Leute vom Schlag der Rockefeller, Morgan, Carnegie, Vanderbilt, die das "Goldene Zeitalter" zu einer "Epoche der Extreme" machten, so Historiker M. Wayne Morgan, "der niedrigen Löhne und riesigen Dividenden, der Prunkentfaltung und der Armut ..." Oder mit dem Grundsatzprogramm der People's Party von 1892:
"Die Früchte der harten Arbeit von Millionen werden in dreister Weise gestohlen, damit sich in den Händen einiger weniger gewaltige Vermögen anhäufen, wie sie die Geschichte noch nie sah".<<
Im Jahre 1895 brachen in den spanischen Kolonien Kuba und Philippinen wieder Aufstände gegen die spanischen Besatzungstruppen aus. Die Aufstände wurden von den USA unterstützt (x142/353). Die spanische Regierung erhob den Erhalt der Kolonien zur nationalen Frage und schickte bis 1898 Tausende von Soldaten nach Übersee, um die Unabhängigkeitsbewegungen zu zerschlagen. Die erbitterten Kämpfe und das tropische Klima verursachten hohe Verluste unter der einheimischen Bevölkerung und den spanischen Besatzungstruppen.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Aktivitäten im Jahre 1895 (x068/153-154): >>Als sich die Kubaner 1895 gegen Spanien erhoben, schürten gewisse US-Kreise die Revolution und finanzierten sie auch. Man zerstörte besonders Plantagen und Fabriken mit nordamerikanischen Teilhabern, um derart eine Einmischung der USA zu provozieren. Einflußreiche Yankees wollten einfach einen Krieg.
Der Senator Albert Beveridge aus Indiana verfocht jetzt nachdrücklich die Erschließung neuer Märkte und Kolonien für die USA, um deren industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsüberschuß absetzen zu können. Der Demokrat Thomas Pasckal aus Texas war 1895, inmitten der Wirtschaftskrise, überzeugt, daß ein Krieg "den anarchistischen, sozialistischen und populistischen Abszeß radikal ausmerzen würde, um unser Volk für zwei weitere Jahrhunderte vor einer Ansteckung zu bewahren".
Der vielleicht größte Scharfmacher aber ist Theodore Roosevelt. Als er 1895 zu ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Venezuela und England über die Grenzen für Britisch-Guayana kommt, schreibt Roosevelt dem Senator Henry Cabot Lodge (der später energisch den Beitritt zum Völkerbund verhindert): "Persönlich hoffe ich, daß der Streit bald zum Ausbruch kommt. Das Geschrei des pazifistischen Clans hat mich davon überzeugt, daß das Land einen Krieg braucht." ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/15,19,20): >>Wer die Mächtigen des 19. Jahrhunderts mit denen des 21. Jahrhunderts vergleicht, stellt fest: Zu Zeiten von Napoleon, Königin Victoria und Kaiser Wilhelm II. ging es rauher zu als unter der Führung von Jacques Chirac, Tony Blair oder Angela Merkel.
Die Herrschenden neigten dazu, die Dinge gewalttätig zu lösen. Sie waren roh und undemokratisch und hielten wenig von Menschen, die sich in Herkunft und Hautfarbe von ihnen unterschieden. Hunderttausende von Toten nahmen sie billigend in Kauf, wenn es der Durchsetzung ihrer Interessen diente.
Was heute den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf den Plan rufen und unweigerlich vor dem Kriegsverbrechertribunal enden müßte, garantierte seinerseits einen goldumrandeten

Eintrag im Buch der Geschichte. Eine mit Stolz zur Schau getragene Rücksichtslosigkeit war das Erkennungszeichen einer ganzen Epoche.
Nur eines hatten die Mächtigen von damals den heutigen Staats- und Regierungschefs voraus: Sie waren ehrlicher. Die kunstvoll ins Werk gesetzte Geheimdiplomatie überließ man den Botschaftern und Außenministern. Die Despoten pflegten im Umgang miteinander den direkten Ton. Freund und Feind wußten, woran sie waren. ...<<
>>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?
Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerspielplatz.
Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.
Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<
>>... Die Mächtigen lebten wie die Fische im Wasser, es umgab sie eine Gesellschaft, in der die Sitten so ungehobelt waren wie die Sprache. Schriftsteller und Verleger, die Männer der Wirtschaft und die Mehrzahl der kleinen Leute feuerten ihre Präsidenten und Kaiser an, nur ja kein Pardon zu geben.
In England legte Charles Darwin seine Theorie vom "Kampf ums Dasein" vor, wonach nur die "Passendsten" überlebten. In Amerika sprach man von der "auserwählten angelsächsischen Rasse", wofür der Philosoph John Fiske, als eine Art Berufungsinstanz für alle Amerikaner, das "Manifest Destiny", das Manifest der historischen Vorhersehung seines Volkes, verfaßte. In Deutschland fühlte man sich in ähnlicher Weise auserwählt, Großes und sogar Größtes zu leisten. An jeder Straßenecke war im ausgehenden Jahrhundert von Weltherrschaft die Rede. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.
Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.
Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche (Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien) schon seit

300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.
Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt (es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen), häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.
Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. Wenig später beanspruchte Deutschland in vier verschiedenen Gebieten (Togo, Kamerun, Deutsch-Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika) Territorien von über 2,5 Millionen qkm mit rund 14 Millionen Einwohnern, während Frankreich, das bereits 1830 in Algerien eingefallen war, um die Jahrhundertwende Madagaskar und den größeren Teil von West- und Nordafrika beherrschte – ein Gebiet von über 10 Millionen qkm mit einer Bevölkerung von 47 Millionen.
Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.
In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen – Überreste aus den Zeiten Dschingis Khans und Tamerlans.
Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaja und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde. Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege (im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten) und durch die "Verfallsdoktin", nach der Staatswesen ohne eindeutigen Thronfolger direkter britischer Herrschaft unterstellt wurden, beständig ausweiten können. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über die deutsche Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**
... **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**
Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Rußland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abgesteckt hatten.
Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, mußte seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, daß sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.
Die Interessen Großbritanniens können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften.
Das tendenziell hegemoniale Frankreich unter Ludwig XIV wurde ebenso niedergerungen wie das Kaiserreich Napoleons I ein gutes Jahrhundert später. Die Methode war immer dieselbe: England suchte und fand sogenannte Festlandsdegen, die die Hauptkämpfe durchzufechten

hatten und mit Subsidien und Truppenkontingenten gestützt wurden. England sorgte dafür, daß die tendenzielle Hegemonialmacht sich so weit verzettelte, daß sie geographisch an den Rändern angegriffen und von dort aufgerollt werden konnte.
Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte. Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte.
Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. Entsprechend diesen nationalen Interessen wechselten die Briten die Bündnispartner. Auf dem Kontinent entstand dadurch der unzutreffende Eindruck vom "perfiden Albion".
Frankreichs Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst mußte Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert u.a. die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte.
Nach den Wirren der Religionskriege war es Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, daß es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg.
Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloß. Der Habsburger Kaiser konnte in Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.
Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reiches bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen.
Auf den Weltmeeren rivalisierte Frankreich glück- und erfolglos mit England. England gelang es in den entscheidenden Phasen stets, eine antifranzösische Koalition auf dem Festland zu schmieden, so daß Frankreich seine Kräfte aufspalten und verzetteln mußte. Aufgrund demographischer, kultureller und politischer Faktoren war eine französische kontinentale Hegemonie angelegt und möglich, allerdings blieb sie stets angefochten und konnte nie dauerhaft entfaltet werden. Frankreichs Stellung als stärkste Kontinentalmacht war infolgedessen nur tendenziell hegemonial. Es bedurfte immer besonderer Anstrengungen, um in diesem Spannungsfeld die französischen Interessen zu wahren und gegebenenfalls durchzusetzen.
Rußland war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonzert eingetreten. Der Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Rußland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte.
Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Rußland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Rußland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Ruß-

land suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosporus. Den Anschluß an die technologische Entwicklung in Europa hatte Rußland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse.
Das war skizzenhaft dargestellt die Interessenlage der großen europäischen Mächte, die sich im Verlauf der letzten Jahrhunderte nach vielen Kriegen und zahlreichen Friedensschlüssen herausgebildet hatte, als das Deutsche Reich 1870/1871 von Bismarck gegründet wurde. Die Lage war seit dem Wiener Kongreß 1815 bis zur Reichsgründung relativ stabil: Großbritannien beherrschte die Meere und expandierte sein Kolonialreich weltweit, Frankreich war stärkste Kontinentalmacht, Rußland eroberte weite Teile Asiens. Nur an der Grenzlinie zwischen britischem und russischem Einfluß kam es weitab von Europa in Asien zu Streitigkeiten, die im Krim-Krieg gipfelten.
Als das Osmanische Reich schwächer wurde und immer weiter zerfiel, kündigten russische Ambitionen auf dem Balkan und Bosporus neue Konflikte an. In Deutschland rivalisierten Österreich und Preußen um die Vorherrschaft, Preußen lehnte sich an Rußland an, Österreich-Ungarn fand in Großbritannien Unterstützung. Die deutschen Klein- und Mittelstaaten von Bayern bis Hannover verharrten ohne Ambitionen in beschaulicher Ruhe, ihre Existenz war für die Großmächte so etwas wie der Garant für den Status quo.
Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.
Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871 veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Rußland mußte erkennen, daß das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Rußland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte.
Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde.
Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Mißtrauen betrachtet. Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Mißtrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Mißtrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. Deutschland erreichte eine tendenziell hegemoniale Position, die Flottenrüstung tat ein Übriges. ...<<
Die "Liga der Anti-Imperialisten" protestierte im Jahre 1899 gegen die "US-Weltpolitik" (x056/135): >>Die Politik, die man Imperialismus nennt, ist der Freiheit feindlich und führt zum Militarismus, einem Übel, von dem frei zu sein bisher unser Stolz war. Wir bedauern, daß es im Lande Washingtons und Lincolns nötig geworden ist zu betonen, daß alle Menschen ohne Rücksicht auf Rasse oder Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück haben. ...
Wir bestehen darauf, daß jede Unterjochung eines Volkes "verbrecherische Aggression" ist. ...
Wir verurteilen die Politik der gegenwärtigen Regierung auf das schärfste. ...
Wir werden die Wiederwahl eines jeden zu verhindern suchen, der im Weißen Haus oder im Kongreß die amerikanische Freiheit durch Verfolgung unamerikanischer Ziele verrät. ...<<

Die wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reiches und der damaligen gegnerischen Großmächte

Während der Weltausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 wurden die meisten deutschen Industrieprodukte von den mißgünstigen ausländischen Konkurrenten gewöhnlich als "billig und schlecht" bezeichnet (x233/104).

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1880 Güter im Wert von 6,0 Milliarden Goldmark und belegte damit den vierten Platz hinter den führenden Exportnationen Großbritannien, Frankreich und USA (x256/1).

Infolge der überhasteten Industrialisierung verschuldete sich Rußland von 1880-1910 hoffnungslos bei den westeuropäischen Staaten (Deutsches Reich, Frankreich und Großbritannien) und bei Nordamerika.

Der britische Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836-1914) erklärte 1887 im Parlament (x233/117): >>Das Reich ... ist der Handel. Es wurde durch den Handel geschaffen, es ist auf den Handel gegründet und könnte nicht einen Tag ohne Handel existieren. ...

Wäre es morgen möglich, das britische Reich mit einem Federstrich auf das Vereinigte Königreich zu reduzieren, so würde wenigstens die Hälfte unserer Bevölkerung Not leiden. ... Ist es nicht ... sicher, daß der größere Teil des afrikanischen Kontinents von unseren Wettbewerbern im Handel besetzt worden wäre, die dazu geschritten wären, diesen großen mächtigen Markt dem britischen Handel zu verschließen? ...

Unter diesen Umständen wäre es für uns eine Frage auf Leben und Tod, daß wir nicht von diesen Märkten der Zukunft ... ausgeschlossen würden.<<

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmarkt und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die nordamerikanische Wirtschaftskraft am Ende des 19. Jahrhunderts (x281/52-53): >>Die Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten von Amerika wuchs in den Jahren 1870 bis 1880 je Einwohner um 2,7 Prozent. Die Briten schafften nicht mal das halbe Tempo. Und so ging es weiter bis zum Kriegsbeginn: plus 1,5 Prozent Wachstum je Einwohner in den USA über 30 lange Jahre, in denen Großbritannien nur noch zwei Drittel davon schaffte. Der relative Abstieg des Empires hatte begonnen.

Die Vereinigten Staaten überrundeten schließlich ihr wichtigstes Herkunftsland auch absolut. eine neue Supermacht zeigte sich der Welt, wenn auch am Ende des 19. Jahrhunderts erst schemenhaft. ...<<

Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtete am 11. September 1897 (x237/221): >>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltsamkeit zum Schnapshandel zu bekehren – ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.

Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die damalige Entwicklung des deutschen Exporthandels (x057/184-187): >>Etwa vier Fünftel der in den Fabriken hergestellten Waren fanden in Deutschland Absatz, das übrige dagegen mußte auf ausländischen Märkten verkauft werden. Da gleichzeitig der Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wuchs, vergrößerte sich der Welthandel Deutschlands beständig.

In der ganzen Welt waren die deutschen Waren angesehen, und der deutsche Kaufmann trat in scharfen Wettbewerb mit den englischen Kaufleuten, die bisher allein den Weltmarkt beherrscht hatten. Selbst in England fanden die deutschen Waren Absatz, so daß die englische

Regierung den Stempel "Made in Germany" für deutsche Waren verlangte, um sie zu verdrängen. Aber diese Maßnahme wurde zur besten Empfehlung der billigen und guten deutschen Erzeugnisse.
Vor dem ersten Weltkrieg hatte ... der Gesamthandel Deutschlands (Ein- und Ausfuhr) den zweiten Platz in der Welt errungen und reichte nahe an denjenigen Englands heran (22,5 Milliarden gegen 27 Milliarden Mark). Dabei hatte sich der deutsche Handel seit 1890 um das Vierfache, der englische nur um das Doppelte vermehrt. ...
Die bedeutsame Entwicklung des deutschen Handels wäre nicht möglich gewesen ohne den ungeheuren Aufschwung des Verkehrs. ... Zahlreiche Kanäle verbilligten die Beförderung von Massengütern (Dortmund-Ems, Mittellandkanal, Berlin-Stettin). Duisburg entwickelte sich zum größten Binnenhafen. Neben den Wasserstraßen besaß Deutschland das größte Eisenbahnnetz auf dem Festland, den stärksten Briefverkehr und das größte Telegraphennetz Europas. ...
Für den Überseeverkehr baute Deutschland seit 1890 nur noch auf eigenen Werften seine Handelsschiffe und besaß 1914 die größten Schiffahrtsgesellschaften (Hapag, Lloyd), die besteingerichteten Dampfer für den Personenverkehr (Imperator, Vaterland) und die zweitgrößte Handelsflotte der Welt.
Der Hamburger Hafen wurde zum größten Seehafen Europas ausgebaut und mit Bremen zum wichtigsten Einfuhrhafen Deutschlands. Die Seeschiffahrt beherrschte nicht nur die von Deutschland ausgehenden Linien, sondern betätigte sich vielmehr auch im Verkehr zwischen fremden Häfen (Ostasien, Vereinigte Staaten, Ostindien, Mittelmeerländer). Die deutsche Handelflagge wehte in allen Weltmeeren, in den neuerworbenen Handelniederlassungen (Kiautschou 1898) und in den deutschen Kolonien, die sich aus bescheidenen Anfängen gut entwickelt hatten. ...
Infolge dieser Wirtschaftsblüte wurde Deutschland immer weiter mit der Weltwirtschaft verflochten, woraus Neid und Mißgunst der übrigen Weltmächte, besonders Englands und eine bedenkliche Abhängigkeit vom Ausland entstanden.<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Entwicklung des Welthandels bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x281/46-47): >>... Die Interessenkonflikte zwischen den Nationalstaaten hatten sich über die Jahrzehnte verschärft. Denn der wachsende Wohlstand besaß von Anfang an einen Zwillingsbruder, der ihm auf Schritt und Tritt folgte: die Angst. Wo immer sich das Leben verbessert, folgt die Befürchtung, im nächsten Moment könne alles vorbei sein. Das Streben nach Wohlstand und die Angst ihn zu verlieren, sind bis heute die zwei wichtigsten Antreiber der neuzeitlichen Geschichte.
Das englische Königreich wirkte früh schon erschöpft. Der schnelle Aufstieg vom Inselvolk zur Weltmacht hatte die politischen und ökonomischen Kräfte überdehnt. Die Neuerwerbungen in Übersee mochten prestigeträchtig und exotisch sein, rentierlich waren sie oft nicht. Zu den Kosten der Eroberung kamen die Kosten der Besatzung hinzu, die schnell ins Unermeßliche steigen konnten.
Wer gehofft hatte, mit dem Quadratmeilen-Imperialismus das Fundament für den weltgrößten Binnenmarkt gelegt zu haben, sah sich getäuscht. Englands Bedeutung für die Weltwirtschaft schrumpfte. Deutschlands Anteil an der weltweiten Industrieproduktion hatte bereits 1913 den der Engländer überholt.
Das Deutsche Reich war allein schon aufgrund seiner Einwohnerzahl ein großer Brocken, der jährlich schwerer wog. Aus den 40 Millionen Deutschen des Jahres 1870 waren vor Kriegsbeginn 65 Millionen geworden. In Europa lebten nur in Rußland mehr Menschen.
Durch seine Mittellage war das Reich politisch zwar im Zentrum aller Konflikte, aber der Handel profitierte. Die deutsche Industrieleistung schoß empor, überragte bald die Nachbarstaaten. Aus den deutschen Hochöfen floß in den Jahren vor Kriegsbeginn mehr Rohstahl, als

Franzosen, Russen und Engländer gemeinsam produzierten. Auch die neu entstandene chemische Industrie war ein Glanzstück. Mit Firmen wie Bayer, BASF und Hoechst produzierte sie damals rund 90 Prozent der industriellen Farbstoffe der Welt. ...<<

Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/184-188): >>Was das Kaiserreich bis heute zu einem Unikat in der deutschen Geschichte macht, ist der permanente Zuwachs in allen meßbaren sozialen, ökonomischen und wissenschaftlichen Bereichen. ...

Von 1870 bis 1913 verdoppelt die deutsche Landwirtschaft ihre Wertschöpfung, der Bergbau hingegen erzielt eine Verachtfachung, Industrie und Handwerk mehr als eine Verfünffachung. Deutschland wird zum Industrieland, die Landwirtschaft tritt zurück, zunächst nach ihrem Anteil an der Wertschöpfung, dann auch nach der Zahl der in ihr Beschäftigten.

Die Industrialisierung hat zugleich eine wohltuende Konsequenz für die deutsche Gesellschaft: Etwa mit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts kommt die bis dahin massenhafte Auswanderung, vor allem in die USA, zum Erliegen. Die Agrarier zetern zwar über die Industrialisierung des Landes, von der sie nicht zu Unrecht eine Schwächung ihrer gesellschaftspolitischen Basis und ein Erstarken der Sozialdemokratie befürchten. ...

Vor dem Ersten Weltkrieg wird das boomende Deutsche Reich sogar schon zum Einwandererland: Insbesondere italienische Arbeitskräfte – die Begriffe "Gastarbeiter" und "Migranten" ahnt damals noch niemand – arbeiten vor allem auf den großen Baustellen, etwa beim Kraftwerksbau, insgesamt bereits mehr als eine Million Menschen.

Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei.

So liegt der deutsche Anteil am Maschinenbau weltweit bei 20,7 Prozent, der britische bei 11,8 Prozent, der US-amerikanische allerdings bei 50 Prozent. Noch stärker aber ist das deutsche Gewicht in jenen Branchen, die man die neuen "Leitsektoren" der Zeit genannt hat, also die Trendsetter der zweiten industriellen Revolution, nach der Schwerindustrie, nach Kohle und Stahl, Eisenverhüttung und Eisenbahnbau. Neben dem Maschinenbau geht es hier um die Elektrizität und um die Chemie.

In der Elektroindustrie hat Deutschland 1913 einen Anteil an der Weltproduktion von 34,9 Prozent, vor den USA mit 28,9 Prozent und Großbritannien mit 16,0 Prozent. In der deutschen Elektrizitätsindustrie stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter allein in dem guten Jahrzehnt 1900 bis 1911 von 61.833 auf 169.123. ...

Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<

Panslawismus (1871-1914)

Der russische Panslawist und Kulturkritiker Nikolai Danilewski schrieb im Jahre 1871 (x056/299): >>Rußlands Aufgabe ist die Befreiung aller Slawen, die unter fremden Jochen seufzen, und die Bildung des großen Slawenreiches. Hauptziel dieses Kampfes ist der Besitz Konstantinopels. Er muß sich direkt gegen die Türkei und das Habsburger Reich wenden und kann nur mit ihrer Vernichtung enden. ...<<

Ab 1875 lehnten sich die Slawen und andere türkische Vasallen (mit russischer Unterstützung) in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228).
Serbien (seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches) proklamierte im Jahre 1882 ein Königreich. Nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches übernahm der Balkanstaat Serbien allmählich eine führende Rolle.
Die radikalen serbischen Nationalisten (unter Führung des groß-serbischen Geheimbundes der Omladina-Bewegung, die 1848 von serbischen Studenten in Preßburg als Verein "Serbische Jugend" gegründet wurde) stellten schnell die erforderlichen Kontakte mit den slawischen Kroaten und den Bosniern in Österreich-Ungarn her. Der serbische Geheimbund Omladina plante mittel- bzw. langfristig die gewaltsame Befreiung aller Südslawen und die Errichtung eines großen Slawenreiches unter serbischer Führung (sog. "Jugoslawismus").
Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski forderte im Jahre 1887 in einem Zeitungsartikel (x309/77): >>... Dieses ganze Flußgebiet von der Weichsel bis zur Mündung des Njemen (Memel), das einst so unachtsam zugleich mit Schlesien durch den polnischen Staat vertan wurde, muß durch das polnische Volkstum wiedergewonnen werden. ...
Unsere Politiker träumen noch von Wilna und Kowno (in Litauen), aber um Polen kümmern sie sich weniger; Danzig haben sie vollkommen vergessen, und an Königsberg und Oppeln denken sie überhaupt nicht. Es ist endlich Zeit, ... nach so vielen Jahrhunderten des Umherirrens in Wahngebilden auf den alten Weg zurückzukehren, den zum Meere hin gebahnt haben die kräftigen Fäuste der Krieger aus der Piastenzeit.<<
Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg berichtete im Jahre 1889 (x233/137): >>... Die Russifizierung in den baltischen Provinzen und die Verfolgung der lutherischen Pastoren wurden in brutaler Weise fortgesetzt.
Mit Pobedonoszew (Berater des Zaren Alexander III.) hatte ich manches interessante Gespräch; er verhehlte mir nicht, daß er mit kaltem Blute, ohne religiösen Fanatismus, die Einheit der Kirche im ganzen Reich anstrebt. "Wer vom orthodoxen Glauben abfällt", sagte er oft, "hört auf, Russe zu sein, nicht nur in seinem Denken und Handeln, sondern sogar in der Lebensweise und Kleidung".<<
Die radikalen "Jungtschechen" (Omladina-Bewegung bzw. Panslawisten), die eine politische Einigung aller Slawen und einen slawischen Gesamtstaat unter russischer Führung anstrebten, verhinderten seit 1890 alle österreichisch-tschechischen Ausgleichsversuche.
Ab 1892 begann mit der Gründung der polnischen sozialistischen Partei (PPS) der nationale Freiheitskampf unter Führung von Jozef Pilsudski (1867-1935, ab 1918 polnischer Staatschef). Diese polnische Nationalbewegung wurde durch Rußland unterstützt.
Der polnische Politiker und Publizist Johann Poplawski schrieb im Jahre 1899 in der Lemberger Zeitung "Przeglad Wszechpolski" ("Allpolnische Rundschau") (x309/77-78): >>... In dem Nationalkampfe kann die Parole nur lauten: 'Wir oder ihr'. Das ist wirklich ein Kampf auf Leben und Tod, denn es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, ohne Posen, ohne Westpreußen, auch sogar ohne Ostpreußen.
Für den preußischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, deren Grenzen nur wenige Meilen von Berlin entfernt liegen, gleichsam Vernichtung, Umsturz seiner Macht, sogar Verlust seines Namens. ... Preußen verlöre den vierten Teil seiner Bevölkerung und würde zum Standpunkte und zur Benennung 'Brandenburg' zurückfinden. ...
Wir können nicht zugeben, daß man uns aus der Wiege unseres Landes und unserer Nation hinausdrängt und uns hindert an das Meer zu gelangen, eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgängliche Bedingung.<<
Infolge der ungarischen Unterdrückungspolitik rückten die seit uralten Zeiten verfeindeten

Serben und Kroaten näher zusammen und verbündeten sich nach 1900 gegen die Deutschen (Pan- bzw. Jugoslawismus).
Am 23. April 1901 forderte die polnische Zeitung "Dziennik Berlinski" (x064/123): >>Kein Pole darf sich mit einer Deutschen oder einem anderen fremden Mädchen verheiraten, das ist eine Todsünde ... Es ist besser, daß unsere Mädchen bis zum Tode ledig bleiben, ehe sie einen Deutschen heiraten. ...<<
Serbische Offiziere, unter Führung des Nationalisten Dragutin Dimitrijevic, ermordeten im Jahre 1903 in Belgrad König Alexander I. (1876-1903, seit 1889 König von Serbien), seine Ehefrau, den serbischen Ministerpräsidenten und weitere Regierungsmitglieder (x175/35). König Alexander I. wurde vermutlich die geplante Annäherung an Österreich-Ungarn zum Verhängnis. Nachfolger des ermordeten Königs wurde Peter I. von Serbien. Peter I. (1844-1921, ab 1903 König der Serben, seit 1918 König der Serben, Kroaten und Slowenen) war ein begeisterter Anhänger des radikalen "Jugoslawismus". Die "großserbische Bewegung" nahm danach gefährliche Formen an.
Während und nach der russischen Revolution entwickelten sich im Jahre 1905 auch in Polen Unruhen. Im Verlauf dieser Unruhen, die in wenigen Wochen durch russische Truppen niedergeschlagen wurden, kam es zwischen den pro- und antirussischen Parteien zu heftigen Auseinandersetzungen. Der prorussische Nationaldemokrat Dmowski wollte z.B. auf Ostpolen verzichten und den polnischen Staat bis zur Oder vortreiben (ehemalige Gebiete der Piastenherzöge). Pilsudski, der aus Litauen stammte, plante die Gebiete der litauischen Jagiellonenfürsten in den polnischen Staat einzugliedern und die polnischen Grenzen nach Osten zu verlagern (x064/112).
Die Jungtschechen forderten im Jahre 1908 weiterhin einen eigenen Staat und den Zusammenschluß mit den Slowaken (x184/19).
Jozef Pilsudski (1867-1935, ursprünglich Sozialist) organisierte ab 1908 in Krakau (Galizien) bewaffnete Einheiten, die jahrelang als Schützenvereine getarnt wurden. Die polnischen Behörden in Österreich-Polen duldeten die Bildung der Armeekader, so daß Pilsudski bis 1914 fast 200 Schützenverbände aufstellen konnte (x064/114).
Nach der "Bosnien-Krise" (1908/09) vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. im Jahre 1909 in Sankt Petersburg den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).
Im Jahre 1911 gründeten fanatische, radikale serbische Nationalisten in Serbien die Geheimorganisation "Schwarze Hand" (Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod").
Polnische "Vorkämpfer der Freiheit" hetzten im Jahre 1912 (x064/123): >>Die Deutschen morden unsere Seele, impfen den Kindern den preußischen Geist ein, germanisieren sie mit der Knute! Und jetzt rauben sie uns den Boden. Diesen Raub nennen sie Enteignung und nennen die Vergiftung der Seele "Verbreitung der Kultur".<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die Deutschfeindlichkeit der Polen (x025/182): >>... Über 100 Jahre Fremdherrschaft seit den "polnischen Teilungen" von 1792/95 dürften auch dazu beigetragen haben, nationale Leidenschaften freizusetzen.
Tatsache ist jedenfalls, daß sich spätestens im 19. Jahrhundert in Polen ein Nationalismus und damit ein Fremdenhaß entwickelte, von dessen Intensität und Verbreitung sich andere Völker mit weniger hitzigem Temperament kaum eine Vorstellung machen können. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen jedenfalls war die politische Rechte die tragende Kraft; mit wenigen Ausnahmen standen die polnischen Historiker, Schriftsteller und Journalisten rechts, und Deutschenhaß und Judenhaß gingen Hand in Hand.
Deutschfeindliche Literatur erreichte die höchsten Auflagen. Der Romancier Maciej Wierzbinski schrieb über "den Deutschen": "Er besitzt sogar die charakteristische Eigenschaft, daß ihm das Brot, das er dem Nächsten aus dem Mund reißt, am besten schmeckt."

Für den exilpolnischen Ministerpräsidenten Sikorski war die deutsche Nation "vergiftet bis ins Innerste", und ähnliche Glaubensbekenntnisse legten seine Minister Zaleski und Sayda ab. Sie formulierten später im großen, was dem Mann auf der Straße aus seinem Sprichwortschatz bekannt war: "Hau ihn, denn er ist ein Deutscher" oder "100 Jahre soll leben, wer den Deutschen in die Fresse schlägt" (Trinkspruch aus Mittelpolen). ...<<

Österreich-Ungarn und Rußland verhandelten Anfang 1913 über die Expansionspläne Serbiens (x233/144): >>Rußland erklärte, daß es eine Vernichtung Serbiens nicht zulassen würde, Österreich verkündigte, es werde eine maßlose Vergrößerung Serbiens nicht hinnehmen, Zwischen diesen beiden Vetos handelte es sich darum, ein Mittel zu finden, um den Frieden am Leben zu erhalten. ...<<

Der tschechische Panslawist Karel Kràmar (1860-1937, 1918/19 erster Ministerpräsident der Tschechoslowakei) erklärte damals im Reichstag, daß die Tschechen den Tag herbeisehnen würden, an dem sie vom Böhmerwald bis Wladiwostok in einem Reich leben dürften (x206/-25).

Die Weltmachtpolitik der Großmächte

Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 waren (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das Britisch Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer (des) Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.

Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<

Frankreich und Rußland schlossen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis sollte in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) bilden.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über das französisch-russische Militärbündnis (x307/172-173): >>Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war. Jahrhundertelang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig.

Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich (ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten) hatte die französische Oberschicht traumatisiert, und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsaß-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig. Elsaß-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde.

Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik. Aber immer wieder heizten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert wor-

den war.
Nach 1871 mußte Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert. Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekannten Dynamik erfaßt werden.
In Anbetracht der Größe und des militärischen Potentials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Partner für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Rußland. Wie James B. Eustis, der ehemalige amerikanische Botschafter in Paris, im Jahr 1897 beobachtete, stand Frankreich "einer von zwei Wegen offen, entweder selbstbewußt und unabhängig bleiben und sich auf die eigenen Ressourcen bei der Begegnung jeder Gefahr stützen ... oder ein Bündnis mit Rußland anstreben, die einzige Macht, zu der es Zugang hatte."
Falls es soweit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potentiell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.<<
Alfred von Tirpitz (1849-1930, ab 1892 Stabschef des Oberkommandos der Marine, von 1897-1916 Staatssekretär des Reichsmarineamtes) schrieb im Februar 1896 über den Aufbau einer deutschen Flotte (x239/199): >>Unserer Politik fehlt bis jetzt vollständig der Begriff der politischen Bedeutung der Seemacht. Wollen wir aber gar unternehmen, in die Welt hinauszugehen und wirtschaftlich durch die See zu erstarken, so errichten wir ein gänzlich hohles Gebäude, wenn wir nicht gleichzeitig ein gewisses Maß von Seekriegsstärke uns verschaffen.
Indem wir hinausgehen, stoßen wir überall auf vorhandene oder in der Zukunft liegende Interessen. Damit sind Interessenkonflikte gegeben.
Wie will nun die geschickteste Politik ... etwas erreichen ohne eine reale, der Vielseitigkeit der Interessen entsprechende Macht?
Weltpolitische vielseitig ist aber nur die Seemacht. Darum werden wir, ohne daß es zum Kriege zu kommen braucht, politisch immer den kürzeren ziehen (solange keine Seemacht besteht). ...<<
Kaiser Wilhelm II. erklärte am 18. Juni 1897 während einer Rede (x237/211): >>... Der Dreizack (Sinnbild der Herrschaft über das Meer) gehört in unsere Faust. ...
So ist es Mein Wunsch, daß Gott es Mir verleihen möge, ... der Welt den Frieden zu erhalten, der ja erst existiert, seitdem das Deutsche Reich wieder da ist, desgleichen aber nach außen die Ehre des Reiches in jeder Weise hochhalten zu können, unserer vaterländischen Arbeit und der Industrie der produzierenden Stände, die Absatzgebiete zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen.<<
Bernhard Fürst von Bülow (1849-1929, seit 1874 im diplomatischen Dienst, später Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1900-09 Reichskanzler, 1914-15 Sonderbotschafter in Wien) erläuterte am 6. Dezember 1897 in einer Rede vor dem Reichstag die Machtansprüche des Deutschen Reiches (x056/308, x073/28): >>Die Zeiten, wo Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnt, diese Zeiten sind vorüber. ...<<
>>... Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. ... Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.

Mit einem Wort: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die damalige Weltpolitik des Deutschen Reiches (x307/207-208): >>... Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen der Vereinigten Staaten:
Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiautschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den Philippinen einen häßlichen Kolonialkrieg (1899-1902), der zwischen 500.000 und 750.000 Filipinos das Leben kostete.
Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika "de facto souverän" sei.<<
Nach Erschließung des Kontinents strebte die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>... Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.
Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<
Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna traten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.
US-Präsident William McKinley begründete am 11. April 1898 vor dem Kongreß den geplanten Krieg gegen Spanien (x056/135): >>Die Gründe für ein Eingreifen können wie folgt zusammengefaßt werden:
1. Im Namen der Menschlichkeit und um Grausamkeiten, Blutvergießen, Hungersnot und entsetzliche Leiden zu beenden. ...
2. Wir schulden unseren Bürgern in Kuba jenen Schutz und jene Sicherung ihres Lebens und Eigentums, die keine dortige Regierung gewähren kann oder will. ...
3. Die Einmischung wird gerechtfertigt durch den schweren Schaden, den unsere Geschäfte und Handelsbeziehungen durch die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die Verwüstung der Insel erleiden.
4. Die gegenwärtige Lage in Kuba ist eine ständige Bedrohung unseres Friedens. ...
Ich fordere daher den Kongreß auf, dem Präsidenten die Vollmachten zu übertragen, die nötig sind, um eine endgültige Beendigung der Feindseligkeiten zwischen der spanischen Regierung und dem kubanischen Volk zu erreichen. ...<<
Der Krieg gegen Spanien (ab April 1898) und die Annexion der Hawaii-Inseln (8 größere und 23 kleinere Inseln mit dem späteren Flotten- und Flugstützpunkt Pearl Harbor) im Juli 1898 leiteten den US-Imperialismus in Übersee ein.
Mit dem Krieg gegen Spanien und der gewaltsamen Übernahme der Hawaii-Inseln begann im Jahre 1898 die sog. "US-Weltpolitik". In Mittel- und Südamerika beeinflußte Amerika anschließend außerdem große Gebiete durch riesige Kapitalinvestitionen ("US-Dollardiplomatie"). Die USA ließen die mittel- und südamerikanischen Länder zwar unabhängig, aber sie übten durch ihre Finanzkraft überall enormen Einfluß und Druck auf ihre hoffnungslos unterlegenen Nachbarn aus.

Der US-Senator Albert J. Beveridge (1862-1927) berichtete im Jahre 1898 über die zukünftige Außenpolitik der USA (x237/211, x239/188): >>Mitamerikaner!
Wir sind Gottes auserwähltes Volk. ... Es liegt an uns, der Welt ein Beispiel von Recht und Ehre zu geben. ...
Wir können uns nicht von irgendeinem Stück Land zurückziehen, wo die Vorsehung unser Banner entfaltet hat. An uns ist es, jenes Stück Land für die Freiheit und Zivilisation zu retten. ...<<
>>... Amerikanische Fabriken stellen mehr her, als für die Versorgung des amerikanischen Volkes notwendig ist. Die amerikanische Erde erzeugt mehr, als es verzehren kann. Das Schicksal hat uns unsere Politik vorgeschrieben: Der Handel der Welt muß und wird unser sein. Und wir werden ihn bekommen. ...
Wir werden in der ganzen Welt Handelsniederlassungen als Umschlagplätze für amerikanische Waren gründen. Unsere Handelsflotte wird bald über den ganzen Ozean fahren. Wir werden eine Kriegsmarine aufbauen, die unserer Größe entspricht. Aus unseren Handelsniederlassungen werden Kolonien erwachsen, die sich selbst regieren, unsere Flagge führen und mit uns Handel treiben.
Auf den Bahnen des Handels werden unsere Institutionen unserer Flagge folgen. Und das amerikanische Recht, die amerikanische Ordnung, die amerikanische Zivilisation und die amerikanische Flagge werden an bis dahin blutigen und unkultivierten Ufern Fuß fassen, Ufern, die durch diese Werkzeuge Gottes aber von nun an schöner und zivilisierter werden. ...<<
Der ehemalige US-Innenminister Carl Schurz kritisierte damals den nordamerikanischen Imperialismus (x239/188): >>Wir meinen, daß die Politik des Imperialismus die Freiheit bedroht und zum Militarismus führt, einem Übel, vor dem wir uns bisher in rühmlicher Weise freigehalten haben.
Wir bedauern, daß man im Lande Washingtons und Lincolns ausdrücklich darauf hinweisen muß, daß alle Menschen unabhängig von ihrer Rasse und Hautfarbe ein Recht auf Leben, Freiheit und persönliches Glück haben.
Wir behaupten, daß Regierungen ihre Macht nur aus der Zustimmung der Regierten ableiten können. Wir halten daran fest, daß die Unterwerfung irgendeines Volkes ein "verbrecherischer Angriff" ist und eine offene Mißachtung der entscheidenden Grundsätze unserer Verfassung.
Wir verurteilen daher nachdrücklich die Politik der Regierung gegenüber den Philippinen. ...<<
Der Krieg gegen die Militärmacht USA führte im Jahre 1898 schließlich zur militärischen Niederlage Spaniens ("El Desastre"). Nach der Vernichtung der spanischen Flotte mußten die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten werden. Kuba wurde zum Protektorat (Schutzgebiet) erklärt und bis 1909 von US-Gouverneuren verwaltet. Der spanisch-amerikanische Krieg wurde durch den Frieden von Paris (1898/99) beendet.
Der Krieg mit den USA liquidierte schließlich die spanische Kolonialmacht und führte zur vollständigen Auflösung des spanischen Reiches in Übersee. Die verlorenen Kolonien und die Niederlage im spanisch-amerikanischen Krieg verletzten nicht nur den ausgeprägten Nationalstolz der Spanier, sondern sie belasteten auch nachhaltig die spanische Innenpolitik. Die Spannungen innerhalb der spanischen Bevölkerung verschärften sich und das Ansehen der Regierung ging weitgehend verloren.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Krieg der USA gegen Spanien im Jahre 1898 (x068/154-156): >>... Am 15. Februar 1898 zerreißt das zum Schutz amerikanischer Bürger und Besitzungen nach Kuba kommandierte Linienschiff "Maine" im Hafen von La Habana (Havanna) eine Explosion. Sie wurde bis heute nicht geklärt.

Erwägt man jedoch, was die US-Führung durch den Angriff auf Pearl Harbor 1941 den Japanern bewußt geopfert hat, um einen eklatanten Kriegsgrund zu bekommen: 19 Schiffe, 150 Flugzeuge, 2.335 Soldaten und 68 Zivilisten, so ist dagegen der Verlust eines lächerlichen Linienschiffes und der Tod von 260 Seeleuten gewiß nichts, was die kriegslüsterne US-Clique nicht jederzeit gelassen hätte preisgeben können.
... Während der Kongreß im März 1898 fünfzig Millionen Dollar für neuerliche Aufrüstung bewilligt, bekunden die USA durch den Geschäftsträger in Madrid ihren Friedenswillen und erklären, keine territorialen Ziele in Kuba zu verfolgen. (Die ganze Aktion – erinnert sie nicht an das diplomatische Manöver vor dem Kuwait-Konflikt 1991, als man Saddam in die Falle lockte?)
Die spanische Regierung telegrafiert am 10. April ihr Einverständnis mit den amerikanischen Bedingungen nach Washington – und am nächsten Tag erbittet McKinley vom Kongreß eine "machtvolle Intervention" zur Wiederherstellung des Friedens in Kuba. Wenige Tage darauf wird der Präsident ermächtigt, die Armee einzusetzen, gleichzeitig geht ein Ultimatum an Spanien, die Blockade von Kuba wird eingeleitet, die Aufstellung einer Freiwilligen-Armee von 200.000 Mann, und noch im April befinden sich die USA im Krieg, den Spanien um einen hohen Preis gern vermieden hätte.
Theodore Roosevelt aber jubelt jetzt über die "Amerikanisierung der Welt", nennt sie "unser Schicksal" und prägt schließlich seine berüchtigte Maxime: "Sprecht sanft und tragt immer einen großen Knüppel bei euch, und ihr werdet es weit bringen" – Friedensnobelpreis 1906. (Gewiß nicht deshalb, Aber trotzdem!)
Die USA verfochten selbstredend die hehrsten Ziele im Krieg: sie wollten Kuba vom Kolonialismus, von der spanischen Despotie befreien. Nur ganz nebenbei wollten sie natürlich auch die sozialen Konflikte im eigenen Land dämpfen, wollten sie neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, neue Plantagen, mehr Einfluß in der Karibik, im Pazifik, überhaupt etwas mehr Macht in der Weltpolitik.
Und alles bekamen sie. Und fast kinderleicht. Ihre Führung warf mehr als 274.000 Mann ins Treffen und war besonders zur See, wo sich der Konflikt hauptsächlich abspielte, weit überlegen. Ihre Marine, die drittstärkste der Welt, galt als schlagkräftig, gut ausgebildet. Sie siegt in der Karibik sowie vor den Spanischen Philippinen im Pazifik. ...
Wieder einmal sind sie sichtlich von Gott gesegnet, der Krieg ist entschieden. Schon am 20. Juni hatte man Guam eingenommen. Am 7. Juli annektierte man Hawaii. Einige Wochen später besetzt man Puerto Rica und Manila auf den Philippinen, die Spanien trotz allen Sträubens, im Frieden von Paris am 10. Dezember 1898 für 20 Millionen Dollar an die USA abtreten muß. Diese bekommen außerdem Puerto Rico, die Pazifikinsel Guam und eine Art Aufsichtsrecht über Kuba, auf das Spanien, das auch die Schulden von 400 Millionen Dollar übernehmen muß, alle Ansprüche verliert.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die nordamerikanische Ausdehnungspolitik (x057/179-180): >>Schon nach dem Sezessionskrieg (1861-65) begann ein neuer Abschnitt der amerikanischen Ausdehnung (Kauf Alaskas vorn Rußland 1867). Gegen Ende des Jahrhunderts erwachte die Machtpolitik von neuem.
Die Monroelehre (1823) wurde durch den Panamerikanismus ersetzt (seit 1889), der den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten unter Führung der Vereinigten Staaten erstrebte. Die Hauptziele der nächsten Jahre waren die Herrschaft über den Golf von Mexiko und den Stillen Ozean. Durch die Eroberung Kubas und Puerto Ricos sicherten sich die Vereinigten Staaten die Verbindung mit Südamerika. Mit dem Erwerb der Hawaii-Inseln erlangten sie einen wichtigen Stützpunkt im Stillen Ozean und mit den Philippinen (1898) großen Einfluß in Ostasien. Dadurch war der Gegensatz zu Japan gegeben.
Um ihre außenpolitische Stellung zu verstärken, bauten die Amerikaner eine große Kriegsflot-

te und den Panamakanal (1914 fertig), die kürzeste Verbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean. Um den Kanal ganz in seine Hand zu bekommen, veranlaßte Amerika die Loslösung der Republik Panama (1903) von Kolumbien und gewann auch in den übrigen mittelamerikanischen Republiken Einfluß (besonders in Nicaragua).
So suchten die Vereinigten Staaten nicht nur den Raum des amerikanischen Festlandes politisch und wirtschaftlich zu beherrschen, sondern sie traten zugleich in die Weltpolitik ein, wodurch die Union immer mehr in die außeramerikanischen Verwicklungen hineingezogen wurde.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den US-Imperialismus in Süd-Ostasien (x068/156-158): >>... Vor der Besetzung der Philippinen, so erzählt Präsident William McKinley (1897-1901) im Weißen Haus methodistischen Geistlichen, habe er in mehr als einer Nacht auf den Knien Gott den Allmächtigen um Erleuchtung gebeten. Also fand er auch die Lösung.
Weder durften die Philippinen an Spanien zurückgegeben noch den Franzosen oder Deutschen überlassen werden. All dies wäre "ein schlechtes Geschäft" gewesen, fand McKinley, von Gott erleuchtet. Nein, William McKinley hatte keine andere Wahl, "als die Philippinen zu nehmen und die Filipinos zu erziehen, zu erhöhen und zu zivilisieren und mit Gottes Hilfe das Beste an ihnen zu tun, denn sie sind ja auch Menschen, und auch für sie ist Christus gestorben. Und dann ging ich ins Bett, um zu schlafen, und ich schlief gut."
Seinesgleichen schläft wohl immer gut. Gut schlief auch Truman, laut Selbstbekenntnis, nach dem Abwurf der Atombomben auf Japan. Ein gutes Gewissen ist nun einmal ein gutes Ruhekissen. Zumal für Christen. Zumal für US-Christen. Zumal für US-Christen, die US-Präsidenten sind.
Während des Krieges werden 200.000 Filipinos umgebracht - nicht zimperlich. Gelegentlich töten die US-Helden für einen Amerikaner rund tausend Einheimische. Derart rächt man zum Beispiel einen erschossenen Krieger, dem man den Bauch aufgeschlitzt hatte. "Sofort erhielten wir Befehl", meldet ein Soldat seinen Eltern nach New York, "den Ort niederzubrennen, in dem das geschehen war, und jeden Einheimischen zu erschießen, der sich blicken ließ. Ungefähr 1.000 Männer, Frauen und Kinder wurden anschließend als getötet gemeldet. Ich fühle mich großartig, wenn ich mein Gewehr auf dunkle Haut richte und den Abzug drücke."
Aber noch bei den beginnenden Friedensverhandlungen in Paris Anfang Oktober 1898 ist selbst die Meinung der USA über ihre Philippinen-Politik geteilt. Gleichwohl entscheidet sich McKinley für die Abtretung. So werden die Philippinen, wo der Guerillakrieg noch bis 1902 weitergeht, eine Art amerikanischer Kolonialmacht für 47 Jahre! Das paßt zu dem angeblichen Selbstregierungsprinzip der USA wie die Faust aufs Auge.
Doch erklärte vor der Ratifizierung des Pariser Vertrags am 6. Februar 1899 - mit nur einer Stimme Mehrheit - Präsident McKinley, die Annexion der Spanien abgenommenen Gebiete sei "ein rein altruistischer Entschluß" gewesen. Es gehe den USA "weder um den Besitz eines Landes, um Handel, noch um ein Imperium, sondern allein um Menschen", um den Fortschritt der Menschheit und der Zivilisation.
Näher als McKinley, den am 6. September 1901 auf der Pan-American-Exposition in Buffalo/New York der Anarchist Leon Czolgosz niederschießt (worauf Vizepräsident Theodore Roosevelt Präsident wird), näher kam der Sache und der Wahrheit der Senator Albert Beveridge, der die Amerikaner eine "erobernde Rasse" nannte und ihren Annexionismus etwas nüchterner sah. Doch den Herrn vergaß auch er nicht, als er dazu aufrief, "unserem Blut" zu gehorchen, "neue Märkte und wenn nötig neue Gebiete in Besitz" zu nehmen.
Denn: "Nach Plan des Allmächtigen" müssen "niedergegangene Zivilisationen und verfaulende Rassen zugunsten der höheren Zivilisation des edleren und männlicheren Menschentyps" verschwinden. "Die Philippinen gehören uns für immer", rief Beveridge am 9. Januar 1900

vor dem Kongreß. "Und jenseits der Philippinen eröffnen sich uns die unermeßlichen Märkte Chinas. Wir werden auf sie nicht verzichten."
Auf die Philippinen verzichteten sie Jahrzehnte später freilich; natürlich nicht aus Selbstlosigkeit. Nicht etwa der Freiheit der Filipinos, sondern gewisser Wirtschaftsinteressen wegen. Man wollte die Agrar-, die Zuckerimporte der Insulaner vom amerikanischen Markt ausschließen und auch ihnen selbst die Einwanderung verbieten.
Die angekündigte Unabhängigkeit aber war mit derartigen Rechtswidrigkeiten verbunden, daß sogar Präsident Hoover protestierte. Doch beide Häuser des Kongresses setzten sich mit Zweidrittelmehrheit gegen ihn durch und verabschiedeten am 13. Januar 1933 das Haws-Cutting-Act, das zwar die Unabhängigkeit der Philippinen vorsieht, doch erst nach zwölf Jahren; zudem sichern sich die USA das Recht auf Militärstützpunkte.
Nach dem Krieg gegen Spanien wird die nationale Befreiungsbewegung in Kuba, die Unabhängigkeitsrevolution, von den USA abgewürgt und durch den Platt-Zusatz zur Verfassung von 1901 ihr Interventionsrecht auf Kuba verbrieft, ebenso die Verpachtung des Flottenstützpunktes Guantánamo. Überhaupt paßt es zur traditionellen Heuchelei der Vereinigten Staaten, daß sie, die einst das Kolonialjoch abschüttelten, nun selber Kolonialmacht wurden, indem sie Spanien Puerto Rico und die Philippinen raubten.<<
Der deutsche Historiker Prof. Klaus Schwabe berichtete später über die Außenpolitik der USA (x041/178): >>... Rein äußerlich gehörte es seit dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898) in den Kreis der Imperialmächte – als Erbe des spanischen Kolonialreiches. ...
Als ehemalige Kolonie traditionell anti-imperialistisch und unter den Kolonialmächten ohnehin Nachzügler, strebten die USA kein formelles Kolonialreich an, sondern ein Informal Empire, eine Einflußzone, in der die "Offene Tür", d.h. das Prinzip des Freihandels gelten sollte, wie der Außenminister John Hay, im Interesse des amerikanischen Exports, in mehreren Noten 1899/1900 für China forderte.
Obwohl als Handelsweltmacht somit weltweit engagiert, waren die Vereinigten Staaten eine Weltmacht eigener Art. Sie verfügten schon vor 1900 über die drittstärkste Flotte der Welt und beanspruchten für sich die Rolle einer Ordnungsmacht in Lateinamerika (Roosevelt-Corollary vom 6. Dezember 1904 zur Monroe-Doktrin vom 2. Dezember 1823). Doch anders als die übrigen Großmächte gehörten sie keiner Bündniskombination an.
Die von George Washington zuerst ausgesprochene Warnung vor "verstrickenden Bündnissen", die Grundmaxime des amerikanischen Isolationismus, galt noch unangefochten, wenn die USA auch, wie z.B. im Russisch-Japanischen Krieg (1904/05) oder in der ersten Marokkokrise (1905), als Vermittler zwischen den übrigen Großmächten auftraten.
Doch entsprach das Gewicht der Vereinigten Staaten als Weltmacht noch nicht deren schon damals überragendem Wirtschaftspotential; denn die finanziellen Druckmittel, welche die amerikanische "Dollardiplomatie" Lateinamerika gegenüber bereits erfolgreich einsetzte, konnten in Europa noch nicht wirken, weil Amerika nach wie vor als Schuldner bei den traditionellen Kapitalexportländern (Frankreich, Großbritannien, auch das Deutsche Reich) erschien. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die "neuen Imperialisten" USA und Deutsches Reich (x281/16-17): >>Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldeten sich auch jene unmißverständlich zu Wort, die sich bisher eher zurückgehalten hatten, Amerikaner und Deutsche. Beide Nationen wollten mitreden, wenn es um die Neuaufteilung der Erdkugel ging.
Die USA, so ihr damaliger Präsident Theodor Roosevelt, müßten "mit sanfter Stimme sprechen, aber einen dicken Knüppel in der Hand halten". Der dicke Knüppel war die eigene Seestreitmacht, deren Aufbau er zügig vorantrieb.
Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war bald weit über die Grenzen seines Reiches hinaus be-

kannt als Freund einer Sprache, in der Größenwahn und die Geringschätzung seiner Zeitgenossen unverstellt zum Ausdruck kamen. Den widerspenstigen Chinesen, die sich gegen westliche Willkür wehrten, schickte er Soldaten; sie sollten, so rief er den in Bremerhaven an Bord gehenden Militärs hinterher, im Reich der Mitte wüten "wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel".
Das taten sie dann auch. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete über das deutsch-britische Verhältnis im Jahre 1898 (x283/193-194): >>... Die Konkurrenz verschärfte sich. England fühlte sich seit 1898 vom deutschen Flottenbau akut bedroht. Das gilt nicht zuletzt für die rasch expandierende zivile deutsche Seefahrt, die den Briten Handelsrouten abnahm, ja ihnen den Rang abzulaufen drohte.
Hätte Berlin hier eingreifen sollen? Welche Regierung der Welt bremst den Aufstieg ihrer Wirtschaft, nur um den Neid der Nachbarn zu meiden? Unter der Devise "Rule Britannia, rule the waves!" hatten englische Kanonen seit dem 16. Jahrhundert Flotten anderer Seemächte konsequent versenkt, so die der Spanier, Franzosen, Holländer und Dänen. Das sollte auch der Deutschen blühen. Vielleicht hätte Berlin weniger Kriegsschiffe auf Kiel legen und darauf vertrauen sollen, daß die zivile Schiffahrt unbehelligt blieb. Daran aber zweifelte man.
Mochte Berlin noch so treuherzig versichern, die eigenen Schlachtschiffe dienten einzig und allein dem Schutz der Heimat, der Handelsrouten und der Kolonie, so wurde doch schamhaft verschwiegen, vor wem diese denn geschützt werden sollten. ...<<
Der britische Premierminister Robert A. Salisbury (1830-1903, konservativer Politiker, seit 1866 mehrfach Premier- und Außenminister) informierte im April 1898 den britischen Gesandten in Tokio über die aktuelle Lage in China (x233/130): >>... Sie können japanischer Regierung streng vertraulich mitteilen, daß, da russischer Besitz Port Arthurs daß Gleichgewicht der Macht im Golf von Petschili stört, wir genötigt sind, von chinesischer Regierung Verpachtung Wei hai-weis unter denselben Bedingungen zu verlangen. ...<<
Eine englische Zeitschrift berichtete im Jahre 1899 über die Folgen der imperialistischen Politik (x056/301): >>Das Gewicht der Macht verlagert sich von Manchester und Birmingham (Zentren der Eisen- und Textilindustrie) zur Lombard Street (Bankenviertel in London). England konnte nicht die Werkstatt der Welt bleiben; es wird dafür schnell ihr Geldgeber, ihr Gläubiger, ihr Hauswirt. ...<<
Russische Truppen besetzten im Jahre 1900 die Mandschurei in China. Im Verlauf dieser Militäraktion ertränkten Kosaken und russische Polizisten im Juli 1900 in Ostsibirien, an der Grenze zur Mandschurei, mehrere tausend chinesische Zivilisten im Grenzfluß Amur.
Ein Vertrauensmann des Zaren erklärte im Jahre 1900 (x233/124): >>Asien ist seinem ganzen Umfang nach im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands. ...
In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen. ...<<
Der britische Politiker Joseph Chamberlain warb im Jahre 1901 für ein Bündnis mit dem Deutschen Reich (x069/89): >>England müsse sich für die Zukunft nach Bundesgenossen umsehen. Die Wahl sei zwischen Rußland-Frankreich und dem Dreibund. Sowohl innerhalb des Kabinetts als auch im Volke gebe es Stimmen, die einen Ausgleich und ein festes Zusammengehen mit Rußland wünschen. ...<<
Friedrich von Holstein (Vortragender Rat im Auswärtigen), der seit 1890 alle deutsch-englischen Bündnisverhandlungen leitete, hielt die aktuellen britischen Bündnisvorschläge jedoch im Jahre 1901 für unzureichend.
Holstein schrieb im Jahre 1901 an den deutschen Botschafter in London (x069/89): >>Ich bin gegen den jetzigen Freundschaftssturm von Chamberlain und Genossen deshalb besonders mißtrauisch, weil die angedrohte Verständigung mit Rußland und Frankreich so vollständiger Schwindel ist. Wir können warten. Die Zeit läuft für uns. Ein vernünftiges Abkommen mit

England läßt sich meines Erachtens erst dann erreichen, wenn das Gefühl der Zwangslage in England allgemeiner als heute geworden ist. ...<<
Gabriel Hanotaux (1853-1944, französischer Historiker und Politiker, von 1894-98 Außenminister, förderte die Annäherung an Rußland und die koloniale Ausdehnung Frankreichs) berichtete im Jahre 1901 während eines Vortrages in Paris (x239/175): >>In weniger als einem halben Jahrhundert wird die Welt aufgeteilt sein; die noch freien Länder werden in Besitz genommen und die neuen Grenzen endgültig gezogen sein. Für neue Expansionen wird kein Platz mehr sein, es sei denn, um den Preis schrecklicher Erschütterungen. ...
Es geht nicht allein um eine gewaltige Zurschaustellung von Eroberungen; es geht auch nicht um die Vergrößerung des öffentlichen und privaten Reichtums; es geht darum, über die Meere hinweg in gestern noch unzivilisierten Ländern die Prinzipien einer Zivilisation auszubreiten, deren sich eine der ältesten Nationen der Erde sehr zu Recht rühmen kann; es geht darum, in unserem Umkreis und in weiter Ferne so viele neue Frankreichs zu schaffen wie möglich; es geht darum, inmitten der stürmischen Konkurrenz der anderen Rassen, die sich alle auf denselben Weg begeben haben, unsere Sprache, unsere Sitten, unser Ideal, den Ruf Frankreichs und des Romanentums zu bewahren. ...<<
Im Jahre 1901 begannen in Persien die ersten Erdölbohrungen.
Deutsche Firmen leiteten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn" (Eisenbahnkonzession von 1888). Diese Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak) wollte man später bis zum Persischen Golf verlängern, um die großen Erdölquellen schneller erreichen zu können und weil man neue Absatzmärkte erschließen wollte.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.
Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.
Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt.
Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine "politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre" Deutschlands bezeichnen.
Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Außenpolitik Frankreichs (x281/47-48): >>... Frankreich, die zweitgrößte Kolonialmacht, war noch vor Kriegsausbruch ein Verlierer. Derweil sich das französische Imperium von 1871 bis 1900 um

rund neun Quadratkilometer ausweitete, sackte sein Anteil an der Weltproduktion im selben Zeitraum um 20 Prozent nach unten. Wohin man auch schaute, die Franzosen konnten den Gewinn an Quadratmeilen nicht in ökonomische Stärke verwandeln. Ihre relative Bedeutung schrumpfte.
Die Franzosen waren schon damals eine politische Nation; ihr Geltungsdrang war größer als ihre ökonomische Leistung. Fortwährend tauschten sie, wie die anderen Kolonialmächte auch, ihr ökonomisches Kapital gegen politisches Prestige.
Sie taten es in der Hoffnung, dieser Tausch würde sich am Ende auch wirtschaftlich rentieren, was er aber nicht tat. Milliarden wurden in den Kolonien und vor allem in den Ländern der diversen Bündnispartner ausgegeben, in der Türkei, auf dem Balkan, und auch die Russen profitierten. Als Gegengewicht zu den verhaßten Deutschen wurden sie von den spendierfreudigen Pariser Politikern aufs Schönste verwöhnt. All diese politischen Gratifikationen haben sich nie ordentlich verzinst, die Rendite der französischen Außenpolitik blieb kümmerlich.
Am Vorabend des Krieges (1914-18) war das Industriepotential der Franzosen um 60 Prozent kleiner als das der Deutschen. Selbst die Landwirtschaft, seit jeher in Frankreich ein nationales Heiligtum, erreichte pro Hektar nur 65 Prozent des deutschen Ausstoßes. Das Land war im Zuge der industriellen Revolution relativ zu den Konkurrenten Deutschland und Amerika ärmer geworden. ...<<
Der russisch-japanische Krieg (1904-05) endete im Jahre 1905 nach großen Nachschubschwierigkeiten mit einer katastrophalen russischen Niederlage (erster asiatischer Sieg über eine europäische Großmacht).
Während der Friedensverhandlungen von Portsmouth (USA) mußte Rußland die japanische Herrschaft in Korea anerkennen, die Südhälfte der Insel Sachalin (ehemalige russische Strafkolonie) und Port Arthur an Japan abtreten sowie die Süd-Mandschurei als japanisches Interessengebiet anerkennen. Japan wurde zur führenden Großmacht im Fernen Osten, während sich Rußland wieder verstärkt dem Balkan widmete.
Spätesten ab 1905 begann in Europa ein Wettrüsten ("zu Lande und zu Wasser)", wie man es bisher noch nicht erlebt hatte.
Die Rüstungsausgaben betrugen z.B. für 1905, 1910 und 1913 (x056/312):
>>1. Rußland (1.069, 1.435 und 2.050 Millionen Mark),
2. Deutsches Reich (1.064, 1.377 und 2.111 Millionen Mark),
3. England (1.263, 1.367 und 1.491 Millionen Mark),
4. Frankreich (991, 1.177 und 1.327 Millionen Mark),
5. Österreich-Ungarn (460, 660 und 720 Millionen Mark).<<
Das Deutsche Reich baute ab 1905 vor allem die bis dahin unbedeutende Flotte zu einer mächtigen Handels- und Kriegsmarine aus. Im Jahre 1896 besaß das Deutsche Reich erst 6 Schlachtschiffe und 4 Kreuzer, während Großbritannien über 33 Schlachtschiffe und 130 Kreuzer verfügte (x090/238). Der verstärkte Ausbau der deutschen Schlachtflotte (ab 1898) und der deutsch-britische Rüstungswettlauf, um die Vormacht zur See, wirkten sich allmählich verhängnisvoll aus, denn die Briten fühlten sich zunehmend bedroht. Da die Artilleriegeschütze der neuen deutschen Schlachtschiffe allen bisherigen Geschützen überlegen waren, wurden die bisher kampfstärksten britischen Kriegsschiffe entwertet (x065/340).
Nach der französisch-britischen Einigung (1904) schränkte die französische Regierung im Jahre 1905 in der Kolonie Marokko den bisher freien Wettbewerb drastisch ein.
Infolge der Mißachtung des Vertrages von Madrid (1880) und um die deutschen Wirtschafsinteressen zu unterstützen (Firma Mannesmann und andere), führte Wilhelm II. einen Staatsbesuch in Tanger durch. Dort sicherte der Kaiser dem Sultan seinen Schutz zu. Diese 1. "Marokkokrise" brachte Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entschied damals aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen. Da US-

Präsident Theodore Roosevelt vermittelte und Rußland längst noch nicht "kriegsbereit" war, mußte Frankreich im Kolonienkonflikt in Marokko zunächst nachgeben (Konferenz von Algeciras im Jahre 1906). Für das Deutsche Reich stellte die 1. Marokkokrise trotzdem eine schwere diplomatische Niederlage dar, denn sie führte zur Isolierung des Reiches.
Angesichts der äußerst radikalen anti-österreichischen Politik Serbiens forderten österreichische Generäle bereits im Jahre 1906 eine sofortige Besetzung Serbiens. Der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand (1863-1914) lehnte damals jedoch militärische Lösungen ab und versuchte den Serben wirtschaftlich beizukommen. Um Serbien in die Schranken zu weisen, verhängte Österreich-Ungarn z.B. eine Viehimportsperre. Serbien überstand diesen sogenannten "Schweinekrieg" (1906-1908) jedoch mit französischer Kapitalhilfe (x061/359).
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über den sogenannten "Schweinekrieg" von 1906-1908 (x307/56): >>... Allerdings war diese Maßnahme (für Österreich) kontraproduktiv, weil Serbien rasch andere Exportmärkte fand (insbesondere in Deutschland, Frankreich und Belgien) und nunmehr anfing, in großem Stil Schlachthöfe zu bauen. ... Schließlich verschaffte sich Belgrad nicht über Wien einen hohen Kredit, sondern über Paris (im Gegenzug für Rüstungsaufträge bei französischen Firmen). ...<<
England und Frankreich schlossen im Jahre 1906 ein Heeres- und Flottenabkommen gegen das Deutsche Reich.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die antideutsche britische Außenpolitik im Jahre 1907 (x307/220-224): >>... Die längste Liste der britischen Beschwerden finden sich in einem berühmten Memorandum zum gegenwärtigen Stand der britischen Beziehungen zu Frankreich und Deutschland, das Eyre Crowe im Januar 1907 verfaßte, damals Leiter der westlichen Abteilung im Foreign Office. ...
Das Memorandum vom 1. Januar 1907 begann mit einem kurzen Überblick über die jüngste Marokkokrise. Crowes Darstellung enthielt den unverkennbaren Unterton einer Moralpredigt nach dem Motto "Selbst schuld". Der deutsche Tyrann hatte Frankreich bedroht in der Hoffnung, dessen "frische Freundschaft" mit Großbritannien "im Keim zu ersticken".
Aber er hatte den Mumm und die Treue von Frankreichs britischem Kumpel unterschätzt: Er "schätzte die Stärke des britischen Gefühls und den Charakter der Minister Seiner Majestät falsch ein". Wie die meisten Tyrannen war auch dieser ein Feigling, und die Aussicht einer "englisch-französischen Koalition in Waffen" reichte, um ihn abzuschrecken. Aber ehe er einen Rückzieher machte, bereitete sich der Tyrann noch mehr Schande, indem er sich bei dem britischen Freund Liebkind machen wollte und "eine Politik der Kooperation mit Deutschland in den schönsten Farbe malte". Und wie sollte Großbritannien nun auf diese unschöne Geste reagieren?
Als die herausragende Weltmacht sei Großbritannien, so argumentierte Crowe, durch eine Art "Naturgesetz" verpflichtet, sich gegen jeden Staat zur Wehr zu setzen, der versuchte, eine gegen die britische Hegemonie gerichtete Koalition zu gründen. Und genau das habe die deutsche Politik beabsichtigt. Das ultimative Ziel Deutschlands sei eine "deutsche Hegemonie, zunächst in Europa und später auf der ganzen Welt". Während die britische Hegemonie jedoch von allen begrüßt und gefeiert und wegen der politischen Liberalität und Freiheit des Handelns von keinem beneidet und gefürchtet werde, bewiesen die Äußerungen des Kaisers und der alldeutschen Presse, daß eine deutsche Hegemonie einer "politischen Diktatur" gleichkomme, die der "Ruin der Freiheiten Europas" wäre. ...
Man könnte vieles zu diesem faszinierenden Dokument sagen, daß Grey als empfohlene Lektüre Premierminister Sir Henry Campbell-Bannermann und anderen hohen Ministern zukommen ließ. Zunächst wäre da Crowes schon fast komische Neigung, die Kriege, Protektorate, Besetzungen und Annexionen des britischen Empires als natürlichen und wünschenswerten Zustand zu beschreiben, die vergleichsweise ineffektiven Manöver der Deutschen hingegen

als grundlose und empörende Verletzungen des Friedens. Wie konnten die Deutschen es wagen, Großbritannien wegen der Samoa-Frage zu belästigen, wenn London im Begriff war, den Streit mit Transvaal "dem Urteil des Krieges zu unterwerfen"!
Dazu kam die Tendenz, hinter jedem Konflikt den langen Arm der deutschen Politik zu vermuten. Folglich hatten selbstredend die Deutschen Großbritanniens "Unruhen mit Rußland in Zentralasien geschürt" und den europäischen Widerstand gegen die britische Besatzung Ägyptens "behutsam aufgehetzt". Wo immer es zu Spannungen zwischen Großbritannien und seinen Rivalen kam, zogen angeblich die Deutschen im Hintergrund die Fäden. Was die Manipulation der Presse von Kairo bis London anging, so enthüllte Crowes Umgang mit diesem Thema eine gehörige Portion Paranoia: Die deutsche Pressearbeit war geradezu lächerlich verglichen mit den weit umfassenderen und höheren Subventionen, die St. Petersburg und Paris verteilten. ...
Auch die Franzosen seien, rief Crowe in Erinnerung, früher sehr lästig gewesen und hätten Großbritannien ständig grundlos herausgefordert. Aber mit ihrer knallharten Weigerung, auch nur einen Zoll Boden in Ägypten und im Sudan preiszugeben, gefolgt von der Androhung eines Krieges wegen Faschoda, hätten die Briten alldem ein Ende gemacht.
Nunmehr seien Großbritannien und Frankreich die besten Freunde. Daraus folgte, daß lediglich eine absolut "unnachgiebige Entschlossenheit", britische Rechte und Interessen in jeder Region des Globus zu schützen, "den Respekt der deutschen Regierung und der deutschen Nation" gewinnen werde. Ein solches Szenario ließ nicht allzu viel Raum, um die wachsende Macht des jüngsten europäischen Reiches einzugliedern.
Hinter diesen Befürchtungen verbarg sich, wenn auch in Crowes Text nur indirekt angedeutet, das gerade sensationelle Wirtschaftswachstum Deutschlands. Im Jahr 1862, als Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden war, entfiel auf die Industrieregionen der deutschen Kleinstaaten mit 4,9 Prozent der fünftgrößte Anteil an der weltweiten Produktion; Großbritannien lag mit 19,9 Prozent mit großem Abstand an der Spitze. In den Jahren 1880 bis 1900 kletterte Deutschland auf Platz drei hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Und im Jahr 1913 lag es noch hinter den Vereinigten Staaten, aber bereits vor Großbritannien.
Anders ausgedrückt: In den Jahren von 1860 bis 1913 vervierfachte sich der deutsche Anteil an der weltweiten Industrieproduktion, während der britische Anteil um ein Drittel sank. Noch beeindruckender war der wachsende deutsche Anteil am Welthandel. Im Jahr 1880 kontrollierte Großbritannien 22,4 Prozent des Welthandels, die Deutschen belegten zwar den zweiten Platz, hatten aber mit 10,3 Prozent einen deutlichen Rückstand. Im Jahr 1913 hingegen war Deutschland mit 12,3 Prozent Großbritannien hart auf den Fersen, dessen Anteil auf 14,2 Prozent geschrumpft war.
Wohin man auch blickte, waren die Konturen eines Wirtschaftswunders zu erkennen: Von 1895 bis 1913 schnellte die deutsche Industrieproduktion um 150 Prozent in die Höhe, die Metallproduktion um 300 Prozent, die Kohleproduktion um 200 Prozent. Im Jahr 1913 erzeugte und verbrauchte die deutsche Wirtschaft 20 Prozent mehr Strom als Großbritannien, Frankreich und Italien gemeinsam.
In Großbritannien schwang bei den Worten "Made in Germany" sehr stark das Gefühl einer Bedrohung mit, nicht weil die deutschen Handels- und Wirtschafspraktiken aggressiver und expansionistischer als andere waren, sondern weil sie die Grenzen der britischen Weltherrschaft aufzeigten.
Die deutsche Wirtschaftsmacht gab den politischen Ängsten der Entscheidungsträger auf ähnliche Weise Nahrung wie die chinesische Wirtschaftmacht heute. ...<<
Im Jahre 1908 annektierte Österreich-Ungarn die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina, da man eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus ein-

grenzen wollte. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Das Deutsche Reich wurde außerdem nicht über die österreichisch-russischen Geheimverhandlungen (Konferenz von Buchlau am 16. September 1908) informiert (x063/467).
Mit dieser schicksalhaften Annexion der strategisch überaus wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina verhinderte Österreich-Ungarn, daß Serbien den angestrebten direkten Zugang zur Adria erhielt. Serbien drohte zwar mit Krieg, aber Rußland war nach dem russisch-japanischen Krieg (1904-05) und der Revolution (1905) noch viel zu schwach, um gegen Österreich-Ungarn und das verbündete Deutsche Reich anzutreten.
Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow lehnte damals die österreichischen Kriegsabsichten ("Abrechnung mit Serbien") strikt ab. Nach deutscher Fürsprache konnte der gefährliche Konflikt zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Rußland schließlich friedlich beigelegt werden. Die überflüssigen Warnungen der deutschen Regierung wurden von den empfindlichen Russen als große Demütigungen empfunden. Der Balkan blieb danach weiterhin ein äußerst gefährlicher Konfliktherd, aber das Deutsche Reich hielt trotz der bedrohlichen Lage starrsinnig an der bisherigen Bündnispolitik fest.
Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläuterte am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Uns klar und offen an die Seite von Österreich-Ungarn zu stellen, entsprach auch deshalb unserem Interesse, weil wir durch eine andere Haltung zu gefährlichen Versuchen ermuntert hätten, der Großmachtstellung von Österreich-Ungarn eine Schädigung zuzufügen.
Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen aber müßte notwendig ihre Rückwirkung auf unsere eigene Stellung in Europa ausüben. Sie würde das Schwergewicht verringern, das Deutschland und Österreich-Ungarn gemeinsam repräsentieren und das bei vielen internationalen Fragen gemeinsam in die Waagschale geworfen wird. ...
Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<<
Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der naiven, völlig unverständlichen Bündnistreue geriet das Deutsche Reich in den folgenden Jahren allmählich immer stärker in den Balkankonflikt hinein. Damals ahnte noch niemand, daß diese verhängnisvolle Nibelungentreue schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln würde.
Im Jahre 1908 wurde die sog. "Daily-Telegraph-Affäre" von den Briten mit nationaler Entrüstung und maßlosen Haßausbrüchen beantwortet. Durch eine antibritische Stellungnahme des deutschen Kaisers (während privater Gespräche in England), die Reichskanzler von Bülow leichtfertig veröffentlichen ließ, wurde das angespannte deutsch-britische Verhältnis noch schwieriger.
Nach der "Bosnien-Krise" (1908/09) vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. in Sankt Petersburg im Jahre 1909 den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die antideutsche britische Außenpolitik im Jahre 1909 (x307/220): >>... Im November 1909 bezeichnete Sir Charles Hardinge Deutschland als "die einzige aggressive Macht in Europa".
Derartige Behauptungen, die wie ein Mantra bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Depeschen, Briefen und Protokollen wiederholt wurden, verschmolzen zu einer neuen virtuellen Realität, eine Deutung des Weltgeschehens.
Warum entwickelten diese Männer eine so starke Feindschaft gegen Deutschland? Benahmen sich die Deutschen etwa "schlechter" als andere Mächte, drängten und forderten sie womöglich in Situationen, in denen andere Mächte einen sanfteren und fügsameren Modus operandi

(Art und Weise des Handelns) fanden?
In einem Umfeld, in dem subjektive Eindrücke eine so große Rolle spielten und die Normen eines akzeptablen Verhaltens so variabel waren, ist es natürlich schwierig einzuschätzen, wie "provokativ" bestimmte Verhaltensweisen und Initiativen wirklich waren.
War die Krüger-Depesche etwa provokativer als die scharf formulierte Botschaft von Grover Cleveland, die um dieselbe Zeit von Washington abgeschickt wurde, um die Briten vor Einfällen in Venezuela abzuhalten? War die Besetzung Kiautschous provokativer als die amerikanische Beschlagnahmung der Kanalzone oder als die Schaffung eines russischen Protektorats über die Mongolei? War das tölpelhafte Bemühen Deutschlands um den diplomatischen Triumph in Agadir provokativer als die unilateralen Schritte, durch die Frankreich im Jahr 1911 das französisch-deutsche Marokko-Abkommen brach?
Womöglich sind das die falschen Fragen. Die Germanophoben drückten sich bei ihren Vorbehalten gegen Deutschland selten konkret aus. Sie sprachen allgemein von prahlerischen Ambitionen und tyrannisierendem "Auftreten" der Deutschen, von der Unberechenbarkeit des Kaisers und der Bedrohung, welche die militärische Stärke Deutschlands für das europäische Kräftegleichgewicht darstellte, aber sie scheuten sich, echte deutsche Verstöße gegen internationale Geflogenheiten zu nennen. ...<<
Der deutsche Kaiser und Zar Nikolaus II. schlossen im Jahre 1910 in Potsdam ein Abkommen, daß beide Mächte keine feindliche Bündnispolitik führen werden (x074/998).
Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niederschlugen und als "Herren des Landes" auftraten, delegierte das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir (2. "Marokkokrise"). In Frankreich und in England breitete sich danach im Jahre 1911 eine gefährliche Kriegsstimmung aus (Teilmobilmachung der britischen Flotte). Der französischbritische Generalstab legte sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39). Aufgrund der akuten Kriegsgefahr (englisch-französische Mobilmachung) zog sich das Deutsche Reich später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wurde ein französisches Protektorat (1912). Das Deutsche Reich erhielt zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.
Rußland und Frankreich schlossen im Jahre 1911 ein Militär- und Flottenabkommen.
Als italienische Truppen im Jahre 1911 Tripolis und Cyrenaika besetzten und annektierten, kam es zum italienisch-türkischen Krieg (1911-12).
Die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und Griechenland schlossen sich im Jahre 1912 unter russischer Leitung zum "Balkanbund" gegen das Osmanische Reich zusammen (x054/169).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Von Rußland beeinträchtigt, begannen die 4 Balkanmächte Bulgarien, Serbien, Montenegro und Griechenland den Krieg gegen die Türkei wegen der Aufteilung der europäischen Türkei (1. Balkankrieg 1912). Aber ein Streit um die Beute führte zum Krieg Bulgariens gegen die übrigen Balkanstaaten, denen sich Rumänien anschloß (2. Balkankrieg 1913) und endete mit einer Niederlage Bulgariens. Die europäische Türkei wurde aufgeteilt (mit Ausnahme von Konstantinopel und Adrianopel) und als neuer Staat das Fürstentum Albanien errichtet. Hierüber zeigte sich Serbien bitter enttäuscht, obwohl es einen reichen Gebietszuwachs erlangt hatte und entfaltete eine großserbische Bewegung, die sich vor allem gegen Österreich-Ungarn richtete.
Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche (1913). Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden

war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.
Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag (Wehrvorlage 1913).
Andererseits fehlte es nicht an Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und England, die wegen eines Neutralitätsabkommens miteinander verhandelten, ohne ein Ergebnis zu erzielen; denn England forderte immer wieder die Beschränkung der deutschen Flotte, obwohl die englische Flottenstärke der deutschen weit überlegen war. Die Isolierung Deutschlands war vollendet, die Spannung aufs höchste gestiegen.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwicklungen auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...
Im Herbst 1911 begann Italien einen Eroberungskrieg in einer afrikanischen Provinz des Osmanischen Reiches und löste dadurch eine Kette opportunistischer Überfälle auf osmanische Territorien auf der Balkanhalbinsel aus. Das geopolitische Gleichgewicht, das eine Eindämmung lokaler Konflikte ermöglicht hatte, geriet schlagartig aus den Fugen. Im Zuge der beiden Balkankriege von 1912 und 1913 sah sich Österreich-Ungarn mit einer neuen und bedrohlichen Situation an der südöstlichen Peripherie konfrontiert, während der Rückzug des Osmanischen Reiches strategische Fragen aufwarf, die russische Diplomaten und Politiker auf keinen Fall ignorieren durften.
Die beiden kontinentalen Bündnisblöcke wurden immer tiefer in die Auseinandersetzungen und Aversionen in einer Region der Welt hineingezogen, die in eine Phase noch nie da gewesener Unbeständigkeit eintrat. Im Verlauf dieses Prozesses wurden die Konflikte auf dem Schauplatz Balkan eng mit der Geopolitik des europäischen Systems verknüpft, und dadurch bildete sich eine ganze Reihe von Eskalationsmechanismen heraus, die es letztlich ermöglichten, daß im Sommer 1914 ein auf dem Balkan ausgebrochener Konflikt binnen fünf Wochen den gesamten Kontinent erfaßte.<<
Im Februar 1912 wurden die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse machte. England lehnte es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt würde (x059/19).
Großbritannien schloß danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).
Der französische Botschafter Paul Cambon (1843-1924) schrieb im Januar 1912 aus London an Ministerpräsident Raimund Poincaré (x307/328): >>... Gegen Österreich hegt es (Italien) eine latente Feindseligkeit, die nichts besänftigen kann; was Frankreich betrifft, haben wir Grund zu der Annahme, daß es (Italien) im Falle eines Konflikts neutral bleiben oder wahrscheinlich den Gang der Ereignisse abwarten werde, ehe es sich beteiligt. Folglich müssen wir es (Italien) unbedingt enger an uns binden.<<
Die englische Flotte verfügte im Jahre 1912 über mehr als die doppelte Stärke der deutschen Flotte (x069/91).
Winston Churchill (Erster Lord der Admiralität) griff die deutsche Reichsregierung am 9. Februar 1912 "scharf" an (x056/309): >>Die Flotte ist für Großbritannien eine Notwendigkeit, während sie für Deutschland in vieler Hinsicht nur einen Luxus bedeutet. Unsere Flotte ist für das Dasein Großbritanniens von größter Wichtigkeit, ja sie bedeutet unsere Existenz selbst; für Deutschland ist sie ein überflüssiger Machtzuwachs.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die britische Aufrüstung vor dem Ersten Weltkrieg (x281/282): >>... Es begann in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts noch sehr verhalten und beschleunigte sich im Verlauf der 90er. Die jährlichen britischen Militärausgaben verdoppelten sich von da an bis zum Kriegsausbruch.
Sogar die geplante Militärstrategie ließ sich am veranschlagten Wehretat ablesen, so daß jeder Kundige in Kontinentaleuropa vorhersehen konnte, wie er später angegriffen würde, ob zu Lande, aus der Luft oder vom Wasser her.
Die britische Marine meldete die größten Zuwachsraten. Von 1885 bis zum Kriegsjahr 1914 vervierfachte sich ihr jährlicher Etat. Die Engländer, das war die Botschaft an das übrige Europa, bereiteten sich auf einen Seekrieg vor. Den hatten sie seit jeher bevorzugt, er hatte sich aus Sicht der Militärs bestens bewährt. ...<<
Zar Nikolaus II. und Kaiser Wilhelm II. bekräftigten am 4. Juli 1912 während eines Treffens in Estland die russisch-deutsche Freundschaft. Trotzdem baute Rußland mit französischer Unterstützung im Jahre 1912 das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkte das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).
Nach den sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) versuchte der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg ab 1913, die deutsch-britischen Beziehungen zu verbessern.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die Außenpolitik des deutschen Kaisers (x307/433): >>Was den Kaiser anging, so neigte er zwar zu spontanen Ausbrüchen mit markigen Sprüchen, geriet aber in Panik und riet zur Mäßigung, sobald ein realer Konflikt in den Bereich des Möglichen rückte – sehr zur Enttäuschung der Generäle. Wilhelm II. hoffte weiterhin auf eine langfristige Verständigung mit Großbritannien.
Seine Äußerungen im Jahr 1913 lassen darauf schließen, daß er einen englisch-deutschen Krieg immer noch für "undenkbar" hielt. Er blieb außerdem zuversichtlich, daß die deutsche militärische Stärke Rußland von einer bewaffneten Intervention in einem Konflikt zwischen Österreich und Serbien abhalten werde. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.
Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.
Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. In Sankt Petersburg kochte die von der russischen Presse hochgepeitschte deutschfeindliche Stimmung. Bei Kriegsausbruch stürmten die aufgeputschten Massen die deutsche Botschaft und schlugen in einem Ausbruch von Vandalismus die Residenz nebst der Kunstsammlung des Grafen Pourtalès kurz und klein.
Es wäre anders gekommen, wenn sich Deutschland dauerhaft entweder mit Rußland oder aber mit England verständigt hätte, anstatt zwischen beiden so lange zu pendeln, bis diese sich untereinander zusammentaten. ...<<
Im Verlauf der Bündnisverhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien erklärte der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des 2. Balkankrieges im Jahre 1913 (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Da sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen konnten, griff Bulgarien Serbien an (Mai 1913). Danach beteiligten sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg (1913). Bulgarien wurde bis August 1913 entscheidend besiegt und mußte z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten.
Während des 2. Balkankrieges erzielten Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne, aber Serbien wurde trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich-Ungarn verteidigte angesichts der Unterstützung durch das Deutsche Reich (Dreibund) entschlossen die Selbständigkeit Albaniens (seit 1912/13 unabhängig) und forderte Serbien auf (Ultimatum vom 18.10.1913), die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzog, war die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrte Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.
Nach den verlustreichen Balkankriegen (1912-13) behielt das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete. Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich mußten sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729). Ab 1913 führten die "Jungtürken" ehrgeizige Modernisierungsmaßnahmen durch, die fast nur mit Fremdkapital finanziert wurden.
Vor dem Ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich bereits so hoch verschuldet, daß man sämtliche türkischen Staatseinnahmen an europäische Gläubiger verpfänden mußte (x056/310). Ein Hauptgläubiger des Osmanischen Reiches war das Deutsche Reich (mit etwa 500,0 Millionen RM bzw. 25 % der gesamten türkischen Schulden). Deutsche Unternehmen planten, finanzierten und bauten z.B. seit 1903 eine Eisenbahnstrecke von Konya (Osmanisches Reich) nach Bagdad (Irak).
Ab 2. Januar 1914 veröffentlichte die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese sensationelle Veröffentlichung in der Pariser Zeitung "Le Matin" (x307/538-539): >>Die von Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise aus Moskau und St. Peterburg zurückgekehrt war, verfaßten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen.
Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.
Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue (französische) Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus.
Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, daß die enthaltenen Informationen von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung "Le Matin" stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, daß sich Lauzanne auf seiner Rußlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte. Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche

Zeit erschien, brachte die (russische) Militärzeitschrift "Raswetschik" ("Aufklärer"), die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:
Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.
Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<
George W. Buchanan (1854-1924, von 1910-1917 britischer Botschaft in St. Petersburg) berichtete im April 1914 (x307/698): >>Rußland wird rasch so mächtig, daß wir seine Freundschaft fast um jeden Preis erhalten müssen. Wenn es zu der Überzeugung gelangt, daß wir als Freund unzuverlässig und nutzlos wären, könnte es eines Tages einen Handel mit Deutschland schließen und die Handlungsfreiheit in der Türkei und Persien wiedererlangen. ...<<
Ein deutsches Unternehmen mußte im Juni 1914 den Bauauftrag für die Bagdad-Bahn-Reststrecke zwangsweise an britische Unternehmen abgeben (britisch-deutsche Vereinbarung vom 15. Juni 1914).

Zusammenfassung des Kampfes um die Weltmacht

Das 19. Jahrhundert wurde besonders von den Kämpfen um Kolonien in Afrika und Asien geprägt.
Im 19. Jahrhundert ereigneten sich auch kriegerische Auseinandersetzungen mit preußischer oder deutscher Beteiligung, aber die späteren Alliierten handelten damals wesentlich aggressiver bzw. "kriegerischer" als die vermeintlich "kriegslüsternen" Preußen bzw. Deutschen, wie die nachfolgende Zusammenstellung der kriegerischen Auseinandersetzungen nachweislich bestätigt.

Kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege sowie Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen) von 1800-1899:

Frankreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England, Rußland, Österreich, Portugal, Neapel und Osmanisches Reich (1799-1802, 2. Koalitionskrieg), Ägypten (1801), England, Rußland, Österreich und Schweden (1805, 3. Koalitionskrieg), Preußen, Sachsen und Rußland (1806-07), 4. Koalitionskrieg), Spanien (1808-13), Österreich (1809, 5. Koalitionskrieg), Preußen, England, Rußland, Österreich und Schweden (1813-15, Befreiungskriege), Spanien (1823), Algerien (1827-30), Osmanisches Reich (1827), Algerien (1830-47), Spanien (1834-49), Marokko (1844), Vietnam (1847), Rußland (1853-56), China (1857-67), Österreich (1859-61), Vietnam (1859-62, 1867), Libanon (1860-61, Mexiko (1861), Preußen und süddeutsche Staaten (1870-71), Algerien (1871), Vietnam (1873), Tahiti (1880), Indochina (1880/81), China (1884-85), Madagaskar (1885), Timbuktu (1894), Marokko (1894-1908), Djibouti (1895).
England führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Malta (1800), Dänemark und Ägypten (1801), Frankreich (1803-14, Seekrieg), Indien (1803), Kapland (1806), Dänemark (1807), Algerien (1816), Indien (1816-18), Birma (1824-26), Osmanisches Reich (1827), Spanien (1834-49), Irland (1837-89), China (1839-42), Afghanistan (1841), Indien (1845-49), Südafrika (1848), Birma (1852-53), Rußland (1853-56), Indien (1857-58), China (1857-60), Mexiko (1861), Afghanistan (1878-80), Südafrika (1879-81), Ägypten (1882), Sudan (1883), Birma (1885), Südafrika (1895/96, 1899-1902).
Rußland führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Osmanisches Reich (1806-12), Schweden (1809), Nordarmenien und Aserbeidschan (1813-28), Persien (1826-28), Osmanisches Reich (1827, 1829), Polen (1830-31), Walachei (1848), Ungarn (1849), Osmanisches Reich (1853-56), Japan (1858, wegen Sachalin-Inseln), verschiedene Völker im Kaukasus (1859), Amurgebiete und Turkestan (1860-64), Polen (1862-64), Taschkent (1865), Buchara (1866), Samarkand (1868), Chiwa (1873), Kokand (1876), Osmanisches

Reich (1877) und Merw/Turkestan (1884).
Die Vereinigten Staaten von Amerika führten von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England (1812-14, wegen Kanada), Kriege gegen verschiedene nordamerikanische Stämme in Ohio, Georgia, Oklahoma, Colorado, Minnesota, Carolina, Florida, Oregon, New Mexiko, Arizona, Dakota (1812-1890), Mexiko (1845-48), US-Bürgerkrieg (1861-65), Spanien (1898), Hawaii (1898), Philippinen (1898-1902).
Spanien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Paraguay, Argentinien, Chile, Uruguay, Peru, Panama, Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Mexiko (1810-22, Unabhängigkeitskriege), Karlisten-Bürgerkrieg (1834-40, 1847-49, 1872-76), Marokko (1859-60), Mexiko (1861), Peru, Ecuador, Chile (1866-71), Kuba (1868-78), Kuba (1895-98), Philippinen (1898).
Das Osmanische Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Ägypten (1801), Serbien (1804), Griechenland (1821-29), Ägypten (1832-40), Jemen (1849), Serbien, Montenegro, Bulgarien (1875-76), Armenien und Syrien (1890-97), Griechenland (1897).
Österreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Neapel (1820-21), Polen (1846), Böhmen, Ungarn und italienische Staaten (1848-49), Rußland (1853-56), Sardinien-Piemont (1859-61), Dänemark (1864).
Italien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Eritrea und Somaliland (1881), Eritrea (1885), Äthiopien (1894-96), Abessinien (1896).
Das Deutsche Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Deutsch-Ostafrika (Araberaufstand im Jahre 1888), Südwest-Afrika (Hottentottenaufstand im Jahre 1897), China (Besetzung von Kiautschou 1897).
Preußen führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Dänemark (1864), Bürgerkrieg gegen Österreich und andere deutsche Staaten (1866).
Die Niederlande führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Belgien (1830), Sumatra (1873).
Dänemark führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Schleswig, Holstein und Preußen (1848-50).
Serbien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Bulgarien (1885-86).
Japan führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: China (1894-95).
Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright (1890-1970) und Pitirim A. Sorokin (1889-1968) kamen im Rahmen einer Überprüfung der Kriegsbeteiligung der wichtigsten Großmächte während des 19. Jahrhunderts übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).
Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplünderten (menschenverachtender Sklavenhandel, politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung der abhängigen Kolonien), erwarben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher (wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann) erst in den Jahren 1883-85 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden.
Die deutsche Kolonialpolitik wurde damals verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern. Die deutschen Kolonien besaßen für das Deutsche Reich keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie waren größtenteils jahrelang nur Zuschußunternehmen. 1912 betrug die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert

54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importierte (x074/1.006).
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsche Außenpolitik (x307/194-195): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...
Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. Außerdem mußte Berlin widersprüchliche Verpflichtungen gegenüber seinen Nachbarmächten eingehen. Die Konsequenz war ein Gefühl der nationalen Lähmung, das bei den Wählern gar nicht gut ankam, deren Stimmen über die Zusammensetzung des deutschen Landesparlaments entschieden.
Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.
Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...
Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. ...<<
Jules Ferry (1832-1893, 1880-81 und 1883-85 französischer Ministerpräsident) schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking (Französisch-Indochina) eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.
Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei, welche ein sicherer Instinkt dem alten Europa als Brückenköpfe der Zivilisation und als Wege in die Zukunft anweist.
Die Bedürfnisse einer ständig wachsenden industriellen Produktion, die zur Vergrößerung gezwungen ist, will sie nicht zum Tode verurteilt sein; die Suche nach unerschlossenen Märkten; ... die Wissenschaft, welche die äußersten Enden der Erde in wenige Stunden Entfernung von London, Berlin oder Paris rückt; die sichtbaren Fortschritte der europäischen Gesellschaft und der Friedensidee; all dies drängt die zivilisierten Nationen dazu, ihre alten Rivalitäten auf das ausgedehntere und fruchtbare Feld weit entfernter Unternehmungen zu verlagern.
Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?
Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<
Cecil Rhodes (1853-1902, späterer Ministerpräsident der britischen Kapkolonie) erläuterte im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da (Gott) offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.
Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<
Der nordamerikanische Militärschriftsteller Alfred T. Mahan (1840-1914) schrieb im Jahre 1893 über die künftigen US-Expansionsziele (x239/188): >>Die Hawaii-Inseln sind von größter Bedeutung für die handelspolitische und militärische Kontrolle des Pazifik, ... in dem die Vereinigten Staaten, geographisch gesehen, das größte Recht auf die politische Vorherrschaft besitzen. ...
Die Annexion wäre eine Erstlingsfrucht und ein Unterpfand dafür, daß die Nation bei ihrem jetzigen Entwicklungsstand zu der Einsicht gelangt ist, es sei nunmehr notwendig, ihre Lebensweise ... hinauszutragen über die Grenzen, die ihren Aktivitäten bislang genügt haben. ...
Die vergleichende Religionswissenschaft lehrt uns, daß jene Religionen, die auf missionarische Aktivitäten verzichten, zum Untergang verurteilt sind.
Ist es mit Völkern nicht ebenso? ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.
Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.
Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den folgenden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...
Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektoratsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war.
Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand.
"Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<
Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsauflagen förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").
Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913). Infolge dieses Wirtschaftswachstums des Deutschen Reiches reagierten besonders Großbritannien, Frankreich und die USA mit Neid und Mißgunst.
Der französische Historiker und Wirtschaftswissenschaftler Henri Hauser (1866-1946) berichtete über die damalige Wirtschaftsentwicklung des Deutschen Reiches (x261/147): >>Das

arme Deutschland, das 1870 auf der ökonomischen Landkarte kaum mehr als ein weißer Fleck war, ist in wenig mehr als 40 Jahren zu einer der großen Weltmächte aufgestiegen; es ist ihm gelungen, ... nach dem Sieg auf dem Schlachtfeld im industriellen Bereich zu kämpfen und zu siegen. ...
(1914) nahm das Reich mit einem Außenhandelsvolumen von 25 Milliarden (Francs) nach England die zweite Stelle unter den Handelsstaaten der Erde ein. Es war zum zweitgrößten Erzeuger von Roheisen und Eisen geworden und übertraf damit sogar England, während es in der Weltstahlproduktion ebenfalls an zweiter Stelle stand. Seine Handelsflotte, die 1870 noch kleiner als die unsrige war, wurde 1913 lediglich von der englischen und amerikanischen übertroffen. ...
Das bis dahin arme Deutschland wurde mit einem Schlag reich. Sein Gesamteinkommen wurde 1895 auf 21 Milliarden Mark geschätzt; 1913 bewegten sich die Schätzungen zwischen 40 und 50 Milliarden, und das deutsche Volksvermögen wurde auf jetzt 320 Milliarden Mark taxiert. ...<<
Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die "Erfolgsbilanz des Kaiserreiches" (x312/186-188): >>Nach dem Beginn des 20. Jahrhunderts überholt Deutschland das Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien. Die deutsche Produktion an Eisen und Stahl liegt 1913 bei 17,6 Millionen Tonnen; das ist mehr als das Doppelte der britischen, rund das Vierfache der französischen wie der russischen Produktion. Fast alle einschlägigen Statistiken für die letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg sehen in der Weltwirtschaft die USA auf Platz eins, Deutschland auf Platz zwei, Großbritannien auf Platz drei. ...
Keine Entwicklung vollzieht sich unlimitiert. Und doch wird man sagen können, daß das Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Überholspur war und ein Ende dieses Aufstieges noch nicht abgesehen werden konnte. Es waren vor allem die politischen Zäsuren, die Weltkriege und die ideologischen Verirrungen, die diesem aufstrebenden Weg ein Ende setzten.<<
Der russische General Tschernajew forderte im Jahre 1876 die Völker des Balkans auf, sich für die Vereinigung aller Slawen einzusetzen (x233/124): >>... Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt.<<
Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den slawischen Nationalismus (x024/42): >>Der Panslawismus, die Idee von der Einheit aller slawischen Völker, hat nicht nur den Zusammenhalt des Habsburger Reiches untergraben, er diente auch als Richtlinie der russischen Außenpolitik und erlaubte es dem Zaren, als Repräsentant der slawischen Vormacht, als Sprecher und Beschützer aller Slawen aufzutreten - eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.
Schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen obskure Landkarten, in denen slawischen Staaten das ganze im frühen Mittelalter einmal slawisch besiedelte Gebiet Mitteleuropas einnahmen. Die Deutschen sollten auf ein Reservat im Westen zurückgedrängt werden. Das waren gewaltige Übersteigerungen, die natürlich nicht von allen geteilt wurden, auch nicht als Wunschtraum. Aber sie kennzeichnen doch den slawischen Nationalismus und dessen Expansionsgelüste ...<<
Die Reichstagswahlen (erstmalig galt ein allgemeines Wahlrecht) in Österreich-Ungarn besiegelten im Jahre 1907 die slawische Mehrheit (233 deutsche gegen 265 slawische Abgeordnete bei 28 Fraktionen) im arbeitsunfähigen Reichsrat (x061/357).
Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen wollte, annektierte Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und

Herzegowina. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Das Deutsche Reich wurde außerdem nicht über die österreichisch-russischen Geheimverhandlungen (Konferenz von Buchlau am 16. September 1908) informiert (x063/467).
Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).
Der russische Außenminister Sergei Sasonow (1860-1927) informierte im Mai 1913 Nikolaus von Hartwig (1857-1914, seit 1909 russischer Botschafter in Serbien) über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...
Das gelobte Land Serbien liegt im Territorium des heutigen Österreich-Ungarn und nicht in der Richtung, in die es derzeit strebt, wo die Bulgaren ihm den Weg verstellen. Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<
In Rußland bereitete man sich bereits frühzeitig auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellte am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führen würde (x063/478).
Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).
Gabriel Hanotaux (1853-1944, französischer Historiker und Politiker, von 1894-98 Außenminister, förderte die Annäherung an Rußland und die koloniale Ausdehnung Frankreichs) berichtete im Jahre 1901 während eines Vortrages in Paris (x239/175): >>In weniger als einem halben Jahrhundert wird die Welt aufgeteilt sein; die noch freien Länder werden in Besitz genommen und die neuen Grenzen endgültig gezogen sein. Für neue Expansionen wird kein Platz mehr sein, es sei denn, um den Preis schrecklicher Erschütterungen. ...
Es geht nicht allein um eine gewaltige Zurschaustellung von Eroberungen; es geht auch nicht um die Vergrößerung des öffentlichen und privaten Reichtums; es geht darum, über die Meere hinweg in gestern noch unzivilisierten Ländern die Prinzipien einer Zivilisation auszubreiten, deren sich eine der ältesten Nationen der Erde sehr zu Recht rühmen kann; es geht darum, in unserem Umkreis und in weiter Ferne so viele neue Frankreichs zu schaffen wie möglich; es geht darum, inmitten der stürmischen Konkurrenz der anderen Rassen, die sich alle auf denselben Weg begeben haben, unsere Sprache, unsere Sitten, unser Ideal, den Ruf Frankreichs und des Romanentums zu bewahren. ...<<
Infolge der deutschen Aktivitäten (Bau der "Bagdad-Bahn" von 1903-1913 usw.) im Osmanischen Reich verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders die Ausbeutung der Erdölquellen in Persien und die Stabilität des indischen Kolonialreiches gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnisblöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.
Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte be-

sonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen. ...
Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde. ...<<
Frankreich und Italien einigten sich im Jahre 1902 darauf, daß Frankreich freie Hand in Marokko und Italien in Libyen erhalten sollte (x142/359).
Der französische Historiker und Politiker Gabriel Hanotaux schrieb in seinem im Jahre 1902 veröffentlichten Buch "L'Energie francaise" über die Motive der Kolonialpolitik Frankreichs (x272/186-187): >>... Es geht darum, "jenseits der Meere in Landstrichen, die gestern barbarisch waren, die Prinzipien einer Zivilisation zu verbreiten, deren sich zu rühmen eine der ältesten Nationen des Globus wohl das Recht besitzt. Es handelt sich darum, in der Nähe und in der Ferne ebenso viele neue Frankreiche zu schaffen. ...
Die kolonisatorische Mission Frankreichs ist so alt wie seine Geschichte. Es gehört zu seiner Tradition, die verspäteten Völker in seinem Gefolge mitzunehmen. Die wirkliche Kolonisation ist die Opfergabe, die das Mutterland den jungen Völkern, seinen Kindern, in sich selber reicht.
Frankreichs Aufgabe ist die intellektuelle und moralische Evangelisation der Völker. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die französische Weltmachtspolitik (x057/175-176): >>Mit aller Macht versuchte Frankreich sein Kolonialreich auszudehnen und erwarb nacheinander Tunis (1881), Französisch Kongo (1884), den Französischen Sudan (1893), Madagaskar (1894), Hinterindien (Tongking 1884-93) und schließlich Marokko (1906-11). Damit war das französische Kolonialreich auf über 10 Millionen Quadratkilometer mit etwa 60 Millionen Einwohnern angewachsen und nahm den zweiten Platz unter den Kolonialreichen ein.
Es sicherte Frankreich die Herrschaft im westlichen Mittelmeer, beteiligte es an der Erschließung Ostasiens und lieferte wichtige Rohstoffe, Kolonialwaren und Soldaten.
Die Grundlage der französischen Weltmachtpolitik beruhte hauptsächlich auf dem neugeschaffenen Kolonialreich, der französischen Kulturpropaganda sowie einer großzügigen Bündnispolitik (Rußland 1894, England 1904), wodurch der Weg freigemacht wurde zu einer aktiven Außenpolitik.<<
Im Jahre 1907 sollte ein englisch-russisches Bündnis zur Entspannung in Afghanistan, Tibet und Persien führen und war gleichzeitig gegen das Deutsche Reich gerichtet ("Stabilisierung des europäisches Gleichgewichtes"). Das unabhängige Persien wurde später in 3 Zonen aufgeteilt. Die südliche Zone erhielt England, während Rußland die nördliche Zone übernahm (x074/988). Ferner wurden die jeweiligen Gebietsinteressen Großbritanniens in Afghanistan und Rußlands in Tibet akzeptiert. Nach dem englisch-russischen Bündnis im Jahre 1907 sprachen viele Deutsche bereits von einer bewußten Einkreisung des Reiches.
Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow erläuterte am 29. März 1909 angesichts der Annexion Bosniens und der Herzegowina im Oktober 1908 die wesentlichen deutschen Motive für die Unterstützung der Donaumonarchie (x092/714): >>... Ich habe irgendwo ein höhnisches Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Österreich-Ungarn. Das Wort ist einfältig! Es gibt hier keinen Streit um den Vortritt wie zwischen den beiden Königinnen im Nibelungenlied; aber die Nibelungentreue wollen wir aus unserem Verhältnis zu Österreich-

Ungarn nicht ausschalten, die wollen wir gegenseitig wahren. ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die antideutsche britische Außenpolitik im Jahre 1909 (x307/220): >>... Im November 1909 bezeichnete Sir Charles Hardinge Deutschland als "die einzige aggressive Macht in Europa".
Derartige Behauptungen, die wie ein Mantra bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Depeschen, Briefen und Protokollen wiederholt wurden, verschmolzen zu einer neuen virtuellen Realität, eine Deutung des Weltgeschehens. ...<<
Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führte (1911/12), nutzte der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und griff das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken wurden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und mußten Mazedonien räumen. Italien verhinderte aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Balkankriege 1912/13 (x057/192): >>Die Balkankrise bedeutete eine ständige europäische Kriegsgefahr und war begleitet von einem Wettrüsten der Großmächte. Frankreich führte die dreijährige Dienstzeit ein, so daß sein Heer trotz der geringeren Einwohnerzahl größer war als das deutsche (1913). Es ergänzte seine Bündnisse durch Militärabkommen mit England und traf geheime Abmachungen mit Belgien, nachdem mit Rußland schon seit 1892 eine Militärkonvention abgeschlossen worden war. Rußland baute mit französischen Geldern sein Eisenbahnnetz in Polen aus und verstärkte sein Heer auf die Zahl von 2 ¼ Millionen. Auch zwischen England und Rußland wurde über eine Marinekonvention verhandelt.
Demgegenüber bestanden zwischen den Dreibundmächten keine militärischen Verabredungen. Deutschland verstärkte zwar seine Rüstung ebenfalls, aber wesentlich bescheidener infolge des Widerstandes der Linken im Reichstag (Wehrvorlage 1913). ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwicklungen auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...<<
Großbritannien schloß am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).
Der britische Diplomat Harold G. Nicolson (1886-1968) berichtete im Jahre 1912 (x307/698): >>... Es wäre von weit größerem Nachteil, ein unfreundliches Frankreich und Rußland zu haben als ein unfreundliches Deutschland. (Deutschland kann) uns reichlich zu schaffen machen, aber es kann unsere wichtigeren Interessen nicht ernsthaft bedrohen, insbesondere Rußland könnte uns hingegen extreme Schwierigkeiten und in der Tat Gefahr im Mittleren Osten und an unserer indischen Grenze bereiten und es wäre äußerst unglücklich, falls wir zu dem Status quo zurückkehren würden, der vor 1904 und 1907 Bestand hatte. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über das britisch-deutsche Verhältnis im Jahre 1913 (x283/194): >>... Die Engländer hatten schon immer die stärkste Kontinentalmacht bekämpft, und das war nun Deutschland.
Nach Bernhard Shaw konnten Edward Grey und Winston Churchill, Außen- und Marineminister, es kaum erwarten, den unbequemen deutschen Konkurrenten zu beseitigen, der das Monopol der Briten auf die Hochsee bedrohte. Am Queens College in London war 1913 der bevorstehende Entscheidungskampf mit Deutschland akademisches Thema. Die Generalstabspläne lagen vor.
Rußland war von Berlin enttäuscht, wo man mit Rücksicht auf England den russischen Wunsch nach den Dardanellen nicht unterstützte und Wien den Rücken stärkte. ...<<
Schlußbemerkungen: Durch die sogenannten "Marokkokrisen" (1905/06 und 1911) sowie völlig unnötige, überzogene Machtdemonstrationen geriet das Deutsche Reich immer weiter in die internationale Isolation. Der einzige Bundesgenosse des Deutschen Reiches, unter den

europäischen Großmächten, war schließlich nur noch Österreich-Ungarn. Der angeschlagene Vielvölkerstaat kämpfte aber längst seit Jahrzehnten verzweifelt um seine eigene Existenz.
Infolge der kurzsichtigen Ausgleichspolitik und der Unterstützung der Donaumonarchie Österreich-Ungarn geriet das Deutsche Reich spätestens ab 1909 allmählich immer stärker in den Balkankonflikt hinein.
Im Februar 1912 wurden die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse machte. England lehnte es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt würde (x059/19).
Großbritannien schloß danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).
Im Jahre 1912 baute Rußland mit französischer Unterstützung das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkte das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).
Der deutsche Reichskanzler Theobald Bethmann-Hollweg (1856-1921) warnte im Jahre 1912 bereits vor Rußland (x063/482): >>... Die Zukunft gehört ihm - es wächst und wächst und legt sich als immer schwererer Alp auf uns.<<
Das Deutsche Reich fühlte sich damals zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängerte am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre. Damals ahnte noch niemand, daß dieses verhängnisvolle Bündnis (unverständliche Nibelungentreue) schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln würde.
Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtete am 13. Juni 1914 (x307/539): >>**Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein** ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diesen Presseartikel (x307/539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei.
Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen (Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann). Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 4. August 2014) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die politische Einflußnahme der britischen Freimaurer Cecil Rhodes und Alfred Milner vor dem Ersten Weltkrieg (x968/…): >>**Wie einflußreiche Kreise in England zum Ersten Weltkrieg trieben**
Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts hatte sich in Englands Oberschicht ein Netzwerk von lockeren Kreisen, Gruppen und Clubs gebildet, die aus dem Anspruch gottgewollter Überlegenheit der englischen "Rasse" intensiv für eine imperialistische Ausbreitung des Britischen Empire wirkten und einen Krieg mit dem aufstrebenden Deutschen Reich für unausweichlich hielten.
Im Mittelpunkt dieses Netzes stand eine von Cecil Rhodes, Alfred Milner und anderen gegründete geheime Gesellschaft, die nach Rhodes Tod im Jahr 1902 von Milner dominiert wurde. Dieser war Zentrum einer "Armee von Milianern", wie ein Freund formulierte, die allesamt von seiner Führung und Inspiration abhingen.
Spiritismus und Prophezeiungen des kommenden Krieges
Viele, wie Cecil Rhodes und Alfred Milner, die einer Freimaurer-Loge angehörten, hatten ern-

stes Interesse an okkulten, spiritistischen Phänomenen und erhofften sich von dort Rat und Hilfe für ihre politischen Pläne. Zu ihnen zählte auch der zur Rhodes/Milnerschen Geheimgesellschaft gehörende Arthur J. Balfour (1848-1930; Premierminister 1902-1905, Marineminister 1915-1916, Außenminister 1916-1919).
Seit dem Tod seiner Verlobten Mary Lyttelton im Jahr 1875 befaßte er sich mit dem Spiritismus, "um der Geliebten im Jenseits nachzuforschen." (Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014, S. 873) 1880 trat er der Metaphysical Society bei und wirkte 1893/94 als Präsident der Society für Psychical Research, aus der sich zahlreiche Anhänger Alfred Milners rekrutierten. "Schließlich empfing er am Palmsonntag des Jahres 1912 mit Hilfe des Mediums 'Mrs. Willet' ... und ihrer Fähigkeit des automatischen Schreibens das erste Skript von Mitteilungen 'Mary Catherine Lytteltons'; die 'Korrespondenz' bestand fortan bis zu Balfours Tod 1930.
Balfours Nichte und Biographin merkte an: Niemand kann Arthur Balfour verstehen, der vergißt, daß das Interesse für spekulative Gedanken Teil des Gefüges seiner alltäglichen Existenz war, wo auch immer er war, was auch immer er tat." (A.a.O.)
1916, als er Außenminister des Kriegskabinetts unter Lloyd George wurde, erhielt Arthur Balfour von Arthur Conan Doyle, Spiritist und Erfinder der Romanfigur Sherlock Holmes, die Nachricht, der 1912 beim Untergang der Titanic ums Leben gekommene W. T. Stead (ein enger Freund Rhodes, Milners und Balfours) lasse ihm ausrichten, daß er mit Cecil Rhodes an seiner Seite "in die Augen Christi geblickt habe". Und er habe gesagt: "Richte Arthur aus, daß seine Arbeit auf Erden heilig und göttlich ist - daß seine Botschaft die Meine ist." (Osterrieder, S. 873-74)
Osterrieder stellt fest, daß sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in England "im Verlauf von spiritistischen Séancen Erscheinungen manifestierten, die über einen kommenden europäischen Krieg prophezeiten." So erfolgte eine solche "Geistmitteilung" im Kreis des Spiritualisten William Oxley in Manchester, die 1885 veröffentlicht wurde.
Darin war "von einem mächtigen Kampf, einem schrecklichen Blutvergießen" die Rede, das nach Ablauf von vierzehn Jahren eintreten werde, von "einer Entthronung der Könige, einem Umsturz der Mächte. "Die wichtigste Frage ist: Wird Britannien für immer verloren sein?" Dies wurde in der Mitteilung durchaus für möglich gehalten, wenn nicht eine große spirituelle Macht interveniere. Aber um es retten zu können, müsse Britannien "sein bestes Blut lassen." (S. 874)
"Das Medium Leonora Piper (1857-1950) wiederum, welches (den Physiker) Oliver Lodge, den Philosophen William James und Richard Hodgson (prominentes Mitglied der englischen wie amerikanischen Societies for Psychical Researche) vom Spiritismus überzeugte, kündete um 1898 von der neuen Geistesoffenbarung im 20. Jahrhundert, doch solle dem ein schrecklicher Krieg in verschiedenen Teilen der Welt vorangehen, in dem 'die ganze Welt geläutert und gereinigt werden' müsse."
Auch die Ehefrau des Politikers Alfred Lyttelton, Dame Edith, "hielt in ihren seit 1913 praktizierten automatischen Aufzeichnungen fest, daß ein großer Krieg unweigerlich kommen müsse, und präzisierte zwischen dem 9. Und 21. Juli 1914, daß der erwartete Moment nun eingetreten sei." Sie hatte 1901 die Victorian League mitbegründet, um die von Alfred Milner vertretene Zukunftsvision des Empire zu verbreiten.
Im Februar 1914 meldete sich der mit der Titanic untergegangene "Geist" des Milner-Freundes William T. Stead auf einer spiritistischen Sitzung im Little Theatre im australischen Sydney und prophezeite über das bekannte Medium Mrs. Foster Turner den fast tausend versammelten Menschen: "Obwohl nun gegenwärtig kein Zeichen eines großen Europäischen Krieges auszumachen ist, warne ich euch dennoch, daß bevor das Jahr 1915 zur Neige geht, Europa von Blut überschwemmt wird.

Unsere geliebte Nation Großbritannien wird in den schrecklichsten Krieg gezogen werden, den die Welt jemals gekannt hat. Deutschland wird der große Gegenspieler sein und wird andere Nationen mit sich ziehen. Österreich wird sich zugrunde richten. Könige und Königreiche werden fallen. Millionen von wertvollen Leben werden hingeschlachtet, aber Britannien wird schließlich triumphieren und siegreich hervorgehen." (S. 878)

Wer diese Dinge als privaten Humbug betrachtet, der doch mit der Politik nichts zu tun habe, verschließt sich vor geschichtlich wirksamen Tatsachen. Daß zahlreiche hoch angesehene Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in England nach vielfältigen ernsthaften Prüfungen die Echtheit spiritistischer Phänomene anerkannten und davon in ihrem Handeln beeinflußt wurden, ist eine Realität.

Das schließt nicht aus, daß es auch Unsinn und Täuschungen gab. Rudolf Steiner, der als zeitweiliger Leiter der deutschen Sektion der von der Britin Anni Besant geführten Theosophischen Gesellschaft die spiritistische Szene auch in England gründlich studiert hatte, stand dem Spiritismus äußerst kritisch gegenüber und hielt ihn für eine materialistische Verirrung. Er wies aber darauf hin, daß durch ihn gleichwohl allerlei geistige Tatsachen zum Vorschein kämen, bei denen jedoch im Dunkeln bliebe, welche okkulten Kräfte mit welchen Intentionen diese Erscheinungen inszenierten. (R. Steiner dazu in Gesamtausgabe Bd. 52)

Der Einfluß okkulter Logen

Es ist naheliegend, daß nicht nur in kleinen Kreisen, sondern auch in den okkulten Logen Englands, in denen zahlreiche führende Politiker Mitglied waren, über Medien versucht wurde, geistige Richtlinien für die Politik Englands zu gewinnen. Dies wird auch von Rudolf Steiner aus seinen Forschungen bestätigt. "Dasjenige, was wichtig ist, ist, daß nun, nachdem der ernsthafte Okkultismus sich zurückgezogen hat von dem Spiritismus, ... daß dann alle möglichen Strömungen und okkulten Brüderschaften und einzelne Menschen, ... versucht haben, die ganze Mediumschaft immer im einzelnen in die Hand zu bekommen, um dadurch gewisse Sonderzwecke zu verfolgen." (Vortrag 27.11.1916, GA 172, S. 222)

Mit Sonderzwecken ist gemeint, daß ein zentraler okkulter Grundsatz verlassen und nicht zum Wohl der ganzen Menschheit gearbeitet wird, sondern für egoistische Ziele einer Gruppe, der englischsprechenden Völker.

Wenn man verfolgt, was selbst bei sogenannten ganz aufklärerischen Geschichtsschreibern und Politikern Englands und Amerikas als Weltideen verbreitet wird, so wird man finden, daß selbst bei diesen aufklärerischen Leuten in ihre Ideen überall etwas hineinspielt, was irgendwie von übersinnlichen Erkenntnissen über den Gang der Welt beeinflußt ist.

Das gewinnt man innerhalb der angloamerikanischen Welt durchaus, seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts insbesondere, auf eine Art medialem Wege. ... Und aus solchen medialen Persönlichkeiten heraus hat man insbesondere im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts in der anglo-amerikanischen Welt die Prinzipien erfahren, durch die man politisch gegen Europa und gegen Asien die Erfolge hat erringen können, die man errungen hat.

Zwar gab es spiritistische Sitzungen und Mitteilungen auch im mitteleuropäischen Raum, doch seien "die Menschen der anglo-amerikanischen Welt … viel zu gescheit, um es so zu machen wie die Mitteleuropäer, die einfach nicht glauben, was auf diese Weise aus Untergründen des Daseins heraus geoffenbart wird" (R. Steiner, Vortrag 29.7.1919, GA 192, S. 301 ff.).

Zu der neuzeitlichen Strömung der Demokratie mit den Idealen der Französischen Revolution gehe im Westen eine verborgene Strömung parallel, die Steiner "die geistige Aristokratie der Loge" nennt. Elitäre westliche Brüderschaften benutzten vorrevolutionäre aristokratische Impulse des 18., 17., 16. Jahrhunderts, die dadurch unbemerkbar gemacht werden, daß sie sich mit den Phrasen der Revolution, der Demokratie umkleiden, deren Maske annehmen, um auf diesem Wege möglichst viel Macht zu erlangen.

Es gehe ihnen darum, "den Wenigen die Herrschaft zu verschaffen durch die Mittel, die man im Schoß der Loge hat, dem Ritual und seiner suggestiven Wirkung." Vor 1850 hätten die Historiker im Gegensatz zu später noch auf den Zusammenhang der Französischen Revolution und aller folgenden Entwicklung mit den westlichen Logen hingewiesen.

In den Zeiten, die als vorbereitend für die Gegenwart in Betracht kommen, hat sich die westliche geschichtliche Entwicklung, die westliche Welt, niemals von den Logen emanzipiert. Immer war der Einfluß der Logen stark wirksam, das Logentum wußte die Kanäle zu finden, um den Gedanken der Menschen gewisse Richtungen einzuprägen. Und wenn man ein solches Netz gesponnen hat, wovon ich Ihnen nur einzelne Maschen angegeben habe (im 18. Jahrhundert von London aus über ganz Europa gegründete Freimaurer-Logen), dann braucht man nur auf den Knopf zu drücken und die Sache wirkt weiter. (R. Steiner, Vortrag 8.1.1917, GA 174, S. 90)

Wir müssen die von Cecil Rhodes initiierte "Geheimgesellschaft" und das von Alfred Milner geknüpfte Netzwerk von Clubs, Zirkeln und, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen, "Think Thanks" angesichts der starken personellen Verflechtung als Ausläufer der englischen okkulten Logen betrachten.

Coefficients, der "Kindergarten" und Round Table

Zunehmenden Einfluß auf die britische Außenpolitik gewannen die Coefficients, die sich 1902 als ein parteiübergreifender Debattierclub und brain trust bildeten. Ihm gehörten u.a. an: Edward Grey (Außenminister 1905-1916), W. A. S. Hewins (1917-1919 Unterstaatssekretär für die Kolonien), Viscount R. B. Haldane (Kriegsminister 1905-1912), Alfred Milner (ab 1916 Minister ohne Geschäftsbereich, Kriegsminister, Kolonialminister), der Geopolitiker Halford J. Mackinder (einer der geistige Väter der modernen geostrategischen Studien). "Einig war man sich über den zu erwartenden Großkrieg mit Deutschland, das ... als einzig mögliche, weil existentielle Bedrohung dienen sollte, die nötig erschien, um die English minds aus ihrer Lethargie zu neuen Anstrengungen zu befreien.

Der erste Schritt hierzu sei ein Bündnis mit Rußland mit Hilfe von Konzessionen in der Orientpolitik, wie der spätere Außenminister Edward Grey betonte - nicht zuletzt, um zwischen Deutschland und Rußland einen Keil zu treiben." Der Philosoph Bertrand Russel verließ den Club aus Protest gegen die Kriegsabsichten wieder. (Osterrieder, S. 879 f.)

Alfred Milner hatte sich während seiner Tätigkeit in Südafrika (Krieg gegen die Buren) ab 1902 mit einer Schar junger, frisch gebackener Absolventen der Universität Oxford umgeben, die ihm treu ergeben waren und zu ihm als einer Vaterfigur, Führer und intellektuellem Inspirator aufblickten. Sie wurden unter dem Namen Milners Kindergarten bekannt. "Die Mitglieder dieses 'Kindergartens' arbeiteten in den folgenden Jahren an der Errichtung der Südafrikanischen Föderation, die 1910 Wirklichkeit wurde." (Osterrieder, S. 884 f.)

Die meisten spielten später in der britischen Politik, der Presse oder im Hochschulwesen eine große Rolle. "Begeistert von der Gedankenwelt ihres Mentors und 'geistigen Vaters' Milner, erklärten sich die zumeist jungen Männer des 'Kindergartens' nach ihrer Rückkehr auf die britische Insel bereit, unter seiner Anleitung den Dienst am Empire fortzuführen, um für den Fall eines kommenden Krieges den Zusammenhalt des Weltreiches zu garantieren. So entstand nach dreijähriger Vorbereitung 1909 ein informeller Kreis mit dem Namen The Round Table, der vielsagend und sicherlich mit Bedacht an die 'Ritter der Tafelrunde' von König Artus anknüpfte." (S. 187)

Mit der Zeit fanden sich an den regelmäßigen Moots neue, ebenfalls einflußreiche Politiker und Gelehrte ein. Zum engeren Kreis der voll in die Ideen und Impulse Eingeweihten rechnet der bedeutende amerikanische Historiker Carrol Quigley folgende Personen: Lord Milner, Lord Esher, Earl Albert Grey, A. J. Balfour, W. T. Stead, Philip Kerr, Lionel Curtis und weitere 9 Mitglieder.

Um sie herum bestand ein weiterer Kreis, der nicht mit allen Aspekten der Sache vertraut gewesen sein dürfte. Dann kam noch ein äußerer Kreis von Helfern hinzu, der eine relativ große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens umfaßte, zu denen auch Sir Edward Grey gehörte. "Zur geistigen Heimat des Kreises wurde die Universität Oxford, speziell die Colleges Balliol und New College sowie die beispiellose Einrichtung des All Souls College, das Leo Amery einmal als den geistigen Kern des Britischen Empire bezeichnet hat." (S. 892 f.)

Methoden des Wirkens

"Milner übte ... seinen Einfluß nach englischer Manier indirekt aus, freilassend, der Initiative des einzelnen vertrauend, aber doch mit gewaltiger Suggestionskraft, verborgen hinter der beiläufigen Betonung eines Wortes oder der bloßen Erwähnung eines Gedankens, mit der ganzen Macht seines geistigen Potentials wie seiner moralischen und gesellschaftlichen Stellung. Der Einfluß wurde dadurch verstärkt, daß in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens 'loyale' Fellows und Logenbrüder wirkten, die scheinbar unabhängig voneinander zur selben Zeit den gleichen Impuls in die Welt setzten." (Osterrieder, S. 896)

Beispielsweise verkündet ein Staatsmann (und Mitglied der Gruppe) eine politische Entscheidung. Ungefähr zur selben Zeit veröffentlicht das Royal Institute of International Affairs eine Studie über dasselbe Thema, und ein führender Akademiker aus Oxford, ein Fellow aus All Souls (und Mitglied der Gruppe) veröffentlicht ebenfalls einen Band über das Thema ... Die politische Entscheidung des Staatsmanns wird in einem Leitartikel von 'The Times' einer kritischen Analyse unterzogen und schließlich gutgeheißen, während die beiden Bücher in einer einzigen Rezension in 'The Times Literary Supplement' besprochen werden.

Sowohl der Leitartikel wie die Buchbesprechung sind anonym, aber von Mitgliedern der Gruppe verfaßt. Und schließlich tritt, ungefähr gleichzeitig, ein anonymer Artikel in (der eigenen Hauszeitschrift)´The Round Table' für die gleiche politische Entscheidung ein." (Carrol Quigley, zitiert von Osterrieder, S. 896 f.)

Die Einflußnahme auf das englische Pressewesen zur Prägung des öffentlichen Bewußtseins war vielfältig. Das Mitglied Geoffrey Dawson war Herausgeber der Times und damit der führende Zeitungsmann in Großbritannien geworden. Philip Kerr (Lord Lothian) schrieb in der Times, in Christian Science Monitor, Spectator, Nation and Athenaeum, International Conciliation und Contemporary Review. Edward Grigg publizierte in den National und Fortnightly Reviews sowie im Observer. Vier Round Tablers gehörten zu den Direktoren der Nachrichtenagentur Reuters.

Auf diese Weise gelang es der Round-Table-Gruppe immer mehr, wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der britischen Außenpolitik zu nehmen. Bereits in der ersten Nummer der Hauszeitschrift The Round Table im Herbst 1910 "wurde deutlich, daß der Kreis einen Krieg gegen Deutschland für wahrscheinlich hielt, ja daß die Eindämmung des deutschen Einflusses zum Kernprogramm des Round Table gehörte." Der 1905 Außenminister gewordene Insider Edward Grey war das geeignete ausführende Organ. Einen Tag nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland, am 5.8.1914, schrieb F. S. Oliver an seinen Freund Milner: "Was für eine Erlösung ist Montagabend gewesen!" (Osterrieder, S. 903)

Schon in einer preisgekrönten Untersuchung des Schweizer Historikers Jacob Ruchti von 1916 *Zur Geschichte des Kriegsausbruches* (Neuauflage Basel 2005) wird gezeigt, wie Andreas Bracher in der Schweizer Monatsschrift Europäer Juli/August 2014 resümiert, "daß die behauptete Friedensliebe und selbstlosen Vermittlungsversuche der englischen Regierung in den Tagen vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Maske waren, hinter der sich bei den entscheidenden Akteuren Kriegswille und eine fixierte Feindschaft gegen das Deutsche Reich verbanden."

Ruchti weist z.B. nach, daß der deutsche Botschafter Lichnowsky noch am 1. August 1914 den englischen Außenminister Grey nach dessen eigener Notiz eindringlich gefragt hat, "ob,

im Falle Deutschland verspräche, die Neutralität Belgiens nicht zu verletzen, Großbritannien seinerseits das Versprechen, neutral zu bleiben, geben würde." Doch Grey lehnte das ab. "Der Botschafter", so berichtet Grey weiter, "drang in mich, ob ich die Bedingungen, unter welchen wir neutral bleiben würden, nennen könne.
Er meinte sogar, daß es möglich wär, die Integrität Frankreichs und seines Kolonialgebiets zu gewährleisten." Grey sagte nur, "daß wir unsere Hände frei behalten müßten." Ruchti zieht das Fazit, "daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen." Dazu brauchte es die deutsche Neutralitätsverletzung Belgiens als eigenen Kriegsvorwand vor der britischen Öffentlichkeit, der Grey die deutschen Angebote verschwieg (a.a.O. S.78 f.).
Die wahren Vorgänge werden, führt Bracher weiter aus, in einem bemerkenswerten Buch des Briten John P. Cafferky: *Lord Milners Sekond War* bestätigt, das 2013 erschienen ist:
In Cafferkys Band ist der Erste Weltkrieg das Produkt einer Intrige einer Clique britisch-englischer Politiker, die seit ca. 1902 darauf hinarbeiteten, ... Deutschland im internationalen System zu isolieren, eine anti-deutsche Koalition zu schmieden und diese … auf einen Krieg gegen das Deutsche Reich vorzubereiten. Diese Politik wurde in der britischen Regierung von einigen Kabinettsmitgliedern getragen, die ein ganzes Jahrzehnt lang das weitere Kabinett und die britische Öffentlichkeit über die Reichweite und eigentliche Natur dieser Politik betrogen und belogen.
Abgestützt wurde sie aber auch durch eine Pressepolitik, mit der ein zunehmend anti-deutsches Klima in Großbritannien und im weiteren Europa geschaffen wurde. Wichtig dafür war besonders die Londoner Times, die damals angesehenste Zeitung der Welt, deren europäische Korrespondenten nach Maßgabe dieses anti-deutschen Kurses ausgewählt wurden.
2013 erschien eine weitere erstaunliche englische Publikation von Gerry Docherty und Jim MacGregor: *Hidden History - The Secret Origins oft he First World War*[*], die ebenfalls im genannten Europäer-Heft besprochen wird. Der Rezensent, der Engländer Terry Boardman, zitiert aus der Einleitung:
Ein sorgfältig gefälschtes Geschichtsbild wurde nur zum Zweck verbreitet, um die Tatsache, daß England und nicht Deutschland für den Krieg verantwortlich war, zu kaschieren. Wäre nämlich die Wahrheit nach 1918 in weiten Kreisen bekannt geworden, wären die Folgen für die herrschende englische Klasse verheerend gewesen. ...
Wir zeigen, wie die unvorbereitete Welt - weit entfernt von schlafwandlerischem Hineintappen in den Weltkrieg - von unerkannt bleibenden Kriegstreibern in London in eine Falle gelockt wurde.
Wir entlarven die Absicht, Deutschland eines heimtückischen Verbrechens an der Menschheit zu bezichtigen oder die Meinung, daß Belgien eine unschuldige, neutrale Nation war, die vom deutschen Militarismus überrascht wurde.
Wir belegen klar, daß der deutsche Überfall auf Belgien nicht ein unüberlegter und willkürlicher Angriff, sondern eine Reaktion darauf war, daß Deutschland kurz vor der Vernichtung stand. ... Dieses Buch will beweisen, wie skrupellose Engländer einen Krieg ausdachten und die dazu nötigen Schritte einleiteten, um Deutschland zu zerstören.
Die britische Regierung erklärte am 4. August 1914, heute vor 100 Jahren, Deutschland den Krieg.
*Gerry Docherty/Jim Macgregor: Verborgene Geschichte. Wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, Kopp Verlag. …<<

Der Erste Weltkrieg

Mit Schimpf und Schande sollen überschüttet werden, die mein Unglück suchen.
Psalm 71, 13

Das Attentat von Sarajevo

Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Der Attentäter Gavrilo Princip (1894-1918, erhielt nach dem Attentat eine 20jährige Zuchthausstrafe, starb an Knochentuberkulose) handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Crna ruka" ("Schwarze Hand"), die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).

Erzherzog Franz Ferdinand mußte vor allem sterben, weil er eine konstruktive Balkanpolitik des Ausgleichs anstrebte. Der österreichisch-ungarische Thronfolger plante eine vernünftige Neuaufteilung des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaates (sogenannte "Dreierlösung", selbständiger Staat für die Südslawen) und war gleichzeitig um eine ehrliche Aussöhnung mit den Slawen bemüht (x056/315). Diese Pläne genügten den großserbischen Nationalisten jedoch längst nicht mehr.

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Entstehung des Ersten Weltkrieges (x057/193-194): >>Aus dem Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Machtstellung der Großmächte und der von ihnen abhängigen Staaten hatten sich fortwährend neue Reibungsflächen und Gegensätze der Weltmächte ergeben. England wollte die Seeherrschaft behaupten, Frankreich seine Vormachtstellung in Europa wiedergewinnen, Rußland Landerwerb, um den Zugang zum Meer zu erreichen, Deutschland weltwirtschaftliche Entfaltung, Amerika und Japan die Vorherrschaft im Großen Ozean.

Aus diesem Machtstreben entstanden die besonderen Gegensätze zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (Balkan), Österreich und Italien (Irredenta, politische Bewegung Italiens), ferner zwischen Deutschland und Frankreich (Elsaß-Lothringen), Deutschland und Rußland (wegen Freundschaft Deutschlands mit Österreich und der Türkei), Deutschland und England (Handels- und Flottenfragen).

Immer straffer schloß sich die Entente zusammen und verstärkte ihre Rüstungen. Deutschland dagegen, besonders Kaiser Wilhelm II., war auf Frieden bedacht und versäumte es sogar, sich auf die drohende Gefahr eines Krieges militärisch, wirtschaftlich und politisch genügend vorzubereiten.

Der Anlaß zum Weltkrieg wurde die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und seiner Gemahlin in Sarajewo durch serbische Verschwörer (28. Juni 1914).

Österreich forderte in einem Ultimatum an Serbien strengste Bestrafung der Schuldigen und Unterdrückung der gegen Österreich gerichteten großserbischen Bewegung (23. Juli 1914). Von Rußland unterstützt, lehnte Serbien die wesentlichen österreichischen Forderungen ab und begann die Mobilmachung (25. Juli 1914).

Deutschland nicht rechtzeitig genug über die österreichischen Schritte unterrichtet, suchte zu vermitteln und fand zunächst die Unterstützung Englands. Österreich erklärte nunmehr Serbien den Krieg (28. Juli 1914), ohne sich vorher mit Deutschland zu verständigen, worauf Ruß-

land die Gesamtmobilmachung anordnete (29. Juli 1914). Infolge dieser drohenden Lage für Deutschland forderte seine Regierung die Einstellung der russischen Mobilmachung und erklärte, als keine Antwort erfolgte, den Krieg an Rußland (1. August 1914) und, nach einem vergeblichen Versuch, Frankreich zur Neutralität zu veranlassen, auch den Krieg an Frankreich (3. August 1914), daß bereits am 1. August mobil gemacht hatte.
England dagegen erklärte erst den Krieg an Deutschland, als dieses trotz des Widerstandes der belgischen Regierung deutsche Truppen zum Durchmarsch durch belgisches Gebiet in Bewegung setzte (4. August 1914). Auch Japan schloß sich der Entente an (Tsingtau). Dagegen blieben Italien und Rumänien zunächst neutral, während die Türkei und Bulgarien bald auf Deutschlands Seite traten.<<
Der Hörfunksender "Deutschlandradio Kultur" berichtete am 23. September 2013 über das Buch "Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog" des australischen Historikers Christopher Clark: >>Der Historiker Christopher Clark nimmt die Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges von Neuem unter die Lupe. Indem er nach dem "wie" und nicht so sehr nach dem "warum" fragt, erzählt er eine altbekannte Geschichte auf überraschende Weise neu. Clarks Herangehensweise ist unspektakulär.
Er untersucht genau, wer welche Rolle in den einzelnen Ländern gespielt hat, welche Vorstellungen die Regierungschefs, Minister, Diplomaten, Beamten und nicht zuletzt die gekrönten Häupter der europäischen Mächte hatten, die Europa in jenen Krieg geführt haben, der heute zu Recht als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts gilt - Auslöser allen Unheils, das diesem Krieg folgte: Großbritannien, Frankreich, Rußland, Deutschland, Österreich-Ungarn und, am Rande, aber mit einer folgenschweren Entscheidung, Italien.
Zufälle, plötzliche Veränderungen der politischen Lage, eigenartige Phantasien und Visionen der Akteure: All das spielt beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine große Rolle. Da ist etwa der Generalstabschef der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, der Freiherr Franz Conrad von Hötzendorf, eine der "wohl faszinierendsten Figuren in einem hohen militärischen Amt zu Beginn des 20. Jahrhunderts".
Hötzendorf war der größte Kriegstreiber der Habsburger Monarchie, dessen ganze Energie der skandalösen Liebe zur Gattin eines Wiener Unternehmers galt. Wie ein mittelalterlicher Ritter wollte Hötzendorf diese Frau erobern, indem er als siegreicher Held aus einem Krieg heimkehren würde.
Hötzendorfs Gegenspieler war der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand. Er bemühte sich, die Spannungen zwischen der Habsburger Monarchie und den Serben einzudämmen. Als am 28. Juni 1914 der Erzherzog ermordet wurde, konnte sein kriegslüsterner Gegenspieler Hötzendorf ungehindert zum Krieg antreiben.
Mit einem bestechend einfachen Gedanken untersucht Clark die Vorkriegsgeschichte: Jahrzehnte lang stand immer die Frage im Mittelpunkt, warum der Krieg ausbrach - und damit drehte sich die Debatte zumeist um die Frage, wer schuld daran war. Clark indes fragt, wie er ausbrach - und öffnet dadurch den Blick für die komplexen Vorgänge, die am Ende in die verhängnisvolle Eskalation mündeten.
Europa war beherrscht von den Großmächten, die sich gegenseitig belauerten und mißtrauten. Aus unterschiedlichen Motiven fanden sich Großbritannien, Frankreich und Rußland zur Entente zusammen. Emporkömmling Deutschland blieben nur Österreich-Ungarn und Italien als Bündnispartner. Mehrere Krisen wurden knapp entschärft. Größter Unsicherheitsfaktor war das vom Zerfall bedrohte Osmanische Reich.
Als Italien 1911 Libyen überfiel, um es der osmanischen Herrschaft zu entreißen, wurde die Büchse der Pandora geöffnet. Auf dem Balkan begannen die Kämpfe und Kriege um die Unabhängigkeit der Balkan-Völker. Die imperialistischen Großmächte wollten sich Einflußsphären sichern, doch der Balkan war unberechenbar, vor allem der gewaltbereite serbische Natio-

nalismus.
So entstand jene Gemengelage, die nach dem Attentat von Sarajewo zum Krieg führte. Ein Krieg, den die Politiker eigentlich nicht gewollt, mit dem sie aber kalkuliert hatten. Alle Akteure spielten das riskante Spiel, obwohl erkennbar war, daß der nächste Krieg schrecklicher sein würde als alle vorherigen. Wenn es für Clark Politiker gibt, die besondere Verantwortung tragen, sind es die Hardliner in Paris und Moskau: Als sie im Frühjahr 1914 ihr Militärbündnis an die Entwicklung in Serbien banden, konstruierten sie einen "geopolitischen Zündmechanismus", wie Clark es nennt. ...<<

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg telegrafierte am 6. Juli 1914 an den deutschen Botschafter Tschirschky in Wien (x073/30): >>Was Serbien anbelangt, so könne Seine Majestät (der deutsche Kaiser) zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen. ... Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnisverpflichtungen und seiner alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werden.<<

Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Der deutsche Botschafter in Wien informierte den deutschen Reichskanzler am 14. Juli 1914 über die österreichischen Kriegspläne (x056/316): >>Ich habe mich schwer entschlossen, meinte der (österreichische Außen-) Minister, "zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fast von dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie einstehen" ... Die Note (Ultimatum an Serbien) werde so abgefaßt sein, daß deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei.<<

Eine russisch-französische Delegation verhandelte in Sankt Petersburg über die Zusicherung der Bündnistreue (20. bis 23. Juli 1914) im Kriegsfall. Die Bündnisverpflichtungen wurden schließlich feierlich bestätigt.

Der deutsche Botschafter in Sankt Petersburg informierte den deutschen Reichskanzler am 21. Juli 1914 über ein Gespräch mit dem russischen Außenminister (x056/316): >>Der (russische Außen-) Minister fuhr erregt fort, auf jeden Fall dürfe Österreich ... nicht vergessen, daß ... es ... mit Europa zu rechnen habe. Rußland würde (Österreichs) Schritt in Belgrad, der auf eine Erniedrigung Serbiens absehe, nicht gleichgültig zusehen können ... auf jeden Fall dürfe von einem Ultimatum nicht die Rede sein ...

Rußland würde es nicht dulden können, daß Österreich ... Serbien gegenüber eine drohende Sprache führe oder militärische Maßregeln treffe.<<

Die österreichisch-ungarische Regierung stellte Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum (Frist = 48 Stunden, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen). Die deutsche Regierung wurde erst nach der Übergabe des Ultimatums informiert (x063/478).

Nach französischer Bestätigung vom 23. Juli 1914, alle Verpflichtungen des französisch-russischen Bündnisses zu erfüllen, war der russische Zar noch fester zum Krieg entschlossen. Angesichts der großen innenpolitischen Schwierigkeiten konnte sich der Zar kein Zeichen von Schwäche leisten.

Der russische Kronrat sicherte Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnete daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatums die Mobilmachung an.

Obgleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt hatte, ordnete Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Der britische Diplomat Eyre Crowe (1864-1925) berichtete am 25. Juli 1914 (x307/699): >>Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich Folgendes ergeben:
a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. ...Wie wird dann die Lage eines freudlosen England sein?
b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen? ...<<
Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informierte Kaiser Wilhelm II., der damals eine Nordlandreise durchführte, am 26. Juli 1914 über die aktuelle Lage (x245/25): >>Nachdem gestriger Abend vergangen, hat Eingang der Nachricht, daß Österreich die serbische Antwort als ungenügend erachtet, hier lebhafte patriotische Kundgebungen veranlaßt, die bedauerlicherweise zu einer antiserbischen Demonstration vor russischer Botschaft geführt haben.
Es ist zu gegenwärtigen, daß falls Eure Majestät von (der) Nordlandreise direkt nach Berlin kommen die mit Sicherheit zu erwartende sehr stürmische Begrüßung Eure Majestät zur Wiederholung dieser Demonstrationen führen wird.
Rußland würde dies ausbeuten, daß wir den Krieg mit ihm wollen. Der Zeitpunkt hierzu aber wäre verfrüht, solange Rußland gar keine aggressiven Schritte ergreift, Rußland aber muß rücksichtslos unter allen Umständen ins Unrecht gesetzt werden. Eure Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, zunächst nach Potsdam zurückkehren zu wollen.<<
Miroslav Spalajković (1864-1951, von 1906-1911 Leiter des serbischen Außenministeriums) berichtete am 26. Juli 1914 aus St. Petersburg (x307/601): >>Meiner Meinung nach bietet uns dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Ereignis klug auszunutzen und eine volle Vereinigung der Serben zu erreichen. Deshalb ist es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn uns angreift. In diesem Falle vorwärts im Namen des Herrn! ...<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über den serbischen Politiker Miroslav Spalajković (x307/600-601): >>Am 26. und 27. Juli 1914 trafen begeisterte Depeschen von Spalajković mit der Neuigkeit ein, daß die Russen eine Armee von 1.700.000 Mann mobilisieren würden und die Absicht hätten, "unverzüglich eine energische Offensive gegen Österreich-Ungarn einzuleiten, sobald es Serbien angreife".
Der Zar sei davon überzeugt, meldete Spalajković am 26. Juli, daß die Serben "wie die Löwen" kämpfen würden und die Österreicher eventuell sogar aus eigener Kraft von ihrem Rückzugsort im Landesinneren aus schlagen könnten.
Die deutsche Haltung war zu dieser Zeit noch unklar, aber selbst wenn sich die Deutschen nicht an den Kämpfen beteiligen sollten, so Spalajković, sehe der Zar gute Chancen, "eine Teilung Österreich-Ungarns" zu bewerkstelligen; und wenn dies scheitern sollte, würden die Russen "die französischen Militärpläne ausführen, so daß der Sieg über Deutschland ebenfalls gewiß sei." ...<<
Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hielt sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhielt die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrte.
Wilhelm II. reagierte damals sichtlich erleichtert über die halb entgegenkommende serbische Antwort (x063/480): >>... Das ist mehr, als man erwarten konnte! ... Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesel (der österreichische Gesandte) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung empfohlen!<<
US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes (x347/83):

>>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden … Business - einzig und allein …<<
Kaiser Wilhelm II. wies am 28. Juli 1914 den deutschen Diplomaten Gottlieb von Jagow (1863-1935, von 1913-1916 Staatssekretär im Auswärtigen Amt) an, den Österreichern klarzumachen, daß nach seiner Meinung kein Kriegsgrund mehr bestehen würde.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese längst überfällige Maßnahme des deutschen Kaisers (x307/667): >>... Noch am ... Morgen (28. Juli) um 10 Uhr schickte er eilends einen Brief an Jagow, in dem er erklärte, daß nun, da Serbien "eine Kapitulation demütigster Art" hingenommen habe, "jeder Grund zum Kriege" entfalle. Statt sofort in das Land einzumarschieren, sollten die Österreicher, so Wilhelm weiter, eine vorübergehende Besetzung der evakuierten Stadt Belgrad als Faustpfand für ein künftiges Entgegenkommen in Erwägung ziehen.
Noch wichtiger: Wilhelm wies Jagow an, den Österreichern mitzuteilen, daß nach seiner Einschätzung "ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden sei" und daß Wilhelm persönlich bereit sei, den Frieden in Österreich zu vermitteln. ... Das werde ich tun auf Meine Manier, und so schonend für das österreich(ische) Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich."
Außerdem teilte er Generalstabschef Moltke mit, daß wenn Serbien seine Garantien für Österreich-Ungarn einhalte, in seinen Augen kein Kriegsgrund mehr vorliege. Im Laufe des Tages hielt er laut Angaben des Kriegsministers Falkenhayn "wirre Reden, aus denen nur klar hervorgeht, daß er den Krieg jetzt nicht mehr will und entschlossen ist, um diesen Preis selbst Österreich-Ungarn sitzen zu lassen.<<
Der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg informierte am 28. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien (x056/317): >>... Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft. ... (Österreich solle in Petersburg erklären), daß seine militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen Punkten des serbischen Gebiets bezwecken, um ... Garantien für künftiges Wohlverhalten zu (er)zwingen. ...
Erkennt die russische Regierung (dies) nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreichs ... und seiner Verbündeten verschieben.
Der deutsche Botschafter solle aber in Wien sorgfältig vermeiden, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, ... die Verwirklichung des von Österreich ... erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden (zu ermöglichen), ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns (möglichst) zu verbessern ...<<
Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.
Die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien lautete wie folgt (x307/602): >>An meine Völker!
Es war Mein sehnlichster Wunsch, die Jahre die Mir durch Gottes Gnade noch beschieden sind, Werken des Friedens zu weihen und Meine Völker vor den schweren Opfern und Lasten des Krieges zu bewahren. Im Rate der Vorsehung ward es anders beschlossen. Die Umtriebe

eines haßerfüllten Gegners zwingen Mich, zur Wahrung der Ehre Meiner Monarchie, zum Schutze ihres Ansehens und ihrer Machtstellung, zur Sicherheit ihres Besitzstandes nach langen Jahren des Friedens zum Schwerte zu greifen.<<
Jetzt war die Katastrophe nicht mehr aufzuhalten. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit waren nun plötzlich eindeutig auf der Seite des "kleinen, schwachen serbischen Volkes".
Sigmund Freud (1856-1939, österreichischer Arzt und Psychologe) schrieb damals über die Kriegserklärung an Serbien (x307/602): >>... Ich fühle mich aber vielleicht zum ersten Mal seit 30 Jahren als Österreicher und möchte es noch einmal mit diesem wenig hoffnungsvollen Reich versuchen.<<
Pilsudski, der eine Niederlage der Russen erwartete, rief die Polen am 28. Juli 1914 zum Kampf gegen Rußland auf (x064/124). Nach dem russisch-deutsch-österreichischen Krieg hoffte bzw. erwartete man in Polen die Wiederherstellung der polnischen Eigenständigkeit.
Reichkanzler Bethmann-Hollweg teilte der britischen Regierung am Abend des 29. Juli 1914 mit, daß man keinen Gebietserwerb auf Kosten Frankreichs anstrebte, falls England neutral bleiben würde (x063/481).
In der Nacht zum 29. Juli 1914 beschossen österreichisch-ungarische Einheiten der Marine und der Artillerie die serbische Hauptstadt Belgrad (x175/115).
Zar Nikolaus II. schickte am 29. Juli 1914 ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II. (x058/283): >>Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem äußerst ernsten Augenblick wende ich mich an Dich um Hilfe.
Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung in Rußland, die ich völlig teile, ist ungeheuer. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem auf mich ausgeübten Druck erliegen und gezwungen sein werde, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, die zum Kriege führen werden.
Um ein solches Unheil wie einen europäischen Krieg zu verhüten, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir Mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.<<
Der russische Zar ordnete aber noch am selben Tag die Teilmobilmachung an, die jedoch nach einem Telegramm Kaiser Wilhelms I. noch einmal gestoppt wurde.
Der deutsche Botschafter in London meldete am 29. Juli 1914 dem Auswärtigen Amt (x056/316): >>Die britische Regierung wünscht, ... solange sich der Konflikt auf Österreich und Rußland beschränke, abseits zu stehen. Würden (Deutschland) aber und Frankreich hineingezogen, so sei die Lage sofort eine andere.<<
Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Sasonow (russischer Außenminister) stellt unmittelbar bevorstehende Mobilmachung nicht in Abrede, meinte daraufhin, daß Rußland zu diesem Schritt von Österreich gezwungen sei, daß aber Mobilmachung noch lange keinen Krieg bedeute.
... Wir können Österreich-Ungarn nicht zumuten, mit Serbien zu verhandeln, mit dem es im Kriegszustand begriffen ist. Die Verweigerung jeden Meinungsaustausches mit Petersburg ... würde schwerer Fehler sein, da er kriegerisches Eingreifen Rußlands geradezu provoziert, das zu vermeiden Österreich-Ungarn in erster Linie interessiert ist.
Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.
Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<
Der deutsche Generalstabschef telegrafierte (ohne Wissen des deutschen Reichskanzlers) am

30. Juli 1914 an den österreichisch-ungarischen Generalstab (x056/317): >>Russische Mobilisierung durchhalten: Österreich-Ungarn muß erhalten bleiben, gleich gegen Rußland (zu) mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren. Italien durch Kompensation zur Bundespflicht zwingen.<<
Der deutsche Reichskanzler telegrafierte am 30. Juli 1914, um 21 Uhr; an den deutschen Botschafter in Wien. Dieses Telegramm wird jedoch um 23.20 Uhr zurückgezogen (x056/317): >>Wenn Wien ... jedes Einlenken ... ablehnt, ist es kaum mehr möglich, Rußland die Schuld an dem ausbrechenden europäischen (Brand) zuzuschieben. ...
(Kaiser Wilhelm) hat auf Bitten des Zaren die Intervention in Wien unternommen, weil er sie nicht ablehnen konnte, ohne den unwiderleglichen Verdacht zu erzeugen, daß wir den Krieg wollten. ...
Glücken England diese Bestrebungen, während Wien alles ablehnt, so dokumentiert Wien, daß es unbedingt einen Krieg will, während Rußland schuldfrei bleibt. Das ergibt für uns der eigenen Nation gegenüber eine ganz unhaltbare Situation ...<<
Der französische Diplomat Paul Cambon (1843-1924) schrieb am 30. Juli 1914 aus Berlin an Ministerpräsident Viviani (x245/30-31): >>Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um 2 Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt ist es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden.
Ich weiß nicht, wer in den "Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen.
Es kommt darauf an, die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst dann zu veröffentlichen, wenn sie in Deutschland mit Sicherheit beschlossen sind, damit die englische öffentliche Meinung, die in den Ereignissen eine so große Rolle spielt, uns nicht irgendeine Initiative zuschreiben kann, die zum Krieg führte.
Ich habe Anlaß zur Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind. Offensichtlich möchte man erreichen, daß wir unsere Mobilmachung zuerst bekannt geben. Wir dürfen diese Kalkül aber nicht aufgehen lassen und dürfen der Ungeduld nicht nachgeben, die sicherlich in der Presse und der öffentlichen Meinung in Paris entstehen wird.<<
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651-652): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.
Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.
In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien.
Ein Telegramm des Botschafters Nikolai Schebeko in Wien vom 29. Juli, indem er erklärte, daß der Befehl zur Generalmobilmachung für den folgenden Tag "erwartet" werde, wurde auf

den 28. Juli zurückdatiert und wie folgt umformuliert: "Der Befehl zur Generalmobilmachung ist unterschrieben worden" – in Wahrheit sollte der Befehl zur österreichischen Generalmobilmachung erst am 31. Juli erteilt werden und am folgenden Tag in Kraft treten.
Das französische Gelbbuch ging noch abenteuerlicher mit den Quellen um, indem kurzerhand ein fiktives Kommuniqué des Botschafters Paléologue vom 31. Juli eingefügt wurde, das erklärte, der russische Befehl sei "als Folge der Generalmobilmachung Österreichs" und der "Mobilmachungsmaßnahmen, welche das Deutsche Reich in den vergangenen sechs Tagen heimlich, aber kontinuierlich getroffen" habe, erteilt worden. In Wirklichkeit war Deutschland aus militärischer Sicht während der gesamten Krise eine Insel relativer Ruhe gewesen. ...<<
Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.
Der russische Außenminister Alexander Iswolski (1856-1919) schickte am 1. August 1914 ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg (x352/27): >>Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe. Er bat mich, der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck zu verleihen, daß alle Bemühungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. ...<<
Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schrieb später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>… Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.
Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt.
Jede neue Akt der Kabbala (Geheimlehre) und Vergewaltigung, der Krieg mit China um das Opium, die Versklavung Ägyptens, der Burenkrieg, die Intervention zugunsten der zaristischen Generäle, alle kriegerischen Expeditionen wurden für zufällige Ausnahmen der allgemeinen Regel erklärt. …
Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.
Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.
Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irregeführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. …<<
Der deutsche Historiker Theodor Schieder (1908-1984) schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ. ...

Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.
So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ernsten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.
Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.
Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. ...
Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...<<
Der deutsche Historiker Walther Hubatsch (1915-1984) schrieb später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x056/320): >>Der Ausbruch dieses gewaltigen Ringens stellt sich als ein Bündel von vielerlei Ursachen dar: die großserbische Idee und die innere Schwäche Österreich-Ungarns; der Panslawismus und die alten Expansionsziele Rußlands auf dem Balkan; die Gelegenheit für Frankreich, seine 1870 eingebüßte Position europäisch wieder zu begründen; die englische Sorge vor einer Hegemonialstellung Deutschlands auf dem Kontinent und die Sicherung Belgiens.
Hinzu trat die Furcht (der Deutschen), die Bundesgenossenschaften zu verlieren und dann in der Krise isoliert zu sein; alles dieses bremste die Friedensbemühungen, die zu spät einsetzten und durch die Technik der einander bedingenden Mobilmachung rasch wirkungslos wurden. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 30.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x887/...):
>>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**
In Europa gingen die Lichter aus
Am 1. August 1914, nach einer dramatischen Zuspitzung der durch das Attentat von Sarajewo ausgelösten Lage in der "Julikrise", ist der Weltkrieg da.
... Alle fünf involvierten Mächte sahen in der kriegerischen Auseinandersetzung Chancen für politischen und nationalen Gewinn oder doch zumindest eine Abwehr drohender Gefahren für ihren Bestand.
Die Donaumonarchie versprach sich mit einem militärischen Schlag gegen Serbien eine "Bereinigung der balkanischen Zustände" und so das Abbiegen gefährlicher panslawistischer Tendenzen. Deutschland erhoffte sich vom baldigen Waffengang gegen Rußland und Frankreich ein Aufbrechen des Einschließungsringes um das Reich - und dies mit dem verbündeten Österreich und Italien an seiner Seite. Frankreich erblickte im Krieg gegen Deutschland die lang herbeigesehnte Gelegenheit, sich für die Niederlage von 1871 zu revanchieren und das damals rückerstattete Elsaß-Lothringen erneut zu annektieren.
Rußland erwartete sich von einem erfolgreichen Waffengang gegen Deutschland und Österreich eine Ausdehnung seiner Macht nach dem Westen, eine Steigerung seines Einflusses auf dem Balkan und wohl auch die Chance zu einer Zerschlagung der Donaumonarchie.

Und Großbritannien sah die Chance zur Zerstörung der zu mächtig gewordenen Kontinentalmacht Deutsches Reich gekommen, die auch auf den Weltmeeren Flagge zu zeigen begonnen hatte. Optimismus herrschte auf allen Seiten. Entsprechend gedachten die deutschen Frontfreiwilligen "Weihnachten in Paris" zu verbringen und die Briten das Deutsche Reich durch ihre kriegsrechtswidrige Seeblockade alsbald in die Knie zu zwingen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x878/...):

>>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**

... **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**

... Es hätte großer und weitsichtiger Staatsmänner bedurft, um Europa in dieser neuen, ungewohnten Lage ohne größere Konflikte und Kriege durch die Krise zu steuern. Nach dem Abgang von Bismarck gab es diese Staatsmänner nicht, nicht in Deutschland, nicht in Paris, nicht in London und auch nicht in St. Petersburg. Großbritannien, Frankreich und Rußland hielten an ihren außenpolitischen Interessen fest, dank denen sie ihre Machstellung erobert und über die Jahrhunderte befestigt hatten. Warum sollten sie ändern, was sich so lange für sie bewährt hatte?

Die Meinung herrschte vor, auch die neuen Interessenkonflikte wie bisher unter Einsatz militärischer Mittel ausfechten zu können. Niemand hatte in den Hauptstädten einen auch nur annähernd realistischen Begriff davon, in welche Katastrophe ein allgemeiner bewaffneter Konflikt Europa stürzen könnte. Nur so ist die europäische Hochrüstung mit ihren Plänen zur Mobilmachung vor 1914 zu verstehen.

Es war ein verhängnisvoller Irrtum, wie man heute weiß. Das Deutsche Reich fühlte sich durch die anderen europäischen Mächte, die eine tendenzielle Hegemonie nicht hinnehmen wollten, "eingekreist". Zu Recht oder zu Unrecht, ist nicht so bedeutsam. Was zählt ist Wahrnehmung - und die war nicht nur falsch. Alle europäischen Großmächte fühlten sich vor 1914 in ihren Interessen herausgefordert und bedroht.

Der Krieg brach 1914 aus. Über die politische Verantwortung kann man streiten. Aber das löst das Problem nicht. Es waren die außenpolitischen Interessenkonflikte, die mit diplomatisch-politischen Mitteln von den zeitgenössischen Staatsmännern nicht mehr beherrscht wurden. Jeder fühlte sich im Recht. Natürlich auch das Deutsche Reich. Der Erste Weltkrieg wurde zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten in Sarajewo. ...

Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auflösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.

Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...

Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.

Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühls-

politik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.
Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.
Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.
Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.
Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert. Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt.
Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?
Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte, daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt.
Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war.
Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington. Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später in seinem Buch "Die geheim gehaltene Geschichte Deutschlands" über die Ursachen des Ersten Weltkrieges (x313/301-307): >>... Wer war für diesen Krieg wirklich verantwortlich?
Folgende Antworten sind darauf von Historikern gegeben worden:
- Verantwortlich waren in erster Linie die Serben und die Österreicher; denn sie entfachten den Weltbrand. Hätte einer von beiden nachgegeben, wäre der Krieg vermieden worden.
- Hätte Rußland sich jedoch nicht hinter Serbien gestellt, wäre der Weltbrand ebenfalls nicht ausgebrochen, der Krieg wäre lokal begrenzt geblieben und hätte nicht viel Schaden angerichtet. Aber der Zar fürchtete die Revolution im eigenen Land. Sein Außenminister Sasonow versuchte, den Krieg zu verhindern, aber die russischen Militärs rieten zum Krieg. ...
- In Deutschland versuchte Bethmann Hollweg verzweifelt, die Österreicher zum Einlenken zu bewegen. Aber die Militärs, an ihrer Spitze Moltke, rieten dem deutschen Kaiser Wilhelm II., sich auf keine Vermittlungsversuche einzulassen. ...
Hätte Wilhelm II. die Österreicher energischer zur Mäßigung gerufen oder sogar das Bündnis

mit ihnen in Frage gestellt, wäre der Weltkrieg ebenfalls vermieden worden. ...
- Wie stand es nun um Frankreich? ... Elsaß-Lothringen sollte wieder französisch werden. ... Außerdem wollte man die Vormachtstellung Deutschlands auf dem Festland brechen, ganz davon abgesehen, daß man auch eine bestimmte Kolonialpolitik verfolgte. ...
- England, das zugesagt hatte, die Nordküste Frankreichs zu sichern, stellte Bethmann Hollweg seinerseits ein Ultimatum ... Hätte England zu verstehen gegeben, daß es sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen würde, wäre der Weltkrieg möglicherweise ebenfalls verhindert worden. Aber den englischen Militaristen war die Aufrüstung Deutschlands ein Dorn im Auge, speziell der Schiffsbau in Deutschland wurde argwöhnisch beobachtet. Die maritime Überlegenheit Englands schien durch Deutschland gefährdet zu sein. Von vielen Historikern wurde dieser Umstand sogar als Hauptgrund für den Ersten Weltkrieg genannt. Die Briten fürchteten jedenfalls um ihre Vorherrschaft zur See. ...<<
Der schottische Autor Dr. Jim Macgregor schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/16-17): >>… Auch wenn Clarks Prämisse für einige Deutsche eine Erleichterung darstellen mag - sie ist fehlerhaft und lenkt von der tatsächlichen Wahrheit ab. Wie so oft bei reaktionären Mainstream-Historikern gibt sich Clark als jemand, der tapfer unbequeme Wahrheiten ausspricht, während er tatsächlich jedoch historische Unwahrheiten wiederkäut.
Die Welt ist keineswegs so ahnungslos in die globale Tragödie geschlafwandelt, wie es Clark behauptet, statt dessen wurde sie von einem Geheimbund kriegstreiberischer englischer Bankiers, Industrieller und Blaublüter in einen Hinterhalt gelockt.
Diese Bande hatte den Krieg seit über einem Jahrzehnt vorbereitet, und die Männer wußten, es würde deutlich mehr als einige militärische Erfolge auf dem Schlachtfeld oder einige Gefechte zu See erfordern, um zu gewährleisten, daß Deutschlands Zeiten als moderne, blühende Wirtschafts- und Industriemacht vorüber wären. Von Anfang an war in London auf einen langen, harten Zermürbungskrieg hingearbeitet worden, an dessen Ende das florierende Deutschland in eine ländliche Einöde verwandelt sein sollte. ...<<
Der nordirische Autor Dr. Patrick Walsh schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/20-25): >>**Schlafwandler? Von wegen!**
Wie Großbritannien seinen Krieg gegen Deutschland plante
Rund um den 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs hat kein Buch so viel Lob eingeheimst wie *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* von Christopher Clark. Wie der Titel schon andeutet, erläutert Clark in dem Werk seine These, daß die Nationen Europas wie Schlafwandler in den Krieg hineinstolperten.
Für England gilt das allerdings nicht. Dort war der Krieg über ein Jahrzehnt hinweg geplant und gründlich vorbereitet worden. Und um das herauszufinden, muß man auch nicht extra in irgendwelche Geheimarchive steigen. Allein in den veröffentlichten Schriften und Unterlagen von Lord Hankey, Lord Esher und Henry Wilson - Männern, die im Mittelpunkt der Vorbereitungen und Planungen standen - sowie in den Werken von Archibald Colquhoun Bell, dem offiziellen Historiker der Royal Navy, finden sich hinlänglich Beweise.
Hätte jemand gegenüber diesen Männern erklärt, daß Großbritannien völlig unvorbereitet in den Ersten Weltkrieg geschlafwandelt sei, wären sie vermutlich zutiefst beleidigt gewesen und hätten es als unberechtigten Vorwurf empfunden, sie hätten ihre Pflichten vernachlässigt.
Seiner Frau schrieb Lord Esher (Reginald Baliol Brett) am 26. Februar 1923: "Ich sehe all meine Papiere bezüglich der Vorbereitungen für den Großen Krieg durch. Begonnen hat das 1905/1906. 1908 konnten wir bereits große Fortschritte vorweisen. Das kann ich anhand von

Dokumenten belegen."
Nachfolgend ein Auszug aus Lord Eshers Tagebuch vom 4. Oktober 1911. Als Ständiges Mitglied im Committee of Imperial Defence erklärte er Premierminister Herbert Asquith, wie der Staat in den Großen Krieg zu ziehen gedenkt:
"Heute Morgen kam der Premierminister in mein Zimmer, um über die Admiralität zu sprechen. … Dann sprachen wir über die Pläne des Generalstabs, eine Armee in Frankreich anzulanden. Der Premier ist gegen diesen Plan. Er will nichts davon hören, mehr als vier Divisionen zu entsenden. Das hat er (Kriegsminister Richard) Haldane auch so gesagt.
Ich erinnerte ihn daran, daß allein schon die Tatsache, daß der Plan des Kriegsministeriums im Detail mit dem französischen Generalstab ausgearbeitet wurde (was ja auch stimmt), uns doch gewiß zum Kampf verpflichtet, egal, ob es dem Kabinett gefällt, und daß sich der kombinierte Plan der beiden Generalstäbe behauptet. Es ist schon eine ungewöhnliche Sache, daß unseren Offizieren erlaubt wurde, alle Details zu arrangieren, die Züge, die Landungen, die Aufmarschgebiete usw., wiewohl das Kabinett niemals hinzugezogen wurde.
Ich fragte den Premierminister, ob es seiner Meinung nach möglich wäre, innerhalb von sieben Tagen nach Kriegsausbruch eine britische Streitmacht in Frankreich stehen zu haben angesichts der Tatsache, daß das Kabinett (die Mehrheit seiner Mitglieder) noch niemals von dem Vorhaben gehört hat. Er hält es für unmöglich! … Alles in allem zeigte der Premierminister, daß er sehr viel über diese Probleme nachgedacht hatte."
An diesem Punkt wurden zwei unterschiedliche Kriegspläne der Admiralität und des Kriegsministeriums verknüpft und miteinander verschmolzen. Außerdem mußten sie zum rechten Zeitpunkt dem Kabinett und dem Parlament enthüllt werden.
Der Premierminister mag seine Zweifel gehabt haben, daß im entscheidenden Augenblick ein derartig geheim vorbereitetes Projekt durch die Maschinerie des parlamentarischen Systems geschleust werden könnte. Aber Esher hatte recht: Alles lief nach Plan, und die Strukturen der britischen Demokratie stellten sich hinter die Vorkehrungen, die diejenigen Teile des Staats, die niemandem Rechenschaft schuldig waren, im Verlauf des vorangegangenen Jahrzehnts getroffen hatten.
Auf der ersten Seite von Band III der Tagebücher und Briefe von Lord Esher prangt ein Zitat von Lord Beaconsfield (Benjamin Disraeli): "Die mächtigsten Männer sind nicht diejenigen, die in der Öffentlichkeit stehen. Die öffentlichen Männer sind verantwortungsbewußt, und ein verantwortungsbewußter Mann ist ein Sklave. Es ist das Privatleben, das die Geschicke der Welt bestimmt." Im August 1914, als Großbritannien ankündigte, für die Demokratie in den Krieg zu ziehen, hat sich das definitiv als zutreffend erwiesen.

Das Committee of Imperial Defence

Der Verteidigungsrat Committee of Imperial Defence (CID) war das Organ, in dem die Planungen für Großbritanniens Feldzug gegen Deutschland erfolgten. Gegründet worden war der Ausschuß von Premierminister Arthur Balfour auf einen Vorschlag von Lord Esher hin.
Im September 1903 bot der Premier Esher die Position des Kriegsministers an, die dieser (wie es seine Art war) ablehnte. Die beiden Männer führten dann einen Schriftwechsel, in dem Esher dem Premierminister Empfehlungen gab, wie er nach dem Schock über den Verlauf des Burenkriegs den Kriegsapparat reformieren könnte.
Daraus entwickelte sich die Idee, das Committee of Imperial Defence ins Leben zu rufen. So übte Esher eine allgemeine Kontrolle auf das Kriegsministerium aus, da ihn sowohl der Premierminister mit vertraulichen Informationen versorgte als auch Sir George Clarke, der erste Sekretär des CID.
Der erste Bericht des Komitees wurde im Januar 1904 abgefaßt, damals noch unter dem Eindruck der Erfahrungen, die man im Krieg gegen die Buren gemacht hatte. Gefordert wurde, daß künftig "eine definitive und auf soliden Daten beruhende Kriegspolitik formuliert werden

kann". Offiziell schloß sich Lord Esher dem CID, der in Whitehall Gardens zusammenkam, im Oktober 1905 an.
Das CID wurde vom National Efficiency Movement gefördert. Diese liberal-imperialistische Gruppe setzte sich dafür ein, daß "Spezialisten" die politischen Entscheidungen fällen, denn den gewählten Politikern unterstellte man, aufgrund der Kapriolen der Demokratie nur wenig Fachkenntnisse der Themen zu besitzen, die in ihre Zuständigkeit fallen.
Präsident des CID sollte der Premierminister sein, der "absolut freie Hand bei der Auswahl und Zusammensetzung der Mitglieder" haben sollte. Die wichtigsten Kabinettsmitglieder waren beteiligt, darunter der Schatzkanzler, der Außenminister, der Kriegsminister, der Erste Seelord, der Leiter des Marineaufklärungsdienstes und der Chef des Generalstabs. Aufgrund der Demokratisierungsprozesse in England mußten auch Politiker beteiligt werden.
Nachdem das Komitee anderthalb Jahre lang nur im Embryonalstadium existiert hatte, wurde das CID am 4. Mai 1904 offiziell zum Leben erweckt. Balfour machte das CID zu einer regulären Behörde des Staates mit einem permanenten Sekretariat, in dem Vertreter von Armee und Marine saßen. Sie konnten dafür sorgen, daß eine einheitliche Politik verfolgt wurde.
Ursprünglich sollte dieser Ansatz dazu dienen, das CID vor Liberalen zu schützen, die eine Kursänderung herbeiführen oder das Gremium einschränken wollten. Aber Balfour hätte sich in dieser Hinsicht keinerlei Sorgen machen müssen, denn als 1905/1906 die Regierungsgewalt wechselte, erhielten im neuen Kabinett von Henry Campbell-Bannerman die Liberalimperialisten Richard Haldane und Edward Grey die Schlüsselposten des Kriegsministers und Außenministers. Wahlprozeß und Regierungsbildung zogen sich in die Länge, so daß der Staat ohne politische Einmischung beginnen konnte, sich für dieses Projekt in Stellung zu bringen.
Dabei scheint insbesondere Esher die treibende Kraft gewesen zu sein, und im Zuge der weiteren Treffen war er auch an den politischen Winkelzügen beteiligt, die die "richtigen" Leute (das heißt: diejenigen, die das Projekt guthießen) in die "richtigen" Ämter hievten, von wo aus sie die Dinge vorantreiben konnten.
Balfour mag das CID begründet haben, aber es waren die liberalen Imperialisten, die dem gesamten Vorhaben Sinn und Richtung gaben. Zum Zeitpunkt der Gründung galt Frankreich als der größte Rivale, den Großbritannien in Europa hatte. Das Komitee mußte erst neu auf Deutschland als Widersacher eingestimmt werden. Für diese Sichtweise waren die Liberalimperialisten bereits in der Opposition eingetreten.
Wie die Zukunft aussehen würde, stand Esher klar vor Augen. Am 7. September 1906 schrieb er der Duchess of Sutherland: "… machen es die Gesetze der historischen und ethnographischen Evolution erforderlich, … daß wir gegen eines der mächtigsten militärischen Imperien kämpfen, das je existierte. Das ist gewiß, und uns bleibt für die Vorbereitung nur sehr wenig Zeit."
Über die Rolle des CID schrieb Esher, es handele sich um ein "Organ, das zu Friedenszeiten die herrschende Obrigkeit über die für eine voraussichtliche Kriegsführung bestmögliche Vorbereitung berät. Es erfüllt die Aufgaben, die nach allgemeiner Auffassung Carnot für Napoleon leistete." (Graf Lazare Carnot war Frankreichs Kriegsminister unter Napoleon Bonaparte, Anmerkung des Übersetzers)
Die Entente cordiale von 1904 war kaum ein Jahr alt, da hatte sich das Committee of Imperial Defence bereits für die Vorstellung erwärmt, das britische Heer an der Seite des ehemaligen Feindes kämpfen zu lassen. Die Franzosen begriffen die Vereinbarung natürlich als Türöffner für eine militärische Übereinkunft, in deren Mittelpunkt Krieg gegen Deutschland stand. Frankreich wollte auf diesem Weg die Provinzen zurückerlangen, die man nach dem Angriffskrieg von 1870 verloren hatte. …<<

<u>Die Kriegsbegeisterung im August 1914</u>

Kaiser Wilhelm II. rief "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärte feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...
Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.
Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<
Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erklärte am 4. August 1914 im Reichstag (x245/72): >>Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.
Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht - ich spreche offen -, das Unrecht, das wir tun, werden wir wiedergutzumachen versuchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...<<
Die Bevölkerungen der kriegsführenden Staaten wurden damals von einem regelrechten Kriegsfieber erfaßt. In den großen europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau, Paris und Wien begrüßten Tausende von kriegsbegeisterten Menschen den "gerechten Krieg". Nirgends zeigte sich offener Widerstand gegen den Krieg, denn jedes kriegsbeteiligte Land kämpfte angeblich für eine gerechte Sache.
In Berlin und in Wien sangen die Deutschen patriotische Lieder und meldeten sich in Massen freiwillig zum Kriegseinsatz. Alle Klassen der deutschen Bevölkerung (auch die Sozialdemokraten und sogar der linksradikale Karl Liebknecht) waren damals für diesen vermeintlich gerechten Verteidigungskrieg und zogen bereitwillig für das Vaterland in den Krieg. Die Geistlichen segneten die eingezogenen Soldaten und die Waffen.
Die ausrückenden deutschen Truppen sangen forsche, fröhliche Lieder, als ob man nur in ein kurzes Manöver ziehen würde. Die blumengeschmückten Züge wurden von begeisterten Menschenmassen verabschiedet. Überall herrschte damals eine unglaubliche Mischung aus Jubel und großer Zuversicht, daß der Krieg schon bald zu Ende sein würde ("Wieder zu Hause, ehe das Laub fällt ...", "Weihnachten sind wir schon zurück!" ...).
Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George berichtete damals über die Stimmung der europäischen und der englischen Bevölkerung (x041/10): >>Die Bevölkerung wurde vom Kriegsfieber gepackt. In sämtlichen Hauptstädten schrie sie nach Krieg. Die älteren Staatsmänner bemühten sich mit schwachen Kräften, den Krieg zu verhindern, während die Jugend der untereinander rivalisierenden Länder vor ihren Türen ungeduldig nach dem sofortigen Krieg verlangte. ...
Ich werde nie die kriegslustigen Massen vergessen, die sich in Whitehall versammelten, während das Kabinett über die Alternative Frieden oder Krieg beriet ... (Es fanden sich) zahllose Scharen junger Menschen in Westminster ein, um für den Krieg gegen Deutschland zu demonstrieren.<<
Der "totale Krieg"
Die naiven, romantischen Vorstellungen der Menschen erfüllten sich aber leider nicht, denn im Verlauf des Ersten Weltkrieges entfaltete sich sehr schnell eine neue, völlig unbekannte Kriegsart - der "totale Krieg".
Der Erste Weltkrieg war mit dem letzten französisch-deutschen Krieg von 1870/71 nicht zu

vergleichen, denn es entwickelte sich kein "gerechter, heiliger Volkskrieg" mit kurzen Feldschlachten alten Stils. Dieser Krieg wurde kein kurzer Waffengang, sondern ein unerwartet grausamer und mörderischer Grabenkampf, der länger als 4 Jahre dauern sollte. Mit der "Hurrastimmung" ("Jeder Schuß ein Rus' ", "Jeder Stoß: ein Franzos' " ...) und den patriotischen Liedern war es vor allem im Westen schnell vorbei, denn an der Westfront fanden fast nur erbitterte Stellungskämpfe statt.
Im Ersten Weltkrieg entstand außerdem eine neuartige Kriegsberichterstattung. Um die Kampfkraft der eigenen Soldaten zu erhöhen, verbreiteten die Engländer und teilweise auch die Nordamerikaner zahlreiche Propagandaberichte über die angebliche Grausamkeit der Deutschen. Die Berichte von vermeintlich geschändeten Nonnen und Säuglingen mit abgehackten Händen in Belgien wurden von Historikern zwar nachträglich als eindeutige Lügen entlarvt, aber während des Ersten Weltkrieges glaubte fast jeder Engländer diese bösartigen Propagandageschichten, die fast täglich in den Zeitungen veröffentlicht wurden.
Die Greuelgeschichte vom kanadischen Soldaten, den die Deutschen angeblich an einem Scheunentor kreuzigten, bezeichnete der kanadische Kriegsminister Sir Sam Hughes später während einer Parlamentsrede als "glänzend geglücktes Garn", daß von ihm damals gebilligt wurde, um Kriegsfreiwillige anzuwerben (x063/490). Rachsucht, Gewinnstreben, gegenseitige Schmähungen und unwahre Propagandaberichte belasteten noch lange nach Kriegsende die Bemühungen um eine ehrliche Versöhnung und Völkerverständigung.
93 führende deutsche Wissenschaftler und Intellektuelle veröffentlichten im September 1914 ein Manifest gegen die einseitige Greuelpropaganda der Alliierten (x972/…): >>**Der Aufruf der 93 "An die Kulturwelt!"**
Wir als Vertreter deutscher Wissenschaft und Kunst erheben vor der gesamten Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands reine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten. Der eherne Mund der Ereignisse hat die Ausstreuung erdichteter deutscher Niederlagen widerlegt. Um so eifriger arbeitet man jetzt mit Entstellungen und Verdächtigungen. Gegen sie erheben wir laut unsere Stimme. Sie soll die Verkünderin der Wahrheit sein.
Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden. Dafür liegen der Welt die urkundlichen Beweise vor. Oft genug hat Wilhelm II. in den 26 Jahren seiner Regierung sich als Schirmherr des Weltfriedens erwiesen; oft genug haben selbst unsere Gegner dies anerkannt. Ja, dieser nämliche Kaiser, den sie jetzt einen Attila zu nennen wagen, ist jahrzehntelang wegen seiner unerschütterlichen Friedensliebe von ihnen verspottet worden. Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann.
Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. Nachweislich waren Frankreich und England zu ihrer Verletzung entschlossen. Nachweislich war Belgien damit einverstanden. Selbstvernichtung wäre es gewesen, ihnen nicht zuvorzukommen.
Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne daß die bitterste Notwehr es gebot. Denn wieder und immer wieder, allen Mahnungen zum Trotz, hat die Bevölkerung sie aus dem Hinterhalt beschossen, Verwundete verstümmelt, Ärzte bei der Ausübung ihres Samariterwerkes ermordet. Man kann nicht niederträchtiger fälschen, als wenn man die Verbrechen dieser Meuchelmörder verschweigt, um die gerechte Strafe, die sie erlitten haben, den Deutschen zum Verbrechen zu machen.
Es ist nicht wahr, daß unsere Truppen brutal gegen Löwen gewütet haben. An einer rasenden Einwohnerschaft, die sie im Quartier heimtückisch überfiel, haben sie durch Beschießung eines Teils der Stadt schweren Herzens Vergeltung üben müssen. Der größte Teil von Löwen ist

erhalten geblieben. Das berühmte Rathaus steht gänzlich unversehrt. Mit Selbstaufopferung haben unsere Soldaten es vor den Flammen bewahrt. - Sollten in diesem furchtbaren Kriege Kunstwerke zerstört worden sein oder noch zerstört werden, so würde jeder Deutsche es beklagen. Aber so wenig wir uns in der Liebe zur Kunst von irgend jemand übertreffen lassen, so entschieden lehnen wir es ab, die Erhaltung eines Kunstwerks mit einer deutschen Niederlage zu erkaufen.
Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegführung die Gesetze des Völkerrechts mißachtet. Sie kennt keine zuchtlose Grausamkeit. Im Osten aber tränkt das Blut der von russischen Horden hingeschlachteten Frauen und Kinder die Erde, und im Westen zerreißen Dumdumgeschosse unseren Kriegern die Brust. Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.
Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutze ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertelang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein zweites. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. Dieses Bewußtsein verbrüdert heute 70 Millionen Deutsche ohne Unterschied der Bildung, des Standes und der Partei.
Wir können die vergifteten Waffen der Lüge unseren Feinden nicht entwinden. Wir können nur in alle Welt hinausrufen, daß sie falsches Zeugnis ablegen wider uns. Euch, die Ihr uns kennt, die Ihr bisher gemeinsam mit uns den höchsten Besitz der Menschheit gehütet habt, Euch rufen wir zu:
Glaubt uns! Glaubt, daß wir diesen Kampf zu Ende kämpfen werden als ein Kulturvolk, dem das Vermächtnis eines Goethe, eines Beethoven, eines Kant ebenso heilig ist wie sein Herd und seine Scholle.
Dafür stehen wir Euch ein mit unserem Namen und mit unserer Ehre!<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Greuelpropaganda" (x051/225): >>Greuelpropaganda (-hetze, -märchen), Bezeichnung für bewußte Falschmeldungen über Verbrechen des Gegners im Krieg.
Im Prinzip schon immer ein Mittel der psychologischen Kriegführung, wurde Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg insbesondere auf alliierter Seite so massiert eingesetzt, daß die Glaubwürdigkeit erheblich litt und damit die beabsichtigte Wirkung ausblieb oder gar in das Gegenteil umschlug, wenn offenkundige Lügen entlarvt wurden.
Bekannteste Beispiele waren die Behauptung, deutsche Soldaten hätten – auf ausdrückliche und detaillierte Anweisung Kaiser Wilhelms II. – belgischen Kindern die Hände abgehackt, sie vergewaltigt und gefoltert, oder z.B. die Meldung des "Daily Telegraph" vom März 16, Österreicher hätten 700.000 Serben vergast (sic!).
Diese Greuelpropaganda sollte sich im Zweiten Weltkrieg als beste Tarnung der SS für den Völkermord der Endlösung erweisen. Noch im Sommer 44 weigerten sich höchste alliierte Stellen (u.a. J. Pehle, Direktor des US-Kriegskomitees für Flüchtlinge) mit Hinweis auf die Greuelpropaganda, Meldungen über Gaskammern in Auschwitz zu glauben. Verzweifelte Zeugen wie Gerstein stießen auf eine Mauer des Unglaubens, die durch die Ungeheuerlichkeit der Berichte nur stabiler wurde; deutsche Dementis waren wesentlich erfolgreicher. Die verhängnisvollen Folgen der Greuelpropaganda sind bis in die neonazistische Szene zu spüren (Auschwitzlüge).<<
Die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg
Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.
Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...
Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.
Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."
Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht.
Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.
Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.
Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<
Anstatt Frieden mit Rußland zu schließen, der damals durchaus möglich war, aber von der deutschen Heeresleitung abgelehnt wurde, gründeten die Mittelmächte am 5. November 1916 das Königreich Polen. Diese politisch und militärisch falsche und sinnlose Entscheidung führte zum Abbruch der deutsch-russischen Friedensverhandlungen, denn Rußland war nicht bereit, Polen aufzugeben.
Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.
Gleichzeitig ersuchte die deutsche Regierung den nordamerikanischen Präsidenten Thomas W. Wilson (1856-1924), einen allgemeinen Frieden zu vermitteln (x092/752): >>Der furchtbarste Krieg den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit 2 ½ Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Errungenschaften. ...
Deutschland und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. Sie haben über ihre an Zahl und Kriegsmaterial überlegenen Gegner gewaltige Erfolge errungen. ...
Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und politischen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber auch

von dem Wunsche beseelt, weiteres Blutvergießen zu verhüten, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. ...<<
Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.
Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt, strebte eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>… Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.
Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<
Die deutsche Reichsregierung informierte die USA am 31. Januar 1917 über den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges (ab 1. Februar 1917). Obwohl der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg ausdrücklich vor den Folgen eines unbeschränkten U-Boot-Krieges warnte, setzten sich die Befehlshaber der deutschen Kriegmarine und hauptsächlich General Ludendorff durch ("letzte Trumpfkarte").
Danach wurde ab 1. Februar 1917 jedes Schiff angegriffen, das sich der britischen und französischen Küste näherte. Die Rechnung der deutschen Heeresleitung ging jedoch nicht auf, denn nach der Versenkung mehrerer US-Handelsschiffe (Waffentransporter), führte der verhängnisvolle deutsche U-Boot-Krieg schließlich zum nordamerikanischen Kriegseintritt (6.04.1917).
Nordamerika griff in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein.
Präsident Wilson erklärte am 2. April 1917 während einer Rede vor dem US-Kongreß (x056/-137): >>... Der gegenwärtige deutsche U-Bootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit. ...
Unser Ziel ist es, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit gegen selbstsüchtige und autokratische Gewalt zu verteidigen. ...
Das Recht ist kostbarer als der Friede, und wir werden für die Dinge kämpfen, die unseren Herzen immer am nächsten waren - für die Demokratie, ... für die Rechte und Freiheiten kleiner Nationen, für eine weltumspannende Herrschaft des Rechts durch ein Konzert freier Völker, das Frieden und Sicherheit für alle bringen und schließlich die Welt selbst befreien wird. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/183-187): >>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den (besonders bedeutsamen) Brüdern Paul M. Warburg

(gest. 1924) und Felix M. Warburg (gest. 1938), der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand.
Das Bankhaus, im späten 19. Jahrhundert von jüdischen Einwanderern aus Deutschland gegründet, war mit seinen führenden Köpfen den (durchschnittlichen) Politikern weit überlegen, teilweise sogar hochgebildet, was besonders für die Warburgs gilt, die auch namhafte Vertreter des geistigen Lebens stellten, den Kunst- und Kulturhistoriker Aby Warburg, den Begründer der Warburg-Bibliothek (erst in Hamburg, seit 1933 in London); den Botaniker Otto Warburg; den Zellphysiker und Nobelpreisträger (1931) Otto Heinrich Warburg.
Die Bankiers des Kapitalkollektivs waren Großspekulanten, vielleicht ein bißchen "bescheidener" sogar als andere, aber sicher auch ein bißchen klüger und glücklicher. Im Schatten der Topfiguren des Metiers machten sie zunächst ihre Manöver, Transaktionen. Im dubiosen, undurchsichtigen Bereich des großen Geldes entwickelten sie Strategien, Spekulationen, verfolgten sie in den diversen Verzweigungen der Hochfinanz zwischen Risiko und Reiz, Verlockung und Gefahr, ihren Vorteil, schnappten die Beute und verschlangen sie.
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts rivalisierte Jakob H. Schiff, samt den Harrimans, mittels einer "berühmten" Aktienspekulation auf Eisenbahnen scharf mit dem "Finanzkönig" John Piermont Morgan I. Es wurde ein zwar unentschieden bleibender Fischzug, bei dem nur das breite Publikum verlor, aber Jakob H. Schiff hatte den Star aller Spekulanten beeindruckt. In künftigen Pokerrunden der Spitzenbanker rückten er und sein Kollektiv dem Riesen näher; bis 1917 der entscheidende Coup gelang, die dauernde Verbindung mit Morgan & Co., dem größten Finanzkonzern der Welt, wodurch man selbst einen Giganten wie Rockefeller mit der Standard Oil, die bisher größte globale Vermögensakkumulation, hinter sich ließ.
Trotz seiner gewaltigen Geldmacht war Morgan in der Vorkriegszeit, wie so viele, in zunehmende Schwierigkeiten geraten, in Prestigeverlust, vor allem durch das Fiasko einer Kartellierung diverser Eisenbahnunternehmen, das ungezählte Tausende um ihr Geld gebracht hatte, eine groß angelegte Gaunerei, für die jetzt der Kriegsausbruch in Europa verantwortlich gemacht worden ist. Auch sonst erwies sich das Gemetzel jenseits des Ozeans als großes Glück für den US-Geldhai, der als "offizieller Finanzagent der Alliierten" die Millionen nur so scheffelte.
Als aber die vermittelten Kredite bis auf eineinhalb Milliarden geklettert waren und die deutschen Kriegserfolge schwindelnde Summen in Rauch aufzulösen schienen, Morgan auch sonst Kummer hatte, u.a. über den Absatz von Eisenbahnaktien im Wert von 400 Millionen Dollar (schon der hl. Augustinus hatte beredt die von Sorgen gequälten Reichen geschildert - und den Armen die "arbeitsreiche Armut" empfohlen), da mußte Morgan handeln.
Er akzeptierte jetzt die Partnerschaft seines zähen Konkurrenten Kuhn, Loeb & Co., wobei Jakob H. Schiff zur Erreichung seines Zieles die eventuelle Finanzierung Deutschlands bei Wilson ins Spiel gebracht hatte und mit dem Präsidenten umgesprungen war "wie mit einer Figur auf dem Schachbrett". Und den nächsten Zug sozusagen machte dann Schiffs Partner Morgan oder, genauer, der von diesem für ein Jahressalär von 25.000 Dollar gekaufte amerikanische Gesandte in London, Walter Hines Page.
Der bestochene Diplomat schickte seinem Präsidenten am 5. März 1917, einen Monat vor der Kriegserklärung an Deutschland, aus London jene berüchtigte Depesche, worin er den Kriegseintritt der USA für unerläßlich hielt zur Rettung der Alliierten, des amerikanischen Geldes und der amerikanischen Wirtschaft; andernfalls folge der augenblickliche Zusammenbruch.
Nun verlangten seinerzeit die USA - die ja ohnedies das größte Geschäft, bei weitaus geringsten Verlusten, durch das allgemeine Schlachten machten und gerade dadurch zur Weltmacht aufstiegen (und England entthronten) - für ihre Hilfe noch einen ganz speziellen Preis. Und

dieser spezielle Preis, den man von Großbritannien für die amerikanische Kriegsbeteiligung forderte, bestand in der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina. Nach Absprache mit Chaim Weizmann, dem nachmaligen Staatspräsidenten Israels (1948-1952), sicherte der britische Außenminister Earl of Balfour ein "national home" in Palästina zu, wobei freilich alle politischen, rechtlichen, rassischen und religiösen Interessen der dortigen nichtjüdischen Bevölkerung strikt gewahrt werden sollten. Am 2. November 1917 wurde die Balfourdeklaration veröffentlicht.
Hinter diesem ganzen so folgenschweren Projekt aber standen Männer und Mächte, die zu den einflußreichsten Beratern des amerikanischen Präsidenten zählten. Eine so markante Figur etwa im Obersten Gericht wie Louis Dembitz Brandeis. Oder Amerikas früherer Botschafter in der Türkei, Henry A. Morgenthau.
Vor allem aber das Bankhaus Kuhn, Loeb und seine Partner, besonders der Finanzmagnat Bernard M. Baruch, an den zu erinnern auch in anderem Zusammenhang nützlich ist. ...
Der Wallstreet-Bankier Bernard M. Baruch gehörte zum Kreis der Partner des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. Er war zugleich aber mit dem "Kupferkönig" Guggenheim verbunden, dem Mitglied einer von St. Gallen nach den USA ausgewanderten jüdischen Familie. Und er war ein enger Freund und Berater Präsident Wilsons. Seit Amerikas Kriegseintritt leitete Baruch das Kriegsindustrieamt (War Industry Board) und war damit verantwortlich für alle wirtschaftlichen Leistungen der Kriegsindustrie, natürlich auch für den Kauf von Kriegsmaterial. Er hat von sich selbst gesagt, mehr Macht besessen zu haben als je eine Einzelpersönlichkeit in der Geschichte, und später vor dem Senat bekannt, daß 10 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sieges über Deutschland durch seine Hand gegangen seien.
Auch durch die Hände einiger, die ihn unterstützten.
Einiger Wirtschaftskapitäne beispielsweise, die stracks ihre Fabriken aufgaben, einstweilen sie ihrem Management überließen, um gleichfalls die Millionen und Milliarden durch ihre Finger gleiten zu lassen; sie zu verteilen für Arbeitskräfte, Aufträge, Dringlichkeitsunterstützungen. Alles aus purem Patriotismus, versteht sich, reinem Pflichtgefühl, edler Selbstlosigkeit, wie denn schon ihre Benennung sagte, "dollar a year men". Arbeiteten sie doch, man denke, für einen einzigen Dollar pro Jahr - und niemals dürfte eine geringere Bezahlung mehr eingebracht haben.
Nun war von kriegsentscheidender Bedeutung neben dem Stahl vor allem das Kupfer - im Zweiten Weltkrieg errechnete man, daß ein einziges Schlachtschiff 1.000 Tonnen Kupfer benötigte. Baruch aber hatte schon vor dem Kriegseintritt der USA ein Syndikat von Kupferproduzenten gebildet, dem drei Guggenheim angehörten, die gleichsam über das Kupferkönigtum der Welt fast allein geboten. Und so kauften die USA während des Ersten Weltkrieges von Kupferlieferanten durch Baruch, den Chef des Kriegsindustrieamtes und Schatzkanzler der Guggenheim, mehr als 660 Millionen Pfund Kupfer; zunächst, gegenüber den Gestehungskosten, für die Verkäufer mit hundert-, dann mit zweihundertprozentigem Gewinn.
Die Stahlerzeugung aber war durch raffinierte Transaktionen großenteils in den Besitz von Morgan & Co. gelangt und, zumal im Krieg, ebenfalls eine märchenhafte Geldquelle. Es ist klar, daß die US-Finanzgiganten gar kein Interesse an einer raschen Niederlage Deutschlands hatten. Je länger es blutete, desto mehr verdienten sie. In diesem Sinn animierte denn auch Morgans maßgeblicher Mann, Thomas Lamont, die Präsidenten der Wallstreet-Banken, den Krieg zu verlängern.
Eben damit war ihnen aber einer bereits zuvorgekommen: Jakob H. Schiff, dessen Interesse im Besonderen dem deutsch-russischen Konflikt galt. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten be-

stätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.
Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden.
Danach drohte Präsident Wilson mit der Kriegserklärung, falls der uneingeschränkte U-Boot-Krieg nicht eingestellt würde. Daraufhin gab Kanzler Bethmann-Hollweg im September 1915 nach. Aus Furcht vor Amerika wurde die Schlinge um den Hals der Briten gelockert.
Das aber scheint nach der Analyse von Robert O'Connel ein Fehler gewesen zu sein. Er hat 2001 gezeigt, daß die USA damals auf einen Kriegseintritt noch nicht vorbereitet waren, England hingegen, von der Zufuhr über See abgeschnitten, vor der Hungerkatastrophe stand. Bevor die USA wirksam hätten eingreifen können, wäre durch einen nachhaltigen Einsatz der Torpedowaffe London 1916 gezwungen gewesen, Frieden zu schließen, der dann auch den Eingriff Washingtons erübrigt hätte.
Die von O'Connel angenommenen innenpolitischen Voraussetzungen für einen maßvollen Verständigungsfrieden mit Deutschland auch durch Frankreich und Rußland – Rücktritt der Regierungen aufgrund von Unruhen im Lande - stehen auf schwachen Füßen, doch wenn wir die Annahmen akzeptieren, faszinieren die Folgen. Die Turbulenzen der anschließenden Jahrzehnte in Europa entfielen ...
Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.
Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsopfer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.
Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können – allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 18.04.2009) (x887/...): >>**Die Geheimnisse der "Lusitania"**
Wer wollte 1915 den Kriegseintritt der USA? - Weit mehr Munition an Bord - Das Rätsel der zweiten Explosion
Im Dezember 2008 wurde bei Tauchgängen am Wrack der "Lusitania" eine erhebliche Menge an Kriegsmunition gefunden, durch die nun ein neues Licht auf die Geschichte des Ersten Weltkriegs fällt.
Der britische Passagierdampfer "Lusitania" wurde am 7. Mai 1915 von einem deutschen U-Boot versenkt. Dabei kamen 128 US-amerikanische Passagiere um, was zu einer gigantischen Propagandakampagne führte und damit wesentlich zum (offiziellen) Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika auf britisch-französischer Seite beitrug. Durch dieses Eingreifen der USA wurde der Sieg der Westmächte gegen Deutschland überhaupt erst möglich.

Wie andere britische Schiffe auch transportierte die insgeheim militärisch ausgerüstete und verwendete "Lusitania" seit längerem illegal Rüstungsgüter aus den USA nach Großbritannien. Sie stellte daher ein kriegsrechtlich legitimes Angriffsziel für die deutsche Marine dar.
Der deutsche Angriff geschah, nachdem Berichte über die militärische Ladung durchgesickert waren. Er wurde vom deutschen Konsulat in New York landesweit in den USA annonciert, ja sogar allen Passagieren des Schiffs persönlich vor dem Auslaufen mitgeteilt und war daher allgemein bekannt. Dennoch nahmen über 1.000 Passagiere das Wagnis auf sich - vor allem ärmere Amerikaner, die speziell vor dieser Fahrt und auf Anregung des damaligen britischen Marineministers Winston Churchill mit ermäßigten Preisen gelockt worden waren.
Den angelsächsischen Politikern ging es bei dieser Fahrt bald weniger um die Verschiffung von dringend benötigtem Kriegsgut als um einen Vorwand für einen US-amerikanischen Kriegseintritt. Churchill hatte in Absprache mit der US-amerikanischen Kriegspartei den Geleitschutz für die "Lusitania" abgezogen und das Schiff gezielt weg von einer sicheren Route und in den Aktionsraum des deutschen U-Bootes U 20 gelenkt, um so seine gewünschte Versenkung herbeizuführen. Nach dem Untergang des Schiffs wurde dann sogar das britische Rettungsschiff, das sich bereits in Sichtweite der Schiffbrüchigen befand, von der Marine zurückbeordert, ohne einen einzigen Menschen zu retten.
Insgesamt kamen so 1.198 Menschen ums Leben, darunter Dutzende Prominente, was man nun der deutschen Kriegsführung anlastete. Die britischen und amerikanischen Kriegstreiber behaupteten nämlich trotz einschlägiger Ladungslisten, die "Lusitania" habe überhaupt keine Kriegsgüter geladen, so daß ihre Versenkung ein Kriegsverbrechen sei. Dieser Argumentation folgte bald auch der US-Präsident, wodurch der Erste Weltkrieg seinen für Deutschland tragischen Verlauf nahm.
Nach einer langen Vorlaufzeit ist es mittlerweile gelungen, die offiziell weiterhin umstrittene Natur der Ladung ein Stück weit aufzuklären. Der US-amerikanische Unterwasser-Archäologe und frühere Marinetaucher F. Gregg Bernis jr. hatte das Wrack zwischen 1968 und 1982 von einer britischen Kriegsrisiko-Versicherung erworben und sich seine Rechte in den folgenden 15 Jahren in umfangreichen Verfahren in den USA, Großbritannien und Irland juristisch bestätigen lassen. Versuche der irischen Regierung, das in ihren Hoheitsgewässern liegende Wrack kurz vor einer geplanten Tauchaktion Bernis' als vermeintliches "Nationalerbe" zu deklarieren und damit jede Betauchung zu verbieten, konnte Bernis 2007 nach langem gerichtlichen Tauziehen vereiteln.
Im Dezember 2008 konnte der mittlerweile über 80jährige Bernis erstmals durch die Behörden streng reglementierte Tauchgänge durchführen. Diese Rechte umfassen ausschließlich die Anfertigung von Bildern, wobei Bernis der einzige ist, der das Schiff mit seinen Händen berühren darf - und dabei immer zusammen mit ihm amtlich zugewiesenen irischen Archäologen vorgehen muß.
Bereits bei den ersten Tauchgängen wurden über 400 Millionen Patronen für britische Kriegswaffen allein in den Bereichen des Schiffes gefunden, die laut allen bisherigen Angaben völlig ladungsfrei waren. Im Gegensatz zu anderen Arealen, in denen laut Ladungspapieren - ungekühlt - Milchprodukte und sogar Austern für die britische Armee transportiert worden sein sollen, standen diese Teile des Schiffes bisher noch nicht einmal im Verdacht, Rüstungsgüter zu haben.
Die irischerseits festgestellten Versuche der britischen Marine in den 50er Jahren, das Schiff in illegalen Kommandoaktionen zu sprengen, haben also offenkundig nicht zum gewünschten Ziel geführt. Allerdings hätten sie den Schiffskörper, so irische Quellen, "zerlöchert wie einen Schweizer Käse". Zudem wurden das gesamte Wrack und seine Umgebung von der Royal Navy vermint, um eventuelle Tauchaktionen zu behindern.
Hauptziel von Bernis' Bemühungen bleibt allerdings die Klärung der Frage, was die von den

Überlebenden beschriebene zweite Explosion des Schiffes nach seinem Beschuß verursacht hat. Die Antwort ließe wohl weitere Rückschlüsse über den militärischen Wert der Ladung der "Lusitania" zu. Aller Wahrscheinlichkeit nach befanden sich nämlich neben der nun sozusagen zufällig gefundenen Munition auch erhebliche Mengen an für militärische Zwecke gedachten Sprengstoffen an Bord. Nach den Tauchgängen ist es offensichtlich, daß die "Lusitania" weit mehr Kriegsmaterial transportiert hat, als bislang gedacht wurde.
Die von der Reichsregierung vertretene Ansicht zur Art der Schiffsladung und damit zur Völkerrechtsmäßigkeit des Beschusses hat sich damit bereits jetzt als zutreffend erwiesen. Nach Bernis' Funden erscheinen in der US-amerikanischen und selbst in der britischen Presse vermehrt objektive Berichte zu den Vorgängen zu Beginn des Ersten Weltkriegs, die in der deutschen Zeitungslandschaft bisher freilich ohne Widerhall geblieben sind.<<

Das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918

US-Präsident Wilson warb am 27. September 1918 in einer Rede in New York für einen dauerhaften Frieden (x149/6): >>Wenn es wirklich und wahrhaftig das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und der Länder, die sie regieren, ist, durch die kommenden Regelungen ... einen sicheren und dauerhaften Frieden zu erzielen, wird es notwendig sein, daß alle ... bereit und gewillt sind, den Preis zu bezahlen, den einzigen Preis, der den Frieden herbeiführt ...
Dieser Preis ist unparteiische Gerechtigkeit in jedem Punkt der Regelungen, ganz gleich, wessen Interessen berührt werden, und ... die Zustimmung der einzelnen Völker, deren Schicksal betroffen ist.<<
Da die drohende Niederlage unabwendbar und die Fortführung des Krieges aussichtslos war, drängte die Oberste Heeresleitung den Kaiser und die deutsche Reichsregierung am 14. August 1918, Friedensverhandlungen einzuleiten (x099/44).
Kaiser Wilhelm II. erklärte danach am 14. August 1918 vor hohen Generälen und Beamten (x059/26): >>Der Krieg muß beendet werden! ...<<
Das Protokoll der Sitzung des Kronrats vom 14. August 1918 lautete wie folgt (x237/239): >>Der Reichskanzler ausführt die innere Lage. Stimmung kriegsmüde – Ernährung unzureichend, noch schlimmer Bekleidungsmangel, Wahlrechtsreform ...
Der Staatssekretär (Außenminister) äußert sich über die äußere Lage. Die Siegeszuversicht des Feindes und sein Kriegswille seien zur Zeit gehobener denn je.
Der Grund seien zum Teil die letzten militärischen Erfolge im Westen; der Hauptpunkt aber sei die ursprüngliche und stets zunehmende Überzeugung, daß die Alliierten mit ihren vergleichsweise unerschöpflichen Reserven an Menschen, Rohstoffen und Fabrikaten allein mit der Zeit die verbündeten Zentralmächte zerschmettern müßten. Nach Ansicht unserer Feinde arbeitet die Zeit für sie. ...
Verbündete: Österreich erklärt, ... daß es am Ende seiner Kräfte angelangt sei. ...
Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen. ...<<
Die deutsche Regierung berichtete über ein Telegramm der deutschen Heeresleitung vom 1. Oktober 1918 (x243/10): >>General Ludendorff bat, ... seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgehe.
Heute halte die Truppe, was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen. ...<<
Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) teilte der deutschen Regierung am 3. Oktober 1918 per Telegramm den bevorstehenden Zusammenbruch mit (x191/21-22): >>Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. September 1918, gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedenangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen

sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feind den Frieden aufzuzwingen.
Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.
Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.<<
Der letzte Reichskanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, unterbreitete in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1918 ein deutsches Waffenstillstandsangebot, auf der Grundlage des 14–Punkte-Programms, an US-Präsident Wilson (x243/12): >>Die deutsche Regierung ersucht den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. ...
Sie nimmt das von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in der Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen ... aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den Vierzehn-Punkte-Friedensplan (x051/606): >>Vierzehn-Punkte, aus 14 Punkten bestehendes Programm von US-Präsident Wilson zur Beendigung des Ersten Weltkrieges und zur Gestaltung einer zukünftigen Friedensordnung, am 8.1.18 im Kongreß verkündet:
Öffentliche Friedensverhandlungen und Abschaffung der Geheimdiplomatie;
Freiheit der Meere;
Freiheit des internationalen Handels;
Einschränkung der staatlichen Rüstungen und deren Garantie;
"unparteiische" Regelung der kolonialen Ansprüche;
Räumung Rußlands durch die Mittelmächte;
Wiederherstellung der Souveränität Belgiens;
Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich;
Festlegung der Grenzen Italiens nach dem nationalen Prinzip;
Autonomie für die Völker der Donaumonarchie;
Räumung Rumäniens, Serbiens und Montenegros durch die Mittelmächte;
Unabhängigkeit des türkischen Staates,
Autonomie für seine nichttürkischen Nationalitäten und Öffnung der Meerengen;
Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates;
Gründung eines Völkerbundes.
Bei den Friedensverhandlungen konnte sich Wilson gegen seine Verbündeten aber nicht durchsetzen; der Versailler Vertrag und die anderen Pariser Vorortverträge widersprachen in wesentlichen Teilen und dem Geist nach den Vierzehn Punkten.<<
Wilson dachte bei der "Zusicherung eines freien und sicheren Zugangs zum Meer" nur an "Wegerechte", während die polnischen Parteien die ehemaligen Grenzen von 1772 anstrebten (x041/71, x064/125).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" (x051/535): >>Selbstbestimmungsrecht der Völker, völkerrechtlicher Grundsatz, nach dem einerseits jeder Staat seine innere Organisationsform frei bestimmen kann und nach dem andererseits jedes Volk das Recht auf staatliche Verwirklichung hat.
Auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker gingen die Einigungsbewegungen des 19. Jahrhunderts zurück, das Selbstbestimmungsrecht sollte u.a. nach den Vierzehn Punkten des US-Präsidenten Wilson Grundlage der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg werden.
Die Chance war günstig, weil das dem Selbstbestimmungsrecht der Völker oft entgegenstehende Souveränitätsprinzip zumindest hinsichtlich der Verliererstaaten wenig wog. So wurden

die Vielvölkerstaaten Rußland, Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn konsequenterweise aufgelöst oder stark beschnitten, doch ließ sich das Selbstbestimmungsprinzip in der ethnischen Gemengelage v.a. Südosteuropas aus sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht ohne Kompromisse durchhalten, so daß neue Minderheiten entstanden.
Auch Interessen der Siegermächte standen einer durchgängigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechts entgegen: So mußte das Deutsche Reich zahlreiche Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung abtreten und die Abstimmungsgebiete wurden nicht immer gerecht abgegrenzt; Österreich verlor Südtirol zugunsten der dennoch unzufriedenen italienischen Siegermacht; das Sudetengebiet wurde zur Sicherung des neuen Staates der Tschechoslowakei zugeschlagen; der Anschluß Österreichs an Deutschland wurde untersagt usw.
Zwar versuchte man, durch Etablierung eines Rechts der Minderheiten auf Autonomie die programmierten Konflikte zu entschärfen, doch diskreditierte die gewaltsame Behandlung des Selbstbestimmungsrechts die Friedensverträge nachhaltig. Daher wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wirksamsten Argumente der Revisionspolitik, wie sie v.a. Hitler erfolgreich handhabte.
Nach Abschluß dieser ersten Phase seiner Außenpolitik, als das Selbstbestimmungsrecht die weitere Expansion behinderte, wurde es zu einem bloßen Recht auf Heimat ohne staatliche Option oder doch mit eingeschränkter Souveränität herabgestuft. Schließlich verschwand es ganz aus der deutschen politischen Argumentation. Auch die alliierte Antwort auf die so entstandenen neuen territorialen und ethnischen Probleme orientierte sich auf den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam nur begrenzt am Selbstbestimmungsrecht, das Entschädigungsregelungen und Sicherheitserwägungen behindert hätte.
Zwar beruft sich das Grundgesetz bei seinem Wiedervereinigungsgebot ebenso auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker wie die Vertriebenenverbände das Recht auf Heimat darin verankert sehen, doch konnten diese Forderungen bei der ganz anderen Machtkonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa nicht mehr die politische Sprengkraft entwickeln wie 1918. Das Selbstbestimmungsrecht wurde aber in der Nachkriegszeit Motor der Entkolonialisierung und fand Eingang in die UN-Charta.<<
US-Präsident Wilson lehnte am 8. Oktober 1918 das deutsche Waffenstillstandsangebot und jegliche Friedensverhandlungen ab (x243/12): >>... (Kein) Waffenstillstand ... solange die fremden Heere auf (fremdem) Boden stehen. ...<<
Trotz der ausweglosen militärischen Lage weigerte sich die deutsche Heeresleitung am 14. Oktober 1918, eine Kapitulation ohne verbindliche Zusagen abzuschließen.
Wilson forderte am 14. Oktober 1918, mit äußerster Schärfe gegen die Kriegsverursacher vorzugehen (x063/502): >>...Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht. ...<<
US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>(Der) Waffenstillstand (muß) ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...
Die ... Vereinigten Staaten (werden nur) ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<
Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wurde später als "Novemberverbrecher" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Ais-

ne) über die Waffenstillstandsbedingungen. Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.
Die deutsche Heeresleitung (Generalfeldmarschall von Hindenburg) telegrafierte am 10. November 1918 an die Deutsche Waffenstillstandskommission (x243/10): >>In den Waffenstillstandsbedingungen muß versucht werden, Erleichterungen ... zu erreichen. ... Gelingt Durchsetzung ... nicht, so wäre trotzdem abzuschließen. ... Flammenden Protest unter Berufung auf Wilson ... erheben. ...<<
Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x321/40-44): >>**Falsche Versprechungen**
Deutschland willigte nur in den Waffenstillstand ein, weil es sich auf die Zusagen des amerikanischen Präsidenten verließ, die in einem diplomatischen Notenwechsel gegeben worden waren.
… Zwei Pläne für die zukünftige Gestaltung der Welt machten sich den Platz streitig: die 14 Punkte des Präsidenten und der Karthago-Friede* Clemenceaus. …
* Anspielung auf die totale Zerstörung Karthagos durch das Römische Reich. …
Wilsons Erklärung
Am 5. November 1918 übermittelte der Präsident Deutschland die Antwort, die er von den mit ihm verbündeten Regierungen bekommen hatte, und fügte hinzu, daß Marschall Foch* bevollmächtigt worden sei, gehörig beglaubigten Vertretern die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.
In dieser Antwort "erklärten die verbündeten Regierungen mit den folgenden Einschränkungen ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung aufgrund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918 sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind". …
Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist klar und unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern".
Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge, denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen solle, die es wehrlos machen würden. Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen.
* Ferdinand Jean Marie Foch (1851-1929), Marschall von Frankreich im Ersten Weltkrieg. …
Die deutsche Antwort
Die deutschen Bemerkungen über den Friedensvertragsentwurf bestanden großenteils in einem Vergleich zwischen den Bedingungen des Abkommens, aufgrund dessen das deutsche Volk eingewilligt hatte, die Waffen niederzulegen, und den wirklichen Bestimmungen der Urkunde, die ihm dann zur Unterzeichnung vorgelegt wurde. Den deutschen Auslegern fiel es nicht schwer, zu zeigen, daß der Vertragsentwurf einen Bruch von Verpflichtungen und internationaler Sittlichkeit bedeute, der mit ihrer eigenen Schuld am Einfall in Belgien zu vergleichen sei. …

Der Vertrag bezweckte die systematische Vernichtung der deutschen Wirtschaft.
… Das Wirtschaftssystem Deutschlands vor dem Kriege beruhte auf drei Hauptfaktoren: I. seinem Überseehandel, verkörpert in seiner Handelsflotte, seinen Kolonien, seinen Auslandsanlagen, seiner Ausfuhr und den Überseeverbindungen seiner Kaufleute; II. der Ausbeutung seiner Kohle und seines Eisens und der darauf gegründeten Industrien; III. seinem Verkehrs- und Zollsystem. Von diesen Faktoren war der erste zwar nicht der wenigst wichtige, aber sicher der verwundbarste. Der Friedensvertrag bezweckt die systematische Vernichtung aller drei, vornehmlich jedoch der ersten beiden.<<
Der nordamerikanische Journalist Oswald G. Villard, der sich nach dem Waffenstillstand in Deutschland aufhielt, schrieb damals über die allgemeine Stimmung (x063/521-522): >>... Man hörte keine Haßgesänge, keine Revanchereden; weder Engländer noch Franzosen ... waren unbeliebt; Amerikaner wurden als die besten Freunde willkommen geheißen ...<<
Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft.
Die Deutschen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50 km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.
Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Vor allem für die deutschen Siedler in Ost- und Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" schon bald verheerend auswirken.
Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später z.B. 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Wilsons berühmtes "Vierzehn-Punkte-Programm" (x068/194-195): >>**Heil Wilson, dem Gerechten!**
Am 8. Januar 1918 gab Wilson in einer Rede vor dem Kongreß sein berühmtes Vierzehn-Punkte-Programm für den Frieden bekannt. Es enthielt die Forderung öffentlicher Verhandlungen ohne Geheimverträge, allgemeine Grundsätze wie Freiheit der Meere, Beschränkung der Rüstung, Aufhebung wirtschaftlicher Barrieren, unparteiische Lösung des Kolonialproblems sowie gerechte und maßvolle Regelung territorialer Fragen. Am 11. Februar ergänzte der Präsident dieses Programm durch die "Four Principles", am 27. September durch die "Five Particulars", die wieder große Allgemeinheiten brachten. Beides sollte den Abschluß eines Friedensvertrages mit den Mittelmächten begründen.
Bevor Deutschland 1918 aufgab, gelang es seiner Führung, den Waffenstillstandsvertrag ausdrücklich auf der Grundlage der 14 Punkte und der "Prinzipien" Wilsons abzuschließen, was auch Franzosen und Briten, mit drei unbedeutenden Einschränkungen akzeptierten.
Als Wilson am 5. Dezember 1918, labil, krank, doch hochgradig von sich überzeugt, an Bord des Riesendampfers George Washington unter Salutschüssen, begleitenden Flugzeugen das Flaggenmeer des New Yorker Hafens verließ, wartete Europa auf ihn wie auf einen Erlöser.

Wo immer er dann einzog, in Paris, London, in Rom, überall erlebte er sagenhafte Triumphe, Ovationen der Massen, die sich da und dort zu Adorationen (Anbetungen) steigerten, geradezu hysterische Formen annahmen. In Polen grüßten einander Gebildete mit dem Ruf "Wilson!" In Italien entzündeten Bauern Opferkerzen vor seinem Bild. Und als er am 14. Dezember 1918, von Volksmassen umjubelt, die Champs-Elysees entlang fährt, überspannt ein großes Spruchband die Straße: "Heil Wilson, dem Gerechten!"
Woodrow Wilson, der 13 für seine Glückszahl hielt, war am 13. Dezember 1918, einem Freitag, auf französischem Boden gelandet. Ob in guter, in böser Absicht, wer weiß es. Wer weiß, ob er mit seiner Friedensordnung die Mittelmächte von Anfang an getäuscht, bewußt in Sicherheit gewogen, ob er ihr Vertrauen in den zu schließenden Vertrag arglistig erschlichen hat. Nach außen zumindest tat er, als ginge es ihm nicht um Vernichtung, nicht einmal um Sieg, hielt er doch an seiner Formel "Frieden ohne Sieg" anscheinend fest, an den hehrsten Zielen, den höchsten Idealen Amerikas.
Tatsächlich aber trat er nicht mehr dafür ein, nachdem der Gegner gefallen war. Ganz bewußt hatte das Deutsche Reich sein Waffenstillstandsgesuch nicht an den Obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, sondern an den höchsten Repräsentanten der USA, der freilich in Paris jeder Kraftprobe, die er, wie die Dinge standen, hätte bestehen können und müssen, bald mehr und mehr aus dem Weg ging. ...<<
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote (x320/17): >>Das deutsche Drama nach dem Ersten Weltkrieg beginnt damit, daß US-Präsident Wilson der deutschen Seite noch während des Krieges einen Friedensschluß anbietet, den die Sieger später ignorieren.
Wilsons Friedensangebot - die sogenannten 14 Punkte - endet mit den Sätzen: "Wir sind nicht eifersüchtig auf die deutsche Größe, und es ist nichts in diesem Angebot, das sie verringert. ... Wir wünschen nicht, Deutschland zu verletzen oder in irgendeiner Weise seinen berechtigten Einfluß oder seine Macht zu hemmen. ... Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt, statt eines Platzes der Vorherrschaft."
Dem US-Angebot folgen außerdem fünf Notenwechsel zwischen Deutschland und den USA, in denen beide Seiten die 14 Punkte als verbindlich anerkennen. Sie hatten damit den Charakter eines Vorvertrags. Die einzige Abtrennung deutsch besiedelten Gebietes, die schon dort vereinbart wird, ist die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich. Mit der Zusicherung "Wir wünschen nur, daß Deutschland einen Platz der Gleichberechtigung unter den Völkern einnimmt" legt Deutschland seine Waffen nieder und beginnt, seine Truppen aufzulösen. …<<
Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber bleibt (x340/216-217): >>… Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgroßkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital.
Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.
Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen ge-

führt, die Fragen aufwerfen. …
Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.
Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.
Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut und Tränen unter.
Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche) - (x041/77, x056/319, x061/404).
Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen (Kampfhandlungen, Luftangriffe etc.) verschont (Ausnahme: Ostpreußen), aber die jahrelange Hungerblockade der Ententemächte verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Kriegsverluste des Ersten Weltkrieges (vom 19.08.1914 bis zum 11.11.1918)

Kriegsparteien, Truppenstärke, Gefallene, Verwundete und Gefangene des Ersten Weltkrieges (x041/60,77, x056/319, x061/404):

Kriegsparteien	**Truppen-stärke 1914**	**Truppen-stärke 1918**	**Gefallene**	**Verwun-dete**	**Kriegsge-fangene**
Deutsches Reich	4.500.000	11.000.000	1.809.000	4.247.000	618.000
Österreich-Ungarn	3.000.000	7.800.000	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Osmanisches Reich	-	2.800.000	325.000	400.000	.
Bulgarien	-	1.200.000	.	.	.
Mittelmächte	**7.500.000**	**22.800.000**	**3.334.000**	**8.267.000**	**2.818.000**
Rußland	5.970.000	12.000.000	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Frankreich	4.020.000	7.900.000	1.280.000	2.813.000	446.000
Französische Kolonien	-	600.000	105.000	231.000	.
Großbritannien	980.000	6.704.000	705.000	1.395.000	192.000
Britisches Weltreich	-	2.296.000	242.000	727.000	.
Serbien	200.000	700.000	360.000	.	.
Italien	-	5.500.000	460.000	947.000	530.000
Rumänien	-	750.000	250.000	.	.
USA	-	1.400.000	115.000	206.000	5.000
Ententemächte	**11.170.000**	**37.850.000**	**5.217.000**	**11.269.000**	**3.673.000**
Gesamt	**18.670.000**	**60.650.000**	**8.551.000**	**19.536.000**	**6.491.000**

Zusammenfassung des Ersten Weltkrieges

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo (seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert) bildete am 28. Juni 1914 den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Crna ruka" ("Schwarze Hand") bewußt den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde.

Da alle europäischen Staatsmänner irrtümlich von einem begrenzten Krieg (wie z.B. die Balkankriege von 1912 und 1913) ausgingen, und niemand bereit war, auf seine vermeintlichen Ansprüche zu verzichten, steuerte Europa und vor allem das eigentlich unbeteiligte Deutsche Reich unter "vollen Segeln" dem Untergang entgegen.

Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58). Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" wurden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb am 28. Juli 1914 an seine Frau (x307/706): >>... Alles treibt auf eine Katastrophe und Zusammenbruch zu. ... Ich bin interessiert, gerüstet und glücklich. ...<<

Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregregierung erstmalig (aber leider viel zu spät) mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten.
Bitte sich gegen Graf Berchtold (damaliger österreichisch-ungarischer Minister des Äußeren) sofort mit allem Nachdruck und großem Ernst aussprechen.<<
Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs am 30. Juli 1914 überraschend die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.
Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.
Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.
In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien. ...<<
Die britische Regierung lehnte am 30. Juli 1914 den deutschen Wunsch nach einer Neutralitätsgarantie ab (x175/113).
Kaiser Wilhelm II. erklärte am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und forderte Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wurde aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).
Der belgische Gesandte in Paris schrieb am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<
Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortete, schickte Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481). Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.
Die französische Regierung beantwortete am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482). Um 16.55 Uhr ordnete Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).
Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) ließ am 1. August 1914 ohne Genehmigung des britischen Kabinetts (nur mit Billigung des Premierministers) die britische Flotte mobilisieren (x307/691).
Der deutsche Reichskanzler beauftragte am 3. August 1914 den deutschen Botschafter in London (x056/317): >>Bitte (dem britischen Außenminister Edward Grey) zu sagen, daß, wenn wir zur Neutralitätsverletzung Belgiens schritten, wir dazu durch die Pflicht der Selbst-

erhaltung gezwungen würden ... Wir befänden uns in einer militärischen Zwangslage.
Die unselige russische Mobilmachung hätte uns, die wir bis dahin militärisch uns auf ... Defensivmaßregeln beschränkt hätten, plötzlich in Gefahr gesetzt, nachdem auch Frankreich schon vorher stark gerüstet hätte, von den Fluten von Ost und West verschlungen zu werden ...
Jetzt müßten wir, eingekeilt zwischen Ost und West, zu jedem Mittel greifen, um uns unserer Haut zu wehren.
Es liege keinerlei absichtliche Verletzung des Völkerrechts vor, sondern die Tat eines Menschen, der um sein Leben kämpft ... Rußland habe durch verbrecherisches Spielen mit dem Feuer (den Frieden zu erhalten) durchkreuzt ...<<
Wesentliche Kriegsgründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren:
1. Nationalitätenprobleme und weltweiter Imperialismus: Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hatten sich infolge der großen sozialen und wirtschaftliche Veränderungen dramatische Nationalitätenprobleme (Zeitalter des Nationalismus) und globale imperialistische Machtinteressen entwickelt, die man mit den damaligen politischen Mitteln und Gesellschaftsordnungen nicht mehr lösen konnte.
2. Der nordamerikanisch-deutsch-englisch-französische Kampf um die wirtschaftliche Vormachtstellung: Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.
3. Der verhängnisvolle Automatismus bzw. die Eigendynamik der Bündnissysteme erzwangen später zwangsläufig die Mobilmachungen und setzten die durchorganisierte Kriegsmaschine unaufhaltsam in Gang.
Der erste große Krieg des 20. Jahrhunderts wurde hauptsächlich durch ungeheure Materialschlachten, Schützengräben, Stacheldrahtverhaue, endlose Artillerie- und Handgranatengefechte, blutige Nahkämpfe sowie durch den erstmaligen Großeinsatz von Massenheeren, Giftgas, Minen, Maschinengewehren, Flammenwerfern, Panzern, Kampfflugzeugen und U-Booten geprägt.
Den "Mittelmächten", Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich (ab Oktober 1914) und Bulgarien (ab Oktober 1915), mit rd. 155 Millionen Einwohnern, standen die "Ententemächte", 30 Länder mit rd. 1.365 Millionen Einwohnern, gegenüber (x038/1.915/1.916).
Weder Österreich-Ungarn noch das Deutsche Reich (Heeresstärke 1913 = 662.000 Soldaten) waren militärisch und wirtschaftlich auf einen längeren Krieg vorbereitet. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn besaßen höchstens Lebensmittelvorräte für 1 Jahr und wurden nach dem Kriegsbeginn schnell von kriegswichtigen Rohstoffen abgeschnitten.
Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen. Das Deutsche Reich mußte vom Kriegsausbruch bis zum Ende die militärische Hauptlast des Krieges tragen. Österreich-Ungarn konnte sich vielfach nicht auf seine Truppen verlassen, die aus vielen Völkerschaften bestanden. Auch die Türken und Bulgaren waren ständig auf deutsche Unterstützung angewiesen. Die deutschen Truppen waren zwar stärker als jeder einzelne europäische Gegner, aber trotz der Allianz mit den Mittelmächten viel zu schwach, um alle Feinde gleichzeitig zu schlagen.
Während die britischen und französischen Armeen der politischen Führung unterstellt wurden, gab es im Deutschen Reich keine einheitliche Führung. Kaiser Wilhelm II., der zwischen den Politikern und der deutschen Heeresleitung vermitteln sollte, scheiterte.
Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.
Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...
Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand (Friedensnobelpreis 1926) am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren." ...
Dazu paßt, daß bereits damals in der Mitte des Krieges, der US-Handel mit den Mittelmächten gegenüber 1914 auf weniger als ein Drittel gesunken, der mit den Alliierten aber um das Vierfache gestiegen ist, von 800 Millionen auf 3 Milliarden Dollar.
Ganz klar, daß Deutschland sich gegen die enormen amerikanischen Lieferungen an seine Kriegsgegner wehren muß. Es erklärt im Februar 1915 die See um Großbritannien und Irland als Kriegsgebiet und kündigt die Versenkung feindlicher Handelschiffe an. Bald darauf werden amerikanische Reisende durch Deutschland in einer New Yorker Zeitung ausdrücklich vor Fahrten in britischen Gewässern gewarnt.
Die USA verstehen dies als eine Verletzung der Neutralität – aber natürlich nicht ihre Kriegslieferungen an Deutschlands Gegner. Und nachdem bis März 1917 deutsche U-Boote 5 US-Schiffe versenkt haben, betreibt Wilson im Kongreß die Kriegserklärung an Deutschland.<<
Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.
Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.
Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger die Friedensresolution des Reichstages (1917). Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.
Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte" (Oktober 1918).<<
Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen (vor allem Panzer), Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Mu-

nitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.
Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Rolle der USA während des Ersten Weltkrieges (x283/202-203): >>... Schon die Versenkung der britischen Lusitania am 7. Mai 1915 – sie hatte Passagiere und, wie die seit 1986 einsehbaren Ladelisten bestätigen, Munition für England an Bord – durch ein deutsches U-Boot ließ die deutschfeindliche Stimmung hochkochen, die seit Kriegsbeginn in den Staaten vorherrschte.
Der Propaganda-Effekt der Lusitania-Episode war enorm. Der aus Kursänderungsbefehlen abgeleitete Verdacht, daß die britische Admiralität die Versenkung bewußt in Kauf genommen, vielleicht sogar provoziert hat, um Deutschland in der Welt anzuprangern, wird dadurch genährt, daß die Unterlagen im British Naval Intelligence Department noch immer geheimgehalten werden. ...
Ohne die massive moralische, materielle und zuletzt auch militärische Unterstützung der Entente durch Washington wäre es vermutlich so wie mit den Russen im Osten bei Brest-Litowsk auch mit den Gegnern im Westen nach der Schlacht um Verdun zu einem Erschöpfungsfrieden gekommen.
Das im Dezember 1916 unterbreitete Friedensangebot von Bethmann-Hollweg wäre angenommen worden – so meinte jedenfalls später Churchill. Man hätte im wesentlichen die Vorkriegslage wiederhergestellt, aber einräumen müssen, daß die Kriegsopfer nichts gebracht haben. Die Verluste durch eine Fortsetzung des Krieges, Versailles und alle Folgen wären unterblieben. Dies erfordert allerdings die Zusatzannahme, daß jenes Patt die Entscheidung nicht einfach vertagt hätte, die 1914 gesucht worden war. Ein erneuter Ausbruch des Konfliktes wäre denkbar, so wie er 1939 ja tatsächlich stattgefunden hat.
Aber auch eine günstigere Folge jenes damals möglichen aber unterbliebenen Friedens kommt in Frage. Deutschland hätte eine konstitutionelle Monarchie bleiben können – allerdings mit der unter Max von Baden 1918 durch den Krieg bewirkten, im Frieden wohl verzögerten Parlamentarisierung. Die Aussichten der Donaumonarchie wären weniger günstig gewesen. sie hätte sich nach englischem Beispiel in ein Commonwealth verwandeln müssen. ...<<
Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.
Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.
Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.
Nach dem Waffenstillstand bekam die deutsche Bevölkerung nur noch eine tägliche Nahrungsmittelzuteilung von etwa 1.000 Kalorien (obgleich der tägliche Mindestbedarf eines Erwachsenen damals etwa 2.600 bis 3.000 Kalorien betrug). Die nach den langen Kriegsjahren ausgehungerte deutsche Bevölkerung streckte damals z.B. das Brot, indem man Getreide- und

Holzmehl vermischte.
Im Verlauf der "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919, die eindeutig gegen die Grundsätze des Völkerrechts verstieß, verhungerten etwa 300.000 deutsche Zivilisten (x063/521), bis die Siegermächte ihren sogenannten "Friedensplan von Versailles" schließlich durchsetzen konnten. In den anderen "Mittelmächten" starben ebenfalls Tausende den Hungertod.
Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.
Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.
Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<
Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.
Die Friedensbedingungen (so war vereinbart) sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".
Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.
Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<
General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<
Schlußbemerkungen: Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.
Die europäischen Kriegsparteien hätten sich ohne die materielle und militärische Unterstützung der Entente durch die USA notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen. Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.
Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte kein gewaltsames Ende des Zarentums, keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.
Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.
Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.
Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.
Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.
Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.
Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.
Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es ebenfalls nicht gegeben.
Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Der "Frieden" von Versailles

> Das meiste auf das wir aus waren, ist uns zugefallen. Die deutschen Kriegsschiffe sind ausgeliefert, die deutschen Handelsschiffe sind abgeliefert, die deutschen Kolonien haben aufgehört zu sein, der eine unserer Hauptbewerber im Handel ist zum Krüppel geschlagen.
> *David Lloyd George (1863-1945, englischer Politiker)*

"Friedensverhandlungen"
Der französische Marschall Ferdinand Foch (1851-1929, Oberbefehlshaber der alliierten Heere, schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...
Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<
Am 18. Januar 1919 wurden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt wurden, nahmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällte schließlich nur der "Rat der Großen Vier" (der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando) bzw. der "Rat der Großen Drei" (ohne Orlando).
Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien) und Sowjet-Rußland schloß man von allen Verhandlungen aus.
Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die interna-

tionalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. …<<

Winston S. Churchill (1874-1965, seit 1911 britischer Marineminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x069/122, x320/19): >>... Dahin waren die Tage von Utrecht und Wien, wo aristokratische Staatsmänner und Diplomaten, Sieger und Besiegte ohne Unterschied in höflicher und höfischer Disputation zusammenkamen, um fern und frei vom Lärm und sprachverwirrenden Geschrei der Demokratie die starken Systeme neu zu schaffen, über deren Grundlage sie alle eines Sinnes waren.

Diesmal umstanden die Völker in vielen Millionen den Konferenztisch und verlangten volle und ungeschmälerte Vergeltung. Wehe den Führern, wenn sie auf der schwindelnden Höhe des Triumphs am Verhandlungstisch verspielten, was die Soldaten auf hundert blutgetränkten Schlachtfeldern gewonnen hatten! …<<

>>… Die wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages waren so bösartig und töricht, daß sie offensichtlich jede Wirkung verloren. Deutschland wurde dazu verurteilt, unsinnig hohe Reparationen zu leisten.<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Die Friedensbedingungen erscheinen unsagbar hart und demütigend, während viele von ihnen mir unerfüllbar erscheinen.<<

Ein nordamerikanischer Konferenzteilnehmer berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x243/12): >>Der Präsident (Wilson) hatte die Ärmel hochgekrempelt. Es gab keinen, dem er Vertrauen durfte. ... Als erstes begann er ein zähes Ringen um die Minderung der französischen Forderungen nach dem linken Rheinufer, einer rheinischen Republik und nach den Kohlengruben der Saar.

Keiner dieser Ansprüche ließ sich mit der in den Vierzehn Punkten enthaltenen Zusicherung von der Selbstbestimmung in Einklang bringen. Ende März gipfelte die Konferenz in einem persönlichen Streit mit Clemenceau. ...

(Nach einer Erkrankung Wilsons, 10 Tage später).

Er (Wilson) bewilligt Frankreich die Saar und das linke Rheinufer. ... Er stimmt der Forderung nach unbegrenzten Reparationszahlungen Deutschlands zu. ...

In den Staaten sind die Mitglieder des Senats und ... (das) Komitee für auswärtige Fragen empört, weil niemand daran gedacht hatte, ihnen den offiziellen Wortlaut (des Vertrages) zugehen zu lassen. Sie müssen die Einzelheiten aus den Zeitungen entnehmen. Die weiterblickenden Amerikaner in Paris nehmen den Vertrag beinahe mit der gleichen Bestürzung auf wie die Deutschen. ...<<

Durch die nordamerikanische Intervention in Westeuropa und nach der bolschewistischen Revolution in Osteuropa wurde spätestens im Jahre 1917 ein neues Zeitalter der Ideologien eröffnet: "Mission gegen Mission" - "Macht gegen Macht".

Nordamerika war zwar schon seit der Jahrhundertwende eine Wirtschafts- und Militärweltmacht, aber politisch waren die Vereinigten Staaten von Amerika alles andere als eine Supermacht. Im Jahre 1909 verfügte das US-Außenministerium lediglich über 35 Beamte, die mit den äußerst schwierigen europäischen Verhältnissen meistens überhaupt nicht vertraut waren (x041/178).

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über US-Präsident Wilson (x340/112): >>… Manchen der führenden deutschen Verantwortlichen dürfte bekannt gewesen sein, daß US-Präsident nichts

anderes war als ein willfähriger Interessenvertreter der Wall-Street-Banken, besonders aber von J. P. Morgan.
Schon 1912 hatte der Geldadel Wilsons Wahlkampfhauptquartier gestellt; mehr als zwei Drittel seiner Wahlkampfmittel stammten direkt von den Finanziers der Wall Street.
Man hatte sicherheitshalber dafür gesorgt, daß sich Wilson als Graue Eminenz den Vertrauensmann der Banker und überzeugten Deutschenfeind Edward Mandel House als erste Hand zur Seite stellte. "Colonel" House kontrollierte jeden Schritt Wilsons, so daß die Regierungsgewalt in Amerika Zug um Zug in die Hände der Investmentbanker um J. P. Morgan fiel.
Für diese Leute wäre ein 1918 durchaus möglicher Ausgleichsfrieden zwischen Deutschland und den Alliierten gleichbedeutend mit dem eigenen Ruin gewesen. …
Deutschland wäre in diesem Fall zwar wirtschaftlich geschwächt gewesen, England aber bankrott und die amerikanische Wirtschaft in einer Depression; ganz davon abgesehen, daß Deutschland seine der angloamerikanischen Elite verhaßte Führungsposition in Europa behalten hätte. Genau darum ging es! Man wollte ungestört herrschen und Geschäfte machen.
Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger bestätigte in der *Welt am Sonntag* vom 13. November 1994: "Letztlich wurden zwei Weltkriege geführt, um eine dominante Rolle Deutschlands zu verhindern." …<<
Der damalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti (1868-1953) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x320/19): >>Noch niemals ist ein ernstlicher und dauerhafter Friede auf die Ausplünderung, die Quälerei und den Ruin eines besiegten Volkes gegründet worden. …<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Pariser Vorortverträge" (x051/436): >>Pariser Vorortverträge, die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg beendeten, ausgehandelt auf der am 18.1.19 eröffneten Friedenskonferenz in Paris (Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten) und unterzeichnet in verschiedenen Pariser Vororten: der Vertrag mit dem Deutschen Reich am 28.6.19 in Versailles (Versailler Vertrag), der mit Österreich am 10.9.19 in Saint-Germain-en-Laye, mit Bulgarien am 27.11.19 in Neuilly-sur-Seine, mit Ungarn am 4.6.20 im Palais "Grand Trianon" (in Versailles) und mit der Türkei am 10.8.20 in Sèvres.
Österreich mußte u.a. Südtirol, Istrien und Triest an Italien, Dalmatien, Teile von Kärnten und Krain an Jugoslawien abtreten, die Selbständigkeit Ungarns, der Tschechoslowakei, Polens und Jugoslawiens anerkennen; der Anschluß an das Deutsche Reich wurde verboten. Auch Ungarn, Bulgarien und v.a. die Türkei verloren Gebiete.
Neben Rüstungsbeschränkungen für die genannten Staaten enthielten die Pariser Vorortverträge Bestimmungen über die Gründung des Völkerbundes, die Leistung von Reparationen und die Strafverfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher.
Die USA, die die Pariser Vorortverträge nicht ratifizierten, schlossen später mit dem Deutschen Reich (1921), Österreich (1921), Ungarn (1921) und der Türkei (1923) gesonderte Friedensverträge.<<
Der deutsche Historiker Jost Dülffer schrieb später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x106/7): >>... Nach dem Ersten Weltkrieg fing es an, und Georg Kennans Kennzeichnung, er sei die "Urkatastrophe" unseres Jahrhunderts gewesen, trifft den Kern. Hier entluden sich lange aufgestaute innergesellschaftliche Spannungen und zwischenstaatliche Konflikte in einem neuartigen Massenmorden. Er wurde aber auch deswegen als "Krieg, der alle Kriege beenden sollte" (H. G. Wells) proklamiert, und genau das erwies sich als schwierig.
Gewiß gingen die Friedensmacher nach Kriegsende mit der Absicht ans Werk, eine dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Aber sie scheiterten damit in längerer Sicht.
Der Keim dazu, der den Zweiten Weltkrieg brachte, war in der Saat des Friedensvertrages von Versailles 1919 bereits enthalten. Man hat den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow

Wilson, den britischen Premierminister David Lloyd George und den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau heftig gescholten, hat gesagt, ihnen sei die Kunst des Friedensschlusses abhanden gekommen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/195-196): >>... Mündliche Auseinandersetzungen wurden den Deutschen verweigert, ihre schriftlichen Gegenvorschläge weitgehend abgelehnt. Wilson hatte wenigstens Verhandlungen im vollen Licht der Öffentlichkeit zugesagt – gleich der erste seiner 14 Punkte. ...

Entschieden aber wurde im geheimen Komitee der fünf Großmächte, gewöhnlich durch ihre Regierungschefs und Außenminister. Als sich Japan zurückzog, konferierten im Rat der Vier nur noch Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando, wobei die letzten Entscheidungen zwischen Wilson und Clemenceau gefällt worden sind. ...

Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent.

Im übrigen aber machte Wilson Franzosen und Briten eine Konzession nach der anderen. Er war mit der Beschlagnahme des deutschen Auslandsguthabens (rund 10 Milliarden Goldmark) ebenso einverstanden wie mit der Überführung der saarländischen Kohlenbergwerke in französisches Eigentum. Und er billigte auch die Ausdehnung der deutschen Wiedergutmachungsverpflichtung von den zivilen Schäden auf alle Kriegskosten, was die dem Waffenstillstand vorangegangenen Vereinbarungen eindeutig verletzte.

Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über Wilsons Friedensangebote und die Versailler Friedensverhandlungen (x320/17-18): >>**Die Konferenz**

Es kommt zum Waffenstillstand und der Konferenz von Versailles, die in fataler Weise Geschichte schreiben wird. Die Versammlung leitet der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der die 14 Wilson-Punkte nicht anerkennt und die deutsche und die österreichische Konferenzdelegation von den Verhandlungen ausschließt. So verhandeln Briten, Franzosen, Amerikaner, Belgier, Polen und weitere 22 Siegerstaaten geschlossen unter sich. Sie beschließen die Abtrennung deutscher Gebiete und die Geld- und Sachreparationen, die Deutschland an sie abtreten, zahlen oder leisten soll. Sie legen die nach Versailles benannte Nachkriegsordnung für Europa zu alleinigen Lasten der Besiegten fest.

Am 7. Mai 1919 werden die von den 27 Siegerstaaten festgelegten Bedingungen erstmals der deutschen Delegation eröffnet. Clemenceau überreicht sie mit den Worten: "Die Stunde der Abrechnung ist da." Die Bitte der deutschen Delegation, den "Vertrag", den sie nun unterschreiben soll, vorher verhandeln zu können, wird abgelehnt. Um dem Ausmaß ihrer Forderungen den Anschein von Berechtigung zu geben, versteigen sich die Sieger darauf, Deutschland und seinen Kriegsverbündeten die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zuzuschreiben.

Der Vertrag verlangt von Deutschland eine große Zahl an Land- und Bevölkerungsabtretungen: das zu 88 Prozent deutschsprachige Elsaß-Lothringen an Frankreich, die Provinzen Posen, fast das ganze, zu 70 Prozent deutschsprachige Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet an Polen, das Memelgebiet an den Völkerbund, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, Nordschleswig an Dänemark, das Gebiet um die Städte Eupen und Mal-

medy an Belgien sowie Danzig und Umland als Freistaat unter die Hoheit des Völkerbundes. Der Vertrag stellt außerdem das Saargebiet für 15 Jahre unter Frankreichs Herrschaft.
Mehr als die Landverluste schmerzen die erzwungenen Bevölkerungsabtretungen. Die Ausgliederung von sieben Millionen Menschen aus dem Deutschen Reich und die Grenzen neuer Staaten trennen Millionen von Familien auf unbestimmte Dauer. Mit dem Vertrag verliert Deutschland seine Kolonien, zumeist an England. Die Streitkräfte werden auf 100.000 Mann im Heer und 15.000 in der Marine reduziert.
Das Deutsche Reich muß den größten Teil der Handelsflotte und seiner Goldreserven an die Sieger übergeben, dazu einen Großteil seiner jährlichen Eisenerz- und Kohleförderung, Unmengen von Nutzvieh sowie Landwirtschaftsmaschinen, 150.000 Eisenbahnwaggons und viele tausend Lokomotiven und Lastkraftwagen. Das gesamte private Auslandsvermögen und unzählige Industriepatente werden konfisziert. Die Geldzahlungen sind exorbitant und über 70 Jahre zu begleichen.
Deutschland wird diese, wie sich später zeigen wird, nie in voller Höhe zahlen können. …<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen des deutschen Politikers Matthias Erzberger (x878/...): >>"**Matthias Erzberger (1875-1921). Außenpolitiker und Reichsfinanzminister"**
... Hatte doch US-Präsident Wilson im letzten seiner 14 Punkte zum Friedensprogramm vom 8. Januar 1918 die Errichtung eines Völkerbundes gefordert. ...
Es kam anders, wie man im Nachhinein weiß. Die Alliierten hörten niemand an und ließen keinerlei Argumente gelten. Der Waffenstillstand, dem - um das zu wiederholen, die Oberste Heeresleitung zustimmte, um dann den Anschein zu erwecken, als hätte sie mit der Sache nichts zu tun - hatte aus der Sicht der Alliierten vor allem den Zweck, ein deutsches Aufbegehren, einen erneuten Widerstand nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen zu verhindern. Das wurde mit dem Waffenstillstand ohne Kompromisse durchgesetzt.
Wieder hatte man das Beispiel Frankreich vor Augen, wo nach der Niederlage Napoleons III 1870 die junge französische Republik den militärischen Widerstand neu organisierte und kraftvoll wieder aufnahm. Deutschland hingegen wurde nach 1918 völlig wehrlos gemacht.
Diese Vorgeschichte muß kennen, wer die Rolle Erzbergers als treibende Kraft für die Annahme der Versailler Friedensbedingungen verstehen will. Erzberger hatte in Compiègne schmerzlich erfahren müssen, daß die Entente-Mächte keinerlei echte Verhandlungen zuließen. Der Waffenstillstand war ein einseitiges Diktat. Beim Versailler Frieden war es genauso. Die deutsche Delegation, die zu Verhandlungen erst gar nicht zugelassen wurde, wurde außerhalb von Versailles festgehalten und festgesetzt - hinter Stacheldraht! Erzberger hatte in Compiègne eine entscheidende Erfahrung mit der Entente gemacht. Die Entente war nicht bereit, Deutschland einen maßvollen Frieden zu gewähren, wie etwa Frankreich 1815.
Ein maßvoller Frieden wäre theoretisch die eine Möglichkeit gewesen. Aber Deutschland, das im Krieg 4 Jahre lang gegen den Rest Europas standgehalten hatte und erst durch das Eintreten der außereuropäischen Macht USA niedergerungen werden konnte, war schlicht zu mächtig. Das europäische Gleichgewicht war nachhaltig gestört.
Dieses geballte Potential mitten in Europa mußte aus Sicht der Entente-Mächte (und Rußlands bis 1917) irgendwie entschärft, der Kraftklotz gebändigt werden. Ein Verständigungsfrieden hätte aus Sicht der Entente tendenziell eine deutsche Hegemonie in Europa bedeutet. Das wollten weder Frankreich noch England - unter gar keinen Umständen.
Die andere Möglichkeit war, Deutschland so zu schwächen, daß es auf absehbare Zeit kein entscheidender Machtfaktor mehr werden konnte. Das konnte am besten durch eine Teilung des Deutschen Reiches erreicht werden, das ja erst knapp ein halbes Jahrhundert zuvor geschaffen worden war. Die Teilung war die politische Logik, eigentlich Notwendigkeit, wenn

ein Verständigungsfrieden nicht möglich war. Das hat mit politischer Moral, angeblicher Bösartigkeit der Deutschen, Kriegslüsternheit und Militarismus, deutscher Kriegsschuld etc. überhaupt nichts zu tun.
Wie wir heute wissen, gab es solche Teilungspläne bei den Entente-Mächten. (Verwirklicht wurden sie dann nach dem 2. Weltkrieg mit dem insgeheimen Einverständnis der europäischen Mächte. Man denke nur an den Widerstand von Frau Thatcher und anderer gegen die Wiedervereinigung 1990!) ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 17.01.2009) über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>**Keim des Zweiten Weltkriegs**
Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz
Nachdem die Mittelmächte im November 1918 ihre Kriegsgegner um Waffenstillstand und Frieden gebeten hatten, trat am 18. Januar 1919 in Paris eine Friedenskonferenz zusammen. 32 Staaten, die sich als Sieger fühlten, kamen zusammen, um ihre Forderungen nach Reparationen und wohl auch Kriegsbeute gegen die unglücklichen Verlierer zu beraten. Die Verliererstaaten, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, waren zu den Beratungen nicht zugelassen, weswegen man auch von einer Konferenz der Siegermächte statt von einer Friedenskonferenz sprechen könnte.
Die Ergebnisse sollten den Verlierern später diktiert werden. Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:
1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer. Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen.
Daneben standen noch die Einzelinteressen der "Siegermächte".
Großbritannien wollte die deutsche Handels- und Kriegsflotte liquidieren. Es wollte allerdings auch keinesfalls eine französische gegen die so mühsam beseitigte deutsche Festlandsdominanz eintauschen. Die britischen Kriegsschulden in den USA wollte man auf Deutschland abwälzen.
Frankreich stand hier im Gegensatz zu Großbritannien, weil es genau die 1814/1815 beziehungsweise 1871 verlorene Festlandsdominanz zurückerwerben wollte. Gleich England wollte man die französischen Kriegsschulden in den USA an Deutschland "weiterreichen". ...
Einigkeit konnten die Alliierten bald über die finanziellen Forderungen erzielen. Die Summe der Forderungen wurde immer weiter angehoben, um alle zu befriedigen.<<
Bekanntgabe der "Friedensbedingungen"
Ende April 1919 empfing Clemenceau die deutsche Friedensdelegation erstmals im Verhandlungssaal in Versailles (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!
Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.
Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn

Ihnen zu gewähren. ... (Wir sind aber einmütig entschlossen), sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechtigte Genugtuung zu erlangen. ...<<

Am 7. Mai 1919 übergab Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x069/119): >>Die Stunde der Abrechnung ist gekommen. Sie haben uns den Krieg aufgezwungen - wir werden dafür sorgen, daß kein zweiter Krieg mehr entstehen kann. ...<<

Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928, von Ende 1922-28 Botschafter in Moskau), Sprecher der deutschen Delegation, antwortete daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgegenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.

Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

Reichsminister Erzberger erklärte am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<

Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnte die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

Ministerpräsident Scheidemann erklärte im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/-780): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" veröffentlichte später (am 28. Juni 2009) den vollständigen Text der Rede, die der Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD) als "Erklärung der Regierung über die Friedensbedingungen" vor der 39. Sitzung der Deutschen Nationalversammlung in der Neuen Aula der Universität Berlin am 12. Mai 1919 hielt. In den Protokollen der Nationalversammlung trägt jene Sitzung den Namen "Kundgebung gegen den Gewaltfrieden": >>**Dieser Vertrag ist unannehmbar!"**

von Philipp Scheidemann

Meine Damen und Herren! Die Deutsche Nationalversammlung ist heute zusammengetreten, um am Wendepunkte im Dasein unseres Volkes gemeinsam mit der Reichsregierung Stellung zu nehmen zu dem, was unsere Gegner Friedensbedingungen nennen.

In fremden Räumen, in einem Notquartier, in dem wir allerdings soeben herzlich willkommen geheißen wurden, hat sich die Vertretung der Nation zusammengefunden, wie eine letzte Schar Getreuer sich zusammenschließt, wenn das Vaterland in höchster Gefahr ist.

Alle sind erschienen bis auf die Elsaß-Lothringer, denen man das Recht, hier vertreten zu sein, jetzt schon ebenso genommen hat, wie ihnen das Recht genommen werden soll, in freier Abstimmung ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Wenn ich in Ihren Reihen Kopf an Kopf die Vertreter aller deutschen Stämme und Länder sehe, die Erwählten vom Rheinland, vom Saargebiet, von Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, von Danzig und Memel, neben den Abgeordneten der unbedrohten die Männer aus den bedrohten Ländern und Provinzen, die, wenn der Wille unserer Gegner zum Gesetz wird, zum letzten Male als Deutsche unter Deutschen tagen sollen, dann weiß ich mich von Herzen eins mit Ihnen in der Schwere und Weihe dieser Stunde, über der nur ein Gebot stehen darf: Wir gehören zusammen! (*Lebhaftes Bravo!*)

Wir müssen beieinander bleiben. (*Erneuter lebhafter Beifall*) Wir sind ein Fleisch und ein Blut, und wer uns zu trennen versucht, der schneidet mit mörderischem Messer in den lebendigen Leib des deutschen Volkes. (*Wiederholter stürmischer Beifall*) Unser Volk am Leben zu erhalten, das ist unsere höchste Pflicht.
Wir jagen keinen nationalistischen Traumbildern nach; keine Prestigefrage und kein Machthunger haben Anteil an unseren Beratungen. Das Leben, das nackte, arme Leben müssen wir für Land und Volk retten, heute, wo jeder die erdrosselnde Hand an der Gurgel fühlt.

"Dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden!"

Lassen Sie mich ganz ohne taktisches Erwägen reden: was unseren Beratungen zugrunde liegt, dieses dicke Buch (auf die Friedensbedingungen weisend), in dem hundert Absätze beginnen: "Deutschland verzichtet - verzichtet - verzichtet", dieser schauerliche und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, die Zustimmung zur erbarmungslosen Zerstückelung, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll (*sehr wahr!*) - dies Buch darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden! (*Stürmischer Beifall*)
Ich habe die zuerst uns übermittelten Bedingungen unserer Gegner vor ein paar Tagen in Vergleich gesetzt mit den entsprechenden Programmpunkten des Präsidenten Wilson. Darauf will ich heute verzichten. Seit ich die Forderungen in ihrer Gesamtheit kenne, käme es mir wie Lästerung vor, das Wilson-Programm, diese Grundlage des ersten Waffenstillstands, mit ihnen auch nur vergleichen zu wollen! (*Lebhafte Zustimmung*)
Aber eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: die Welt ist wieder einmal um eine Illusion ärmer geworden. (*Sehr wahr!*) Die Völker haben in dieser an Idealen armen Zeit wieder einmal einen Glauben verloren. Welcher Name ist auf tausend blutigen Schlachtfeldern, in tausend Schützengräben, in verwaisten Familien, bei Verzweifelten und Verlassenen während der blutigen Jahre andächtiger und gläubiger genannt worden als der Name Wilson?
Heute verbleicht das Bild des Friedensbringers - wie die Welt ihn sah und hoffte - hinter der finsteren Gestalt der Kerkermeister, an deren einen, an Clemenceau, dieser Tage ein Franzose schrieb: Die wilde Bestie ist bei Wasser und Brot in den Käfig gesteckt und geprügelt worden. Man hat ihr aber noch die Zähne gelassen und kaum die Krallen beschnitten. (*Rufe: Pfui!*)
Meine Damen und Herren! Überall in Berlin hängt das Plakat, das für unsere armen Brüder in der Gefangenschaft werktätige Liebe wachrufen will: traurige, hoffnungslose Gesichter hinter Gefängnisgittern.
Das ist das richtige Titelbild für diesen sogenannten Friedensvertrag (*lebhafte Zustimmung*); das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands! Sechzig Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern, sechzig Millionen bei der Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!
Ich kann Ihnen aus dem unglaublich feinen Gitterwerk, mit dem uns Luft und Licht, mit dem uns jeder Ausblick auf Erlösung verhängt und versagt werden soll, - ich kann Ihnen aus diesem Gitterwerk nicht jedes Stäbchen vorführen. Bei genauerem Zusehen entdeckt man immer wieder eine Schlinge, in der sich die Hand verfängt, die sich in die Freiheit hinausstrecken will. Sie haben nichts vergessen und wohl nur hinzugelernt, was Vernichtung, was Zerstörung heißt.
Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan!
Lassen Sie mich außerhalb unserer Grenzen beginnen: Deutschland wird, wenn die Bedingungen angenommen würden, nichts mehr sein eigen nennen, was außerhalb dieser seiner verengten Grenzen liegt. Die Kolonien verschwinden; alle Rechte aus staatlichen oder privaten Verträgen, alle Konzessionen und Kapitulationen, alle Abkommen über Konsulargerichtsbarkeit

oder ähnliches, - alles, alles verschwindet! Deutschland hat im Ausland aufgehört zu existieren!
Aber das genügt noch nicht: Deutschland hat Kabel - sie werden ihm weggenommen. Deutschland hat Funkstationen - drei Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages dürfen diese Stationen nur noch Handelstelegramme versenden und nur unter Kontrolle der Alliierten! Also heraus aus der Außenwelt und Abschneidung von der Außenwelt! Denn was für Geschäfte zu machen sind unter der Kontrolle des Konkurrenten oder Vertragsgegners, das braucht nicht ausgemalt zu werden.

"Deutschland aus der Welt wegzuradieren"

Aber noch lange nicht genug: es könnte doch noch eine deutsche Beziehung zum Ausland bestehen. Also bestimmte der Rat der Vier: "Verträge zwischen Feinden gelten als aufgehoben …, ausgenommen solche Verträge, deren Ausführung eine Regierung der alliierten oder assoziierten Mächte zugunsten eines ihrer Staatsangehörigen binnen sechs Monaten verlangt."
Wie sagt Wilson so zutreffend: "Der erste Grundsatz des Friedens selbst ist Gleichheit und gleiche Teilnahme am gemeinsamen Vorteil!"
O, ein Grundsatz, den die Entente bis ins kleinste verwirklicht sehen will; denn den Schlußpunkt unter die ihr genehme Art, Deutschland aus der Welt wegzuradieren, setzt sie durch diese Bestimmungen: "Kriegsmaßnahmen Deutschlands in bezug auf die Liquidation feindlichen Eigentums sind sofort einzustellen oder wiedergutzumachen."
Hingegen behalten sich die alliierten und assoziierten Regierungen das Recht vor, alles Eigentum, Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurückzubehalten und zu liquidieren. (*Hört! Hört!*)
Das ist das Kerkerbild nach der einen Seite, dem Ausland zu: ohne Schiffe - denn unsere Handelsflotte geht in die Hände der Entente über -, ohne Kabel, ohne Kolonien, ohne ausländische Niederlassungen, ohne Gegenseitigkeit und Rechtsschutz, ja selbst ohne das Recht, mitzuwirken bei der Festsetzung der Preise für die von uns als Tribut zu liefernden Waren, für Kohle, pharmazeutische Artikel und so weiter, - ich frage Sie:
Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? (*Lebhafter Beifall*) Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten? Den Handel im Ausland, die einstige Quelle unseres Wohlstandes, zerschlägt man und macht man uns unmöglich.
Und im Inland? Die lothringischen Erze, die oberschlesische Kohle, das elsässische Kali, die Saargruben, die billigen Nahrungsmittel Polens und Westpreußens, alles soll außerhalb unserer Grenzen liegen, um die wir keinen höheren Zollschutz ziehen dürfen, als er am 1. August 1914 bestand, wohl aber unsere Gegner ganz nach Belieben und ganz zu unserer Erdrosselung.
Im Innern müssen alle deutschen Einkünfte, in erster Reihe Bezahlungen für die Verzollungen zur Verfügung stehen. Nichts für unser Volk, nichts für Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen, alles ein Frondienst, für dessen Produkte die Preise vom Abnehmer festgesetzt werden. Wie, das hat Frankreich ahnen lassen, das uns die im Saarbecken geförderte Kohle mit 40 Mark pro Tonne zahlte und sie im eigenen Land und nach der Schweiz mit 100 Francs verkauft hat. (*Hört! Hört!*)
Ich will Ihnen nicht alle die großen und kleinen Schlingen nachweisen, in deren Gesamtheit sich ein großes Volk zu Tode verstricken soll, getreu dem Worte der Times: "Wenn Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnt, ist dieser Krieg umsonst geführt worden." (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!)
Was soll ein Volk machen, dem das Gebot auferlegt wird: "Deutschland ist für alle Verluste,

alle Schäden, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Nationen infolge des Krieges erlitten, verantwortlich."
Was soll ein Volk machen, das bei Festsetzung seiner Verpflichtungen nicht mitreden darf, sondern dem man billig Gelegenheit gibt, sich zu äußern, ohne daß es an den Entscheidungen beteiligt würde? Auf dessen eigene Bedürfnisse kein Mensch Rücksicht nimmt und dessen Ansprüche man mit der Handbewegung wegstreicht: "Deutschland verpflichtet sich, keiner der alliierten und assoziierten Regierungen direkt und indirekt irgendwelche Geldforderung für irgendwelches Ereignis, das vor Inkraftsetzung dieses Vertrages fällt, vorzulegen."
Und weil vielleicht all dieses Maß von Fesselung und Demütigung und Ausraubung noch nicht ausreicht, um jede günstige Vernichtungsmöglichkeit in Zukunft auszunützen, schließlich und endlich offen den Fuß in den Nacken und den Daumen aufs Aug', - offen die erbärmliche Versklavung für Kind und Kindeskind: "Deutschland verpflichtet sich, alle Akte der Gesetzgebung, alle Bestimmungen und Verordnungen einzuführen, in Kraft zu setzen und zu veröffentlichen, die nötig sein könnten, um die vollständige Ausführung der oben erwähnten Festsetzungen zu sichern." (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört!*)
Und nun genug! Übergenug!
Das, meine Damen und Herren, sind einige Beispiele der Vertragsbestimmungen, bei deren Festsetzung, wie Herr Clemenceau gestern unserer Delegation mitteilte, die Entente sich ständig von den Grundsätzen habe leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. (*Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Zurufe*)

"Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe"

Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, der Mensch des Menschen Wolf wäre.
Wir haben Gegenvorschläge gemacht. Wir werden noch weitere machen. Wir sehen, mit Ihrem Einverständnis, unsere heilige Aufgabe darin, zu Verhandlungen zu kommen. Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar! (*Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. - Die Versammlung erhebt sich. - Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.*)
Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Millionen und Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! (*Lebhafte Zustimmung*)
Da und dort regt sich schon die Einsicht und die gemeinsame Menschheitsverpflichtung. In den neutralen Ländern, in Italien und England, vor allem auch - und das ist uns ein Trost in diesem letzten furchtbarsten Auflodern chauvinistischer Gewaltpolitik -, vor allem auch im sozialistischen Frankreich werden die Stimmen laut, an denen die Historiker einst den Stand der Menschlichkeit nach vierjährigem Morden messen werden.
Ich danke allen, aus denen ein empörtes Herz und Gewissen spricht, ich danke vor allem und erwidere in unvergänglicher Anhänglichkeit das Gelöbnis der Treue, das gerade jetzt aus Wien zu uns herüberschallt. (*Stürmische Bravo und Händeklatschen*) Brüder in Deutsch-Österreich, die auch in der dunkelsten Stunde den Weg zum Gesamtvolk nicht vergessen: wir grüßen euch, wir danken euch, und wir halten zu euch! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)
Ich rechte nicht mit den anderen, denen der Käfig noch nicht dicht genug geflochten, noch nicht eng, noch nicht martervoll genug ist, der Käfig, in welchen das "deutsche Tier" gesperrt werden soll. Wir kennen unsern Weg. Über diese Bedingungen darf er nicht führen! Es hieße, nicht an Deutschlands Zukunft zweifeln, sondern diese Zukunft opfern (*lebhafte Zustimmung*), wenn wir anders denken und fühlen wollten. (*Beifall*)

Stehen Sie uns bei bei der Anbahnung der Verhandlungen, lassen Sie niemand in der Welt darüber im Zweifel, daß Sie eins mit uns sind, das ganze Volk ein Wächter vor der Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder!
Ein einiges Volk vermag viel, ganz besonders, wenn es, wie wir heute, nicht für uns selbst, sondern für die Gesellschaft der Nationen dagegen protestiert, daß Haß verewigt, daß Fluch für immer verankert werde! Ihnen, den Mitgliedern der Deutschen Nationalversammlung, gilt heute das Wort: Der Menschheit Würde ist in eure Hand gegeben! Bewahret sie!
Würde dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so wäre es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfelde von Versailles liegenbliebe. Daneben würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der Glaube an die Vertragstreue! (*Lebhafte Zustimmung*)
Eine Verwilderung der sittlichen und moralischen Begriffe, das wäre die Folge eines solchen Vertrages von Versailles, das Signal für den Anbruch einer Zeit, in der wieder, wie vier Jahre lang, nur heimtückischer, grausamer, feiger, die Nation das mörderische Opfer der Nation, der Mensch des Menschen Wolf wäre.

"Das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk"

Wir wissen es und wollen es ehrlich tragen, daß dieser kommende Friede für uns ein harter sein wird. Wir weichen nicht um Fadensbreite von dem zurück, was unsere Pflicht ist, was wir zugesagt haben, was wir ertragen müssen. Aber nur ein Vertrag, der gehalten werden kann, ein Vertrag, der uns am Leben läßt, der uns das Leben als unser einziges Kapital zur Arbeit und zur Wiedergutmachung läßt, nur ein solcher Vertrag kann die Welt wieder aufbauen. (*Lebhafter Beifall und Zustimmung*) Solchem Vertrag unsere Unterschrift! Seinen Bestimmungen unsere Treue! Seinen Auflagen all unsere Kraft und Arbeit!
Nicht der Krieg, sondern dieser harte, kasteiende Arbeitsfriede wird das Stahlbad für unser aufs tiefste geschwächte Volk sein! (*Lebhafte Zustimmung*) Der Arbeitsfriede ist unser Ziel und unsere Hoffnung. Durch ihn können wir den berechtigten Forderungen unserer Gegner gerecht werden, durch ihn allein aber auch unser Volk wieder zu völliger Gesundung führen. Wir müssen von der Niederlage und den Krankheiten der Niederlage gesunden, ebenso wie unsere Gegner von den Krankheiten des Sieges!
Heute sieht es fast so aus, als sei das blutige Schlachtfeld von der Nordsee bis zur Schweizer Grenze noch einmal in Versailles lebendig geworden, als kämpften Gespenster über all den Leichenhügeln noch einen letzten Kampf des Hasses und der Verzweiflung.
Wir kämpfen nicht mehr, wir wollen den Frieden. Wir sehen mit Grausen am Beispiel unserer Gegner, welche Verzerrungen Gewaltpolitik und brutaler Militarismus hervorbringen. Wir wenden uns schaudernd von dem jahrelangen Mord.
Gewiß: Wehe denen, die den Krieg heraufbeschworen haben! Aber dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern! (*Stürmischer Beifall und Händeklatschen*)<<

Konstantin Fehrenbach (1852-1926, Zentrumspolitiker, 1920/21 deutscher Reichskanzler) erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung (x063/-527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

US-Attaché William Bullitt (1891-1967), der ebenfalls vorzeitig die Pariser Verhandlungen verließ, schrieb am 26. Mai 1919 an den nordamerikanischen Präsidenten (x063/526): >>... Ich bin einer von den Millionen, die ihrer Führung blindlings vertrauten und glaubten, Sie würden wirklich auf einem "dauerhaften, auf selbstloser, vorurteilsfreier Gerechtigkeit begründeten Frieden" bestehen.

Aber jetzt hat die Regierung eingewilligt, die leidenden Völker der Welt neuem Zwang, neuer Bedrückung und Aufteilung zu überantworten - einem neuen Jahrhundert des Krieges. Das Unrecht in Schantung, Tirol, Thrazien, Ungarn, Ostpreußen, Danzig und dem Saarland und die Aufgabe des Grundsatzes der Freiheit der Meere machen neue internationale Konflikte zur Gewißheit. ...
Ich bedauere es, daß sie unseren Kampf nicht zu Ende kämpften und daß Sie so wenig Vertrauen zu den Millionen aller Völker hatten, die Ihnen, wie ich, ihr ganzes Vertrauen schenkten.<<
Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung (innerhalb von 5 Tagen) und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.
In dieser Note der Siegermächte vom 16. Juni 1919 hieß es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...
Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb (von) 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... (Sie haben) sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<
>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<
Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Anerkennung der ungerechten Friedensbedingungen entschieden ablehnten, trat die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert blieb trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt. Die SPD-Fraktion beschloß danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.
Die Mehrheit der Nationalversammlung war am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten (Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte) bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnten den Friedensvertrag ab (x149/38). Das Abstimmungsergebnis lautete schließlich am 22. Juni 1919: 237 Ja-, 138 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen (x034/55).
Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x191/31): >>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...
Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<
Die Nationalversammlung bestätigte am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wurde danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigten am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.
Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabweisbare Notwendigkeit.<<
Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1999) über die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages (x887/...): >>**Der Krieg ging weiter**
"Folterung eines ganzen Volkes": Das Menetekel des 20. Jahrhunderts wird 80
Am 28. Juni jährt es sich zum 80. Male, daß der erste Abschnitt des - um eine Diktion der britischen Premierminister Winston Churchill und John Major aufzugreifen - "Dreißigjährigen Krieges" gegen Deutschland mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages abgeschlossen wurde.
Im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles, den die Sieger ausgesucht hatten als historischen Ort, an dem 1871 das Deutsche Reich proklamiert worden war, mußten Reichsaußenminister Hermann Müller (SPD) und Reichsjustizminister Johannes Bell (Zentrumspartei) den Vertrag unterschreiben, der, da es keinerlei Verhandlung gab, sondern die Deutschen nur zum Befehlsempfang antreten durften, gemeinhin und korrekt als "Diktat" bezeichnet werden muß.
Die Bedingungen, welche die Alliierten in 440 Artikeln bis ins Penibelste festgelegt hatten, waren teilweise von absurder Rigorosität, ja Brutalität. ...
Das Friedensdiktat von Versailles war in damaliger Zeit einmalig. Dergleichen Friedensverträge hatte es jedenfalls in der Neuzeit noch nie gegeben. ...
Zwar unterbreitete die Reichsregierung den in Versailles versammelten Siegermächten Gegenvorschläge, doch gab es keinerlei Verhandlungsspielraum. Sie wurden vom Tisch gewischt. Deutschland wurde eine kurze Frist gesetzt, um den Vertrag unverändert zu unterschreiben. Andernfalls wurden schärfste Strafmaßnahmen angedroht.
Als der Inhalt des Versailler Vertrages in Deutschland bekannt wird, schlagen die Wellen der Erregung hoch, und zwar in allen politischen Lagern, von ganz links bis ganz rechts. ...
Die Deutsche Nationalversammlung trat am 12. Mai 1919 zu einer besonderen Sitzung zusammen, um mit einer einmütigen Kundgebung aller Parteien, also auch der linken, gegen die "Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln", als die sie das Versailler Diktat ansahen, in schärfster Form zu protestieren. Sie wies die Zumutung, dem Diktat freiwillig zuzustimmen, als "feige und ehrlos" zurück. Und Philipp Scheidemann (SPD), erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, erklärte namens der Reichsregierung:
"Der schauerlichste und mörderische Hexenhammer, mit dem einem großen Volk das Bekenntnis der eigenen Unwürdigkeit, das Einverständnis mit Versklavung und Helotentum abgepreßt und erpreßt werden soll, dieses Buch (der Friedensvertrag) darf nicht zum Gesetzbuch der Zukunft werden. ... Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt. ... Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Regierung unannehmbar."
Das Protokoll verzeichnet: "Minutenlanger brausender Beifall im Haus und auf den Tribünen; die Versammlung erhebt sich; erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen."
Der liberale Abgeordnete Hausmann rief: "Dieser Vertrag ist eine neue Form langsamer Folterung eines ganzen Volkes."
Der Zentrumspolitiker Fehrenbach sagte am Ende der Sitzung: "Der heutige Tag ist eine

machtvolle, einheitliche, geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volksvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. ... Den Frieden können wir nicht annehmen!"
Und er prophezeite hellsichtig, würde das Deutsche Reich gezwungen, den Vertrag zu unterschreiben, dann werden "unsere Kinder mit dem Willen erzogen werden, nicht nur die Hand zur Faust zu ballen, sondern die Sklavenketten zu brechen, die Schmach abzuwaschen". ...
Die Reichsregierung unter dem Sozialdemokraten Scheidemann trat aus Protest zurück. Die neu gewählte Regierung aber sah sich gezwungen, die Unterschrift zu leisten.
Das änderte nichts daran, daß sich in Deutschland alle politischen Kräfte in der Abwehr der Vertragsbedingungen einig waren. Vor allem der "Kriegsschuldparagraph" stieß auf wütende Ablehnung. ...
Am 29. August 1924 widerrief die deutsche Reichsregierung die erzwungene Kriegsschuld-Anerkennung.
Am 30. Januar 1925 erklärte der liberale Reichskanzler Hans Luther: "Die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern kann nicht vollendet werden, solange ein einzelnes Land zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird und sich nicht das ganze Ausland von der Unrichtigkeit der Anklagen überzeugt, das deutsche Volk habe durch seinen Angriff den Weltkrieg entfesselt."
Die Reihe solcher Stimmen ließe sich beliebig verlängern; alle deutschen Regierungen, alle Parteien waren sich einig in der Ablehnung. Weil aber Deutschland politisch und militärisch ohnmächtig war, konnte niemand die Revision des Vertrages durchsetzen. ...
Diese Demokratie brach schließlich nicht zuletzt unter der Last der Reparationen und der permanenten Beschuldigungen zusammen.
Inzwischen ist es Allgemeingut bei allen Klarsichtigen geworden, daß es ohne den Versailler Vertrag in dieser Form keinen Zweiten Weltkrieg gegeben hätte.<<
Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen.

Gebiets- und Bevölkerungsverluste des Deutschen Reiches infolge der Gebietsabtretungen von 1919-22 (x012/46, x018/675, x019/55):

Gebietsabtretungen	**qkm**	**Bevölkerung**
Deutsches Reich (Stand: 01.12.1910)	541.125,4	64.926.000
Memelland **an Litauen**	- 2.656,7	- 141.238
Danzig und Umgebung **an Freistaat Danzig**	- 1.914,2	- 330.630
Fast die gesamte Provinz Posen, 75 % von Westpreußen, Teile von Nieder- und Oberschlesien, Ostpreußen sowie Ostpommern **an Polen**	- 46.142,4	- 3.854.961
Oberschlesische Gebiete und das Hultschiner Ländchen **an die Tschechoslowakei**	- 315,9	- 48.446
Nordschleswig **an Dänemark**	- 3.992,7	- 166.348
Eupen und Malmedy **an Belgien**	- 1.035,5	- 59.945
Verluste der preußischen Provinzen	- 56.057,4	- 4.601.568
Elsaß-Lothringen **an Frankreich**	- 14.523,0	- 1.874.000
Deutsche Gesamtverluste	- 70.580,4	- 6.475.568
Deutsches Reich (Stand: 31.12.1922)	**470.545,0**	**58.450.432**

Durch die Abtretung der östlichen Teile des oberschlesischen Industriegebietes (Kattowitz, Königshütte, Lublinitz, Myslowitz, Pleß, Rybnik, Tarnowitz und von anderen wichtigen Indu-

striestandorten) verloren die Deutschen unersetzliches Volksvermögen und riesige, erschlossene sowie leicht abbaubare Steinkohlevorkommen (die mächtigen Flöze waren häufig bis zu 15 m stark). Von den 62 oberschlesischen Kohlebergwerken übernahm Polen 49! Das Deutsche Reich mußte den Polen außerdem alle 23 Zinkwerke und 11 oberschlesische Zinkminen, die damals ca. 18 % der gesamten Zink-Weltproduktion erzeugten, ohne Entschädigung den Polen überlassen (x019/95).

Der Inhalt des Versailler Friedensvertrages (440 Artikel)

Teil I (enthielt die Völkerbundssatzung)

Teil II-III (regelte die Festsetzung der neuen Grenzen und die Ausbeutung von deutschen Kohlengruben): Bei den Gebietsabtretungen spielte Frankreich eine besonders unrühmliche Führungsrolle und befürwortete speziell den polnischen und tschechischen Expansionsdrang nach Westen. Die Polen und Tschechen sollten nach den französischen Wunschvorstellungen die bisherige Aufgabe der Deutschen ("Pufferzone" zwischen Ost- und Westeuropa) übernehmen und wichtige Eckpfeiler gegen Rußland werden. Diese kurzsichtige und menschenverachtende Politik änderte nicht nur die Landkarten Ost-Mitteleuropas grundlegend, sondern sie bedeutete letztlich auch den ersten Schritt zur Liquidation der jahrhundertealten deutschen Ostsiedlung.

Gebietsabtretungen (ohne Volksabstimmung):

1. Frankreich übernahm Elsaß-Lothringen.
2. Eupen und Malmedy (mit rd. 60.000 Einwohnern; davon 50.000 Deutsche) mußte an Belgien abgetreten werden.
3. Polen erhielt nahezu die gesamte Provinz Posen und rd. 75 % der Provinz Westpreußen. Der "Polnische Korridor" trennte die preußische Provinz Ostpreußen danach wieder, wie in den Jahren 1466-1772, vom übrigen Deutschen Reich.
4. Danzig (deutscher Bevölkerungsanteil = 95 %) wurde als "Freie Stadt" dem Schutz des Völkerbundes unterstellt.
5. Das Memelland erhielt am 4. Oktober 1920 zwar eine französische Besatzungsmacht, wurde später aber gewaltsam durch Litauen besetzt und nach Zustimmung des Völkerbundes annektiert (eindeutiger Bruch des Friedensvertrages!).
6. Teile Niederschlesiens (das Hultschiner Ländchen mit seinen großen Kohlevorkommen) mußte man der Tschechoslowakei überlassen.

Abtretungsgebiete mit Volksabstimmung:

1. Nordschleswig fiel an Dänemark (75 % der Bevölkerung stimmten gegen das Deutsche Reich), obwohl Dänemark nicht am Ersten Weltkrieg beteiligt war.
2. Oberschlesien fiel an Polen (obgleich sich 59,6 % der Oberschlesier für den Verbleib beim Deutschen Reich entschieden). Oberschlesien wurde nach der Volksabstimmung kurzerhand gewaltsam durch polnische Truppen besetzt und das Deutsche Reich mußte gemäß Entscheidung des Völkerbundes vom 20. Oktober 1921 die wertvollsten Teile der östlichen oberschlesischen Industriegebiete abtreten. Diese ungerechte Entscheidung stellte ebenfalls einen schwerwiegenden Vertragsbruch der Siegermächte dar.

Frankreich erhielt das Recht, die wertvollen Kohlevorkommen an der Saar auszubeuten (Volksabstimmung nach 15 Jahren). Die linksrheinischen Gebiete der preußischen Rheinprovinzen dienten als "Bürgschaft" und wurden in 3 Besatzungszonen eingeteilt (insgesamt 32.452 qkm mit 7,2 Millionen Einwohnern). Die linksrheinischen Gebiete sollten bei pünktlicher Vertragserfüllung nach 5-15 Jahren Militärbesatzung geräumt werden (x041/82). Das Deutsche Reich mußte selbstverständlich auch die gesamten Besatzungskosten tragen.

Teil IV-V (regelte die sonstigen Enteignungen und die Überwachung der Abrüstung): Das Deutsche Reich mußte auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein

gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015).
Militärische Bestimmungen: Ablieferung des Kriegsmaterials (u.a. alle U-Boote und die meisten Schiffe der deutschen Kriegsmarine sowie rd. 2.000 Jagd- und Bombenflugzeuge), Aufhebung der Wehrpflicht, Auflösung der einst stolzen deutschen Militärmacht und Einführung einer sehr kleinen Berufsarmee (Heer = 100.000 Soldaten und Marine = 15.000 Mann), Zerstörung aller Küstenbefestigungen und Festungen ostwärts des Rheins (in einer Entfernung von 50 km), Verbot und ständige Überwachung der Rüstungsproduktion (x041/82).
Die kleine deutsche Berufsarmee war damals nicht in der Lage, die innere und äußere Sicherheit des Deutschen Reiches zu verteidigen. Die Forderung, eine Armee aus langfristig dienenden Berufssoldaten aufzustellen, war ebenfalls verhängnisvoll. Die "Reichswehr" kapselte sich als Berufsheer schon bald von der Weimarer Republik ab und bildete einen "Staat im Staate". Die Reichswehr blieb zwar unpolitisch, entwickelte aber auch keine innere Bindung an die demokratische Republik. Infolge der zwangsweisen Abschaffung der Wehrpflicht und der drastischen Reduzierung der deutschen Truppen hatten die NS-Terroristen im Jahre 1933 schließlich keine großen Probleme, das Deutsche Reich gewaltsam zu besetzen.
Teil VI-VII (regelte die Bestimmungen über Kriegsgefangene und die Auslieferung der deutschen Kriegsverbrecher): Holland lieferte den früheren deutschen Kaiser Wilhelm II. später nicht aus.
Teil VIII (regelte die Kriegsschuld und Reparationen): Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld mußte das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen.
Der Artikel 231 des Vertrages erläuterte die Reparationen wie folgt (x061/411): >>Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und (ihre Staatsangehörigen) infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.<<
Die Höhe der Geldleistungen sollte erst später festgelegt werden, aber das Deutsche Reich wurde zum Schluß gezwungen, innerhalb von 30 Jahren für alle Schäden und Verluste der Siegerstaaten (einschließlich der hohen britischen und französischen Schulden gegenüber Nordamerika) aufzukommen.
Das Deutsche Reich mußte sofort eine 1. Teilzahlung von 10,0 Milliarden Goldmark leisten und hatte zusätzlich gewaltige Sachleistungen zu erbringen: Alle Handelsschiffe über 1.600 BRT, 25 % der gesamten Fischfangflotte, 8.000 Lokomotiven, 230.000 Eisenbahnwaggons, 5.000 Kraftfahrzeuge, Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Kohle, Vieh usw. mußten an die Sieger abgeliefert werden (x061/411, x090/259, x175/154).
Teil IX-XIV (regelte die sonstigen Bestimmungen über Finanzen, Wirtschaft, Luft- und Flußschiffahrt, Eisenbahnen, Bürgschaften etc.): Aufhebung aller Handelsverträge und Anerkennung von Verträgen, die von den Alliierten in Zukunft ohne Mitwirkung Deutschlands geschlossen werden. Alle deutschen Häfen, Wasserstraßen, Eisenbahnen, Flüsse (Donau, Elbe, Memel, Oder und Rhein) wurden zu "internationalen Einrichtungen" erklärt (x041/83). Das entmündigte und gedemütigte Deutsche Reich mußte danach allen Nationen freie Durchfahrt und Nutzung gewähren.
Die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges
Nach fairen und objektiven Nachforschungen setzte sich bei anglo-amerikanischen Geschichtsforschern, westeuropäischen Staatsmännern und Historikern später schließlich die Auffassung durch, daß alle beteiligten europäischen Großmächte eigentlich nur durch unglückliche Umstände in den Ersten Weltkrieg geraten seien, und keiner den Krieg vorsätzlich und planmäßig angestrebt hätte.
In den Nachkriegsjahren stellten nordamerikanische, britische und deutsche Geschichtsfor-

scher jedenfalls übereinstimmend fest, daß von einer deutschen Alleinschuld nicht gesprochen werden kann (x059/32). Nach der Devise: "Die Regierungen haben zwar den Krieg, aber auch den Frieden nicht gewollt", klärte man damals die historischen Zusammenhänge auf und ermittelte die Schuldigen bzw. die Unschuldigen.
Die Frage nach der Kriegsschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird heute trotzdem immer noch kontrovers diskutiert, denn ohne den Ersten Weltkrieg hätte es sicherlich nicht die späteren Katastrophen (Siegeszug der Links- und Rechtsradikalen, Zweiter Weltkrieg, Endlösung, Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa etc.) gegeben.
Der britische Premierminister Lloyd George bekannte bereits im Jahre 1920 (x059/32): >>... Niemand, der in den damaligen Jahren die Staatsgeschäfte leitete, wünschte wirklich den Krieg. Es war etwas, in das sie hineingeglitten sind oder besser hineintaumelten oder zufällig hineingerieten ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete im Jahre 1955 über die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges (x057/194): >>Die alleinige Kriegsschuld wurde von Deutschlands Gegnern den Mittelmächten, besonders dem Deutsch Reich, zugeschoben und als Propaganda in der ganzen Welt verbreitet. Diese vom deutschen Volk als Kriegsschuldlüge empfundene Behauptung diente später als Begründung für die harten Friedensbedingungen.
Weder moralisch noch juristisch oder politisch konnte von einer Alleinschuld Deutschlands die Rede sein. Die Entwicklung von 1871 bis 1914 hatte gelehrt, daß sowohl Bismarck als auch Wilhelm II. ehrlich auf den Frieden bedacht waren. Weder die Regierung, noch das Volk hielten einen Krieg für die geeignete Lösung der europäischen Krisen. Wohl gab es auch in Deutschland einige wenige radikale Kreise, die einen Krieg für notwendig hielten. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes war jedoch ebenso friedliebend gesinnt wie die Völker der übrigen Welt.
Dagegen hat sich der Kriegswille einiger ausländischer Staatsmänner, besonders der russischen, als aktenmäßig feststehend erwiesen, ebenso die Tatsache, daß im Jahre 1914 keine der Regierungen den Krieg herbeiführen wollte (Lloyd George: "Die Mächte sind in den Krieg hineingeschlittert").
Aber die Entente hatte es verstanden, der Welt gegenüber Deutschland als Friedensbrecher hinzustellen. Hierin wurde sie unterstützt durch das diplomatisch ungeschickte Verhalten Deutschlands und Österreichs bei Kriegsausbruch.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Schuldklausel des Versailler Vertrages (x063/478): >>... Daß ... die Schuldklausel des Versailler Vertrages, der Artikel 231, ein Fehlurteil gegen besseres Wissen war, stand allgemein fest, als die Untaten des Nationalsozialismus und der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die klare Sachlage wie mit rückwirkender Kraft wieder zu verschleiern begannen.
Daß der Erste Weltkrieg auch nicht ein Kampf um sittliche Grundsätze, etwa der Demokratie gegen die Autokratie (unumschränkte Alleinherrschaft) war, hat sich in der gebildeten englischen und amerikanischen Welt seit Jahren durchgesetzt. ...
Rußland und die Kriegspartei unter dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch konnten die politischen Ziele im Westen nur durch die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei verwirklichen. Der Weg nach Konstantinopel und zur Herrschaft über die slawische Welt, führte, wie der russische Kronrat vom 21. Februar 1914 feststellte, zwingend über den europäischen Krieg.
Der nie erloschene Revanchewille in Frankreich begrüßte einen solchen Krieg, der die Hoffnung auf die Eroberung von Elsaß-Lothringen vor Augen stellte.
Nach der Ermordung des Thronfolgers gewannen die Kräfte in der österreichischen Regierung, die auf Abrechnung mit Serbien drängten, notwendigerweise die Oberhand. Aber man hoffte auf einen "lokalisierten" Konflikt und war überzeugt, daß Rußland, wenn man nicht

sofort mit äußerster Entschiedenheit vorgehe, Serbien schließlich zu Hilfe kommen werde. Sidney B. Fay schreibt dazu: "Österreich wußte, daß Rußland mit jedem Jahre stärker wurde, bezweifelte aber, daß die Rüstungen des Zaren schon so weit waren, daß Rußland es wagen würde einzugreifen ..."<<

US-Senator George Norris (1861-1944) aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...

Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Oktober 2008) über den Ersten Weltkrieg (x878/...): >>**Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.) ...**

Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen

Die Alleinschuld am Ausbruch des 1. Weltkriegs wurde von den Siegermächten Deutschland angelastet. Die deutsche Geschichtsforschung und Publizistik hat dies bis Anfang 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mehrheitlich zurückgewiesen. Mit Fritz Fischers Werk "Der Griff nach der Weltmacht" (1961) fand in den 60er Jahren eine Umkehrung statt.

Mittlerweile wird Fischer in der deutschen Forschung überwiegend wieder revidiert und lediglich eine deutsche Mitverantwortung angenommen. In den maßgebenden deutschen Medien ist letzteres meist noch nicht angekommen und es wird für das große Publikum gedankenlos von deutschen Angriffskriegen 1914 und 1939 berichtet. Das ist falsch, aber relativ belanglos.

Das Deutsche Reich war vor 1914 ohne Zweifel eine aufstrebende Macht, die das europäische Gleichgewicht ökonomisch und demographisch in Frage stellte. Etablierte Mächte wie Großbritannien und das zaristische Rußland, die ihre Weltreiche in zahllosen Kriegen schon zusammengerafft und erobert hatten: die Briten das Empire rund um den Globus, die Russen ein gigantisches Territorium von Warschau bis Wladiwostok, von Helsinki bis Tiflis, fühlten sich herausgefordert.

Ähnliches gilt für Frankreich, das nach Afrika und Indochina ausgegriffen hatte, sich aber mit dem Verlust Elsaß-Lothringens nicht abfinden wollte. Das Deutsche Reich entwickelte Anfang des 20. Jahrhunderts eine derartige Potenz, daß das übrige Europa mit vereinten Kräften diese neue Macht im Herzen des Kontinents im 1. Weltkrieg nicht niederzwingen konnte. Es bedurfte des Eingreifens der außereuropäischen Macht der USA, um Deutschland 1918 zu besiegen.

Schon aus heutiger Sicht war die deutsche Politik unter Wilhelm II nicht imperialistischer als die britische, russische oder französische und auch die der USA. Hohles Pathos und große Töne haben - salopp ausgedrückt - in dieser Zeit außer Wilhelm II auch andere europäische Politiker und Staatsmänner geschätzt (z.B. Benjamin Disraeli, britischer Politiker und Staatsmann). Die europäischen Staaten und die USA expandierten in die Welt und gerieten untereinander in Streit um Teile des Kuchens. Die etablierten Mächte schlossen sich zusammen, um den deutschen Neuankömmling nicht hoch kommen zu lassen, denn sie hatten etwas zu verteidigen und zu verlieren.

Insbesondere die britische Propaganda denunzierte das Deutsche Reich als imperialistisch und süchtig nach Weltherrschaft. Denn das weltumspannende "Imperium" beanspruchten die Briten nicht nur selbst, sie hatten es in ihrem Selbstverständnis mit ihrem Empire auch inne. (Ein

ähnliches Selbstverständnis haben die "Masters of the Universe", die" Herren der Welt", des Finanzdistrikts der Londoner City Anfang des 21. Jahrhunderts entwickelt. Gemeinsam mit der New Yorker Wall Street haben sie in der Folge die Welt in die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 gestürzt.) London wollte vor 1914 das ungeschmälerte Empire nicht nur um jeden Preis behalten sondern nach Möglichkeit noch ausbauen. Es war schlicht der Kampf von Rivalen. ...<<

Der US-Schriftsteller Richard K. Moore berichtete später (am 2. Februar 2009) in seinem Artikel "A brief history of the New World Order" ("Eine kurze Geschichte der Neuen Weltordnung") über das NWO-Projekt Erster und Zweiter Weltkrieg (x337/117,148-149): >>Der Erste Weltkrieg war das epochale Ereignis, das ein feststellbares Programm zur Errichtung einer neuen Weltordnung einer einzigen globalen Hierarchie … unter der Kontrolle der Finanzierselite in Gang gesetzt hat. …

Großbritannien war nicht mehr die offensichtlich erste Wahl als Grundlage für eine solche globale Machtergreifung. Daher wurde die Entscheidung gefällt, die Hegemonie von London nach Washington zu verlagern. Der Erste Weltkrieg brachte den Aufbau Amerikas als Weltmacht. … Während sich Europäer und Briten millionenfach abschlachteten, erlebten die Amerikaner die Aufbruchzeiten, die zu den Goldenen Zwanziger Jahren führten. … Die Verbündeten wurden mit astronomischen Schulden beim amerikanischen Finanzministerium und der Bankenelite belastet. …

Man kann sagen, Amerika hat den Ersten Weltkrieg gewonnen, und ganz Europa hat ihn verloren - und zwar in großem Umfang. Die Europäer waren verpflichtet, Amerika gewaltige Summen für das Privileg zu zahlen, sich gegenseitig verwüstet zu haben. …

Großbritannien hat eine Zeit lang den Kampf um Europa gewonnen. Amerika hat auf lange Zeit den Kampf um die stärkste Nation der Welt für sich entschieden - doch war es die Bankenelite, die den Krieg um die Gestaltungsmacht des künftigen Kurses der Weltpolitik gewonnen hat. …<<

>>… Der Erste Weltkrieg war ein so erfolgreiches Projekt, daß sofort die Planung für eine noch größere Fortsetzung einsetzte - ein weiterer großer Schritt in Richtung auf eine neue Weltordnung. …

Hitler war ein Projekt der angloamerikanischen Bankiers. Seine charismatische Brillanz war früh erkannt worden … und mit Investitionen in die deutsche Wiederaufrüstung wurden immense Gewinne gemacht. …

Das Projekt Zweiter Weltkrieg erreichte alle seine Ziele auf bewundernswerte Weise. Während sie nur verhalten kämpften und - im Vergleich zu den anderen großen Kriegsparteien - nur vernachlässigbare Verluste erlitten, gingen die USA mit einer intakten Infrastruktur, 40 % des Reichtums und der Industriekapazität der Welt, der Kontrolle über die sieben Weltmeere, einem Monopol auf Atomwaffen, strategischen Stützpunkten in den Öl-Scheichtümern des Nahen Ostens und mit der allgemein verbreiteten Anerkennung als heroischer Vorkämpfer der Demokratie aus dem Krieg hervor.

Ganz von allein richteten sich die Augen der Welt auf Washington als Führung bei der Gestaltung der Nachkriegswelt.

Und Amerika hatte bereits einen fertigen Entwurf vorliegen. Die Bankiers hatten einen Ausschuß ausgewählt, das Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen), und ihn ins Weiße Haus hinübergeschickt, um die Architektur für die Nachkriegszeit zu entwerfen. Man hatte sich Amerika als hegemoniale Operationsbasis gesichert, die für diese Rolle geeigneter war als Großbritannien, und es war an der Zeit, sich an die nächste Phase im Projekt Neue Weltordnung zu machen.

So wurden sofort nach dem Kriegsende die Bretton-Woods-Institutionen der Globalisten - UNO, IWF und Weltbank - ins Leben gerufen, die ersten Grundsteine für eine mögliche Eine-

Welt-Regierung.<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über den Ersten Weltkrieg (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**

Erster Weltkrieg

... Die deutsche Politik war auf den Kriegsausbruch gedanklich überhaupt nicht vorbereitet. Man wußte nicht, was man wollte:

Wenn es ein Verteidigungskrieg war, durfte es keine praktisch unkontrollierte Kriegszieldiskussion geben; war es ein Krieg zur Etablierung einer deutschen Hegemonie, dann hätte es vor dem Krieg unbedingt Klarheit über die Kriegsziele geben müssen. Ein Krieg wurde geführt, ja wofür? Es war eine unglaubliche Gedankenlosigkeit, mit der das Deutsche Reich in den Krieg eintrat. Sie spricht allerdings auch gegen eine deutsche Kriegsschuld, es sei denn im Rahmen von Fahrlässigkeit.

Die Auseinandersetzung um einen Ausgleich zwischen berechtigten, existentiellen deutschen und den Interessen der anderen europäischen Großmächte war in Deutschland ausgeblieben. Für die deutschen Kriegsgegner Großbritannien, Frankreich und Rußland war die Lage bei Kriegsausbruch hingegen klar. Ihr überkommenes und in Jahrhunderten erprobtes außenpolitisches Ordnungssystem gab die Leitlinien vor, es bedurfte keiner langen Diskussion. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Punkt eins: Das Deutsche Reich durfte keinesfalls eine faktische Hegemonie in Kontinentaleuropa erringen;

Punkt zwei: es mußte so weit geschwächt werden, daß auch eine tendenzielle kontinentaleuropäische Hegemonie Deutschlands auf Dauer ausgeschlossen blieb;

Punkt drei: vielleicht ergab sich sogar die Möglichkeit, das Deutsche Reich, das noch nicht einmal ein halbes Jahrhundert existierte, als Störfaktor ganz auszuschalten und wieder zu zerschlagen.

Eine Kriegszieldiskussion war folgerichtig nicht nötig und fand auch nur marginal statt. In Deutschland wurde nicht gesehen, wie kritisch die Lage 1914 für das Deutsche Reich war. Vor allem die Rolle Londons wurde im anstehenden Konflikt völlig falsch eingeschätzt. Daß England der Hauptgegner war und für deutsche Waffen unangreifbar auf den britischen Inseln selbst nach der Niederlage kontinentaleuropäischer Verbündeter weiterkämpfen würde, wurde in seinen Konsequenzen nicht gesehen.

... Deutschland verlor den Ersten Weltkrieg. Im Versailler Vertrag von 1919 wurde Deutschland so geschwächt, daß - so die Absicht der Entente-Mächte - eine tendenzielle deutsche Hegemonie in Kontinentaleuropa auf überschaubare Zeit ausgeschlossen war. Eine Zerschlagung des Deutschen Reiches war 1918/1919 unmöglich, weil der russische Kriegsalliierte durch die Revolution ausgefallen war. Die deutsche Politik begann schon in den zwanziger Jahren an der Revision von Versailles zu arbeiten. Im Dritten Reich mündete diese Politik in den Zweiten Weltkrieg.

Deutschland wurde 1945 besiegt, besetzt, amputiert, und in zwei Staaten (und wenn man so will, mit Österreich in drei Staaten) zerschlagen. Ausländische Truppen blieben bis in die neunziger Jahre in Deutschland stationiert, im Westen Deutschlands bis heute. Deutschland war nach 1945 wieder, wie nach dem Westfälischen Frieden 1648 bis 1870/1871, potentielles Schlachtfeld. In einem Ost-West-Konflikt, wenn er denn ausbrach, war Deutschland als "Kriegstheater" (NATO-Jargon) vorgesehen. Atomraketen der Sowjetunion, der USA, aber auch Frankreichs waren auf deutsches Territorium gerichtet.

Ein militärischer Konflikt sollte, soweit möglich, auf Deutschland (und kleinere Nachbarländer) eingegrenzt werden. Der Streit um die Nachrüstung (SS 20, Pershing II) Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts drehte sich nicht zuletzt um diese Frage.

Diese drastische Darstellung ist notwendig, um deutlich zu machen, um welche Entscheidungen es 1914 eigentlich ging. 1914 begann von deutscher Seite ein kopfloser Krieg, der mit einer Art Wiederholungszwang im Zweiten Weltkrieg 1945 endete. Dem jungen deutschen Nationalstaat war es nicht gelungen, sich in das europäische Mächtesystem einzupassen, einzuordnen, sich mit den Nachbarn so zu arrangieren, daß sie sich mit diesem neuen Machtfaktor abfanden, ihn hinnahmen, dauerhaft akzeptierten.
Nun wäre es verfehlt, dieses Manko allein dem Deutschen Reich zur Last zu legen. Die wechselseitige Akzeptanz neuer Machtverhältnisse ist ein Prozeß, der auch das Verantwortungsbewußtsein der anderen Großmächte mit einfordert und stets Zeit in Anspruch nimmt. Notwendig wäre ein Zusammenspiel gewesen.
Die Deutschen orientierten sich am mythischen Vorbild des preußischen Staates, der unter Friedrich II sein Überleben, seinen Aufstieg und die Akzeptanz der anderen Mächte mit militärischen Mitteln erreicht hatte. Es war freilich eine Fehleinschätzung, die das Preußen Friedrich II mit dem Deutschen Reich Bismarcks gleichsetzte. Preußen hatte unter Friedrich II das europäische Machtgefüge nur modifiziert, nicht gesprengt. Das Deutsche Reich von 1870/1871 stellte es in Frage.
Die traditionellen europäischen Mächte, England, Frankreich, Rußland hielten an ihren in Jahrhunderten erkämpften und bewährten Machtinteressen fest. Das multipolare Machtgefüge Europas geriet damit aus den Fugen. Die Mächte fielen auf die traditionelle Form der Krisenbewältigung durch Krieg zurück. Über die verheerenden Konsequenzen war man sich 1914 nicht im Klaren. Europa verlor in den folgenden Kriegen seine Weltstellung. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 23.11.2013) (x887/...): >>**Wider die Alleinschuldthese**
Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte
Der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt, wobei der Autor an die Regierungen denkt, die 1914 bis 1919 die Geschicke der Mächte leiteten.
Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".
Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.
Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen.
Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.
Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den

Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.
Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.
London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.
Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete. Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.
Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte.
Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats.
Hans Fenske: "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918", ... München 2013 ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete später (am 10.05.2014) über den angeblichen "deutschen Angriffskrieg": >>100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg scheint jeder zu wissen, was 1914-1918 geschah: Die Deutschen haben den Krieg begonnen! Kaiser Wilhelm II. war kriegslüstern wie sein Volk!
Falsch, sagt der Berliner Historiker und Buchautor Jörg Friedrich ("14/18 - Der Weg nach Versailles"). Im BILD-Interview räumt er mit großen Irrtümern über den Ersten Weltkrieg auf.
BILD: "Deutschland ist Schuld am Ersten Weltkrieg" - richtig oder falsch, Herr Friedrich?
Friedrich: "Falsch, denn Schuld ist keine Kategorie für Historiker. Fakt ist: Alle Beteiligten - Deutschland, Österreich, Rußland, Frankreich, England - sind in diesen Krieg hineingerutscht. Ende Juni 1914 ermordeten serbische Verschwörer in Sarajewo den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand. Österreichs Kaiser mußte reagieren, auch heute ließe keine Großmacht so ein Attentat ungestraft. Wien stellte härteste Bedingungen an Serbien, wollte aber eigentlich angreifen - im Grunde eine lokale Rangelei. Nur weil Rußland an Serbiens Seite eingriff, wurde ein Problem der Großmächte daraus. Denn Deutschland stand auf der anderen Seite, als Bündnispartner Österreichs." ...
BILD: Kommen wir zum zweiten Vorurteil: War Wilhelm II. kriegslüstern?
Friedrich: "Nein, selbst die Franzosen verulkten den deutschen Kaiser als "Wilhelm, den Furchtsamen". Deutschland war die einzige Großmacht, die seit ihrer Gründung 1871 noch keinen einzigen Krieg geführt hatte, Wilhelm hatte das beste Heer des Kontinents, aber militärisch war er Jungfrau, trotz seines martialischen Auftretens." ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 25. Juli 2014) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Einfluß der britischen Freimaurer vor dem Ersten Weltkrieg (x967/…): >>**Okkulte Einflüsse im englischen Imperialismus vor dem 1. Weltkrieg**

Der Einfluß des Okkultismus auf die britische Politik ist allgemein wenig bekannt oder wird in seiner Bedeutung unterschätzt. Schon im vorigen Artikel hatten wir den Hinweis des Historikers Markus Osterrieder zitiert, daß gerade in der imperialistischen Bewegung um Alfred Milner ein tiefes Interesse an okkultistischen und spiritistischen Phänomenen, "die seit 1852 immer mehr Menschen auf der britischen Insel in ihren Bann schlugen", verbreitet war. (M. Osterrieder: *Welt im Umbruch*, Stuttgart 2014, S. 805).

Trotz der allgemeinen Neigung zum Materialismus gaben sich viele Engländer doch nicht mit platten Welterklärungen zufrieden, sondern versuchten, in den metaphysischen Hintergründen des irdischen Lebens Antworten auf Rätselfragen des Daseins zu finden. Und insbesondere Politiker strebten durch spiritistische Praktiken danach, Leitlinien für ihr Handeln aus einer spirituellen Welt zu erhalten. Das kann man als Humbug abtun. Aber damit verbaut man sich den unvoreingenommenen Blick auf historisch wirksame Kräfte. Und um deren Beschreibung geht es.

Die okkultistischen Bestrebungen W. T. Steads

Ein enger Freund Alfred Milners, der Journalist William Thomas Stead (1849-1912), der "eine der eigentümlichsten Persönlichkeiten seiner Zeit und eine beherrschende Gestalt im öffentlichen Leben der Insel" war, besuchte seit 1881 spiritistische Sitzungen. Eine eigene mediale Begabung, die des automatischen Schreibens (s. Wikipedia unter Séancen) trat bei ihm erstmals 1892 auf, durch das er "regelmäßig Nachrichten von 'Verstorbenen' über das 'schreibende Telefon´" empfing. Bereits Mitherausgeber der angesehenen Abendzeitung Pall Mall Gazette, gab er ab 1894 die Vierteljahreszeitschrift Borderland heraus, um das, "was die Society for Psychical Research für einige Auserwählte getan hat", für das große Publikum zu erreichen. (Osterrieder, S. 828f.)

Weltweit berühmt wurde W. T. Stead 1897 … durch die Veröffentlichung von Mitteilungen, die ihm unter dem Namen einer verstorbenen Bekannten, Julia Ames, kundgetan wurden. Das Buch erfuhr zahlreiche Auflagen und Übersetzungen.

Von "Julia" empfing er eine Meditationstechnik, die er "Rosenkranz" nannte: In einem Notizbuch schrieb er alle Namen von Personen und Sachen nieder ("die Gefährten des Rosenkranzes"), zu denen er in irgendeiner Beziehung stand.

Jeden Morgen ging er nach dem Aufwachen in Gedanken jeden einzelnen Namen mit der Frage durch: Was kann ich hierfür tun? Was sollte ich tun? Er hatte dabei auf alle Einfälle zu achten, die ihm spontan zukamen. Lord Milner, der für Steads "Gespenster" angeblich nicht viel übrig hatte, übernahm diese okkulte Technik gerne für seine eigenen, zumeist politischen Zwecke: "Der Rosenkranz ist ausgezeichnet, und ich werde ihn übernehmen und Dich zu einem meiner Gefährten machen."

1909 richtete Stead das "Büro Julia" ein, welches den "okkulten Kontakt" zwischen den beiden Sphären aufrechterhalten sollte, um "jenen, die ihre Verstorbenen verloren hatten, die sich um Freunde und Verwandte sorgten, erneut eine Verbindung mit ihnen zu ermöglichen." Dabei kam er auf die Idee, für seine Zeitung "Tote" zu "interviewen". 1909 gab etwa der längst verstorbene W. E. Gladstone (früherer Premierminister) auf einer Séance zum Besten, was "er" von dem neuen britischen Haushalt hielt. Das "Interview" erschien im Daily Chronicle unter der Schlagzeile: "Erstaunliches Geist-Interview. Der verstorbene Mr. Gladstone über den Haushalt" (a.a.O. S. 830).

Was auch immer an der Sache mit Gladstone dran war: Stead versuchte, echte oder fingierte okkulte Offenbarungen in den Dienst praktischer Politik zu stellen. Dies nahm noch ganz andere Ausmaße an. Wie Milner ein "Enthusiast für die Rasse und das Empire", bemühte er sich

in der britisch-russischen Auseinandersetzung um die Vorherrschaft in Zentralasien (Great Game) hartnäckig um eine Annäherung zwischen beiden Ländern, "verweigerte sich konsequent der grassierenden Russophobie und riet der britischen Regierung, Rußland endlich als Partner im Prozeß der 'Zivilisierung' Asiens und Schutzmacht der christlichen Slawen auf dem Balkan gegenüber dem Islam anzuerkennen."
Dazu pflegte er seit 1877 enge Kontakte mit der spirituellen kosmopolitischen Russin Olga Novikova, die als inoffizielle Vertreterin der panslawischen Sache in London und Moskau wirkte. Sie machte ihn 1888 mit ihrer Freundin, der Okkultistin Helena P. Blavatsky bekannt, der Mitbegründerin und spirituellen Führerin der Theosophischen Gesellschaft, die in ihm "einen guten Theosophen" sah.
"Nach 1905 kam Stead während einer spiritistischen Sitzung in Kontakt mit einer Entität, die sich als 'Catherine' zu erkennen gab." In ihm bildete sich die Überzeugung, daß es sich um den Geist der Zarin Katharina der Großen (1729-1796) handele, die ihn auserwählt habe, "Botschaften über die Zukunft der slawischen Völker mitzuteilen.
Am 4. Dezember 1908 beauftragte Stead sein reguläres Medium Kathleen Harper, sie möge 'Catherine' bitten, einen Artikel über 'die allgemeinen Unruhen und die Perspektiven im Nahen Osten' zu channeln, den er unter seinem Namen veröffentlichen würde. ... Sie können sie fragen, was sie über diese Idee denkt, und ob sie es vorziehen würde, mit Ihrer Hand (automatisch) zu schreiben oder mit meiner. Ich meine, es wäre großartig, sie wieder in die Magazinliteratur einzuführen."
"Auf diese merkwürdige Weise entstand ein Artikel, unter dem Titel 'Die Ankunft der Slawen', den Stead im Januar 1909 in der Contemporary Review veröffentlichte. Der Artikel war ein panslawistisches Manifest über die Entstehung von Slavonia, einer 'Föderation oder Föderationen von selbstregierten Staaten', 'von Petersburg bis Prag und von Prag bis Adrianopel' (das ostthrakische Edirne). ... Einer solchen Morgendämmerung müsse jedoch erst die Verbindung von Slawentum und (trotz allem would-be Imperialism) britischer Politik vorangehen" (a.a.O. S. 833, 834).
Dies bräuchte hier nicht so ausführlich geschildert zu werden, wenn diese Verbindung von Slawentum und britischer Politik sich nicht erstaunlicherweise realisiert und im Vorfeld des Ersten Weltkrieges zu einer Mächtekonstellation geführt hätte, die an seinem Ausbruch wesentlichen Anteil hatte.

Cecil J. Rhodes und seine Geheimgesellschaft

"Am 4. April 1899 hatte Stead den südafrikanischen Imperialisten Cecil J. Rhodes (1853-1902) kennengelernt", der wie Milner und seine Freunde seit seiner Jugend unter dem Einfluß der imperialistischen Ideen des Oxforder Kunsthistorikers John Ruskin stand und "sie zeitlebens als Inspirationsquelle für sein Handeln betrachtete."
Rhodes wollte sein riesiges, in Südafrika durch Gold- und Diamantenminen und an der Börse erworbenes Einkommen von über 1 Million Pfund jährlich (heute über 8 Millionen Euro) "zu und für die Einrichtung, Förderung und Entwicklung einer Geheimgesellschaft" widmen, "deren wahres Ziel und Zweck die Ausdehnung der britischen Herrschaft über die ganze Welt sein wird."
Nach der "letztendlichen Rückgewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integralem Bestandteil des Britischen Empire" entstehe "eine so große Macht, die Kriege unmöglich machen und das Wohl der Menschheit fördern werde (a.a.O. S. 841f.).
Während seines Studiums in Oxford wurde Rhodes Mitglied der Freimaurer-Apollo-Loge Nr. 357, Orient of Oxford, wo er am 17.4.1877 zum Master Mason erhoben wurde. Er trat ferner der Prince Rose Croix Loge Nr. 30 bei, einer Loge der Schottischen Hochgradmaurerei in Oxford. Von 1868-1914 wurden in der Apollo University-Loge 1.271 junge Männer der britischen Oberschicht eingeweiht, also jährlich im Schnitt 28 Personen. Darunter befand sich

auch der Prince of Wales und spätere König Edward VII, ferner der von 1905-1916 als britischer Außenminister wirkende Sir Edward Grey.
"Bereits im Alter von 24 Jahren war Rhodes zu seiner Überzeugung gelangt, die er 1877 in einem 'Glaubensbekenntnis' niederschrieb:
Ich behaupte, daß wir das vortrefflichste Volk der Welt sind; je weiter wir uns in der Welt ausbreiten, desto besser für die Menschheit. … Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werde ich Mitglied des Freimaurerordens. Ich sehe den Reichtum und die Macht, die sie besitzen, den Einfluß, den sie ausüben ... Warum sollte man nicht eine Geheimgesellschaft bilden mit einem einzigen Ziel - der Förderung und Erweiterung des Britischen Empire, um die gesamte, noch nicht zivilisierte Welt unter britische Herrschaft zu bringen, um die Vereinigten Staaten zurückzugewinnen und die Angelsachsen in der ganzen Welt zu einem einzigen Empire zusammenzufassen. ...
Es ist unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, mehr Land zu erwerben, und wir sollten uns diese Idee beständig vor Augen halten: Mehr Land bedeutet einfach mehr von der angelsächsischen Rasse, mehr von der besten, menschlichsten, ehrenhaftesten Rasse, die die Welt besitzt. Um einen solchen Plan zu fördern, wäre eine Geheimgesellschaft eine großartige Hilfe, eine nicht öffentlich bekannte Gesellschaft, sondern eine, die im geheimen für ein solches Ziel arbeitet. ...
Schaffen wir dieselbe Art von Gesellschaft oder Kirche (wie die römische Kirche) für die Ausdehnung des Britischen Empire, eine Gesellschaft, die in jedem Teil des Britischen Empire ihre Mitglieder hat, die für ein einziges Ziel, für eine einzige Idee arbeiten, die ihre Mitglieder an unseren Universitäten und in unseren Schulen unterbringt und darauf achtet, daß die englische Jugend durch deren Hände geht. ... Die Gesellschaft sollte Teile der Presse inspirieren oder sogar besitzen, denn die Presse beherrscht das Bewußtsein anderer Menschen (a.a.O. S. 842, 843).
Von der Verwirklichung dieses Planes war er sein Leben lang besessen. 1888 erläuterte er in einem Brief an Nathan Rothschild, den er ins Vertrauen gezogen und zum Treuhänder seines Vermögens gemacht hatte, wie die geplante Gesellschaft zu organisieren sei: "Nehmen Sie die Satzung der Jesuiten und ersetzen Sie 'römisch-katholische Religion' durch 'Englisches Empire'."
Der Orden sollte als "eine Kirche zur Ausdehnung des Britischen Empire" funktionieren, um die Menschen zu unterweisen, dafür so zu arbeiten, "wie die Jesuiten für die römische Kirche arbeiteten." Doch Nathan Rothschild schien unfähig, seine Gedanken voll zu verstehen, so daß er W. T. Stead zu seinem weiteren Treuhänder machte. Stead unterstützte ihn voll und ganz darin, anstelle einer britischen Vorherrschaft eine English-speaking union unter Einschluß der USA anzustreben.
Rhodes und Stead, die fortan von "unserer Idee" sprachen, schwebte vor, das zentralistische Papsttum des 9. Jahrhunderts, das Nikolaus I. geschaffen hatte, als Modell für die geplante Geheimgesellschaft zu übernehmen, um ein "Papsttum der englischsprechenden Idee" einzurichten, das nur den veränderten Gegebenheiten der Neuzeit angepaßt werden müsse. "Das Papsttum muß verwestlicht, anglisiert oder amerikanisiert werden", um "Freiheit und lokale Selbstverwaltung" aufzunehmen, deswegen benötige man "einen Papst, der englisch denkt." (S. 847)
Nachdem W. T. Stead Cecil Rhodes mit den geistverwandten Earl Albert Grey, Alfred Milner und Reginald Baliol Brett (Lord Esher) bekannt gemacht hatte, nahmen 1891 die Pläne der "Geheimgesellschaft" konkretere Gestalt an. "Lord Esher war einflußreichster Berater des Prinzen von Wales und späteren Königs, Edwards VII., welcher auch den Freimaurergrad eines Großmeisters der Vereinigten Großloge von England innehatte.
Während seiner Regentschaft (1901-1910) empfing Edward VII. von Brett, der seitdem als

Lieutenant-Governor von Windsor Castle diente, täglich einen ratgebenden Brief. Der Prinz von Wales war überzeugter Imperialist und wie Rhodes und Rosebery der Auffassung, daß die Welt soweit wie möglich unter die Herrschaft des höherwertigen Angelsachsentums fallen solle." (A.a.O. S. 854)

Brett war es, der Stead mit eigenhändig geschriebenen anonymen Artikeln und mit internen Informationen aus dem Kabinett der Regierung Gladstone versorgte, um auf diese Weise auf den politischen Kurs von Gladstones Druck auszuüben. Schließlich mußte Gladstone im März 1894 vom Posten des Premierministers zurücktreten und wurde von Lord Rosebery abgelöst, der als Liberaler Imperialist dem Kreis um Rhodes, Stead, Brett und Milner nahestand.

Stead wiederum notierte, wie man sich am 5.2.1891 die Funktionsweise der 'Gesellschaft' vorgestellt hatte: "… die ideale Regelung wäre, soweit es für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt ersichtlich ist: Rhodes, General der Gesellschaft; Stead, Brett und Milner bilden die Junta der Drei.

Nach Rhodes wäre Stead General, mit einem dritten in Nachfolge, möglicherweise (Nathan) Rothschild; dahinter bilden (der katholische Kardinal Henry) Manning, die Booths (General William Booth von der Heilsarmee und Bramwell Booth), Klein-Johnston (H. H. Johnston, Eroberer von Kenia und Nyasa-Land), Albert Grey, Arthur Balfour einen Kreis von Initiierten. Eine Assoziation der Helfer wird nachfolgen." (S. 855)

Der eng gefaßte "Kreis der Eingeweihten" hatte 1891/92 konkrete Gestalt angenommen, blieb aber im Hintergrund. In den Vordergrund trat die von Rhodes finanzierte Vergabe von Stipendien, "mit deren Hilfe die jugendliche Elite aus den Kolonien und den USA, aber auch aus Deutschland, an der Universität Oxford im britischen Geist erzogen werden sollte," um so "dem inneren Orden der imperialen 'Kirche' das benötigte 'Fußvolk' zu verschaffen - nämlich Menschen, die in ihren Gedanken-, Willens- und Empfindungsformen tief von der in Oxford herrschenden 'Aura' vorgeprägt sein sollten" (S. 857). Jährlich gelangen so seit 1904 knapp 70 Studenten nach Oxford; wegen der Stipendien-Dauer von 3 Jahren befinden sich zu jeder Zeit rund 205 Stipendiaten dort. (S. 870).

Der wachsende Einfluß Alfred Milners

Um 1900, wenige Jahre vor dem Tode Cecil Rhodes, verlor W. T. Stead dessen Vertrauen, "weil er sich öffentlich gegen das Vorgehen der Limps im Burenkrieg gewendet hatte" (in dem Rhodes und Alfred Milner die treibenden Kräfte waren) und sich auch nicht an die Geheimhaltungspflicht hielt. Doch trotz seiner Kriegskritik organisierte er 1899 in der Presse eine Invasionshysterie gegen Deutschland.

Er streute das nachhaltige, vom Foreign Office weiter verwendete Gerücht, Berlin organisiere eine antibritische Koalition und bereite eine Invasion der britischen Inseln vor. Die Wirkung der so erzeugten Hysterie in der Öffentlichkeit sollte die gesamte Zeit bis zum Kriegsausbruch 1914 mitbestimmen. (S. 863, 864)

An seiner Stelle rückte Alfred Milner zum geistigen Nachfolger von Rhodes auf, der kurz vor seinem Tod sagte: "Vertraut immer Milner." Und er setzte ihn in seinem letzten Testament zum Treuhänder seines Vermögens (Rhodes-Trust) und der Stipendienvergabe ein. So führte Milner nach 1902 die Gedanken von Cecil Rhodes in selbständiger Weise aus. Organisationssekretär des Trusts wurde sein alter Freund und Inspirator aus Oxford, der Kanadier Sir George Parkin (1846-1922), "der nach Aussage seines Schwiegersohns 'Gott und Oxford und das Britische Empire niemals richtig auseinanderhalten konnte.'

Als Vorsitzender des Treffens des Royal Colonial Institute am 13. November 1906 erörterte Parkin das Ziel einer engeren imperialen Föderation der englischsprechenden Völker mit dem Verweis auf 'die kommende existentielle Krise´(worunter ein kommender Krieg verstanden wurde), in der 'wir als vereintes Volk aus den verschiedenen Teilen der Welt handeln werden." (S. 867-869)

"Miners Mitarbeiter, Leo Amery, bekannte rückblickend im Jahre 1952: Wenn auch die Vision von Rhodes stammte, so war es doch Milner, der gut zwanzig Jahre hindurch verläßlich die Grundfesten eines Systems errichtete, dessen Macht, die Lebensanschauung und die geistige Verwandtschaft einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Menschen in der gesamten englischsprechenden Welt zu formen, nur schwerlich übertrieben werden kann." (S. 870)
"Milner knüpfte nach 1902 beständig neue Fäden. Allmählich bildeten sich mehrere lockere Kreise und Gruppen, deren Mitglieder in den meisten Fällen keineswegs das gesamte Geflecht überblickten. Milners alter Studienfreund Arthur Glazebrook sprach 1914 von einer 'Armee von Milnerianern', die allesamt von deiner Führung und Inspiration abhängen". (S. 871)
Die sehr guten Kontakte zu dem amerikanischen Bankier J. P. Morgan, der sich im Sommer oft mit König Edward VII. in England zu Golf- und Jagdpartien traf, sollten Lord Milner ebenfalls noch zugutekommen. "Schließlich wurde er vor dem Krieg Großaufseher der Vereinigten Großloge von England, der König Edward VII. als Großmeister vorstand." (S. 872)
Durch die Freimaurerei und seinen langjährigen Mentor Lord George Goschen (1831-1907, Erster Lord der Admiralität 1871-1874 und 1895-1900, Schatzkanzler 1887-1892) öffnete sich ihm ein weiterer Kreis einflußreicher konservativer Politiker, die von Robert Gascoyne-Cecil (Lord Salisbury 1831-1903, Premierminister 1886-1892, 1895-1902 und Kanzler der Universität Oxford 1869-1903) sowie - nach dessen Tod - von Arthur James Balfour (1848-1930, Schatzkanzler 1895-1902, Premier 1902-1905) dominiert wurden.
"Die Angehörigen des 'Cecil-Clans' prägten das gesellschaftliche Leben in vornehmen Londoner Dinnerclubs ... und bestückten mit Hilfe von zahllosen Verwandtschafts- und Heiratsbeziehungen das politische Leben, das Erziehungs- und Pressewesen der britischen Insel mit Männern ihres Vertrauens. Durch sie erhielt Milner den politischen Einfluß, den er zur Durchsetzung seiner Ziele benötigte" (S. 872-873).<<
Der niederländische Autor Mees Baaijen schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>… Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...
Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.
All das wird listigerweise als die einzige Lösung ausgegeben, um regionales oder globales Chaos und Krieg durch "Frieden, Demokratie und Wohlstand" zu ersetzen - und zwar unter der verdeckten Kontrolle der internationalen Bankiers.
… Zigtausende an Publikationen wurden nach den Vorgaben der falschen amtlichen Darstellung geschrieben, in der unglückliche Zufälle die hauptsächliche und unbedarfte Erklärung für das ganze Gemetzel und Blutvergießen abgeben. Uns allen wurden die gleichen Geschichten in der Schule oder an der Universität, bei feierlichen Gedenkfeiern und auf Mahnmalen, im Fernsehen und im Kino und über unzählige reißerische und seriöse Bücher eingetrichtert. Die großen Lügen wurden so in unserem Geist als die Wahrheit eingeprägt, daß sie zum Teil unse-

rer Identität geworden sind. …
Diese Tatsache ist den von den Bankiers eingesetzten "Managern der Wahrnehmung" natürlich wohlbekannt. Wenn uns also die Wahrheit erzählt wird - die Briten und Amerikaner hätten das Blutbad des Ersten Weltkrieges vorbereitet und betrieben, und der Zionismus und Kommunismus in Rußland und anderswo seien von den internationalen Bankiers zu Gunsten ihres Projekts Neue Weltordnung finanziert und aufgebaut worden -, dann lehnen wir den Berichterstatter sofort als irrationalen, paranoiden, verrückten und wahrscheinlich gewalttätigen "Verschwörungstheoretiker" ab.
Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von *1984* oder *Schöne Neue Welt.* 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politkern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.
Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<
Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>… Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.
Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. …<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 27. Juni 2019) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die angebliche Kriegsschuld der Deutschen (x940/…): >>**Versailles 1919 - Die Unterwerfung Deutschlands unter das Kriegsschuld-Diktat**
Am 28. Juni 2019 jährte sich zum 100. Mal der Tag, an dem die Vertreter Deutschlands erpreßt wurden, das Versailler Diktat zu unterzeichnen und die Lüge von der deutschen Kriegsschuld zu akzeptieren - ein folgenschweres Ereignis, das die weitere äußere und innere Zerstörung Mitteleuropas bis heute bestimmt hat. Um so wichtiger ist es, die wahren Kriegstreiber aufzuzeigen, wie sie heute nachgewiesen werden können. Der Deutsch-Franzose Cyril Moog stellt aufgrund der Forschungen schottischer Historiker übersichtlich das Netzwerk dar, das gegen Mitteleuropa geknüpft wurde (Herbert Ludwig).
Ein Gastbeitrag von Cyril Moog
"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."
So lautet der Artikel 231 des "Friedensvertrages" von Versailles, den die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 im Schloß von Versailles unterzeichnen mußte, um nicht zu riskieren, daß Deutschland besetzt und die britische Seeblockade, die zu Hunderttausenden von zivilen To-

ten in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch in neutralen Staaten wie Dänemark führte, weiterhin aufrecht erhalten werden würde.
Dagegen vertritt der australische Historiker Christopher Clark die These, daß die "Schuld" für den Ersten Weltkrieg keineswegs bei einem einzigen Akteur zu finden sei. Vielmehr sieht er die Ursache in einer verhängnisvollen Kette von Entscheidungen verschiedener Akteure, die zum Krieg geführt haben sollen.
Mit seinem Titel *The Sleepwalkers* (deutsch: *Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, 2012) greift Clark das scheinbar versöhnliche Diktum des ehemaligen britischen Premiers David Lloyd George aus den 1920er Jahren auf, demzufolge keine der europäischen Mächte den großen Krieg wirklich gewollt habe. Vielmehr seien sie alle mehr oder weniger schlafwandelnd blind in die Katastrophe "hineingeschlittert".
Was, wenn es einen solchen Kriegswunsch eben doch gegeben hat? Was, wenn der Krieg erwünscht und von langer Hand geplant gewesen ist - allerdings nicht von deutscher Seite? In ihrem 2013 erschienenen Buch *Hidden History: The Secret Origins of the First World War* offenbaren Gerry Docherty und Jim Macgregor, wie unser Bild von den damaligen Ereignissen in einem ganzen Netz vorsätzlicher Lügen besteht, das die damaligen Siegermächte sorgfältig gestrickt haben, damit es sich tief in der Psyche festsetzt.
Die beiden schottischen Historiker stützen sich dabei auf Fakten und Indizien, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ans Tageslicht gekommen sind: Tatsächlich habe nicht Deutschland den Ersten Weltkrieg zu verantworten, sondern ein einflußreicher Zirkel in Großbritannien, der lange vor Beginn des Krieges die militärische Niederwerfung Deutschlands angestrebt habe.

Am Anfang war die Angst

Die bislang weitgehend unbekannte Geschichte, wie eine geheime Elite die Menschheit in den Ersten Weltkrieg stürzte, beginnt mit der Angst: der gemeinsamen Furcht einiger Angehöriger der englischen Oberschicht, daß eine Wachablösung anstehen würde, sollte nicht sehr bald etwas äußerst Radikales geschehen. Deutschland war drauf und dran, in wichtigen Bereichen wie Technik und Forschung, Industrie und Handel an England vorbeizuziehen.
Daraufhin wurde im Jahr 1891 in London von Mitgliedern der englischen Herrscherklasse eine Geheimgesellschaft gegründet, deren Ziel nichts Geringeres als die Weltherrschaft war. Zu diesem Zweck sollte das *British Empire* reformiert und auch die engen Verbindungen zwischen Großbritannien und den USA erneuert werden. *"Im innersten Kreis des von Cecil Rhodes gegründeten und finanzierten Geheimbundes stand eine handverlesene Gruppe von Männern, die heimlich die britische Kolonial- und Außenpolitik kontrollierte."*
Dazu gehörten William T. Stead, einer der einflußreichsten Journalisten seiner Zeit, und Lord Esher, der in den letzten Regierungsjahren Queen Victorias die Interessen des Königshauses vertrat und sowohl unter König Edward VII. als auch unter König George V. die imperiale Politik steuerte. Die Gesellschaft konnte zudem auf den großen Einfluß zurückgreifen, den die Familien Salisbury und Rosebury schon seit Langem in der britischen Politik innehatten. Auch King Edward VII. und die dem britischen Establishment sehr nahestehende internationale Bankiersfamilie der Rothschilds konnte miteingebunden werden. …

Südafrika

Mithilfe massiver Investitionen seitens der Familie Rothschild war Cecil Rhodes in der Lage, mit Gold und Diamanten in Südafrika ein enormes Vermögen anzuhäufen. Hinzu kam, daß die Krone ihm die Erlaubnis erteilte, die *British South Africa Company* zu gründen, durch die er in den Genuß einer eigenen privaten Polizei und einer Armee kam, mit deren Hilfe den Eingeborenen auf brutale Weise mehr und mehr Land abgenommen wurde.
Als der Geheimbund um Rhodes den Entschluß gefaßt hatte, sich das Transvaal-Gold zu sichern, wurde ein unausgegorener Plan für eine Invasion entwickelt, die dann auf peinliche

Weise scheiterte. Daraufhin übernahm Alfred Milner, ein enger Vertrauter von Cecil Rhodes, die Leitung. Es gelang ihm, zum Hochkommissar der Kapkolonie ernannt zu werden, nur um anschließend einen erneuten Krieg gegen die Buren vom Zaun zu brechen.
Während der Kampfhandlungen wurden den Briten jedoch mehrere schwere Niederlagen zugefügt. *"Das britische Heer brauchte nicht lange, um eindrucksvoll zu beweisen, daß es für den Krieg in Südafrika nicht geeignet war."*
Das Blatt wendete sich erst am Anfang des Jahres 1900, nachdem Feldmarschall Lord Roberts und dessen Stabschef General Lord Kitchener mit 60.000 Mann Verstärkung in Südafrika eingetroffen waren.
Als die Buren zu einem für die Briten äußerst verlustreichen Guerillakrieg übergingen, wandte Kitchener eine Strategie der "verbrannten Erde" an: Die Farmen in den Guerillagebieten wurden zerstört, die Ernten vernichtet und an die 120.000 Farmbewohner, vor allem Frauen und Kinder, in von Alfred Milner abgesegnete Konzentrationslagern interniert. Aufgrund katastrophaler Lebensbedingungen starben 26.000 Frauen und Kinder an Hunger und Krankheiten.
1905 kehrte Milner dann nach Großbritannien zurück, von wo er das nächste Ziel besser anvisieren konnte: das deutsche Kaiserreich.

Deutschland wird ins Visier genommen

Deutschlands wirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Aufstieg wertete die Geheime Soziopathen-Elite um Alfred Milner - Cecil Rhodes war bereits im Jahr 1902 verstorben - als direkte Bedrohung für ihre Weltherrschaftspläne. Zunächst würde man Verbündete für den Waffengang gewinnen müssen, die marode Armee mußte generalüberholt werden und auch die Royal Navy würde ihren historischen Vorsprung nicht einbüßen dürfen.
Außerdem mußte man mit propagandistischen Methoden auch die Öffentlichkeit auf deutschfeindlichen Kurs bringen. König Edward VII., seit 1874 Großmeister der Vereinigten Großloge von England und Protektor der britischen Freimaurerei, ließ sich in die Pläne einbinden und wurde zum Architekten der *Entente Cordiale*, Lord Esher zum Dreh- und Angelpunkt der Bemühungen, die Armee zu modernisieren.

Marokko - der erste Versuch

In der bereits 1904 von London und Paris unterzeichneten *Entente Cordiale* wurden die britische Kontrolle über Ägypten und das Interesse Frankreichs an Marokko bekräftigt. Als Frankreich dazu ermutigt wurde, ein internationales Abkommen mit Marokko zu brechen, um Deutschland damit zum Krieg anzustacheln, schlug Kaiser Wilhelm II. jedoch vor, das Thema einfach auf einer Konferenz mit internationaler Beteiligung zu klären. Unterdessen lehnte das französische Parlament die Kriegstreiberei des französischen Außenministers Théophile Delcassé ab, der die volle Rückendeckung durch König Edward VII. genoß, und zwang ihn zum Rücktritt. Die Geheime Elite erkannte, daß man die französische Regierung erst noch viel gründlicher würde korrumpieren müsse.

Ein weiterer Verbündeter - das Zarenreich

Auch das Zarenreich sollte zu einem Bündnispartner gegen Deutschland gemacht werden. Mit Hilfe des russischen Außenministers Alexander Iswolski, der von der Geheimen Elite finanziert wurde und fortan einen Bündniskurs mit Großbritannien verfolgte, wurde 1907 ein Abkommen unterzeichnet, das Streitfragen zwischen den beiden Mächten in Afghanistan, Persien und Tibet löste.
Um Rußland schließlich in die *Entente Cordiale* einzubinden, wurde King Edward VII. 1908 nach Reval entsendet, wo er sich mit dem Zaren traf. Edward ließ sich zu dem Treffen von seinen Beratern aus der Geheimen Elite und Mitgliedern des *Committee of Imperial Defence* begleiten, der Zar vor allem von Außenminister Alexander Iswolski, der nicht damit aufhörte, die Balkanstaaten gegen Deutschland und Österreich-Ungarn aufzustacheln. Die Bewegung für ein Groß-Serbien wurde dabei ermutigt, ihre Rachepläne nicht aufzugeben und sich auf

spätere Einsätze vorzubereiten.

Eine neue Regierung in England

Noch während sich die Regierungszeit der Konservativen dem Ende näherte, hatten die Konservativen unter Balfour und Landsowne einen geheimen Unterausschuß ins Leben gerufen: das *Committee of Imperial Defence*. Das Gremium nahm geheime Militärgespräche mit Frankreich und Belgien auf. Das Thema: Wie würde man bei einem Krieg gegen Deutschland vorgehen? Als schließlich ein Regierungswechsel anstand, konnte die geheime Elite H. H. Asquith zum Premierminister machen, Richard Haldane zum Kriegsminister und Edward Grey zum Außenminister, so daß die Außenpolitik nahtlos fortgesetzt werden konnte.

Alle drei waren enge Freunde und Bewunderer Alfred Milners, mit dem sie regelmäßig in Kontakt standen. Sämtliche Informationen zu ihren Aktivitäten verheimlichten sie vor dem liberalen Kabinett, um in aller Ruhe weiter auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich zuzusteuern. Während Außenminister Grey die Pläne für den Krieg weiter vorantrieb, gab Kriegsminister Haldane der Armee eine neue Struktur. Admiral Sir John Fisher wiederum verpaßte der Flotte eine radikale Modernisierung: die Kriegsschiffe sollten fortan mit Öl befeuert werden. Später übernahm Winston Churchill diese Aufgabe.

Die Reihen schließen sich

Die Geheime Elite wollte in der Öffentlichkeit das Gefühl vermitteln, daß Deutschlands Flottenbauaktivitäten eine Bedrohung für Großbritannien darstellten. Zu diesem Zweck förderte Lord Northcliffe in seinen Blättern ausgedachte Schauergeschichten über eine deutsche Invasion in England, ebenso über zahlreiche deutsche Spione, die angeblich verdeckt im Land agierten. Währenddessen wurden überall im Empire Ableger der Geheimgesellschaft gegründet, um die "Dominions" stärker zu einer Einheit zu verschmelzen und auf den Krieg vorzubereiten; auch die USA sollten stärker eingebunden werden.

Schon Cecil Rhodes hatte erkannt, daß die USA eine zentrale Rolle würden spielen müssen, wenn man eine Welt anstrebe, die von der "angelsächsischen Rasse" dominiert werden solle. In den USA sammelte sich die wirtschaftliche Macht immer stärker in einigen New Yorker Familiendynastien, darunter die Häuser Morgan und Rockefeller.

Auch die Rothschilds waren eng mit Morgan sowie mit anderen aufstrebenden Kreditinstituten wie etwa Kuhn, Loeb & Co., Jacob Schiff und Paul Warburg verbunden. Der Geldadel in den USA wirkte massiv auf die Präsidentschaftswahlen von 1912 ein, damit seine Marionette Woodrow Wilson zum Präsidenten gewählt wurde. Wilson ermöglichte anschließend die Gründung des Federal Reserve Systems im Jahre 1913, das US-amerikanische Zentralbankensystem, mit dem maßgeblich der Erste Weltkrieg finanziert werden konnte.

Der zweite Versuch - Fes und Agadir

1911 wurden Gerüchte einer Rebellion in Fes gestreut. Daraufhin setzte Frankreich ein großes Truppenkontingent in Marsch, das sich dann als Besetzungsarmee entpuppte. Deutschland protestierte lediglich, indem es ein kleines Kanonenboot nach Agadir entsandte. Dies wurde allerdings von der Geheimen Elite maßlos übertrieben: Man behauptete, Deutschland wolle in Agadir einen Marinestützpunkt errichten und von dort aus die Seefahrtswege bedrohen.

In Frankreich selbst widersetzte sich der neu gewählte Ministerpräsident Joseph Caillaux den Kriegshetzern und nahm Verhandlungen mit dem Deutschen Reich auf. Erneut also gingen die Deutschen nicht in die Falle und handelten schon wieder eine diplomatische Lösung aus. Die Geheime Elite würde die vollständige Kontrolle über die französische Regierung übernehmen müssen.

In ganz Europa, in Großbritannien und im Empire suchte sich die Geheime Elite Politiker und Diplomaten, die sie nach ihrem Willen formen konnte. In Paris setzte sie Alexander Iswolski, inzwischen russischer Botschafter in Paris, darauf an, den amtierenden französischen Ministerpräsidenten Caillaux zu schwächen, und ihn durch Raymond Poincaré ersetzen zu lassen,

einen überzeugten Revanchisten.
Unter Poincaré verwandelte sich das französisch-russische Bündnis von einem Verteidigungsabkommen hin zum Kriegsabkommen. 1914 hielten französische Banken über 80 Prozent der russischen Staatsschulden: Poincaré und seine Förderer koppelten die Darlehen an die Bedingung, daß Rußland sein Militär ausbaue und das Eisenbahnnetz so modernisiere, daß sich die Truppen schneller gegen Deutschland in Stellung bringen lassen könnten. Die Rothschild-Häuser in London und Paris arbeiteten Hand in Hand daran, Rußland über verschlungene Kanäle mit dem notwendigen Kapital zu versorgen.

Pulverfaß Balkan

Als das Jahr 1912 anbrach, war es der Geheimen Elite bereits zweimal mißlungen, das Deutsche Reich zu einem Krieg anzustacheln. Marokko schien sich also dafür nicht zu eignen, so daß Agenten der Geheimen Elite die schwelenden nationalistischen Spannungen auf dem Balkan anfachten mit dem Ziel, die ganze Region in einen Brandherd zu verwandeln.
Die Kommandokette lief vom Foreign Office zu Iswolski in Paris, weiter zu Außenminister Sergei Dmitrijewitsch Sasonow in Rußland und schließlich zum russischen Botschafter in Belgrad Nikolaus Hartwig, der als Panslawist die expansionistischen Bestrebungen Serbiens gegen Österreich-Ungarn unterstützte.
Außenminister Sasonow meldete dem Zaren, daß sich die Briten insgeheim verpflichtet hatten, Frankreich bei einem Krieg mit Deutschland zu unterstützen. Entsprechend ermutigt, taten sich die Russen mit dem serbischen Nationalisten Oberst Apis und dessen Organisation "Schwarze Hand" zusammen, um das Attentat gegen den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand vorzubereiten.
Als seine Ermordung gelungen war, sorgte die Geheime Elite dafür, daß sich die Morde in Sarajewo zu einer umfassenden Krise auswuchsen. Dabei erhielt Österreich-Ungarn zunächst eine Menge geheuchelter Unterstützung; auch Deutschland wurde mit Freundschaftsbekundungen und Sympathiebeteuerungen hinters Licht geführt.
Auf diese Weise wurde Graf Berchtold, seit 1912 österreichischer Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern, schließlich zu einer kühnen Reaktion ermutigt: Er würde der serbischen Aggression ein für alle Mal ein Ende bereiten. Mit anderen Worten: Er würde in die britische Falle tappen und Deutschland getreulich folgen. Wie bereits 1912 reiste der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré nach Sankt Petersburg und bekräftigte sein Versprechen, daß Frankreich, sollte Deutschland Österreich beistehen, an der Seite Rußlands in den Krieg ziehen würde.
Im Parlament, in der Presse und in Diplomatenkreisen wurde Deutschland unterdessen vorgelogen, daß sich die Beziehungen zu Großbritannien deutlich gebessert hätten. Dabei trieben die Agenten der Geheimen Elite ihre Vorbereitungen für die Zerstörung des Kaiserreiches immer weiter voran.
Serbiens Antwort auf Österreichs Forderungen setzte schließlich die Falle in Kraft, die man Graf Berchtold gestellt hatte. Während der deutsche Reichskanzler Bethmann Hollweg noch verzweifelt nach Wegen suchte, den Frieden zu wahren, und auch Graf Bechthold nun bereit war, "einen Schritt vom Abgrund" wegzutreten, genehmigte der Zar am 26. Juli eine Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte. Daß die Generalmobilmachung durch eine Großmacht die erste Kriegshandlung war, galt als allgemein akzeptierte Tatsache.
Am 1. August sandte der russische Botschafter Alexander Iswolski ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg: "Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe." Also fast 24 Stunden bevor Deutschland die Generalmobilmachung verkündet und Rußland den Krieg erklärt hatte. Um 16 Uhr gingen aus dem zentralen Telegrafenamt in Paris Telegramme mit dem Befehl der Geheimmobilmachung ab.

Zu diesem Zeitpunkt hatten auch Serbien, Österreich, Rußland, Frankreich und Großbritannien auf die eine oder andere Weise damit begonnen, ihr Militär vorzubereiten. Einzig das Deutsche Reich hatte noch nichts unternommen. Erst nachdem der Kaiser 24 Stunden lang vergeblich auf eine Antwort seiner telegrafischen Forderung gewartet hatte, Rußland solle sämtliche Truppenbewegungen entlang der Grenze einstellen, befahl er die Generalmobilmachung.
So entschloß sich das Deutsche Reich als letzte der europäischen Großmächte zu diesem unwiderruflichen Schritt, der ihm von der Entente Cordiale aufgenötigt wurde. "*Wie*", fragen Docherty und Macgregor, *"paßt das zu der Behauptung, Deutschland habe den Ersten Weltkrieg begonnen? … Was sonst hätte Deutschland tun können? Entweder geduldig die eigene Vernichtung abwarten oder zuschlagen, um sich zu verteidigen. Damit die deutschen Streitkräfte bei einem Zweifrontenkrieg überhaupt eine Chance hatten, mußten sie blitzartig Erfolge einfahren."*

Eine gerechte Sache

Der britische Außenminister Edward Grey wußte mittlerweile, daß die britische Öffentlichkeit nicht zum Krieg bereit wäre, wenn Deutschland nicht klar als Aggressor hingestellt werden könnte. Also benötigte er noch unbedingt eine vermeintlich gerechte Sache, um die Briten mit in den Krieg zu reißen: Man fand sie im "tapferen kleinen Belgien", das man vor den verachtenswerten "Hunnen" beschützen müsse.
Als der deutsche Botschafter in London den Vorschlag unterbreitete, daß Belgiens Souveränität gewahrt bliebe, insofern Großbritannien dafür seine Neutralität versprechen würde, bekam er von Außenminister Grey keine aufrichtige Antwort. Statt dessen log er, daß es vorläufig nicht die geringste Absicht gebe, feindlich gegen Deutschland vorzugehen. Auf diese Weise sorgte Grey dafür, daß jedes Angebot von Frieden und Neutralität aus Berlin abgelehnt oder zurückgehalten wurde.
Gleichzeitig zeigte er sich über das deutsche Verhalten überaus empört: Angeblich habe das Kaiserreich alle Bemühungen um Einigung abgetan, um stetig auf den Krieg zuzumarschieren. Dabei wußte er nur zu gut, daß Deutschland notwendigerweise durch Belgien würde marschieren müssen, um sich gegen Frankreich zur Wehr zu setzen.
Am Abend des 2. August übergab der deutsche Botschafter in Brüssel den versiegelten Brief, den Generaloberst Moltke, der Chef des deutschen Generalstabs, ihm vorher zur Aufbewahrung zugestellt hatte. In dem Schreiben hieß es, Deutschland habe verläßliche Informationen, daß Frankreich durch Belgien marschieren und das Kaiserreich angreifen wolle.
Deutschland sei als Reaktion darauf seinerseits gezwungen, in Belgien einzumarschieren. Wenn sich Belgien nicht in den Weg stelle, verspreche Deutschland, nach Ende des Krieges und mit Friedensbeginn das Territorium zu räumen, für alle entstandenen Schäden aufzukommen und die Lebensmittel zu bezahlen, welche von den deutschen Truppen verbraucht würden.
Sollte Belgien die deutschen Einheiten dagegen nicht widerstandslos passieren lassen, sehe Deutschland sich leider gezwungen, Belgien als Feind zu betrachten. Der belgischen Regierung wurden zwölf Stunden Zeit für eine Antwort gegeben, also bis 7 Uhr am Morgen des 3. August. König Albert I. von Belgien schickte Sir Edward Grey eine Botschaft: Belgien werde das deutsche Ansinnen ablehnen, man bitte um die Hilfe Großbritanniens.
Als nun endlich feststand, daß Deutschland die belgische Neutralität definitiv verletzen würde, ließ Außenminister Grey seine heuchlerische Maske fallen und *"machte sein Engagement für eine Sache öffentlich, die nicht benannt werden konnte - den Vernichtungskrieg, den die Geheime Elite gegen Deutschland führen wollte".*
Im Kabinett ging es nun schlagartig um die Loyalität gegenüber Belgien. Sollten die Briten einfach tatenlos mit ansehen, wie Belgien unter die Räder kommt, wäre der Ruf des Empire

auf ewig beschädigt. In Wirklichkeit hatte es bereits seit 1906 streng geheime Militärabkommen zwischen Belgien und Großbritannien gegeben: bis in die kleinsten Details hatten Briten und Belgier ihre Militärtaktik geplant und aufeinander abgestimmt.
Die Neutralität Belgiens war also nichts weiter als eine weitere Lüge, eine Täuschung, die man psychologisch sehr geschickt aufrechterhalten hatte, um die Briten vom Krieg gegen Deutschland zu überzeugen und die Deutschen als Bösewichter darstellen zu können. Nun erklärte Grey im Unterhaus, daß Großbritannien nicht tatenlos zusehen würde, sollte es zu einer Invasion Belgiens kommen, daß man Frankreich auf See unterstützen und Deutschland davon in Kenntnis setzen würde.
Am 3. August 1914 hielt Sir Edward Grey vor dem Unterhaus eine Rede, in der er noch einmal betonte, wie sehr er sich und seine Kollegen vom Foreign Office darum bemüht hätten, den Frieden in Europa zu bewahren. Er sprach vom furchtbarsten Verbrechen, das je die Seiten der Geschichtsbücher besudelte, dann eilte er aus dem Parlament, um Deutschland das schicksalhafte Ultimatum zu stellen - wohlwissend, daß die Besetzung Belgiens bereits im Gange war, die zentrale britische Forderung also nicht mehr zu erfüllen war. "Das Ultimatum war somit im Grunde eine Kriegserklärung."
Dann unterschrieb König George V. am Abend des 4. August 1914 im Buckingham Palace die offizielle Kriegserklärung. So bekam die Geheime Elite endlich ihren Krieg gegen Deutschland, den sie seit so vielen Jahren angestrebt und geplant hatte. Kaum begonnen, wurde das Kaiserreich auch schon propagandistisch mit Schuld überhäuft.
Vier Jahre später, am 11. November 1918, wurde nördlich von Paris, im Wald von Compiègne, in dem Eisenbahnwagon von General Foch der Waffenstillstand mit Deutschland unterzeichnet. *"Der Vertrag besagte, der deutsche Kaiser habe einen Expansionskrieg geführt und Europa tyrannisiert, während Großbritannien, Frankreich und Rußland alles getan hätten, um dies zu verhindern. Deutschland habe sich der schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Freiheit, die je eine Nation beging, die sich selbst als zivilisiert bezeichnet, schuldig gemacht. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln - Universitäten, Presse, Kirchenkanzeln und dem gesamten Staatsapparat - trug die Geheime Elite diese falsche Schuldzuweisung in die Welt hinaus. Sie diffamierte den Kaiser und Deutschland und glorifizierte die Entente-Mächte."*
Gleichzeitig mußte die tatsächliche Verantwortung der britischen Elite für den Krieg vertuscht werden: die wahren Hintergründe sollte auch die Nachwelt niemals erfahren.
Tatsächlich waren diese Leute auch in der Lage, die für sie relevante Geschichtsschreibung zu kontrollieren - und zwar *"von der kleinsten Dorfschule bis hinauf zu den Elfenbeintürmen der akademischen Welt"*. Regierungsunterlagen wurden sorgfältig darauf überprüft, ob sie in die offizielle Version der Geschichte des Ersten Weltkrieges einfließen durften oder nicht. Potentiell belastende Unterlagen wurden verbrannt, aus den offiziellen Registern getilgt, vernichtet, gefälscht oder umgeschrieben.

Geschichte als Immunsystem

Wir können davon ausgehen, daß eine solche Betrachtung der Geschichte - ganz besonders, wenn es sich nun um die wahre Beschreibung historischer Tatsachen handelt - auch heute noch politisch mehr als unerwünscht ist; mit anderen Worten: "volkspädagogisch wertlos", weil eine solche Geschichte wohl nicht dazu beiträgt, die Deutschen "in Schach zu halten". Viele Menschen im In- und Ausland scheinen immer noch eine tief verankerte Angst davor zu haben, daß die Deutschen - sobald sie keine Schuld, oder auch nur weniger Schuld und Gewissensbisse verspürten, jene mörderische Bestie in sich wieder aufsteigen lassen könnten, die für einen Großteil der Greuel des 20. Jahrhunderts verantwortlich gemacht wird.
Dabei sollte man nicht vergessen, daß gerade die offensichtlich ungerechtfertigte Schuldzuweisung in Bezug auf den Ersten Weltkrieg selbst nicht ganz unverantwortlich war am Erstar-

ken des Nationalsozialismus. Schließlich diente sie als Rechtfertigung für die Kriegsreparationen, die von den Nationalsozialisten propagandistisch ausgeschlachtet wurden, um gegen die Weimarer Republik, um gegen Freiheit, Demokratie, ja gegen das sogenannte "internationale Judentum" zu wettern.
Selbst die Bundesrepublik wurde noch in die Pflicht genommen und mußte bis etwa 1983 14 Mrd. DM an Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg zurückzahlen. Eine stolze Summe, wenn man davon ausgeht, daß die Schuldzuweisungen auf Lügen beruhten. Hinzu kamen Zinsen in einer Höhe von 251 Millionen Mark aus den Jahren 1945 bis 1952, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands ausgesetzt und schließlich ab dem 3. Oktober 1990 wieder fällig wurden, und schließlich am 3. Oktober 2010 getilgt wurden. Wichtiger ist jedoch die Frage, welche Wirkung dieses Schuldbewußtsein im Bereich des Seelisch-Geistigen hat.
Wenn es nun wirklich so ist, daß im deutschen Volk - im Sinne einer "*historisch gewachsenen Kulturgemeinschaft, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen"*, wenn in dieser deutschen Kulturgemeinschaft "*das tiefe Streben veranlagt ist, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen und die Erkenntnis auf die hinter der Oberfläche wirkenden geistigen Kräfte zu erweitern, die den Erscheinungen zugrunde liegen*", daß "der Deutsche", wie Friedrich Hebbel 1860 schrieb, "*alle Eigenschaften hat, sich den Himmel zu erwerben"*, so kann man sich fragen, welche Folgen dieses Schuldbewußtsein für das Streben nach den geistigen Quellen des Daseins haben könnte.
Könnte es nicht sein, daß die Deutschen vor der eigenen inwendigen Hölle eine solche Angst haben, daß sie wie programmiert davor zurückschrecken, nach den Sternen zu greifen?
Womöglich wirkt das deutsche Schuldbewußtsein, das mit einer Dämonisierung der deutschen Kultur einhergeht, in allen seinen Facetten wie eine Art geistiges Immunsystem.
Betrachtet man nun all die Geschehnisse, die zu den zwei Weltkriegen geführt haben, aus einer geistigen Perspektive, dann können diese Weltkriege als diabolische Inszenierungen erscheinen, die u.a. auch dazu geführt haben, daß die Deutschen so sehr an sich selbst verzweifeln, daß sie keinen Gebrauch mehr von ihren spirituellen Eigenschaften machen, daß ihr Streben, zu den Ursachen der materiell wahrnehmbaren Welt zu dringen, aufgeben, um sich nur noch rein weltlichen Dingen zu widmen.
Möge der Tag kommen, da die Deutschen und alle, die mit der deutschen Kultur auf die eine oder andere Weise verbunden sind, bei klarem Wissen um die grauenhaften Taten der Nationalsozialisten - Taten, die tatsächlich auch im Namen des deutschen Volkes begangen wurden - zurückfinden zu den lichten Quellen ihrer eigenen Kultur.
… Der Artikel wurde zuerst veröffentlicht in "Der Europäer" Februar 2019.
Von Cyril Moog ist ein neuer Roman erschienen: *Der neue Mensch - 1917-1923* …<<

Der Völkerbund

Am 28. April 1919 nahm die Vollversammlung der Versailler Friedenskonferenz die Satzung des Völkerbundes an. Die Satzung des Völkerbundes wurde damit ein Bestandteil des Versailler Vertrages.
Der Völkerbund nahm seine Arbeit im Januar 1920 in Genf auf und wurde ab 1922 durch den Internationalen Gerichtshof in Haag unterstützt. Die USA, die Sowjetunion und alle Verlierer des Ersten Weltkrieges waren keine Völkerbundsmitglieder. Nordamerika blieb dem Völkerbund auch später fern und schloß mit dem Deutschen Reich im August 1921 einen Separatfrieden, der die "Garantiemacht" USA schließlich aus allen Verpflichtungen des Versailler Friedens entließ.
Das Deutsche Reich und die Sowjetunion wurden erst 1926 bzw. 1934 in den Völkerbund aufgenommen. Da die führende militärische Großmacht Nordamerika kein Mitglied des Völkerbundes wurde, konnte sich der Völkerbund nie richtig entfalten. Die mächtigsten Mitglie-

der des Völkerbundes waren die Siegermächte England und Frankreich, die jedoch weiterhin alle wesentlichen Nachkriegsprobleme direkt mit den betroffenen Nationen aushandelten. Der Völkerbund war deshalb zunächst nur ein Instrument, um das Versailler Unterdrückungssystem mit allen Mitteln durchzusetzen und zu erhalten.
Der Völkerbund sollte in erster Linie den Frieden sichern, die allgemeine Abrüstung beschleunigen und die Zusammenarbeit der Völker fördern. Der Völkerbund zeigte zwar Ansätze einer Welt-Friedensorganisation, aber diese internationale Organisation, die von den europäischen Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert wurde, war mit schweren Mängeln behaftet.
Der Völkerbundsrat konnte Beschlüsse grundsätzlich nur einstimmig fassen. Durch die Koppelung mit den "Friedensverträgen 1919/20" und wegen des Prinzips der Einstimmigkeit konnte man die bisherige traditionelle Bündnis- und Geheimpolitik der einzelnen Regierungen natürlich nicht verhindern.
Der Völkerbund war in den ersten Jahren hauptsächlich für die Durchführung und Überwachung der Pariser Friedensverträge zuständig (Aufsicht über Danzig, Memelland, Kontrolle der Mandatsgebiete, Verwaltung des Saargebietes, Durchsetzung der Minderheitenschutzrechte usw.).
Die Minderheitenschutzverträge wurden ausdrücklich in den Friedensverträgen hervorgehoben. Der Völkerbund garantierte den ethnischen Minderheiten in den neugegründeten Staaten z.B. die staatsbürgerliche Gleichstellung, Freiheit der Sprache, freie Religionsausübung und Schulunterricht in der entsprechenden Muttersprache. Die neuen Nationalstaaten entwickelten sich jedoch frühzeitig zu radikalen Nationalitätenstaaten, so daß innere Spannungen zwischen den jeweiligen ethnischen Minderheiten und den nationalen Mehrheiten, die vielerorts schon seit Jahrzehnten für Unruhe gesorgt hatten, unentwegt zu schweren Konflikten führten.
Die Bearbeitung der zahllosen Beschwerden der unterdrückten Minderheiten erfolgte damals nur schleppend oder wurde größtenteils überhaupt nicht durchgeführt. Der Völkerbund gewährleistete weder den Minderheitenschutz noch überwachte er die Einhaltung der Friedensverträge (falls es sich um die berechtigten Interessen der "Verlierer" handelte).
Bis 1939 traten 14 der 63 Mitgliedstaaten aus dem Völkerbund aus. Der Völkerbund war später auch nicht in der Lage, Japan (Einfall in die Mandschurei im Jahre 1931) sowie Italien (Überfall auf Abessinien im Jahre 1935) zu stoppen und konnte die verbrecherischen Diktatoren Hitler und Stalin ebenfalls nicht in die Schranken weisen. Der erfolglose Völkerbund wurde schließlich am 18. April 1946 durch Beschluß der Völkerbundsversammlung aufgelöst.
US-Präsident Warren Harding (1865-1923, seit 1921 Präsident der USA) erklärte bereits im Jahre 1921, daß der Völkerbund ein Zwangsmittel der Sieger des Krieges geworden sei (x054/190).
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Völkerbund" (x051/607-608): >>Völkerbund, 1919/20 gegründete weltweite internationale Staaten-Organisation mit Sitz in Genf.
Die Satzung des Völkerbundes wurde am 28.4.19 durch die Vollversammlung der Pariser Friedenskonferenz angenommen, als Teil I (Artikel 1 bis 26) in alle Pariser Vorortverträge aufgenommen und trat mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages am 10.1.20 in Kraft.
Initiator des Völkerbundes war US-Präsident Wilson; im letzten Punkt seiner Vierzehn Punkte vom 8.1.18 forderte er die Errichtung eines Völkerbundes.
Mitglieder des Völkerbundes anfangs 32 Kriegsgegner des Deutschen Reiches und 13 im Ersten Weltkrieg neutrale Staaten; 1920 wurden Äthiopien, Österreich und Bulgarien, 1922 Ungarn, am 8.9.26 das Deutsche Reich (wie im Locarnopakt vorgesehen), 1931 Mexiko, 1932 der Irak und die Türkei und 1934 die UdSSR aufgenommen. Brasilien (1926), Japan (1933), Deutschland (19.10. 33) und Italien (1937) traten wieder aus dem Völkerbund aus; die UdSSR wurde wegen ihres Winterkrieges gegen Finnland 1940 ausgeschlossen.

Die USA ratifizierten den Versailler Vertrag nicht und gehörten dem Völkerbund nicht an.
Organe des Völkerbundes:
1. die einmal jährlich tagende Völkerbundsversammlung, in der jedes Mitglied eine Stimme hatte;
2. der mehrmals im Jahr zusammentretende Völkerbundsrat mit Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, später auch mit Deutschland und der UdSSR als ständigen und neun für drei Jahre gewählten nichtständigen Mitgliedern;
3. das von einem Generalsekretär geleitete Ständige Sekretariat.
Zweck des Völkerbundes war, die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitgliedern zu stärken, für die Achtung ihrer territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit zu sorgen, ihre Sicherheit zu gewährleisten und so den Weltfrieden zu erhalten, etwa durch die Schlichtung zwischenstaatlicher Konflikte oder Bemühungen um eine internationale Abrüstung. Außerdem war der Völkerbund für die Verwaltung des Saarlandes (bis 1935) und der Freien Stadt Danzig, die Aufsicht über die sogenannten Mandatsgebiete (die ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika und ehemals türkische Gebiete in Asien) und für den Schutz nationaler Minderheiten zuständig.
Bei der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen kleineren Staaten, auf kulturellem, wirtschaftlichem und humanitärem Gebiet war der Völkerbund erfolgreich. Dagegen hatten weder seine Abrüstungsbemühungen Erfolg, noch konnte er militärische Konflikte, an denen Großmächte beteiligt waren (z.B. den Krieg Italiens gegen Abessinien 1935/36), noch den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1939) verhindern.
Am 18.4.46 löste sich der Völkerbund selbst auf. An seine Stelle traten im selben Jahr die Vereinten Nationen.<<
Die Folgen des Versailler Vertrages
Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Die deutschen Vertragsunterzeichner der Weimarer Republik wurden später unentwegt als Volksverräter ("Novemberverbrecher") beschimpft und verunglimpft.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x057/201,203): >>Entgegen der Zusicherung eines Friedens der Gerechtigkeit (14 Punkte Wilsons) legte die Entente dem Deutschen Reich einen Diktatfrieden vor. Die erste republikanische Regierung, die sich nach den Wahlen der Nationalversammlung (Januar 1919) gebildet hatte, unterzeichnete den Vertrag von Versailles (28. Juni 1919), um den drohenden Einmarsch feindlicher Truppen zu vermeiden. ...<<
>>... Das Deutsche Reich erlebte nach 1648 und 1806/07 einen neuen tiefen Sturz im Verlauf seiner tausendjährigen Geschichte. Durch Hunger zermürbt, von einer feindlichen Übermacht erdrückt, von seinen Bundesgenossen verlassen, von der Führung enttäuscht, innenpolitisch erschüttert, war das deutsche Volk gezwungen, den Kampf aufzugeben.
In ungezählten Gruppen und Parteien zerrissen, wirtschaftlich völlig erschöpft und seelisch gebrochen, mußte Deutschland seinen zerschlagenen Staat neu aufrichten, seine zerstörte Wirtschaft wieder aufbauen und neue Kraft sammeln zum Leben. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über den "Versailler Vertrag" (x283/204): >>... Washington hat zwar den Krieg entschieden, sich dann aber aus der Verantwortung für den Frieden gestohlen. Der Kongreß hat den Vertrag von Versailles nicht unterzeichnet.
Immerhin unterblieben die von der französischen Generalität geforderte Aufteilung Deutschlands in seine Bundesstaaten, die Auslieferung der Generale als "Kriegsverbrecher" und die Deportation Kaiser Wilhelms nach Curacao, wo das Quartier für ihn bereitstand.

Das Reizwort "Versailles" war die zugkräftigste Wahl- und Kriegsparole Hitlers. Die unbezahlbaren Reparationen überforderten nicht nur die Wirtschaft, sondern, schlimmer noch, sie belasteten die Regierung und das Weimarer System überhaupt, das in den Augen seiner Gegner von rechts wie von links zum schändlichen Erfüllungsgehilfen Frankreichs wurde. So stand die Demokratie auf schwachen Füßen ...
So ist die Weimarer Republik gekennzeichnet durch die doppelte Spannung einerseits zwischen Links- und Rechtsextremisten, die sich allerdings im Kampf gegen Versailles einig waren, und andererseits in der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie durch die Aktivisten auf beiden Flügeln des politischen Spektrums und die kaisertreuen Konservativen. ...<<
Der russische Politiker Lenin (1870-1924, eigentlich Wladimir I. Uljanow) schrieb später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>… Als Ergebnis dieses Krieges haben wir eine unvergleichlich schärfere Zuspitzung aller kapitalistischen Gegensätze.
Der Krieg versetzt mit einem Schlage etwa eine Viertelmilliarde der Weltbevölkerung in eine Lage, die mit der von Kolonien gleichbedeutend ist, nämlich Rußland, das mit 130 Millionen zu veranschlagen ist. Österreich-Ungarn, Deutschland und Bulgarien mit nicht weniger als 120 Millionen. Eine Viertelmilliarde von Menschen in Ländern, die teilweise wie Deutschland, zu den fortgeschrittensten, aufgeklärtesten, kultiviertesten gehören und technisch auf der Höhe des modernsten Fortschritts stehen.
Der Krieg zwang ihnen durch den Versailler Vertrag solche Bedingungen auf, das fortgeschrittene Völker in koloniale Abhängigkeit, Elend, Hunger, Ruin und Rechtlosigkeit gerieten. Sie sind durch diesen Vertrag auf viele Generationen hinaus gebunden und in Verhältnisse versetzt, unter denen noch nie ein zivilisiertes Volk gelebt hat. …
Der Versailler Vertrag hat für Deutschland und eine ganze Reihe der besiegten Länder Verhältnisse geschaffen, die eine materielle Unmöglichkeit der wirtschaftlichen Existenz bedeuten, hat sie in Bedingungen völliger Rechtlosigkeit und Erniedrigung versetzt.<<
Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schreibt später über die Folgen des Versailler Vertrages (x337/148): >>Nach Versailles unterstand Deutschland tatsächlich einer dezenten Besetzung. Deutschlands Unabhängigkeit war damals so vorgetäuscht wie zum Beispiel heute diejenige des Irak.
Eine Regierung, eine Flagge und eine Nationalhymne, das alles hat es gegeben, aber nicht die Fähigkeit, eigenständige Lösungen zu entwickeln. England und die USA konnten in Deutschland tun und lassen, was sie wollten, und wir können das Ergebnis sehen: endlose Wahlen, Hitlers vorzeitige Entlassung aus der Haft und dann seine Ernennung zum Kanzler. Zwischen 1918 und 1933 geschah in Deutschland nichts auf Geheiß der Deutschen selbst. …<<
Churchill kritisierte später die verhängnisvolle Reparationspolitik der Ententemächte (x069/-146): >>Diese Diktate drücken sowohl die Wut der Sieger aus wie den Irrtum der Völker, die nicht begriffen, daß keine Nation die Kosten des modernen Krieges ersetzen kann. Die breiten Massen hatten von den einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen keine Ahnung, und die Parteiführer wagten mit Rücksicht auf die Wähler nicht, sie darüber aufzuklären
Nur wenige Stimmen erhoben sich, um darzulegen, daß Reparationszahlungen lediglich auf dem Wege von Dienstleistungen oder durch den Transport von Waren möglich seien, und daß diese Waren die Industrie der Gläubiger aus dem Gleise bringen müßten.
Die siegreichen Alliierten versicherten nach wie vor, sie würden die Deutschen "ausquetschen, bis die Kerne krachen". Das alles übte auf das Gedeihen der Welt und auf die Stimmung des deutschen Volkes gewaltigen Einfluß aus. ...<<
Der britische Premierminister David Lloyd George berichtete am 25. März 1919 über die Abtretung von deutschen Gebieten an Polen (x352/43): >>Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2,1 Mio. Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe der Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen

hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.<<

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes (1883-1946) schrieb später über die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages (x320/19): >>… Denn wenn wir bewußt auf die Verarmung Mitteleuropas hinarbeiten, dann wird - das wage ich vorherzusagen - die Rache nicht auf sich warten lassen. Nichts kann dann mehr lange den letzten Bürgerkrieg zwischen den Mächten der Reaktion und den verzweifelten Zuckungen der Revolution aufhalten, jenen Bürgerkrieg angesichts dessen die Schrecken des Krieges mit Deutschland ein Nichts scheinen werden, jenen Krieg, der, ganz gleich wer siegt, die Zivilisation und den Fortschritt unserer Generation vernichten wird.<<

Der französische Politiker Maurice Thorez (1900-1964) berichtete später über die Folgen des Versailler Friedensvertrages (x321/7): >>… Der letzte Krieg war ein Raubkrieg und der Vertrag, der ihn beendete, war ein Raubvertrag, geheiligt von der Sozialdemokratie, die seine Durchführung unterstützte. …

Der Vertrag von Versailles bedeutet die Hegemonie Frankreichs, bedeutet die Unterwerfung Deutschlands unter ein brutales Joch, bedeutet die Unterdrückung Elsaß-Lothringens durch unseren Imperialismus, so wie es zuvor durch den Imperialismus Deutschlands unterjocht worden war. Versailles bedeutet die Unterdrückung der nationalen Minderheiten Europas, bedeutet die Balkanisierung Europas; es bedeutet die Reparationslast, die auf den Werktätigen der besiegten Länder lastet; es bedeutet ein System, in dem Frankreich dank seiner Bündnisse, dank der Länder, die es zu seinen Vasallen gemacht hat, vorherrschend ist. Ein derartiger Vertrag ist daher die größte Kriegsquelle der gegenwärtigen Stunde. …

Eine der Hauptwaffen der Hitler-Propaganda ist die heftige Kritik an den Folgen des Artikels 231 des Vertrages, der sich auf die einseitige Verantwortung des Volkes Deutschlands im letzten Krieg bezieht.<<

Der französische Schriftsteller und Kritiker Anatole France (1844-1924, eigentlich Jacques-Anatole Thibault) schreibt später über den Versailler Vertrag (x340/198): >>… Der fürchterlichste aller Kriege hatte einen Friedensvertrag zur Folge, der kein Vertrag des Friedens ist, sondern die Fortsetzung des Krieges. Europa wird daran zugrunde gehen, wenn es nicht die Vernunft zu seinem Ratgeber wählt.<<

Der französische Historiker Jacques Bainville (1879-1936) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x243/13): >>Der Friede ist mild, für das, was er an Härten enthält. ... Der Vertrag nimmt Deutschland alles, außer der Hauptsache, dem politischen Dasein als Staat. ...

Und was die Leidenschaften angeht, ... so enthält der Friedensvertrag alles, wessen es bedarf, um (die Deutschen) aufs äußerste zu reizen. ...

Der Friedensvertrag hat die deutsche Einheit bewahrt. ... Darin liegt das, was wir seine Milde nannten. ...

Der Vertrag ... häuft Schwierigkeiten auf mit Deutschland ... (und) zwischen den Alliierten. ...

Der Friedensvertrag hat uns nicht einmal in ... günstige Bedingungen versetzt, wenn wir Krieg führen müssen. ... Die Meinung der Heerführer, die eine strategische Grenze forderten, ist nicht berücksichtigt worden. ...<<

Robert Lansing (1864-1928, von 1915-20 US-Außenminister) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x191/32): >>Der Eindruck, den der Friedensvertrag macht, ist enttäuschend. ... Dieser Krieg wurde von den Vereinigten Staaten geführt, um für immer Zustände zu vernichten, die ihn hervorbrachten. Diese Zustände sind nicht zerstört worden. Andere Zustände, andere Bedingungen haben sie verdrängt, die nicht minder als jene den Haß, die Eifersucht, den Argwohn erwecken.<<

Der SPD-Abgeordnete Wilhelm Hoegner (1887-1980, 1930-33 Mitglied des Reichstages, emigriert 1933 in die Schweiz) schrieb später über den Versailler Friedensvertrag (x321/8):

>>Das Vertragswerk von Versailles war nur das Werkzeug zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. … Das was nicht der Friede der 14 Punkte Wilsons, der mit der Note des amerikanischen Staatssekretärs Lansing vom 3. November 1918 feierlich zur Rechtsgrundlage der Friedensverhandlungen geworden war.
Im Vertrauen auf die Heiligkeit der Verträge hatte Deutschland damals die Waffen niedergelegt und die unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Jetzt sah es sich in seinem Vertrauen getäuscht, den Vorfriedensvertrag von den Siegermächten schnöde gebrochen und damit die zwischenstaatliche Ordnung für alle Zukunft erschüttert, Gewalt an die Stelle des Rechtes gesetzt.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 30.07.1994) in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über den Versailler "Friedensvertrag" (x887/...):
>>**Vor 80 Jahren begann der "Zweite Dreißigjährige Krieg" Europas**
... Der Ausschluß Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten von den Pariser Friedenskonferenzen taugte für den Abschluß eines wirklichen Friedensvertrages ebenso wenig wie die diktatorische Zuweisung der Alleinschuld am Kriege. So qualifizierten Vertreter der Siegermächte freimütig den Versailler Vertrag als einen "Waffenstillstand für zwanzig Jahre", wie Marschall Foch am Vorabend der Unterzeichnung, bzw. "ein Diktat, in dem elf neue Kriege enthalten sind", wie der amerikanische Spitzendiplomat William C. Bullitt nach der Lektüre des 440 Artikel umfassenden Vertragswerkes meinte.
Nachdem dann im Sommer 1919 die Annahme des Versailler Vertrages durch Deutschland erfolgreich erzwungen werden konnte, setzten die Franzosen diese Politik der Nötigung auch in den nachfolgenden Jahren fort und ließen beispielsweise im Januar 1923 das Ruhrgebiet besetzen, als das Reich geringfügig in Verzug seiner Reparationszahlungen geraten war. Daß sich im Schatten dieser ... Siegerpolitik diesseits des Rheins eine radikale politische Kraft etabliert hatte, die im November desselben Jahres bereits nach der Staatsführung griff und in ihrem "Kampf gegen Versailles" über das Scheitern des November-Putsches hinaus eine bedrohliche Bewegung blieb, schien den Pariser Macht- und Revanche-Politikern weitgehend gleichgültig. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Oktober 2008) über Vertragsbedingungen von Versailles (x878/...): >>**Deutschland im Spiegel der Nachwelt (Ein Rückblick aus dem Jahre 3000 n. Chr.) ...**
Kriegsschuld, Angriffskrieg, Kriegsverbrechen
... Mit der Niederlage 1918 und den Vertragsbedingungen von Versailles 1919 waren bereits alle Würfel gegen Deutschland gefallen. Die Entente-Mächte taten alles, damit Deutschland niemals zu gleicher politisch-historischer Größe wie Großbritannien oder Frankreich würde aufsteigen können. Am liebsten hätten sie schon damals das Deutsche Reich, das ja erst knapp 50 Jahre bestand, wieder zerschlagen. Deutschland war als Nation, um ein Bild zu gebrauchen, gewissermaßen im Jünglingsalter gestoppt worden. Etwaige Entfaltungsmöglichkeiten wurden abgewürgt. (Von den Entente-Mächten war das auch so gemeint und ist in Deutschland so angekommen.)
Was dann nach 1918/1919 aus Deutschland kam, war ein Aufbegehren, die kleinbürgerliche Radikalisierung der Nazis, die alles nochmals mit unzulänglichen geistig-politischen und materiellen Mitteln auf eine Karte setzten und verloren. Das Bürgertum zog weitgehend mit, weil es den Nazis gelang, seine nationalen Ambitionen und Frustrationen zu bedienen. Der bürgerliche Ehrgeiz war noch da, auch wenn ihm die politischen Grundlagen und die Erfahrung fehlten. Gläubigkeit und/oder Treue ersetzen nun mal nicht den politischen Verstand. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 27. Juni 2009) über den Vertrag von Versailles (x887/...): >>**Waffenstillstand für 20 Jahre**

Vor 90 Jahren wurde der Vertrag von Versailles unterzeichnet

Gerne wird alles Unrecht und Unglück auf die "Machtergreifung" von 1933 in Deutschland zurückgeführt. Dabei wird die Bedeutung des Ersten Weltkrieges einschließlich der durch ihn in Versailles geschaffenen Friedensordnung geflissentlich übersehen.

"Ohne Versailles kein Hitler." Diese Kritik Martin Walsers an das den Ersten Weltkrieg beendende Friedensdiktat ist hart, aber gerecht. Geradezu prophetisch kritisierte der französische Marschall Ferdinand Foch nach dem Ersten Weltkrieg, Versailles sei weniger ein Frieden als ein "Waffenstillstand für 20 Jahre". Nicht zu widersprechen ist auch dem ebenfalls aus Frankreich stammenden Historiker Jacques Bainville, wenn er den den Deutschen in Versailles diktierten Frieden als "zu hart für einen milden Frieden" bezeichnete.

Andererseits hatte Bainville - aus machtpolitischer Sicht - auch Recht mit der Feststellung, daß Versailles "für einen Frieden der Härte zu weich" gewesen sei. Inwieweit der Vertrag von Versailles noch zu "weich" gewesen sein könnte, zeigt ein Vergleich mit der Behandlung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg: Den Deutschen verblieben 1919 immerhin Souveränität und staatliche Einheit.

Der Versailler Frieden war zu hart, als daß die Deutschen ihn als gerecht hätten akzeptieren können, aber er war zu weich, um sie längerfristig von einem Versuch der Revision abhalten zu können. Bis 1939 gelangen dabei beachtliche Teilerfolge. In diesem Zusammenhang wird den Siegermächten zu Recht vorgeworfen, dem Dritten Reich zu weit entgegengekommen zu sein. Dabei lag der fatale Fehler der westeuropäischen Großmächte nicht darin, Forderungen, die aus dem Recht der Deutschen auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung resultierten, entgegengekommen zu sein, sondern darin, dies erst Hitler gegenüber und nicht schon zur Zeit der Weimarer Demokratie getan zu haben.

Damit diskreditierten sie Deutschlands demokratische Politiker, die aus Sympathie für das politische System des Westens die Westmächte durch eine Politik größtmöglicher Erfüllung der maßlosen Bedingungen von Versailles kulant stimmen wollten.

In diesem Zusammenhang sind aber auch die deutschen Politiker der Weimarer Koalition nicht frei von Verantwortung für das Scheitern der Demokratie. Durch eine zu starke Fixierung auf die Erfüllungspolitik trieben sie deren Gegner in die Hände der nicht am Westen orientierten extremen Parteien - übrigens auch der Kommunisten.

Wenn bundesrepublikanische Geschichtspolitiker wie Hans Mommsen den kausalen Zusammenhang zwischen dem von den ehemaligen Besatzungsmächten und heutigen Freunden der Bundesrepublik verfaßten Versailler Vertrag und der "Machtergreifung" auch bestreiten, so ist doch immerhin der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftskrise und dem Ende Weimars Konsens. Diese Krise ging von den Vereinigten Staaten von Amerika aus und traf vor allem deshalb Deutschland so schwer, weil US-Gläubiger ihre meist kurzfristigen Kredite schlagartig kündigten und Unsummen aus der deutschen Wirtschaft herauszogen.

Hauptgrund dieser Kredite wiederum war aber der gravierende Kapitalmangel in Deutschland infolge der immensen Reparationsverpflichtungen (und auch Exportbehinderungen) durch den Versailler Vertrag. Und da schließt sich der Kreis. Der kausale Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ist zwar eben leugbar, aber nicht wegzudiskutieren.

Zeitzeugen

Woodrow Wilson - Der US-amerikanische Präsident von 1913 bis 1921 hatte einen Verständigungsfrieden auf Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vorgeschlagen. Um die deutschfeindlicheren europäischen Verbündeten der USA für seine Idee vom Völkerbund, die Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen, zu gewinnen, fand er sich jedoch zu weitgehenden Abstrichen von seinem auf Ausgleich abzielenden Friedenskonzept bereit.

Georges Clemenceau - Der deutschfeindliche Ministerpräsident Frankreichs von 1906 bis 1909 sowie von 1917 bis 1920 prägte das Versailler Diktat wie kein anderer. Sein primäres Ziel bei den alliierten Vertragsverhandlungen war es, Deutschland maximal zu schwächen und zu schädigen.
Philipp Scheidemann - Der deutsche Ministerpräsident der Gründungsphase der Weimarer Republik deckte die Weigerung seines Außenministers Brockdorff-Rantzau, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Von dem Sozialdemokraten stammt das berühmte Wort: "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt? Der Vertrag ist unannehmbar."<<
David Lloyd George - Der britische Premier von 1916 bis 1922 teilte nicht den fanatischen Haß seines französischen Amtskollegen auf Deutschland. Seine Ziele beschränkten sich darauf, den Verlierer als Konkurrenten auf den Weltmärkten "zusammenzustutzen" und möglichst viel Geld aus dem Land zu ziehen, ohne es aber in die Arme des Sowjetstaates zu treiben. Später vertrat er statt des Versailler Kriegsschuldartikels die These, daß Europa in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert sei.
Martin Walser - Der 1927 geborene Schriftsteller ist immer wieder für einen Tabubruch gut. Auf Einladung des Bundeskanzlers hielt er am 8. Mai 2002 in Berlin eine Rede, in der er den kausalen Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ansprach - was früher noch als "Binsenweisheit" gegolten hätte, erfordert heute Mut. Er stellte damit auch die verbreitete Sichtweise von der deutschen Alleinschuld an der NS-Herrschaft in Frage.<<

Die Sieger des Ersten Weltkrieges

Durch die konsequente Eintreibung der Kriegsschulden (nur Sowjet-Rußland lehnte alle Schuldentilgungen erfolgreich ab) übernahmen die Vereinigten Staaten von Amerika schon bald den größten Teil der Weltgold-Vorräte ("Bankier der Welt"). Das finanzielle Zentrum der Welt verlagerte sich von London nach New York. Europa verlor danach seine bisherige Vormachtstellung, während sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Superweltmacht entwickelten und bis 1937 (japanisch-chinesischer Krieg) strikt an der US-Isolationspolitik festhielten.
In den Nachkriegsjahren stieg die industrielle Produktion in Nordamerika und Japan von 1913-29 um 100 %, während die europäischen Volkswirtschaften regelrecht gelähmt reagierten und nur noch 50 % der bisher produzierten Fertigwaren herstellten. Die US-Wirtschaft exportierte danach jahrelang riesige Warenmengen, ohne entsprechende Handelsgüter zu importieren. Von 1919-39 steigerte Nordamerika seinen Export um 150 % (Europa: nur um 40 %).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Siegermächte des Ersten Weltkrieges (x057/202-203,210): >>England erzielte eine große Bereicherung seines Kolonialbesitzes in Afrika (Kap bis Kairo) und Ostasien (Verbindung mit Indien). Aber überall in seinen Kolonien regten sich Selbständigkeitsbestrebungen. Anstelle des deutschen Wettbewerbs in Industrie und Handel waren die bedeutend mächtigeren Vereinigten Staaten getreten, die durch ihre Anleihepolitik zum Gläubigerstaat ganz Europas geworden waren und den Schwerpunkt der Hochfinanz von London nach New York gezogen hatten.
Frankreich hatte gehofft, in Versailles seine alten Ziele gegen Deutschland durchzusetzen: das ganze Rheinland, das Saargebiet und womöglich die Auflösung Deutschlands. Aber der Versailler Vertrag erfüllte seine Wünsche nicht, infolge des Widerspruchs seiner Verbündeten. Doch erreichte es durch den Erwerb Elsaß-Lothringens und durch Vergrößerung seines Kolonialreiches einen großen Gebietszuwachs. Gestützt auf die deutsche Ohnmacht und ein enges Bündnis mit den Randstaaten im Osten Deutschlands (Polen, Kleine Entente), gewann Frankreich eine europäische Machtstellung. Diese war aber durch das britische und amerikanische Weltreich bedroht, und deshalb suchte Frankreich seine politische Macht besonders Deutsch-

land gegenüber zu verankern. ...<<
>>... Die USA erlebten nach dem großen Krieg zunächst einen ungeheuren Aufschwung der Technik und Wirtschaft, von dem Bestreben geleitet, Absatzgebiete für die gewaltige Produktion zu finden. Tatsächlich wurde ein großer Teil der Weltproduktion von den Vereinigten Staaten gedeckt (Öl, Eisen, Stahl, Kohlen, Maschinen). Überall war man zu einer rationellen Serienproduktion übergegangen (Kraftfahrzeuge, Film, Radio), die in fast allen Teilen der Welt Nachahmung fand (Amerikanisierung der Wirtschaft und Technik). ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den größten Gewinner des Ersten Weltkrieges (x068/170-172): >>... Noch unmittelbar vor Kriegsbeginn stecken die USA in einer wirtschaftlichen Rezession, die in eine größere Krise auszuarten droht. Ein Streik von 150.000 Textilarbeitern in New York City im Januar 1913 dauert Monate und greift nach Boston über. ... Im September desselben Jahres beginnen auch Bergleute in Colorado einen Arbeitskampf, der 16 Monate anhält ...
Alle bedrohlichen, seit der industriellen Revolution ohnedies stets wiederkehrenden Schwierigkeiten aber löst der große europäische Krieg. Zunächst zwar bestürzt die US-Exporteure der mögliche Verlust ihrer Überseemärkte. Doch rasch beruhigen, ja berauschen sie die Einkäufe der Europäer, die kaum glaubhaft in die Höhe schnellen.
Das große Blutvergießen beschert den Yankees einen ungeahnten monetären Aufschwung, Aufträge über Aufträge, ein gigantisches Geschäft, zumal sie nahezu ihr gesamtes ökonomisches Potential für den Krieg mobilisieren und der Arbeiter nun fest zum Fabrikanten steht, im Schweiße seines Angesichtes dessen Konten füllt, ja die "unions" jetzt sogar, gegen Anerkennung des Achtstundentages, auf das Streikrecht verzichten.
Während sich die Europäer zerfleischen, reibt man sich in den USA die Hände über den buchstäblich ungeheuren Nachfrageschub, wobei zuerst die Metall-, dann die chemische Industrie (anstelle der deutschen) profitieren. Und da der Krieg immer mehr mechanisiert, industrialisiert wird, da man 1918 auch die Feindaufklärung und Feindverfolgung mit Flugzeugen und Tanks betreibt statt, wie bisher mit Pferden, mit Kavallerie, steigt der Bedarf an Material aller Art enorm. Ja, die USA sind derart dem großen Kriegsgewinn ergeben, daß ihr schließlicher Eintritt in das Gemetzel weder militärisch noch technisch recht vorbereitet ist. Und dann werden sie mit Aufträgen ihrer eigenen Streitmacht zusätzlich überschwemmt.
Die Zahl der Werften beispielsweise steigt allein in den beiden letzten Kriegsjahren von 61 auf 314 ... US-Reedereien, die im Ersten Weltkrieg für ihre Regierung produzierten, machten 90 % Gewinn.
Nun erzeugten die USA aber nicht nur Kriegsausrüstung, lieferten sie nicht nur Waffen nach Europa, sondern auch Nahrung. Wer schießen, wer erschießen, wer sogar erschossen werden soll, muß erst satt gemacht werden. So gingen von 1914 bis 1924 nicht weniger als 8,42 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nach Frankreich, und zwar 1918 doppelt soviel wie 1914, und dies trotz schlechter Ernte. Der Getreidepreis verdreifachte sich in den ersten 5 Jahren, der Baumwollpreis vervierfachte sich.
Der Exportüberschuß verdoppelte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr und erreichte 1917 (über den Import) 3,5 Milliarden Dollar. Und da die alliierten Gold- und Devisenreserven gefährlich schrumpften, da Briten und Franzosen, obwohl sie ihre vielen US-Wertpapiere so schnell wie möglich verkauften, ... um Bargeld zu haben, da eben dies Bargeld trotz allem ausging, mußten sie Schulden machen, gaben ihnen amerikanische Banken Kredite zur Finanzierung der Kriegsaufträge – bis zum Frühjahr 1917 bereits 2,3 Milliarden Dollar. ... Natürlich waren gerade diese (New Yorker) Banken 1917 an einem Sieg der Alliierten äußerst interessiert.
Nun vergrößerten aber nicht nur die Lieferungen an Waffen, Ausrüstung, Nahrung für die Entente den Reichtum der USA, auch die neutralen Länder tätigten ihre Einkäufe bei den Vereinigten Staaten. Insbesondere kamen noch jene früher vorwiegend von deutschen und briti-

schen Firmen belieferten Exportmärkte hinzu, die während des Krieges durch den Ausfall der europäischen Mächte den USA zufielen. ...
Die Gesamtproduktion der USA wächst so während des Ersten Weltkrieges um 15 Prozent, der Export steigt um das Dreifache, der Exportüberschuß um das Achtfache. ...
Zwischen 1900 und 1920 verzehnfacht sich beinah – vor allem infolge des Ersten Weltkrieges – das Budget der US-Regierung. ... Das "Volkseinkommen" wächst in diesem Zeitraum von 28 auf mehr als 61 Milliarden Dollar, es schnellt allein in den Jahren, in denen Europa sich zu Tode windet, auf fast das Doppelte – "ein Boom von ungewöhnlichen Ausmaßen" (William H. McNeill). ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Gewinner und Verlierer des Ersten Weltkrieges (x281/71-73): >>... Am Tag des amerikanischen Eingreifens war das Schicksal der deutschen kaiserlichen Armee besiegelt.
Das der Amerikaner auch. Da ihr eigenes Territorium in Gänze frei von Verwüstung blieb, sprang sofort nach Ende der Kampfhandlungen der Exportmotor an. Was der Frieden nicht gebracht hatte, besorgte der Krieg. Dank seiner Zerstörungskraft schaffte er den leeren Raum, in den hinein die US-Wirtschaftsmaschine expandieren konnte. Das Land erzeugte nun weltweit knapp die Hälfte aller industriellen Güter, das Nationaleinkommen war so groß wie das der 23 wohlhabendsten Staaten der Welt.
Aus dem Schuldnerstaat USA war im Laufe der Kriegsjahre ein Gläubigerland geworden, was den unschätzbaren Vorteil hatte, daß man an den Zinszahlungen anderer Völker kräftig verdiente. Von den knapp 13 Milliarden Dollar, die sich andere Staaten in Amerika geliehen hatten, stammten allein 10 Milliarden aus Kriegsanleihen. Noch Jahrzehnte nach Ende der Kampfhandlungen profitierten die Vereinigten Staaten von ihrem Einsatz.
Der Erste Weltkrieg war der Katalysator, mit dessen Hilfe aus einer Regionalmacht eine Weltmacht geworden war. "Wir sind nicht länger Bewohner einer Provinz", rief Präsident Wilson nun den Kongreßabgeordneten zu. Der Krieg habe die Amerikaner "zu Bürgern der Welt" gemacht, sagte er, was im Grunde eine Untertreibung war. Die USA waren nicht Bürger der Welt, sie waren ihr Bürgermeister geworden.
Die ehemaligen europäischen Supermächte hatten im Weltmarktpoker ausgespielt. Wenn man ihre stotternde und vielfach sogar stillgelegte Wirtschaftsmaschinerie betrachtet, springt der relative Aufstieg der USA noch deutlicher ins Auge. Die Errungenschaften der Industrialisierung waren vielerorts in Europa nahezu rückstandsfrei weggesprengt worden ...
Der Krieg hatte einerseits den europäischen Wohlstand von mehreren Jahren vernichtet und andererseits die Bedingungen zerstört, die für einen schnellen Wiederaufstieg nötig gewesen wären. ...<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 7. Januar 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/…): >>**Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham House und Council on Foreign Relations**
Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.
Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

Gemeinsamer Ursprung

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde"*.

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragraphen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationistische Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im *Round Table* schon bestehenden hinzukamen. Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom Round Table faßten *den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."*

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen Delegation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und Round Table - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte. …*

Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerika-

nern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowmen, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, *um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."*

Der Lebenstraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im Round Table weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

Royal Institute of International Affairs

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem Round-Table-Kreis nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleiernde Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Energiekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

Council on Foreign Relations in den USA

Im *Round-Table* schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprechenden Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.
1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anläßlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowmen und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.
"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift Foreign Affairs, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war." An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutsch-stämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."
Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.
"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen, zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."
Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch Öffentliche Meinung, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar, daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen fällen könne.
"Stark beeinflußt von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."
Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt,

verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.
Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:
"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentliche Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich.
Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:
"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.
In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer ´Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."
Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."
In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.
Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelsherrschaft vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.
… Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014 …<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 26. Mai 2015): >>**Wie die USA zur Weltmacht aufstiegen**

Am Ende des Ersten Weltkriegs spülte die Sintflut aus Krieg und Revolution die von Europa dominierte Weltordnung hinweg. …

Daß die USA 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahr der grauenhaften Schlachten bei Verdun und an der Somme, das britische Empire als größte Volkswirtschaft der Welt ablösten, war weit mehr als nur eine ökonomische Entwicklung. Die Geschichte des amerikanischen Aufstiegs zu einer globalen Machtposition ist schon oft erzählt worden.

Gerade mit Blick auf den Ersten Weltkrieg wurde sie verknüpft mit der Geschichte des Sieges der westlichen Alliierten über das kaiserliche Deutschland und seine Verbündeten, aber auch mit der Geschichte der idealistischen Visionen des amerikanischen Präsidenten Wilson von einer friedlichen Weltordnung demokratisch selbstbestimmter Staaten. …

Der amerikanische Präsident, der 1918 nach Europa reiste, um der entstehenden Friedensordnung nicht zuletzt durch die Errichtung eines "Völkerbunds" seinen Stempel aufzudrücken, war sich des ökonomisch begründeten Machtpotentials der USA klar bewußt.

Aber noch zögerte die aufsteigende Weltmacht. Der Kongreß, in dem Wilsons Gegner seit Ende 1918 eine Mehrheit hatten, verweigerte nicht nur die Ratifizierung des Versailler Vertrags, sondern lehnte damit auch einen amerikanischen Beitritt zum Völkerbund ab. …

Statt dessen gelangte nun eine neue, eine globale Ordnung technisch-industrieller Modernität zum Durchbruch, demonstriert, getragen und vertreten von den USA, deren gewaltige Dynamik den Zeitgenossen unaufhaltsam erschien …<<

Siegeszug der europäischen Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg

Die "Friedensverträge" mit dem Deutschen Reich (Versailles: 1919), mit Österreich (Saint Germain-en-Laye: 1919), mit Bulgarien (Neuilly: 1919), mit Ungarn (Trianon: 1920) und mit dem Osmanischen Reich (Sèvres: 1920) veränderten das politische System Ost-Mitteleuropas entscheidend, denn sie zertrümmerten z.T. jahrhundertealte Strukturen.

Nach diesen "Friedensverhandlungen", die ohne die Besiegten abgewickelt wurden, entstanden insgesamt 9 neue europäische Staaten: Estland, Lettland, Litauen, Finnland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (Jugoslawien) sowie Armenien.

In fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern, die während des Ersten Weltkrieges ruiniert wurden, setzten sich schon bald radikale Nationalisten durch. Die "Pariser Vorortfriedensverträge" schwächten zusätzlich die politischen und wirtschaftlichen Kräfte Europas und bereiteten nachweislich auch den Untergang der demokratischen Weimarer Republik vor.

Nach dem Ersten Weltkrieg folgte sehr schnell ein regelrechter Siegeszug der Diktaturen. In folgenden Ländern wurden totalitäre Diktaturen errichtet, die alle politischen Gegner verfolgten und meistens jede Art von Presse-, Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewaltsam unterdrückten: Sowjetunion (1917/21), Ungarn (1920), Italien (1922), Bulgarien, Spanien und Türkei (1923), Albanien (1925), Polen, Portugal und Litauen (1926), Jugoslawien (1929), Rumänien (1930), Deutschland und Österreich (1933) Estland und Lettland (1934) sowie Griechenland (1936).

Die Wochenzeitschrift "Berliner Illustrirte Zeitung" schrieb im Jahre 1923 über die "Krankheiten Europas" (x269/223-224): >>... Die ganze Familie ist krank, einer immer vom anderen angesteckt. Die robusten unter ihnen, die Neutralen, siechen an Geld- und Goldverstopfung, an völliger Geschäftsstille, an Konkurrenzunfähigkeit durch zu hohe Löhne und Preise.

Die Balkanländer sind schon wieder in die Intrigen der ewigen Balkankonflikte verstrickt, dazu finanziell sehr schlecht stabilisiert, Griechenland ist in einem übermütigen Krieg gegen die Türken ganz zusammengebrochen und in die Krallen einer Militärrevolution geraten, wäh-

rend die Türken, nahezu ausgeblutet durch 14jährige Kriege, sich in den hysterischen Krämpfen politischer und religiöser Umwälzungen winden.
Die Ostlandstaaten wissen noch nicht recht, ob ihre neue Selbständigkeit nicht viel eher eine wirtschaftliche Amputation war, und sehen in eine noch durchaus dunkle, weil vom Schicksal Rußlands abhängige politische Zukunft. Von diesem Rußland weiß man nicht, liegt es nur in der ... Ohnmacht einer riesenhaften Konstitution oder ist es nur noch eine durch theoretischen Starrsinn galvanisierte Leiche.
Die Krankheiten der Tschechoslowakei, Industriekrise und bitterster Nationalitätenhader, zeigen sich zehnfach verschärft in Polen, wo der Haß eben auch in politischen Mord ausgeartet ist. Dafür, für seine völlig sinnlose, Nachbarhaß erregende Zusammensetzung kann es sich bei Frankreich bedanken, dessen aussterbendes Volk seinen imperialistischen Ehrgeiz durch fremde und miserabel bezahlte Söldner befriedigen lassen will.
In der Mitte dieser Epidemien aber liegt der Krankheitsherd Deutschland (von Österreich ganz zu schweigen).
Dem Lebenszentrum Europas hat man den Pestbazillus des Versailler Vertrages eingeimpft, weigert sich jedoch, das Serum der Revision zu verabreichen, und wundert sich dann, daß noch immer durch ganz Europa ein Todesröcheln zu hören ist.<<
Julius Leber erklärte im Jahre 1925, daß die Pariser Vorortfriedensverträge den Zustand Europas nicht bessern, sondern die europäische Krankheit - den Nationalismus – sicherlich in ein chronisches Leiden verwandeln würden (x084/117).
Angesichts dieser historischen Tatsachen muß der Zweite Weltkrieg grundsätzlich im inneren Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und den verhängnisvollen Friedensverträgen von 1919/20 gesehen werden.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die außenpolitische Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg (x057/209): >>Die außenpolitischen Wesenszüge der "Zwischenzeit" waren zunächst gekennzeichnet durch das Bestreben der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, die Friedensverträge und den Erfolg des Krieges sicherzustellen, während die Besiegten von Anfang an eine Revision erstrebten. Besonders das deutsche Volk empfand einmütig den Diktatfrieden, hauptsächlich die Gebietsverluste, als ungerecht.
Statt einer Befriedung der Nationen entstanden neue Spannungen. Der Völkerbund – errichtet zur Aufrechterhaltung des Friedens – erwies sich damals ... (am) Anfang als Instrument der Sieger, zumal die Urheber-Nation, die USA, sich lange Zeit aus der Europa-Politik zurückzog, und den Versailler Vertrag nicht ratifizierte. Dagegen blieben die besiegten Staaten, ebenso zunächst die Sowjetunion ausgeschlossen.
Auf der anderen Seite festigte sich im Osten allmählich die Herrschaft der Bolschewiken in der UdSSR, während gleichzeitig Japans Imperialismus in ... Erscheinung trat. Den gleichen Expansionsdrang entfalteten in Europa auch das von Versailles enttäuschte faschistische Italien und das nationalsozialistische Deutschland.
Hieraus entstand 20 Jahre nach Beendigung des ersten ein zweiter Weltkrieg, der die Welt über ein halbes Jahrzehnt erschütterte, mit dem völligen Zusammenbruch des Deutschen Reiches endete und schließlich die Welt in noch größere gegensätzliche Gruppen – USA, UdSSR – aufspalten sollte, um die sich je nach Lage und politischer Einstellung die übrigen Mächte des Westens gruppierten, so daß erneut eine Bedrohung des Weltfriedens auftauchen sollte.<<
Polens Expansionspolitik (1918-1933)
Roman Dmowski (1864-1939, Führer der antisemitischen und antideutschen polnischen Nationaldemokraten) verlangte am 8. Oktober 1918 die polnischen Grenzen von 1772 und forderte die Abtretung von Ost- und Westpreußen, Oberschlesien, von großen Teilen Mittelschlesiens sowie die Eingliederung dieser "unzweifelhaft polnisch besiedelten Gebiete" (x070/146).

Pilsudski traf nach der Haftentlassung am 10. November 1918 in Warschau ein.
Nach den "polnischen Teilungen" von 1772, 1793 und 1795 erfolgte am 11. November 1918 die Neugründung des polnischen Staates bzw. der Republik Polen (x051/447).
Ein Dekret der polnischen Regierung vom 18. November 1918 für die Wahl des polnischen Parlaments umfaßte bereits Teile Ostpreußens (Masuren und Ermland) Westpreußen, Posen und Oberschlesien (x070/147).
Polnische Truppen besetzten im Dezember 1918 die preußische Provinz Posen. Die polnischen Aufstände in West- und Ostpreußen sowie Oberschlesien scheiterten zunächst (x064/-126).
Im Januar 1919 kam es zwischen Polen und der Tschechoslowakei, die nach französischen Plänen zu Eckpfeilern gegen Sowjet-Rußland werden sollten, zu heftigen Zusammenstößen. Polnische Truppen besetzten im Januar 1919 deutsche Reichsgebiete in Teschen an der Olsa. Frankreich teilte das Teschener Industriegebiet später eigenmächtig auf. Polen erhielt den kleineren, aber wertvolleren Teil (x041/84).
Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen Gebieten müßte man die fremden Elemente (die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung) auf 1,5 % herabdrücken (x025/42).
Der polnische Staatsrechtler S. Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).
Polnische Truppen besetzten am 20. März 1919 Danzig.
Da Litauen eine Wiedervereinigung mit Polen entschieden ablehnte, besetzten polnische Truppen im Mai 1919 Teile Litauens mit der Hauptstadt Wilna, um Litauen gewaltsam in den polnischen Staat einzugliedern (x064/126).
Bei den Danziger Kommunalwahlen am 14. Dezember 1919 erhielten die polnischen Parteien lediglich 8 % der Stimmen (x034/79).
Im April 1920 begann der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen wollte. Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.
Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagerte Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Curzon-Linie" (x051/-105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl.
Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 5.12.2009) über

den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>**Wie polnisch war "Ostpolen"?**
Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie
Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.
Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.
Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."
Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.
Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".
Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.
Wilsons Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "einzubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.
Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.
Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.
Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa vereinten alliierten Staatsmänner um Hilfe.
Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffen-

stillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.
Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.
Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.
In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.
Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.
Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".
Von westalliierter Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<
Am 3. Mai 1921 drangen polnische Milizen gewaltsam in Oberschlesien ein (die Milizen wurden inoffiziell von der polnischen Regierung unterstützt). Bei diesem "3. polnischen Aufstand" verübten die "Freischärler" schwere Gewalttaten und ermordeten zahlreiche deutsche Zivilisten (x025/43).
Schlesische Selbstschutzverbände erstürmten am 21. Mai 1921 den Annaberg in Oberschlesien und schlugen die polnischen "Freischärler" nach schweren Kämpfen zurück.
Der Völkerbund verhinderte am 5. September 1921 weiterhin die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat hinsichtlich der Eisenbahn) keine souveränen Rechte im Gebiet der Freien Stadt Danzig. ...<<
Die litauische Stadt Wilna wurde am 9. Oktober 1921 von polnischen Freischaren besetzt (x041/85).
Trotz eindeutiger Volksabstimmung für das Deutsche Reich (59,6 %) mußte die deutsche Reichsregierung nach einer Entscheidung der Hohen Alliierten Kommission am 20. Oktober 1921 die oberschlesischen Industriegebiete an Polen abtreten (eindeutiger Bruch des Versailler Friedensvertrages). Oberschlesien wurde danach durch polnische Truppen besetzt (x041/-

84).
Der Völkerbund verhinderte am 17. Dezember 1921 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... (Polen hat) nicht das Recht, Danzig zu einer bestimmten auswärtigen Politik zu veranlassen. ...<<
Der Völkerbund verhinderte am 22. Juni 1922 wieder die polnische Übernahme der Freien Stadt Danzig (x064/131): >>... Nicht Polen, sondern der Völkerbund ist der militärische Schutzherr Danzigs. ...<<
Stanislaw Grabski (1871-1949, ein führender nationaldemokratischer Politiker) erklärte im Jahre 1923 in seiner Schrift "Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens" (x309/209-210): >>... Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden – die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommerellen Korridor führt.
Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußtseins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens. ...
Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkrieg davongetragenen Niederlage erholt hat.<<
Der polnische Staatspräsident Stanislaw Wojciechowski (1869-1953) erklärte am 29. April 1924 während der Eröffnung der Posener Messe (x309/38): >>Um als Großmacht existieren zu können, muß Polen die Vereinigung aller polnischen Länder haben. Man muß sagen, daß wir noch nicht alles erreicht haben, daß noch nicht alle polnischen Länder, nicht alle für die Vollkommenheit unseres Lebens unerläßlichen Zentren mit der Mutter vereinigt sind. Ich glaube aber an die große Macht polnischer Arbeit und polnischer Kultur, die uns erlauben wird, mit der Zeit das zu erreichen, was wir bisher nicht erreicht haben. ...<<
Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. Leon Blum (1872-1950, Sozialist, mehrfach französischer Ministerpräsident), Romain Rolland (1866-1944, französischer Schriftsteller, Nobelpreis 1915) und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisierten im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.
Im Rahmen der polnischen "Agrarreform" wurden am 28. Dezember 1925 alle deutschen Großgrundbesitzer ohne Entschädigung enteignet. Die polnischen Großgrundbesitzer schonte man.
Der deutsch-polnische Streit um die Postverkehrs-Grenzlinie endete im Jahre 1925 mit der gewaltsamen Beschlagnahmung der Westerplatte (Landzunge im Norden des Danziger Hafens) durch polnische Truppen. Danach begann ein deutsch-polnischer Handelskrieg, der bis 1933 dauerte. Der deutsch-polnische Handel ging damals drastisch zurück und verursachte in Polen große wirtschaftliche Probleme (x064/132).
Marschall Pilsudski, der einen noch größeren und stärkeren polnischen Staat anstrebte, marschierte am 12. Mai 1926 mit 15 Regimentern in Warschau ein. Nach harten Straßenkämpfen, die etwa 300 Todesopfer forderten, übernahm Pilsudski die Regierungsgewalt und beseitigte die demokratische polnische Regierung (x178/72). Nach dem Militärputsch herrschten in Polen diktatorische Verhältnisse.

In den Jahren 1927-28 wurden unentwegt Abgeordnete der Opposition verhaftet und die polnische Verwaltung von Regimegegnern gesäubert (x064/130).
Im Mai 1930 ließ Pilsudski 88 führende Sejmabgeordnete (darunter waren z.B. der Sozialist Libermann, Witos, der Mitbegründer der polnischen Bauernbewegung, und der Nationalist Korfanty) verhaften und internieren. Das polnische Parlament und alle Parteien waren danach bis zum Tod Pilsudskis (12.05.1935) bedeutungslos. Die radikalen polnischen Faschisten bzw. Nationalisten regierten jedoch nicht derartig totalitär, wie die späteren NS-Führer des Dritten Reiches. Einige unabhängige Parteien, Zeitungen und allgemeine Grundsätze der persönlichen Freizügigkeit blieben weiterhin erhalten und wurden nicht angetastet.
Die monatlich erscheinende polnische Zeitschrift "Mocarstwowiec" Nr. 8 berichtete im August 1930 (x309/71): >>Wir wissen, daß der Zusammenstoß Polens mit Deutschland unvermeidlich ist. Wir müssen uns für diesen großen Augenblick systematisch und mit Schwung vorbereiten. ... Die gegenwärtige Generation ist berufen, in die polnische Geschichte erneut den Namen Tannenberg einzutragen.
Dieser historische Sieg muß auf den Vorfeldern Berlins errungen werden, damit die Niederlage Germaniens das Zentrum des Preußentums lähmt! Unser Ziel ist, Polens Westgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße und Preußen (gemeint ist Ostpreußen) wieder den Grenzen der Republik einzuverleiben. Der Drang nach dem Westen, dies ist in diesem Augenblick das Gebot für das gesamte polnische Volk.<<
Nach polnischen Gewalttaten gegenüber deutschen Minderheiten in Posen und Pommerellen protestierte die deutsche Reichsregierung am 19. Dezember 1930 wieder vor dem Völkerbund (x034/506).
Die polnische Presse stellte am 27. November 1931 befriedigt fest, daß infolge der erfolgreichen Polonisierung ein Rückgang des deutschen Stimmenanteiles im abgetretenen Teil Oberschlesiens von 44 % auf 18 % erfolgt wäre (x034/563).
Die britische Zeitung "Manchester Guardian" berichtete am 24. Dezember 1931 (x309/60): >>Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. ...<<
Nach Abschluß des polnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (1932) sprach man in Polen bereits unverblümt über den "Marsch gegen das Deutsche Reich bzw. nach Berlin".
Der Streit um die Westerplatte führte 1932/33 zu gefährlichen polnisch-deutschen Spannungen. Staatschef Pilsudski schlug deshalb vor, polnisch-französisch-britische "Polizeiaktionen" gegen das Deutsche Reich durchzuführen.
Nach Hitlers Machtübernahme nahmen Staatschef Pilsudski und Außenminister Jozef Beck (1894-1944) im Jahre 1933 frühzeitig Kontakte mit dem NS-Reich auf. Die polnisch-deutschen Gespräche und Vereinbarungen unterstützten Hitlers Pläne und störten gleichzeitig das französisch-polnische Bündnissystem.
Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über das deutsch-polnische Verhältnis (x320/56): >>1933 forderte Polen Frankreich dreimal zu einem Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in ihrer Mitte auf, was Frankreich ablehnt, aber dennoch in Deutschland bekannt wird. Polen hat 1933 mit 298.000 Mann noch (fast) über dreimal so viel Militär wie Deutschland mit seinem 100.000 Mann Heer. So wird Polen vor Hitlers Amtsantritt 1933 von allen demokratischen Parteien in Deutschland und auch von der Reichswehr als Bedrohung angesehen.
Erst unter den Diktatoren Hitler in Deutschland und Josef Pilsudski gibt es eine Annäherung für ein paar Jahre. Nach Pilsudskis Versuch von 1933, Frankreich zu einem Krieg gegen Deutschland aufzurufen - den Paris ja ablehnt -, lenkt er ein - und schließt 1934 mit Hitler einen Freundschaftsvertrag. …<<

Die tschechische Übernahme der deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen und Mähren

Die Tschechoslowakische Republik (Tschechoslowakei) bzw. Ceskoslovenska Republica (CSR) wurde am 28. Oktober 1918 offiziell in Prag gegründet.

Die Sudetendeutschen erklärten am 13. November 1918 den Anschluß an Deutsch-Österreich (x184/19).

In Mährisch Trübau wurden am 29. November 1918 fünf deutsche Demonstranten (3 Frauen und 2 Schüler) durch tschechische Sicherheitskräfte erschossen (x206/26).

Tschechische Truppen marschierten 1918/1919 in die sudetendeutschen Gebiete ein und vertrieben die deutsch-böhmisch-mährische Regierung (x184/19).

In mehreren Städten (z.B. in Kaaden und in Sternberg) forderten die Sudetendeutschen am 4. März 1919 ihr Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich. Die friedlichen Demonstrationen wurden jedoch z.T. gewaltsam beendet (x005/684). 54 Demonstranten wurden durch tschechische Milizen erschossen (x025/94).

Gemäß den damaligen US-Vorschlägen sollte sich der Grenzverlauf überwiegend nach den ethnischen Siedlungsgebieten richten. Das Egerland war danach Bayern, Nordböhmen war Sachsen und das Sudetenland war dem preußischen Teil Schlesiens anzugliedern. Der österreichische Teil Schlesiens sollte aufgeteilt und der CSR, Polen sowie dem Deutschen Reich zugeordnet werden.

Ein französischer Vorschlag zur Lösung des deutschen Minderheitenproblems lautete jedoch schon damals: "Ausweisung aller Deutschen"!

Die tschechischen Politiker Masaryk und Benesch lehnten eine Vertreibung der Sudetendeutschen jedoch strikt ab, weil man den neuen Staat nicht mit völkerrechtswidrigen Massenaustreibungen und hohen Entschädigungen belasten wollte. Die deutschen Arbeitskräfte wurden außerdem dringend benötigt (x028/49).

Am 16. April 1919 beschloß die Regierung der CSR ein Gesetz zur Durchführung der Bodenreform. Bis Oktober 1919 wurden fast alle deutschen Großgrundbesitzer (die ca. 30 % der Fläche des Sudetenlandes besaßen) enteignet. Die Grundstücke wurden zu 94 % an Tschechen verteilt (x206/26).

Die deutsche Universität, die seit 1348 Eigentümerin der Prager Universität war, wurde am 19. Februar 1920 enteignet. Die tschechoslowakische Regierung beschloß außerdem ein Sprachengesetz (alle Staatsbeamten mußten die tschechoslowakische Sprache beherrschen). Bis 1930 verloren 30.293 deutsche Beamte ihren Arbeitsplatz (x206/27).

In Prag ereigneten sich am 16. November 1920 nach antitschechischen Demonstrationen in Eger schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen. Die Redaktionsräume des deutschen "Prager Tageblattes" und das "Deutsche Haus" wurden damals verwüstet.

Zusammenfassung des "Friedens" von Versailles

Obgleich das Deutsche Reich den besiegten Franzosen in den Jahren 1814/15 und 1871 äußerst maßvolle Forderungen und faire Friedensbedingungen gestellt hatte, erwiesen sich vor allem die Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg als besonders ungerechte und rachsüchtige Sieger.

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte alle französischen Forderungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebte, erklärte später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glückli-

cher werde er sein ...<<
Der britische Ministerpräsident Lloyd George, der den Engländern bereits während des Krieges versprach: "Deutschland zahlt alles!", versuchte nach dem Kriegsende vergeblich, die rachsüchtigen Franzosen zu stoppen.
Lloyd George erklärte damals in Versailles (x059/30): >>Wir müssen uns bemühen, eine Ordnung des Friedens zu entwerfen, als wären wir unparteiische Schiedsrichter, die die Leidenschaften des Krieges vergessen haben. ...<<
Die maßgeblichen westeuropäischen Siegermächte beschlossen schließlich in Versailles, die deutsche Militär- und Wirtschaftsmacht endgültig auszuschalten. Bei diesen Verhandlungen ging es den Siegerstaaten Frankreich und England nicht um einen gerechten Frieden (ohne "Sieger und Besiegten"). In erster Linie wollte man das Deutsche Reich (wie z.B. 1648) vollständig kontrollieren und langfristig schwächen, um die französisch-englische Vormachtstellung in Europa zu sichern. Die getreuen Verbündeten sollten außerdem die zugesagten Belohnungen erhalten. Die ungerechten Vorverurteilungen des deutschen Kriegsgegners verdeckten eigentlich nur die wahren machtpolitischen Interessen der Siegermächte.
Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<
Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen.
Als US-Präsident Wilson ("Apostel des Friedens" bzw. Verteidiger der Völker- und Menschenrechte) seine Friedensvorstellungen nicht durchsetzen konnte, opferte er schließlich den "gerechten Frieden" für die Schaffung des Völkerbundes (Wilsons größter Wunschtraum). Wilson, der 1919 den Friedensnobelpreis erhielt, zog sich schließlich kampflos und verbittert in die bisherige nordamerikanische Isolationspolitik zurück und kümmerte sich während seiner restlichen Amtszeit (bis 1920) nicht mehr um die wirren Nachkriegsverhältnisse in Europa.
Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus. Fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben unberücksichtigt. Die Siegermächte ignorierten ferner Völker- und Menschenrechte, die sie angeblich bewahren und schützen wollten. Vor allem für die Deutschen in Ost-Mitteleuropa sollte sich diese völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" besonders verheerend auswirken.
Die erstmalige Beteiligung der Nordamerikaner an der Europapolitik veränderten die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse grundlegend. Aufgrund der gleichgültigen und naiven US-Außenpolitik wurden in Europa letzten Endes chaotische Verhältnisse geschaffen, die Hitlers und Stalins Terrorsysteme nachweislich erheblich förderten.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) berichtete später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x063/522): >>Ende Januar 1918 hatte die große New Yorker Zeitung "Evening Post", die im Besitz Villards war, die Geheimverträge der Alliierten veröffentlicht, die die Engländer und Franzosen ängstlich vor Amerika zu verstecken suchten. Sie waren der kommunistischen Regierung bei der Öffnung der russischen Staatsarchive in die Hände gefallen und erreichten Villard durch eine Kette glücklicher Umstände. Die Echtheit ist nie bestritten worden. Diese Geheimverträge enthüllten die imperialistischen Pläne Frankreichs und sind ein Beweis, daß die Annahme der Vierzehn Punkte Wilsons durch Frankreich unaufrichtig war.

Im September 1916 hatte die französische Regierung mit Zustimmung des Präsidenten Raymond Poincaré beschlossen, das gesamte linksrheinische Gebiet loszubrechen. Es sollten unter französischer Besatzung "autonome Republiken" gebildet werden. Rußlands Zustimmung zu diesem Plane wurde durch die Einräumung völliger Handlungsfreiheit in Ostdeutschland gewonnen.
Marschall Fochs Memorandum vom 27. November 1918 liegt durchaus auf der Linie dieser Verträge. Es zielte auf die Auslöschung der deutschen Souveränität westlich des Rheines hin. Eine oder mehrere autonome rheinische Republiken sollten errichtet und die männliche Bevölkerung zum Militärdienst eingezogen werden, um im Kriegsfall gegen Deutschland zu kämpfen. Die dauernde Besetzung der rechtsrheinischen Brückköpfe war gleichfalls vorgesehen. ...<<
Der deutsche Historiker Peter März berichtete später über die Versailler "Friedenskonferenz" (x312/216): >>... Die Friedenskonferenz von Versailles wurde am 18. Januar 1919 eröffnet, pikanterweise exakt 48 Jahre nach der Proklamation des deutschen Kaiserreiches am selben Ort.
Aber es gab keine deutsche Beteiligung. Die Entscheidungen fielen zwischen den großen drei, dem amerikanischen Präsidenten Wilson, dem britischen Premierminister Lloyd George und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau.
Als man sich geeinigt hatte, wurden die deutschen Delegierten einbestellt und erhielten am 7. Mai 1919 den Entwurf des Friedensvertrages. Sie konnten schriftlich Stellung nehmen und daraus ergab sich dann ein Notenwechsel mit einigen für Deutschland günstigen Modifikationen. Aber es gab keinerlei Aussprache.
Diese Kommunikationsverweigerung war ein Novum. Sie zeigte aber auch deutlich, wie weit die emotionalen Verhärtungen gingen. Naturgemäß stimmen sich bei Friedenskongressen die diversen Parteien und Allianzgruppen untereinander ab und gehen nicht unvorbereitet und ohne Konzept in die Verhandlungen mit der Gegenseite. Aber selbst eine solche Form der präparierten und dosierten mündlichen Aussprache war Deutschland nicht zugestanden worden.
Das Zweite, was man sehen muß, ist der schiere Umfang des Vertrages: Die vom Auswärtigen Amt 1919 herausgegebene, dreisprachige (englisch, französisch und deutsch) Ausgabe wiegt 1.140 Gramm (!), sie umfaßt 440 Artikel und 455 Seiten. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Versailler "Friedensverhandlungen" (x068/196,199): >>... Zwar verhinderte Wilson Deutschlands Zerstückelung durch Etablierung eines linksrheinischen Pufferstaates (womit der lebenslange Opportunist Konrad Adenauer durchaus einverstanden war); doch auch Lloyd George verwarf, wie Wilson, die von Frankreich geforderte Abspaltung einer "Rheinischen Republik". Beide wollten unter keinen Umständen eine weitere Verstärkung Frankreichs, sondern Deutschland als Gegenspieler auf dem Kontinent. ...
Überhaupt hielt Wilson den Vertrag von Versailles zwar für hart, doch für gerecht. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker völlig preisgegeben. Millionen Deutsche – kamen gegen ihren Willen – unter französische, tschechische, polnische Herrschaft. ...<<
>>... Mit Deutschland wurde 1919 nicht einmal verhandelt. Man präsentierte am 28. Juni - dem Jahrestag von Sarajewo - im Spiegelsaal von Versailles einfach den fertigen Vertrag. Und der war ein rückhaltloser Bruch des Waffenstillstandsabkommens.
Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, der Führer der deutschen Delegation in Versailles, verweigerte seine Unterschrift und demissionierte. Johann Giesberts, Reichsminister seit 1919, rief beim Lesen der langen Anklageschrift: "Dieser schamlose Vertrag, ... ich habe bis heute an Wilson geglaubt. Ich hielt ihn für einen Ehrenmann und jetzt schickt uns dieser Schurke einen solchen Vertrag". ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 17.01.2009) über die Pariser Friedenskonferenz (x887/...): >>**Keim des Zweiten Weltkriegs**
Vor 90 Jahren begann die Pariser Friedenskonferenz
... Friedensdiktate sind für den Sieger immer etwas Schönes. Allerdings sind sie historisch betrachtet auch wieder unbequem, weil demaskierend. Sie decken nämlich für die Nachwelt ungeschminkt die Kriegsziele auf - auch solche, die politisch unklug oder gar völkerrechtswidrig waren. Die wichtigsten waren damals:
1. Die Zerschlagung Deutschlands als Wirtschaftsmacht. Von Spitzentechnologie über die Schwerindustrie bis zu den Kuckucksuhren sollten die ungeliebten deutschen Konkurrenten verschwinden.
2. Die Ausschaltung der deutschen Dominanz auf dem europäischen Festland.
3. Territoriale Veränderungen und Einlösung der Versprechen an die Vasallen und Helfer.
Hierzu war die Zerschlagung der Türkei und Österreich-Ungarns vorgesehen.
4. Die Auslieferung von 859 angeblichen Kriegsverbrechern, darunter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Kaiser Wilhelm II. höchstselbst.
5. Schließlich sollte das besiegte Deutschland auch noch seine alleinige Kriegsschuld anerkennen. ...<<
Am 7. Mai 1919 übergab Clemenceau den deutschen Bevollmächtigten das 455 Seiten umfassende Vertragswerk der Pariser Friedenskonferenz zur Prüfung (x069/119).
Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" war die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" sollte offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wußten, daß eigentlich kein Staat den Ausbruch des Ersten Weltkrieges bewußt bzw. vorsätzlich verschuldet hatte, wurde in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.
Der SPD-Vorstand rief am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<
Der nordamerikanische Journalist Villard berichtete über die damalige deutsche Nachkriegsstimmung (x063/522): >>In gutem Glauben hatten sie sich übergeben; sie hatten die Bedingungen des Waffenstillstands angenommen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ehre zum Pfand gaben, daß der Friede auf den 14 Punkten ruhen werde. Sie waren bereit, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen. Hatten sie nicht den Preis gezahlt? Und schließlich, waren sie nicht auch Menschen?
Rasch wurde diese glorreiche Gelegenheit, Europa auf edlen und dauernden Grundlagen wiederaufzubauen, über Bord geworfen. Auch der ungeübteste Beobachter konnte sehen, wie die deutsche Nachkriegsstimmung sich änderte, hinwegschmolz und verflog, vielleicht um nie wiederzukehren ...<<
Ministerpräsident Philipp Scheidemann (1865-1939) erklärte im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780, x069/119): >>Der Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch einen Bruch ertragen, ohne daß aus ... allen Ländern der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<
>>... Wer kann als ehrlicher Mann - ich will gar nicht sagen als Deutscher - nur als ehrlicher, vertragstreuer Mann solche Bedingungen eingehen? Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt? Und dabei sollen wir die Hände regen, sollen arbeiten, die Sklavenschichten für das internationale Kapital, Frondienste für die ganze Welt leisten?
Wird dieser Vertrag wirklich unterschrieben, so ist es nicht Deutschlands Leiche allein, die auf dem Schlachtfeld von Versailles liegenbleibt. Dabei würden als ebenso edle Leichen liegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Unabhängigkeit freier Nationen, der Glaube an all die schönen Ideale, unter deren Banner die Entente zu fechten vorgab, und vor allem der

Glaube an die Vertragstreue.<<
Der britische Politiker Philip Snowden (1864-1937) schrieb am 22. Mai 1919 im "Labour Leader" (x063/491-492): >>Mehr als alle anderen Staatsmänner, die für den Friedensvertrag verantwortlich sind, ist Präsident Wilson aufs äußerste diskreditiert. Er hat nicht darauf bestanden, daß auch nur eine einzige der Friedensbedingungen, die er aufstellte, gehalten wurde ...
Sein Eingreifen in den europäischen Krieg war von jedem Standpunkt aus verhängnisvoll. Hätte er Amerika nicht in den Krieg gebracht, so wäre wahrscheinlich ein anständiger Frieden zustande gekommen. Sein Eingreifen hat die europäische Lage außerordentlich verschärft und brodelnde Eifersucht, Haß, bösen Willen und die Gewißheit zurückgelassen, daß ein Menschenalter von Krieg und Blutvergießen vor uns liegt.
Je eher er nach Amerika zurückkehrt und aufhört, sich in die internationale Politik einzumischen, für die er offensichtlich weder den Mut noch das Wissen besitzt, desto besser für den Frieden der Welt.<<
Aufgrund der französisch-britischen Friedensbedingungen traten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.
Jan Smuts (1870-1950, ehemaliger Buren-General, 1919-24 und 1939-48 südafrikanischer Ministerpräsident) schrieb am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir ihnen gegenüber (den Deutschen) unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...
Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<
Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ die bedingungslose Anerkennung des Vertrages (innerhalb von 5 Tagen) und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.
Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Anerkennung der ungerechten Friedensbedingungen entschieden ablehnten, trat die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert blieb trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt. Die SPD-Fraktion beschloß danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.
Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!
Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ...
(Ich rufe auf zum) Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...
Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<
Der SPD-Politiker Paul Löbe (1875-1967, 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, danach bis 1933 Reichstagsabgeordneter, 1933 und 1944 vorübergehend inhaftiert,

1949-53 Mitglied des Bundestages) erklärte vor der Nationalversammlung (x256/72): >>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.
Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entrechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.
Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<
Angesichts der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der deutsche Staat mußte letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.
Vor der Unterzeichnung erklärten Hermann Müller (1876-1931, deutscher Außenminister, SPD-Politiker und späterer Reichskanzler) und Johannes Bell (1868-1949, deutscher Reichsminister und Zentrumspolitiker) am 28. Juni 1919 (x065/371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die (deutsche) Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<
Die erzwungene Unterzeichnung des "Versailler Friedensvertrages" bzw. die erpreßte Anerkennung der deutschen Kriegsschuld erfolgte am 28. Juni 1919, dem 5. Jahrestag des Mordes von Sarajevo, im Schloß von Versailles (zusätzliche Demütigung für die deutsche Kaiserproklamation im Jahre 1871).
Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>(Ich hatte) ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<
Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade (November 1918 bis Juli 1919) verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).
Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.
US-Senator William E. Borah (1865-1940) erklärte während dieser Senatsdebatte (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<
Der Vertrag von Versailles trat am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigerte, den Vertrag zu unterzeichnen.
Da der US-Senat den Versailler Vertrag und den Beitritt zum Völkerbund später beharrlich ablehnte, verlangte vor allem die beleidigte französische Regierung nur noch unnachgiebiger die Erfüllung der astronomischen, unbezahlbaren Reparationsverpflichtungen.
Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % seiner bisherigen Gebiete (70.580,4 qkm, ohne Kolonien) sowie 10 % der Bevölkerung (6.475.568 Einwohner, Stand: 1.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.
Nach dem Versailler Vertrag mußte das Deutsche Reich zwangsweise z.B. auf folgende Ge-

biete verzichten:
Memelland **an Litauen**
Danzig und Umgebung **an Freistaat Danzig**
Fast die gesamte Provinz Posen, 75 % von Westpreußen, Teile von Nieder- und Oberschlesien, Ostpreußen sowie Ostpommern **an Polen**
Oberschlesische Gebiete und das Hultschiner Ländchen **an die Tschechoslowakei**
Nordschleswig **an Dänemark**
Eupen und Malmedy **an Belgien**
Elsaß-Lothringen **an Frankreich**
Das Deutsche Reich mußte außerdem auf alle deutschen Kolonien (Gebietsgröße = rd. 3,0 Millionen qkm) und auf die deutschen Rechte im Ausland (Patente, Überseekabel etc.) verzichten und verlor sein gesamtes Auslandsvermögen in Höhe von etwa 24,0 Milliarden Mark (x074/1.015). Die Siegermächte beschlagnahmten bzw. liquidierten ferner zahlreiche deutsche Privatvermögen.
Der Erste Weltkrieg kostete dem Deutschen Reich etwa 1/3 seiner Kohlen-, 1/2 seiner Blei-, 2/3 seiner Zinkerz- und 3/4 seiner gesamten Eisenerzvorkommen (x054/188). Die Abtretung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie die Zwangsenteignung der wertvollen oberschlesischen Kohlenvorräte und modernen Schwerindustriebetriebe stellten das Deutsche Reich bereits ohne die noch zusätzlich zu erbringenden Wiedergutmachungsleistungen vor gewaltige, fast unlösbare wirtschaftliche Nachkriegsprobleme. Von 1914-22 verminderte sich das gesamte deutsche Volksvermögen von 310,0 Milliarden (1914) um 150,0-200,0 Milliarden Mark (x063/524).
Die personelle Stärke des deutschen Heeres wurde auf 100.000 Berufssoldaten reduziert, die Marine verfügte nur noch über 15.000 Mann. Die schwache Reichswehr konnte danach nirgends die Sicherung der Landesgrenzen gewährleisten, denn sie besaß keine schweren Waffen und keine Luftstreitkräfte.
Diese Entwaffnungsbestimmungen wurden durch Militärkontrollkommissionen der Alliierten regelmäßig überprüft. Das linke Rheinufer wurde für 15 Jahre durch alliierte Truppen besetzt und das Rheinland entmilitarisiert. Den von beiden deutschen Staaten angestrebten Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich untersagte man.
Die Schuld der Staaten (spätere Siegermächte), die eindeutige Kriegsziele (Zerschlagung des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches) verfolgten und den Krieg wollten, war nachweislich wesentlich größer, als die Schuld der späteren Verliererstaaten, die nicht vorsichtig genug oder zu naiv waren, um die Katastrophe des Ersten Weltkrieges zu verhindern.
Serbien: Der slawische Nationalismus (Jugoslawismus und Panslawismus) förderte nachweislich die radikalen Unabhängigkeitsbestrebungen im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Die radikalen serbischen Geheimbünde verursachten vorsätzlich den Kriegsausbruch, um die Donaumonarchie Österreich-Ungarn zu vernichten.
Österreich-Ungarn: Die geschwächte Großmacht Österreich-Ungarn war unfähig, die jahrzehntelangen Nationalitätenprobleme rechtzeitig und umfassend zu lösen. Österreich nahm schließlich die Ermordung des österreichischen Thronfolgers zum Anlaß, um endgültig mit Serbien abzurechnen. Die Habsburger kämpften verzweifelt um ihre europäische Großmachtstellung, deshalb wollten sie den slawischen Nationalismus zerschlagen und versuchten nicht, den Krieg zu verhindern. Der Balkankonflikt war für die Habsburger Monarchie letzten Endes ein Kampf um Sein oder Nichtsein.
Rußland: Aufgrund der traditionellen russischen Expansionspolitik unterstützte der Zar Serbien und verhinderte durch die russische Generalmobilmachung alle deutschen Vermittlungsversuche. Obgleich die russischen Lebensinteressen in keinster Weise bedroht wurden, trieb

die russische Regierung das friedlich gesinnte russische Volk in einen verlustreichen Krieg. Die russische Expansionspolitik auf dem Balkan und der verzweifelte Kampf um die innenpolitische Machtstellung des Zarenreiches (Existenznot des Zaren) führten schließlich zum Untergang Rußlands (bolschewistische Revolution im Jahre 1917).
Frankreich: Aufgrund des russisch-französischen Bündnisses geriet Frankreich zwangsläufig in den Krieg. Die französische Regierung unternahm nachweislich nichts, um den drohenden Krieg zu vermeiden, denn man wollte diese Gelegenheit zur "Revanche" unbedingt nutzen (Rache für die militärische Niederlage von 1870/71 und Rückeroberung von Elsaß-Lothringen).
Deutsches Reich: Die außenpolitische Unfähigkeit des Deutschen Reiches (unüberlegte Bündnisvereinbarungen und leichtsinnige Überheblichkeit) führten schließlich zur völligen Isolierung des Landes. Die leichtfertigen deutschen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") förderten schließlich die österreichisch-ungarische Kriegserklärung und rissen das Deutsche Reich in den ungewollten verhängnisvollen Krieg. Das Deutsche Reich ging ursprünglich von einem Verteidigungskrieg aus. Angesichts der frühzeitigen russisch-französischen Mobilmachung entschloß sich die deutsche Heeresführung jedoch notgedrungen zur offensiven Kriegsführung.
Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schrieb später über den angeblichen "deutschen Angriffskrieg" (x024/36): >>... Die Frage Bethmanns im Reichstag, ob Deutschland hätte warten sollen, bis es eingekeilt zwischen Feinden, von ihnen überwältigt worden wäre, klingt ehrlich, wie der Reichskanzler im allgemeinen wenig Begabung zum Lügen besaß.<<
Die Deutschen wurden damals zu Unrecht als Kriegstreiber diffamiert und für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verantwortlich gemacht.
Das Deutsche Reich hatte in jener Zeit nachweislich keine Kriegsziele und es gab auch keine spezielle "deutsche Expansionsstrategie". Wenn das Deutsche Reich tatsächlich einen Krieg geplant hätte, wäre man sicherlich bereits im Jahre 1905 zum Angriff übergegangen, als Rußland nach dem russisch-japanischen Krieg entscheidend geschwächt war (Wegfall der zweiten Front im Osten), denn die deutschen Aufmarschpläne gegen Frankreich ("Stoß- und Sichelschnitt") lagen damals bereits vor (x098/39). Die deutsche Reichsregierung wollte im Jahre 1914 mehrheitlich keinen Krieg, weil alle ernstzunehmenden Politiker wußten, daß Deutschland nichts gewinnen, sondern höchstens alles verlieren konnte.
Großbritannien: Die Briten bemühten sich zwar redlich, um den Krieg zu verhindern, aber sie traten nach dem Kriegsausbruch erstaunlich schnell gegen das Deutsche Reich an, um die angeblichen deutschen Expansionsbestrebungen zu verhindern. Der britische Außenminister Sir Edward Grey lehnte z.B. die erbetene Neutralität Großbritanniens kommentarlos ab, obwohl das Deutsche Reich die europäischen Gebietsstände des Jahres 1914 zusicherten (x090/245).
USA: Nordamerika griff im Jahre 1917 in erster Linie aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg ein. Die US-Wirtschaft lieferte den Briten und Franzosen bereits vor dem nordamerikanischen Kriegseintritt erhebliche Mengen von Kriegsgütern.
Die Kriegsschuldfrage wurde noch jahrzehntelang nach dem Kriegsende gewissenhaft geprüft und ausführlich diskutiert. Im Verlauf dieser historischen Untersuchungen mußten die Behauptungen der Siegermächte schließlich korrigiert werden, daß das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg vorsätzlich verursacht hätte (x063/474).
Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über die Gründe bzw. Folgen der nordamerikanischen Kriegsbeteiligung (x065/329-330): >>... Der Druck der industriellen und landwirtschaftlichen Überproduktion, der in den Vorkriegsjahren so schwer auf den USA gelastet hatte, verschwand im Laufe des Ersten Weltkrieges in zunehmenden Maß als die USA zum Lieferanten der kriegsführenden Alliierten wurden.

Von etwa 40 Millionen Dollar im Jahre 1914 stieg der Wert der nordamerikanischen Ausfuhr 1915 auf 210 Millionen und 1916 auf 1,29 Milliarden Dollar. 1915 betrugen die englisch-französischen Schulden in den USA bereits 500 Millionen Dollar. Diese wirtschaftlichen Tatsachen gewannen mehr und mehr an Gewicht. Sie waren zwar nicht das einzige, vielleicht nicht einmal das ausschlaggebende, aber ein höchst bedeutsames Motiv für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg ...<<

General Charles de Gaulle (1890-1970, ab 1944/45 französischer Regierungschef) sprach im Jahre 1944 von dem "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". De Gaulle deutete damit an, daß die 20er und 30er Jahre tatsächlich nur Pausen bzw. nur Zwischenkriegszeit gewesen seien (x098/41).

In einem "Spiegel-Interview" ("Der Spiegel" 5/1971 vom 25. Januar 1971) erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über den Versailler Vertrag (x313/334-335): >>... Nie war Deutschland so gedemütigt worden, nie zuvor hatte man seinen Stolz so verletzt.

Im Artikel 231 des Versailler Vertrages wurde Deutschland und seinen Verbündeten überdies die gesamte Schuld aufgebürdet ...

Empörung flackerte an allen Orten auf. Der Versailler Friedensvertrag schuf in Deutschland einen unaussprechlichen Haß auf die Siegermächte.

Das Axiom (Ursatz) gilt:

Wenn ein Volk in einem "Frieden" zu sehr gedemütigt und sein Stolz verletzt wird, wird es eines Tages zurückschlagen wollen.

Der Versailler Friedensvertrag wurde denn auch von allen Parteien in Deutschland gleichermaßen abgelehnt, aber es gab keine Alternative. Zähnknirschend setzten die deutschen Vertreter schließlich ihre Unterschrift unter den Vertrag. ...

Hoffnungslosigkeit, Niedergeschlagenheit, Trauer, Haß, Zorn, Wut und Protest machten sich breit. Vielerorts sträubte man sich einzugestehen, daß man den Ersten Weltkrieg tatsächlich verloren hatte. ...

Die öffentliche Meinung schlug um, die radikalen Parteien erhielten Zulauf.

Da die Reparationsforderungen barbarisch waren, mußten die Steuern erhöht werden. Gleichzeitig begann die Inflation ihr häßliches Gesicht zu zeigen.

Für all das wurden in ... (der) neuen Weimarer Republik die demokratischen Politiker verantwortlich gemacht. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 11.07.2017): >>**Zweifel an den Zweifeln**

Es gibt eine "Legende von der Weimarer Republik". Die geht so: An sich war 1919 alles in Ordnung, der lästige Obrigkeitsstaat beseitigt, die Republik errichtet, der Weg nach Westen offen; aber leider bockten die Deutschen und wollten ihn nicht beschreiten; das hatte vor allem mit dem Mangel an Liberalität in der Vorzeit zu tun, dann auch mit den reaktionären Oberschichten, die weiter am Ruder blieben, und mit dem Nationalismus, der sich unbegreiflicher Weise festsetzte und schließlich den Untergang der schönen neuen Demokratie heraufbeschwor. Zu den perfiden Behauptungen der Rechten gehörte einmal die vom "Diktatfrieden" und dann die vom "Dolchstoß", durch den das deutsche Heer gefällt wurde.

Gralshüter Historischer Korrektheit

Man könnte einen ganzen Katalog mit Abhandlungen von Historikern, Politologen, Soziolo-

gen, Pädagogen und Journalisten füllen, die die fatale Wirkung der "Dolchstoßlegende" zum Thema haben. Sie alle teilen eine Grundannahme: daß es sich tatsächlich um eine Legende handelte, das heißt, daß die Vorstellung vom "Dolchstoß" keinerlei sachliche Berechtigung hatte; konsequenter Weise spricht mancher schon von "Dolchstoßlüge". Entsprechend liest man es in jedem Schulbuch und in jeder Empfehlung für den Geschichtsunterricht, in den offiziösen Darstellungen wie den Materialien zur politischen Bildung.

Um so überraschender, wenn jemand wie Gerd Krumeich, emeritierter Professor für Neuere Geschichte, mit einem Beitrag in der *FAZ* am Montag gewisse Zweifel anmeldet. Krumeich gehört eigentlich zu den Gralshütern Historischer Korrektheit. Noch unlängst hat er scharf allen Versuchen widersprochen, die deutsche Alleinschuld am Kriegsausbruch von 1914 zu relativieren. Aber nun erfährt man, daß er, was die Deutung des Kriegsendes angeht, Vorbehalte hat.

Verantwortung für sieben Millionen Tote

Erstaunlich ist schon, daß Krumeich seinen Kollegen eine unhistorische Betrachtung der Kriegsfolgen vorwirft. Sie begriffen nicht, heißt es bei ihm, was der Versailler Vertrag für die Deutschen der Zeit war und warum sie den Kriegsschuldartikel als inakzeptabel betrachteten.

Die Äußerung Clemenceaus bei Übergabe der Friedensbedingungen im Mai 1919 ("Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos.

Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei hat befriedigen wollen.") nennt Krumeich "ungeheuerlich", die Reaktion des deutschen Vertreters Brockdorff-Rantzau, der bei der Entgegennahme sitzenblieb, "maßvoll".

Entscheidend ist aber, wie Krumeich mit der "Dolchstoßlegende" verfährt: Zum einen bezweifelt er, daß die deutschen Streitkräfte Ende 1918 so entscheidend geschwächt waren, daß sie den Kampf nicht mehr fortsetzen konnten, zum anderen weist er auf den Wahrheitskern hin, der in der Behauptung stecke, daß erst der Ausbruch der Revolution in der Heimat alle weiteren militärischen Anstrengungen unmöglich machte.

Deutsche Kriegsschuld bereitwillig akzeptiert

Es seien vor allem die Zivilisten gewesen, die den Krieg "gründlich satt hatten" und nur zu gern der Illusion folgten, daß man für den Fall der Beseitigung des alten Regimes einen glimpflichen Frieden bekommen könnte. Und obwohl dieses Kalkül nicht aufging, habe ein erheblicher Teil der Linken die deutsche Kriegsschuld bereitwillig akzeptiert und damit den Forderungen der Sieger in die Hände gearbeitet.

Diese Tatbestände überhaupt wieder ins Gedächtnis gerufen zu haben, ist verdienstvoll. Aber trotzdem weist Krumeichs Argumentation Lücken an entscheidenden Punkten auf. So bezieht er nicht ein, daß die großen Streikbewegungen seit dem Herbst 1917 - die auch die Mehrheitssozialdemokratie akzeptierte, wenn nicht unterstützte - objektiv zur Schwächung der deutschen Position beitrugen. Weiter ist zu betonen, daß die Linke sich dieser Vorrevolution anfangs rühmte, so lange, bis die Stimmung im Frühjahr 1919 umschlug.

"Friedensfreunde" im Ausland

Sie stand dabei auf der Seite einer bis in die Mitte des politischen Spektrums reichenden Strömung, die mit den "Friedensfreunden" im Ausland paktierte, die dem Feind Handlangerdienste leisteten, weil sie von dessen historischem Recht überzeugt waren und sich nach Errichtung der Republik einen natürlichen Vorsprung bei der Machtverteilung erhofften.

Zu erwähnen bleibt schließlich noch, daß es in der politischen Führung Deutschland niemanden gab, der bereit gewesen wäre, Maßnahmen zu ergreifen, die man in Frankreich oder Großbritannien angesichts von existenzbedrohenden Krisen ohne Zögern ergriffen hatte.

Pétain brach die Meuterei ganzer Regimenter mit Hilfe der altrömischen "Dezimierung", Großbritannien ertränkte den irischen Osteraufstand in Blut und noch 1918 wurden insgesamt 676 Todesurteile wegen Befehlsverweigerung und Desertion ausgesprochen (wenn auch nicht alle ausgeführt).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete später (im November 2018): >>**Dolchstoß ohne Legende**

_von Jan von Flocken

… **Erschöpfung auch bei den Alliierten**

Auch wenn das angesichts eines nahezu totalen Krieges eher illusorisch war - auf der Gegenseite kam es ebenfalls zur Krise. Unter den alliierten Soldaten forderte die Spanische Grippe tausende Todesopfer. Die französische Heeresleitung kam zu dem Schluß, daß Deutschland auf jeden Fall noch bis 1919 durchhalten werde. General Douglas Haig, Kommandeur der britischen Streitkräfte in Frankreich, war der Überzeugung, die ersten beiden Oktoberwochen seien "die schwierigsten Wochen des Weiterkämpfens" gewesen.

Deutschland stand zwar "mit dem Rücken zu Wand", so der kenntnisreiche US-Historiker David Stevenson, aber seine Kriegssituation sei nicht aussichtslos gewesen. Ein Weiterkämpfen in gesicherten Stellungen der Westfront, also im Feindesland, wäre für Deutschland möglich gewesen und hätte einen erträglicheren Frieden erreichen können.

Doch die Heimatfront war bereits zersetzt. Seit Juni 1916 kam es in Deutschland zu mehreren Massenstreiks, welche die Kriegsproduktion weitgehend lahmlegten. Am Januarstreik von 1918 nahmen mehr als eine Million Arbeiter teil. Rüstungsbetriebe in Berlin, Hamburg, München, Braunschweig, Halle, Magdeburg, Köln, Breslau, Leipzig und Mannheim lagen still. Die Zechen im Dortmunder Kohlenrevier produzierten tagelang nichts mehr, ebenso wie die Werften in Kiel und Hamburg. Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland im Oktober 1917 agitierte die deutsche Linke vehement gegen den Krieg und einen Siegfrieden.

Namentlich die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg edierten *Spartakus-Briefe* taten sich hier hervor. Schon in der ersten Nummer war von "rücksichtsloser Machtentfaltung der Volksmassen" die Rede. Im August 1918 drohten die Linksradikalen, man werde "mit einem mächtigen Ruck die herrschende Mörderbande zum Purzeln bringen". Und einen Monat später hieß es, "die dringende Aufgabe, gerade im gegenwärtigen Moment, ist, die öffentliche Pleite des deutschen Imperialismus mit verzehnfachter Energie agitatorisch auszunutzen".

Der Sozialdemokrat und spätere Kommunist Albert Vater aus Magdeburg rühmte sich: "Wir haben den Umsturz systematisch vorbereitet. Wir haben unsere Leute zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Deserteure haben wir mit falschen Papieren an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten zermürben sollten."

Ein Augenzeuge berichtet vom Herbst 1918: "Es wimmelte von Fronturlaubern, die ihren Urlaub eigenmächtig verlängern; zahllose geheilte Verwundete, die statt an die Front auf den Eisenbahnstrecken im Rund fahren; glatt Fahnenflüchtige und Drückeberger, die angeblich seit Monaten ihre Truppenteile suchen. Allerorten passiver Widerstand, Kriegsunlust, faule Witze, Unordnung in Reih und Glied."

Weltfremde Friedenshoffnungen

Man profitierte dabei von der lawinenartigen Überzeugung der Massen, daß man nur die bisherige Führung abzusetzen brauche, um sich danach sofort mit dem großmütigen Feind zu vergleichen und dadurch Frieden, Freiheit und Brot zu erlangen. US-Präsident Woodrow Wilson, der sein Land 1917 in den Krieg hineingezogen hatte, versprach den Deutschen und ihren Verbündeten mit den "14 Punkten" goldene Zeiten, wenn sie nur bedingungslos ihre Waffen niederlegten. So wurden schließlich Soldaten, die an der Front weiterkämpfen wollten, als "Streikbrecher" beschimpft und Sabotage in den Fabriken verübt.

Zufrieden notierte der Kremlchef Wladimir I. Lenin: "Der Zauber der russischen Revolution

fand in der ersten grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter während des Krieges seinen Ausdruck." Moskaus Gesandter in Berlin, Adolf Joffe, machte die sowjetrussische Botschaft Unter den Linden zum Zentrum für alles, was an deutschen Linkssozialisten und angehenden Spartakisten fachmännische Anleitung und rollende Rubel zur Revolution benötigte.
Das einfache Volk hungerte und fror derweilen. Und es breitete sich die Illusion aus, daß Deutschland von seinen Feinden jederzeit den Frieden haben könne, wenn nur eine Gruppe Fürsten, Feldherren, Alldeutsche und sonstige Kriegsinteressenten hinweggefegt würden. Eine hoffnungsfrohe Weltfremdheit brach sich Bahn. US-Präsident Wilson galt als großer Heilsbringer. Doch gerade er hatte in seiner Kongreßansprache vom 11. Februar 1918 gedroht: "Die deutsche Macht, ohne Gewissen, Ehre und Verständnis für einen Verständigungsfrieden, muß zerschmettert werden!"
Mit der Matrosenmeuterei in Kiel am 1./2. November 1918 kam das Ende. Eine Woche später mußte Deutschland kapitulieren. Hunderttausende sahen das damals als Resultat eines hinterhältigen "Dolchstoßes", den die Heimat der Front versetzt habe.
Was die vollständige Kapitulation an furchtbaren Folgen zeitigen sollte, bewiesen die Worte des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau bei der Übergabe der Friedensbedingungen im Mai 1919: "Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei befriedigen wollte."<<
Der Schriftsteller Karl Bruno Leder schrieb später in seinem Buch "Nie wieder Krieg?" über die Entstehung von Kriegen (x024/45-46): >>... Krieg und Frieden auf der Welt hängen von der subjektiven Gefühlslage der Nationen ab.
Fühlt sich eine Nation in ihrem Selbstwertgefühl entscheidend verletzt, so wird sie nicht ruhen, bis diese Kränkung aufgehoben und durch einen Triumph kompensiert ist. Je tiefer die Demütigung geht, je schwerer das Selbstwertgefühl verletzt ist, desto bedingungsloser wird der Drang nach dessen Rehabilitierung.
Einem Volk in solcher Lage kann man nicht kommen mit Bedenken und Einwänden; man kann ihm nicht einmal mit dem Untergang der Welt oder der Menschheit drohen.
Ein solches Volk ist ohnehin bereit, auch den eigenen Untergang einzukalkulieren; was soll ihm da der Untergang der Menschheit! Im Gegenteil: Diese Aussicht stellt eher eine heimliche Verlockung dar; damit kann man die anderen Völker erpressen: Sollen sie gefälligst Partei ergreifen, und zwar die des Gedemütigten, wenn sie Katastrophen vermeiden wollen! Man denke etwa an die Vietnamesen; auf sie hätte auch eine Drohung mit der Atombombe keinen Eindruck gemacht. ... Dasselbe gilt für die Palästinenser und für viele andere Beispiele.
Das alte Wort "lieber tot als Sklave" drückt am eindeutigsten das subjektive Bewußtsein eines gedemütigten Volkes aus. Gegen dieses Wort kann man nicht rational argumentieren.<<
Nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg verlor Europa seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Nordamerika. Die meisten europäischen Länder verarmten durch den Ersten Weltkrieg. England und Frankreich waren ebenfalls hochverschuldet und kämpften vergeblich gegen die nordamerikanische Vormachtstellung, obwohl Frankreich Syrien und den Libanon erhielt und England die wichtigsten Ölquellen (außer Saudi-Arabien: dort gingen die Nordamerikaner auf Ölsuche) im Nahen Osten ausbeuten durfte.
Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die vor dem Ersten Weltkrieg noch Schuldner der traditionellen europäischen Kapitalexportländer (Deutsches Reich, Frankreich und England) waren, entwickelten sich nach 1919 zum größten Kreditgeber bzw. "Weltgläubiger". Nach den "Friedensverträgen" trieb Nordamerika die britischen und französischen Kriegs-

schulden rücksichtslos ein, die letzten Endes das Deutsche Reich zahlen mußte.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Gewinner und Verlierer des Ersten Weltkrieges (x281/53): >>... Die Vereinigten Staaten standen nach dem Ersten Weltkrieg besser da als vorher. Schon 1913 dürften die USA rund ein Drittel der Weltindustrieprodukte hergestellt haben; nur fünf Jahre später, der Krieg hatte Europa in eine Zone der Verwüstung verwandelt, waren es über 50 Prozent. ...<<
Schlußbemerkungen: Das unsägliche Diktat von Versailles wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur "Wiege" der europäischen Diktaturen und war zweifellos die eigentliche "Geburtsstunde des NS-Regimes". Die unheilvollen "Friedensverhandlungen", bei denen man die Besiegten kurzerhand für "schuldig" erklärte, als politische Gesprächspartner ablehnte und von allen Verhandlungen ausschloß, wurden später wesentliche Bestandteile der radikalen NS-Propaganda.
Der Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die unmenschliche Hungerblockade, die ungerechte Verurteilung, die monatelange Erpressung und die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages säten nicht nur grimmigen Haß und tiefe Verbitterung, sondern dieser ungerechte Frieden erschütterte außerdem nachhaltig die Moralvorstellungen und Ideale des gesamten Volkes.
Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.
Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.
Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Aufgrund der im Versailler Vertrag festgelegten alleinigen Kriegsschuld Deutschlands wurde der "Friedensvertrag" von allen deutschen Parteien als "Diktat- und Schandfrieden" abgelehnt. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch.
Die meisten Deutschen lehnten damals die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen.
Hitler wäre ohne die von den meisten Deutschen als ungerecht empfundenen "Erniedrigungen und Fesseln von Versailles" mit großer Sicherheit niemals an die Macht gekommen.
Ohne die unsäglichen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es außerdem keinen Zweiten Weltkrieg, keinen Holocaust und keine Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa gegeben.
Der "Kalte Krieg", die Spaltung und Zwangsverwaltung des Deutschen Reiches sowie die jahrzehntelange Ausplünderung, Umerziehung bzw. politische Entmündigung wäre den Deutschen ebenfalls erspart geblieben.
Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schrieb im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<
Völkerrechtliche Konsequenzen: Die damals gültige Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 (in Kraft seit dem 26. Januar 1910) legte für die Kapitulation des Feindes und die militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet folgende Regeln und Gebräuche des

humanitären Völkerrechts fest (x852/...): >>Viertes Kapitel: Kapitulation
Artikel 35 Die zwischen den abschließenden Parteien vereinbarten Kapitulationen sollen den Forderungen der militärischen Ehre Rechnung tragen. Einmal abgeschlossen, sollen sie von beiden Parteien gewissenhaft beobachtet werden. …
Fünftes Kapitel: Waffenstillstand
Artikel 36 Der Waffenstillstand unterbricht die Kriegsunternehmungen kraft eines wechselseitigen Übereinkommens der Kriegsparteien. Ist eine bestimmte Dauer nicht vereinbart worden, so können die Kriegsparteien jederzeit die Feindseligkeiten wieder aufnehmen, doch nur unter der Voraussetzung, daß der Feind, gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes, rechtzeitig benachrichtigt wird.
Artikel 37 Der Waffenstillstand kann ein allgemeiner oder ein örtlich begrenzter sein. Der erstere unterbricht die Kriegsunternehmungen der kriegführenden Staaten allenthalben, der letztere nur für bestimmte Teile der kriegführenden Heere und innerhalb eines bestimmten Bereichs.
Artikel 38 Der Waffenstillstand muß in aller Form und rechtzeitig den zuständigen Behörden und den Truppen bekanntgemacht werden. Die Feindseligkeiten sind sofort nach der Bekanntmachung oder zu dem festgesetzten Zeitpunkt einzustellen.
Artikel 39 Es ist Sache der abschließenden Parteien, in den Bedingungen des Waffenstillstandes festzusetzen, welche Beziehungen etwa auf dem Kriegsschauplatze mit der Bevölkerung und untereinander statthaft sind.
Artikel 40 Jede schwere Verletzung des Waffenstillstandes durch eine der Parteien gibt der anderen das Recht, ihn zu kündigen und in dringenden Fällen sogar die Feindseligkeiten unverzüglich wieder aufzunehmen.
Artikel 41 Die Verletzung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch Privatpersonen, die aus eigenem Antriebe handeln, gibt nur das Recht, die Bestrafung der Schuldigen und gegebenen Falles einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu fordern.
Dritter Abschnitt: Militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiet
Artikel 42 Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet. Die Besetzung erstreckt sich nur auf die Gebiete, wo diese Gewalt hergestellt ist und ausgeübt werden kann.
Artikel 43 Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. ...<<
Das Völkerrecht kennt keine gerechten und keine entschuldbaren Verbrechen oder Menschenrechtsverletzungen, denn Recht und historische Wahrheit sind nicht teilbar. Alle Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben unverjährbare Verbrechen, die unerschütterlich zu bestrafen und zu sühnen sind, egal, wer die Taten begangen hat und wer die Verantwortung dafür übernehmen muß. Die aktiven Täter und passiven Verantwortlichen von Völkerrechtsverletzungen sind für ihre Verbrechen durch die Vereinten Nationen juristisch-völkerrechtlich zur Rechenschaft ziehen.
Aufgrund der permanenten Kollektivschuldvorwürfe gegen das deutsche Volk kann es nicht länger akzeptiert werden, daß die an Deutschen verübten Kriegs- und Nachkriegsverbrechen bis in alle Ewigkeit ignoriert und ungesühnt bleiben, "nur weil diese Opfer Deutsche bzw. Nicht-Menschen waren".
Das Völkerrecht gilt für alle Völker und aus Unrecht kann niemals Recht werden, deshalb sind sämtliche Verletzungen des humanitären Völkerrechts (Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit) juristisch zu untersuchen und zu ahnden.

Die Vereinten Nationen setzten zum Beispiel im Jahre 1993 und 1994 Kriegsverbrechertribunale ein, um Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda zu verfolgen und zu sühnen.
Bei der von den alliieren Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung (HLKO) - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.
Da Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind die alliieren Siegermächte für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Verantwortung zu ziehen.
Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Diktat gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches) unter Druck gesetzt.
Der Versailler Friedensvertrag verstieß zweifelsfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.
Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc.) ebenfalls unwirksam.
Das Deutsche Reich blieb demnach völkerrechtlich in seinen Grenzen von 1871 unverändert.

Die Weimarer Republik

> Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben.
> *Friedrich Ebert (1871-1925, deutscher Politiker)*

Gründung der "Weimarer Republik"
In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.
Reichskanzler Prinz Max von Baden gab am 9. November 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.
Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, emigrierte 1933) verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).
Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangten am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, forderten die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.
Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.
Das "Berliner Tageblatt" berichtete am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das

alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).
Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.
Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.
Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").
Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heutigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<
Die Deutschen fühlten sich von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regte sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert waren, reagierten ratlos und verwirrt.
Die Spartakisten riefen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101).
General Wilhelm Groener (1867-1939, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitete nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres) führte am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.
Am 19. Dezember 1918 stimmte der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?" Der Kongreß entschied sich schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).
Nach der Abstimmungsniederlage versuchten die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen. Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschlossen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Den KPD-Vorsitz übernahm Wilhelm Pieck (1876-1960, später Präsident der DDR).
Die KPD verfolgte von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzte man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen ("Proletarier aller Länder, vereinigt euch" etc.) gaukelten die Kommunisten den verzweifelten Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen sollte.
Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht (1871-1919) und Rosa Luxemburg (1870-1919), die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßen-

kämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ Gustav Noske (1868-1946, SPD-Politiker, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps) Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.
Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte (Ausnahme: Ermordung Wallensteins), ereigneten sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet. Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433). Karl Radek (eigentlicher Name: Sobelsohn, 1885-1939?) und andere deutsche Kommunisten flohen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wurde der Trotzkist Radek nach Sibirien verbannt (1933) und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert ("Prozeß der 17").
Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen durften, erhielten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).
Der SPD-Politiker Friedrich Ebert (Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) eröffnete am 6. Februar 1919 in Weimar die Nationalversammlung mit folgender Rede (x092/779):
>>Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation.
Besonders herzlich grüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. ...
Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. ...
Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.
Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. ... Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. ...
Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Aus diesen Akten spricht alte Gewaltpolitik, spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. ...
Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Auch ein sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. ...
Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Sinne die Konkursverwalter des alten Regimes, alle Scheuer, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. ...
Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. ...
Wie der 9. November 1918 anknüpft an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. ... Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. ...
So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.<<

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei) Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.
Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...
Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<
SPD, Zentrum und DDP bildeten am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählte danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsident.
Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).
Nach monatelangen schweren Kämpfen (mit über 3.000 Toten) setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).
Die bayerische Landesregierung mußte damals Freikorps (ehemalige Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht) einsetzen, weil die Reichswehr nicht über genügend schlagkräftige Truppen verfügte. Die Freikorps wurden damals an vielen Orten des Deutschen Reiches und im Baltikum zur Unterdrückung von kommunistischen Umsturzversuchen oder zur Verteidigung von deutschen Siedlungsgebieten eingesetzt. Diese Freikorps entwickelten sich in den folgenden Jahren zur Belastung für den demokratischen Staat, denn hier sammelten sich zunehmend "verbitterte Landsknechte" und radikale Rechtsradikale, die sich später der rechtsradikalen NSDAP anschlossen und zahlreiche "Fememorde" begingen.
Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten und die Zentrumspartei) nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).
Die Nationalversammlung verkündete schließlich nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.
Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.
Die Einleitung der Weimarer Verfassung lautete (x842/...):
>>Präambel:
Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Weimarer Verfassung" (x051/629): >>Weimarer Verfassung, von der in Weimar tagenden deutschen Nationalversammlung am 31.7.19 mit 262:75 Stimmen (dafür: SPD, Zentrum, DDP; dagegen: USPD, DNVP, DVP) verabschiedete, am 11.8. verkündete und am 14.8. in Kraft getretene Verfassung der Weimarer Republik. Der Entwurf zur Weimarer Verfassung stammte im wesentlichen von dem Staatsrechtler H.

Preuß. Sie ist in eine Präambel, zwei Hauptteile und Schlußbestimmungen gegliedert; der erste Hauptteil (Artikel 1-108) regelt "Aufbau und Aufgaben des Reichs", der zweite (Artikel 109-165) enthält die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen".
Die Weimarer Verfassung machte das Deutsche Reich - erstmals in seiner Geschichte - zu einer Republik (Artikel 1), bestehend aus den 18 deutschen Ländern (Artikel 2) und mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold (Artikel 3). Ihr Staatsaufbau war föderalistisch, ihr Regierungssystem das einer parlamentarischen Demokratie, allerdings durchsetzt mit Elementen einer präsidialen und einer direkten Demokratie (Volkswahl und starke Stellung des Reichspräsidenten, Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid).
Das zu einem Vielparteiensystem führende Verhältniswahlrecht (Artikel 22), das bloß destruktive Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler und jeden Reichsminister (Artikel 54), die fehlende Möglichkeit des Parteienverbots und das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten (Artikel 48) waren Mängel der Weimarer Verfassung, die zur Auflösung der Republik und zur nationalsozialistischen Machtergreifung beitrugen.
Durch die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.33, das Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 und die nationalsozialistische Gleichschaltung wurde die Weimarer Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt; formell wurde sie während des Dritten Reiches nicht aufgehoben.<<
Die bisherigen deutschen Bundesstaaten blieben als Länder erhalten, aber sie verloren wesentliche Rechte. Die Finanzverwaltung, Zoll, Post, Verkehr, das Heer und die Marine wurden direkt der deutschen Reichsregierung unterstellt.
Alle Bewohner des Reiches waren gemäß der Weimarer Verfassung vor dem Gesetz gleich. Sie hatten das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, besaßen das Wahlrecht. Sie wählten den Reichstag, der Gesetze beschloß.
Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Notverordnungen" (x051/422): >>Notverordnungen, nach § 48 ("Diktaturparagraph") der Weimarer Verfassung Anordnungen des Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft, die auf Verlangen der Reichstagsmehrheit zurückgenommen werden mußten.
Durch Notverordnungen konnte der Reichspräsident mit der Reichswehr gegen verfassungswidrig verfahrende Landesregierungen vorgehen (Absatz 1) und Grundrechte außer Kraft setzen (Absatz 2). Die Notverordnungen sollten allerdings auf "nötige Maßnahmen" beschränkt bleiben, deren beabsichtigte gesetzliche Definition aber unterblieb.
So konnten sich die Notverordnungen in der Krise der Republik ab 1930 zum Ersatz für die Gesetzgebung des blockierten Reichstages entwickeln, der auch sein Aufhebungsrecht nicht nutzen konnte, weil die erforderlichen Mehrheiten fehlten und zudem das Gegenmittel des Reichspräsidenten, nämlich die Parlamentsauflösung nach § 25, drohte.
Die Präsidialkabinette regierten nach Verlust auch der Tolerierungsmehrheit weitgehend mit Notverordnungen. 1932 wurden nur noch fünf Gesetze bei 66 Notverordnungen erlassen. Sie ebneten auch den Weg zur Diktatur Hitlers, der mit der "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" (Reichstagsbrandverordnung) vom 28.2.33. die Liquidierung der Republik einleitete.<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung der Weimarer

Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten, bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß die Verfassung des Deutschen Reiches (11. August 1919). Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat.
Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.
Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen (von) über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments (parlamentarische Regierungsform) und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.
Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen (Reichsrecht bricht Landrecht). So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold (1848) und der Nationalhymne "Deutschland über alles" (Hoffmann von Fallersleben) und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs (ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten) mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.
Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!
Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er unter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.
Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle Nationalhymne ein.
Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit

schwierigen außenpolitischen Fragen.
So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.
Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.
Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudetendeutschen, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßten.
... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."
In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.
Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.
In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<

Die ersten Jahre der Weimarer Republik

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.
Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von

rechts (Kapp) erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.
Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen (linkradikale Regierung Zeigner) sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte (Hitlerputsch 9. November 1923).
Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden (Londoner Ultimatum 1921). Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen.
Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen (Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth).
Um dieselbe Zeit begann der Währungsverfall (Mai 1921): 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland ein Moratorium (eine Stundung) beantragte. Es scheiterte an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen Rückständen in den deutschen Lieferungen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte (Ruhreinfall).
Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher (Erschießung Schlageters) und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...
Nachdem die Diktaturversuche von links (Sachsen) und rechts (Bayern) gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs völlig zusammengebrochen war (November 1923: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark).
So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.
Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.
Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.
Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermeßliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den Anfang und die ersten Jahre der Weimarer Republik (x192/428): >>... Drei Monate lang versuchten beide Seiten, die Oberhand zu gewinnen, doch als die Kommunisten im Januar 1919 einen offenen Aufstand in Berlin begannen, gab es den Republikanern die Möglichkeit, die Armee zur Niederschlagung der Revolte zu Hilfe zu rufen. Bald danach trat in Weimar (da die Hauptstadt Berlin nicht sicher schien) eine Nationalversammlung zusammen, die eine Verfassung

für den jungen Staat ausarbeitete.
Das Überleben der "Weimarer Republik", wie der neue Staat genannt wurde, war jedoch nie wirklich gesichert. Während ihres kurzen Bestehens mußte sie sich gegen die – häufig gewaltsamen – Attacken extremer Gruppen der Rechten und Linken zur Wehr setzen. 1920 unternahmen Monarchisten einen Umsturzversuch; 1923 versuchte eine eigenartige Koalition aus unzufriedenen Offizieren unter Führung Ludendorffs und der rechtsextremen Partei Adolf Hitlers, durch einen Putsch in München die Regierungsgewalt in Bayern an sich zu reißen. Auch sie mußte sich geschlagen geben.
Solange die deutsche Wirtschaft ein einigermaßen hohes Beschäftigungsniveau halten konnte, funktionierte das Weimarer Experiment relativ gut. Doch als sich die materiellen Umstände verschlechterten, stieg die Attraktivität jener Gruppen, die versprachen, mit "fester Hand" und stärkeren staatlichen Eingriffen den Wohlstand zurückzubringen.
Letzten Endes waren es die Siegermächte, welche die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft verursachten. Sie alle hatten unter dem Krieg massiv gelitten. Abgesehen von hohen Staatsschulden und der großen Zahl von Gefallenen und Verwundeten waren auch weite Gebiete Frankreichs verwüstet worden, während Großbritannien Millionen Tonnen Schiffskapazität verloren hatte.
Überdies hatten beide Staaten ihre Wirtschaft auf die Erzeugung von Kriegsmaterial umgestellt und dadurch sowie durch andere Faktoren viele ihrer traditionellen überseeischen Märkte verloren. Im März 1921 waren 2 Millionen Briten arbeitslos. Daraus erfolgte die wenig überraschende, mit Nachdruck vorgetragene Forderung, daß Deutschland für all das "zur Kasse gebeten" werden sollte.
1921 verkündete eine Reparationskommission nach langen Beratungen, daß insgesamt eine Summe von 132 Milliarden Goldmark an die Siegermächte zu zahlen sei. Das war für Deutschland, dessen Wirtschaft durch den Krieg ebenfalls stark geschädigt worden war, eine groteske Forderung, doch katastrophale Dimensionen erreichte das Problem durch den Zusammenbruch der deutschen Währung: Die Mark, die 1914 bei 25 US-Cents stand, fiel bis Juli 1922 auf 2 Cents und wurde danach praktisch wertlos: 4,2 Billionen Papiermark waren Ende 1923 für einen Dollar zu zahlen. Das Bürgertum, das durch Anleihen den Krieg finanziert hatte, war ruiniert.
Großbritannien war der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Mark auf die Reparationslasten zurückzuführen sei, und schlug ein Einfrieren der Zahlungen vor. Gleichzeitig forderten die Briten jedoch, daß auch ihre eigenen Schulden (und die anderer europäischer Mächte) gegenüber den Vereinigten Staaten gestrichen werden sollten. Die Amerikaner lehnten ab.
Statt dessen setzte einen Sachverständigenausschuß unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles L. Dawes 1924 einen fixen Zeitplan für die Zahlung der vereinbarten Reparationen fest, und das Geld begann schneller denn je in die USA zu fließen. Da immer mehr Reserven aus Europa für die Rückzahlung von Schulden und den Zinsendienst verwendet werden mußten, schrumpfte der Markt für Industriegüter, es entstand ein massives Ungleichgewicht in der internationalen Wirtschaft.
Damit war die Bühne bereitet für die Weltwirtschaftskrise, die schließlich den vom Ersten Weltkrieg begonnenen Prozeß vollenden sollte: die Zerstörung der alten Ordnung Europas.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Entstehung und Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/626-628): >>Weimarer Republik, die 1919-33 bestehende erste (gesamt)-deutsche Republik, benannt nach ihrem Gründungsort Weimar.
Die Entstehung der Weimarer Republik war eine Folge des Ersten Weltkrieges (1914-18) und der Niederlage des Deutschen Reiches:
Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution (28.10.18) gab Reichskanzler Max v. Baden am 9.11. die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekannt und übertrug die Geschäfte des Reichskanz-

lers dem Vorsitzenden der SPD, F. Ebert; der von Ebert geführte "Rat der Volksbeauftragten" übernahm die Aufgaben der Reichsregierung. Am selben Tag rief Philipp Scheidemann (SPD) die "Deutsche Republik" aus.
Am 11.2.19 trat die am 19.1. gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammen (dort wegen der revolutionären Unruhen in Berlin). Sie wählte Ebert zum Reichspräsidenten. Am 13.2. bildete Scheidemann eine Reichsregierung aus SPD, DDP und Zentrum (Weimarer Koalition). Am 31.7.19 verabschiedete die Nationalversammlung die Weimarer Verfassung (WV), die am 11.8. vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurde und am 14.8. in Kraft trat.
Die Weimarer Republik war eine parlamentarische Republik in Form eines Bundesstaates aus 18 Ländern. Ihre Staatsorgane waren:
1. der Reichstag als Parlament, 2. der Reichsrat als parlamentarische Vertretung der Länder, 3. der Reichspräsident als Staatsoberhaupt und 4. die Reichsregierung aus dem Reichskanzler und den Reichsministern.
Durch die bedeutsamen politischen Rechte des Reichspräsidenten (Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und der Reichsminister, Oberbefehl über die Reichswehr, Auflösung des Reichstages, exekutive und legislative Gewalt im Notstandfall nach Artikel 48) war das parlamentarische Regierungssystem mit Elementen einer präsidialen, durch die Beteiligungsrechte des Volkes (Wahl des Reichspräsidenten, Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid nach Artikel 73 WV) mit Bestandteilen einer direkten Demokratie verbunden.
Die entscheidenden politischen Kräfte der Weimarer Republik waren die – in der Weimarer Verfassung nicht erwähnten – politischen Parteien, deren große Anzahl wegen des Verhältniswahlrechts und fehlender Sperrklausel zu lähmender Zersplitterung führte. Da auch Verbotmöglichkeiten fehlten, standen den demokratischen Parteien (v.a. SPD, Zentrum und DDP) antidemokratische von links (KPD, USPD) und rechts (DNVP, NSDAP) unversöhnlich gegenüber.
SPD, Zentrum und DDP erhielten zwar bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zusammen 76,2 %, verloren die Mehrheit aber schon bei den ersten Reichstagswahlen 1920 (44,6 %); bei den Reichstagswahlen im November 32 bekamen sie nur noch 33,3 %, NSDAP, KPD und DNVP dagegen zusammen 58,9 %. Auch die häufigen Auflösungen und Neuwahlen des Reichstages (1920-32: sieben) und die zahlreichen Wechsel der Reichsregierungen (1919 bis Januar 33: 20 Kabinette mit zwölf verschiedenen Reichskanzlern) wurden von den Mängeln der Weimarer Verfassung begünstigt.
Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:
1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin (Spartakus-Aufstand 1919), im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern (wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand), in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" (Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923) und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Novemberverbrecher); polnische Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde (z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau) und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und gefährdeten ihren Bestand.
2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes (August 23), die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark (November 32) und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich (Februar 24) leiteten eine Phase der wirtschaftli-

chen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein. Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten. Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.
3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und u.a. zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit (Ende 29 über zwei Millionen, Anfang 32 über sechs Millionen Arbeitslose) führte. ...<<

Die Besetzung des Ruhrgebietes

Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte (Reparationsrückstände = ca. 24,0 Millionen Mark), marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein (später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf).
Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los.
Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno (1876-1933) am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel. Im Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlenlieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/204).
Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen wurden am 31. März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).
Am 6. Mai 1923 lehnten die französischen und belgischen Besatzungsmächte ein deutsches Reparationsangebot ab.
Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke starben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.
Am 30. Juni 1923 verurteilte in Mainz die französische Besatzungsmacht 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod.
Im besetzten Ruhrgebiet wurden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/-199).
Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.

Die deutsche Reichsregierung verkündete am 26. September 1923 das Ende des passiven Widerstandes (x243/27): >>Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinland schwerste Bedrückungen zu erleiden. ...

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. ...
Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebiets hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. ...
Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß ... die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftlebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird. ...<<
Als der neue deutsche Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann (1878-1929, von August bis November 1923 Reichskanzler, von 1923-29 Außenminister) den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Gustav Ritter von Kahr (1862-1934, bayerischer Ministerpräsident) forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.
Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafenstangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig. ...
Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.
Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.
Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.
Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.
Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<
Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtete später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.
Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen

war, überhaupt nicht zu zahlen (Kabinett Cuno), rang sich das französische Kabinett, nunmehr unter dem Vorsitz von Poincaré, dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.
Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.
Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.
Im Sommer begann die Streikfront abzubröckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission (MICUM) Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.
Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.
Poincaré wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war. So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden (die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen) über die Bildung einer Rheinischen Republik.
Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/22-24): >>**"Wanderer ins Nichts"**
_ *von Rüdiger Lenhoff*
Im Frühjahr 1923 exekutierten französische Besatzungstruppen im Rheinland einen deutschen Patrioten und schufen damit einen Märtyrer, der in allen politischen Lagern geachtet wurde. Doch aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation ist er verschwunden.
"Grüßen Sie meine Eltern, meine Geschwister und mein Deutschland! Auf Wiedersehen!" - Das soll Albert Leo Schlageter in den Morgenstunden des 26. Mai 1923 gerufen haben, bevor er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Mit seinen kühnen Sabotageakten hatte er den Abtransport heimischer Kohle nach Frankreich behindert und damit mehr als nur jenen passiven Widerstand geleistet, wie er von der Reichsregierung propagiert wurde.

"Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch."

Albert Leo Schlageter

Schlageters Leben war das eines soldatischen Draufgängers, der sich für sein politisch ohnmächtiges und wirtschaftlich ausgeplündertes Vaterland verzehrte. Er gehörte zu jener Sorte von Männern, wie sie nur durch die Zeitumstände des Ersten Weltkrieges und die Not danach geformt werden konnten. Es waren ruhelose Geister, unbürgerliche Existenzen, die der Diktatfriede von Versailles, kommunistische Aufstände, Landraubversuche im Osten und die Ruhrbesetzung zu irregulären Kämpfern des Reiches werden ließen.

Kampf um Oberschlesien

Im August 1894 in Schönau im Schwarzwald als sechstes Kind einer katholischen Bauernfamilie geboren, machte Schlageter nach Kriegsbeginn sein Notabitur und trat im Dezember 1914 als Kriegsfreiwilliger ins 5. Badische Feldartillerieregiment Nr. 76 ein. Im März 1915 berichtete er einem ehemaligen Lehrer: "Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch, besonders für uns junge Leute." Seine christliche Prägung spricht aus vielen Feldbriefen. "Der Krieg fordert nur die besten und tüchtigsten Leute, so daß wir, die wir noch am Leben sind, ... uns fast schämen. Gottes heiliger Wille hat es so beschlossen", schrieb er im April 1916.

Im Mai 1917 bekommt der Soldat das Eiserne Kreuz II. Klasse und im April 1918 das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Das Theologiestudium, für das sich Schlageter zwischenzeitlich an der Universität Freiburg eingeschrieben hatte, führte er nach seiner Entlassung nicht fort, sondern besuchte für kurze Zeit Nationalökonomie-Vorlesungen. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, damals Freikorpskämpfer, bemerkte dazu rückblickend: "Das Studium vermochte ihm so wenig wie allen Männern der Front in jenen Tagen die Auffassung zu vermitteln, daß die Zeit nach guten Bürgern und auskömmlichen Berufen statt nach Männern und harten Aufgaben verlange."

Tatendurstig trat Schlageter Anfang 1919, kurz nach dem Ende des Krieges, dem Jungdeutschen Orden bei und schloß sich wenig später dem Freikorps des Hauptmanns Walter-Eberhard Freiherr von Medem an, das im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfte. Nach zeitgenössischen Berichten war der Leutnant ein schneidiger Batterieführer. Im Oktober 1919 räumte er in einem Brief an seine Eltern mit Schauergeschichten auf, die schon damals über die Freiwilligenverbände kursierten: "Wir sind zu den Russen übergetreten, trotz all der Einsprüche der deutschen Regierung. Wir werden auch Kurland nicht verlassen, wenn auch der Engländer noch so drängelt.

Denn es gilt wirklich, ein Land zu befreien von den ärgsten Greueltaten. Daß wir hier plündern und räubern, ist alles von Grund auf erlogen. Bei uns wird der kleinste Diebstahl viel, viel strenger bestraft wie früher. Wir haben eine sehr gute Disziplin."

Frankreich verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung".

Im März 1920 beteiligte sich der patriotische Feuerkopf an der Niederschlagung des linksradikalen Ruhraufstandes und kämpfte unter anderem in den Straßen Bottrops. Im Mai 1921 kam es zu erbitterten Kämpfen zwischen polnischen Freischärlern und deutschen Selbstschutzverbänden in Oberschlesien, obwohl die Volksabstimmung zwei Monate zuvor ein klares Votum für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ergeben hatte. In den Reihen des Freikorps von Heinz Oskar Hauenstein war dort auch der Badener wieder dabei. Ernst von Salomon war voll des Lobes:

"Das Bataillon Schlageter war eines der ersten an der sich langsam neu bildenden Front des deutschen Selbstschutzes. Es schob sich im Rahmen des Regiments in dauernden Gefechten

bis in die Ausgangsstellung zu jenem entscheidenden Sturm heran, der den Annaberg wieder in deutsche Hand und Oberschlesien in seinen deutschen Teilen wieder zum Reich bringen sollte."

Unter französischer Kuratel

1922 zog es den Freikorpsveteranen nach Berlin, das ein Magnet für Aktivisten und Hasardeure aller politischen Lager war, die Kontakte knüpften und in Lauerstellung auf den großen Knall warteten. Aber Schlageter interessierte sich nicht für Parteiprogramme, sondern für einsatzfrohe Männer gleicher Gesinnung und Haltung. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, setzte auch er sich in Bewegung und wurde am neuen Krisenherd aktiv.

Im Mai 1921 hatten die Siegermächte auf der Londoner Reparationskonferenz von Deutschland die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verlangt und im Weigerungsfall die Besetzung des rohstoffreichen Ruhrgebietes angedroht. 1922 konnte die von Inflation gebeutelte junge Weimarer Republik ihren Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ende des Jahres stellte die alliierte Reparationskommission fest, daß Deutschland mit seinen Holz- und vor allem Kohlelieferungen im Rückstand war.

Die französische Regierung unter Raymond Poincaré lehnte jedes Entgegenkommen ab und verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung". Das bedeutete nichts Geringeres als den Marsch an Rhein und Ruhr.

Am 11. Januar 1923 drangen französische und belgische Truppen in die Herzkammer der deutschen Kohleproduktion ein. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno rief daraufhin den passiven Widerstand aus und untersagte allen Beamten, einschließlich den Eisenbahnern, die Anordnungen der "Einbruchsmächte" zu befolgen. Von heute auf morgen versiegten alle Kohlelieferungen an das Ausland. Ohne die Mithilfe der deutschen Arbeiter bekamen die Ruhrbesatzer die Kohle weder abgebaut noch ausgeliefert.

Schlageter wollte den passiven Widerstand nun in den aktiven überführen. Ihn schreckte auch nicht, daß die Interalliierte Rheinlandkommission allen mit dem Tod drohte, die sich der Sabotage des Eisenbahnverkehrs und des Anschlags auf Besatzungstruppen schuldig machen. Kämpfernaturen wie Schlageter und Hauenstein erwiesen sich als Männer der Tat, indem sie Bahnschienen und Brücken sprengten, um Kohlentransporte nach Frankreich gänzlich unmöglich zu machen. Aufsehen erregte die von Schlageter für sich reklamierte Beschädigung einer Eisenbahnbrücke bei Kalkum nahe Düsseldorf im März 1923.

Einiges spricht dafür, daß die vielfältigen Sabotageakte mit stillem Einverständnis staatlicher Stellen erfolgten. Unklar und damit Stoff für Verschwörungstheorien ist bis heute, ob Verrat durch eingeschleuste Spitzel oder Unvorsichtigkeit zur Verhaftung Schlageters im April 1923 führte. Schon zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Jede Revisionsmöglichkeit wurde ausgeschlossen, Poincaré lehnte ein Gnadengesuch ab.

Schlageters Hinrichtung machte ihn nicht nur in nationalen Kreisen zum Märtyrer, sondern bewegte weite Teile des Volkes. Die Ruhrbesetzung war überall verhaßt, weil sie die Inflation zur Hyperinflation verschärfte und damit die Massenverarmung verstärkte. Sie wurde auch als demütigend empfunden, weil die französische Regierung gezielt nord- und schwarzafrikanische Besatzungstruppen in die Ruhr-Metropolen entsandte. Im Lande herrschte die einhellige Meinung vor, daß die französische Besatzungsmacht kein Recht habe, einen Deutschen auf unrechtmäßig besetztem Heimatboden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen.

Ehrung durch Nazis und Kommunisten

In dieser Gemengelage erkannten die Kommunisten eine Chance, der eigenen Sache durch das Propagieren einer Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Deutschen mehr Schubkraft zu verleihen. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der

Kommunistischen Internationale seine berühmte Rede "Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts", in der er dem von den Franzosen füsilierten Kämpfer gegen die Ruhrbesetzung huldigte und mit den Worten schloß:
"Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden." Das Protokoll des 3. Plenums des Exekutivkomitees vermerkt allgemeinen Beifall. Die Rede erregte viel Aufmerksamkeit, verpuffte aber ohne die erhoffte Mobilisierungswirkung.
Erfolgreicher bei der propagandistischen Indienstnahme Schlageters waren die Nationalsozialisten - und das, obwohl sie den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet aus politischem Kalkül nicht unterstützt hatten. Schon im Frühjahr 1923 wurde innerhalb der Münchner SA eine "Kompanie Schlageter" ins Leben gerufen. Am 10. Juni 1923, als der Hingerichtete in einem Ehrengrab auf dem Schönauer Friedhof beigesetzt wurde, hielt die NSDAP in München eine eigene Gedenkveranstaltung unter Beteiligung Hitlers ab.
Anläßlich des zehnjährigen Todestages Schlageters am 26. Mai 1933 sprach der Philosoph Martin Heidegger vor dem Haupteingang der Universität Freiburg auf einer großen Gedenkfeier. Zu Ehren des ehemaligen Freiburger Studenten sagte der Universitätsrektor: "Schlageter starb den schwersten Tod, nicht mehr in der vordersten Front als Führer seiner Infanteriebegleitbatterie, nicht mehr im Drang des Angriffs, auch nicht in der Verbissenheit der Verteidigung, nein, wehrlos stand er vor den französischen Gewehren. Aber er stand und trug das Schwerste.<<

Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg

Im November 1923 erreichten die Preise unfaßbare Summen und stiegen immer rasanter (1 Brot kostete z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark.
Im November 1923 kosteten 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark (1919 = 8,57 Mark).
Die Einführung der Rentenmark (November 1923) machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).
Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).
Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten.
Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Inflation" (x051/276-277): >>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung (und damit Nachfrageüberhang), Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.
Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.
Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete.
Diese verzögerte Auswirkung kam durch die Überwindung der Inflation mit Rentenmark, Umverteilung der Reparationen im Dawesplan und Auslandskredite zustande, denen eine kurze Periode (bis 1929) schmaler Prosperität folgte. Eine neue, allerdings zurückgestaute Inflation löste die nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung durch deficit spending und v.a. die Finanzierung der Aufrüstung zum Teil durch Geldschöpfung insbesondere im Zweiten Weltkrieg aus.<<
Der britische Botschafter in Berlin, Lord Edgar d'Abernon, berichtete am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...
In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden:
die Ruhrinvasion,
den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,
den Hitlerputsch in Bayern,
eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,
die separatistische Bewegung im Rheinland.
Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Veränderung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.
Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<
Deutsche Ostpolitik (1919-1933)
Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdlich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte. Die deutsche Regierung mußte außerdem wegen der gewaltigen finanziellen Probleme mit allen politischen Mitteln versuchen, Massenabwanderungen der Volksdeutschen zu vermeiden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ruinierte und hochverschuldete Deutsche Reich wirtschaftlich nicht in der Lage, mehrere Millionen vertriebene Volksdeutsche zu integrieren.
Das Deutsche Reich konnte den harten Existenzkampf der Volksdeutschen in Posen, Westpreußen, Polen und Oberschlesien nur inoffiziell bzw. verdeckt unterstützen, denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren direkte bzw. offene Unterstützungsmaßnahmen aus politi-

schen Gründen völlig unmöglich.
Da die staatlichen Stellen keine offiziellen Hilfsmaßnahmen durchführen konnten, gründete die deutsche Regierung private Organisationen, die diese Aufgaben übernahmen. Die deutsche Reichsregierung gründete 1919 den "Ostausschuß", der 1920 von 2 privaten Organisationen ("Deutsche Stiftung" und "Konkordia Literarische GmbH") abgelöst wurde. Diese Organisationen waren wie eingetragene Vereine organisiert und unterstützten die deutsche Industrie, das Bankwesen, die Presse, Schulen, Büchereien, Vereine und sonstige kulturelle Einrichtungen, die in den Abtretungsgebieten um ihre Existenz kämpften.
Der "Deutschtumsbund" förderte überwiegend die deutschen Bauern und Handwerksbetriebe durch zinslose Kredite. Weitere Beihilfen, Subventionen und Beistand gewährten außerdem verschiedene deutsche Wirtschaftsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften, die auch für die gesamte Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung zuständig waren.
Reichskanzler Josef Wirth (1879-1956, Zentrum) war nicht bereit, die damalige Ostgrenze zu akzeptieren.
Reichskanzler Wirth teilte dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45): >>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<
Die ungeschützten Ost-Grenzen des Deutschen Reiches wurden damals ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnete man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.
Am 10. Januar 1923 drangen litauische Truppen in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzten gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik war nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).
Der deutsche Zentrumspolitiker Joseph Wirth (1879-1956, 1921/22 deutscher Reichskanzler) berichtete später über die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches (x309/83-84): >>Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen.
Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebiets gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen. ... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. ... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher (Anfang 1930), bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. ...<<
In den Jahren 1923/24 gründete man mehrere ostdeutsche Jugendbewegungen, wie z.B. die "Ostlandscharen" ("Nach Ostland wollen wir fahren!"), die die ukrainischen und polnischen Saisonarbeiter in Ostpreußen, Ostpommern und in Ostbrandenburg verdrängen sollten. Bei diesen "Ostaktivitäten" handelte es sich in erster Linie um die "Wiedereroberung der deutschen Scholle" und um die Sicherung der "deutschen Ostlandzukunft".
Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärte am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspräche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertrotzen, und nicht den Willen, es zu tun.
Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne

auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<
Der Deutsche Ostbund verlangte am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.
Die materielle Unterstützung und der seelische Beistand konnten die Abwanderung der zermürbten deutschen Minderheiten selbstverständlich nicht in allen Gebieten vermeiden, aber man verhinderte vielerorts massive Verdrängungen der Volksdeutschen. Obwohl in Polen fast ständig politische Prozesse gegen Volksdeutsche stattfanden, konnte man den Deutschtum-Organisationen nie antistaatliche Handlungen nachweisen.
Von 1919-25 kehrten insgesamt 873.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück. Diese Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen = 700.000 (x001/124E), Ostoberschlesien = 90.000 und aus Kongreßpolen = 83.000 (x035/327).
Die Volksdeutschen, die mehrheitlich in geschlossenen Siedlungsgebieten lebten (wie im Sudetenland) und weiterhin über enge wirtschaftliche Verbindungen nach Österreich oder Deutschland verfügten, leisteten wesentlich stärkeren Widerstand. Obgleich sich die Lebensverhältnisse ständig verschlechterten, gaben viele Volksdeutsche die Hoffnung nicht auf. Gemäß der uralten "Ostsiedlermentalität" waren sie fest entschlossen, ihre jahrhundertealte Heimat bis zum bitteren Ende zu verteidigen.
Die deutschen Minderheiten kämpften ferner aufopferungsvoll und unermüdlich um den Bestand ihrer nationalen Eigenarten. Ungeachtet der zahllosen Gemeinheiten und Schikanen bemühten sie sich zäh und verbissen, um den kulturellen Charakter ihrer Dörfer, Kirchen, Schulen, Vereine sowie ihre alten deutschen Bräuche, Sitten und Lebensgewohnheiten zu erhalten.
Am 19. April 1926 informierte Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289, x243/31): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete (der Korridor, Danzig, Oberschlesien) ... kann uns befriedigen. ...<<
>>... Eine friedliche Lösung der polnischen Grenzfrage, die unseren Forderungen wirklich gerecht wird, wird nicht zu erreichen sein, ohne daß die wirtschaftliche und finanzielle Notlage Polens den äußersten Grad erreicht und den gesamten polnischen Staatskörper in einen Zustand der Ohnmacht gebracht hat. ...<<
In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den polnischen Städten gelang es verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Beamten zu brechen. Dort kamen die Abwanderungsbewegungen der entnervten Volksdeutschen trotz eindringlicher Durchhalteappelle nicht zum Stillstand. Viele Volksdeutsche konnten die systematischen Diskriminierungen nicht lange ertragen und kehrten in die deutschen Reichsgebiete zurück, so daß in den "neuen" polnischen Städten der deutsche Bevölkerungsanteil allmählich drastisch zurückging.
Von 1910-31 verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil z.B. in Graudenz von 85 % auf 7,5 %, in Bromberg (von 77,5 % auf 8,5 %,), in Thorn (von 66 % auf 4 %) und in Posen von 42 % auf 2 %.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.
Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.
Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökono-

mischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.
Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht zu belasten.
Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.
Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.
Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Minderheiten zu einigen.<<

Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg

Während der Konferenz von Paris (24.-29. Januar 1921) forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Nebensumme von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.
Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?
Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...
1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:
Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.
Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:
1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<
Die deutsche Reichsregierung bat die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen konnte.
Die US-Regierung schlug am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz (mit Beteiligung der USA) zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.
Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Das Deutsche Reich sollte bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88).
Als Starthilfe erhielt das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten.
Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhielt für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Dawes-Plan" (x051/-109): >>Dawes-Plan, Maßnahmenkatalog der Reparationskommission nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Ziel, die dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen (Festlegung 19.3.23 auf 226 Milliarden Goldmark) auf die wirtschaftliche Leistungskraft Deutschlands abzustimmen.
Der Dawesplan beruhte auf einem Gutachten des amerikanischen Bankiers C. G. Dawes (1865-1951; Friedensnobelpreis 1925) vom 9.4.24, der als Voraussetzung weiterer deutscher Leistungen die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft und unter Anspielung auf Frankreich die Einstellung der "Faustpfandpolitik" (Ruhrkampf) forderte.
Er sah jährliche deutsche Zahlungen von 1-1,75 Milliarden für eine Übergangszeit von vier Jahren und später von 2,5 Milliarden Goldmark vor; das Reich erhielt einen Stützungskredit von 800 Millionen Goldmark und verpfändete dafür seine Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern; Frankreich verpflichtete sich zur Räumung des Ruhrgebietes binnen zwölf Monaten.
Der am 16.8.24 in London geschlossene Vertrag passierte am 29.8.24 den Reichstag und trat zwei Tage später in Kraft. Die Folge war eine politisch-psychologische Entspannung in Deutschland und Europa, eine zunehmende Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit amerikanischem Kapital und eine stetig wachsende Auslandsverschuldung.
1930 wurde der Dawesplan durch den von der NSDAP heftig bekämpften Youngplan ersetzt, der die Gesamthöhe der Reparationen auf 34,5 Milliarden Mark (zahlbar bis 1988) herabschraubte.<<
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen

Bankiers Charles Dawes (1865-1951). Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.
Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.
Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputtschießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.
... Im ... Jahr (1924) ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der (in dem seinen Namen tragenden Plan) für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.
Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.
Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.
Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<
Am 24. Februar 1928 machte Parker Gilbert (1892-1938, nordamerikanischer Finanzpolitiker und US-Reparationsagent) in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfahl eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).
Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.
Außenminister Gustav Stresemann warnte am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da.

...<<
Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) wurden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).
Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlichte am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:
§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.
§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231 sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.
Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.
§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldanerkenntnis beruhen.
Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die aufgrund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen.
§ 4 Reichskanzler, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB vorgesehenen Strafen.
§ 5 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.<<
Während der Konferenz in Den Haag (6.08.-31.08.1929) kam es zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen (Young-Plan): Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren. Danach sollte die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Young-Plan" (x051/654-655): >>Young-Plan, am 7.6.29 unterzeichnetes Programm zur Regelung der Reparationen, die das Deutsche Reich aufgrund des Versailler Vertrages an seine ehemaligen Kriegsgegner zu leisten hatte.
Der den Dawesplan von 1924 ersetzende Youngplan, ausgearbeitet von einer am 9.2.29 in Paris unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Owen D. Young (1874-1962) eröffneten Sachverständigenkonferenz mit deutscher Beteiligung (Delegationsleiter Schacht), abschließend beraten auf zwei Konferenzen im Haag (6.-31.8.29 und 3.-20.1.30) und rückwirkend am 1.9.29 in Kraft getreten, legte die Gesamthöhe der Reparationen des Deutschen Reiches auf 34,5 Milliarden RM fest, zu bezahlen in 59 Jahresraten (d.h. bis 1988). Zur Abwicklung der Zahlungen wurde die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geschaffen.
Mit dem Youngplan waren die Aufhebung der alliierten Kontrollen der deutschen Wirtschaft und die vorzeitige Beendigung der Rheinland-Besetzung (bis 1930) verbunden. Nachdem das Deutsche Reich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise schon am 1.7.31 seine Reparationszahlungen einstellen mußte, wurde der Youngplan durch das Lausanner Abkommen vom 9.6.32 formell aufgehoben.
Wichtiger als die wirtschaftliche war so die innenpolitische Bedeutung des Youngplans: Das von der "nationalen Opposition" (NSDAP, DNVP und Stahlhelm) initiierte Volksbegehren gegen den Youngplan (mit 4,1 Millionen knapp erfolgreich) machte die NSDAP und Hitler in Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bekannt, auch wenn der anschließende Volksentscheid am 22.12.30 (mit 5,8 Millionen Stimmen) scheiterte.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young. Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".
Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interalliierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.
Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung (zugunsten Frankreichs), vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.
Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" (Werner Linke) fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".
Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien." Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten" (Klaus Schwabe).
Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte.
Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches (abzüglich der Überweisungen an die Länder) entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Dekkung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.
Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichneter Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte. Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits

stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.
Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betrugen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder (und immer wieder!) abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?
Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas. "Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht" (H. Graml).
Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<
Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhielt (notwendig waren 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), mußte der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.
Der Reichstag lehnte am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.
Am 12. März 1930 stimmte der Reichstag mit 270 gegen 192 Stimmen für die Annahme Young-Plans.
Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtete am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<
Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bat, ließ US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 (nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich) den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen (Zahlungsaufschub für 1 Jahr). Durch die große Massenarbeitslosigkeit (April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen) verschärfte sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.
Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).
Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565).
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Reparationen" (x051/-491): >>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.

Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwächen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.
Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark (Januar 21), dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz (132 Milliarden Goldmark) nicht bereinigt werden.
Die wirtschaftlichen Folgen der deutschen Überlastung (u.a. Inflation) wurden auch für die Siegermächte bedrohlich, so daß es 1924 zu einer besseren Anpassung der Reparationen an die deutsche Leistungsfähigkeit im Dawesplan kam. Er wurde 1929 durch eine endgültige Regelung der Reparationen im Youngplan abgelöst (34,5 Milliarden RM in 59 Jahresraten), der aber schon bald von der Weltwirtschaftskrise ausgehöhlt wurde. Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle interalliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner Abkommen vom 9.6.32 (Schlußzahlung von drei Milliarden RM) ganz gestrichen wurden.
Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<
Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.
Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.
Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung.
Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. …<<
Die Weltwirtschaftskrise
Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein.
Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer

kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.
In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.
Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA.
Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.
Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...
Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache. Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!
Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ... "In 18 Monaten ist Montgomery Ward von 132 auf 466 gestiegen; General Electric von 128 auf 396 ..."
Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast singulären (einzigartigen) Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.
Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober (in die Geschichte als Black Thursday eingegangen; in Europa wird der nächste Tag zum Schwarzen Freitag) stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef

in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...
Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.
Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft in der Beletage (Hauptgeschoß) und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf. Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.
Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie ein erkaltetes Soufflé (leichte Eierspeise bzw. ein Auflauf).
Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.
Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.
Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandkredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.
Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion (ohne Berücksichtigung der Sowjetunion) um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise

Reichsinnenminister Carl Severing berichtete im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/407-408): >>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Staatspartei in der nationalsozialistischen Diktatur.

Am 5.1.19 gründeten Drexler und K. Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Am 24.2.20 wurde sie in NSDAP unbenannt. Am 29.7.21 wählte sie Hitler, der sich ihr im September 19 angeschlossen hatte, zu ihrem mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden (u.a. Recht zur Ernennung aller Parteifunktionäre).

Nach dem von ihr (mit-)getragenen Hitlerputsch (8./9.11.23) wurde die NSDAP verboten, bestand aber in Form der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" und der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" weiter und wurde am 27.2.25 neu gegründet.

Parteiemblem der NSDAP war ab Frühjahr 20 das Hakenkreuz, ihr Organ ab Dezember 20 der "Völkische Beobachter".

Die NSDAP war eine rechtsradikale Partei mit einer im "25-Punkte-Programm" (Parteiprogramm) vom 24.2.20 enthaltenen nationalistischen und großdeutschen, imperialistischen und militaristischen, völkischen und antisemitischen, antiliberalen und antiparlamentarischen, mittelständischen und antikapitalistischen Programmatik (Nationalsozialismus). In gewollter Abgrenzung von den "Systemparteien" der Weimarer Republik verstand sich die NSDAP als Partei "neuen Typs", "Sammlungspartei" und "Bewegung".

Ihre Struktur und Organisation war antidemokratisch, zentralistisch und autoritär, ganz ausgerichtet auf den (ab 1922 so bezeichneten) "Führer" Hitler (Führerprinzip).

Oberstes Organ der Partei war die Reichsleitung mit dem Führer und der Kanzlei des Führers bzw. (ab 1941) der Parteikanzlei an der Spitze und den einzelnen Reichsleitern: dem Stellvertreter des Führers (1925-32 G. Strasser, 1933-41 Heß) bzw. (ab 1941) dem Sekretär des Führers (Bormann), dem Reichspropagandaleiter, dem Reichsschatzmeister, dem Reichspressechef u.a.

Als Hauptämter bestanden die Reichsorganisationsleitung, die Reichspropagandaleitung (ab 1929 unter Goebbels), das Außenpolitische Amt (unter Rosenberg), das Kolonialpolitische Amt, die Reichsleitung für die Presse (unter Amann) sowie von 1931 an die Auslandsabteilung der NSDAP.

Regional war die NSDAP in Gaue (1935: 35, 1940: 41), Kreise, Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert; ihre Leiter (Gau-, Kreis-, Ortsgruppen-, Zellenleiter und Blockwarte) bildeten zusammen das "Korps der Politischen Leiter". Angeschlossen waren der Partei die paramilitärischen Verbände der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS), des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), die

Hitler-Jugend (HJ) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) sowie zahlreiche berufsständische Organisationen; die Deutsche Arbeitsfront (DAF) galt als "betreute Organisation".
Nach ihrer Mitgliederstruktur war die NSDAP eine mittelständische, (klein-)bürgerliche Partei, in der Angestellte, Selbständige (Handwerker, Gewerbetreibende) und Beamte überproportional vertreten waren.
In den 20er Jahren war die NSDAP, trotz steigender Mitgliederzahlen (1922: 6.000, 1923: 55.000), eine politisch unbedeutende Splitterpartei: Bei den Reichstagswahlen 1924 erhielt die "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" nur 3,0 %, 1928 die NSDAP nur 2,6 % der Stimmen. Erst in der Endphase der Republik erwies sich Hitlers Legalitätstaktik (Erringung der Macht nicht durch Revolution oder Putsch, sondern auf legalem, parlamentarischem Weg), mit der er sich gegen seine "linke" innerparteiliche Opposition (um die Brüder O. und G. Strasser) durchsetzte, als wirkungsvoll:
Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.30 erhielt die NSDAP 6,4 Millionen (= 18,3 %) Stimmen und 107 Sitze, am 31.7.32 schon 13,8 Millionen (= 37,4 %) und 230 Sitze, war damit die mit Abstand stärkste deutsche Partei und blieb dies, trotz Stimmverlusten bei den Wahlen vom 17.11.32 (11,7 Millionen = 33,1 % und 196 Sitze).
Schon im Januar 30 war Frick als erster Nationalsozialist Mitglied einer Landesregierung (in Thüringen) geworden. Im Mai 1932 hatte die NSDAP erstmals bei einer Landtagswahl (in Oldenburg) die absolute Mehrheit errungen.
Gleichzeitig stieg auch die Zahl ihrer Mitglieder: von rund 400.000 (1930) über rund 800.000 (1931) auf knapp eine Million (Januar 33). Diese Erfolge hatte die NSDAP weniger ihrer Programmatik zu verdanken (v.a. ihre antikapitalistischen Programmpunkte gerieten völlig in den Hintergrund) als – nebst den Schwächen und Fehlern ihrer politischen Gegner – ihrer massenpsychologisch äußerst geschickten und wirkungsvollen Propaganda, dem die politischen Gegner einschüchternden Terror der SA und nicht zuletzt ihrem Bündnis mit der "nationalen" Rechten (Harzburger Front). ...<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Nationalsozialismus" (x051/403-405):
>>Nationalsozialismus, der Begriff Nationalsozialismus meint sowohl die Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) als auch ihr Herrschaftssystem in Deutschland 1933-45.
Das Wort stammt aus (dem damals zu Österreich gehörenden) Böhmen; dort hatten sich 1904 mehrere politische Vereinigungen mit zugleich deutsch-nationaler und sozialistischer Programmatik zur "Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen, die sich im Mai 18 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte.
Von ihr übernahm die am 5.1.19 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei ihre Parteisymbole (u.a. Hakenkreuz) und ihren Namen: Ab dem 24.2.20 nannte sie sich NSDAP. In der Bezeichnung Nationalsozialismus kommt der Anspruch zum Ausdruck, eine Synthese der beiden bestimmenden Ideologien und politischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, verwirklichen zu können.
Der Nationalsozialismus ist eine Form des Faschismus. Wie andere faschistische Organisationen in Europa begriff sich auch die NSDAP nicht als politische Partei im herkömmlichen Sinn, sondern als eine neue soziale und politische "Bewegung". Und wie jene fand sie ihre gesellschaftliche Basis v.a. im mittelständischen Kleinbürgertum: Dieses war durch die Industrialisierung und deren gerade nach Ende des Ersten Weltkrieges negativ deutlich gewordenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen sozial verunsichert und ökonomisch in ihrer Existenz gefährdet.
Dazu durch den Sturz der Monarchie ihrer traditionellen politischen Bindung beraubt, sah dieses Kleinbürgertum im Nationalismus eine neue politische Heimat. Denn wie der gesamte

Faschismus war auch der Nationalsozialismus eine antimodernistische Protestbewegung: gegen die Repräsentative Demokratie und ihre politischen Institutionen (Parteien, Parlamente, Bürokratien), gegen die moderne Gesellschaft und ihre pluralistische Struktur, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine großindustrielle Produktionsweise und gegen die Ideologie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus; in Deutschland darüber hinaus gegen die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg, das Ende einer europäischen Großmachtstellung und Weltmachtpläne und den als "nationale Schande" empfundenen Versailler Vertrag.

Anders als der Kommunismus, die andere große antidemokratische Bewegung des 20. Jahrhunderts, vermochte der Faschismus aber keine geschlossene, in sich folgerichtige Ideologie zu entwickeln.

Auch die "Ideologie" des Nationalsozialismus besteht vielmehr aus einem Konglomerat weltanschaulicher Überzeugungen, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen und Forderungen, die zum Großteil im Irrationalismus des 19. Jahrhunderts wurzeln, wie das Anknüpfen an vordemokratische, autoritäre Staats- und Gesellschaftstheorien ebenso zeigt wie das Aufgreifen irrationaler Mythen (z.B. von der weltweiten "Verschwörung" des Judentums), der Gebrauch mythischer Symbole (z.B. des Hakenkreuzes) und die Entfaltung pseudoreligiöser Rituale (etwa auf Parteitagen) und Kulte.

Die gemeinhin als seine "Ideologie" bezeichnete politische Programmatik des Nationalsozialismus, die teilweise schon im "25-Punkte-Programm" der NSDAP vom 24.2.20 (Parteiprogramm), v.a. aber in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften, insbesondere in Hitlers "Mein Kampf" (1925), enthalten ist, weist folgende Bestandteile auf:

1) Antiliberalismus und Antiparlamentarismus: Auf der Grundlage ihrer Gegnerschaft gegen die liberale parlamentarische Demokratie opponierte die NSDAP prinzipiell gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution und die angeblich für diese Verantwortlichen (die "Novemberverbrecher"), gegen die Weimarer Republik (die "Novemberdemokratie"), ihr parlamentarisches "System" und ihre politischen Institutionen, v.a. die "Systemparteien".

Der Kampf der NSDAP gegen den "Irrsinn der Demokratie" (Hitler 1928) schloß freilich nicht aus, daß sie sich nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 der politischen Verfahren der parlamentarischen Demokratie bediente (sogenannte Legalitätstaktik). "Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen" ("Mein Kampf").

Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus richtete sich auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem; doch spielte die antikapitalistische, v.a. gegen die Großindustrie gerichtete Programmatik der NSDAP, die im Parteiprogramm von 1920 noch erheblichen Raum einnahm, spätestens ab 1926, als sich Hitler gegen die "Linke" der Partei (um die Brüder Otto und Gregor Strasser) durchsetzte, in ihrer politischen Praxis keine Rolle mehr; sie hinderte weder Teile der Industrie daran, die NSDAP schon vor 1933 finanziell zu unterstützen, noch stand sie nach 1933 einer engen Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der Großindustrie, v.a. der Produktionsmittel- und der Rüstungsindustrie, und deren Privilegierung im Weg.

Den Anspruch, eine zugleich nationale und sozialistische Politik zu betreiben, hat der Nationalsozialismus zu keiner Zeit verwirklicht. -

2) Antikommunismus und Antisozialismus: Von Anfang an war die Programmatik und noch mehr die Propaganda des Nationalsozialismus von einem aggressiven Antikommunismus und Antisozialismus geprägt, der sich sowohl gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften richtete, als auch gegen die Sowjetunion und den von ihr geführten Bolschewismus und "Weltkommunismus". Doch ordnete die NSDAP das Ziel der "Vernichtung des Marxismus"

(Hitler in einem Aufruf am 10.3.33) ihren politischen Hauptzielen unter: Zur Zerstörung der Republik arbeitete sie vor 1933 zeitweilig auch mit der KPD zusammen; zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges schloß die nationalsozialistische Diktatur 1939 den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag ab. –
3) Das Führerprinzip: Der Nationalsozialismus wollte die parlamentarische Demokratie durch eine hierarchisch aufgebaute, straff autoritär geführte, auf den Grundsätzen von Führer und Gefolgschaft, Befehl und Gehorsam beruhende Diktatur ersetzen, mit einem Führer an der Spitze, der, ausgestattet mit umfassender Herrschaftsgewalt, unterstützt von der Staatspartei (der NSDAP) als politische Elite und (schein-)demokratisch legitimiert durch die plebiszitäre Zustimmung des Volks, die Gesellschaft total erfassen, in einer "Volksgemeinschaft" einen und völlig auf die von ihm autoritär gesetzten politischen Ziele ausrichten und für sie mobilisieren sollte. –
4) Nationalismus: Wie alle Weimarer Parteien forderte auch die NSDAP die Revision des Versailler Vertrages, darüber hinaus aber die Schaffung eines "großdeutschen" Nationalstaates, der über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914 hinausreichen und "alle deutschen Stämme" umfassen sollte. –
5) Rassismus: Der traditionelle großdeutsche Nationalismus ist in der Programmatik des Nationalismus "völkisch" geprägt und zum Rassismus gesteigert. Die nationalsozialistische Rassenlehre griff Rassentheorien auf, wie sie insbesonders Gobineau und H. S. Chamberlain im 19. Jahrhundert entwickelt hatten, und ist außer in "Mein Kampf" v.a. in Rosenbergs "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" (1930) enthalten. Sie behauptete eine Stufenleiter der menschlichen Rassen mit der "nordisch-arisch-germanischen" Rasse als der "Herrenrasse" und einzig "kulturschaffenden" Rasse auf der obersten und der "kulturzersetzenden" jüdischen Rasse, die kein Lebensrecht habe, auf der untersten Stufe.
Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik müsse die "Reinhaltung" der "arischen" Rasse sein und die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft über die anderen, minderwertigen Rassen; Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Vorherrschaft der "arischen" Rasse und ihres deutschen "Vorvolkes" zumindest in Europa, letztlich aber deren Weltherrschaft. –
6) Antisemitismus: Der rassistisch begründete Antisemitismus stand im Mittelpunkt der Weltanschauung Hitlers. Sein Judenhaß bildete die wohl entscheidende Antriebskraft seines politischen Wollens und Handelns, den zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen "Ideologie" und ab 1933 gleichsam die Staatsdoktrin des Dritten Reiches.
Der Nationalsozialismus verband, propagandistisch äußerst wirksam, den Antisemitismus mit dem Antikommunismus (weil Marx Jude war!), den Mythos vom jüdischen "Rassenfeind" mit dem vom bolschewistischen Klassenfeind, die in der deutschen politischen Kultur traditionell verwurzelte Judenfeindschaft mit der in Deutschland verbreiteten Kommunistenfurcht – eine Verbindung, die in der These von der angeblich weltweiten "Verschwörung" des vom bolschewistischen Rußland unterstützten "Weltjudentums" ihren Ausdruck fand und durch Fälschungen wie die der "Protokolle der Weisen von Zion" untermauert wurde.
Hauptziel der nationalsozialistischen Politik war nicht nur die völlige Entrechtung der deutschen Juden, sondern darüber hinaus die physische "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (Hitler am 30.1.39). –
7) Imperialismus: Aus dem Rassismus des Nationalsozialismus folgt sein Imperialismus, die Forderung nach Schaffung eines weit über die Grenzen der deutschen Nation hinausreichenden deutschen Großstaates, der dem deutschen Volk den angeblich für sein Überleben notwendigen "Lebensraum" bieten sollte. Ziel der deutschen Außenpolitik müsse "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" sein, wobei "wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken" ("Mein Kampf").
Dieses Ziel, daran ließen Hitler und andere Nationalsozialisten keinen Zweifel, konnte nur

durch einen Krieg verwirklicht werden. Überhaupt gehörte zum Rassismus des Nationalsozialismus ein primitiver Darwinismus, die Vorstellung, "das allgemeinste unerbittliche Gesetz des Lebens" sei der "Kampf (eines Volkes) um sein Dasein, ... wenn es sein muß, mit anderen Völkern, die der eigenen völkischen Lebensentfaltung entgegenstehen". Der Eroberungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk sollte darüber hinaus zur Erringung der Herrschaft des "arischen" deutschen Volkes und seines Staates über die rassisch angeblich minderwertigen slawischen Völker und Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, letztlich zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft führen. –
8. Militarismus: Voraussetzung für eine imperialistische Politik war die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, ihre psychologische Vorbereitung auf einen Krieg, die Erziehung v.a. der Jugend nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und Gehorsam und zur Hochschätzung der Gewalt als (angeblich) notwendiges Mittel politischer Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen und die Bekämpfung tatsächlicher oder vermeintlicher pazifistischer Gesinnungen und Haltungen.
Jahrelang war die NSDAP nur eine politisch unbedeutende, über Bayern hinaus kaum bekannte Splitterpartei. Erst seit 1929, während und in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, konnte sie die zur Erringung der staatlichen Macht notwendige "Massenbasis" gewinnen. ...<<
Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert wurden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.
Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".
Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleichviel welche Partei obenauf kommt".
Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen, doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat (die Firma Thyssen, die dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche Heeresverwaltung).
Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?
So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist Hitler nicht gewesen.
Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zu-

treffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte geringer veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regierenden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wieviel, woher und wofür.
"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt, der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert; und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist, es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".
Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O.M. Blessing will von Konstantin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Währungsreformen".
Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege (mit), einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.
Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.
Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...
Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.
Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.
In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".
Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.
Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es

neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.
Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.
Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing (zwischen 1928 und 1930 Reichsinnenminister) hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. (Das Resultat dieser Untersuchungen gelangte später ins "Abegg-Archiv" in Zürich, wo es allerdings nicht mehr ist.)
Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.
An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."
Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark (60, 40 und 28 Millionen), die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?
Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.
Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!
Bei Beratungen der Präsidenten der "Federal Reserve" Banken, des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".
Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-

Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."
Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.
Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933.
Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugedachte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.
Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.
Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet.
Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.
Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker Hjalmar Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.
"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr angedeihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."
Es ist auffallend, daß damals die Sowjetunion nicht auf Offenlegung des Sachverhalts bestand.
Sollte dies wirklich darauf zurückzuführen sein, daß Hitlers Förderung durch die westliche Hochfinanz "auch im Interesse des neozaristischen Staatskapitalismus", das "kommunistische" Moskau nur "ein Zweigbetrieb der Wallstreet" gewesen sei, der Weltöffentlichkeit bloß durch permanente ideologische Scheingefechte verschleiert?
Hitlers Bezahlung durch das Bankhaus Warburg und das amerikanische Großkapital thematisierte auch das 1933 von Van Holkema & Warendorf, Amsterdam, unter dem Namen von Sidney Warburg verlegte Buch "De Geldbronnen van het Nationaal-Socialisme. Drie gesprekken met Hitler door Sidney Warburg".
Doch wurde das Buch kurz nach der Publikation vom Verlag aus dem Handel gezogen bzw.

zurückgekauft, und zwar durch einen Amsterdamer Rechtsanwalt, offensichtlich im Auftrag der Warburgfamilie, ohne daß man natürlich alle Exemplare wieder bekommen konnte. (Zwei Bände gelangten in die Hände des österreichischen Gesandten von Alexis in Den Haag.)
Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war.
Nun gab es aber weitere amerikanische Banken, die Hitler finanzierten, sogar noch viel höher, obwohl auch darüber fast nichts durchgesickert ist. ...<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete später (am 29. Juli 2008) über den US-Unternehmer Henry Ford: >>**Henry Ford und die Nazis - Der Diktator von Detroit**
Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild: Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. …
Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.
Antisemitische Thesen
Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.
Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.
1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.
Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. …<<
Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>… Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen

wird. Schon vor den Naziideologen und –agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".
Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.
Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den – im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten – Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.
Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".
Im übrigen hätte – nach Himmler – das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. …<<
Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/…): >>**Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise**
… Die Finanzelite formiert sich
Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.
Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "*von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten."* Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

Die Reparationszahlungen

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld* (nämlich amerikanischer Investoren) *an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.*

Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)*Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre* (eigenen) *Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.*

Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.

"*Was an dem System nicht stimmte, war nur,*

a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. "*Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.
Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. "Drei Häuser - *Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co* und *National City Company* - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."
Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.
"*Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."*
So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.
"*Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht.*
Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.
"*Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab."* 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zwei-

ten Weltkrieges.
Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter "*saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*
Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.
Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35. Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.
Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.
"*Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."*
Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. "*Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer* (späteren) *kriegerischen Konfrontation … wieder niederzuwerfen."*
Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"bösartiger Frankenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb." …*

… Die Finanzierung der NSDAP

Wenn ein kleiner Gefreiter in vierzehn Jahren aus dem Nichts eine Massenbewegung aufbaut, "*wenn er eine Hunderttausende zählende Privatarmee wie die SA auszurüsten (die SA hatte 1924 30.000, 1930 80.000, 1932 220.000, 1933 400.000 und 1934 etwa 4 Millionen Mitglieder), auszubilden und zu ernähren vermag und eine gewaltige Propagandamaschinerie inklusive Großveranstaltungen mit hunderttausend Teilnehmern finanziert, wenn er zweimal die Woche und später täglich den Völkischen Beobachter herausgeben kann, wenn er ... feudale Parteizentralen kauft, Tausende von Flaggen und gleich zwei Flugzeuge aufs Mal - dann muß das Geld in Strömen fließen oder gigantische Schuldenberge müssen in die Höhe wachsen. Bei Hitler ist beides der Fall. Das Geld fließt überreichlich und reicht doch oft nicht aus."*
Die Quellen liegen noch vielfach im Dunkeln.
Es ist allgemein bekannt, daß Hitler und die NSDAP schon ab den frühen Zwanzigerjahren von deutschen Industriellen finanziell unterstützt wurden. Der springende Punkt besteht jedoch nach den Erkenntnissen Antony Suttons darin, *daß es sich bei den deutschen Industriellen, die Hitler finanzierten, überwiegend um Direktoren von Kartellen mit amerikanischen*

Verbindungen, Besitz, Beteiligungen und einer Form von Verbindung durch Tochtergesellschaften handelte.
Die Geldgeber Hitlers waren zum großen Teil nicht Firmen rein deutscher Herkunft beziehungsweise repräsentativ für deutsche Familienfirmen. Außer Thyssen und Kirdorf handelte es sich meistens um die deutschen multinationalen Firmen - also IG Farben, AEG, DAPAG (Deutsch-Amerikanische Petroleum A.G.) *usw. Diese multinationalen Firmen wurden in den Zwanzigerjahren durch amerikanische Anleihen aufgebaut und hatten in den Dreißigerjahren amerikanische Direktoren und hohe amerikanische Beteiligungen."*
Nach Wolfgang Zdral überwies Henry Ford, ausgewiesener Antisemit und Sympathisant Hitlers, jährlich 50.000 RM als Geburtstagsgeschenk auf Hitlers Privatkonto beim Kölner Bankhaus J. H. Stein. Nicht umsonst wurde Henry Ford von Hitler mit dem Großkreuz des Deutschen Adlerordens ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung, die er an Ausländer zu vergeben hatte.
An der Thyssen AG waren Amerikaner nicht beteiligt, doch Fritz Thyssen besorgte 1931 für die NSDAP einen Kredit über 250.000 RM bei einer Tochter-Firma der August-Thyssen Bank in Holland, die eng mit den finanziellen Interessen der Familie Harrimans in New York verflochten war, prominenten Mitgliedern des Finanzestablishments der Wall Street. "*Es gibt allen Grund zu der Annahme, daß die Harrimans von Thyssens Unterstützung für die Nazis wußten."*
In den Jahren 1932-1933 gingen von Friedrich Flick, einem der Direktoren der AEG mit 30 % US-Beteiligung, 150.000 RM direkt an die NSDAP. Bei dem berühmte "Kaiserhoftreffen" einiger Unternehmer mit Hitler im Mai 1932, darunter von IG Farben und der amerikanische IG Farben, kamen mehr als 500.000 RM zusammen und wurden auf dem Konto von Rudolf Heß bei der Deutschen Bank hinterlegt.
Am 20. Februar 1933 trafen sich im Hause Hermann Göring die Spitzen der deutschen Wirtschaft. Hjalmar Schacht sammelte an diesem Ort etwa 1,3 Millionen Reichsmark für das von ihm eingerichtete "Sonderkonto Treuhand".
Davon sollte Hitlers Wahlkampf für den 5. März finanziert werden. In diese Wahlkampfkasse zahlten, so Antony Sutton, Konzerne der US-NS-Connection den Hauptanteil ein. "*Innerhalb weniger Wochen ... gab es eine untereinander verbundene Sequenz großer Ereignisse: die finanzielle Unterstützung prominenter Bankiers und Industrieller zur Wahl 1933, den Reichstagsbrand, die Abschaffung der verfassungsmäßig garantierten Rechte und die darauffolgende Machtergreifung der nationalsozialistischen Partei."*
Es ist sicher kein Zufall, daß die deutschen Industriellen, die in Nürnberg vor Gericht standen, so der britische Amerikaner Antony Sutton, "*kaum mehr als einen Klaps auf den Hintern erhielten. Wir stellen die Frage danach, ob die Nürnberger Prozesse nicht in Washington hätten abgehalten werden sollen - mit ein paar wenigen prominenten amerikanischen Geschäftsleuten sowie Nazigeschäftsleuten auf der Anklagebank." …*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>**Das Netz der Dulles-Brüder**
_ von Karel Meissner
Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.
Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.
Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche

Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

Profitmaschine Versailles

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.

John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.

1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."

US-Botschafter Dodd

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.

Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.

War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich". Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als "Kriegstreiber" beschimpfte.

Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt geebnet

hatte.
Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

Der Putsch von Morgan & Co.

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.
Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.
Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der prodeutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2019) im COMPACT-Spezial Nr. 23 (x345/70-71): >>**Hitlers Logenbruder**
_ *von Guido Grandt*
Ein hochrangiger Freimaurer saß beim "Führer" am Kabinettstisch. Er hatte die Nazis von Anfang an unterstützt - und war einer der Wegbereiter des Dritten Reiches. Nach dem Krieg halfen ihm seine brüderlichen Verbindungen.
Der Bankier Hjalmar Schacht (1877-1970) wurde 1906 als Mitglied von der Loge *Urania zur Unsterblichkeit* aufgenommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der Loge *Zur Brudertreue an der Elbe* bei. Dort hieß man ihn 1949 willkommen. Ein leuchtendes Beispiel für humanitären Geist hatte er zuvor - in einer Zeit, in der beispiellose Verbrechen begangen wurden - allerdings nicht gerade abgegeben.

"Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist."

Hjalmar Schacht

Schacht fungierte von 1923 bis 1930 und von 1933 bis 1939 als Präsident der Deutschen Reichsbank, von 1934 bis 1937 war er zugleich Wirtschaftsminister. Danach diente er bis 1944 als Minister ohne Geschäftsbereich. Bereits 1926 sympathisierte er mit den Nazis, lernte 1930 Hermann Göring, Joseph Goebbels und Adolf Hitler kennen. Zwei Jahre später unterstützte er als Finanzexperte die NSDAP, forderte mit seiner Unterschrift bei einer Eingabe an Präsident Hindenburg, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen, und half später entscheidend mit, die Aufrüstung zu finanzieren.

In London führte er sogar Verhandlungen über die "Aussiedlung von Juden", was als sogenannter Schacht-Rublee-Plan in die Geschichte einging. Das tat er, obwohl er zunächst den Standpunkt vertrat, daß die NS-Rassenpolitik der deutschen Wirtschaft nicht nur schaden, sondern sie auch ruinieren würde, weshalb er die diskriminierende Behandlung von Unternehmen mit jüdischen Inhabern grundsätzlich ablehnte.

Lob für die Nürnberger Gesetze

Allerdings hieß er die 1935 erlassenen Nürnberger Gesetze ausdrücklich gut: "Ich begrüße … die Nürnberger Gesetze, daß er ("der Jude") wieder zurückgedrängt ist in sein, ich kann ruhig sagen, Ghetto." Und er teilte das nationalsozialistische Staatsziel, Juden in der Gesellschaft zu isolieren.

Ferner sagte er: "Die Juden müssen sich damit abfinden, daß ihr Einfluß bei uns ein für alle Mal vorbei ist. Wir wünschen, unser Volk und unsere Kultur rein und eigen zu halten." An anderer Stelle meinte er, daß "kein Jude ... Volksgenosse sein" dürfe und befürwortete die gesetzliche Diskriminierung aller deutschen Juden, die sie zu "Staatsbürgern minderen Rechts" erklärte.

Schacht deutete bei einer Rede 1935 in Königsberg auch an, daß er sich mit dem sogenannten Blutschutzgesetz anfreunden könne, das eine Heirat zwischen Nichtjuden und Juden verbot und zudem jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr mit Zuchthaus bestrafte. Der Reichswirtschaftsminister erhielt zudem das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP.

Dennoch kühlte sich ab 1937 sein Verhältnis zu den Nazis ab. Schacht wurde 1944 wegen der Mitverschwörung beim Attentat auf Hitler verhaftet und in einer der sogenannten Prominentenbaracken interniert. Amerikanische Militärstaatsanwälte stellten ihn wegen "Verschwörung zur Herbeiführung des Krieges" und der "Teilnahme an den Vorbereitungsmaßnahmen" vor das Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, wo er freigesprochen wurde.

Aufgrund des Entnazifizierungsgesetzes galt er den westdeutschen Behörden dennoch als belastet, weil er der "nationalsozialistischen Gewaltherrschaft außerordentliche wirtschaftliche Unterstützung" gewährt hatte. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, bis 1948 inhaftiert und im Berufungsverfahren freigesprochen. 1953 gründete er die Außenhandelsbank Schacht & Co. in Düsseldorf.

Christopher Kopper schreibt in seinem Buch Hjalmar Schacht - Aufstieg und Fall von Hitlers mächtigstem Bankier: Seine (Schachts) Selbsterklärung, er habe sich dem NS-Regime nur aus patriotischen Motiven zur Verfügung gestellt und sei im Amt geblieben, um Schlimmeres zu verhüten, war ausgesprochen fragwürdig - aber fand in der alten (und neuen) Verwaltungselite und in den führenden Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik durchaus Zustimmung."

1953 veröffentlichte der Bankier seine Memoiren unter dem Titel 76 Jahre meines Lebens, die, so Kopper, "voller Ressentiments gegen deutsche wie gegen deutsch-amerikanische Juden" steckten. Der Biograph des Reichsbankpräsidenten schreibt: "Schacht war nach dem Krieg zumindest phasenweise stärker antisemitisch eingestellt, als er es während der Herrschaft des Nationalsozialismus je war."

Festes Bruderband

Noch ein anderes maurerisches Klüngelspiel, das bis jetzt nicht als solches erkannt worden ist,

spielte sich ab: In der Phase zwischen dem Freispruch des Internationalen Militärtribunals und dem Entnazifizierungsverfahren deutscher Behörden gegen ihn fuhr Schacht von Bayern, wo seine Anwälte einen "vorläufigen Freibrief" erwirkt hatten, nach Baden-Württemberg zu einem Freund. Der Nürnberger Polizeipräsident informierte die württembergische Landesregierung von dieser Reise, woraufhin der Minister für Politische Befreiung sofort einen Haftbefehl gegen den früheren Reichsminister erließ.
Doch der liberale Ministerpräsident Reinhold Maier wollte Schachts Verhaftung ohne großes Aufsehen verhindern und ließ ihm über Umwegen eine Warnung zukommen. Dennoch wurde er festgenommen, weil er den Hinweis nicht ernst nahm. Fakt ist jedoch, daß der Ministerpräsidenten ihn illegalerweise warnte.
Der Vorgang wird verständlich, wenn man weiß, daß Reinhold Maier selbst ein sehr aktiver Freimaurer war. Von 1924 bis 1933 war er Mitglied der Loge *Zu den 3 Cedern* in Stuttgart und 1946 sogar Gründungsmitglied der Stuttgarter Loge *Furchtlos und Treu*, der er bis zu seinem Tod angehörte. Er versuchte also seinem Logenbruder Schacht aus der Klemme zu helfen. Unter anderem zu diesem Zweck war ja auch das "Bruderband" geknüpft worden. Skandalös!

"Ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer."

Journalist Tom Goeller

"Bruder" Hjalmar Schacht stellt zweifellos für die Geschichte der deutschen Freimaurer eine Belastung dar", bekennt Freimaurer und Journalist Tom Goeller daher auch reumütig. In seinem Buch Freimaurer - Aufklärung eines Mythos hält er fest: "Unabhängig von den gerichtlichen Freisprüchen hätte er 1949 nicht mehr in eine Loge aufgenommen werden dürfen. Denn es ist unstrittig, daß er ein entscheidender Steigbügelhalter auf Hitlers Weg zur Macht war. Das alleine hätte genügen müssen, ihn aus der Freimaurerei für immer auszuschließen.
Leider muß indes vermutet werden, daß sich die Hamburger Loge "Zur Brudertreue an der Elbe" 1949 eher geschmeichelt fühlte, einen "namhaften" Freimaurer zu ihren Mitgliedern zählen zu können, als einen Helfershelfer Hitlers zu bannen; ein weiterer Fleck in der Geschichte der deutschen Freimaurer.

Freimaurer und NS

Die NSDAP machte von Anfang an Front gegen die deutschen Logen. Hierbei tat sich vor allem Chefideologe Alfred Rosenberg hervor, der die Freimaurer im Völkischen Beobachter "künstliche Juden" nannte, ihnen eine "volklose Weltanschauung" unterstellte und von einer "freimaurerischen Völkerbunddiktatur über Europa" fabulierte. Er kam zu dem Schluß: "Deshalb darf kein Maurer der NSDAP angehören und umgekehrt." In den von der Organisationsabteilung der Partei herausgegebenen Schulungsbriefen hieß es am 15. März 1931: "Die Feindschaft des Bauern gegen den Freimaurer als Judenknecht muß bis zur Raserei aufgestachelt werden."
Nach 1933 paßten sich viele Logen den NS-Machthabern an, um ein Verbot abzuwenden. Doch das half nichts: Am 17. August 1935 ordnete Innenminister Wilhelm Frick das Verbot der Freimaurerei in Deutschland an. Manche Logenhäuser wurden in "Freimaurermuseen" umgewandelt.
Bekannte Freimaurer, die Opfer des NS-Regimes wurden, waren beispielsweise der Schriftsteller Carl von Ossietzky sowie die Sozialdemokraten Julius Leber und Wilhelm Leuschner.<<
Obgleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig war, weigerten sich die Sozialdemokraten (aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454). Die letzte SPD-Regierung (unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller, 1876-1931) trat daraufhin am 27. März 1930 trotz

ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigte nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.
Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgten nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regierten. Diese machtlosen Minderheitsregierungen schwächten die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichterten letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).
Am 30. März 1930 wurde Heinrich Brüning zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" (Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung) über keine Reichstagsmehrheit verfügte, regierte man mit Hilfe von Notverordnungen (gemäß Artikel 48 der Verfassung, Sonderrecht bzw. Diktaturparagraph des Reichspräsidenten).
Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach (1866-1935, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der "Liga für Menschenrechte", emigrierte 1933 nach Frankreich) schrieb am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<
Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmte, kündigte Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige bürgerliche Mehrheit verfügte (die Parteien der bürgerlichen großen Koalition, von den Sozialdemokraten bis zur deutschen Volkspartei, besaßen 100 Sitze mehr als die radikalen Oppositionsparteien), mußte die Reichstagswahl (1932) vorgezogen werden (x063/-562). Brüning unterstützte mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg ("politischer Erdrutsch"), denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen (Sanierungsprogramme statt Schuldenpolitik) erhielten NSDAP und KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.
Die Zeitung "Der Mittag" berichtete am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermeßlich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<
Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete). Reichskanzler Brüning blieb zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, fand er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.
Die "Welt am Montag" berichtete am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.
Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...
Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.
Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokra-

tie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht. Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.
Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930 werden?
Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.
Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichneter Organisator mit Suggestivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntruppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...
Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe. ...<<
Im Jahre 1930 forderte die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).
Die britische Zeitung "The Times" hielt die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).
Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite (ca. 4 Milliarden) wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.
Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406):
>>(Nationalsozialismus) ... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die "nationale Rechte" (Harzburger Front), v.a. der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.
Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.
Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien (Farbe, Musik, Fahnen u.a. politische Symbole), durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfalteten Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.
Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum (selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern). Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz

gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.
Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und marxistischen "Novemberverbrechern" (Dolchstoßlegende) und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Wirtschaftskrise.
War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und gegen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der v.a. von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung (SA), ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politischen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln. Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, v.a. zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland.
Gestützt auf seine massenhafte Wählerschaft, gelang es dem Nationalsozialismus, mit (scheinbar) legalen parlamentarischen Mitteln die staatliche Macht zu erringen: Am 30.1.33 wurde Hitler als Vorsitzender der parlamentarisch stärksten Partei zum Reichskanzler ernannt (Machtergreifung). ...<<
Obgleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbündeten, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhielt man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die damalige Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD (x063/563): >>Das Bündnis zwischen der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei trug zur Unterhöhlung der Republik bei. ... Dialektisch ... galt nicht der Nationalsozialismus als Hauptfeind, denn er bereitete ja den Weg für Sowjetrußland vor. Hauptfeind waren die Weimarer Republik und die Sozialdemokratie, weil sie die "Einheit der Arbeiterklasse" verhinderten.
Morde und blutige Straßenkämpfe haben die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei nicht abgehalten, zur Zerstörung der Republik zusammenzuarbeiten. Das wurde etwa am 9. August 1931 offenkundig, als beide Parteien im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Volksentscheid zum Sturze der preußischen Regierung veranstalteten. ... Trotzdem schlug das Unternehmen fehl, weil viele der Kommunisten sich der morbiden Überlegung Moskaus versagten, das der Nationalsozialismus zur Macht kommen müsse, um Sowjetdeutschland zu gebären.<<
Reichsminister Gottfried R. Treviranus (1891-1971) warnte am 22. August 1931 nach einem Gespräch mit Hitler (x034/547): >>... Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt ...<<
1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.
Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt. Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Die "Leipziger Volkszeitung" verlangte am 6. Januar 1932 die Ausweisung des ausländischen Hochverräters Hitler.
Hindenburg erklärte sich am 15. Februar 1932 trotz seines Alters von 84 Jahren bereit, nochmals für den Posten des Reichspräsidenten zu kandidieren (x034/578): >>... (Er habe es) nicht für verantwortbar gehalten, ... seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig zu verlassen! ...<<
Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.
Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann (1886-1944, im KZ Buchenwald erschossen) erklärte während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...
Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...
Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<
Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhielt der ehemalige Österreicher Hitler endlich die dringend erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft. Am 25. Februar 1932 wurde der "Schriftsteller" Adolf Hitler durch das Braunschweigische Staatsministerium zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Stadt Braunschweig ernannt und als Sachbearbeiter bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt.
Goebbels berichtete am 28. Mai 1932 über die damaligen Zustände im Preußischen Landtag (x191/52-53): >>Im Plenum kommt es zum Ausbruch der bis zur Siedehitze angespannten Erregung. Einer von uns wird von den Kommunisten als Mörder beschimpft. Der bolschewistische (!) Fraktionsführer Pieck provoziert auf das maßloseste von der Rednertribüne herab.
Ein Kommunist schlägt einem Parteigenossen mitten ins Gesicht. Das ist das Signal zur Abrechnung. Sie ist kurz, aber bündig, und wird mit Tintenfässern und Stühlen ausgefochten. In 3 Minuten sind wir allein im Saal. Die Kommunisten sind herausgeprügelt, während die Mittelparteien in der vorzeitigen Flucht ihr Heil gesucht haben.
Unsere Fraktion singt das Horst-Wessel-Lied. 8 Schwerverletzte aus verschiedenen Parteien. Das war ein warnendes Beispiel. So allein kann man sich Respekt verschaffen. Das Plenum bietet den Anblick einer grandiosen Verwüstung.
Wir stehen als Sieger auf den Trümmern. ...<<
Der deutsche Historiker Heinrich Bennecke (1902-1972) schrieb später über eine Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning vor ausländischen Journalisten vom 28. Mai 1932 (x245/-289-290): >>Obgleich der deutsche Reichskanzler mit der Bemerkung begann, daß er allein "zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen" wolle, war klar, daß Brüning, der zugleich deutscher Außenminister war, mit seiner Rede außenpolitische Absichten verband.
Neue Reparationsverhandlungen standen bevor, und Presse und Diplomaten des Auslandes sollten auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eindringlich hingewiesen werden: "Das fundamentale Problem, das uns – fast wörtlich genommen – Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen."
Diese "neue Plage der Menschheit" habe Deutschland mit einer "unheimlich drückenden Schwere" getroffen. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen, "deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen" teile – also insgesamt ein Fünftel des deutschen Volkes – befänden sich 2 Millionen – also zwei Drittel der Arbeitslosen – die jünger als 25 Jahre seien. Das bedeute, daß diese jungen Menschen, "die das Leben vor sich haben", keine Arbeitsstätten finden könnten.
Seine Zuhörer fragte der deutsche Reichskanzler: "Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Jugendlichen ein Radikalismus aufquillt, der nur von

Untergang und der Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn ihre triebmäßigen Hoffnungen setzt?"
Zudem sei die Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen innerhalb von 4 Jahren "pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen" von annähernd 90 Mark auf fast die Hälfte, "etwa 50 Mark zurückgegangen". Dieser Satz stelle, angesichts der Notwendigkeit, "daß damit alle Ausgaben auch der Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand dar."
Die Schlußfolgerung aus diesen bedrückenden Umständen lautet: "Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung verschwindet (mit) psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit, irgendwelcher Belehrung, irgendwelcher Argumente der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. ...<<
Reichspräsident Hindenburg forderte Reichskanzler Brüning am 29. Mai 1932 in Berlin zum Rücktritt auf.
Hermann Pünder (1888-1976, Staatssekretär der Reichskanzlei) schrieb damals über dieses außerordentliche, erstaunliche Ereignis (x034/593): >>Der Vortrag hat stattgefunden. Das Spiel ist aus.<<
Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich unermüdlich für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt hatte, mußte am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützte. Reichskanzler Brüning fiel letzten Endes den Intrigen der Berater des Reichspräsidenten (wie z.B. Franz von Papen, General von Schleicher) und dem Widerstand der ostdeutschen Großgrundbesitzer zum Opfer (sogenannter "Agrarbolschewismus": Einige hochverschuldete ostpreußische Güter sollten damals an deutsche Siedler verteilt werden).
Reichspräsident Hindenburg führte nach Brünings Rücktritt umgehend Gespräche mit den SPD-Politikern Löbe, Wels und Breitscheid sowie Hitler und Göring von der NSDAP, um eine neue Regierung zu bilden.
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Mai 1932 über den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning (x034/596): >>Hintertreppen-Einflüsse haben ihren Willen durchgesetzt wie zu Zeiten Eulenburgs und Holsteins. Damit ist eine wesentliche Verschärfung der Weltkrise eingetreten. ... Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.<<
Reichspräsident Hindenburg ernannte am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie) zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde ("Kabinett der Barone"), regierte zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.
Am 4. Juni 1932 genehmigte Hindenburg den Vorschlag des Reichskanzlers Papen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.
Am 17. Juli 1932 ereigneten sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kamen 18 Menschen zu Tode und 68 wurden verletzt (x034/603).
Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen ließ.
Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden).
Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung

und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen (Polizei und Verwaltung) wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.
Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.
Joseph Goebbels berichtete am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.
Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.
Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.
Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.
Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.
Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die Demokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<
Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD errang 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).
Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<
Da die Neuwahl im November 1932 keine Mehrheit brachte und Hindenburg weitere diktatorische Vollmachten ablehnte, trat Reichskanzler Franz von Papen am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.
Reichspräsident Hindenburg sprach sich gegen Franz von Papen aus und beauftragte am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.
Reichspräsident Hindenburg ernannte Generalmajor Kurt von Schleicher (1882-1934, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen), der nach Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen konnte, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.
Im Reichstag fand am 7. Dezember 1932 eine Massenschlägerei zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern statt.
Schleicher, der ständig einen gewaltsamen Umsturzversuch durch die NSDAP oder KPD befürchtete, versuchte damals den gemäßigten NSDAP-Politiker Gregor Strasser (1892-1934) zu

überreden, eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen. Gregor Strasser lehnte Schleichers Angebot jedoch ab (Hitler ließ Strasser später aber trotzdem als sogenannten "Staatsfeind" und Verräter ermorden). Schleichers Bemühungen, die deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, scheiterten später ebenfalls wegen Ablehnung der SPD-Führung.
Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).
Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 (Jahresgipfel: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen) bereits überschritten.
Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernte Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.
In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen. Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.
Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Bezug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.
Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.
Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...
Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<
Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.
Die deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen (1925 geboren) und Werner Jochmann (1921-1994) schrieben später über die Gewalttaten des NS-Regimes vor der Machtergreifung (x245/-

357): >>... Aus der Rückschau auf die innerdeutschen Ereignisse vor dem Jahre 1933 wird heute immer wieder gefragt, warum sich das deutsche Volk nicht entsetzt von den radikalen Methoden des Nationalsozialismus abgewandt und warum namentlich das Bürgertum nicht einhellig die Gewalttaten der Anhänger Hitlers verurteilt habe.
Zunächst läßt sich zeigen, daß bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches und dann beschleunigt im Ersten Weltkrieg selbst humanitäre Haltungen abgebaut und zerstört worden waren. In der Revolution und in den Jahren danach hatten dann in Deutschland Kämpfe, Aufstände und Gewalttaten in großer Zahl stattgefunden. Eine weitere Abstumpfung in den humanen Gesinnungen war die Folge.
Wie zahlreiche Zeugnisse aus dieser Zeit zeigen, gab es nicht wenige sogenannte friedliche Bürger, die ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Träger der Revolution von 1918 forderten. Auf diese Stimmen konnte sich Hitler berufen, als er den Terror zum politischen Kampfmittel machte. Insbesondere verwies er auf die Kampfesweise der Radikalen und besonders der Kommunisten, bezeichnete sie als Herausforderung und fand, was die eigene Praxis anging, daraufhin bereitwilliges Entgegenkommen.
Hatte es nicht, so fragten viele Deutsche in vielen Städten und Provinzen, Terror gegeben, bevor die NSDAP dort Fuß gefaßt hatte? Waren die staatlichen Sicherheitsorgane nicht oft außerstande gewesen, Versammlungen bürgerlicher Partei zu schützen? Soweit diese Fragen mit einem eindeutigen Ja beantwortet wurden, umschloß die Antwort nahezu immer ein Lob für Hitler, der diesen "Elementen" rücksichtslos das Handwerk lege.
Eine Versammlung prominenter Hamburger Bürger, denen der Schrecken des kommunistischen Aufstandes vom Oktober 1923 noch lebhaft vor Augen stand, spendete Hitler zweieinhalb Jahre später bemerkenswerten Beifall, als er versprach, die Kommunisten ohne alle Rücksicht niederzwingen und "ausrotten" zu wollen. Immer wieder läßt sich feststellen, wie die Nationalsozialisten gerade in jenen Großstädten oder Stadtteilen besonderen Zulauf erhielten, in denen sie mit Fäusten und Schlagwerkzeugen die Durchführung ihrer Versammlungen erzwangen.
So erlag ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes in dem Glauben, Gewalt sei nur mit Gewalt zu brechen, eine Revolution lediglich durch eine revolutionäre Partei aufzuhalten oder zu verhindern, einem folgenschweren Irrtum.
Selten nur wurde die Befürchtung laut, das Gesetz, nach dem die NSDAP zu ihrem Kampf angetreten war, könne auch dann noch fortwirken, wenn sie einmal an die Macht gelangt sei. ...<<

Zusammenfassung der Weimarer Republik

In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.
Reichskanzler Prinz Max von Baden gab am 9. November 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.
Philipp Scheidemann (1865-1939, SPD-Politiker, emigrierte 1933) verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).
Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten und die Zentrumspartei) nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).
Die Nationalversammlung verkündete schließlich nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.
Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach,

blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. Die große Not und das Elend der Kriegs- und Hungerjahre festigten sogar noch den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Fast alle bisherigen "Staatsdiener" erfüllten weiterhin pflichtgemäß ihre Arbeit, um die "Weimarer Republik" zu unterstützen.
In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.
Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Der unsägliche Versailler "Friedensvertrag" brachte nicht nur die erste demokratische Republik in Mißkredit, sondern die ungerechten "Friedensbedingungen" der Siegermächte ließen auch erhebliche Zweifel an der Gerechtigkeit und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts aufkommen.
Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/-42).
Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten.
Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.
Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...
Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<
Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen lehnten es die deutschen Regierungen grundsätzlich ab, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertelang erbittert gekämpft hatte.
Obgleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deut-

schen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.
Julius Leber (1891-1945, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer) erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... (Nie werde es) eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<
Während der Konferenz von Paris (24.-29. Januar 1921) forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Nebensumme von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.
Die deutsche Reichsregierung bat die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen konnte.
Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung die Londoner Abmachungen (Dawes-Plan) an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika zu finanzieren waren.
Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden. Das Deutsche Reich mußte die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/-44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Dawes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).
Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanziellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.
Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz (Young-Plan) wurden am 7. Juni 1929 die aktuellen Reparationen veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).
Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young (1874-1962) ausgeheckt hatte.
Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen $ zu 5,5 %. Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.
Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutschland könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredite noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.
Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte (den Gürtel) enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...
Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsver-

schuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<
Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).
Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne (16.06.-9.07.1932) erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565). Der Forderungserlaß der Siegermächte war keine deutschfreundliche Geste, denn es handelte sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkannten die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen würde. Während dieser Reparationskonferenz wurde der berüchtigte Kriegsschuldparagraph nicht gestrichen.
Das "Handelsblatt" berichtete später (am 1.10.2010) über die letzten deutschen Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg: >>**Letzte Zahlungen**
Das späte Ende des Versailler Vertrags
Am 3. Oktober sind die letzten deutschen Reparationszahlungen für den 1919 geschlossenen Friedensvertrag fällig. Damit läßt das wiedervereinigte Deutschland die Schrecken der Vergangenheit hinter sich, ohne sie zu vergessen. ...
Am kommenden Sonntag enden die Zahlungen für den Versailler Vertrag. Die meisten Deutschen dürften davon nichts wissen, schließlich ist der Friedensvertrag von 1919 ein längst abgeschlossenes Kapitel. ...
Es ging dabei unter anderem auch um die Dawes- und Young-Anleihen, zwei Bonds, mit denen den Deutschen in den 20er-Jahren die Reparationszahlungen durch zeitliche Streckung etwas erleichtert werden sollten. ...<<
Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren (ca. 30,0 Milliarden US-Dollar).
Am folgenden Tag mußten bereits viele Banken ihre Schalter frühzeitig schließen, weil sie zahlungsunfähig waren. Danach begann die große Weltwirtschaftskrise am Ende der 20er Jahre.
Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus. Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/433): >>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. Hier setzte sich die charismatische Anziehungskraft starker Persönlichkeiten durch, die reaktionäre Gesinnung propagierten und politische Ideologien formulierten: Mussolini in Italien, Franco in Spanien und Hitler in Deutschland. ...<<
Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radi-

kalen Gruppierungen ("SA-Sturmabteilungen" = NSDAP, "Rotfrontkämpferbund" = KPD, "Stahlhelm" = DNVP und andere). Vor allem die Schlägertruppen der SA und der Rotfrontkämpferbund lieferten sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.
Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken (z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co.) und nordamerikanische Großindustrielle (Royal Dutch, Standard Oil, Rockefeller jun. und andere) finanziert wurden.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219): >>Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden. ...<<
Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate (KPD: 13,1 % und 77 Abgeordnete).
Der britische Zeitungsverleger Viscount Rothermere schrieb am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche. ...<<
Obgleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbündeten, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhielt man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).
Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legte der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...
Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüningschen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<
Stalin war schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen würde. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP förderten bzw. beschleunigten den Untergang der Weimarer Republik.
Hitler und das rechtsradikale NS-Regime waren für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlug das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstige Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumte Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gab es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.
Stalin übernahm später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied bestand nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern" um 500 km nach Westen verlagert wurden.
1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos

(x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.
Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt.
Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein.
Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.
Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg (mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung) beseitigen bzw. absetzen ließ.
Nach dem Staatsstreich (sogenannter "Preußenschlag") verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.
Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können. ...
Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart. ...<<
Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei (Kommunisten = 14,3 % und 89 Mandate), die SPD errang 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).
Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.
Reichspräsident Hindenburgs Schreiben an Hitler vom 10. August 1932 lautete (x256/112): >>... Der Herr Reichspräsident muß unter diesen Umständen befürchten, daß ein von ihnen geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben er vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten konnte.<<
Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 (33,1 %) von 584 Sitzen.
Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir

haben eine Schlappe erlitten.<<
Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).
Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker (1898-1949) berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Tributgelder (Reparationen) in der Hölle holen gehen.
Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...
Hitler wird den polnischen Korridor (zwischen Ostpreußen und Pommern), den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...
Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.
Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.
Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.
Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<
Infolge der dramatischen politischen und wirtschaftlichen Situation war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.
Nach den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.
Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre. Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerlichte Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus.
Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Niedergang der Weimarer Republik (x063/560-561): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen.
Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.
Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<
Schlußbemerkungen: Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Re-

gierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.
Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus (NSDAP und KPD) beschleunigt, denn die radikalen Parteien nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.
Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es nach Stresemanns Tod keine überragenden deutschen Staatsmänner mehr gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.
Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

Das NS-Regime (1933-1939)

> Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...
> *Paul von Hindenburg (1847-1934, deutscher Offizier und Politiker)*

Reichskanzler Hitler

Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldete am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<
Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtete am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<
Joseph Goebbels berichtete am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<
Hitler führte am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.
Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebte, konnte die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigerte.
Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord (1878-1943, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung) forderte seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen. Schleicher lehnte jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen wollte. Er weigerte sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen war.

Alfred Hugenberg (Unternehmer und Vorsitzender der DNVP) verharmloste am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord (1878-1944, General und Chef der Heeresleitung) warnte Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigte damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheiterten, trat Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück. Der "letzte Reichskanzler" Kurt von Schleicher wurde später mit seiner Frau beim sogenannten "Röhm-Putsch" ermordet.

Die Gewerkschaften warnten Reichskanzler Hindenburg am 28. Januar 1933 telegrafisch, Hitler mit der Regierung zu betrauen (x034/634): >>... daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeiterschaft als eine Herausforderung empfunden werden müßte.<<

Joseph Goebbels berichtete am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

Von Papen, Oskar von Hindenburg (1883-1960, Sohn und persönlicher Mitarbeiter des Reichspräsidenten) und Staatssekretär Otto Meißner (1880-1953, Chef der Reichskanzlei) "bearbeiteten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, war ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Der "Völkische Beobachter" schrieb am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").

Für Hindenburg war Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" war anscheinend fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen könnte.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.

Hindenburg erklärte damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Der "Vorwärts" schrieb am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Berlin ist heute nacht in einer reinen Faschingsstimmung.<<
Werner Finck (1902-1978, Schauspieler, Kabarettist und Autor) schrieb später über die NS-Massenaufmärsche in Berlin (x115/239): >>Dann aber kam auf den Straßen diese Unruhe. Es wurde doch sehr massiv in Berlin. Große Gruppen von Menschen lärmten auf den Straßen. Sie haben die Arme ausgestreckt und "Heil" gerufen. Immer so in Dreier-Reihen "Heil-Heil-Heil", daß es knallte. Welch eine Ironie des Schicksals: Gerade in dem Land, wo am meisten "Heil" gerufen wurde, ist am wenigsten Heil geblieben.
Ich kann sagen, ich habe gezittert, mir war es furchtbar unangenehm. Ich habe richtige Angst gehabt. Ich dachte, um Gottes willen, wie wird das enden. Wenn ich natürlich damals schon gewußt hätte, was man heute weiß, - daß das alles nur Mitläufer waren, dann hätte man doch nicht gezittert. Aber das ahnte man noch nicht. Das hat doch kein Mensch damals gesagt. ...<<
Max Liebermann (1847-1935, Maler und Graphiker) meinte beim Betrachten des Fackelzuges am 30. Januar 1933 (x844/...): >>Ich kann nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte. ...<<
Andre Francois-Poncet (1887-1978, 1931-38 französischer Botschafter in Berlin) berichtete damals in seinem Tagebuch über die chaotischen Verhältnisse im Deutschen Reich (x069/58): >>Das Reich scheint in das Chaos der Jahre 1918/19 und 1923 zurückzufallen und nochmals, ja noch ernsthafter von Anarchie bedroht zu werden. Man muß sich dieses Bild Deutschlands vor Augen halten, als die Straßen auf dem Land und in den Städten von rivalisierenden Umzügen des Stahlhelms, der Rotfront (KPD), der SA und SS durchschritten werden. Die Schlagzeilen der Zeitungen berichten täglich von neuen Unruhen, neuen Opfern.
Man muß sich jenes Deutschland vor Augen halten, in dem Unsicherheit und Unordnung herrschen und die Sorge um die nächste Zukunft und die Furcht vor einer bolschewistischen Revolution die Gemüter bedrücken, um zu begreifen, daß die nationalistischen Leidenschaften aufgepeitscht werden konnten mit der Behauptung, das Ausland sei an diesem ganzen Unglück schuld, um zu verstehen, mit welchen Gefühlen 1933 die Machtübernahme durch jenen Mann mit der eisernen Faust aufgenommen wurde, einen Mann, der so tapfer den Roten die Stirne bietet und sich anheischig macht, im Innern Ordnung und Freiheit, nach Außen Macht und Größe des Reiches wieder herzustellen.<<
Für die meisten ausländischen Staaten ist Hitlers Regierungsübernahme vorerst nur "ein Sieg der nationalen Opposition".
In jener Zeit gab es natürlich auch Millionen von jungen Idealisten und Schwärmern, die irrtümlich an Hitlers NS-Regime glaubten. Nach den bitteren Kriegs- und Nachkriegsjahren träumten diese naiven Phantasten von der Verwirklichung einer wahren, gerechten Volksgemeinschaft. Die meisten Deutschen wollten lediglich alle Ungerechtigkeiten und früheren Feindschaften vergessen und gemeinsam die Folgen der Versailler Verträge beseitigen, aber der allgegenwärtige Terror des NS-Regimes zerstörte schon bald alle Hoffnungen und naiven Wunschträume.
Eine Anhängerin des NS-Regimes berichtete Anfang des Jahres 1933 über ihre Erwartungen (x149/75): >>Keine Parole hat mich je so fasziniert wie die Parole von der Volksgemeinschaft. ... Ich glaubte den Versprechungen der Nationalsozialisten, daß sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not von 6 Millionen Menschen beseitigen würden. Ich glaubte ihnen, daß sie das deutsche Volk aus der Zersplitterung von über 40 politischen Parteien zu einer Einheit zusammenführen und daß sie die Folgen des Versailler Diktats überwinden würden. ...<<
Der Niedergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche

und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.
Nach ungemein schweren Jahren (1919-33), in denen 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).
Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen (von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen) fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersönlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.
Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg (1889-1943, 1924-28 Mitglied des Reichstages) berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333): >>... Die ruhige, nüchterne Vernunft der sozialistischen Arbeiter mitten im Sturm der politischen Erregung ist gewiß achtbar. Das sind die Männer, die auch später unter der Herrschaft der Gegenrevolution nicht wankten. Aber es gibt Situationen in der Geschichte der Völker und Klassen, in denen die tägliche nüchterne Klugheit nicht ausreicht.
Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging. Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/573-574): >>Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.
Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteurertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen.
Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.
Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.
Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum

Zweiten Weltkrieg führte. ...<<
Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Hitlers Machtübernahme (x057/230-231): >>Die Umwandlung des Deutschen Reiches von einer demokratischen Republik zu einer Diktatur war das Werk des Führers ... Adolf Hitler (1889-1945). Er stammte aus Österreich, begann nach dem ersten Weltkrieg seine politische Laufbahn, die ihn im Verlauf von 14 Jahren durch Willenskraft, Fanatismus und eine nie gekannte Propaganda an die Spitze der Reichsregierung brachte.
In seinem Parteiprogramm und seinem Buch "Mein Kampf" hatte er die Grundfragen einer neuen politischen Idee, einer "nationalsozialistischen Weltanschauung", zu prägen versucht und sie als mitreißender Volksredner (Trommler) zuerst in seine Partei hineingetragen. Diese war in straffer Disziplin organisiert mit den Kampfformationen Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS). Eine arische Rassenlehre mit dem Symbol des Hakenkreuzes sollte eine Vereinigung von Nationalsozialismus und Sozialismus verkörpern mit einer mystischen Heldenverehrung seiner Person und einer bedingungslosen Gefolgschaftstreue.
Enttäuscht von der inneren und äußeren Lage Deutschlands strömte ihm im Laufe der dreißiger Jahre eine Unzahl von verbitterten oder hoffnungsvollen Menschen zu, um der neuen Bewegung zur Herrschaft im Staate zu verhelfen. Die Parolen wie "Brechung der Zinsknechtschaft", "Gemeinnutz vor Eigennutz", "Positives Christentum", "Führerprinzip", "Nationaler Sozialismus", "ein Volk, ein Reich" usw. wurden von der Masse oft mißverstanden oder so ausgelegt, wie man es selber wünschte.
Nach dem Willen des "Führers" sollte ein "Germanischer Staat deutscher Nation" geschaffen werden. Vieles war dem Ausland und anderen autoritären Organisationen nachgeahmt und fand nur schwer Eingang in die deutschen Volkskreise. Nur wenige ahnten die tragische Entwicklung des deutschen Volkes und Reiches, aber niemand, weder vom Ausland noch vom Inland, hatte etwas Entscheidendes gegen die Machtübernahme unternommen. So gelang es Hitler, als Reichskanzler einer Koalitionsregierung in der Weimarer Republik beginnend, allmählich eine Diktatur aufzurichten, wobei er mit wechselnden Mitteln, der Entfaltung mitreißender Begeisterung oder einer rücksichtslosen Gewalt vorging.<<
Der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994) schrieb über Hitlers Machtergreifung am 30. Januar 1933 (x058/343-344): >>... Hitler wußte, was er brauchte, um Teilmacht zur totalen zu machen; den Reichskanzlerposten, die Innenministerien im Reich und in Preußen; das hätte ihm etwas früher genügt, wie es ihm etwas später genügte. So wird man auch das Verhalten der Sozialdemokraten im Januar 1933, ihre Weigerung, sich mit Schleicher zu verbünden, kaum noch als entscheidend ansehen können. Die Linke war damals verbraucht, war besiegt seit dem preußischen Staatsstreich ... Der Streit über die Frage, ob Hitler durch wenige Intriganten an die Macht gebracht worden sei oder durch das Volk, ist darum eigentlich gegenstandslos ...
Die Deutschen waren seit den 1890er Jahren ein Volk von Arbeitern und Angestellten. Alles andere war zahlenmäßig Minderheit, insbesondere die sogenannten "besitzenden Klassen" ...
Indem die Sozialdemokraten den Weimarer Staat nicht gestalteten, gestaltete ihn überhaupt niemand. Er wurde von Leuten regiert, die ihn nie gewünscht hatten, die nicht an ihn glaubten und auch, wenn sie wohl oder übel im Sattel saßen, nach anderen, vielleicht doch besseren Pferden hinüberschielten.
Man ist versucht zu sagen: das, was sich seit 1930 allmählich, dann, 1933, in wenigen Wochen auflöste, die "Republik", hat es überhaupt nicht gegeben. Merkwürdig ist nicht so sehr der Prozeß der Auflösung wie die Tatsache, daß so viele so lange nicht an ihn glauben konnten. ...<<
Der deutsche Historiker Karl Dietrich Bracher (1922-2016) schrieb später über Hitlers Machtübernahme (x058/347): >>... Hitler hat konsequent die pseudolegale Taktik verfolgt, nachdem

sein Putschversuch von 1923, wie schon der reaktionäre Kapp-Putsch von 1920 an der Abneigung gescheitert war, die gerade auch das obrigkeitsgläubige Bürger- und Beamtentum gegen offenen Staatsstreich und Revolution hegte.
Statt eines Putsches gegen die Republik nutzte Hitler die Möglichkeiten, die der Notstandsartikel der Weimarer Verfassung zur Beseitigung eben dieser Verfassung bot.
Der Weg über eine Präsidialdiktatur ist stets von konservativen Gegnern der parlamentarischen Demokratie propagiert und seit 1930 von dem autoritär-monarchistisch gesinnten Reichspräsidenten Feldmarschall Hindenburg gedeckt und gefördert worden. Er befreite schließlich die NSDAP aus dem Dilemma einer Minderheitspartei, die in freien Wahlen nie viel mehr als ein Drittel der Bevölkerung gewinnen konnte. Die Verkoppelung der Ausnahmegewalt mit dem Recht zur Auflösung des Reichstages und zur Ernennung des Reichskanzlers ermöglichte eine legale Diktatur des Reichspräsidenten; mit ihrer Hilfe und nicht als Führer einer Mehrheitsregierung ist Hitler an die Macht gelangt.<<
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Machtergreifung" (x051/367-368): >>Machtergreifung, im engeren Sinne die Übernahme der Regierungsgewalt im Deutschen Reich durch die NSDAP am 30.1.33, als deren Führer Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde; im weiteren, eigentlichen Sinne der Prozeß der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur und der Zerstörung der Demokratie in Deutschland 1933/34.
Der Machtergreifung vorausgegangen war die Auflösung der Weimarer Republik 1929-33: zunächst der Übergang vom parlamentarischen System zum Präsidialkabinett unter Brüning (Kanzler 30.3.30-30.5.32), dann der offen antidemokratische, auf die Errichtung eines autoritären Regimes zielende Kurs Papens (Kanzler 1.6.-17.11.32) und seine Politik der "Vorleistungen" für Hitler und die NSDAP (14.6. Aufhebung des Verbots von SA und SS, 20.7. Preußenschlag); der gleichzeitige Aufstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei (1928: zwölf Reichstagsmandate) zur stärksten politischen Kraft (Juli 32: 230 von 608 Reichstagsmandaten); schließlich am 3.12.32 die Ernennung des Generals Schleicher zum Reichskanzler.
Anders als Papen hatte Schleicher einen Plan zur Verhinderung einer Machtergreifung Hitlers, nämlich die Spaltung der NSDAP und die Bildung einer "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem linken, von Gregor Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP, die nach Stimmenverlusten bei den Wahlen vom 6.11. (nur noch 196 von 584 Sitzen) und durch hohe Schulden in eine Krise geraten war.
Doch es gelang Hitler, Strasser in der Parteiführung zu isolieren: Am 7.12. erklärte dieser seinen Rücktritt von sämtlichen Parteiämtern. An der Schwäche Strassers, aber auch am Widerstand von SPD und Gewerkschaften scheiterte Schleichers Plan.
Bei einem von Papen vermittelten Treffen Hitlers mit deutschen Industriellen im Haus des Bankiers K. von Schröder in Köln am 4.1.33 sicherten ihm diese vermutlich weitere finanzielle Unterstützung zu; hier wurden wohl auch schon Vereinbarungen über die Bildung einer Regierung Hitler/Papen getroffen.
Als letzte Möglichkeit der Verhinderung einer solchen Regierung schlug Schleicher am 23.1. dem Reichspräsidenten vor, den Reichstag erneut aufzulösen, seine Neuwahl auf unbestimmte Zeit zu verschieben, den Staatsnotstand zu erklären und NSDAP wie KPD zu verbieten. Hindenburg lehnte diesen "Diktaturplan" – wie schon einen ähnlichen Vorschlag Papens – ab; Schleicher trat daraufhin am 28.1. zurück.
Am 30.1. ernannte der bis zuletzt widerstrebende Hindenburg, gedrängt von Papen und seiner Umgebung, Hitler zum Reichskanzler einer Koalition aus NSDAP und DNVP. Papen wurde Vizekanzler, Hugenberg, der Vorsitzende der DNVP, Wirtschaftsminister.
Zwar hatten in diesem "Kabinett der nationalen Konzentration", in dem die Harzburger Front wiederaufzuleben schien, die bürgerlichen Minister die Mehrheit – die NSDAP war außer mit

Hitler nur durch Frick (Innenminister) und Göring (Minister ohne Geschäftsbereich) vertreten –, doch hatten Frick und Göring (zugleich kommissarischer preußischer Innenminister) innenpolitische Schlüsselstellungen inne.
Die Überzeugung der bürgerlichen "nationalen" Rechten, in der neuen Reichsregierung die Nationalsozialisten "gezähmt" und sie für eigene politische Ziele "engagiert" zu haben (Papen), erwies sich schon bald als Fiktion. ...<<

Der NS-Staatsstreich vom 23. März 1933

Hitler erklärte am 8. Februar 1933 vor leitenden Vertretern der deutschen Presse (x032/15): >>... In 10 Jahren wird es in Deutschland keinen Marxismus mehr geben.<<
Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.
Joseph Goebbels berichtete am 27. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>Nun ist der entscheidende Augenblick gekommen. Göring ganz groß in Fahrt. Der Führer verliert nicht einen Augenblick seine Ruhe. ...
Sofort verbietet Göring die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse. Die kommunistischen Funktionäre werden in der Nacht dingfest gemacht. Die SA wird alarmiert. ... Mitten in der Nacht noch erscheint Oberregierungsrat Diels vom preußischen Innenministerium und gibt mir eingehend Bericht über die bisherigen Maßnahmen. Die Verhaftungen sind reibungslos verlaufen. ...
Wenn Widerstand geleistet wird, dann Straße frei für die SA. ...<<
Mit Hilfe der "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Reichstagsbrandverordnung" (x051/486): >>Reichstagsbrandverordnung, am 28.2.33 unter der Bezeichnung "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" erlassene Notverordnung.
Vorausgegangen war ihr der Reichstagsbrand am 27.2., der von den Nationalsozialisten den Kommunisten zur Last gelegt wurde. "Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" (so die Präambel) setzte die Reichstagsbrandverordnung die in Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Weimarer Verfassung verbrieften Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung und des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses, der Meinungsfreiheit, der Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit und der Garantie des Privateigentums außer Kraft, gab der Reichsregierung das Recht, "zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" in den Ländern die Befugnisse der Landesregierung "vorübergehend wahrzunehmen", und verschärfte die Strafandrohungen für bestimmte Delikte, führte u.a. für Hochverrat und Brandstiftung die Todesstrafe ein.
Die Reichstagsbrandverordnung gab der von Hitler geführten Regierung eine scheinbar legale Grundlage zur Gleichschaltung der Länder und zur Verfolgung von tatsächlichen oder angeblichen Gegnern des Nationalsozialismus; allein 1933 kam es aufgrund der Reichstagsbrandverordnung zu 3.584 Strafverfahren mit 3.133 Verurteilungen. V.a. aber beseitigte die Reichstagsbrandverordnung wesentliche Elemente des Rechtsstaates und bildete so zusammen mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.33 die gesetzliche Grundlage der nationalsozialistischen Diktatur.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den "Artikel 48" (x051/40): >>Artikel 48 der Weimarer Verfassung, Bestimmung, nach der der Reichspräsident wesentliche Grundrechte, z.B. Versammlungs-, Meinungs- oder persönliche Freiheit, vorübergehend außer Kraft setzen konnte.
Notmaßnahmen aufgrund des auch "Diktaturparagraph" genannten Artikels 48 mußten auf mehrheitlichen Beschluß des Reichstages hin wieder aufgehoben werden. Das aber entschärfte den Artikel 48 nur unwesentlich, da der Reichspräsident wiederum nach Artikel 25 den Reichstag auflösen und so durch Notverordnungen zunächst weiter regieren lassen konnte.
Der Artikel 48 war seit 1930 nach Verlust koalitionsfähiger Mehrheiten Grundlage der Präsidialkabinette, die die Rechte des Reichstages aushöhlten und den Sturz der Republik einleiteten. Er stand auch hinter der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33, dem ersten Schritt zur Diktatur Hitlers.<<
Goebbels berichtete am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<
Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.
Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Die deutschen Reichtagswahlen von 1928-33 (x089/413):

Parteien	Mandate 1928	%	Mandate 1930	%	Mandate Juli 1932	%	Mandate November 1932	%	Mandate März 1933	%
NSDAP	12	2,6	107	18,3	230	37,3	196	33,1	288	43,9
DNVP	73	14,2	41	7,0	37	5,9	52	8,3	52	8,0
SPD	153	29,8	143	24,5	133	21,6	121	20,4	120	18,3
Zentrum	62	12,1	68	11,8	75	12,5	70	11,9	74	11,2
DVP (Liberale)	45	8,7	30	4,5	7	1,2	11	1,9	2	1,1
KPD	54	10,6	77	13,1	89	14,3	100	11,9	81	12,3
Sonstige	92	22,0	111	20,8	37	7,2	34	7,5	30	5,2
Gesamt	**491**		**577**		**608**		**584**		**647**	

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<
Seit dem 13. März 1933 kontrollierte, "säuberte" und dirigierte Josef Goebbels, NS-Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, sämtliche Informationsmedien (Presse, Buchwesen, Rundfunk, Film) und andere kulturelle Einrichtungen.
Goebbels schrieb später über die Aufgaben seines Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (x149/77): >>Es genügt nicht, die Menschen mit unserem Regiment mehr oder weniger auszusöhnen, sie zu bewegen, uns neutral gegenüber zu stehen, sondern wir wollen die Menschen so lange bearbeiten, bis sie uns verfallen sind. ...
Im Laufe der Zeit haben sich auf allen Gebieten, namentlich der Technik, revolutionäre Um-

wälzungen vollzogen. wir leben heute im Zeitalter des Rundfunks, der großen Massendemonstrationen; Massenaufmärsche von hundert-, zweihundert- oder dreihunderttausend Menschen sind für uns nichts Unerreichbares mehr. ...
Wir leben nun einmal in dem Zeitalter, wo Massen hinter einer Politik stehen müssen. ...<<
Am 17. März 1933 ließ Hitler zu seinem persönlichen Schutz die Leibstandarte SS Adolf Hitler (LAH) in Berlin aufstellen. Es handelte sich bei dieser bewaffneten Leibwache Hitlers um eine militärische Elitetruppe.
Am 20. März 1933 ließ Himmler in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager in Süddeutschland errichten.
Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.
Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<
Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmte das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr.
Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.
Hitler wußte, daß eine Zwangsherrschaft grundsätzlich nicht der Mentalität des deutschen Volkes entsprach und daß er unter "normalen Bedingungen" niemals demokratische Abstimmungen und Wahlen gewonnen hätte, deshalb mußten sofort alle möglichen Gegner des NS-Regimes beseitigt werden (Einrichtung von Konzentratrationslagern etc.).
Der "Völkische Beobachter berichtete am 24. März 1933 nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz (x023/27): >>Revolutionsstimmung herrschte im Reichstag, als der SPD-Führer Wels eine windelweiche Rede hielt, dabei aber noch die Dreistheit besaß, auch für die Sozialdemokratie Kampf um die deutsche Gleichberechtigung und Ehre in Anspruch zu nehmen.<<
Der Zentrums-Politiker Karl Bachem erklärte am 25. März 1933 (x243/45): >>Das Ermächtigungsgesetz ist also angenommen. ... Das Gesetz wäre selbst dann durchgegangen, wenn das Zentrum dagegen gestimmt oder ... sich enthalten hätte.
Hätte das Zentrum dagegen gestimmt, so wäre es wohl ... sofort zerschlagen worden, gerade wie die ... Sozialdemokratie. Alle Beamten, welche sich zum Zentrum bekennen, wären wohl sofort beseitigt worden. Im Reichstag (wären) ... die Zentrumsleute ... vielleicht sofort verprügelt und hinausgeschmissen worden, ... aber ohne, daß der katholischen Sache ... genützt worden wäre. ... Jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf ihre (die Politik der NSDAP) wäre von vornherein unmöglich geworden. ...<<
Hitler rief am 28. März 1933 alle NS-Parteiorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...
(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<
Goebbels berichtete am 30. März 1933 in seinem Tagebuch (x191/188): >>Der Rundfunk

muß der Regierung die fehlenden 49 % zusammentrommeln, und haben wir sie dann, muß der Rundfunk die 100 % halten, muß sie verteidigen, muß sie innerlich durchtränken mit den geistigen Inhalten unserer Zeit, daß niemand mehr ausbrechen kann.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Errichtung der totalitären NS-Diktatur (x051/-368): >>(Machtergreifung) ... Der 30.1.33, von der NSDAP als "nationale Erhebung" und Beginn der "nationalsozialistischen Revolution" gefeiert, war in Wirklichkeit erst der Anfang der Machtergreifung: In den folgenden Monaten wurde in Deutschland die Demokratie endgültig beseitigt und in mehreren Etappen eine totalitäre Diktatur errichtet:

1. Schon im Februar begann unter Leitung Görings und mit Hilfe von SA und SS (ab 11.2. in Preußen "Hilfspolizei") die Ersetzung demokratischer durch nationalsozialistische Beamte, abgesichert durch das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.

2. Der Reichstagsbrand am 27.2. lieferte den Vorwand zum Verbot der kommunistischen und z.T. auch der sozialdemokratischen Presse und für die Reichstagsbrandverordnung vom 28.2., die wichtige Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzte. Tatsächliche und angebliche Gegner des Nationalsozialismus wurden in "Schutzhaft" genommen. Dies und die gleichzeitige Errichtung der ersten KZ sowie der Boykott jüdischer Geschäfte am 1.4. markierten den Beginn des nationalsozialistischen Terrorsystems.

3. Schon am 1.2. war, aufgrund einer Vereinbarung bei Bildung der Regierung Hitler, der Reichstag aufgelöst worden. Obwohl der folgende Wahlkampf die Grundsätze einer freien Wahl verletzte (KPD faktisch verboten, Wahlwerbung insbesondere der SPD erheblich eingeschränkt), gewann die NSDAP "nur" 288 Sitze (von 647) und 43,9 %, so daß es zur absoluten Mehrheit nur zusätzlich mit der DNVP (52 Sitze) reichte. Am "Tag von Potsdam" am 21.3. wurde der neue Reichstag im Beisein des Reichspräsidenten feierlich und mit großem Pomp, der die Verbindung des alten (preußisch-monarchischen) mit dem neuen (nationalsozialistischen) Deutschland symbolisieren sollte, in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet.

4. Mit der Einsetzung von nationalsozialistischen Reichskommissaren als Leiter der Exekutive in den Ländern zwischen 5. und 10.3. begann deren Gleichschaltung. Das Deutsche Reich wurde Einheitsstaat.

5. Das Ermächtigungsgesetz vom 24.3. beseitigte endgültig den Rechtsstaat.

6. Am 2.5. wurden die Gewerkschaften verboten, am 10.5. Arbeitnehmer und -geber in der Deutschen Arbeitsfront zwangsvereinigt.

7. Im Juni und Juli 33 wurden die noch bestehenden Parteien verboten oder lösten sich unter nationalsozialistischem Druck auf; die Neubildung von Parteien verbot das Gesetz vom 14.7. Das Deutsche Reich war ein Einparteienstaat geworden, durch Gesetz "zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" am 1.12.33 legalisiert.

8. Das Reichskulturkammergesetz vom 22.9. und das Schriftleitergesetz vom 4.10. leiteten die kulturelle Gleichschaltung ein.

9. Schon vorher war auch die Reichsregierung faktisch gleichgeschaltet worden: Die nicht der NSDAP angehörenden Minister waren ausgeschieden und durch Nationalsozialisten ersetzt worden, als neues Ministerium kam das Propagandaministerium hinzu.

10. Unter dem Vorwand einer angeblichen Verschwörung der SA ließ Hitler zwischen 30.6. und 2.7.34 Röhm und weitere SA-Führer sowie andere Mißliebige ermorden und schaltete so die SA als selbständigen Machtfaktor aus (Röhm-Affäre). An ihrer Stelle wurde die SS zur wichtigsten Stütze des Regimes.

10. Nach dem Tod Hindenburgs am 2.8.34 wurden noch am gleichen Tag per Gesetz die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers in der Person Hitlers als dem "Führer und Reichskanzler" vereinigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur war abgeschlossen.<<

"Wilde SA- und SS-Lager" werden zu Konzentrationslagern (KZ)

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten.

Ein Zeitzeuge berichtete über die "Beschränkungen der persönlichen Freiheit" ab März 1933 (x191/59-60): >>In diesen Märztagen entstanden die Konzentrationslager ...

Nach den Berichten von Beamten und Freunden trat die SA mit eigenen "Vernehmungsstellen" in Berlin selbst in eine grauenvolle Tätigkeit ein. In den einzelnen Stadtteilen entstanden "Privatgefängnisse". – Dort waren die Fußböden einiger leerer Zimmer, in denen sich die Folterknechte betätigten, mit einer Strohschütte bedeckt worden.

Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gepreßt worden, um ihnen "Geständnisse" zu erpressen.

Die "Vernehmungen" hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen.

... Es gab kein Stöhnen und Klagen mehr, nur starres Warten auf das Ende oder auf neue Prügel.<<

Die "Schwarzwälder Kreiszeitung" berichtete am 4. April 1933 über das Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Großzügig angelegtes Militärlager - Das größte Konzentrationslager in Deutschland – Wundervolle Hanglage – Zur Zeit 1.750 Internierte und 450 Mann Bewachung – Gute Verpflegung und Behandlung – Hinter Stacheldraht – Nichts arbeiten den ganzen Tag ...

Absonderung der "Allerärgsten". Die Rädelsführer, die ganz Schlimmen, sind in einem besonderen Hause untergebracht. ...<<

Ein internierter Stadtrat berichtete später über die realen Zustände im Konzentrationslager Heuberg (x243/47): >>... Im (Strafbau stellte man sie) an die Wand – Nase und Fußspitzen mußten die Wand berühren -, bis die Leute rückwärts auf die scharfkantigen Steinbrocken fielen, die hinter ihnen aufgeschichtet waren. Das ... wurde so lange fortgesetzt, bis der Häftling liegen blieb. Darauf wurde er unter Knüppelschlägen weggeschleift. ...

Mein Freund, Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, ... sagte zu mir: "Ich kann nicht mehr, ich nehme mir das Leben!"

Bald nach seiner Entlassung starb er. ... Er war in den wenigen Wochen seiner KZ-Haft ruiniert worden. ...

Als ich entlassen wurde, mußte ich mich verpflichten, draußen kein Wort über meine Internierung zu sprechen, andernfalls hätte ich mit verschärfter Haft zu rechnen.<<

Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung". Von 1938-44 entstanden im NS-Reich z.B. folgende Konzentrationslager "erster Ordnung": Stutthof (bei Danzig), Neuengamme (bei Hamburg), Ravensbrück (bei Fürstenberg/Havel, ein Frauenlager), Bergen-Belsen (bei Fallingbostel, Landkreis Celle), Buchenwald (bei Weimar), Groß-Rosen (Niederschlesien), Flossenbürg (Landkreis Neustadt/Waldnaab), Natzweiler (im Elsaß), Dachau (bei München), Mauthausen (bei Linz), Woltersdorf (bei Wien).

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/-580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

Ein Schüler, der mit seiner Klasse das neuerrichtete KZ Buchenwald besichtigen durfte, be-

richtete später (x191/62-63): >>Unter den Eingesperrten hatte ich einen Weimarer Pfarrer erkannt, er hatte völlig zerfetzte Kleider an, war kahl geschoren und hatte hohle Wangen. Er trug Holzpantinen an den Füßen.
Ich wußte nicht, was ich sagen sollte. Wenige Monate vorher hatte er noch in Weimar auf den Stufen des Thüringischen Landesmuseums gestanden, auf denen nach seiner Idee eine riesiger "Christbaum für alle" errichtet worden war. ...
Die Weimarer liebten ihn sehr wegen seiner seelsorgerischen Arbeit, er hatte Nähstuben für alte Frauen und Wärmestuben für Arbeitslose eröffnet und Weihnachten Hunderte von Gabenpaketen an Notleidende verteilt. ...
Als ich zu Hause von meiner stummen Begegnung berichtete, nannte Vater mir den Grund für seinen Aufenthalt im Konzentrationslager:
Der Pfarrer hatte nicht zugeben wollen, daß seine Liebestätigkeit von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt abgelöst wurde. ...
Der "Christbaum für alle" mußte heimlich und bei Nacht aufgestellt werden. Am Weihnachtstag selbst getraute sich niemand, diesen Baum zu entfernen, aber nach der Mitternachtsmette und nachdem sich die Menschen zerstreut hatten, waren zwei Schwarzuniformierte erschienen, hatten den Pfarrer in ein Auto gepackt und nach Buchenwald eingeliefert.<<
Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über die "Schutzhaft" des NS-Regimes (x051/525-527): >>Schutzhaft, vor dem Ersten Weltkrieg geschaffene Institution zur polizeilichen Verwahrung von Personen.
In Preußen stützte man sich bei der Verhängung von Schutzhaft zunächst auf das Allgemeine Landrecht (Artikel 10 II 17). Eine weitere Regelung erfolgte in Preußen durch das Polizeiverwaltungsgesetz vom 1.7.31. Danach konnten Personen in polizeiliche Verwahrung genommen werden, wenn das zu ihrem Schutz oder zur Beseitigung einer bereits aufgetretenen Störung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung oder zur Abwehr einer unmittelbar bevorstehenden polizeilichen Gefahr erforderlich und die Beseitigung der Störung und die Abwehr der Gefahr auf andere Weise nicht möglich war. Allerdings mußten die Häftlinge dann spätestens im Lauf des folgenden Tages entlassen werden (Ausnahme: gemeingefährliche Geisteskranke).
Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Möglichkeit der Inschutzhaftnahme bedeutend erweitert: Die "Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4.2.33 (RGBl. I, S. 35) gab der Polizei die Befugnis einer längeren Inhaftierung ohne richterlichen Haftbefehl. Der Verhaftete konnte jedoch - neben der Dienstaufsichtsbeschwerde - den Amtsrichter des Vollstreckungsbezirkes anrufen. Außerdem setzte die Haft die Begehung strafbarer Handlungen (unbefugtes Führen von Waffen u.a.) voraus und war auf längstens drei Monate begrenzt.
Die Verordnung verlor ihre Bedeutung mit dem Erlaß der Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.33. Nach ihr war die Inhaftierung zeitlich unbegrenzt möglich und dem Verhafteten standen gegen sie keinerlei Rechtsbehelfe mehr zur Verfügung.
Ursprünglich richtete sie sich gegen kommunistische Bestrebungen im weitesten Sinn, worunter aber schließlich alles verstanden wurde, was dem Regime mißfiel. So wurden z.B. auch lästige evangelische und katholische Geistliche, Zentrumsangehörige, Sozialisten, Gewerkschaftler, Zeitungsverleger, Journalisten, Alkoholiker, Asoziale, Arbeitsscheue, Unterhaltspflichtverletzer, "unsoziale" Fabrikanten oder Angehörige von flüchtigen Regimegegnern (Sippenhaft) nach dieser Verordnung eingesperrt. Der Haftgrund des Schutzes der eigenen Person des Häftlings - etwa gegen die "Empörung" der Bevölkerung - spielte dagegen in der Praxis eine untergeordnete Rolle.
Die Schutzhaftgefangenen wurden anfangs in Polizeigefängnissen und Strafanstalten untergebracht, und da diese bald völlig überfüllt waren, in alten Fabriken oder anderen Haftlagern, den frühen Konzentrationslagern, die fast alle 1933-35 wieder aufgelöst wurden, festgehalten.

Eine letzte große Verhaftungswelle ging nach der sogenannten Röhm-Affäre (30.6.34) durch Deutschland. Danach übernahm die SS auch die Kontrolle der meisten bis dahin von SA-Hilfspolizisten bewachten Lager.
1933 wurden u.a. folgende Zahlen von Schutzhaftgefangenen in der Presse veröffentlicht: Bis April in Bayern etwa 5.400 Personen und im ganzen Reich etwa 16.000 Personen, bis Oktober in Preußen etwa 15.000 Personen. Dabei muß jedoch einmal berücksichtigt werden, daß aus Propagandagründen wahrscheinlich herabgesetzte Zahlen bekannt gegeben wurden, zum anderen dürften - wie in Nachkriegsurteilen festgestellt - die Innenministerien bei den zahlreichen Verhaftungen, die von allen möglichen Partei- und Polizeidienststellen vorgenommen wurden, kaum zutreffende Berichte über die Häftlingszahlen erhalten haben.
Unmittelbar nach der Machtübernahme und nach der Reichstagsbrandverordnung kam es darüber hinaus in zahlreichen Fällen zu völlig willkürlichen und eigenmächtigen Verhaftungen (etwa durch SA- und SS-Männer, die sich an politischen Gegnern rächen wollten), bei denen die Verhafteten teilweise in schnell improvisierte sogenannte "wilde" KZ (alte Feldscheunen, Schuppen, leerstehende Hallen, Hinterzimmer u.a.) gebracht und dort oft schwer mißhandelt oder sogar getötet wurden.
Frühe KZ zur Vollstreckung von Schutzhaft waren: Ahrensbök (Schleswig-Holstein), Ankenbuck (Baden), Augustusburg (Sachsen), Bad Sulza (Thüringen), Benninghausen (Kreis Lippstadt), Bornim bei Potsdam, Brandenburg an der Havel, Brauweiler bei Köln, Breitenau (Hessen-Nassau), Bremen-Ochtumsand (auf einem Schiff), Bremerhaven ("Langlütjen"), Breslau-Dürrgoy, Chemnitz und Colditz (Außenkommandos von Sachsenburg), Columbia-Haus in Berlin (erst 5.11.36 aufgelöst), Dresden (Gefängnis), Dresden-Drachenberge (zu Sachsenburg), Fuhlsbüttel (Hamburg), Gollnow (Pommern), Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd, Hainewalde (Sachsen), Hainichen (Sachsen), Hammerstein (Posen-Westpreußen), Heuberg bei Stetten am Kalten Markt (Württemberg), Hohenstein (Sachsen), Kemna, Kislau (Baden), Königstein (Sachsen), Leipzig (Frauen-KZ im St.-Georg-Krankenhaus), Leschwitz bei Görlitz, Lichtenburg, Moringen (Kreis Northeim), Oranienburg, Osthofen bei Worms, Quedenau (Ostpreußen), Reichenbach (Vogtland), Roßlau (Anhalt), Sachsenburg (erst Sommer 37 aufgelöst), Sonnenburg (Neumark), Stettin-Bredow, Taufkirchen (Bayern), Ulm-Kuhberg und Garnisons-Arresthaus, Werden (Rheinprovinz), Wittmoor (Hamburg), Zschochau (Sachsen), Zwickau (Sachsen).<<
Der deutsche Historiker Martin Broszat berichtete später über die Kenzeichnung der verschiedenen KZ-Häftlingsgruppen (x129/67): >>Die verschiedenen Häftlingskategorien wurden in den Lagern besonders gekennzeichnet. Das schon in den Jahren vor dem Krieg eingeführte einheitliche Schema bestand darin, daß das Stoffdreieck, das jedem Gefangenen auf die Häftlingskleidung aufgenäht wurde, je nach Häftlingskategorie in verschiedenen Farben angefertigt wurde: für politische Gefangene (rot), Bibelforscher (lila), Asoziale (schwarz), Kriminelle (grün), Homosexuelle (rosa) und für Emigranten (blau).
Jüdische Häftlinge mußten zusätzlich zu dem Farbdreieck ein gelbes Dreieck tragen, das so auf das Farbdreieck aufgenäht wurde, daß sich ein sechseckiger Zionsstern ergab. Ein zusätzliches Kennzeichen in Gestalt eines Querbalkens über dem Dreieck wurde für sogenannte rückfällige Häftlinge eingeführt. ...<<
Der deutsche Staatsanwalt Willy Dreßen schrieb später über die "Konzentrationslager" (KZ) des NS-Regimes in den Jahren 1933-1938 (x051/325-326): >>Konzentrationslager. Die ersten KZ gab es im Burenkrieg (1901); sogenannte concentration camps wurden von den Engländern als Internierungslager für Zivilgefangene eingerichtet.
Im nationalsozialistischen Deutschland dienten sie seit 1933 zur Inhaftierung und Umerziehung aller "mißliebigen Elemente" (wie Kommunisten, Sozialisten, Zentrumsangehörige, Geistliche u.a.) und zur Zwangsarbeit.

Entstanden sind die KZ im Zuge der Verhaftungswelle nach der Machtübernahme 1933, die dazu führte, daß die Gefängnisse in kurzer Zeit völlig überfüllt waren und zusätzlicher Haftraum benötigt wurde. Die wesentliche Rechtsgrundlage für die Inhaftierung bildete die Reichstagsbrandverordnung. Die Haft wurde als vorbeugende Polizeimaßnahme bzw. Schutzhaft gegenüber staatsfeindlichen Elementen bezeichnet. Rechtsbehelfe gegen sie waren nicht zugelassen.
Die ersten KZ wurden teils von staatlichen Stellen (Polizeibehörden u.a.), teils aber auch eigenmächtig von SA und SS in leerstehenden Fabriken, Lagerhallen u.a. eingerichtet. Diese "wilden" KZ (Schutzhaft) verschwanden in der Folgezeit nach und nach, die Leitung und Bewachung der anderen Lager blieb in den Händen der vom Staat als Hilfspolizei eingesetzten SA und SS und ging nach der Röhm-Affäre (30.6.34) allein auf die SS über.
Das Modell für alle KZ wurde Dachau, dessen Lagerkommandant Eicke, der am 4.7.34 zum "Inspekteur der KZ" ernannt wurde, am 1.10.33 eine Lagerordnung erlassen hatte, die bei der Einrichtung der anderen Lager als Muster diente.
Ein KZ hatte danach jeweils fünf Abteilungen, nämlich Kommandantur (I), politische Abteilung (II), Schutzhaftlager (III), Verwaltung (IV) und Lagerarzt (V). Die politische Abteilung (II) war praktisch ein Außenposten der jeweiligen örtlichen Gestapo mit einem Gestapobeamten als Leiter. Sie führte Vernehmungen durch und war für die Häftlingskartei, die Häftlingsakten u.a. zuständig.
Der Schutzhaftlagerführer (bei großen Lagern gab es neben dem ersten einen zweiten Schutzhaftlagerführer) war auch Vertreter des Kommandanten. Ihm unterstanden der oder die Rapportführer, diesem die Blockführer. Ferner unterstanden ihm der Arbeitseinsatzführer und die Kommandoführer. Im Schutzhaftlager (III) waren die Häftlinge untergebracht.
Die Disziplin der SS-Angehörigen in den Lagern war meist schlecht. Selbst schwere Bestrafungen (Todesstrafen) durch SS-Gerichte änderten daran nichts Grundlegendes.
Parallel zur SS-Organisation wurde später eine Häftlingsselbstverwaltung eingerichtet, an deren Spitze der oder die Lagerältesten standen, gefolgt von den Blockältesten der einzelnen Baracken und dem Stubendienst. Funktionshäftlinge (Schreiber, Häftlingsärzte, Leichenträger u.a.) waren mit den verschiedensten Arbeiten im Lager betraut. In den Arbeitskommandos waren sie als Kapos und Vorarbeiter eingesetzt. Meist waren es Kriminelle oder politische Häftlinge, zwischen denen ein ständiger offener oder versteckter Kampf um die besten Positionen im Lager stattfand.
Neben dem SS-Personal des Lagers selbst gab es zur Außenbewachung des Lagers SS-Wachtruppen, "SS-Wachverbände", später Totenkopfverbände genannt.
Während zunächst in den KZ nur politische Schutzhäftlinge inhaftiert waren, ging man später – u.a. zur Diskriminierung der politischen Gefangenen – dazu über, entsprechend dem Erlaß des Reichsjustizministeriums vom 14.12.37 sogenannte "Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, Asoziale" u.a., die als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge bezeichnet wurden, in die Lager einzuweisen. Zusammen mit den Juden und "Zigeunern", den Homosexuellen und den Ernsten Bibelforschern (Zeugen Jehovas), den sogenannten Arbeitsscheuen (Himmler-Erlaß vom 26.1.38) und Personen, die ihre gerichtlich verhängten Strafen bereits verbüßt hatten oder die angeblich zu Unrecht freigesprochen worden waren, waren damit schon frühzeitig verschiedene Kategorien von Häftlingen in den KZ inhaftiert.
Nach Kriegsausbruch wurden dann zunehmend ausländische Häftlinge aus den deutsch besetzten Gebieten – z.B. NN-Häftlinge (Nacht-und-Nebel-Erlaß) – in die Lager gebracht. Sie stellten schließlich das Gros der Gefangenen.
Die verschiedenen Arten von Häftlingen wurden durch auf dem Kopf stehende Dreiecke (sogenannte Winkel) aus farbigem Stoff auf der Kleidung gekennzeichnet; die kriminellen Häftlinge hatten grüne, die politischen rote, die Asozialen schwarze, die Homosexuellen rosa und

die Bibelforscher violette Winkel. Die jüdischen Häftlinge waren daran zu erkennen, daß über dem jeweiligen Winkel ein gelbes Dreieck so aufgenäht wurde, daß sich insgesamt ein Davidstern ergab, während ausländische Häftlinge dadurch kenntlich gemacht wurden, daß der Anfangsbuchstabe ihrer jeweiligen Nationalität auf dem Winkel angebracht wurde. Bereits einmal Geflohene oder Fluchtverdächtige waren durch einen großen roten oder schwarzen sogenannten Fluchtpunkt auf Brust und Rücken besonders gekennzeichnet.
Da in den Lagern ein riesiges Reservoir an Zwangsarbeitern zur Verfügung stand, begann die SS eigene Wirtschaftsbetriebe zu gründen und errichtete im Februar 42 das Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamt (WVHA) unter Leitung des späteren SS-Obergruppenführers Oswald Pohl, dem die Dienststelle des Inspekteurs der KZ unter der Bezeichnung "Amtsgruppe D" eingegliedert wurde.
Mit zunehmender Kriegsdauer machten die ständigen Bombardierungen die Verlagerung großer Teile der Rüstungsproduktion unter die Erde erforderlich, wodurch immer mehr Häftlinge und Zwangsarbeiter benötigt wurden. Die kleine Gruppe der KZ, die 1939 bestanden hatte – Dachau, Flossenbürg, Sachsenhausen, Buchenwald, Mauthausen und das Frauenlager Ravensbrück mit insgesamt 21.400 Häftlingen –, wuchs zu einem weit verzweigten System an, das auch die besetzten Länder einschloß. Überall dort, wo die Industrie Arbeitskräfte brauchte, wurden Außenkommandos (Nebenlager) eingerichtet. Die Zahl der Häftlinge in Buchenwald z.B. vergrößerte sich dadurch auf fast 525.000 im August 44 und betrug Anfang 45 schließlich über 600.000 Menschen.
Das Interesse des WVHA an der Ausnutzung der Arbeitskraft stand in gewisser Weise dem Interesse des RSHA auf Ausschaltung bzw. Umerziehung der politischen Gegner entgegen. Für die Häftlinge brachte die Unterstellung der KZ unter das WVHA jedoch kaum Vorteile. Nach einem Befehl Pohls vom April 42 sollte die Ausnutzung der Arbeitskräfte "im wahrsten Sinne des Wortes erschöpfend" gestaltet und Mahlzeiten, Appelle u.a. auf ein nicht mehr zu verdichtendes Mindestmaß beschränkt werden.
Seit September 42 wurden auch bestimmte Justizgefangene (Sicherungsverwahrte u.a.; Deutsche, Juden, Zigeuner, Russen, Polen u.a.) nach einer Vereinbarung zwischen Thierack und Himmler "zur Vernichtung durch Arbeit" in die KZ eingewiesen. Zudem wurden in den Lagern regelmäßig alle nicht mehr arbeitsfähigen Häftlinge ("Muselmänner") ausgesondert und in Tötungsanstalten der Euthanasie-Aktion oder Vernichtungslager transportiert und dort getötet. In vielen Fällen wurden sie auch in den Lagern selbst durch Giftinjektionen ermordet.
Die Häftlinge waren in den Lagern bedingungslos der Gewalt der SS und der Gestapo ausgeliefert. Nach der Eicke'schen Lagerordnung (Dachau) war die Verhängung von Strafen, Prügelstrafe, Pfahlhängen u.a. bis hin zur Todesstrafe, die allerdings – z.B. bei Fluchtversuchen – in der Regel vom RSHA angeordnet wurde, Sache des jeweiligen Lagerkommandanten. Eigenmächtige Tötungen und Mißhandlungen von Häftlingen waren ausdrücklich verboten. Es war den SS-Angehörigen sogar untersagt, Häftlinge zu berühren.
Trotz dieses eindeutigen Verbotes waren Häftlingsmißhandlungen und -tötungen (Erschlagen, Erhängen, Ertränken, zu Tode foltern u.a.) etwas Alltägliches. Neben den SS-Angehörigen waren an ihnen auch Funktionshäftlinge, namentlich die Kapos, beteiligt. Die Täter gingen regelmäßig straffrei aus. Von der Inspektion der KZ wurde diese Praxis geduldet.
Im übrigen waren die Lebensverhältnisse, was Hygiene, Kleidung, Verpflegung und ärztliche Versorgung anging, durchweg vollständig unzureichend und unmenschlich. Meist waren die Häftlinge in zugigen Holzbaracken, in denen sich dreistöckige, primitive Etagenbetten befanden, untergebracht. In jedem Bett schliefen bis zu drei Häftlinge, denen oft nur eine einzige Decke zur Verfügung stand, auf Strohsäcken als Unterlage und manchmal sogar auf dem blanken Holz der Bettstatt. Die Kleidung bestand im allgemeinen – auch im Winter – nur aus dem dünnen, gestreiften Häftlingsanzug, der zudem sehr selten gewaschen wurde. Als Verpflegung

gab es neben geringen Brotrationen v.a. Rüben- und Wassersuppen.
Zusammen mit den schlechten sanitären Verhältnissen, die immer wieder Seuchen hervorriefen, und mit den unmenschlichen Arbeitsverhältnissen führte das zu einer außerordentlich hohen Sterblichkeit, die auch durch die Aufforderung des WVHA (Schreiben Pohls vom 20.1.43), mit allen Mitteln die Arbeitskraft der Häftlinge zu erhalten, nicht gebremst werden konnte.
Darüber hinaus wurden Häftlinge auch zu zahlreichen medizinischen Menschenversuchen benutzt, die manchmal terminal angelegt waren, d.h. es stand von vornherein fest, daß die Versuchspersonen dabei zu Tode kommen würden.
Im Rahmen der Endlösung wurden einzelne Lager zur Tötung mittels Giftgas und zur Sonderbehandlung, d.h. Exekution "staatsfeindlicher Elemente" und russischer Kriegsgefangener (nach dem Kommissarbefehl vom 6.6.41), benutzt.
Kurz vor Kriegsende wurden die meisten KZ ins Innere des Reiches evakuiert. Im Chaos des Zusammenbruchs kamen dabei zahllose entkräftete Häftlinge in zum Teil offenen Gütertransportzügen ums Leben oder wurden – wenn sie auf Fußmärschen das Marschtempo nicht durchhalten konnten – von ihren Bewachern am Straßenrand erschossen. Viele starben in den total überfüllten Auffanglagern (nach Schätzungen insgesamt etwa ein Drittel der im Januar 45 registrierten Häftlinge).<<

NS-Polizei- und Terrorstaat
Seit April 1933 führte der SS-Staat unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten ("Nacht- und Nebelaktionen"). Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner) fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.
Im Jahre 1933 ließ die NS-Justiz schon 75 % aller Todesurteile vollstrecken, während man 1932 keinen der 77 Todeskandidaten hingerichtet hatte (x074/1.103).
Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<
Am 4. Juli 1934 wurde Theodor Eicke (1892 in Elsaß-Lothringen geboren) für "seine persönlichen Dienste" bei der Röhm-Affäre zum "Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände" (SS-Totenkopfeinheiten) ernannt.
Für Eicke gab es damals grundsätzlich nur 2 Dinge, die Gültigkeit hatten: "BEFEHL und BEDINGUNGSLOSER GEHORSAM". Alle Angehörigen der SS-Wachmannschaften mußten sich total unterordnen und jeden Befehl (spezielle grausame Foltermethoden und Strafen etc.) bedingungslos ausführen (x030/79).
SS-Gruppenführer Theodor Eicke (1892-1943, seit Mitte 1934 Inspekteur der Konzentrationslager und Leiter der Wachverbände bzw. später SS-Totenkopfverbände) unterzeichnete am 1. August 1934 folgende interne Lagerordnung für das Konzentrationslager Esterwegen (x050/-154-156): >>... **Zweck**
Es bleibt jedem Schutzhaftgefangenen überlassen, darüber nachzudenken, warum er in das Konzentrationslager gekommen ist. Hier wird ihm Gelegenheit geboten, seine innere Einstellung gegen Volk und Vaterland zugunsten unserer Volksgemeinschaft auf nationalsozialistischer Grundlage zu ändern, oder, wenn es der einzelne für wertvoll hält, für die schmutzige 2. oder 3. Judeninternationale eines Marx oder Lenin zu sterben.
Zucht und Ordnung
Ohne Rücksicht auf Herkommen, Stand und Beruf befinden sich die Gefangenen ausnahmslos in einem untergeordneten Verhältnis. Ob alt, ob jung, hat sich jeder an militärische Zucht und Ordnung vom ersten Tage an zu gewöhnen. Alle SS-Männer, bis zum Kommandanten des

Konzentrationslagers sind Vorgesetzte der Gefangenen; ihren Befehlen ist unverzüglich und ohne Widerrede Folge zu leisten.

Ehrenbezeugung

Zur Förderung der Manneszucht sind die Gefangenen gezwungen, vor allen SS-Angehörigen militärische Ehrenbezeugung zu erweisen. Wird ein Gefangener von einem SS-Mann angesprochen, so hat er militärische Haltung anzunehmen. ...

Werden Gefangenen-Unterkünfte durch einen Vorgesetzten betreten, dann hat der nächststehende Gefangene durch den Ruf "Achtung" darauf aufmerksam zu machen. Der Stubenälteste meldet die Belegstärke; die Belegschaft hat Haltung anzunehmen. ...

Pflicht zur Arbeit

Die Gefangenen sind ausnahmslos zur körperlichen Arbeit verpflichtet. Stand, Beruf und Herkommen bleiben außer Betracht. Wer die Arbeit verweigert, sich vor ihr drückt oder zum Zwecke des Nichtstuns körperliche Gebrechen oder Krankheit vorschützt, gilt als unverbesserlich und wird zur Verantwortung gezogen.

Die Arbeitzeit im ganzen Lager bestimmt ausschließlich der Lagerkommandant. Beginn und Ende der Arbeit werden durch Hornsignale oder durch die Werkstattglocke bekanntgegeben. ...

Verhalten im Lager

Johlen, Schreien und überlautes Rufen ist im Lager untersagt. ... Zusammenrottungen in der Nähe der Drahthindernisse an der Lattengrenze sind verboten. Wird dieses Verbot nicht beachtet, dann wird scharf geschossen. Befehle der Lagerposten sind unverzüglich zu vollziehen; einem Befehl kann, wenn erforderlich, mit der Waffe Nachdruck verliehen werden.

Lagerarzt

Der Lagerarzt ist nur für Kranke, aber nicht für Arbeitsscheue da. Gefangene, welche sich durch eine grundlose oder zimperliche Krankmeldung von der Arbeit zu drücken versuchen, werden der Abteilung "Strafarbeit" zugeteilt. ...

Aufwiegler

Wer im Lager, an der Arbeitsstelle, in den Unterkünften und auf Ruheplätzen politisiert, aufreizende Reden hält ... wird als Aufwiegler behandelt.

Gemeingefährlich

Wer einem Posten Geschenke anbietet, zu bestechen sucht, in seiner Gegenwart den Marxismus oder eine andere Novemberpartei verherrlicht, abfällige Bemerkungen über den nationalsozialistischen Volksstaat und seine Regierung macht, sich widerspenstig zeigt, einem fremden Lagerbesucher heimlich Mitteilung über das Lager und seine Insassen macht, Briefe, Zettel, Lichtbilder und Kleidungsstücke zusteckt, im Lager verbotene Gegenstände, Kleidungsstücke, Mützen, Zigarettendosen, die sich als Verstecke eignen, herstellt, empfängt, weitergibt, verschickt, wird als gemeingefährlich behandelt.

Strafen

Verbrechen, Vergehen und Übertretungen werden nach der Disziplinar- und Strafverordnung für Schutzhaftgefangene geahndet. ...<<

Die "SS-Wachverbände" wurden am 29. März 1936 in "SS-Totenkopfverbände" (Kennzeichen: Totenschädel über 2 gekreuzten Knochen) umbenannt. Die SS-Totenkopfverbände, die damals über etwa 3.500 Mann verfügten, wurden zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt. Einheiten dieser SS-Totenkopfverbände setzte Himmler ab 1941 mit den SD-Sondereinsatzgruppen auch bei den sog. "Sondereinsätzen" hinter den deutschen Kampffronten ein.

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei.

Gemäß Erlaß vom 25. Januar 1938 wurden die NS-Schutzhaftrichtlinien ergänzt (x032/418):
>>... § 1 Die Schutzhaft kann als Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen gegen Personen angeordnet werden, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden. ...<<
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.
Die Gestapo erhielt später auch den Auftrag, alle Juden, Zigeuner, Homosexuelle, Freimaurer und andere "Volksschädlinge" aufzuspüren und zu inhaftieren.
Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Verwirklichung der NS-Pläne (x051/406):
>>(Nationalsozialismus) ... Was den Nationalsozialismus aber v.a. vom übrigen europäischen Faschismus (auch vom italienischen) unterscheidet, ist die geradezu brutale Folgerichtigkeit, mit der er von 1933 an sein politisches Programm (mit Ausnahme des Antikapitalismus) verwirklichte:
1) Die völlige Zerstörung der parlamentarischen Demokratie, die Beseitigung des Rechtsstaates und der Aufbau einer totalitären Diktatur, d.h. eines nach dem Führerprinzip gestalteten Einparteienstaates der NSDAP mit dem "Führer und Reichskanzler" Hitler an der Spitze, war schon Mitte 34 im Wesentlichen abgeschlossen (Gleichschaltung).
Fast alle Deutschen waren in der NSDAP (1935 rund 2,5 Millionen Mitglieder) und/oder in den ihr angeschlossenen Verbänden total erfaßt, durch die Organe der Staatssicherheit (insbesondere den Sicherheitsdienst der SS) einer fast lückenlosen politischen Kontrolle unterworfen und völlig auf die politischen Ziele des nationalsozialistischen Regimes ausgerichtet.
Die Gegner des Nationalsozialismus waren zum Großteil ins Ausland geflohen, inhaftiert (schon Ende Februar 33 Errichtung der ersten Konzentrationslager) oder getötet, die innerparteilichen Konkurrenten Hitlers, v.a. die in der SA (Röhm-Affäre), ausgeschaltet worden.
Durch die Propaganda der jetzt staatlich gelenkten Medien (Presse, Rundfunk), die ständigen Massenveranstaltungen der NSDAP und ihrer Verbände und die v.a. auf den jährlich in Nürnberg stattfindenden Reichsparteitagen entfalteten Rituale und schließlich auch durch gelenkte Volksabstimmungen, mit denen Hitler und seine Regierung wichtige politische Maßnahmen scheindemokratisch legitimieren ließen, wurde die Fiktion einer unter der Führung Hitlers geeinten "Volksgemeinschaft" ständig neu erzeugt und aufrechterhalten. –
2) Die Judenverfolgung mündete in den Völkermord der Endlösung. Ein ähnliches Schicksal erlitten andere "rassisch minderwertige" Bevölkerungsgruppen, so die "Zigeuner" und die geistig Behinderten (Euthanasie). –
3) Der Vorbereitung eines Angriffskrieges zur "Eroberung neuen Lebensraumes im Osten und dessen rücksichtsloser Germanisierung" (Hitler am 3.2.33 vor Reichswehrgenerälen) dienten die bereits Ende 33 begonnene, zunächst geheime Aufrüstung, der Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund und der internationalen Abrüstungskonferenz (Oktober 33) sowie – unter Bruch des Versailler Vertrages – die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (März 35) und die Rheinlandbesetzung (März 36). Am 5.11.37 gab Hitler vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht seine Absicht, einen Angriffskrieg zu entfesseln, offen zu Protokoll (Hoßbach-Niederschrift) und entlarvte damit seine wiederholten öffentlichen Friedensbeteuerungen als Lüge. Am 1.9.39 begann mit dem Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. –
4) Schon vor Kriegsbeginn hatte das nationalsozialistische Deutschland wesentliche Teile des

Versailler Vertrages "revidiert", war durch die Rückgliederung des Saarlandes (Januar 35), den Anschluß Österreichs (März 38) und des Sudetenlandes (Oktober 38) ans Deutsche Reich dem Ziel der Schaffung eines "großdeutschen" Staates nahe gekommen; durch die faktische Angliederung der zum Protektorat Böhmen und Mähren ernannten sogenannten Resttschechei (März 39) war dieser über die Grenzen der deutschen Nationalität hinaus ausgeweitet, nach der Eroberung des westlichen Polens (Oktober 39) die Bildung des Großdeutschen Reiches abgeschlossen.
Der vom Nationalsozialismus entfesselte Weltkrieg endete mit der völligen Niederlage Deutschlands und der Bedingungslosen Kapitulation seiner Truppen am 7./8.5.45. Deutschland wurde von den Alliierten besetzt, die NSDAP mitsamt ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden durch das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10.10.45 verboten und aufgelöst; ihre Mitglieder (1945 rund 8,5 Millionen) und Sympathisanten wurden einem Entnazifizierungsverfahren unterzogen, die nationalsozialistischen Kriegsverbrecher angeklagt und verurteilt (Nürnberger Prozesse).
Mit Ausnahme der tatsächlich fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums hat so Hitler keines seiner politischen Ziele erreicht. Die bis heute nachwirkenden Ergebnisse und Folgen des Nationalsozialismus sind vielmehr das Ende eines gesamtdeutschen Staates, der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, die Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas und die Teilung Europas in ein kommunistisch regiertes Ost- und ein demokratisches Westeuropa.
Im Neonazismus lebte der Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre weiter und seit Ende der 70er Jahre wieder auf, bisher freilich ohne wesentliche politische Bedeutung.<<

NS-Gleichschaltung
Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten (gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums).
Die NSDAP übernahm am 10. April 1933 sämtliche Beamtenverbände und ernannte den 1. Mai per Gesetz zum "Feiertag der nationalen Arbeit".
Joseph Goebbels berichtete am 10. April 1933 (x032/43): >>Von da an beginnt dann die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften. Wir werden nicht eher Ruhe bekommen, bis sie restlos in unserer Hand sind.<<
In Berlin wurde am 26. April 1933 das Geheime Staatspolizeiamt ("Gestapa bzw. Gestapo") gegründet.
Hans von Tschammer und Osten (1887-1943) wurde am 28. April 1933 zum NS-Reichssportkommissar ernannt, um alle deutschen Sportvereine gleichzuschalten.
Bernhard Rust (1883-1945) wurde am 30. April 1933 zum NS-Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt.
Der nordamerikanische Historiker William S. Allen (1932-2013) schrieb später über die "NS-Machtübernahme" in den deutschen Schulen (x129/54-55): >>Die Umwandlung der Schulen in ideologische Bastionen des neuen Staates war ein Prozeß, der fast sofort in Angriff genommen wurde. Neue Lehrbücher wurden im Jahr 1933 eingeführt. Aus den vorhandenen Schulbibliotheken entfernte man die "entartete" Literatur, dafür wurden sie mit Büchern vollgestopft, die den Nationalismus und Militarismus verherrlichten.
Die Lehrer mußten an Kursen teilnehmen, in denen ihnen die Richtlinien dafür gegeben wurden, wie Geschichte und andere Fächer gelehrt werden sollten. Als neue Stoffe führte man "Rassenlehre" und "Germanische Vorgeschichte" ein. Die Arbeitsgemeinschaften und Schulungskurse für die Lehrer gingen unaufhörlich weiter. Häufig wurden die gleichen Themen in jedem Kurs wieder behandelt. Die Lehrer bemühten sich sehr, sich genau an die Richtlinien zu

halten, da bald bekannt wurde, daß die HJ der NSDAP meldete, was die Lehrer im Unterricht taten.
Neben den neuen Themen und der neuen Einstellung zu alten Themen forderte man von den Schulen einen stärkeren Nachdruck auf Sport und körperliche Ertüchtigung, besonders Schießen und Wehrsport. Im naturwissenschaftlichen Unterricht sollten die Schüler beispielsweise Segelflugmodelle bauen. Nationalsozialistische Propagandafilme wurden ausgiebig eingesetzt und Radioapparate in den Klassenzimmern aufgestellt, damit die Schüler Propagandareden hören konnten. ...
Die Hitlerjugend spielte in all diesen Veränderungen eine aktive Rolle. Im Jahr 1934 wurde eine Werbeaktion unternommen, um jeden Schüler in die HJ oder den BDM hereinzuholen. Vorhandene Schulvereine wurden aufgelöst. Doch dadurch, daß der Einfluß der HJ verstärkt wurde, nahm die Autorität der Lehrer beträchtlich ab. Ein früherer Rektor sagte dazu: "Der Unterricht wurde fast unmöglich." ...<<
Der 1. Mai wurde im Jahre 1933 gesetzlicher Feiertag ("Tag der Nationalen Arbeit"). Hitler erfüllte damit eine langjährige Forderung der freien Gewerkschaften und der linken Parteien.
Joseph Goebbels berichtete am 1. Mai 1933 (x032/50): >>Der große Tag des deutschen Volkes ist angebrochen ... richtiges Hitlerwetter.<<
Der französische Botschafter schrieb damals über diese Maifeier auf dem Tempelhofer Feld (x032/50): >>Ja, es ist wirklich ein schönes, ein wundervolles Fest! Die Deutschen und die Ausländer, die ihm beiwohnten, nehmen den Eindruck mit, daß ein Hauch der Versöhnung und der Einigkeit über das Dritte Reich weht! ...<<
Das preußische Innenministerium erteilte am 2. Mai 1933 folgende geheime Weisung (x243/-48): >>An alle Oberpräsidenten, Landräte, Regierungspräsidenten. – Der ... Aktion der NSDAP gegen die freien Gewerkschaften ist ... nicht entgegenzutreten. ...<<
Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen. Die Gewerkschaften wurden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (DAF) zusammengefaßt (1934). Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.
Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten damals vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".
Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen (wie z.B. die SPD am 22.06.1933, DNVP = ehemaliger Koalitionspartner der NSDAP am 27.06.1933).
Am 6. Juli 1933 informierte Hitler während einer öffentlichen Rede über die Ausschaltung und Auflösung aller demokratischen Parteien (x149/73): >>Die politischen Parteien sind jetzt endgültig beseitigt. Dies ist ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielleicht noch gar nicht bewußt geworden ist. Wir müssen jetzt die letzten Überreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse, wie sie bis heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen, und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit überall zur Geltung bringen.<<
Am 14. Juli 1933 erließ das NS-Regime ein "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" (x032/72): >>... In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. ...<<
Das NS-Regime erließ am 14. Juli 1933 ferner ein "Gesetz über die Verfassung der deutschen

evangelischen Kirche", um die evangelische Kirche in das NS-System einzuordnen.
Das NS-Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 gewährleistete, daß nur noch rechtsradikale Journalisten leitende Positionen übernehmen durften (x023/133): >>Die im Hauptberuf oder auf Grund der Bestellung zum Hauptschriftleiter ausgeübte Mitwirkung an der Gestaltung des geistigen Inhalts der im Reichsgebiet herausgegebenen Zeitungen und politischen Zeitschriften durch Wort, Nachricht oder Bild ist eine in ihren beruflichen Pflichten und Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe.
Niemand darf sich Schriftleiter nennen, der nicht nach diesem Gesetz dazu befugt ist. ...
Schriftleiter sind in Sonderheit verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, was ... geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Inneren ... zu schwächen ...<<
Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).
Viele NS-Führer waren gewöhnlich im Verwaltungsbereich hoffnungslos überfordert, so daß man weiterhin auf Berufsbeamte angewiesen war. Die Beamten, von denen im Jahre 1939 rd. 28 % Parteimitglieder waren, mußten grundsätzlich den Treueid auf den Führer leisten (x051/-63).
Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautete damals wie folgt:
>>Wie konjugiert man "gleichschalten"?
Ich schalte gleich,
du fliegst raus.
Er setzt sich rein!<<
Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schrieb 1935/36 über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35):
>>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".
Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trügt der Schein mehr, als er hier es tut. ...
In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.
Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann emporschwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.
Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...
Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.
Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche

Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".
Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllter wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung: das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...
Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".
Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.
Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Gleichschaltung" des NS-Regimes (x051/216-217): >>Gleichschaltung, Wort aus der Elektrotechnik; von der nationalsozialistischen Propaganda eingesetzt zur Bezeichnung der Ausrichtung von Verbänden, Organisationen, Parteien und schließlich jedes einzelnen Bürgers auf die Ziele der nationalsozialistischen Politik; geprägt von Reichsjustizminister Gürtner für die Formulierung des Gesetzes vom 31.3.33 zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich.
Erstes Opfer der Gleichschaltung wurde denn auch der Föderalismus: Nachdem schon in der Woche nach der Reichstagswahl vom 5.3.33 alle Länderparlamente auf Druck der NSDAP dem Reichsergebnis entsprechend zusammengesetzt worden waren, verfügte am 7.4.33 ein zweites Gleichschaltungsgesetz die Entsendung von Reichsstatthaltern. Sie wurden auf Vorschlag des Kanzlers vom Reichspräsidenten ernannt, hatten Ernennungsrecht für die Landesregierungen und deren Beamte und waren bis auf Epp Gauleiter der NSDAP.
Der Reichsrat verlor damit als Verfassungsorgan alle Bedeutung und wurde am 30.1.34 vollends überflüssig, als durch "Gesetz über den Neubau des Reiches" alle Hoheitsrechte der Länder auf das Reich übergingen. Mit Auflösung des Reichsrates am 14.2.34 und der Verreichlichung (Vereinheitlichung) der Justizverwaltungen am 1.4.35 war die Gleichschaltung der Länder abgeschlossen.
Noch rascher verschwand die Parteienvielfalt: Auch ihre Gleichschaltung setzte schon im März 33 ein, als sich der Reichstag durch das Ermächtigungsgesetz selbst entmachtete. Die KPD war schon seit der Reichstagsbrandverordnung faktisch ausgeschaltet und wurde am 28.3.33 endgültig verboten; die SPD, die als einzige Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz geleistet hatte, wurde, eines Großteils ihrer Mitglieder durch Flucht und Verhaftung beraubt, am 22.6.33 verboten; die Mitglieder der bürgerlichen Parteien liefen in Scharen zur NSDAP über und lösten sich nach und nach selbst auf: am 27.6.33 die DNVP, einen Tag später die Staatspartei, am 3.7.33 das Zentrum und tags darauf die BVP.

Nach dem "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14.7.33 existierte nur noch die NSDAP, die per Gesetz am 1.12.33 zur Körperschaft öffentlichen Rechts aufstieg. Die Gleichschaltung des Parteienstaates vollendete das "Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches" vom 1.8.34, das die Ämter des Reichspräsidenten und des Regierungschefs verschmolz: Hitler wurde "Führer und Reichskanzler".
Instrumente der Gleichschaltung der Verbände wurden das Berufsbeamtengesetz und der Arierparagraph. Das Schema war immer dasselbe: Auf Druck von NSDAP-Mitgliedern wurden die Vorstände der Berufsverbände umgebildet und Nationalsozialisten aufgenommen. Die "säuberten" dann die Vorstände und führten die Verbände unter das Dach der Partei.
Wo das nicht half, griff die NS-Führung zur Gewalt: Am 2.5.33 wurden die Häuser und Büros der Gewerkschaften von SA und Polizei besetzt, ihre Akten beschlagnahmt, ihr Vermögen konfisziert und die Organisation in die Deutsche Arbeitsfront überführt. Ähnlich ging es den Bauernorganisationen, die sich am 15.9.33 alle zwangsvereinigt fanden im Reichsnährstand. Länger hielt sich die gewerbliche Wirtschaft, die aber auch im August 34 enger an den Staat gebunden wurde, indem sie in Reichsgruppen unter maßgeblichem Einfluß des Wirtschaftsministeriums gegliedert wurde; der Vierjahresplan verpflichtete sie dann am 15.10.36 ganz auf die (Kriegs-) Ziele der NS-Führung.
Zur Gleichschaltung der Meinungen und der Kultur bestellte Hitler mit Goebbels am 13.3.33 eigens einen Minister für Volksaufklärung und Propaganda. Wer beruflich schreiben, musizieren, filmen, malen, schauspielern wollte, mußte spätestens vom 22.9.33 an Mitglied der entsprechenden Untergliederung der Reichskulturkammer sein. Die Aufnahmebedingungen, u.a. der Arierparagraph, sorgten dafür, daß Mißliebige fortan in Deutschland kein Gehör mehr fanden.
Nur die Gleichschaltung der Kirchen gelang nie ganz, obwohl im Kirchenkampf alles versucht wurde, diesen letzten Winkel möglicher Opposition zu beseitigen. Die Bestellung des Kirchenministers Kerrl am 16.7.35 oder der Kanzelparagraph konnten aber die Widersetzlichkeit der Bekennenden Kirche ebenso wenig brechen, wie die Priesterprozesse die katholische Kirche in die Knie zwangen.
Dennoch: Nach dem Sommer 34 gab es kaum einen Deutschen mehr, der nicht auf dem Umweg über seinen Beruf, seine Stellung oder seinen Verein in irgendeiner Weise mit der Partei verbunden war. Nach Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (16.3.35), Reichsarbeitsdienstpflicht (1.7.35) und dem "Gesetz über die Staatsjugend" (1.12.36, Hitlerjugend) war die Einbindung der Heranwachsenden in den neuen Staat perfekt.
Hitler skizzierte seine Vision der totalen Erfassung des Volkes in einer Rede vor Kreisleitern im Jahr 1938: Mit zehn hole er die Kinder ins Jungvolk, mit 14 in die HJ, es folgen Partei, SA oder SS, dann Arbeitsdienst, Wehrmacht und wieder Parteigliederungen. Hitler schloß mit den Worten: "... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben."<<

"Röhm-Putsch"
Bei der NS-Säuberungsaktion am 30.06./1.07.1934 (sogenannte "Nacht der langen Messer"), die nachträglich durch das "Notwehr-Gesetz" vom 3.07.1934 gerechtfertigt wurde, liquidierten Heydrichs SS-Formationen fast alle bekannten SA-Führer, verschiedene politische Gegner und unbequeme Regimekritiker.
Ernst Röhm (Hitlers ältester Kampfgefährte und Duzfreund), den man wegen seiner angeblichen homosexuellen Neigungen landesweit verspottete, weigerte sich nach seiner Verhaftung am 30. Juni 1934, Selbstmord zu begehen und wurde daraufhin am folgenden Tag im KZ Dachau durch den Lagerkommandanten Theodor Eicke erschossen.
In der amtlichen Todesliste veröffentlichte man später 83 Namen, aber die "Röhm-Affäre" forderte tatsächlich mehrere hundert Mordopfer, die nach willkürlichen Verhaftungen liqui-

diert wurden.
Zu den Mordopfern des sogenannten "Röhm-Putsches" gehörten z.B.: SA-Stabschef Ernst Röhm, Gregor Strasser (während der NS-Gründerzeit Hitlers größter Konkurrent und unermüdlicher NSDAP-Organisator in Nord- und Westdeutschland), Kurt von Schleicher (letzter Kanzler der Weimarer Republik) und seine Frau, Edgar Jung (Anwalt und Politiker, plante Hitlers Sturz, schrieb die brisante "Marburger Rede" vom 17.06.1934), Erich Klausener (engagierter Katholik, kritisierte während des 32. Berliner Katholikentages am 24.06.1932 die NS-Rassenpolitik), Gustav von Kahr (bayerischer Ministerpräsident, ließ am 9.11.1923 den Hitler-Putsch niederschlagen).
Hitler, der vor der Weltöffentlichkeit erstmalig wie ein Gangsterboß handelte und seine Gegner rücksichtslos liquidieren ließ, schaffte es relativ leicht, diese Morde als "Staatsnotwehr" und die unschuldigen Mordopfer als verbrecherische, minderwertige Staatsfeinde hinzustellen.
Ernst Röhm (1887 in München geboren) bereitete damals vermutlich keinen direkten Aufstand gegen Hitler vor, sondern er beabsichtigte, die "SA-Parteikampfverbände" (ca. 525.000 Mann) in eine Volksarmee umzuwandeln. Röhm strebte außerdem Verhandlungen mit England und Frankreich an.
Angesichts der Tatsache, daß die deutsche Reichswehr nachdrücklich die Zuständigkeit für alle militärischen Angelegenheiten forderte, mußte Hitler unbedingt einen Militärputsch der gefährlichen Reichswehr vermeiden. Die Reichswehr war damals die letzte noch nicht gleichgeschaltete Organisation des Deutschen Reiches, die aufgrund ihrer militärischen Ausbildung und Bewaffnung in der Lage war, das NS-Regime kurzfristig auszuschalten.
Die Raufbolde und Straßenkämpfer der SA hatten außerdem ihre Pflicht getan. Hitler benötigte zukünftig keine ungehobelten Landsknechte oder brutale Schlägerbanden, sondern ausgebildete Spezialisten und disziplinierte Soldaten. Nach Ausschaltung der SA übernahm die SS (Schutzstaffel, ursprüngliche Leibgarde Hitlers) alle wesentlichen Aufgaben der SA, während die Reichswehr "Waffenträger der Nation" blieb. Nach der späteren Gleichschaltung der Reichswehr kontrollierte Hitler schließlich sämtliche wichtigen Machtpositionen des Deutschen Reiches und konnte seine Pläne ungestört realisieren.
Als Stalin von Hitlers Säuberungsaktion (der "Nacht der langen Messer") erfuhr, soll er Hitler angeblich gelobt haben (x080/231): >>Hitler, was für ein Kerl! Der weiß, wie man mit politischen Gegnern fertig wird! ...<<
Dr. Wolfgang Petter schrieb später über die "Röhm-Affäre" (x051/497-498): >>Röhm-Affäre, 1934 in die entscheidende Phase tretender und in der Mordaktion vom 30.6./1.7.34 gipfelnder Konflikt zwischen Hitler und der SA unter Röhm.
Als Hitler Ende 30 Röhm dafür gewann, als Stabschef der Sturmabteilung (SA) praktisch deren Führung zu übernehmen, hielt er sie für ausreichend fest strukturiert und von ihren politischen Kampfaufgaben absorbiert, um Röhms ihm bekannter Neigung zum Umbau der SA in ein Milizheer zu widerstehen. Eine Reihe höherer SA-Führer hatte sich gegen Röhms Berufung von vornherein gewehrt. Der Widerspruch richtete sich neben Person und Konzeption gegen die Führung Röhms, der im Sinne seiner Volksheer-Ideen neben überzeugten Nationalsozialisten und Opportunisten auch ursprünglich politisch Andersdenkende und im bürgerlichen Sinne Gestrauchelte zur Vereinigung in der Kampfgemeinschaft SA aufrief.
Zunächst blieben diese Bedenken gegenstandslos. Im Zuge der Terror- und Gleichschaltungsmaßnahmen nach der Machtergreifung kamen 25.000 SA-Männer als preußische Hilfspolizisten und weitere als KZ-Mannschaften zum Einsatz; die übrigen ca. 500.000 führten die politische Agitation und Kriminalität der Vorjahre jetzt als legitime Gewaltinhaber gesteigert fort.
Im Herbst 33 wurden diese Aktivitäten jedoch abgeblasen, die Hilfspolizei entlassen und die KZ der SA aufgelöst oder der SS übergeben, die den Terror in gezielterer Weise fortsetzte.

Die auf dem Höhepunkt ihrer Entfesselung gekappte und zurückgestaute Aggressivität, die doch die "raison d'être" (Existenzberechtigung) der SA war, suchte neue Objekte und fand sie in der Forderung nach einer neuen Welle der Rache, der sogenannten Zweiten Revolution, an subtileren politischen Gegenkräften. Diese Revolutionsrhetorik artikulierte dazu die Enttäuschung der zahllosen Arbeitslosen der nationalsozialistischen Bewegung – in der SA überproportional vertreten –, denen die Machtergreifung noch keine Versorgung beschert hatte.
Dadurch gewann sie eine sozialpolitische Dimension, die die konservativen Stützen Hitlers alarmierte und diesem zu entfremden begann. Gegen Hitler selbst lebten die alten Widersetzlichkeiten erneut auf, die 1929/30 im Konflikt um den "Legalitätskurs" aufgetreten und mit der Entlassung des Obersten SA-Führers Pfeffer unterdrückt worden waren (Stennes-Revolte). Durch diesen Angriff gegen das Bündnis des Nationalsozialismus mit den Etablierten und Konservativen wuchs sich die Beschäftigungskrise der SA zur Krise des Regimes aus.
Am gefährlichsten war der Kollisionskurs, auf den die SA mit der Reichswehr geriet. Im Frühjahr 33 hatte Röhm mit General Reichenau vom Reichswehrministerium vereinbart, daß die SA zwar von der Reichswehr militärisch ausgebildet, aber nur zum Einsatz für innere Aufgaben bewaffnet und ausgestattet werden sollte; als Gegenleistung wurde ihr erlaubt, mit Ausnahme des Stahlhelm, den die Reichswehr als wertvolle Ergänzung und als Verbündeten empfand, die paramilitärischen Verbände und Kriegervereine zu absorbieren.
Nach Zusammenstößen mit dem Stahlhelm saugte die SA, in geschickter Taktik seine Selbstauslieferung an den Nationalsozialismus ausnützend, auch diese Wehrbewegung auf. Röhm unterstanden nun ca. 4,5 Millionen Mann, großenteils weltkriegsgediente, erfahrene Soldaten, mit denen er sich jetzt seinen alten Milizplänen zuwandte.
Im Denken der Zeit spielte das Zwei-Komponenten-Heer nach Seeckt eine große Rolle: offensive Kriegführung durch eine relativ kleine Elitearmee, während die Defensivfronten durch eine Miliz zu verteidigen waren.
Auf dieser Basis wäre ein Kompromiß zwischen SA und Reichswehr schon möglich gewesen. Hitler und Blomberg waren jedoch starr auf das klassische Kaderheer fixiert. Röhm verfiel in das Gegenextrem, indem er am 1.2.34 das Aufgehen der Reichswehr in der SA und die Reduzierung des stehenden Heeres auf eine Kriegsschulungsorganisation für seine Landesverteidigungs-SA forderte.
Die Spannungen zwischen dem SA-Führerkorps, das größtenteils aus nicht in die Reichswehr übernommenen kaiserlichen Offizieren bestand, und dem etablierten Militär wuchsen dadurch an. Dabei war die Forderung am ehesten Ausdruck der "inhaltlich blinden Dynamik um ihrer selbst willen" (Broszat), in die die SA seit Herbst 33 verfiel.
Denn der Aufbau eines Milizheeres, das Kriegsabenteuer durch seine Schwerfälligkeit nicht erlaubte, mußte letztlich zur Einreihung in die "friedliche Internationale der Frontsoldaten" (Salewski) führen, zu der die Überlebenden der Schützengräben vielfach in romantisierender und antizivilistischer Haltung neigten. So sah Hitler sein Programm und die Reichswehr ihre Existenz ernsthaft gefährdet.
Wichtige SA-Führer wie der Obergruppenführer Nord, Lutze, und der Chef des (mit der Reichswehr gekoppelten) Ausbildungswesens der SA, Friedrich Wilhelm Krüger, warnten Hitler vor Röhms Tendenzen. Hitler hielt nun endgültig die Bändigung der SA für gescheitert, die er mit der Einbindung Röhms als Minister in die Reichsregierung (Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, 1.12.33) und der Mitverantwortung von SA-Sonderbevollmächtigten für die Verwaltung gesucht hatte.
Angetrieben von Göring, Frick, Goebbels, Reichenau, Himmler und Heydrich steuerte er ab März 34 auf eine gewaltsame Auseinandersetzung zu, die er von den Medien propagandistisch vorbereiten ließ. Konkurrierende "Schwarze Listen" aus Partei-, SS- und Gestapokreisen bestimmten die Todeskandidaten der SA, denen zu offen enttäuschte Konservative – wie Vize-

kanzler Papen und seine Umgebung – hinzugefügt wurden. Die Politische Polizei wurde Himmler unterstellt, der damit die SS als Auftragsorgan einsetzen konnte.
Papens Marburger Rede vom 17.6., in der unter Beifall die konservative Unzufriedenheit öffentlich ausgesprochen wurde, drängte Hitler zum Handeln, obwohl sich durch die Beurlaubung der SA, die ihrerseits keine aktuellen Kampfabsichten hegte, die Lage entspannt hatte. Die SS empfing Waffen von der Reichswehr, die am Stichtag stellenweise selbst als Rückhalt aufmarschierte. Hitler beorderte die arglosen SA-Führer zu einer Tagung nach Bad Wiessee, wo er Röhm und seine Anhänger am 30.6.34 morgens aus den Betten holte, nach München transportieren und dort – Röhm selbst erst nach einigem Zögern – erschießen ließ. Die Anreisenden wurden auf dem Münchener Bahnhof abgefangen und meist inhaftiert.
Diese Festnahmen lösten die vorbereitete Aktion im ganzen Reich aus, die rasch ihre Grenzen sprengte und Hunderte von ursprünglich nicht vorgesehenen Opfern forderte. Die amtliche Todesliste enthielt 83 Namen, darunter die gesamte SA-Prominenz, soweit sie sich nicht – wie der neue Stabschef Lutze – eindeutig gegen Röhm gestellt hatten, dazu Schleicher, Jung, Klausener, Kahr, G. Strasser. Papen kam davon. Nicht vermerkt wurden die ungezählten Opfer selbstherrlicher Entscheidungen der SS-Mordkommandos, v.a. in Schlesien.
Das Ermächtigungsgesetz der Reichsregierung vom 3.7.34 legalisierte das Massaker nachträglich als Akt der Staatsnotwehr gegen einen "Röhm-Putsch", den Heydrich aufgrund vagster Hinweise konstruiert hatte. Die stärkste Quelle von Unruhe und Willkür in der ersten Phase des Dritten Reiches war ausgeschaltet – freilich zugunsten der kalten Polizeiherrschaft der SS, mit der die Reichswehr das Waffenmonopol bald teilen mußte. Hitlers letzter Gegenspieler war beseitigt.<<

Emigration oder Widerstand

Nachdem die NSDAP alle wesentlichen Machtpositionen innerhalb des Deutschen Reiches besetzt hatte, kontrollierte das NS-Regime planmäßig und konsequent fast sämtliche Lebensbereiche. Der SS-Staat war militärisch strukturiert und gewährleistete eine totale Überwachung des gesamten Landes. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen. Jeder Auflehnungsversuch wurde sofort mit drakonischen Strafen geahndet.
Während der gnadenlosen Hetzjagd nach politischen Feinden schlugen die allgegenwärtigen SS-Angehörigen schnell und erbarmungslos zu. Das NS-Regime führte gegen die sogenannten "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere) systematische Verfolgungen ("Nacht- und Nebelaktionen") durch, die oft vor der deutschen Bevölkerung verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahm man Tausende von "Verdächtigen" fest und inhaftierte sie.
Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer (1874-1957, Journalist und Politiker, 1900-02 Redakteur der Leipziger Volkszeitung, 1916-33 Chefredakteur des "Vorwärts", 1920-33 sozialdemokratischer Abgeordneter und Mitglied des Deutschen Reichstages) forderte damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<
Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.
In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten und 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).
Der Diplomat Bernardo Attolico (1880-1942, italienische Botschafter in Berlin) meinte später gegenüber dem schweizerischen Geschichtsprofessor Carl J. Burckhardt (x025/150): >>... Das

Leichteste ist emigrieren und protestieren, aber auch Aufstände anzetteln, Komplotte schmieden braucht weniger Kraft als der harten Wirklichkeit Tag für Tag das Mögliche abzuringen, ohne Pathos, immer wieder geschlagen, immer wieder beginnend, Dinge scheinbar sanktionierend, die man verabscheut, zäh und ohne jeden Eigennutz, klug, mit beständiger äußerster Aufmerksamkeit und Anspannung.<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner schrieb später über die "Emigration" der Deutschen (x051/147-148): >>Die deutsche Emigration 1933-45 war keine Kollektivbewegung, sie brachte es nicht zu einer Organisation, und sie hat politisch nichts ausgerichtet. Der Unterschied etwa zu den österreichischen und tschechischen Emigranten von 1938/39 – zu schweigen von dem Londoner "Freien Frankreich" de Gaulles – fällt ins Auge. ...

Auch unter den deutschen Emigranten gab es einige einst prominente Politiker – Brüning, Braun, Rauschning -, aber sie haben im Ausland keine Rolle mehr gespielt und gelegentliche Versuche, in England oder Amerika so etwas wie ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, sind stets im Ansatz steckengeblieben.

Sie scheiterten nicht erst an der wenig ermutigenden Haltung der englischen und amerikanischen Regierung. Schon die deutsche Emigration selbst – immerhin von Anfang an einige zehntausend, zum Schluß mehrere hunderttausend Menschen umfassend – war zu diffus, politisch zu gespalten und in ihrer großen Masse zu unpolitisch. Zugespitzt könnte man sagen: Es gab keine deutsche Emigration; es gab nur deutsche Emigranten. ...

Sehr möglich, daß der Wettlauf um die Atombombe durch die deutsche Emigration entschieden worden ist – durch den Zuwachs an wissenschaftlicher Kapazität, den sie Amerika und England, den Verlust, den sie für Deutschland bedeutete. Das war freilich zu der Zeit, als die zehn oder zwanzig Wissenschaftler der Extraklasse, von denen dieser weltgeschichtliche Effekt abhing, Deutschland verließen, nicht vorauszusehen, auch von ihnen selbst nicht. Man muß zwischen Wirkungen und Motiven unterscheiden.

Auch war die wissenschaftliche Prominenz der Zahl nach in der Emigration weit schwächer vertreten als etwa die literarische. Die deutsche Wissenschaft erlitt durch die Emigration lediglich einen Aderlaß; die deutsche Literatur jedoch blutete aus.

Auch auf den Nachbargebieten wie Journalismus, Theater und Film waren die Verluste enorm. Und auf dem Feld des akademischen Humanismus sind in den 30er Jahren Denkschulen von Deutschland nach Amerika verpflanzt worden, die Frankfurter Schule der Soziologie zum Beispiel, oder die Psychoanalyse. Das alles, hat Geschichte gemacht; aber Geistesgeschichte, nicht politische.

Emigration war in jedem Fall ein einsamer individueller Entschluß; und dieser Entschluß trug fast immer ein Doppelgesicht: Er bedeutete Flucht und Protest. ... Flucht war in dieser Frühzeit weit öfter das Emigrationsmotiv von Politikern, die in vielen Fällen auch allen Grund hatten zu fliehen. Brüning und Treviranus etwa standen auf der Abschußliste des 30. Juni 1934 (Röhm-Affäre) und wären unfehlbar ermordet worden, wenn sie sich nicht in letzter Stunde in Sicherheit gebracht hätten. Hätten sie bleiben sollen?

Die Frage ist nach 1945 oft in vorwurfsvollem Ton gestellt worden, gerade im Fall der Politiker, aber auch in dem der literarischen und akademischen Prominenz, die einen so großen Anteil an der Frühemigration hatte. Wenn die Besten weggingen, so hat man gefragt, was konnte man vom Durchschnittsmenschen noch erwarten? War Emigration Desertion?

Die Gegenfrage erledigt solche Vorwürfe: Was hätten sie denn in Deutschland tun sollen?

Mit ihrer Emigration setzten sie immerhin ein Zeichen. In Deutschland hätten sie kein Zeichen mehr setzen können. Es gab hier keine Möglichkeit politischer Opposition, es gab nicht einmal mehr das öffentliche freie Wort. Die Alternative hieß nach März 33 nicht mehr Weggehen oder Mitmachen. Denn selbst wer sich zu entziehen suchte, wer in die innere Emigration ging, verstummte und sich in einen harmlosen Brotberuf verkroch, konnte sich auf die Dauer nicht

verhehlen, daß er, wie widerwillig und wie indirekt auch immer, mitmachte. Alles, auch das Harmloseste, diente letztlich dem Regime, das sich ganz Deutschlands bis in den letzten Winkel bemächtigt hatte.
Nur eine Alternative gab es noch: Märtyrertum. Aber es war Märtyrertum unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Märtyrer Ossietzky z.B. oder die Geschwister Scholl – haben damals innerhalb Deutschlands wenig bewegt. Die Emigranten dagegen hat man wenigstens nicht totschweigen können – zum mindesten die prominenten Emigranten nicht. ...<<
Ab 1937 verstärkte das NS-Terrorsystem die Verfolgung der "Staatsfeinde". Verhaftungen und Hinrichtungen schwächten die deutschen Widerstandsgruppen immer mehr. Im NS-Staat waren falsche Beschuldigungen, üble Nachrede und Verleumdungen an der Tagesordnung. Überall trieben Spitzel und sogenannte "Vertrauensmänner" ihr Unwesen. Sie kontrollierten und überwachten Tag und Nacht verdächtige Personen. Seit 1942 wurden alle Häftlinge, die länger als 6 Jahre in Gefängnissen oder Zuchthäusern saßen, in die Konzentrationslager "verlagert".
Die deutschen Studenten Alexander Schmorell (1917-1943, hingerichtet) und Hans Scholl (1918-1943, hingerichtet) schrieben 1942/1943 folgende Flugblätter der Widerstandsgruppe "Weiße Rose" (x907/…): >>**Flugblatt I**
Nichts ist eines Kulturvolkes unwürdiger, als sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique "regieren" zu lassen. Ist es nicht so, daß sich jeder ehrliche Deutsche heute seiner Regierung schämt, und wer von uns ahnt das Ausmaß der Schmach, die über uns und unsere Kinder kommen wird, wenn einst der Schleier von unseren Augen gefallen ist und die grauenvollsten und jegliches Maß unendlich überschreitenden Verbrechen ans Tageslicht treten?
Wenn das deutsche Volk schon so in seinem tiefsten Wesen korrumpiert und zerfallen ist, daß es, ohne eine Hand zu regen, im leichtsinnigen Vertrauen auf eine fragwürdige Gesetzmäßigkeit der Geschichte das Höchste, das ein Mensch besitzt und das ihn über jede andere Kreatur erhöht, nämlich den freien Willen, preisgibt, die Freiheit das Menschen preisgibt, selbst mit einzugreifen in das Rad der Geschichte und es seiner vernünftigen Entscheidung unterzuordnen - wenn die Deutschen, so jeder Individualität bar, schon so sehr zur besitzlosen und feigen Masse geworden sind, dann, ja dann verdienen sie den Untergang.
Goethe spricht von den Deutschen als einem tragischen Volke, gleich dem der Juden und Griechen, aber heute hat es eher den Anschein, als sei es eine seichte, willenlose Herde von Mitläufern, denen das Mark aus dem Innersten gesogen und die nun ihres Kerns beraubt, bereit sind, sich in den Untergang hetzen zu lassen.
Es scheint so - aber es ist nicht so; vielmehr hat man in langsamer, trügerischer, systematischer Vergewaltigung jeden einzelnen in ein geistiges Gefängnis gesteckt, und erst als er darin gefesselt lag, wurde er sich des Verhängnisses bewußt. Wenige nur erkannten das drohende Verderben, und der Lohn für ihr heroisches Mahnen war der Tod. Über das Schicksal dieser Menschen wird noch zu reden sein.
Wenn jeder wartet, bis der andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemesis (griechische Göttin der Vergeltung) unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein. Daher muß jeder einzelne seiner Verantwortung als Mitglied der christlichen und abendländischen Kultur bewußt in dieser letzten Stunde sich wehren, soviel er kann, arbeiten wider die Geißel der Menschheit, wider den Faschismus und jedes ihm ähnliche System des absoluten Staates. Leistet passiven Widerstand - Widerstand -, wo immer Ihr auch seid, verhindert das Weiterlaufen dieser atheistischen Kriegsmaschine, ehe es zu spät ist … Vergeßt nicht, daß ein jedes Volk diejenige Regierung verdient, die es erträgt!

Flugblatt II

Man kann sich mit dem Nationalsozialismus geistig nicht auseinandersetzen, weil er ungeistig ist. Es ist falsch, wenn man von einer nationalistischen Weltanschauung spricht, denn wenn es diese gäbe, müßte man versuchen, sie mit geistigen Mitteln zu beweisen oder zu bekämpfen - die Wirklichkeit aber bietet uns ein völlig anderes Bild: Schon in ihrem ersten Keim war diese Bewegung auf den Betrug des Mitmenschen angewiesen, schon damals war sie im Innersten verfault und konnte sich nur durch die stete Lüge retten.

Schreibt doch Hitler selbst in einer frühen Auflage "seines" Buches (ein Buch, das in dem übelsten Deutsch geschrieben worden ist, das ich je gelesen habe; dennoch ist es von dem Volke der Dichter und Denker zur Bibel erhoben worden): "Man glaubt nicht, wie man ein Volk betrügen muß, um es zu regieren" Wenn sich nun am Anfang dieses Krebsgeschwür des deutschen Volkes noch nicht allzusehr bemerkbar gemacht hatte, so nur deshalb, weil noch gute Kräfte genug am Werk waren, es zurückzuhalten.

Wie es aber größer und größer wurde und schließlich mittels einer letzten gemeinen Korruption zur Macht kam, das Geschwür gleichsam aufbrach und den ganzen Körper besudelte, versteckte sich die Mehrzahl der früheren Gegner, flüchtete die deutsche Intelligenz in ein Kellerloch, um dort als Nachtschattengewächs, dem Licht und der Sonne verborgen, allmählich zu ersticken.

Jetzt kommt es darauf an, sich gegenseitig wiederzufinden, aufzuklären von Mensch zu Mensch, immer daran zu denken und sich keine Ruhe zu geben, bis auch der Letzte von der äußersten Notwendigkeit seines Kämpfens wider dieses System überzeugt ist. Wenn so eine Welle des Aufruhrs durch das Land geht, wenn viele mitmachen, dann kann in einer letzten, gewaltigen Anstrengung dieses System abgeschüttelt werden.

Ein Ende mit Schrecken ist immer noch besser als ein Schrecken ohne Ende. Es ist uns nicht gegeben, ein endgültiges Urteil über den Sinn unserer Geschichte zu fällen. Aber wenn diese Katastrophe uns zum Heile dienen soll, so doch nur dadurch: durch das Leid gereinigt zu werden, aus der tiefsten Nacht heraus das Licht zu ersehnen, sich aufzuraffen und endlich mitzuhelfen, das Joch abzuschütteln, das die Welt bedrückt.

Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, keine Verteidigungsrede verfassen - nein, nur als Beispiel wollen wir die Tatsache kurz anführen, die Tatsache, daß seit der Eroberung Polens dreihunderttausend Juden in diesem Land auf bestialische Art ermordet worden sind. Hier sehen wir das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschengeschichte an die Seite stellen kann. Auch die Juden sind doch Menschen - man mag sich zur Judenfrage stellen, wie man will -, und an Menschen wurde solches verübt.

Vielleicht sagt jemand, die Juden hätten ein solches Schicksal verdient; die Behauptung wäre eine ungeheure Anmaßung; aber angenommen, es sagte jemand dies, wie stellt er sich dann zu der Tatsache, daß die gesamte polnische adelige Jugend vernichtet worden ist (gebe Gott, daß sie es noch nicht ist!)? Auf welche Art, fragen Sie, ist solches geschehen? Alle männlichen Sprößlinge aus adeligen Geschlechtern zwischen 15 und 20 Jahren wurden in Konzentrationslager nach Deutschland zur Zwangsarbeit, alle Mädchen gleichen Alters nach Norwegen in die Bordelle der SS verschleppt!

Wozu wir dies Ihnen alles erzählen, da Sie es schon selber wissen, wenn nicht diese, so andere gleich schwere Verbrechen des fürchterlichen Untermenschentums? Weil hier eine Frage berührt wird, die uns alle zutiefst angeht und allen zu denken geben muß. Warum verhält sich das deutsche Volk angesichts all dieser scheußlichsten menschenunwürdigsten Verbrechen so apathisch?

Kaum irgend jemand macht sich Gedanken darüber. Die Tatsache wird als solche hingenommen und ad acta gelegt. Und wieder schläft das deutsche Volk in seinem stumpfen, blöden

Schlaf weiter und gibt diesen faschistischen Verbrechern Mut und Gelegenheit, weiterzuwüten - und diese tun es. Sollte dies ein Zeichen dafür sein, daß die Deutschen in ihren primitivsten menschlichen Gefühlen verroht sind, daß keine Saite in ihnen schrill aufschreit im Angesicht solcher Taten, daß sie in einen tödlichen Schlaf versunken sind, aus dem es kein Erwachen mehr gibt, nie, niemals?
Es scheint so und ist es bestimmt, wenn der Deutsche nicht endlich aus dieser Dumpfheit auffährt, wenn er nicht protestiert, wo immer er nur kann, gegen diese Verbrecherclique, wenn er mit diesen Hunderttausenden von Opfern nicht mitleidet. Und nicht nur Mitleid muß er empfinden, nein, noch viel mehr: Mitschuld. Denn er gibt durch sein apathisches Verhalten diesen dunklen Menschen erst die Möglichkeit, so zu handeln, er erleidet diese "Regierung", die eine so unendliche Schuld auf sich geladen hat, ja, er ist doch selbst schuld daran, daß sie überhaupt entstehen konnte! Ein jeder will sich von einer solchen Mitschuld freisprechen, ein jeder tut es und schläft dann wieder mit ruhigstem, bestem Gewissen.
Aber er kann sich nicht freisprechen, ein jeder ist schuldig, schuldig, schuldig! Doch ist es noch nicht zu spät, diese abscheulichste aller Mißgeburten von Regierungen aus der Welt schaffen, um nicht noch mehr Schuld auf sich zu laden. Jetzt, da uns in den letzten Jahren die Augen vollkommen geöffnet worden sind, da wir wissen, mit wem wir es zu tun haben, jetzt ist es allerhöchste Zeit, diese braune Horde auszurotten.
Bis zum Ausbruch des Krieges war der größte Teil des deutschen Volkes geblendet, die Nationalsozialisten zeigten sich nicht in ihrer Gestalt, doch jetzt, da man sie erkannt hat, muß es die einzige und höchste Pflicht, ja heiligste Pflicht eines jeden Deutschen sein, diese Bestien zu vertilgen.
"Der, des Verwaltung unauffällig ist, des Volk ist froh. Der, des Verwaltung aufdringlich ist, des Volk ist gebrochen. Elend, ach, ist es, worauf Glück sich aufbaut. Glück, ach, verschleiert nur Elend. Wo soll das hinaus?
Das Ende ist nicht abzusehen. Das Geordnete verkehrt sich in Unordnung, das Gute verkehrt sich in Schlechtes. Das Volk gerät in Verwirrung. Ist es nicht so, täglich, seit langem? Daher ist der Hohe Mensch rechteckig, aber er stößt nicht an, er ist kantig, aber verletzt nicht, er ist aufrecht, aber nicht schroff. Er ist klar, aber will nicht glänzen." Lao-tse
"Wer unternimmt, das Reich zu beherrschen und es nach seiner Willkür zu gestalten; ich sehe ihn sein Ziel nicht erreichen; das ist alles."
"Das Reich ist ein lebendiger Organismus; es kann nicht gemacht werden, wahrlich! Wer daran machen will, verdirbt es, wer sich seiner bemächtigen will, verliert es."
Daher: "Von den Wesen gehen manche voraus, andere folgen ihnen, manche atmen warm, manche kalt, manche sind stark, manche schwach, manche erlangen Fülle, andere unterliegen."
"Der Hohe Mensch daher läßt ab von Übertriebenheit, läßt ab von Überhebung, läßt ab von Übergriffen". Lao-tse
Wir bitten, diese Schrift mit möglichst vielen Durchschlägen abzuschreiben und weiterzuverteilen.

Flugblatt III

"Salus publica suprema lex" Alle idealen Staatsformen sind Utopien. Ein Staat kann nicht rein theoretisch konstruiert werden, sondern er muß ebenso wachsen, reifen wie der einzelne Mensch. Aber es ist nicht zu vergessen, daß am Anfang einer jeden Kultur die Vorform des Staates vorhanden war. Die Familie ist so alt wie die Menschen selbst, und aus diesem anfänglichen Zusammensein hat sich der vernunftbegabte Mensch einen Staat geschaffen, dessen Grund die Gerechtigkeit und dessen höchstes Gesetz das Wohl aller sein soll.
Der Staat soll eine Analogie der göttlichen Ordnung darstellen, und die höchste aller Utopien,

die civitas Dei, ist das Vorbild, dem er sich letzten Endes nähern soll. Wir wollen hier nicht urteilen über die verschiedenen möglichen Staatsformen, die Demokratie, die konstitutionelle Monarchie, das Königtum usw.
Nur eines will eindeutig und klar herausgehoben werden: jeder einzelne Mensch hat einen Anspruch auf einen brauchbaren und gerechten Staat, der die Freiheit der einzelnen als auch das Wohl der Gesamtheit sichert. Denn der Mensch soll durch Gottes Willen frei und unabhängig im Zusammenleben und Zusammenwirken der staatlichen Gemeinschaft sein natürlicher Ziel, sein irdisches Glück in Selbständigkeit und Selbsttätigkeit zu erreichen suchen.
Unser heutiger "Staat" aber ist die Diktatur des Bösen. "Das wissen wir schon lange", höre ich Dich einwenden, "und wir haben es nicht nötig, daß uns dies hier noch einmal vorgehalten wird." Aber, frage ich Dich, wenn Ihr das wißt, warum regt Ihr Euch nicht, warum duldet Ihr, das diesen Gewalthaber Schritt für Schritt offen und im verborgenen eine Domäne Eures Rechts nach der anderen rauben, bis eines Tages nichts, aber auch gar nichts übrigbleiben wird als ein mechanisiertes Staatsgetriebe, kommandiert von Verbrechern und Säufern?
Ist Euer Geist schon so sehr der Vergewaltigung unterlegen, daß Ihr vergeßt, das es nicht nur Euer Recht, sondern Eure sittliche Pflicht ist, dieses System zu beseitigen? Wenn aber ein Mensch nicht mehr die Kraft aufbringt, sein Recht zu fordern, dann muß er mit absoluter Notwendigkeit untergehen. Wir würden es verdienen, in aller Welt verstreut zu werden wie der Staub vor dem Winde, wenn wir uns in dieser zwölften Stunde nicht aufrafften und endlich den Mut aufbrächten, der uns seither gefehlt hat. Verbergt nicht Eure Feigheit unter dem Mantel der Klugheit.
Denn mit jedem Tag, da Ihr noch zögert, da Ihr dieser Ausgeburt der Hölle nicht widersteht, wächst Eure Schuld gleich einer parabolischen Kurve höher und immer höher. Viele, vielleicht die meisten Leser dieser Blätter sind sich darüber nicht klar, wie sie einen Widerstand ausüben sollen. Sie sehen keine Möglichkeiten. Wir wollen versuchen, ihnen zu zeigen, daß ein jeder in der Lage ist, etwas beizutragen zum Sturz dieses Systems.
Nicht durch individualistische Gegnerschaft, in der Art verbitterter Einsiedler, wird es möglich werden, den Boden für einen Sturz dieser "Regierung" reif zu machen oder gar den Umsturz möglichst bald herbeizuführen, sondern nur durch die Zusammenarbeit vieler überzeugter, tatkräftiger Menschen, Menschen, die sich einig sind, mit welchen Mitteln sie ihr Ziel erreichen können.
Wir haben keine reiche Auswahl an solchen Mitteln, nur ein einziges steht uns zur Verfügung - der passive Widerstand. Der Sinn und das Ziel des passiven Widerstandes ist, den Nationalsozialismus zu Fall zu bringen, und in diesem Kampf ist vor keinem Weg, vor keiner Tat zurückzuschrecken, mögen sie auf Gebieten liegen, auf welchen sie auch wollen. An allen Stellen muß der Nationalsozialismus angegriffen werden, an denen er nur angreifbar ist. Ein Ende muß diesem Unstaat möglichst bald bereitet werden - ein Sieg des faschistischen Deutschland in diesem Kriege hätte unabsehbare, fürchterliche Folgen.
Nicht der militärische Sieg über den Bolschewismus darf die erste Sorge für jeden Deutschen sein, sondern die Niederlage der Nationalsozialisten. Dies muß unbedingt an erster Stelle stehen. Die größere Notwendigkeit dieser letzten Forderung werden wir Ihnen in einem unserer nächsten Blätter beweisen. Und jetzt muß sich ein jeder entschiedene Gegner des Nationalsozialismus die Frage vorlegen: Wie kann es gegen den gegenwärtigen "Staat" am wirksamsten ankämpfen, wie ihm die empfindlichsten Schläge beibringen? Durch den passiven Widerstand - zweifellos.
Es ist klar, daß wir unmöglich für jeden einzelnen Richtlinien für sein Verhalten geben können, nur allgemein andeuten können wir, den Weg zur Verwirklichung muß jeder selber finden.
Sabotage in den Rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben, Sabotage in allen Versammlungen,

Kundgebungen, Festlichkeiten, Organisationen, die durch die nationalsozialistische Partei ins Leben gerufen werden. Verhinderung des reibungslosen Ablaufs der Kriegsmaschine (einer Maschine, die nur für einen Krieg arbeitet, der allein um die Rettung und Erhaltung der nationalsozialistischen Partei und Diktatur geht).
Sabotage auf allen wissenschaftlichen und geistigen Gebieten, die für eine Fortführung des gegenwärtigen Krieges tätig sind - sei es Universitäten, Hochschulen, Laboratorien, Forschungsanstalten, technischen Büros. Sabotage in allen Veranstaltungen kultureller Art, die das 'Ansehen' der Faschisten im Volke heben könnten.
Sabotage in allen Zweigen der bildenden Künste, die nur im geringsten im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stehen und ihm dienen.
Sabotage in allem Schrifttum, allen Zeitungen, die im Solde der 'Regierung' stehen, für ihre Ideen, für die Verbreitung der braunen Lüge kämpfen.
Opfert nicht einen Pfennig bei Straßensammlungen (auch wenn sie unter dem Deckmantel wohltätiger Zwecke durchgeführt werden). Denn dies ist nur eine Tarnung. In Wirklichkeit kommt das Ergebnis weder dem Roten Kreuz noch den Notleidenden zugute. Die Regierung braucht das Geld nicht, ist auf diese Sammlungen finanziell nicht angewiesen - die Druckmaschinen laufen ja ununterbrochen und stellen jede beliebige Menge von Papiergeld her.
Das Volk muß aber dauernd in Spannung gehalten werden, nie darf der Druck der Kandare nachlassen! Gebt nichts für die Metall-, Spinnstoff- und andere Sammlungen. Sucht alle Bekannten auch aus den unteren Volksschichten von der Sinnlosigkeit einer Fortführung, von der Aussichtslosigkeit dieses Krieges, von der geistigen und wirtschaftlichen Versklavung durch den Nationalsozialismus, von der Zerstörung aller sittlichen und religiösen Werte zu überzeugen und zum passiven Widerstand zu veranlassen!
Aristoteles, "Über die Politik": "... ferner gehört es" (zum Wesen der Tyrannis), "dahin zu streben, daß ja nichts verborgen bleibe, was irgendein Untertan spricht oder tut, sondern überall Späher ihn belauschen, ... ferner alle Welt miteinander zu verhetzen und Freunde mit Freunden zu verfeinden und das Volk mit den Vornehmen und die Reichen unter sich.
Sodann gehört es zu solchen tyrannischen Maßregeln, die Untertanen arm zu machen, damit die Leibwache besoldet werden kann, und sie, mit der Sorge um ihren täglichen Erwerb beschäftigt, keine Zeit und Muße haben, Verschwörungen anzustiften. ... Ferner aber auch solche hohe Einkommensteuern, wie die in Syrakus auferlegten, denn unter Dionysios hatten die Bürger dieses Staates in fünf Jahren glücklich ihr ganzes Vermögen in Steuern ausgegeben. Und auch beständige Kriege zu erregen, ist der Tyrann geneigt. ..."
Bitte vervielfältigen und weitergeben!

Flugblatt IV

Es ist eine alte Weisheit, die man Kindern immer wieder aufs neue predigt, daß wer nicht hören will, fühlen muß. Ein kluges Kind wird sich aber die Finger nur einmal am heißen Ofen verbrennen. In den vergangenen Wochen hatte Hitler sowohl in Afrika, als auch in Rußland Erfolge zu verzeichnen.
Die Folge davon war, daß der Optimismus auf der einen, die Bestürzung und der Pessimismus auf der anderen Seite des Volkes mit einer der deutschen Trägheit unvergleichlichen Schnelligkeit anstieg. Allenthalben hörte man unter den Gegnern Hitlers, also unter dem besseren Teil des Volkes, Klagerufe, Worte der Enttäuschung und der Entmutigung, die nicht selten in dem Ausruf endigten: "Sollte nun Hitler doch ... ?"
Indessen ist der deutsche Angriff auf Ägypten zum Stillstand gekommen, Rommel muß in einer gefährlich exponierten Lage verharren - aber noch geht der Vormarsch im Osten weiter. Dieser scheinbare Erfolg ist unter den grauenhaftesten Opfern erkauft worden, so daß er schon nicht mehr als vorteilhaft bezeichnet werden kann. Wir warnen daher vor jedem Optimismus.

Wer hat die Toten gezählt, Hitler oder Goebbels - wohl keiner von beiden.
Täglich fallen in Rußland Tausende. Es ist die Zeit der Ernte, und der Schnitter fährt mit vollem Zug in die reife Saat. Die Trauer kehrt ein in die Hütten der Heimat, und niemand ist da, der die Tränen der Mütter trocknet. Hitler aber belügt die, deren teuerstes Gut er geraubt und in den sinnlosen Tod getrieben hat.
Jedes Wort, das aus Hitlers Munde kommt, ist Lüge: Wenn er Frieden sagt, meint er den Krieg, und wenn er in frevelhaftester Weise den Namen des Allmächtigen nennt, meint er die Macht des Bösen, den gefallenen Engel, den Satan. Sein Mund ist der stinkende Rachen der Hölle und seine Macht ist im Grunde verworfen. Wohl muß man mit rationalen Mitteln den Kampf wider den nationalsozialistischen Terrorstaat führen; wer aber heute noch an der realen Existenz der dämonischen Mächte zweifelt, hat den metaphysischen Hintergrund dieses Krieges bei weitem nicht begriffen.
Hinter dem konkreten, hinter dem sinnlich Wahrnehmbaren, hinter allen sachlichen logischen Überlegungen, steht das Irrationale, das ist der Kampf wider den Dämon, wider den Boten des Antichrists. Überall und zu allen Zeiten haben die Dämonen im Dunkeln gelauert auf die Stunde, da der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im ordo eigenmächtig verläßt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung loslöst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird mit rasend steigender Geschwindigkeit - überall und zu allen Zeiten der höchsten Not sind Menschen aufgestanden, Propheten, Heilige, die ihre Freiheit gewahrt hatten, die auf den Einzigen Gott hinwiesen und mit seiner Hilfe das Volk zur Umkehr mahnten.
Wohl ist der Mensch frei, aber er ist wehrlos wider das Böse ohne den wahren Gott, er ist wie ein Schiff ohne Ruder, dem Sturme preisgegeben, wie ein Säugling ohne Mutter, wie eine Wolke, die sich auflöst. Gibt es, so frage ich Dich, der Du ein Christ bist, gibt es in diesem Ringen um die Erhaltung Deiner höchsten Güter ein Zögern, ein Spiel mit Intrigen, ein Hinausschieben der Entscheidung in der Hoffnung, daß ein anderer die Waffen erhebt, um Dich zu verteidigen? Hat Dir nicht Gott selbst die Kraft und den Mut gegeben zu kämpfen?
Wir müssen das Böse dort angreifen, wo es am mächtigsten ist, und es ist am mächtigsten in der Macht Hitlers. "Ich wandte mich und sah an alles Unrecht, das geschah unter der Sonne; und siehe, da waren Tränen derer, so Unrecht litten und hatten keinen Tröster; und die ihnen Unrecht taten, waren zu mächtig, daß sie keinen Tröster haben konnten. Da lobte ich die Toten, die schon gestorben waren, mehr denn die Lebendigen, die noch das Leben hatten..." (Sprüche)
Novalis: "Wahrhafte Anarchie ist das Zeugungselement der Religion. Aus der Vernichtung alles Positiven hebt sie ihr glorreiches Haupt als neue Weltstifterin empor ... Wenn Europa wieder erwachen wollte, wenn ein Staat der Staaten, eine politische Wissenschaftslehre uns bevorstände! Sollte etwa die Hierarchie ... das Prinzip des Staatenvereins sein? ...
Es wird solange Blut über Europa strömen, bis die Nationen ihren fürchterlichen Wahnsinn gewahr werden, der sie im Kreis herumtreibt, und von heiliger Musik getroffen und besänftigt, zu ehemaligen Altären in bunter Vermischung treten, Werke des Friedens vornehmen und ein großes Friedensfest auf den rauchenden Walstätten mit heißen Tränen gefeiert wird. Nur die Religion kann Europa wieder aufwecken und das Völkerrecht sichern und die Christenheit mit neuer Herrlichkeit sichtbar auf Erden in ihr friedenstiftendes Amt installieren."
Wir weisen eindrücklich darauf hin, daß die Weiße Rose nicht im Solde einer ausländischen Macht steht. Obgleich wir wissen, daß die nationalsozialistische Macht militärisch gebrochen werden muß, suchen wir eine Erneuerung des schwerverwundeten deutschen Geistes von innen her zu erreichen. Dieser Wiedergeburt muß aber die klare Erkenntnis aller Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hat, und ein rücksichtsloser Kampf gegen Hitler und seine all-

zuvielen Helfershelfer, Parteimitglieder, Quislinge usw. vorausgehen.
Mit aller Brutalität muß die Kluft zwischen dem besseren Teil des Volkes und allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt, aufgerissen werden. Für Hitler und seine Anhänger gibt es auf dieser Erde keine Strafe, die ihren Taten gerecht wäre.
Aber aus Liebe zu kommenden Generationen muß nach Beendigung des Krieges ein Exempel statuiert werden, daß niemand auch nur die geringste Lust je verspüren sollte, Ähnliches aufs neue zu versuchen. Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme!
Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach all diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre! Zu Ihrer Beruhigung möchten wir noch hinzufügen, daß die Adressen der Leser der Weißen Rose nirgendwo schriftlich niedergelegt sind. Die Adressen sind willkürlich Adreßbüchern entnommen. Wir schweigen nicht, wir sind Euer böses Gewissen, die Weiße Rose läßt Euch keine Ruhe!
Bitte vervielfältigen und weitersenden!

Flugblatt V

Aufruf an alle Deutsche!
Der Krieg geht seinem sicheren Ende entgegen. Wie im Jahre 1918 versucht die deutsche Regierung, alle Aufmerksamkeit auf die wachsende U-Bootgefahr zu lenken, während im Osten die Armeen unaufhörlich zurückströmen, im Westen die Invasion erwartet wird. Die Rüstung Amerikas hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, aber heute schon übertrifft sie alles in der Geschichte seither Dagewesene.
Mit mathematischer Sicherheit führt Hitler das deutsche Volk in den Abgrund. Hitler kann den Krieg nicht gewinnen, nur noch verlängern! Seine und seiner Helfer Schuld hat jedes Maß unendlich überschritten. Die gerechte Strafe rückt näher und näher! Was aber tut das deutsche Volk? Es sieht nicht und es hört nicht. Blindlings folgt es seinen Verführern ins Verderben. Sieg um jeden Preis, haben sie auf ihre Fahne geschrieben.
Ich kämpfe bis zum letzten Mann, sagt Hitler - indes ist der Krieg bereits verloren.
Deutsche!
Wollt Ihr und Eure Kinder dasselbe Schicksal erleiden, das den Juden widerfahren ist? Wollt Ihr mit dem gleichen Maße gemessen werden, wie Eure Verführer? Sollen wir auf ewig das von aller Welt gehaßte und ausgestoßene Volk sein? Nein! Darum trennt Euch von dem nationalsozialistischen Untermenschentum!
Beweist durch die Tat, daß Ihr anders denkt! Ein neuer Befreiungskrieg bricht an. Der bessere Teil des Volkes kämpft auf unserer Seite. Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den Ihr um Euer Herz gelegt! Entscheidet Euch, eh' es zu spät ist! Glaubt nicht der nationalsozialistischen Propaganda, die Euch den Bolschewistenschreck in die Glieder gejagt hat! Glaubt nicht, daß Deutschlands Heil mit dem Sieg des Nationalsozialismus auf Gedeih und Verderben verbunden sei!
Ein Verbrechertum kann keinen deutschen Sieg erringen. Trennt Euch rechtzeitig von allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt! Nachher wird ein schreckliches, aber gerechtes Gericht kommen über die, so sich feig und unentschlossen verborgen hielten. Was lehrt uns der Ausgang dieses Krieges, der nie ein nationaler war? Der imperialistische Machtgedanke muß, von welcher Seite er auch kommen möge, für alle Zeit unschädlich gemacht werden. Ein einseitiger preußischer Militarismus darf nie mehr zur Macht gelangen.
Nur in großzügiger Zusammenarbeit der europäischen Völker kann der Boden geschaffen werden, auf welchem ein neuer Aufbau möglich sein wird. Jede zentralistische Gewalt, wie sie der preußische Staat in Deutschland und Europa auszuüben versucht hat, muß im Keime erstickt werden. Das kommende Deutschland kann nur föderalistisch sein. Nur eine gesunde föderalistische Staatenordnung vermag heute noch das geschwächte Europa mit neuem Leben

zu erfüllen. Die Arbeiterschaft muß durch einen vernünftigen Sozialismus aus ihrem Zustand niedrigster Sklaverei befreit werden. Das Truggebilde der autarken Wirtschaft muß in Europa verschwinden.
Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt! Freiheit der Rede, Freiheit des Bekenntnisses, Schutz des einzelnen Bürgers vor der Willkür verbrecherischer Gewaltstaaten, das sind die Grundlagen des neuen Europa. Unterstützt die Widerstandsbewegung, verbreitet die Flugblätter!
Zitiert aus: "Die Weiße Rose" von Inge Scholl, Fischer Taschenbücher, … Januar 1992<<
Allein von April bis Juni 1944 ließ der NS-Justizminister 20.748 Deutsche aus politischen Gründen verhaften (x023/446).
Obgleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überlegene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).
Der israelische Historiker Saul Friedländer berichtete später über die totalitäre Macht und den totalitären Terror der NS-Diktatur (x036/25-26): >>... (Es ist) der Wille zur totalen Beherrschung von Individuen und Gruppen, der das totalitäre System antreibt, seine Opfer zu unterdrücken und sie entsprechend auszuwählen. Wenn die Kontrolle es erfordert, entscheidet man sich ohne Unterschied für die Vernichtung dieser oder jener Gruppe. Der zu vernichtende Feind wird zu einem funktionalen Element im System totaler Herrschaft. Um eine ganze Bevölkerung zu terrorisieren oder ihre Kräfte zu sammeln, kann mehr oder weniger willkürlich erst eine Gruppe und dann eine andere herausgegriffen werden.
Die Bürokratie ist das wirkungsvollste Element totalitärer Macht und totalitären Terrors. Sie besitzt jene niedrigen Diener, deren einziger Ehrgeiz es ist, ihre Aufgabe so wirkungsvoll wie möglich zu erfüllen. Und sie kann, einmal in Gang gesetzt, von den einfachsten erkennungsdienstlichsten Maßnahmen bis zur totalen Vernichtung führen. ...<<

Der "allmächtige Führer"
Am 16. März 1935 wurde die Reichswehr in "Wehrmacht" umbenannt.
Hitler gab am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<
Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag von 1919) wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.
Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung).
Nach dem Einmarsch in das entmilitarisierte Rheinland bemühte sich der französische Ministerpräsident Albert Sarraut (1872-1962) vergeblich um britische Hilfe (x069/170): >>Die ganze Welt, vor allem die kleinen Völker, richten heute ihr Augenmerk auf England. Wenn England jetzt handelt, kann es die Führung in Europa übernehmen. Dann haben Sie eine Politik, die ganze Welt wird Ihnen folgen, und damit werden Sie den Krieg verhindern. Es ist Ihre letzte Chance. Wenn Sie Deutschland nicht jetzt Einhalt gebieten, ist alles verloren. Wenn Sie Deutschland nicht heute mit Gewalt zum Stillstand zwingen, ist der Krieg unvermeidlich, selbst wenn Sie eine vorübergehende Freundschaft mit Deutschland schließen.<<

Hitler eröffnete am 1. August 1936 in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele. An diesen Olympischen Spielen nahmen 49 Nationen (ohne Spanien und die Sowjetunion) teil. Deutschland und die USA stellten mit 427 bzw. 367 Sportlern die größten Mannschaften (x032/295).
Am 16. August 1936 wurden die XI. Olympischen Sommerspiele mit einer glänzend inszenierten Abschlußfeier im Berliner Stadion beendet. Deutschland stellte mit 33 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 30 Bronzemedaillen die erfolgreichste Mannschaft der Spiele. Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) belegten mit 24 Goldmedaillen, 20 Silbermedaillen und 12 Bronzemedaillen den 2. Platz der Nationenwertung (x175/328).
Der evangelische US-Pfarrer Frank Buchmann (1878-1961, Führer einer christlichen "Bewegung für moralische Aufrüstung") erklärte nach seiner Rückkehr von den Olympischen Sommerspielen (x032/299): >>... Ich danke dem Himmel für einen Mann wie Adolf Hitler, der eine Verteidigungslinie gegen die Antichristen des Kommunismus aufgebaut hat.<<
US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/228): >>Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben.
Warum auch nicht – wenn Mussolinis damaliger Bundesgenosse, Papst Pius XI., der ihn schon mit an die Macht gebracht und diese dann wie keiner sonst gefestigt hatte, doch auch mit Morgan verbunden war?!
Denn soweit der größere Teil der vatikanischen Milliarden nicht bei der Crédit Suisse, Zürich, steckte, hatte man sie beim Bankhaus in New York deponiert, dessen nicht-katholischem Oberhaupt John P. Morgan, Papst Pius XI. denn auch für all seine Verdienste 1938, ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, einen hohen päpstlichen Orden verlieh. Derselbe Papst, der auch Hitler die Diktatur ermöglichte, da er von ihm, wiederholt erklärt, die Zerstörung des Kommunismus und Bolschewismus erwartete, was ohne Krieg nicht möglich war.
... Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.<<
Die NS-Regierung zog am 30. Januar 1937 die deutsche Anerkennung des Versailler Kriegsschuldparagraphen zurück.
Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) veröffentlichte im August 1937 sein Buch "Große Zeitgenossen".
In diesem Buch schrieb er z.B. über Hitler und Trotzki (x172/83): >>... Wer Herrn Hitler selbst begegnet ist von Staats wegen oder auf gesellschaftlichem Parkett, fand einen hochkompetenten, kühlen, gutinformierten Funktionär vor, mit angenehmen Umgangsformen und einem entwaffnenden Lächeln, und kaum jemand konnte sich seinem persönlichen Charme entziehen. ...
(Leo Trotzki alias Bronstein) besitze das Organisationstalent eines Carnot, die kühl-distanzierte Intelligenz eines Machiavelli, die Pöbelrhetorik eines Kleon, die Wildheit von Jack the Ripper und die Zähigkeit von Titus Oates. ... Er war Jude. Er war immer noch Jude. Nichts konnte darüber hinweghelfen.<<
Der italienische Staatschef Mussolini erklärte am 28. September 1937 während einer Massenkundgebung in Berlin (x032/389): >>... Die größten und echtesten Demokratien, die die Welt

heute kennt, sind die deutsche und die italienische. ...
Wichtig ist, daß unsere beiden großen Völker, eine gewaltige Masse von 115 Millionen, zusammenstehen in einer einzigen unerschütterlichen Entschlossenheit. Diese gigantische Kundgebung gibt der Welt den Beweis. ...<<
Ernst von Weizsäcker schrieb damals über den italienischen Staatschef Mussolini (x032/389): >>... Mussolini ist ein vollsaftiger, übersprudelnder Diktator. Ihn anzusehen macht vergnüglich.<<
Sir Winston S. Churchill (1874-1965, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) schrieb am 10. Oktober 1937 in der Zeitung "News of the World" (x172/86): >>... Es wäre dumm von den Briten, Mussolinis welthistorischen Rang zu unterschätzen oder die erstaunlichen Charaktereigenschaften Mut, Verstand, Selbstbeherrschung und Ausdauer, für die er beispielhaft steht.<<
Edward W. Halifax (1881-1959, von 1925-31 Vizekönig von Indien, 1938-40 britischer Außenminister) erklärte im November 1937 während einer Unterhaltung mit Hitler (x073/176): >>Er und andere Mitglieder der Regierung (seien) davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden könne. ...<<
Der britische Politiker Edward W. Halifax (1881-1959) berichtete am 5. Dezember 1937 über ein Treffen mit Hitler (x172/89-90): >>... Ich fand alles, was er erzählte, furchtbar spannend und wollte ihn gar nicht gehen lassen.<<
Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").
Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg mußte am 11. März 1938 wegen eines drohenden Bürgerkrieges zwangsweise zurücktreten. Nach Schuschniggs Rücktritt wurde der österreichische Nationalsozialist Arthur Seyß-Inquart neuer Bundeskanzler und bildete ein nationalsozialistisches Übergangskabinett. Seyß-Inquart rief danach per Rundfunk die NS-Formation zum Schutz von Ruhe und Ordnung auf.
Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.
Das österreichische Parlament löste am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschloß ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich war danach ein Teil des Deutschen Reiches. Um die Wiedervereinigung zu legitimieren, sollten am 10. April 1938 in Deutschland und Österreich Volksabstimmungen durchgeführt werden.
Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Anschluß Österreichs (x051/27): >>(Anschluß) ... Am 14.3. verkündete Hitler unter tosendem Jubel auf dem Wiener Heldenplatz "den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich". Gleichzeitig trat das "Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" in Kraft. Österreich, gegliedert in Reichsgaue, hieß nun Ostmark. Die Westmächte ließen es bei papierenen Protesten bewenden.

Es kann kein Zweifel sein, daß bei allen Vorbehalten gegenüber nationalsozialistischen Zahlenangaben das Ergebnis der Volksabstimmung über den Anschluß am 10.4.38 die überwältigende Zustimmung in beiden Ländern spiegelt (offiziell Österreich: 99,75 %, Deutsches Reich: 99,0 %).
Selbst Sozialistenführer Renner begrüßte in klarer Einschätzung der Volksstimmung Hitlers Aktion und stimmte öffentlich mit "Ja", obwohl er die Folgen für die österreichische Sozialdemokratie genau abschätzen konnte.
Der österreichische Episkopat unter Kardinal Innitzer ließ die Kirchen mit Hakenkreuzfahnen schmücken und würdigte "freudig", daß die Nationalsozialisten "auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaus ... Hervorragendes geleistet" hätten, ungeachtet der gleich nach dem Anschluß einsetzenden Verfolgung der politischen Gegner und der Juden. Schon Anfang April 38 wurde das KZ Mauthausen errichtet.<<
Am 17. März 1938 forderte der sowjetische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, die Westmächte während einer Pressekonferenz in Moskau auf, die NS-Aggressionen einzudämmen (x058/361).
Der französische Botschafter in Moskau schrieb im März 1938 in einem Bericht für die französische Regierung (x149/91): >>Es ist klar, daß die Unternehmungen Hitlers wie Glieder einer Kette ineinandergreifen und daß jedes Glied, indem es sich schließt, ein weiteres erfaßt: Wiederaufrüstung, Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, Wiederbesetzung des Rheinlandes, Anschluß Österreichs.
Ebenso klar ist es, das die bisherige passive Haltung der Westmächte nur dazu angetan ist, Hitler zu ermutigen, seiner Kette weitere Glieder anzufügen, und daß er, wenn überhaupt, so nicht eher einhalten wird, als bis alle deutschsprachigen Bevölkerungsteile in Europa dem Reich einverleibt sind -, es sei denn, daß ihm der Weg dazu verlegt wird.<<
Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).
Winston Churchill erklärte nach dem Anschluß Österreichs (x256/150): >>Europa sieht sich vor einem Angriffsplan, der sorgfältig ausgedacht und zeitlich berechnet ist und sich von Stufe zu Stufe entwickelt, und es steht nur eine einzige Wahl offen, nicht nur für uns, sondern auch für andere Länder: sich entweder wie Österreich zu unterwerfen oder wirksame Maßnahmen zu treffen, solange noch Zeit ist, die Gefahr abzuwenden.
Wenn wir weiterhin die Ereignisse abwarten – wie viele unserer Hilfsmittel werden wir uns verscherzen, wie viele Freunde werden sich uns entfremden, wie viele mögliche Verbündete werden wir einen nach dem anderen im grauenhaften Abgrund verschwinden sehen.
Wie oft noch wird der Bluff Erfolg haben, bis die hinter dem Bluff unablässig zunehmenden Kräfte sich zur Wirklichkeit zusammengeballt haben?<<
Eine britische Friedensmission (Führung: Viscount W. Runciman) traf am 3. August 1938 in der CSR ein.
Der britische Sonderbeauftragte Runciman schrieb später über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<
Der französische Botschafter in Moskau schrieb am 4. Oktober 1938 an den französischen Außenminister (x243/69): >>Die letzten Ereignisse ... haben gezeigt, daß weder Frankreich noch England bereit sind, sich einer deutschen Expansion in Mittel- und Osteuropa zu widersetzen. ...
Welcher Ausweg bleibt (der UdSSR) als auf die Politik einer Verständigung mit Deutschland zurückzukommen? ... Eine Zerstückelung Polens ... böte ... eine Notlösung, ... um das (deut-

sche) Reich von der Ukraine abzulenken – indem sie es nach Polen hineinführen, in der Hoffnung, es werde dort seinen Landhunger stillen. ...
Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Idee bereits jetzt die sowjetischen Machthaber beschäftigt. ... (Der stellvertretende sowjetische Außenminister sagte mir) "Polen bereitet seine vierte Teilung vor". ...<<
Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen. Als Gegenleistung versprach Hitler, die Rückgabe der 1919 an die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete. Obwohl sich Horthy damals noch vorsichtig zurückhielt, bekam Ungarn später nach Zerschlagung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und der Verkleinerung Rumäniens erhebliche Gebiete zugewiesen.
Der französische Außenminister stellte dem englischen Botschafter in Paris am 10. September 1938 folgende vertrauliche Frage (x243/65): >>... Deutschland kann morgen die Tschechoslowakei angreifen. In diesem Falle würde Frankreich sofort mobilisieren. ...
Marschiert ihr mit uns? Was wird die Antwort Großbritanniens sein? ...<<
Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.
Die tschechische Regierung wurde am 19. September 1938 aufgefordert, die britisch-französischen Vorschläge zu akzeptieren, da Großbritannien und Frankreich derzeitig keinen Krieg führen könnten (x041/96).
Am 29. September 1938 arbeiteten die westeuropäischen Diplomaten in München fieberhaft, um einen Kriegsausbruch zu verhindern.
Walther von Brauchitsch (ab 4.02.1938 Oberbefehlshaber des Heeres) und Franz Halder (ab 1.09.1938 Generalstabschef) wollten Hitlers Kriegspläne verhindern. Ein Stoßtrupp von etwa 30 jungen Offizieren, Studenten und Arbeitern wartete damals auf den Befehl, in die Reichskanzlei einzudringen und Hitler zu erschießen (x069/173-174).
Der geplante Staatsstreich wurde jedoch nicht durchgeführt, weil die Briten und Franzosen schließlich vereinbarten, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen und Hitlers Forderungen akzeptierten (Konferenz von München). Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.
Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schrieb später über die verhängnisvolle britische Außenpolitik der Nachgiebigkeit (x069/174): >>... Chamberlains "policy of appeasement" (Beschwichtigungspolitik) hat sehr dazu beigetragen, daß dieser Staatsstreich nicht zur Durchführung gelangte. Wiederholt haben ihn deutsche Diplomaten aufgefordert, vor Hitlers Drohungen nicht zurückzuweichen und Hitler zu eröffnen, daß England zu den Waffen greifen würde, wenn er gewaltsam vorgehen wolle.
Aber Chamberlain glaubt noch, er könne dem deutschen Diktator durch Entgegenkommen zu einer Politik des Friedens bestimmen, und will angesichts der unzulänglichen Rüstung Englands nicht das Risiko eines Krieges auf sich nehmen.
Enttäuscht schreibt damals Goerdeler, ein Führer der deutschen Widerstandsbewegung, an einen Freund in den USA: "Eine ausgezeichnete Gelegenheit ist verpaßt worden. Das deutsche Volk wollte keinen Krieg, die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden.
Wenn England eine entschlossene Haltung gezeigt und öffentlich dem deutschen Volk erklärt hätte: wir sind bereit, alle eure begründeten Ansprüche zu befriedigen, doch nicht unter dem Druck der Gewalt, und nur, wenn alle Fragen auf einmal in aller Offenheit und mit der festen Absicht erörtert werden, einen gesicherten Dauerfrieden herzustellen und die gefährlichen Lasten der Aufrüstung zu beseitigen, wenn England und Frankreich nur das Risiko eines

Krieges auf sich genommen hätten, Hitler würde nie Gewalt angewendet haben. Und dann wäre er der Blamierte gewesen und nicht, wie es jetzt der Fall ist, die guten Elemente meines Volkes.
Indem Chamberlain vor einem kleinen Risiko zurückscheute, hat er einen Krieg unvermeidbar gemacht. Das englische wie das französische Volk werden nun ihre Freiheit mit den Waffen zu verteidigen haben. Doch sie werden in der Zukunft unter weit schwierigeren Bedingungen zu kämpfen haben."<<
Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmten ("Münchener Abkommen"), atmete ganz Europa auf.
Hitler und Chamberlain erklärten am 30. September 1938 nach dem Abschluß des Münchener Abkommens (x300/148-149): >>Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder in Europa ist.
Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.
Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln, und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen. ...<<
Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Münchener Abkommen" (x051/394-395): >>Münchener Abkommen, am 30.9.38 geschlossener Vertrag der Regierungschefs des Deutschen Reiches (Hitler), von Italien (Mussolini), Großbritannien (Chamberlain) und Frankreich (Daladier).
Er zwang die Tschechen zur Abtretung des Sudetengebietes zwischen 1. und 10.10., zu einer international überwachten Volksabstimmung in weiteren Gebieten und einer entsprechenden Regelung für die polnischen und ungarischen Minderheiten und stellte der Tschechoslowakei eine - freilich nie verwirklichte - internationale Garantie in Aussicht. Im Münchener Abkommen kulminierten drei Entwicklungslinien:
Innertschechisch: Obwohl die Tschechen in ihrer 1918 gegründeten Mehrvölkerrepublik in der Nationalitätenpolitik ohnehin nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hatten, bedeutete die politisch-ideologische Gleichschaltung der Sudetendeutschen Partei mit der Berliner Politik ab Ende 33 eine zusätzliche Belastung für die innertschechische Stabilität. Die Sudetenkrise eskalierte "planmäßig" entsprechend Hitlers Weisung an Henlein vom 28.3.38, stets mehr zu fordern, als die Tschechen erfüllen könnten.
Großdeutsch-expansiv: Hitler ging unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38) an die Verwirklichung seiner Pläne, die Tschechoslowakei zu "zerschlagen" (Hoßbach-Niederschrift).
Das geschickt instrumentalisierte und dramatisch propagierte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung war für ihn nur ein Hebel zur Erreichung weiterer geostrategischer und ökonomischer Etappenziele auf dem Weg zur Ostexpansion: Vernichtung der vorgeschobenen tschechischen Bastion der Sowjetunion, Aufhebung der Flankenbedrohung, Verbreiterung der Wirtschaftsbasis, Glacis für den Aufmarsch gegen Osten.
Englisch-französische "Appeasement"-Linie: Die britische und in ihrem Schlepptau die französische Regierung sahen keinen Anlaß, die scheinbare Verwirklichung des von ihnen selbst mitproklamierten Prinzips der nationalen Selbstbestimmung zu blockieren, schätzten ihre Möglichkeiten zu militärischen Hilfeleistungen für eine bereits international isolierte Tschechoslowakei im Konfliktfall äußerst gering ein und verfolgten im Rahmen des Appeasement

nur das Ziel, die an sich längst zugestandenen Grenzrevisionen ohne Gesichtsverlust friedlich am Verhandlungstisch abzuwickeln.
Der im Grundsatz also seit langem festgelegte Ereignisablauf erfuhr nach dem Treffen Hitler-Chamberlain in Berchtesgaden (15.9.) und in Godesberg (22.-24.9.) bis hin nach München noch durch die von Hitler ultimativ vorgenommene Verschärfung der Revisionsmodalitäten eine dramatische Eskalation bis an den Rand eines europäischen Krieges (26.-28.9.), ehe auf Vermittlung des Auswärtigen Amtes und Mussolinis die "Großen Vier" am 29. 9. in München zusammentraten.
Das Münchener Abkommen, ein frühes Beispiel moderner "Gipfeldiplomatie", rettete den Frieden für ein Jahr, schloß die "revisionistische Phase" der Hitlerschen Außenpolitik ab, verwies den tschechischen "Reststaat" für eine "Atempause" von knapp sechs Monaten (15.3. 39 deutscher Einmarsch) als Satelliten an die Seite Deutschlands und brachte eine tiefe und folgenschwere Entfremdung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag). ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später (am 27.09.2008) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung (x887/...): >>**Wie das Sudetenland zum Reich kam**
Vor 70 Jahren schlossen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien das Münchner Abkommen - Nachhall von 1918
Kaum ein Vertrag des 20. Jahrhunderts wurde nach dem Zweiten Weltkrieg so oft zitiert und nach Belieben gedeutet wie das Münchner Abkommen von 1938.
Inzwischen sind viele einst unbekannte Hintergründe öffentlich geworden, so daß eine objektivere Bewertung möglich ist.
Dem Text des Abkommens ist zu entnehmen, daß es vor dem Abschluß des vierseitigen Vertrages in München schon ein anderes "Abkommen" gab, "das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde", und daß die vier Münchener Signatarmächte "unter Berücksichtigung" dieses Abkommens nur noch über die "Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen" sind.
Das wegen seiner äußeren Umstände und umstrittenen Akteure oft übel beleumundete Abkommen, bei dessen Formulierung die betroffene Tschechoslowakei gar nicht mitgewirkt hat und das deswegen gern als "Diktat" abqualifiziert wird, beinhaltete seinem Wortlaut nach in Wahrheit aber gar nicht die Abtretung des Sudetenlandes, sondern legte nur Zeit und Art ihres Vollzugs fest und traf Ausnahmeregelungen.
Tatsächlich wurde die Abtretung bereits zwischen dem 17. und dem 22. September 1938 vereinbart, und zwar unter aktiver Mitwirkung des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch. Die ihm ursprünglich nahegelegte Volksabstimmung im Sudetenland wegen des zu erwartenden Ergebnisses ausschlagend, bot er nach Bekanntwerden der britischen Abtretungsempfehlung und Neville Chamberlains diesbezüglicher Absprache mit Adolf Hitler vom 15. September in einer Geheimaktion den Briten und Franzosen eine ihm abzufordernde "cession territoriale" an.
Da Eile geboten war, schickte er seinen früheren Sozialminister Jaromir Necas am 16. September, gleich nach Chamberlains Treffen mit Hitler in Berchtesgaden, nach Paris und ließ den beiden Westmächten ausrichten, daß er bereit sei, sudetendeutsches Gebiet abzutreten, wenn ihm dies "abgefordert" werde.
Das Angebot umfaßt allerdings nur knapp 20 Prozent des mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzlandes. Außerdem verlangte Necas im Auftrag seines Präsidenten, daß dafür rund 55 Prozent aller Sudetendeutschen die Tschechoslowakei verlassen müßten. Da in den angebotenen Teilen des Sudetenlandes - dem westlichen Egerland und dem sogenannten Rumbur-

ger Zipfel - weit weniger Menschen lebten, kann man hier bereits von einem Vertreibungsplan sprechen.
Dennoch war diese Offerte ein Versuch Beneschs, vor seinen Landsleuten und vor der Welt als angeblich konzessionsbereites "Opfer" der Großmächte dazustehen und auf diese Weise seine gescheiterte Politik seit 1918 in ein günstigeres Licht zu rücken.
Vor allem Großbritannien war mit diesem fragwürdigen Angebot aber nicht mehr zufrieden und drängte Prag entschieden zur Abtretung aller Gebiete, in denen die Deutschen die Mehrheit stellten - andernfalls, so die Botschaft aus London und Paris, würde die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs alleine dastehen. Daraufhin lenkte Benesch am 21. September in einer Note ein, und eben dieser Notenwechsel ist die Vereinbarung, auf die im ersten Satz des Münchner Abkommens bezug genommen wird.
Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und insbesondere ab 1941, nach der Zerstörung von Lidice, ging das Taktieren Beneschs in den Tagen vor dem Abkommen schließlich auf. Nun wurde dem "Opfer" Benesch von den Siegermächten "Genugtuung" geleistet und der Wunsch nach "Abschub" der Sudetendeutschen erfüllt.
Das Münchner Abkommen, einst von den Zeitgenossen als Zeugnis des "Friedens in unserer Zeit" (Chamberlain) und "Ergebnis unter dem Schutz des hl. Michael" (die katholischen Bischöfe) gefeiert, wurde nachträglich zur "Kapitulationsurkunde der Demokratien" (Franklin D. Roosevelt) und "Vorstation zum Zweiten Weltkrieg" (Josef Stalin) umgedeutet.
Immerhin setzte aber das Nürnberger Tribunal noch die Gültigkeit des Abkommens voraus, als es die Errichtung des sogenannten "Reichsprotektorates Böhmen und Mähren" im März 1939 als Verstoß gegen dieses Abkommen verurteilte.
Später drang dann aber die negative Interpretation immer weiter durch, und die veröffentlichte Meinung sorgte leichtfertig für weitere Verbreitung, bis die Benesch-Version sogar Eingang in die Geschichtsbücher fand. Da steht sie nun und macht für viele eine Lektüre des Abkommens vermeintlich überflüssig. Daß Benesch das Sudetenland bereits am 21. September 1938 abgetreten hatte, ist vergessen.
Und der Punkt 2 des Münchener Abkommens gibt auch nur dem zu denken, der ihn liest und dabei feststellt, daß "die Räumung des (Sudeten-)Gebiets bis zum 10. Oktober" nicht die deutsche Wehrmacht erzwingt, sondern "das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren". Deutschland erscheint unter den vereinbarten Mächten überhaupt nicht. Dieser Umstand wirft die Frage auf nach dem Grund für das Fehlen Deutschlands.
Der Grund ist in der Geschichte zu suchen, in concreto in den Ereignissen der Jahreswende 1918/19. Damals besetzten tschechische Militäreinheiten in einer immerhin drei Monate dauernden Gewaltaktion die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens, um die von deren Bevölkerung abgelehnte Angliederung an die in der Entstehung begriffene Tschechoslowakei zu erzwingen.
Auf Ersuchen der Tschechen billigten die siegreichen Ententemächte Frankreich, Großbritannien und Italien die vollzogene Besetzung nachträglich, aber auch das wiederum nur bis zur endgültigen Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag.
Das von US-Präsident Woodrow Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht ignorierend, begnügten sich die tschechischen Verantwortlichen nicht mehr mit der Errichtung eines tschecho(slowak)ischen Nationalstaates, sondern beanspruchten das gesamte Gebiet der historischen böhmischen Länder, auch wenn es zu fast einem Drittel von Deutschen besiedelt war.
Am meisten zögerten damals die Vereinigten Staaten. Statt der Besetzung zuzustimmen, schickten sie auf die entsprechende Bitte Prags nur eine Eingangsbestätigung; und wenig später einen Sonderbotschafter, der die Lage im Sudetenland an Ort und Stelle in Augenschein nehmen sollte.
Der US-amerikanische Präsidentenberater Archibald Coolidge übernahm diese Mission und

legte am 10. März 1919 die gewonnenen Erkenntnisse in einem Bericht vor. Darin bezeugte er nicht nur anhand zahlreicher Beispiele den fast einmütigen Willen der Sudetendeutschen, sich der "Republik Deutsch-Österreich" anzuschließen, sondern unterbreitete auch konkrete Vorschläge für die Ausgliederung zumindest eines Teils der deutschen Siedlungsgebiete aus der am 28. Oktober 1918 proklamierten Tschechoslowakei. Ihre Verwirklichung hätte dem Selbstbestimmungsrecht von immerhin bis zu zwei Millionen Sudetendeutschen Rechnung getragen und dem späteren Nationalitätenkampf viel von seiner Schärfe genommen.
Edvard Benesch unterlief jedoch bei den Verhandlungen der Pariser Vorortverträge mit falschen Angaben und unaufrichtigen Versprechungen die Berücksichtigung der US-amerikanischen Pläne und setzte die Annexion aller sudetendeutschen Gebiete in die Tschechoslowakei durch. Die Besetzung des Sudetenlandes durch die Tschechen fand damit gegen die erklärten Bedenken der US-Amerikaner ihre friedensvertragliche "Absegnung".
Als sich die Folgen dieses eklatanten Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht durch die rücksichtslose Tschechisierungspolitik Prags im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte zu einer friedensbedrohenden Krise auswuchsen, hielten es die drei Signatarstaaten des Versailler Vertrages Frankreich, Großbritannien und Italien für geboten, ihre Ende 1918 erteilte Zustimmung zur Besetzung des Sudetenlandes zurückzuziehen und die "Räumung des Gebietes zu vereinbaren", wie es im Münchener Abkommen steht. So konnte Deutschland es in München Italien und den beiden Westmächten überlassen, "die Räumung des (sudetendeutschen) Gebiets" zu vereinbaren.
Kaum waren die Unterschriften unter das in München getroffene Abkommen trocken, überschritten deutsche Truppen am 1. Oktober die deutsch-tschechische Grenze und nahmen unter internationaler Aufsicht etappenweise die in vier Abschnitte aufgeteilten sudetendeutschen Gebiete in deutsche Oberhoheit. Vorliegende Bildzeugnisse belegen die reibungslose Übergabe durch die tschechischen militärischen und zivilen Autoritäten und illustrieren den geordneten Abzug ihrer Einheiten und Organe. Im Unterschied zu der sich beruhigenden internationalen Lage entwickelte Staatspräsident Benesch in jenen Tagen hektische Aktivitäten.
Fest entschlossen, sich mit den in München gefallenen Entscheidungen auf Dauer nicht abzufinden, ging er an seine langfristigen politischen Planungen. Dazu gehörte die Verlagerung seines Wirkungsbereichs ins Ausland. Das bedeutete zunächst seinen Rücktritt vom Präsidentenamt und die nachfolgende Übersiedlung in jenes Land, dessen Staatschef ein erklärter Gegner Hitlers und "Großdeutschlands" war. So erklärte er am 5. Oktober 1938 seinen Amtsverzicht und ging anschließend in die USA. Vor seiner Abreise wandte er sich mit einer Abschiedsrede an seine Landsleute.
Darin fanden sich die nachfolgenden Sätze: "Ich wende mich an Euch, um Euch als Präsident Lebewohl zu sagen. Ihr wißt, daß 4 Großmächte zusammenkamen und untereinander ein Übereinkommen trafen über die Opfer, die sie von uns im Namen des Weltfriedens forderten. Ihr wißt, daß wir gezwungen wurden, diese Opfer anzunehmen. Die Opfer, die, von uns zur Annahme gefordert und uns aufgezwungen wurden, sind maßlos und ungerecht. Die Nation wird diese Tatsache niemals vergessen. Vom Stamm unseres Heimatbaumes sind einige Zweige abgefallen. Nach einiger Zeit wird der Stamm neue Zweige ansetzen. Ich verlasse das Schiff nicht, weil es stürmisch ist, sondern werde als Bürger und Patriot meine Arbeit fortsetzen."
Benesch hat mit diesen Sätzen die Nachkriegsgeschichtsschreibung entscheidend vorgeprägt, indem er den Anteil der Tschechen an der Entwicklung bis zum Münchner Abkommen weitgehend verschwieg und seine ehemaligen sudetendeutschen Landsleute letztlich als "abgefallene Zweige" zu menschlichem Kehricht machte, den er 1945/46 mit seinen berüchtigten Dekreten außer Landes wies.

Das Abkommen im Wortlaut

Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, getroffen in München, am 29. September 1938

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1.) Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2.) Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3.) Die Modalitäten der Räumung werden im Einzelnen durch einen internationalen Ausschuß, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.

4.) Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober. Die vier auf der anliegenden Karte bezeichneten Gebietsabschnitte werden in folgender Reihenfolge durch deutsche Truppen besetzt ...

Das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters wird unverzüglich von dem oben erwähnten internationalen Ausschuß festgestellt und bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden.

5.) Der in Paragraph 3 erwähnte internationale Ausschuß wird die Gebiete bestimmen, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll. Diese Gebiete werden bis zum Abschluß der Volksabstimmung durch internationale Formationen bestimmt werden ...

6.) Die endgültige Festlegung der Grenzen wird durch den internationalen Ausschuß vorgenommen werden. Dieser Ausschuß ist berechtigt, den vier Mächten Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien in bestimmten Ausnahmefällen geringfügige Abweichungen von der streng ethnographischen Bestimmung der ohne Volksabstimmung zu übertragenden Zonen zu empfehlen.

7.) Es wird ein Optionsrecht für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen. Die Option muß innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an ausgeübt werden. Ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß wird die Einzelheiten der Option bestimmen, Verfahren zur Erleichterung des Austausches der Bevölkerung erwägen und grundsätzliche Fragen klären, die sich aus diesem Austausch ergeben.

8.) Die Tschechoslowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an alle Sudetendeutschen aus ihren militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die Tschechoslowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüßen.

Adolf Hitler, Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Benito Mussolini<<

Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern. Die Menschen freuten sich aber leider zu früh, denn Hitler dachte in jenen Tagen vermutlich keinen Augenblick daran, die vertraglichen

Zusagen des Münchener Abkommens einzuhalten.
Bis 1938 nahm Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt waren. Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.
Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläuterte der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).
Premierminister Chamberlain erklärte am 17. März 1939 während dieser Rede in Birmingham (x243/67): >>... Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, ... als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?
Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes. ...
Jedoch soviel wir auch einwenden mögen gegen die Methoden, ... etwas ließ sich doch sagen – entweder wegen der rassenmäßigen Zugehörigkeit oder wegen allzulang mißachteter gerechter Ansprüche - ... zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der vorhandenen Lage.
Aber die Dinge, die sich diese Woche unter völliger Mißachtung der von der deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, scheinen zu einer anderen Kategorie zu gehören. ...
Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat? ... Ist dies sogar ein Schritt in der Richtung, ... die Welt durch Gewalt zu beherrschen? ...
Ich fühle mich verpflichtet zu wiederholen, ... daß ... kein größerer Fehler begangen werden könnte als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgegentreten werde, sollte sie jemals erfolgen. ...<<
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers aggressive Innen- und Außenpolitik (x192/439-440): >>... Alle Maßnahmen, die der Beseitigung des Versailler Vertrages galten, wurden im Volk freudig begrüßt. Weimar verhandelte mühsam, Hitler setzte eigenmächtig Fakten und scherte sich keinen Deut um Verträge.
Das machte Eindruck – nicht nur in Deutschland, wo die Verehrung für den "Führer" ins Kultische wuchs, sondern sogar im Ausland, das allenfalls mit müden Protestnoten reagierte. Sei es die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, das Rüstungsprogramm für die Land-, See- und Luftstreitkräfte oder die Besetzung der entmilitarisierten Zone des Rheinlands - stets wußte die Propaganda diese politischen Schachzüge als patriotische Pflichterfüllung des "Führers" zu würdigen, der angeblich das deutsche Volk aus den Fesseln von Versailles befreite.
Wer sich allerdings von der Propaganda nicht benebeln ließ, konnte bald erkennen, daß es Hitler nicht um eine Revision von Versailles ging, sondern um Etappen auf dem Weg zu einem Weltanschauungskrieg zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus. ...
Nicht alle Beobachter beklagten diese unverhüllten Verletzungen der Friedensvereinbarungen von 1919, und auch die harten Maßnahmen der linken und rechten totalitären Regierungen wurden nicht einmütig verurteilt. Im Westen hatte man vielfach den Eindruck , daß die faschistischen und kommunistischen Diktatoren ihre Wirtschafts- und Sozialprobleme auf ähnliche Weise - und mit deutlich mehr Erfolg als die eigenen, demokratischen - zu lösen suchten, und beide Ideologien erfreuten sich in den meisten Demokratien einer nicht geringen Anhänger-

schaft.
Die autoritären Methoden, die gegen Regimegegner eingesetzt wurden – wahllose Verhaftungen, Schauprozesse, Arbeits- und Konzentrationslager – waren zweifellos bekannt, doch viele entschuldigten sie mit dem Argument: "Wo gehobelt wird, da fallen Späne." Wer zum Widerstand gegen den Kommunismus oder gegen die Aggression Hitlers und Mussolinis aufrief, wurde als Kriegstreiber abgestempelt ...<<
Der deutsche Historiker Walter Post berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den "Weg in den Zweiten Weltkrieg" (x853/...):
>>... In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die internationale Politik zunehmend von Spannungen beherrscht. Diese fanden ihren Ausdruck im Einfall Japans in Zentralchina, dem Krieg Italiens gegen Abessinien, der deutsch-italienischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, vor allem aber der Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland.
Der deutsche Reichskanzler Hitler war ein typischer österreichischer Alldeutscher und ein ebenso typischer "Frontkämpfer" des Weltkrieges 1914/18. Sein erklärtes außenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung jener Vormachtstellung, die Deutschland und Österreich-Ungarn bis 1918 in Mitteleuropa innegehabt hatten, diesmal aber unter dem Vorzeichen eines "Großdeutschland", in dem alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen vereinigt sein sollten. Zwar sprach Hitler gelegentlich davon, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen müsse, aber es gab keinerlei konkrete Planung zur Verwirklichung dieses Zieles.
Bis 1941 gingen sämtliche deutschen Rüstungsprojekte nur von einem Krieg in Mitteleuropa aus. Die von Hitler angestrebte Restauration der Machtverhältnisse in Europa mußte alle Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zunichte machen, weshalb ein Interessenkonflikt mit den Siegermächten von 1918, vor allem mit England und Frankreich, unvermeidlich war.
Im Jahre 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets, der deutschen Kerngebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, an das Deutsche Reich. Im März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die sogenannte "Resttschechei", die als "Protektorat Böhmen und Mähren" einen ähnlichen Status erhielt wie einstmals eine Provinz in der k.u.k. Monarchie.
England und Frankreich hatten die deutsche Revisionspolitik nur mit äußerstem Widerwillen hingenommen, aber der britische Premierminister Chamberlain hatte erkannt, daß ein neuer Weltkrieg den Ruin des britischen Weltreiches bedeuten würde und hatte daher alles getan, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität Frankreichs waren die Pariser Regierungen außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als Chamberlain zu folgen.
Deutschland konnte sich beim Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, und es wäre den Regierungen in England und Frankreich schwergefallen, ihre Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, nur um die Österreicher und die Sudetendeutschen daran zu hindern, sich an das Deutsche Reich anzuschließen.
Dennoch war Chamberlains Konzeption der Befriedigung der legitimen deutschen Ansprüche und einer milden Eindämmung Deutschlands, der sogenannten "Appeasement-Politik", in England keineswegs unumstritten. Die britische Opposition gegen die "Appeasement-Politik", die in Winston Churchill ihren Wortführer fand, vertrat die Überzeugung, daß eine friedliche Koexistenz mit dem nationalsozialistischen Deutschland auf Dauer unmöglich und ein Krieg unvermeidlich sei.
Die "Anti-Appeaser" genossen die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und eines Teils der amerikanischen Presse, die in England erheblichen Einfluß besaß. Roosevelt betrachtete die autoritären Regime in Deutschland, Italien und Japan als eine Gefahr für den Weltfrieden, die beseitigt werden müsse. Als Fernziel schwebte ihm die Errichtung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung vor, wobei er einer freund-

schaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion große Bedeutung beimaß. Roosevelt glaubte, daß die UdSSR sich langfristig zu einer Demokratie entwickeln würde. Die militärische Besetzung der "Resttschechei" im März 1939, die einen schweren Verstoß gegen das bisher von Deutschland angerufene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker darstellte, gab den "Anti-Appeasern" in England, Frankreich und den USA erheblichen Auftrieb. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (x878/...):

>>**Die Ursprünge des 2. Weltkriegs**

Im Jahre 1961 veröffentlichte A(lan), J(ohn), P(ercivale) Taylor ein Buch über die "Ursprünge des 2. Weltkriegs" (The Origins of the Second World War), das in Großbritannien heftigste Diskussionen auslöste.

Es liest sich wie der Kontrapunkt zum zeitgleich 1961 erschienen Buch von Fritz Fischer "Griff nach der Weltmacht" über die deutsche Kriegsschuld am 1. Weltkrieg. Zwei Historiker, die die damals gängige, vorherrschende Meinung zur Politik Ihrer Nationen zum Beginn des 1. und 2. Weltkriegs massiv in Frage stellten und weit über den Kreis der Fachhistoriker hinaus aufwühlende Kontroversen auslösten. Fritz Fischer setzte sich in Deutschland durch, Taylor verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Oxford in England. ...

Was war so provokant am Buch von Taylor? Er widersprach einem Geschichtsbild, das für Politik und Öffentlichkeit in Großbritannien, aber auch für die anderen Siegermächte zum Vorlauf und Ausbruch des 2. Weltkriegs feststand.

Danach hatte eine Gruppe verbrecherischer Nazi-Größen, Militärs, Ministerialbeamter, Wirtschaftsführern etc., allen voran Hitler, den Krieg zielstrebig vorbereitet, um Anfang September 1939 mit dem Angriff auf Polen schließlich den 2. Weltkrieg zu beginnen. Sie waren In Nürnberg nach 1945 als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt und (meist) verurteilt worden. Damit waren die Siegermächte von jedweder (Mit-)Verantwortung entlastet. Taylor stellte diese Selbstgewißheit insbesondere der britischen Siegermacht entschieden in Frage. ...

Argumentation A. J. P. Taylors

Vorausgeschickt werden muß, daß Taylor ein anerkannter Fachhistoriker der Außenpolitik der europäischen Großmächte (Diplomatiegeschichte) und der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts war. Er war ein hervorragender Kenner insbesondere der britischen Außenpolitik und der einschlägigen Aktenlage. Nicht ohne Grund war er bis zu seinem "Rauswurf" 1964 Professor an der Eliteuniversität Oxford. ...

London neigte eher zu Zugeständnissen an Deutschland als Frankreich, das Deutschland dauerhafte, um nicht zu sagen endgültige Fesseln anlegen wollte. Mit der Rheinlandbesetzung Februar 1936 endete schließlich das Versailler Vertragsregime. Hitler stieß auf keinen nennenswerten Widerstand der Westmächte, als er die Wehrmacht dort einrücken ließ. Dasselbe gilt danach für den Anschluß Österreichs März 1938 und auch für das Münchner Abkommen September 1938, das die Zerschlagung der Tschechoslowakei besiegelte. Hitler schritt von einem Erfolg zum anderen und machte die Erfahrung, daß die Westmächte (einschließlich Italiens) in der Krise stets nachgaben.

Mit der Darstellung des Ablaufs und der Komponenten dieser Krisen entfernt sich Taylor aber in drastischer Weise vom üblichen Narrativ, das Hitler als Aggressor zeigt, der mit Bluff, Erpressung, Drohungen und Gewaltanwendung planmäßig und skrupellos seine Ziele durchsetzte. Taylor sieht in Hitler vielmehr einen Machtpolitiker, der die Krisen, die jedenfalls in Österreich und der Tschechoslowakei im Wesentlichen ohne sein Zutun entstanden seien, zu seinen Gunsten nutzte.

Er sei dabei nicht anders vorgegangen als andere zeitgenössische Staatsmänner. Auch die Politik westlicher Politiker habe letztlich auf Gewalt beruht: Frankreichs Politik auf der Armee, die britische auf der Seemacht. Wenn westliche Politik moralisch überlegener erschienen sei,

dann weil sie auf die Bewahrung des Status quo gerichtet gewesen sei, die Politik Hitlers auf dessen Revision (S. 71).
Die Methode Hitlers sei auch nicht Aggression sondern Geduld gewesen. Er habe gewartet, bis die Krise sich entfaltete, bis sich eine Gelegenheit bot. Stets habe er gewartet, daß ihm London, Paris oder auch Mussolini/Italien Lösungen der Krise anboten. Intuitiv habe er erfaßt, daß weder die führenden Politiker Großbritanniens noch Frankreichs ihre "kostbare", und mühsam errungene Position als imperiale Siegermächte des 1. Weltkriegs mit einem größeren kriegerischen Konflikt aufs Spiel setzen oder schwächen wollten.
Stets hätten sie nach Möglichkeiten gesucht, die zum Teil als legitim angesehenen Ansprüche Hitlers auf einigermaßen verträgliche Weise zu befriedigen. Hitler stellte keine präzisen Forderungen, er wartete auf Vorschläge und Konzessionen, um dann noch mehr zu verlangen. Hitler habe je nach Lage agiert. Er sei ein Meister des Wartens gewesen.
Solange er das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung in Österreich oder den Sudeten einforderte, hatte er ein Prinzip des Versailler Vertrags auf seiner Seite. Versailles hatte das Selbstbestimmungsrecht allen Völkern zugesprochen - außer den Deutschen:
Das österreichische Parlament hatte 1919 einstimmig für den Anschluß an das Deutsche Reich votiert, was in den Versailler Verträgen dann verboten wurde. Die dreieinhalb Millionen Deutschen in Böhmen/Mähren hatte niemand gefragt, ob sie tschechoslowakische Staatsbürger werden wollten. Die Trennung Ostpreußens vom Reich durch den polnischen Korridor und die Lage Danzigs waren in Deutschland durchweg als unerträglich abgelehnt worden.
Die Revision des Versailler Vertrags wurde von der überwältigenden Mehrheit der Deutschen mitgetragen. Das wußte man in London und Paris. Man war beunruhigt und fragte sich, wie man die sich abzeichnenden und zuspitzenden Krisen/Konflikte entschärfen könnte. ...
Hitlers politischer Instinkt, mit dem er sich vorsichtig und abwartend von Erfolg zu Erfolg gehangelt habe, sei durch München korrumpiert worden. Danach habe er geglaubt, mit Bluff, Einschüchterungen, Drohungen und gekonnt orchestrierten Nervenkriegen weitere Erfolge einfahren zu können. Schließlich hatte man in London und Paris das Münchner-Abkommen als großen Erfolg und Triumph der Appeasement-Politik gefeiert.
Insbesondere nach Abschluß des Hitler-Stalin Paktes vom 23. August 1939 sei Hitler davon ausgegangen, daß London und im Gefolge Paris es nicht darauf ankommen lassen würden, einen großen Krieg zu riskieren, wenn er versuchen würde, die Danzig- und Korridorfrage gewaltsam zu lösen. Daß es überhaupt zu einem deutsch-sowjetischen Pakt kam, lastet Taylor der dilatorischen und streckenweise amateurhaften Politik Londons an, das seit Monaten ebenfalls mit Moskau verhandelt hatte.
Letztlich sei eine Lösung der Danzig- und Korridorfrage an der sturen Haltung Polens gescheitert, das weder zu Konzessionen gegenüber Deutschland noch der Sowjetunion (Durchmarsch-Recht für sowjetische Truppen - nur so konnten sie in den Konflikt eingreifen) bereit gewesen sei. London habe sich durch die Garantie für Polen zum Gefangenen Warschaus gemacht. London habe nicht entschieden genug bei Hitler interveniert, um ihm die eigene Entschlossenheit klar zu machen. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, habe mit seiner deutschfreundlichen Haltung Hitler vielmehr in der Annahme bestärkt, London würde auch dieses Mal zurückweichen.
Mit der Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September 1939, gefolgt von der Frankreichs, habe London einen Krieg begonnen, in dem es Polen nicht effektiv, d.h. militärisch beistehen konnte - und aus Kriegsgründen (Danzig und Polnischer Korridor), zu denen es die deutsche Position mehr oder weniger teilte und versucht hatte, in diesem Sinne auf Warschau einzuwirken.

Beurteilung / Verurteilung?

Wer dieses Buch im Kontext der heutigen deutschen Diskussion auch im weiteren Zusam-

menhang der Debatten um den Ausbruch des 1. Weltkriegs liest, ist zunächst einmal verblüfft. Verblüfft darüber, daß ein solches Buch von einem der maßgeblichen Historiker Englands 1961 publiziert wurde und mehrere Auflagen erlebte. Ist das Buch Taylors ein typisches Beispiel für die bekannte Exzentrik einiger britischer Geistesgrößen? Allerdings werden Exzentriker eben nur hingenommen oder belächelt, nicht aber leidenschaftlich diskutiert. Spricht aus ihm britische Fairneß: Et auditur altera pars! (Auch die andere Seite muß gehört werden)? Dann hätte Taylor an der einen oder anderen Stelle sicher darauf hingewiesen.
Bei den Briten muß er einen wunden Punkt getroffen haben, sonst wäre sein Buch als abseitig und abwegig, gewissermaßen als randständig und Irrläufer abgetan worden. Das geschah gerade nicht: es wurde heiß und leidenschaftlich diskutiert, mit dem Ergebnis, daß Taylor in Oxford vor die Tür gesetzt wurde. Hier kratzte einer am historisch-politischen Selbstverständnis Großbritanniens - und er sprach "ex cathedra", vom Katheder der altberühmten Universität Oxford. ...<<

Verfolgung und Auswanderung der Juden
Hitler rief bereits am 28. März 1933 alle NS-Parteiorganisationen zum Boykott (1. April 1933) der Juden auf (x032/37): >>... Das Deutschland der nationalen Revolution ist nicht das Deutschland einer feigen Bürgerlichkeit. ...
(Hitler fordert) ... sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte.<<
Am 1. April 1933 fand bereits die 1. zentral gesteuerte Boykottaktion gegen die jüdische Bevölkerung (Kaufleute, Ärzte, Rechtsanwälte etc.) statt. Die gesellschaftliche Ächtung der Juden begann. NSDAP- und SA-Angehörige organisierten den Boykott jüdischer Geschäfte. Vor jüdischen Geschäften und Warenhäusern hetzten damals SA-Männer gegen die Juden ("Deutsche wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!" - "Hier kaufen sie bei einem Juden!").
Der französische Botschafter Andre Francois-Poncet berichtete am 1. April 1933 über die ersten Judenverfolgungen in Berlin (x191/63): >>Am festgesetzten Tag durchziehen SA-Kolonnen die ganze Stadt, halten die Juden an und verprügeln sie. Sie dringen in die besuchtesten Cafes und Restaurants am Kurfürstendamm ein und jagen die jüdischen Gäste mit Prügeln hinaus.
(SA-Truppen) stellen sich am Eingang der Geschäfte auf, kleben kleine Plakate auf die Schaufenster: "Jüdisches Geschäft! Hier kaufen keine Deutschen!" und hindern die Leute am Eintreten. In den Geschäften selbst werden die Besitzer krumm und lahm geschlagen, ihre Waren werden geplündert, und unter Androhung weiterer Schläge erpreßt man (von) ihnen Geld. So geht es den ganzen Tag.<<
Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler schrieb am 1. April 1933 in Paris über den Judenboykott (x032/39): >>... Dieser verbrecherische Wahnsinn hat alles vernichtet, was in 14 Jahren an Vertrauen und Ansehen für Deutschland wieder gewonnen war.<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus schrieb später über den "Judenboykott" am 1. April 1933 (x051/286-287): >>Judenboykott, erste zentral gesteuerte Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Deutschland nach der Machtergreifung, am 28.3.33 von der Parteiführung für den 1.4., 10 Uhr, befohlen.
Der Boykott sollte sich gegen jüdische Geschäfte und Warenhäuser, Rechtsanwälte und Ärzte wenden. Legitimiert wurde er damit, daß es gelte, der "Greuelhetze" und der Aufforderung zum Boykott deutscher Waren zu begegnen, die das "internationale Judentum" gegen das nationalsozialistische Deutschland gerichtet habe. Der Judenboykott stellte damit im Sinne des nationalsozialistischen Antisemitismus eine Kampfansage gegen die "Weltverschwörung des Judentums" dar.

Die Aktion, die durch ein "Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze" unter Streicher in München geleitet wurde, hatte die politische Funktion, die Juden gesellschaftlich auszugrenzen und zugleich die Herrschaft des Nationalsozialismus zu stabilisieren. "Der Führer sagte mir, sogar die Reichsfahne, das Hoheitszeichen, würde im Ausland beleidigt, und wir müßten jetzt dem Weltjudentum sagen: Bis hierher und nicht weiter." (Streicher, 1946).
Überall gründete die NSDAP lokale Aktionskomitees, die den Judenboykott propagieren und organisieren sollten. Um den Boykottaufruf mit Gewalt durchzusetzen, zogen um 10 Uhr Posten der SA und SS auf. Sie sollten nach offizieller Formulierung "die Bevölkerung vor dem Betreten jüdischer Geschäfte warnen", die vielfach durch Plakate und Schmierereien markiert waren. Wer trotzdem in jüdischen Geschäften einkaufte, war oft Schikanen ausgesetzt. Auch Übergriffe gegen Juden waren nicht selten und führten zur Verunsicherung der jüdischen Bürger.
Der Stabilisierung der nationalsozialistischen Herrschaft dienten nach dem Programm des Münchener Zentralkomitees Pläne, die Presse zur Unterstützung des Judenboykotts zu bewegen, ferner Versammlungen in den Betrieben abzuhalten, in denen die Arbeiter von der Notwendigkeit des Judenboykotts überzeugt werden sollten.
Der Boykott, der an einem Samstag stattgefunden hatte, wurde in der folgenden Woche nicht fortgesetzt, da die innen- und außenpolitischen Folgen der NSDAP Sorgen bereiteten. Es kam aber in der Folgezeit weiterhin zu Einzelaktionen gegen jüdische Geschäfte. Überdies schuf die NSDAP durch ihre Propaganda eine permanente Boykottstimmung gegen die Juden.<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über den "Antisemitismus" nach Hitlers Machtergreifung (x051/31): >>(Antisemitismus) ... Daß die NSDAP beabsichtigte, der antisemitischen Propaganda tatsächlich Taten folgen zu lassen, stellte sie bald nach der Machtergreifung durch den Judenboykott vom 1.4.33 und das Berufsbeamtengesetz vom 7.4.33 unter Beweis. Aus dem antisemitischen Programm wurde, was vielfach auch in bürgerlichen Kreisen und auch unter den deutschen Juden nicht für möglich gehalten worden war, die Judenverfolgung und schließlich die Endlösung.
Vom Begriff des Antisemitismus wollten die Nationalsozialisten, nachdem sie ihre Macht etabliert hatten, bald nichts mehr wissen: 1935 versah das Propagandaministerium die deutsche Presse mit der Weisung, "in der Judenfrage das Wort antisemitisch oder Antisemitismus zu vermeiden, weil die deutsche Politik sich nur gegen die Juden, nicht aber gegen die Semiten schlechthin wendet. Es soll statt dessen das Wort antijüdisch gebraucht werden."
Außenpolitische Rücksichten, auf die arabische Welt, veranlaßten die Nationalsozialisten, den zentralen Begriff aus der Kampagne gegen die Juden zu verbannen.
1944 ist in einer offiziösen Darstellung noch der Versuch unternommen worden, den Begriff des Antisemitismus durch den des "Antijudaismus" zu ersetzen. Die Beseitigung des zentralen Kampfbegriffs war allerdings mehr als eine politische Sprachregelung. Sie weist vielmehr darauf hin, daß der Antisemitismus als "Weltanschauung ... ein integrierender Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung geworden" war, während "der Antisemitismus als politische Bewegung ... in der nationalsozialistischen Bewegung aufgegangen" war (Nipperdey/Rürup).
Nachdem 1933 alle politischen Gegenpositionen bis auf Reste in der Kirche ausgeschaltet worden waren, konnte sich auf Basis des verbreiteten Antisemitismus ein "dynamischer" und nach Aktionen drängender Antisemitismus ungehindert entfalten. ... Er dominierte in der NSDAP und bildete für den Zusammenhalt der Partei und besonders der SS eine wichtige Integrationskraft.
Innerhalb der Bevölkerung fand die Partei für den dynamischen Antisemitismus nur begrenzt Anklang. Deutlich wurde das anläßlich der Kristallnacht, an der die Bevölkerung nur hier und

da und oft nur mit Randgruppen aktiv beteiligt war. Die Zuschauerrolle dominierte, ja, kritische Stellungnahmen gewannen an Gewicht, wie sich aus dem Ansteigen entsprechender Fälle vor dem Sondergericht München ersehen läßt.
Es gelang allerdings der NSDAP, die antisemitische Haltung in der Bevölkerung fester zu verankern. Das führte dann dazu, daß die Deportation der deutschen Juden 1941 und die aufkommenden Gerüchte über ihre Ermordung nur sehr schwache Reaktionen hervorriefen. Latenter Antisemitismus, sicher auch eine allgemeine Einschüchterung, bewirkten bei der Dominanz eigener Sorgen im Kriegsalltag eine Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden, die der NSDAP die ungehinderte Durchführung ihrer Ausrottungspolitik ermöglichte.<<
In Chicago und New York protestierten am 10. Mai 1933 erstmalig nordamerikanische Juden gegen die "Inquisition in Deutschland" und forderten den Wirtschaftsboykott Deutschlands (x032/54): >>... Nieder mit dem Hitlerismus, dem Zerstörer der deutschen Arbeiterbewegung und der Gefahr für den Weltfrieden. ... Öffnet den deutschen Juden die Tore der Vereinigten Staaten. ...<<
Die britischen Gewerkschaften forderten am 25. Mai 1933 wegen der Judenverfolgungen erneut zum Boykott deutscher Waren auf (x032/59).
Reinhard Heydrich (stellvertretender Chef der Sicherheitspolizei) forderte am 24. Mai 1934, die Auswanderung der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen (x172/61): >>... Jede zuständige Behörde soll ihre Bemühungen insbesondere darauf konzentrieren, die zionistischen Organisationen im Auge zu behalten und ihre Ausbildungs- und Emigrationsbestrebungen anzuerkennen; gleichzeitig sollten alle Aktivitäten von deutsch-jüdischen Gruppen insoweit eingeschränkt werden, daß sie die Idee aufgäben, in Deutschland zu bleiben.<<
Der NS-Reichstag beschloß am 15. September 1935 in Nürnberg ein "Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie das sogenannte "Reichsbürgergesetz". Nach dem Erlaß der "Nürnberger Gesetze" (15.09.1935) verloren die Juden alle staatsbürgerlichen Rechte, wenn sie keinen "Ariernachweis" besaßen.
Das NS-Regime forderte bereits seit April 1933 einen sogenannten "Ariernachweis" (Arier = angebliche nordische Rasse) von allen staatlichen Bediensteten. Der "Ariernachweis" (Adel bis zum Jahre 1750 und NSDAP-Parteimitglieder bis zum Jahre 1800) mußte mit Geburts- und sonstigen Urkunden nachgewiesen werden (x032/185).
Die Assessorin Alisa Schapira schrieb später über die "Nürnberger Gesetze" (x051/423-424): >>Nürnberger Gesetze, Sammelbezeichnung für zwei Rassengesetze der nationalsozialistischen Regierung, die anläßlich des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg am 15.9.35 verabschiedet wurden (RGBl I., S. 1.146): Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre sowie Reichsbürgergesetz.
Das sogenannte Blutschutzgesetz sah für Übertretungen des Verbots der Eheschließung und des außerehelichen Geschlechtsverkehrs zwischen Juden und "Deutschblütigen" Zuchthausstrafen vor und war die Grundlage für eine Vielzahl von Strafverfahren wegen Rassenschande. Mit dem Reichsbürgergesetz wurde für "Arier" der neue Status des Reichsbürgers geschaffen, an den alle politischen Rechte geknüpft waren, während Juden nur die Staatsbürgerschaft behielten.
Jude war, wer von drei jüdischen Großelternteilen abstammte, als Jude galt, wer zwei jüdische Großeltern hatte und der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörte oder mit einem "Volljuden" verheiratet war. Diese in der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz enthaltene gesetzliche Definition war Ergebnis eines Kompromisses zwischen der NSDAP und der Ministerialbürokratie, die nur Personen mit vier jüdischen Großeltern zu Nichtariern hatte erklären wollen, während die NSDAP die Gleichstellung aller "Voll-", "Halb-" und "Vierteljuden" anstrebte.
Auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze wurden weitere Berufe für Juden geschlossen und

die letzten Juden aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Da schon der bloße Verdacht der "Rassenschande" gefährlich wurde, gerieten die Juden weiter in die Isolation und wurden Menschen zweiter Klasse.
Zwar erkannten die Nürnberger Gesetze den Juden einen – wenn auch minderwertigen – Rechtsstatus zu und nährten damit bei ihnen die Hoffnung auf ein Ende der antijüdischen Maßnahmen. Im Rückblick aber erscheinen die Nürnberger Gesetze als eine der zentralen Maßnahmen im Prozeß der ständigen Verschärfung der Judenverfolgung.
Nach der ersten Terrorwelle des Jahres 1933, der Entfernung der Juden aus dem öffentlichen Leben und der anschließenden Konsolidierungsphase des Regimes entsprachen die Nürnberger Gesetze den 1934/35 erneut laut werdenden antisemitischen Parteiforderungen nur zum Teil, da die Position der Juden in der Wirtschaft weitgehend unangetastet blieb. Reichswirtschaftsminister Schacht befürchtete negative Konsequenzen bei einer zu schnellen und radikalen Ausschaltungspolitik. Ebenso dürften außenpolitische Rücksichten vor dem Olympiajahr 1936 die Partei- und Staatsführung von weitergehenden Maßnahmen abgehalten haben.
Als Abschluß der antijüdischen Maßnahmen wurden die Nürnberger Gesetze von der NSDAP zu keiner Zeit akzeptiert. Sie wurden bedeutungslos, als nach vollzogener Aufrüstung und im Zuge der sich verfestigenden Kriegspläne Hitlers die Hindernisse für radikalere Angriffe auf die Juden wegfielen. Nach der Kristallnacht vom 9./10.11.38 und der Arisierung wurden die Juden absolut rechtlos gestellt.<<
"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den Begriff "Rassenschande" (x051/467): >>Rassenschande, Straftatbestand gemäß Blutschutzgesetz vom 15.9.35 (RGBl I, S. 1.146): Eheschließung sowie "außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes".
Da Eheschließungen der genannten Art verboten wurden, blieb als Delikt der außereheliche Verkehr, bei dem laut Gesetz sich nur der Mann strafbar machte. In den zahlreichen Verfahren wegen Rassenschande, herbeigeführt meist durch Denunziationen aus Rache oder Eifersucht, wurde aber auch häufig gegen Frauen verhandelt.
Am Ende standen meist drastische Strafen (Zuchthaus), die im Krieg noch verschärft wurden. Nach der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 wurde nicht selten sogar auf Todesstrafe erkannt, wenn dem Angeklagten die Ausnutzung der Kriegsumstände (Verdunkelung, Not u.a.) angelastet werden konnte.
Rassenschande führte auch oft ohne Verfahren zu KZ-Einweisung (z.B. bei Fremdarbeitern). Der Begriff war zwar insbesondere auf Juden geprägt, wurde aber auch für Verhältnisse mit sonstigen "Artfremden" verwendet.<<
Herbert Lehman (damaliger Gouverneur von New York) forderte US-Präsident Roosevelt am 1. November 1935 auf, die Einwanderungsquote für Juden zu erhöhen (x172/70): >>... Aus Deutschland kommen die besten Einwanderer. ... Vielen Neuankömmlingen der letzten Monate bin ich selbst begegnet, und sie machten auf mich den Eindruck, als seien sie vom gleichen Schlag wie Carl Schurz, mein Vater oder andere Deutsche, die um 1848 herkamen und später zu unseren angesehensten Bürgern zählten. ...<<
Am 14. November 1935 wurden alle Juden, die noch öffentliche Arbeitsplätze besaßen, aufgrund des "Reichsbürgergesetzes" entlassen. Gemäß Reichsbürgergesetz-DVO vom 14. November 1935 galt jeder Deutsche als Jude, wenn er von mehr als 2 volljüdischen Großeltern abstammte. Die Juden wurden von der Reichsbürgerschaft ausgeschlossen, verloren alle Bürgerrechte, mußten sich aber den "Gesetzen" des NS-Staates unterordnen. Alle jüdischen Kinder, auch wenn nur ein Elternteil Jude war, mußten sofort die höheren Schulen verlassen. Eine Ehe zwischen "arischen" Deutschen und Juden oder Halbjuden stellte eine unentschuldbare "Rassenschande" dar.
Angesichts der äußerst bedrohlichen Lage der verfolgten Juden in West- und Osteuropa for-

derte damals der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973) zur Rückkehr nach Eretz Israel in "das erbliche Land der Israeliten" auf (x043/432): >>... Wir kehren nicht einer Laune wegen in dieses Land zurück. Für uns ist es eine Existenzfrage, eine Frage auf Leben und Tod. Wir werden hierher kommen, ob es nun eine arabisch-jüdische Verständigung gibt oder nicht. Gewaltakte werden uns nicht aufhalten. Wenn wir die Wahl zwischen Verfolgung in Deutschland, Polen oder anderen Ländern und Unruhen in Palästina haben, ziehen wir Palästina vor. ...<<

Infolge der NS-Rassenverfolgungen drängten die deutschen Juden verstärkt nach Palästina, obgleich die Gewalttaten der extremistischen Araber ständig zunahmen. Im April 1936 brachen große arabische Aufstände gegen die jüdischen Siedler und die britischen Besatzungstruppen in Palästina aus.

Die Araber (erstmalig unter Führung der ungewöhnlich fanatischen El Fatah-Terrororganisation) bekämpften in erster Linie die jüdischen Siedler, während der Widerstand gegen die Briten nur eine untergeordnete Rolle spielte. In Palästina ereigneten sich vielerorts arabische Greueltaten, denen zahlreiche Juden zum Opfer fielen. Um das Einwanderungsverbot für Juden durchzusetzen, riefen die Araber schließlich zum Generalstreik auf.

Der Haushaltsausschuß des polnischen Parlaments berichtete am 13. Januar 1937 über die wirtschaftliche Zukunft der Juden in Polen (x172/78): >>... Die polnische Regierung denkt bei dem Versuch, den Bevölkerungsüberschuß zu lösen, zuerst an die Juden. Wir hätten nichts gegen die Menschen, wenn es 50.000 wären. Unsere negative Einstellung rührt von der Tatsache her, daß es hier 3 Millionen gibt. Eine Änderung dieser anormalen Situation ist der einzige Weg zur Lösung des leidigen Judenproblems. ...

Ohne Palästina als ein Auffangbecken für unseren Judenüberschuß aufzugeben, müssen wir unser Problem auf einer breiteren Basis angehen. ...<<

Joseph Tenenbaum (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) rief am 15. März 1937 während einer Großveranstaltung im Madison Square Garden in New York zum Boykott deutscher Waren auf (x172/80): >>... Jedes deutsche Schiff, das an unseren Küsten anlegt, bringt eine frische Ladung Naziratten, die eine Beulenpest von Antisemitismus und Rassenhaß verbreitet und an den Fundamenten unseres großen Gemeinwesens nagt. ...

Niemand ist sicher vor dem Holocaust der Nazis.<<

Der Rabbiner Baruch Braunstein berichtete am 13. April 1937 während einer Veranstaltung des Nationalen Rates Jüdischer Frauen im US-Bundesstaat New York über die Folgen des Ersten Weltkrieges (x172/81): >>... Es hat drei Fünftel Europas ins Mittelalter zurückversetzt. ... Wir zogen in den Krieg, um die Demokratie zu retten, und mußten erleben, wie die Demokratie tausend Tode starb. ...<<

Die polnische Regierung verhandelte am 5. Mai 1937 mit der französischen Regierung, ob man osteuropäische Juden nach Madagaskar (1896-1959 französische Kolonie) umsiedeln könnte (x172/79).

Im Juli 1937 verlangte Chaim B. Weizmann von der britischen Regierung, endlich die Gründung des zugesagten Judenstaates zu realisieren. Die Briten schlugen daraufhin eine Aufteilung Palästinas ("Peel-Plan") vor. Der sogenannte "Peel-Plan" wurde aber während des zionistischen Kongresses in Zürich von der Mehrheit abgelehnt (x043/474).

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion), der diese vorläufige Kompromißlösung befürwortete, konnte sich in Zürich nicht durchsetzen (x043/474): >>Dieser jüdische Staat, den man uns anbietet, ist nicht das Ziel des Zionismus. In diesem Gebiet läßt sich das jüdische Problem nicht lösen. Aber er wird eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der großen zionistischen Ziele sein. Er wird im kürzesten Zeitraum zu der wahren Macht heranwachsen, mit dem wir unseren geschichtlichen Auftrag erfüllen können.<<

Dieser kleinere Judenstaat (gemäß "Peel-Plan") hätte sicherlich Hunderttausende von späteren jüdischen NS-Opfern das Leben retten können.
Der Reichsführer SS Heinrich Himmler ordnete am 13. September 1937 an, jüdische Internierte aus der Schutzhaft zu entlassen, falls sie nachwiesen, daß sie nach Palästina oder Übersee auswandern konnten (x032/386).
Joseph C. Hyman (Leiter einer jüdischen Hilfsorganisation) rief am 17. Oktober 1937 während einer Veranstaltung in Pittsburgh zur Rettung der europäischen Juden auf (x172/87): >>... Es ist eine Frage von Leben und Tod, sofort Mittel zu schicken, um unsere Leute so bald wie möglich aus Deutschland herauszuholen. ...
In Polen ist die jüdische Bevölkerung von mehr als 3.000.000 Seelen zwar nominell durch die Verfassung und das öffentliche Recht geschützt, wird jedoch nur allzuoft von Pogromen, Übergriffen und Boykotten; nur allzu oft Objekt einer starken und zielgerichteten Propaganda mit dem Leitmotiv "Juden raus"! ...
(In Rumänien) nimmt der Antisemitismus eine Brutalität und Gehässigkeit in Wort und Tat an, die einen Vergleich mit Nazideutschland rechtfertigen.<<
Die "New York Times" veröffentlichte am 21. Januar 1938 eine Stellungnahme des rumänischen Ministers Alexander Cuza (x172/92): >>... Es ist Sache der ganzen Welt, eine Bleibe für die Juden der Welt zu finden. Madagaskar scheint ein geeigneter Ort zu sein.<<
Seit dem 26. April 1938 mußten die im Deutschen Reich lebenden Juden ihr Vermögen (Besitz über 5.000 Reichsmark) angeben.
Die systematische Ausplünderung der deutschen Juden begann (x032/441): >>... Der Beauftragte für den Vierjahresplan (Göring) kann Maßnahmen treffen, um den Einsatz des anmeldepflichtigen Vermögens im Interesse der deutschen Wirtschaft sicherzustellen.<<
Der US-Wirtschaftsexperte Bernard M. Baruch (1870-1965) schlug im April 1938 in einer Denkschrift an Präsident Roosevelt vor, die europäischen Juden in den "Vereinigten Staaten von Afrika" (britische Kolonialgebiete in Kenia, Tanganjika und Nordrhodesien) anzusiedeln.
Der US-Jurist Felix Frankfurter (1882-1965, von 1939-62, Richter am Obersten US-Gerichtshof) kritisierte damals die fehlende Hilfsbereitschaft in Nordamerika (x172/98): >>... Die Herren Baruch und Morgenthau sind so damit beschäftigt die eigene Haut und ihre "Stellungen" in Amerika zu retten, daß sie sich so gut wie gar nicht um das Schicksal der Opfer Hitlers kümmern. Diese Männer legten dasselbe Verhalten an den Tag wie die reichen und mächtigen Juden, die damals Hitler unterstützten, um den Bolschewismus zu unterdrücken.<<
Das NS-Regime führte am 1. Juni 1938 die Massenverhaftung von allen vorbestraften Juden (die zu mehr als einem Monat Gefängnis bestraft waren) durch (x032/449). Die Verhafteten wurden ohne Vernehmung und Gerichtsverhandlung in Konzentrationslagern inhaftiert.
Alfred Rosenberg (ab 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes) schlug am 6. Juni 1938 während der Flüchtlingskonferenz europäischer und amerikanischer Staaten in Evian am Genfer See vor, die Insel Madagaskar als Auswanderungsland für die Juden auszuwählen (x032/451).
Die Konferenz von Evian endete am 15. Juli 1938 lediglich mit unverbindlichen Empfehlungen und der Errichtung eines Internationalen Flüchtlingskomitees mit Sitz in London.
Das jüdische Flüchtlingsproblem wurde durch diese Konferenz nicht verbessert, sondern sogar noch verschlechtert, weil sich die britische Regierung weigerte, die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern. Seit 1933 waren etwa 40.000 deutsche Juden nach Palästina ausgewandert (x032/459).
Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" und das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichteten damals über die erfolglose "Evian-Konferenz" am Genfer See (x172/104): >>... Großmächte schlagen Juden Tür vor der Nase zu. Verhandlung im Stimmungstief. Selbst dünnbesiedelte südamerikanische Staaten verweigern Asyl. ...<<
>>... Trotz der wohlfeilen warmen und klugen Worte in Evian-les-Baines bleibt die Tatsache

bestehen, daß keine Nation willens ist, mittellose Juden aufzunehmen.<<
Bischof George Bell von Chichester forderte am 27. Juli 1938 im Oberhaus höhere Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden (x172/105): >>... Ich verstehe nicht, wie unsere deutschen Vettern – und ich kenne viele Deutsche – so tief sinken, so unehrenhaft und feige sein können, ein wehrloses Volk derart zu verfolgen, wie die Nationalsozialisten es mit den Nichtariern getan haben.<<
Das NS-Regime erließ am 17. August 1938 eine Verordnung über die Veränderung von jüdischen Familiennamen und Vornamen (x058/354): >>§ 1. Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in dem vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. ...
§ 2. Soweit Juden andere Vornamen führen, als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.<<
Am 7. November 1938 schoß der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) war tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wurde bereits seit längerer Zeit von der Gestapo überwacht. Das NS-Regime nutzte diesen Mordanschlag (Rath starb 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.
Alle Staatspolizeiämter erhielten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<
Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 ließ das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führten die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligte sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.
Im Verlauf der heimtückischen Anschläge wurden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden wurden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.
Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautete (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:
Rache für Mord an vom Rath.
Tod dem internationalen Judentum. ...<<
Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtete später über die "Kristallnacht" (x051/-335): >>Kristallnacht (Reichskristallnacht), amtliche und bewußt verharmlosende Bezeichnung für den von der NSDAP gegen die deutschen Juden am 9./10.11.38 inszenierten Pogrom, der mit dem Anschlag eines Juden, Grynszpan, auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris, Rath, legitimiert wurde.
Das Signal für die Kristallnacht ging von einer antisemitischen Hetzrede aus, die Goebbels am Abend des 9.11. auf dem traditionellen "Kameradschaftsabend" im Münchener Alten Rathaus hielt, nachdem ihm und Hitler die Nachricht vom Ableben des Diplomaten überbracht worden

war. Nach der Rede gaben die versammelten Gauleiter und Parteiführer entsprechende Befehle an ihre örtlichen Dienststellen durch, die dann durch SA und SS, aber auch durch andere Organisationen wie die HJ, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüsten und zahlreiche Synagogen demolieren und anzünden ließen.
Die Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom nur in begrenztem Maße, die offizielle Version der Vorgänge in der Kristallnacht betonte hingegen die "spontane" und allgemeine Beteiligung der Massen.
Insgesamt wurden 7.500 Geschäfte zerstört, 171 Synagogen niedergebrannt, 91 Juden ermordet; auch Vergewaltigungen waren nicht selten. Etwa 26.000 Juden wurden in KZ gebracht, die meisten allerdings nach einigen Wochen wieder entlassen.
Das Grynszpan-Attentat war für Hitler willkommener Anlaß zur längst geplanten Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen. Zwar waren seit der Machtergreifung zahlreiche Gesetze und Verordnungen ergangen, die die Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zum Ziel hatten, doch war ihre wirtschaftliche Stellung noch wenig verändert.
Nach der Kristallnacht kam es am 12.11.38 im Reichsluftfahrtministerium zu einer Besprechung verschiedener Minister und Ministerialbeamter unter Leitung Görings, in der wichtige Erlasse zur vollständigen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft diskutiert wurden (Arisierung).
Für die Schäden des Pogroms zahlten die Versicherungen an die jüdischen Geschäftsinhaber eine auf mehrere 100 Millionen RM geschätzte Entschädigung, die aber an das Deutsche Reich abgeführt werden mußte. Außerdem wurde "dem Judentum als Strafe" für das Attentat eine "Kontribution" in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.
Weitere Erlasse verstärkten die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden, so der vom 12.11., der ihnen den Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verbot, und der vom 15.11., der die Entfernung aller jüdischen Kinder aus den Schulen anordnete. Durch Verordnung vom 29.11. bekamen die Regierungspräsidenten die Möglichkeit, den "Judenbann" zu verhängen und damit den Juden zeitliche und räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen.
Von besonderer Bedeutung war schließlich die am 12.11. diskutierte Absicht, die Juden zur Auswanderung zu drängen und für die Organisation eine "Judenauswanderungszentrale" zu bilden. Dementsprechend entstand im Februar 39 in Berlin die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich unterstellt wurde und als deren Geschäftsführer zunächst der Abteilungsleiter der Gestapo Heinrich Müller und ab Oktober 39 Eichmann fungierten.<<
Hitler mußte nach diesem Pogrom zunächst auf weitere direkte antijüdische Gewaltmaßnahmen verzichten, denn nach der Reichskristallnacht bewiesen die Proteste der Bevölkerung eindeutig, daß die Deutschen derartige Terroraktionen ablehnten.
Die Versicherungen zahlten zwar mehrere 100,0 Millionen RM für materielle Verluste an die jüdischen Geschäftsinhaber, aber diese Entschädigung mußte sofort an das NS-Regime abgetreten werden. Für das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan mußten die deutschen Juden außerdem eine kollektive Geldstrafe von 1 Milliarde RM an das NS-Regime zahlen.
Grynszpan, der im KZ Sachsenhausen und später im Gefängnis Berlin-Moabit inhaftiert wurde, überlebte die NS-Herrschaft durch glückliche Umstände.
Spätestens nach der "Reichskristallnacht" im November 1938 mußten die als "Untermenschen" diffamierten deutschen Juden schließlich einsehen, daß das NS-Regime sie nicht nur aus der Wirtschaft, dem Kulturleben und der Wissenschaft, sondern auch mit aller Macht aus ihrer Heimat verdrängen wollte.
Ein Reporter des Manchester Guardian berichtete am 15. November 1938 über die Verhältnis-

se in der britischen und nordamerikanischen Botschaft in Berlin (x172/118): >>... (Viele verzweifelte Juden) bettelten dort um ein Visum. Wie ich erfahren habe, machen weder Großbritannien noch die USA irgendwelche Zugeständnisse, so daß die große Mehrheit der Antragsteller kaum auf die für sie einzig mögliche Rückkehr zu einem normalen Leben hoffen kann.<<

Im britischen Unterhaus scheiterte am 21. November 1938 das Projekt, Juden in Kenia anzusiedeln. Premierminister Chamberlain berichtete, daß man bisher 11.000 jüdische Flüchtlinge in Großbritannien aufgenommen hätte und weiteren 5.000 die Durchreise-Erlaubnis erteilt wurde (x032/486).

Im November 1938 erließ das NS-Regime weitere Verbote für die jüdische Bevölkerung (x129/46). Jüdische Kinder durften danach keine nichtjüdischen Schulen besuchen, Verbot der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Ausgangssperre, Sperrbezirke), Einziehung der Führerscheine, Pensionskürzungen, Benutzungsverbot für öffentliche Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Kinos und Badeanstalten.

Trotz aller Schikanen und Hetzkampagnen schafften es die NS-Machthaber nicht, die Judenfrage durch Massenauswanderung zu lösen. Bis Ende 1938 waren erst 180.000 Juden emigriert. Die meisten Zurückgebliebenen besaßen kein ausreichendes Vermögen und konnten nicht auswandern, denn die jüdischen Emigranten wurden damals meistens nur von anderen Staaten aufgenommen, wenn sie ein großes Vermögen mitbrachten.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden (x051/290-291): >>(Judenverfolgung) ... Am 14.6.38 ... erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß der Grundsatz "Keine Anwendung des Arierparagraphen in der Wirtschaft" nicht mehr aufrechterhalten wird; eine möglichst schnelle Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft sei anzustreben.

Der Eingriff begann mit dem "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38, nach dem Juden der Betrieb einer Reihe von Gewerben verboten wurde, und nahm seinen Lauf mit zahlreichen weiteren durch Gesetze und Verordnungen sanktionierten Maßnahmen.

Die im Zuge der wirtschaftlichen Eliminierung der Juden ergehenden Berufsverbote dehnte man schließlich auf die in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Einschränkungen schon betroffenen Berufsgruppen aus (z.B. Ärzte 25.7.38; Rechtsanwälte 27.9.38). Hand in Hand mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben lief die Wegnahme ihres Vermögens (Arisierung).

Mit all diesen und zahlreichen anderen Maßnahmen der Judenverfolgung wurde versucht, die Juden zum Verlassen des Deutschen Reiches zu bewegen. Ausgewiesen wurden zunächst nur früher in Polen beheimatete Juden, u.a. auch diejenigen, die nach 1919 bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit der deutschen Landesteile im Osten für das Deutsche Reich optiert hatten, denen aber nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.

Rund 17.000 Personen wurden am 29.10.38 über die polnische Grenze zwangsweise abgeschoben. Als Vergeltung für dieses Unrecht verübte der junge Jude Grynszpan, dessen Angehörige sich unter den Abgeschobenen befanden, am 7.11.38 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath, das für die Juden in Deutschland schwere Konsequenzen auslöste: Bei der alljährlichen Zusammenkunft der sogenannten Alten Kämpfer am 9. November in München gab Goebbels mit einer judenfeindlichen Rede das Startzeichen für einen Pogrom, der noch am selben Abend begann (Kristallnacht) und bis zum 11. November dauerte.

Nun wurde eine Flut von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die noch in Deutschland befindlichen Juden nach und nach aller Rechte beraubte. Die Maßnahmen wurden von der zentral gelenkten Presse und den Publikationen der nationalsozialistischen Organisationen mit einer beispiellosen Hetzkampagne begleitet.

Trotz allem erreichten die Machthaber es nicht, ihrem Ziel, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, näher zu kommen. Von den Anfang 33 in Deutschland lebenden (über) 500.000 Juden waren bis Ende 38 nach Zahlung der sogenannten Reichsfluchtsteuer knapp 180.000 emigriert. Die Zurückgebliebenen hofften immer noch auf eine Normalisierung der Verhältnisse; teilweise war es ihnen mangels Vermögens aber auch nicht möglich, die Heimat zu verlassen, da viele Länder nicht bereit waren, mittellose Juden aufzunehmen.
Um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, wurde am 24.1.39 unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich, die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" errichtet mit der Aufgabe, die Emigration der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen. Zur Förderung der Auswanderung ordnete der Reichsinnenminister am 4.7.39 die Bildung einer "Reichsvereinigung der Juden" (Reichsvertretung) an, der alle Juden angehören mußten. Mit Mitteln, die sich die Reichsvereinigung ausnahmslos von vermögenden Juden beschaffte, ermöglichten sie armen Juden die Auswanderung. Nahe 80.000 Juden verließen 1939 Deutschland.
Nach der Niederlage Polens sah Heydrich die Möglichkeit, die Judenfrage durch Evakuierung nach Polen zu lösen. Aus außenpolitischen Gründen befahl Göring jedoch am 24.3.40 die Deportationen einzustellen.
Heydrich ordnete hierauf an, die Auswanderung wieder verstärkt zu betreiben. Der Madagaskar-Plan war zwar noch nicht aufgegeben, konnte infolge des Krieges jedoch nicht verwirklicht werden, und die Anzahl der Aufnahmeländer hatte sich verringert. Im Oktober 40 wies man die Juden Badens, der Pfalz und des Saarlandes kurzerhand in das unbesetzte Frankreich aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage ordnete das RSHA am 20.5.41 aber an, diese "Auswanderungen" zu unterbinden.
Am 31.7.41 wurde Heydrich schließlich von Göring beauftragt, alle Vorbereitungen für eine "Gesamtlösung der Judenfrage" im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. Mitte Oktober 41 begannen die Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet in die Ostgebiete und schließlich in die Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz.
Von der Deportation ausgenommen wurden (im wesentlichen) zunächst Juden über 65 Jahre, schwer kriegsbeschädigte Juden, Juden mit Kriegsauszeichnungen, in "Mischehe" lebende Juden und solche, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten. Erstere wurden jedoch bald in das als Altersgetto bezeichnete Lager Theresienstadt transportiert, in das sie sich durch sogenannte Heimeinkaufsverträge unter Abgabe ihres Vermögens "einkaufen" mußten. Infolge schlechter Lebensbedingungen starben viele Gettobewohner oder wurden letztlich noch in eines der Vernichtungslager "ausgesiedelt".
Die durchweg zwangsweise in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Juden schob man schließlich seit Frühjahr 1943 nach Auschwitz ab. Unter ihnen befanden sich zahlreiche in "Mischehe" lebende Juden.
Bis zur Deportation der letzten Juden hatten sich deren Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert. Gekennzeichnet (Judenstern), diffamiert, schikaniert, ihres Vermögens beraubt, aus ihren Berufen und Wohnungen (Judenhäuser) entfernt und als Zwangsarbeiter beschäftigt, lebten sie rechtlos in ihrer Heimat. Von den noch im Mai 41 im "Altreich" lebenden 168.972 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze wurden am 1.9.44 lediglich noch 14.574 registriert. Nach diesem Stichtag gingen noch zahlreiche Transporte nach Auschwitz und beim Näherrücken der Roten Armee in KZ, die im Reichsgebiet lagen. Der vermutlich letzte "Alterstransport" verließ am 27.3.45 Berlin Richtung Theresienstadt.
Unter der Judenverfolgung der Nationalsozialisten hatten nahezu alle Juden in den von der Wehrmacht besetzten oder im deutschen Einflußgebiet befindlichen Ländern zu leiden. Zwar stellten sich dort verschiedentlich Regierungen und Bevölkerung der nationalsozialistischen Judenpolitik entgegen (z.B. Dänemark und die Niederlande); nur in wenigen Fällen gelang es

jedoch, die Juden allgemein vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren (Bulgarien, ohne seine besetzten Gebiete).
Besonders tragisch war das Schicksal der in vielen dieser Länder befindlichen staatenlosen Juden, unter denen sich zahlreiche deutsche Emigranten befanden, denen man nach Verlassen Deutschlands die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Für sie sprach keine Regierung. Sie wurden die ersten Opfer der Verfolgungsmaßnahmen (z.B. Frankreich). Am brutalsten führten die Nationalsozialisten die Judenverfolgung in Polen und den besetzten Teilen der UdSSR durch. Die besonderen politischen Verhältnisse in diesen Gebieten ließen hier den nationalsozialistischen Machthabern freie Hand zur Durchsetzung ihrer Vernichtungsziele, die schon mit den Einsatzgruppen angestrebt wurden.<<
In jener Zeit war der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen europäischen Nachbarstaaten (wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich) wurden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.
In jener Zeit war der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen europäischen Nachbarstaaten (wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich) wurden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.
Als das NS-Regime ab 1938 die Judenverfolgungen ("Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938) radikal verschärfte, breitete sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden wurden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert.
Vor Palästina wurden die jüdischen Flüchtlingsschiffe nicht nur abgewiesen, sondern sie wurden damals sogar von der britischen Küstenwache beschossen. In Nordamerika verminderten sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 waren es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).
Seit 1938 verhandelten das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar (französische Kolonie), in Rhodesien (britische Kolonie) oder in Britisch-Guayana. US-Präsident Roosevelt schlug später Äthiopien (seit 1936 durch Italien besetzt) als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hielt Rußland für geeignet. Stalin brachte daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reichte später einen "Angola-Vorschlag" nach.
Herman Göring ordnete am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).
Hitler kündigte während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.
Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.
Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<
Das NS-Regime erließ am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmeldung und Ablie-

ferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<

Als das NS-Regime ab 1939 die Austreibung der Juden verstärkte, verweigerten die sogenannten "zivilisierten Völker" größtenteils ihre Hilfe und ließen die heimatlosen, gehetzten Juden schmählich im Stich. Tausende von ausgestoßenen Juden standen an den ausländischen Grenzen und vor den Konsulaten, aber sie bettelten fast immer vergeblich, denn kein Land wollte Ausgeplünderte und Bettler aufnehmen.

Irrfahrt der "St. Louis": Am 13. Mai 1939 startete der Luxusdampfer "St. Louis" in Hamburg mit fast tausend Juden an Bord zu einer Irrfahrt zwischen Europa und Nordamerika. Die "St. Louis" erhielt später in Kuba und von den Nordamerikanern keine Landeerlaubnis und mußte mit den 937 jüdischen Passagieren nach Europa zurückkehren. Die Irrfahrt der "St. Louis" endete schließlich am 18. Juni 1939 in Antwerpen. Später kamen etwa 600 ehemalige Passagiere der "Sankt Louis" während der sogenannten "Endlösung" um (x032/531).

Die jüdischen Auswanderungsschiffe erhielten damals fast nirgends eine Landeerlaubnis und wurden deshalb nicht selten "schwimmende Särge" genannt. Viele Juden sahen zwar im New Yorker Hafen die nordamerikanische Freiheitsstatue, aber die Ausgestoßenen durften ihre "schwimmenden Särge" meistens nicht verlassen, weil die nordamerikanische Regierung in jener Zeit nicht über die erforderliche Nächstenliebe verfügte.

In jener Zeit wurde der Leitspruch der US-Freiheitsstatue leider nicht verwirklicht (x043/434): >>Gebt mir eure müden, eure armen, eure zusammengedrängten Massen, die sich nach Freiheit sehnen<<

Am 17. Mai 1939 entschied die britische Besatzungsbehörde, daß in den nächsten 5 Jahren nur 10.000 Juden jährlich in Palästina einwandern durften ("White Paper").

Der jüdische Politiker David Ben Gurion (1886-1973, Chef der zionistischen Palästina-Sektion) verurteilte damals die britische Einwanderungspolitik in Palästina (x172/141): >>... Jeder, der sich der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa bewußt ist, dürfte nicht einen Moment glauben, daß sie aufhören werden, in ihr Heimatland zu kommen, weil irgendein Gesetz das als illegal bezeichnet. Juden, die sich zwischen völliger Vernichtung und der Immigration nach Palästina unter sogenannten illegalen Bedingungen entscheiden müssen, werden natürlich keinen Augenblick in ihrer Entscheidung zögern.<<

Das Pariser "Neue Tagebuch" berichtete am 1. Juli 1939 über die vergeblichen Versuche jüdischer Flüchtlinge, nach Nordamerika, Kuba, Ecuador, Palästina oder Griechenland zu fliehen (x032/546): >>... Die sichtbaren Opfer des modernen Pharao. Es sind Juden, die über die Meere irren. Derer, die durch die Lande irren, sind es mehr.<<

Die "Reichsvertretung der Juden in Deutschland" wurde am 6. Juli 1939 durch die "Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" ersetzt. Diese Vereinigung beschäftigte sich vor allem mit der jüdischen Auswanderung nach Palästina und der Wohlfahrtsarbeit. Wegen der Berufsverbote waren etwa 84 % der Juden arbeitslos. Sie erhielten keine staatliche Unterstützung (x092/896).

Die Juden mußten seit dem 5. September 1939 alle Rundfunkgeräte abliefern und ab 20 Uhr zu Hause bleiben.

Im Jahre 1939 verließen etwa 80.000 Juden das Deutsche Reich. Spätestens ab 1939 trieb das NS-Regime die Juden planmäßig aus dem Land, aber fast niemand war bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagte ihnen, wo sie leben sollten.

Die Briten schlugen im Jahre 1939 den langjährigen Aufstand der Araber in Palästina nieder, beugten sich aber danach den arabischen Forderungen und schränkten ab 1940 die jüdische

Einwanderung nach Palästina drastisch ein (x175/360).
Von 1933 bis zum Kriegsausbruch im September 1939 flohen rund 218.100 Juden, überwiegend Deutsche und Österreicher, nach Palästina (x055/507). Angesichts des drohenden Krieges wurden die Araber ab 1938/39 zu wichtigen "Handelspartnern", denn sie besaßen die riesigen Ölvorräte. Im "Palästina-Weißbuch" vom Mai 1939 beschränkte die britische Regierung die Zahl der jüdischen Einwanderer für die folgenden 5 Jahre auf 75.000 Personen.
Nach dem Kriegsbeginn sperrten die Briten systematisch alle Palästina-Zugänge und hinderten die jüdischen Auswandererschiffe oftmals gewaltsam an einer Landung. Spätestens jetzt bereuten es die jüdischen Politiker bitterlich, daß sie 1937 den britischen Kompromißvorschlag ("Peel-Plan" = Aufteilung Palästinas) abgelehnt und damit ihre letzte Chance leichtfertig verspielt hatten.
Die verzweifelten Juden betrachteten diese dramatischen Einwanderungsbeschränkungen für Palästina zu Recht als Verrat am jüdischen Volk und waren damals bereit, auch gegen Großbritannien zu kämpfen. Später kämpften jedoch etwa 30.000 jüdische Soldaten mit den Briten gegen deutsche Truppen im Nahen Osten und erlitten wegen ihrer fanatischen Pflichterfüllung äußerst hohe Verluste.
Der nordamerikanische Historiker David S. Wyman schrieb später in seinem Buch "Das unerwünschte Volk" über die Einwanderungsbeschränkungen für Palästina (x042/188-189): >>...
Die meisten Forderungen nach Rettungsmaßnahmen verlangten die Öffnung Palästinas. Die dortige jüdische Bevölkerung – sie zählte 50.000 Köpfe – war die einzige "Nation" der Erde, die bereit war, Massen jüdischer Flüchtlinge aufzunehmen.
Doch Großbritannien, das in Palästina als Mandatsmacht fungierte, hatte 1939 die Grenzen des Landes für jüdische Einwanderer praktisch geschlossen. Vorausgegangen waren zahlreiche Gewalttätigkeiten zwischen jüdischen Siedlern und arabischen Einwohnern, bei denen sich angesichts des Anwachsens der jüdischen Bevölkerung seit dem Ersten Weltkrieg Wut und Angst breitmachte.
Um die Unruhe unter den Arabern zu dämpfen – und nicht zuletzt um ihrer eigenen langfristigen Interessen im Nahen Osten willen – legte die britische Regierung im Mai 1939 ein sogenanntes Palästinenser-Weißbuch vor. Es beschränkte die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina auf 75.000 innerhalb der folgenden 5 Jahre. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, daß die Juden in Palästina nicht über einen Bevölkerungsanteil von einem Drittel hinauskommen würden, so daß die Araber die Gewißheit hätten, daß dort kein jüdischer Staat entstehe.
Bald darauf brach in Europa der Krieg aus, und die Nazis verschärften ihren Druck auf die Juden. Für Großbritannien war dies jedoch kein Anlaß, jene Restriktionen wieder aufzuheben oder auch nur zu lockern. Der Krieg bestärkte die Briten vielmehr in ihrer Entschlossenheit, die jüdische Einwanderung so niedrig wie möglich zu halten. Unruhen in der islamischen Welt konnten militärische Operationen stören, Nachschublinien gefährden oder britische Truppen durch polizeiliche Einsätze binden.
Die Briten wußten, daß ihnen von seiten der Juden keine Gefahr drohte, wohl aber potentiell von seiten der Araber. So wurde es zur Grundregel der britischen Palästina-Politik, die Araber nicht zu verprellen, auch wenn dies bedeutete, daß man verfolgten Juden den Zugang zur "nationalen Heimstätte" verwehrte, die Großbritannien dem jüdischen Volk in der Balfour-Deklaration versprochen hatte.
Nachdem die Weißbuch-Richtlinien in Kraft getreten waren, wurden immer wieder Schiffe mit vertriebenen oder geflohenen Juden an Bord von den Küsten Palästinas verjagt. Wenn Flüchtlinge das Land erreichten, landeten sie auf unabsehbare Zeit in Internierungslagern. so erging es beispielsweise 800 Juden, die sich aus Rumänien gerettet hatten und im März 1941 auf der "Darien" in Palästina anlandeten. Einige Monate zuvor waren 1.600 "illegal" an Land

gegangene Flüchtlinge auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean deportiert worden. Einige der altersschwachen Flüchtlingsschiffe verschwanden auf dem Weg nach Palästina; die "Salvator" beispielsweise sank im Marmarameer und riß 200 Menschen mit in die Tiefe.
... Im Oktober 1943, ein halbes Jahr vor Ablauf der Fünfjahresfrist, waren von den 75.000 Plätzen noch 31.000, das heißt mehr als 40 Prozent vakant. ...<<

Polens Expansionspolitik (1934-1938)
Polen und das Deutsche Reich schlossen am 26. Januar 1934 einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, der damals das französisch-polnische Bündnissystem nachhaltig erschütterte (x300/135): >>... Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen, und sollten sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle aufgrund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen. ...
Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.<<
Um die angestrebten außenpolitischen Pläne zu verwirklichen, benötigte Hitler vorläufige Rückendeckung im Osten. Ein deutsch-polnisches Bündnis gegen die Sowjetunion lehnten die Polen jedoch entschieden ab, denn sie verfolgten wesentlich andere Ziele.
Für Pilsudski bedeutete das deutsch-polnische Abkommen lediglich eine "Ruhepause" (x064/-134): >>... Danach müssen wir bereit sein, uns zu verteidigen. Es bleibt keine Alternative.<<
Da Polen wegen Mißachtung des vereinbarten Minderheitenschutzabkommens verstärkt kritisiert wurde, kündigte die polnische Regierung im Jahre 1934 während der Vollversammlung des Völkerbundes das Minderheitenschutzabkommen.
Der polnische Außenminister Beck erklärte am 13. September 1934 (x028/29): >>... von heute ab sich jede Zusammenarbeit mit den internationalen Organen zu versagen, soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt.<<
Als Staatschef Pilsudski am 12. Mai 1935 starb, wurde die autoritäre Regierungsweise durch "Staatsführer" anschließend fortgesetzt ("gelenkte Demokratie" bei Entmachtung des Parlaments). Zwischen dem NS-Regime und Polen entbrannte später ein Zollkrieg um Danzig.
Polen schränkte im Jahre 1936 den Durchgangsverkehr (Deutsche Reich - Ostpreußen) erheblich ein (x186/22).
Im Rahmen der polnischen "Großmachtpolitik" verkaufte man damals vielerorts Postkarten mit den angeblichen uralten, historischen Grenzen Polens. In den dreißiger Jahren gab die Vereinigung polnischer Volksbüchereien Postkarten heraus, die "Polens historische Westgrenze" zeigte: Sie verlief am östlichen Stadtrand von Berlin und umfaßte außer der oberen Elbe einschließlich Dresdens auch die gesamte Tschechoslowakei.
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die vermeintlichen "historischen Gebietsansprüche Polens" (x025/177): >>... Tatsächlich sind slawische Stämme nach der Völkerwanderung bis an die Elbe-Saale-Linie vorgedrungen und haben sich etwa seit dem 7. Jahrhundert u.a. in ganz Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken, der bayerischen Oberpfalz und im östlichen Österreich niedergelassen.
Vor diesem Hintergrund proklamierte 1917 der Panslawist Hanus Kuffner die Elbelinie als Westgrenze der Slawenzone. ...<<
Zwei Monate vor Beginn des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte die Zeitung "Dziennik Poznanski" eine Karte mit noch wesentlich weiter reichenden Zielvorstellungen. Nachdem die polnische "See- und Kolonialliga" in der Zwischenkriegszeit einen Anteil am deutschen Ko-

lonialbesitz gefordert hatte, gab die antifaschistische Untergrundbewegung während des Krieges Vignetten heraus mit der Überschrift "Darum kämpfen wir"; auf ihnen war außer der Landkarte eines polnischen Großreichs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer auch eine Karte mit sämtlichen ehemals deutschen Afrika-Kolonien abgebildet. ...<<
Infolge der sowjetischen "Säuberungsaktionen" näherte sich Polen dem NS-Regime (Abkommen über Minderheitenschutz vom 15. November 1937).
Polen nutzte das "Österreich-Problem" am 16. März 1938 für ein Ultimatum (bis zum 19. März 1938) an Litauen. Litauen wurde mit diesem Ultimatum schließlich zur Anerkennung der umstrittenen "Wilna-Grenze" gezwungen (x041/95).
Der schweizerische Geschichtsprofessor und Völkerbundskommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, der sich vergeblich um einen deutsch-polnischen Ausgleich bemühte, schrieb am 20. August 1938 über seine Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck (x025/183-184): >>Die Polen warten in scheinbarer Ruhe. Beck, während unserer nächtlichen Fahrt, hat mich etwas in seine Pläne eingeweiht. Weiterhin spielt er sein doppeltes Spiel. Es ist kein deutsches Spiel, wie manche Franzosen und die polnische Opposition glauben. Es ist ein Spiel, bei welchem man für Polen auf den höchsten Gewinn hofft, einen Gewinn, der sich ergeben soll aus einer schließlich unvermeidlichen deutschen Katastrophe. ...
Jetzt hofft man im stillen in Warschau nicht nur auf die bedingungslose Integration Danzigs in den polnischen Staatsbereich, sondern auf viel mehr, auf ganz Ostpreußen, auf Schlesien, ja auf Pommern. Im Jahre 1933 noch sprach man in Warschau vom polnischen Pommerelien, aber jetzt sagt man "unser Pommern".
Beck macht eine rein polnische Politik, eine letzten Endes antideutsche Politik, eine nur scheinbar polnisch-deutsche Entspannungspolitik seit der Besetzung des Rheinlandes und der französischen Passivität bei Anlaß dieses Vorganges. Aber man bemüht sich, die Deutschen ganz methodisch in ihren Fehlern zu bestärken. ...<<
Die polnische Regierung stellte der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten (Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich).
Außenminister von Ribbentrop übergab dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berlin Vorschläge zur "Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen" (x064/135).
Hitler beabsichtigte zunächst hauptsächlich die Wiedergewinnung Westpreußens und versuchte außerdem, die Polen für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er garantierte Polen langfristig die bisherige deutsch-polnische Grenze, falls Polen eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich (durch den sogenannten "Korridor") genehmigte und auf Danzig verzichtete. Polen sollte dafür durch sowjetische Gebiete, die man noch gemeinsam erobern mußte, entschädigt werden. Polen wurde ferner aufgefordert, dem Antikominternpakt beizutreten. Die polnische Regierung lehnte diese unsicheren, gewagten Pläne jedoch ab (x069/175). Hitlers Vorschläge vom 19. November 1938 und 5./6. Januar 1939 wurden im Vertrauen auf die eigene Stärke ebenfalls abgelehnt.
Polen schloß am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.
Der polnische "Ausschuß für Nationalitätenfragen" beschloß am 19. Dezember 1938 Richtlinien zur radikalen Lösung der deutschen Minderheitsprobleme (x104/271).

Stalins Gewaltherrschaft (1935-1939)
Stalin erklärte per Erlaß vom 8. April 1935 alle sowjetischen Jugendlichen ab 12 Jahre für strafmündig. Sie konnten danach auch zum Tod verurteilt und hingerichtet werden (x080/-254).

Stalin (seit 1935 absoluter Alleinherrscher) ließ ab 1935 in der gesamten Sowjetunion großangelegte "Säuberungsaktionen" und öffentliche Schauprozesse durchführen. Im Verlauf dieser systematischen "Säuberungen" wurden alle vermeintlichen Gegner der Stalin-Diktatur (Lenin-Anhänger, "Trotzkisten", ausländische Kommunisten und verdächtige Offiziere der Roten Armee, Berufsverbrecher mit mehr als 3 oder 4 Vorstrafen und andere) in den sowjetischen Zwangsarbeitslagern "kaltgestellt" oder sofort liquidiert. Dem radikalen Stalinismus fielen danach Jahr für Jahr unzählige Unschuldige zum Opfer.
Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Stalins rücksichtslose "Säuberung" der sowjetischen Kommunistischen Partei (x192/435-436): >>... Zunächst ließ er 1935 einige seiner Gegner in höheren Positionen verhaften; 1936 wurde dann eine Gruppe früherer Kritiker des Hochverrats beschuldigt und vor Gericht gestellt. Nach 1937 erfaßten die Verhaftungen schließlich auch Offiziere der Roten Armee, Diplomaten, Industriedirektoren und lokale Parteifunktionäre.
Alles in allem wurden zwischen 1935 und 1939 in einer grauenhaften Vernichtungskampagne etwa 8 Millionen Russen verhaftet, von denen 90 Prozent umkamen – entweder durch Hinrichtung mit oder ohne Prozeß oder in den sibirischen Arbeitslagern.
Die stalinistische Hexenjagd führte zu einer katastrophalen Schwächung der innen- und außenpolitischen Position des Landes. Einerseits reduzierte der Verlust so vieler erfahrener Verwaltungskräfte und Fachleute aus allen Schichten die Leistungsfähigkeit und hemmte das Wachstum; andererseits verlor die Sowjetunion durch die Schauprozesse im Ausland stark an Glaubwürdigkeit. Vor allem aber wurde die Hälfte der hochrangigen Offiziere der sowjetischen Streitkräfte eliminiert – eine gefährliche Schwächung der militärischen Position des Landes gegenüber der wachsenden Stärke der Deutschen im Westen und der Japaner im Osten.<<
Armenien (seit 1920 von Truppen der Roten Armee besetzt) erhielt im Jahre 1936 den Status einer Sowjetrepublik. Stalin erteilte im Jahre 1936 den Befehl, die "unzuverlässigen" sowjetischen Volksstämme der Chinesen und Koreaner aus dem Fernen Osten nach Kasachstan und Usbekistan "umzusiedeln". Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 16") fielen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1936 wieder zahlreiche Unschuldige zum Opfer.
Während der großangelegten "Säuberungsaktionen" und der öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 17") fielen dem radikalen Stalinismus im Jahre 1937 wieder viele Unschuldige zum Opfer.
Der nordamerikanische Historiker Joel Carmichael (1915-2006) berichtete später über Stalins Massenterror im Jahre 1937 (x243/137): >>... Die Verfolgung jedoch, die nun in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 begann, nahm in jeder Hinsicht phantastische Ausmaße an. Es wurden auch Menschen davon betroffen, die niemals Mitglieder einer politischen Partei gewesen waren. ... Monatelang schien die politische Polizei 24 Stunden am Tag zu arbeiten: In den Städten und auf dem Lande riß sie Menschen aus den Häusern, Werkstätten, Laboratorien, Fabriken, Universitäten, Kasernen und Regierungsbüros.
Nicht eine Wirtschaftsbranche, nicht eine Berufsgruppe blieb verschont: Bauern, Arbeiter, Funktionäre, Fachleute, Intellektuelle, Künstler, Offiziere – alle wurden in dieselben Zellen gesperrt. ...
Die große Säuberung führte praktisch zur Beseitigung aller führenden Persönlichkeiten in buchstäblich allen Fabriken, Eisenbahnstationen, Schulen und schulischen Einrichtungen, wobei die Kollektivwirtschaften, Regierungsstellen und die Armeehierarchie noch nicht berücksichtigt sind. ...<<
Nach der Hinrichtung von polnischen KP-Führern (in der UdSSR im Jahre 1937) löste die Komintern Anfang 1938 die gesamte polnische KP (ca. 40.000 Mitglieder) auf, weil sie an-

geblich von Pilsudskis Spionen durchsetzt gewesen sein sollte (x064/130).
Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 21") des Jahres 1938 forderte der radikale Stalinismus wieder zahlreiche Opfer. Bei den "Säuberungen" der Roten Armee wurden 1937/38 mindestens 3 Marschälle, 13 Armeegeneräle, 62 Korpskommandeure hingerichtet (x061/467). Nach Abschluß der großen "Säuberungswellen" ließ Stalin gewöhnlich auch die Vollstrecker hinrichten.
Ein Zeitzeuge berichtete später über Stalins "Säuberungsaktionen" (x191/70): >>Tag und Nacht rasten die Autos der GPU durch die Straßen der russischen Städte und rissen Unzählige aus ihren Wohnungen, aus Fabriken, Universitäten, Laboratorien, Eisenbahnwerkstätten, Truppenkörpern und Ämtern. ...
In der Zeit von Mitte 1936 bis Ende 1938 erhielt der totale Staat der Sowjetunion seine endgültige Form. In diesen Jahren wurden ungefähr 8 Millionen Menschen von den Organen der staatlichen Geheimpolizei verhaftet. ... Sie waren alle unschuldig.<<
Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" war, berichtete später (x191/70): >>Nur ein einziges Mitglied der ersten Sowjetregierung überlebte die Säuberung: Stalin! ...<<
Der französische Historiker Nicolas Werth berichtete später über Stalins Terror in den Jahren 1937 und 1938 (x265/213): >>... Wir verfügen heute über streng vertrauliche Dokumente, die von Nikita Chruschtschow und den maßgeblichen Parteioberen während der Entstalinisierung angelegt worden sind. ...
Danach sind allein in den Jahren 1937 und 1938 1.575.000 Menschen vom NKWD verhaftet worden; 1.345.000 (d.h. 85,4 %) sind im Laufe dieser beiden Jahre verurteilt worden; 681.692 (d.h. 51 % der 1937/38 Verurteilten) sind hingerichtet worden. ...<<
Im Jahre 1939 mußte die KPdSU 40 % der sowjetischen Parteifunktionäre aller Ebenen ersetzen (x058/89). Von den 15 Politbüro-Mitgliedern der Lenin-Epoche lebten 1941 nur noch Stalin, Andrejew, Molotow und Woroschilow. Die anderen ehemaligen Politbüro-Mitglieder der Lenin-Ära (wie z.B. Bucharin, Kamenew, Rykow, Sinowjew, Tomski, Trotzki) hatte der sowjetische Alleinherrscher schon längst beseitigen lassen oder in den Selbstmord getrieben.

Zusammenfassung des NS-Regimes (1933-1939)
Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler (sogenannte nationalsozialistische "Machtergreifung").
Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.
Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.
Der greise Volksheld Hindenburg besiegelte mit Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler politisch unbedrängt letzten Endes die größte Katastrophe der deutschen Geschichte. Schon einige Tage nach Hitlers Ernennung verlor das deutsche Volk fast alle Grundrechte und Freiheiten.
Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintraf, erklärte er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<
Der DDP-Politiker Theodor Heuss erklärte am 30. Januar 1933 (x032/9): >>... Das wird für euch Juden eine schlimme Zeit werden.<<
Erich Ludendorff, ein berühmter und berüchtigter deutscher General des Ersten Weltkrieges (sowie aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und

amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<
US-Präsident Hoover kritisierte damals das ungewöhnlich nachgiebige Verhalten der französischen Regierung nach Hitlers Machtübernahme (x069/165): >>Kaum war Hitler an die Macht gekommen, so nahm die französische Regierung eine völlig veränderte Haltung ein und machte eine Reihe von Vorschlägen, die, solange Brüning an der Macht war, mehr als ausreichend gewesen wären. Immer größere Zugeständnisse wurden von Frankreich angeboten und von Hitler zurückgewiesen.
Sogar in Frankreich hatte man in weiten Kreisen das Gefühl, daß Hitler nie die Regierung in seine Hand gebracht hätte, wenn man dem Reichskanzler Brüning in vernünftiger Weise entgegengekommen wäre und ihm geholfen hätte, das Gefühl des Unrechts und der Demütigung zu zerstreuen.<<
Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten (angebliche "kommunistische Rebellion"). In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD indirekt verboten.
An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.
Im Jahre 1946 erklärte Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anläßlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<
Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung (sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat). Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung (wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprechgeheimnis, persönliche Freiheiten) außer Kraft.
Mit Hilfe der "Reichstagsbrandverordnung" konnte das NS-Regime die Weimarer Republik zwar vermeintlich "legal" liquidieren, aber diese "Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" war nicht durch Artikel 48 gedeckt und deshalb ungesetzlich, weil sie nicht vorübergehend erlassen wurde. Die "Reichstagsbrandverordnung" (Abschaffung des demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates bzw. Legalisierung der NS-Diktatur) wurde zunächst auf 4 Jahre begrenzt und danach dreimal durch das NS-Regime verlängert, so daß sie schließlich bis zum Zusammenbruch des NS-Staates in Kraft blieb.
Der "Daily Express" berichtete am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<
Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit (fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter) "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen "Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" (DNVP = 8,0 %) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.
Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA- Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.
Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen

Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" (sog. "Ermächtigungsgesetz") zur Abstimmung vor.
Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte (x063/579), ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich (sogenanntes "Ermächtigungsgesetz") die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Grundgesetzänderung zu erhalten.
Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.
Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76): >>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<
Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmte das Zentrum (73 Sitze) aufgrund von Hitlers mündlichen Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit (444:94) gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Nach Bekanntgabe der namentlichen Schlußabstimmung gab es im Deutschen Reich endgültig keine Demokratie mehr. Die gesetzlosen NS-Terroristen beendeten ihren erfolgreichen Staatstreich mit der sogenannten "NSDAP-Hymne", dem "Horst Wessel-Lied" (x049/102).
Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein, die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...
Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte. Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.
Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-84) berichtete später über Hitlers "Nationale Revolution" (x063/578-579): >>Schon nach wenigen Tagen wurde aus der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eine "Nationale Revolution" konstruiert. Man wollte eine Massenpsychose schaffen, um kraft revolutionären Rechts die eben beschworene Verfassung totalitär zu verändern. Die Mittel der Propaganda, der Presse und des Rundfunks waren bereits in nationalsozialistischer Hand.
Der Reichstagsbrand vom 27. Februar, von ihnen selbst in Szene gesetzt, gab dann den Vorwand zum Verbot nicht nur der kommunistischen, sondern schließlich jeder Opposition. Der

Terror wurde, um eine paradoxe Ausdrucksweise zu gebrauchen, zum Verfassungsgrundsatz erhoben. Daß dies nötig war, liefert zugleich für die Geschichte den Beweis, daß das Regime, das sich in frevelhafter Anmaßung mit Deutschland gleichzusetzen wagte, niemals auf dem Willen des Volkes ruhte.
Man sagt oft, die Reichstagwahlen vom 5. März 1933 seien die letzten freien Wahlen gewesen. Aber auch sie fanden schon unter ungemeinem Druck statt. Dennoch erhielten die Nationalsozialisten nur 44 %. Zusammen mit ihren Bundesgenossen in der "Kampffront Schwarz-weiß-rot" brachten sie es auf 52 % - genug, mit knapper Mehrheit eine Regierung zu bilden, aber bei weitem nicht für eine Änderung der Verfassung mit legalen Mitteln.
Also mußten sie mit anderen Kräften nachhelfen. Schon die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ging über alles hinaus, was der Artikel 48 decken konnte. Am 23. März nahm der Rumpfreichstag (die Kommunisten und einen Teil der Sozialdemokraten hatte man eingesperrt oder am Besuch des Reichstages gehindert) das sogenannte Ermächtigungsgesetz an; alle noch anwesenden Sozialdemokraten stimmten dagegen.
Dieses "Gesetz" übertrug der Reichsregierung legislative Befugnisse, auch unter Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung. ... Verfassungsrechtlich war das "Gesetz", da bei der Abstimmung 81 Abgeordnete mit Gewalt ferngehalten wurden, ohnehin null und nichtig. ...<<
Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager (KZ), in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau (Oberbayern) und in Oranienburg (Provinz Brandenburg) die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" (leerstehende Fabriken oder Lagerhallen) errichten.
Später inhaftierte man auch Kriminelle (Berufs- und Gewohnheitsverbrecher), "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge" ("Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere) in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.
Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern (KZ). Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".
Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/-580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).
Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring (eigentlicher Gründer der geheimen Staatspolizei) und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei (Gestapo). Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete im Deutschen Reich einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden (außer UdSSR) in den Schatten stellte.
Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei (Gestapo = politische Polizei, z.T. ehemalige Kriminalpolizei) und der Sicherheitsdienst (SD und SIPO) gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.
Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an Heinrich Himmler (Reichsführer SS) übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten (Spottbezeichnung: "Reichsheini"), entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium ("Staat im Staate") umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.
Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten Deutschen Reich gefürchtet.
Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten (gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums). In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien (Gleichschaltungsgesetz und Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums) verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.
Das NS-Regime jagte damals ungezählte anständige, unbescholtene Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihren Arbeitsplätzen. Wer sich wehrte, protestierte, einer demokratischen Partei angehörte oder irgendwie verdächtig erschien, war ein "Staatsfeind" oder "Judenknecht". Hitlers Wille war in jener Zeit oberstes Gesetz.
Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).
Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppelgarde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.
Viele NS-Führer waren gewöhnlich im Verwaltungsbereich hoffnungslos überfordert, so daß man weiterhin auf Berufsbeamte angewiesen war. Die Beamten, von denen im Jahre 1939 rd. 28 % Parteimitglieder waren, mußten grundsätzlich den Treueid auf den Führer leisten (x051/-63).
Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte (ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block) das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter ("Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen) führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.
Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos aus-

nutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt. Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.
Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstige Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".
Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.
Man begrüßte sich auch nicht mehr, wie bisher mit "Guten Tag", sondern in den Schulen, Geschäften und Behörden mußte man ab 1934/35 grundsätzlich mit dem sogenannten "Deutschen Gruß" (heben des ausgestreckten rechten Armes und den Worten "Heil Hitler") grüßen. Der "Deutsche Gruß" wurde auch beim Schriftverkehr verlangt ("Mit Deutschem Gruß Heil Hitler"). Der persönliche "Deutsche Gruß" gegenüber Hitler lautete etwa seit 1935 "Heil, mein Führer".
Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden ("freiwilliger Zwang") leisten.
Nachdem die NSDAP alle wesentlichen Machtpositionen innerhalb des Deutschen Reiches besetzt hatte, kontrollierte das NS-Regime planmäßig und konsequent fast sämtliche Lebensbereiche. Der SS-Staat war militärisch strukturiert und gewährleistete eine totale Überwachung des gesamten Landes. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen. Jeder Auflehnungsversuch wurde sofort mit drakonischen Strafen geahndet.
Während der gnadenlosen Hetzjagd nach politischen Feinden schlugen die allgegenwärtigen SS-Angehörigen schnell und erbarmungslos zu. Das NS-Regime führte gegen die sogenannten "Staatsfeinde" (Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere) systematische Verfolgungen ("Nacht- und Nebelaktionen") durch, die oft vor der deutschen Bevölkerung verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahm man Tausende von "Verdächtigen" fest und inhaftierte sie.
Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm die demokratische Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.
Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.
In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte

man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.
Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtete später über die großen Gefahren von Widerstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >>Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.
Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<
Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.
Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.
Diese angeblichen "Widerstandskämpfer", wie z.B. Willy Brandt (eigentlich Herbert Frahm; emigrierte im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen), Herbert Wehner (floh 1935 nach Schweden und später nach Moskau) und Walter Ulbricht (1893-1973, emigrierte ebenfalls schon 1933 und traf 1938 in Moskau ein), sowie viele andere Emigranten waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern.
Andere deutsche Emigranten, wie die einflußreichen Politiker Heinrich Brüning (1885-1970), Otto Braun (1872-1955) und Hermann Rauschning (1887-1982), spielten später im Ausland keine Rolle und konnten politisch fast nichts ausrichten. Alle Versuche, im Ausland (in Nordamerika und England) ein deutsches Nationalkomitee zu gründen, scheiterten an der strikten Ablehnung der jeweiligen Regierungen.
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnungsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<
Hitler gab am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76).
Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Verstoß gegen den Versailler Friedensvertrag von 1919) wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich, Italien und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.
Winston Churchill lobte Hitler trotz alledem im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<
Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge (einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung). Angesichts der eigenen mi-

litärischen Schwäche erteilte Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestierten zwar, verhängten jedoch keine weiteren Sanktionen.
Die europäischen Großmächte Großbritannien und Frankreich wollten nach dem verlustreichen Ersten Weltkrieg kein Risiko eines weiteren Krieges eingehen. Sie blieben neutral und bildeten im September 1936 lediglich den "Londoner Nichteinmischungsausschuß". Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärkten Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.
Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa". Für David Lloyd George (britischer Ex-Premierminister) war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).
US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Unterstützung des NS-Regimes durch US-Banken (x068/228): >>Die Fürsorge des amerikanischen Großkapitals für Hitler dauerte sogar nach Jahren seiner Terrorherrschaft noch fort. Und natürlich hatte man längst in diese Fürsorge auch die italienischen Faschisten eingeschlossen, hatte etwa J. P. Morgan & Co. Mussolini schon in den zwanziger Jahren Kredite und Anleihen im Wert von 100 Millionen Dollar gegeben. ...
Amerikanische Banken, darunter besonders Morgan und Dillon, Read, hofften seinerzeit auf einen Krieg Hitlers gegen Rußland und waren bereit, ihn dafür zu finanzieren.<<
Hitler erteilte am 11. März 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen für den Einmarsch in Österreich zu treffen, um Österreich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen (Befehl: "Unternehmen Otto").
Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.
Der Wiener Rundfunk sendete am 12. März 1938 eine Rede des österreichischen NSDAP-Landesleiters (x191/83): >>... Unser Ziel ist erreicht: Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Heil unserem Führer! Heil Hitler!<<
Das österreichische Parlament löste am 13. März 1938 den Staat Österreich per Gesetz auf und beschloß ein Gesetz über den Reichsanschluß ("Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich"). Österreich war danach ein Teil des Deutschen Reiches.
Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).
Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.
William Bullit (US-Botschafter in Paris) berichtete am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...
Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<
Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmten ("Münchener Abkommen"), atmete ganz Europa auf.
Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).
Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).
Bis 1938 nahm Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt waren. Der selbsternannte "Führer" handelte meistens instinktiv richtig und erkannte oft frühzeitig die internationale Entwicklung und Schwachstellen seiner Gegner. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellten nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigten gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.
Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.
Schlußbemerkungen: Mit der gewaltsamen Durchsetzung (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich nach dem gewaltsamen Staatsstreich praktisch besetzt.
Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.
Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein Verbrecherstaat gebildet wurde, also ein Staat, der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).
Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden (Internierung, Folter oder Mord) wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.